HANDBOUND
AT THE

UNIVERSITY OF
TORONTO PRESS

Forschungen

zur

Brandenburgischen und Preußischen Geschichte.

Neue Folge der „Märkischen Forschungen" des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg.

In Verbindung

mit

Fr. Holtze, G. Schmoller und A. Stölzel

herausgegeben

von

Otto Hintze.

Zwölfter Band.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1899.

DD
491
B81F8
Bd.12
Ft.2

Alle Rechte vorbehalten.

Forschungen

zur

Brandenburgischen und Preußischen Geschichte.

Neue Folge der „Märkischen Forschungen“ des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg.

In Verbindung

mit

Fr. Holtze, G. Schmoller und A. Stölzel

herausgegeben

von

Otto Hintze.

Zwölfter Band, zweite Hälfte.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1899.

Alle Rechte vorbehalten.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

Inhaltsverzeichnis.

Aufsätze:

Seite

I. Geistiges Leben in der Mark Brandenburg am Ende des Mittelalters. Von Dr. Felix Priebatsch in Breslau 1–85

II. Schwarzenberg und die brandenburgische Kriegführung in den Jahren 1638—1640. Von Archivrat Dr. Otto Meinardus in Wiesbaden 87–139

III. Aus Berichten des hessischen Sekretärs Lincker vom Berliner Hofe während der Jahre 1666—1689. Von Archivar Dr. Walther Ribbeck in Breslau 141–158

IV. Der Wendepunkt im zweiten schlesischen Kriege. (Mitteilungen zur Kaiserwahl Franz I. Die Lage Bayerns zur Zeit des Füssener Friedens. April 1745.) Von Dr. Mathieu Schwann in Niederhöchstadt bei Frankfurt a. M. 159–184

V. Wilibald Alexis als vaterländischer Dichter und Patriot. Von Oberlehrer Dr. Otto Tschirch in Brandenburg a. H. . . 185–226

Kleine Mitteilungen:

Ein unbekannter Brief des Kurfürsten Joachim aus der Zeit der Kaiserwahl 1519. Von Dr. Adolf Wrede in Göttingen . 227–228

Reskript des Großen Kurfürsten über die Ansiedelung clevischer Landwirte im Herzogthum Preußen vom 8. Mai 1642. Von Archivrat Dr. Otto Meinardus in Wiesbaden 229–231

Vorschläge zu einem europäischen Friedensbunde im Jahre 1807. Von Amtsgerichtsrat Dr. Friedrich Holtze in Berlin 231–234

Eine Denkschrift Wilhelms v. Humboldt über die Stellung und die Befugnisse der Oberpräsidenten 1817. Von Archivrat Prof. Dr. Ernst Berner in Charlottenburg 234–239

Ein Beitrag zum Rücktritt des Grafen Hans v. Bülow vom Finanzministerium im Jahre 1817. Von Prof. Dr. Gustav Schmoller in Berlin 239–247

Sitzungsberichte des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg 1898/99 249–257

Neue Erscheinungen:

I. Zeitschriftenschau 1899, 1. Januar bis 1. Juli 259–274

II. Schulprogramme und Universitätsschriften 1898 . . . 275–278

III. Bücher 278–301

I.

Geistiges Leben in der Mark Brandenburg am Ende des Mittelalters[1]).

Von

Felix Priebatsch.

Bei der Eröffnung der Universität Frankfurt an der Oder äußerte Kurfürst Joachim I., in der Mark sei ein Gelehrter so selten wie ein weißer Rabe. In ähnlicher Weise meinte er, als er vom Papste die Aufhebung der Prämonstratenserregel der beiden westlichen märkischen Domkapitel begehrte, diese Maßnahme würde es erleichtern, wissenschaftlich gebildete Männer in die Mark zu bringen; bisher habe sie daran großen Mangel gehabt. Julius II. fügte sich dem kurfürstlichen Wunsche und machte sich seine Begründung zu eigen[2]). Der Abt Trithemius, der eine Zeit lang als Gast des Kurfürsten in Berlin weilte, schrieb an seine Freunde, hier herrsche zwar Achtung vor den Gelehrten, aber nur ein sehr geringes Streben nach Bildung[3]). Auf Grund dieser Äußerungen wird die Mark in der Regel als ein halb barbarisches Land hingestellt, das allein von allen Territorien von dem mächtigen Aufschwunge des deutschen geistigen Lebens dieser Epoche unberührt

1) Riedels Codex diplomat. Brandenburgensis wird im folgenden unter Weglassung des Titels citiert und zwar wird die Abteilungsnummer durch Buchstaben, die Bandnummer durch Zahlen angegeben. Die vom Verfasser herausgegebene Politische Korrespondenz des Kurfürsten Albrecht Achilles (Publ. aus den K. Preuß. Staatsarchiven 59. 67. 71 wird kurzweg P. K. I—III citiert. M. F. bedeutet Märk. Forsch., B.U.B. das Urkundenbuch zur Berlinischen Chronik. Universitätsmatrikeln werden durch die bloße Angabe der Universität citiert.

2) A. XIII 13. 1506.

3) Freher, Trith. opp. hist. II 480 f.

geblieben; man begründet dies noch, die Mark habe von den Heimstätten der Bildung an der Ostsee, oder im Westen und Süden Deutschlands zu weit abgelegen, um an den dort gepflegten Bestrebungen teilnehmen zu können[1]). Dies Urteil ist, wie hier erwiesen werden soll, nicht einmal dann zutreffend, wenn man die glänzenden Leistungen der Humanisten als die einzige Bethätigung des Geistes in dieser Zeit ansehen will und die treufleißigen Bemühungen derer, die im alten Gleise ersprießlich fortarbeiteten, unbeachtet lassen zu dürfen glaubt. Doch ist ohne weiteres zuzugeben, daß in der armen, entvölkerten Mark vieles, was recht eigentlich zu den Lebensbedingungen einer litterarischen Bewegung gehörte, nicht vorhanden war oder sich erst herausbilden mußte: ein reiches, bildungsbeflissenes Patriziat, üppige, freigebige Prälaten, weltliche Fürsten, die sich in der Rolle von Mäcenaten gefielen. Es fehlte zudem im Lande an hohen Schulen, gut dotierten Stiftsstellen, die die einheimische Intelligenz festhalten, die fremde heranlocken konnten. Die Landesherrschaft nahm zu ihren gelehrten Räten mit Vorliebe Söhne ihrer fränkischen Heimat. Der märkische Klerus ging auf in den Sorgen um das tägliche Brot und konnte nur schwer die Muße zu wissenschaftlicher Beschäftigung gewinnen, obwohl einzelne Bischöfe es nicht daran fehlen ließen, ihn hierzu zu ermuntern. Es stand also der Entwickelung einer gelehrten Bildung in der Mark von vornherein mancherlei im Wege; umsomehr muß es daher hervorgehoben werden, daß der Zudrang der Märker zu den Universitäten sich auf gleicher Höhe mit anderen Landschaften hielt, daß den Brandenburgern der Weg nach den Centren der Bildung, die für sie nicht selten in Feindesland lagen, weder zu weit, noch zu beschwerlich war. Viele wurden tüchtige, angesehene Männer. Einige sichern ihrem Geburtslande sogar einen hohen Rang in dem geistigen Leben der Nation. Für die Strömungen, die Deutschland erfüllten, werden sich kaum typischere Gestalten finden lassen, als die folgenden drei Märker: Unter den Rufern im Streite in den kirchenpolitischen Kämpfen der ersten Hälfte des Jahrhunderts steht in vorderster Reihe der leidenschaftliche Priegnitzer Matthias Döring, unstreitig neben Gregor Heimburg damals der erste politische Schriftsteller Deutschlands, auch als Geschichtsschreiber und Theologe angesehen, als Kenner der Italiener, vornehmlich des Petrarca, merkwürdig. Steht Döring dem Humanismus nahe, so findet ein anderer Zweig der aus Italien eindringenden Wissenschaften, das römische Recht, wenig bedeutendere, keinen unermüdlicheren Vertreter als den Altmärker Henning Goede aus Werben, der als Rechtslehrer in Erfurt und Witten-

1) Paulsen, Gesch. d. gelehrten Unterrichts 2. Aufl. II 166.

berg jahrzehntelang wirkte, an Einfluß, Klientel, Verbindungen der erste Konsulent in Deutschland. Aus Sommerfeld, jenem lausitzischen Städtchen, das mit der Hälfte der Erbschaft Barbaras der Kamenzer Friede an die Mark brachte, stammte Johann Rhagius Aesticampianus, auch er ein rechter Typus jener wanderlustigen, begeisterten, ruhelosen Humanisten mit ihrem hohen Wollen, ihrem unermeßlichen Selbstgefühl, aber auch ihrer kleinlichen Streitsucht und dem zwecklosen Verpuffen ihrer geistigen Kräfte in allerhand unbedeutenden, geringwertigen Leistungen. Diese Männer stehen aber nicht allein da. Der Mark gehören noch an der kirchliche Eiferer und Reformer Jakob von Jüterbock, der gelehrte Kenner des Hebräischen, Stephan Bodeker, nachmals Bischof von Brandenburg; auch Johann von Falkenberg ist hierher zu rechnen, jener litterarische Schildknappe des deutschen Ordens und Feind Polens, der auf der Konstanzer Kirchenversammlung soviel Unfrieden erregt hat; denn das Wedellsche Mediatstädtchen, von dem er den Namen tragen soll, war zwischen Pommern und Brandenburg streitig und gehörte am Ausgange des Mittelalters zumeist zur Mark[1]). Aus früherer Zeit muß an Hans von Buch erinnert werden, der wohl mit der erste deutsche Laie gewesen ist, der sich in Italien dem Studium des römischen Rechts gewidmet hat, an Nicolaus Wurm, den Glossator des Sachsenspiegels und an so manchen andern.

Solche Namen zeigen schon allein, daß es mit der geistigen Öde in der Mark doch nicht ganz so schlimm bestellt gewesen sein kann. Wenn die Zeitgenossen trotz des Vorhandenseins so ausgezeichneter Brandenburger zu abfälligen Urteilen in Bausch und Bogen kamen, wie sie oben wiedergegeben worden sind, so lag das zum Teil an dem Umstande, daß die gelehrten Märker selten ihren Wirkungskreis im Lande fanden und daher leicht in der Heimat übersehen und vergessen werden konnten; daß das Leben in der Mark wirklich sehr hausbacken dahinstrich, so daß man von einer innata rusticitas der Bewohner[2]) reden durfte, daß in dieser verhältnismäßig jungen Kultur kein rechtes Feld für geistige Thätigkeit erwartet werden konnte; hauptsächlich aber daran, daß die Mark als das eigentlich klassische Land der wilden Adelsfehden bekannt war. Diese unbändigen, kriegerischen Edelleute, die man im eigentlichen Reiche zum Unterschiede von ihren höfischen oder gelehrten oder ackerbautreibenden Standesgenossen kurzweg „Reiter" zu nennen

1) Auch Beß in Ztschr. f. Kirchengesch. XVI 392 erklärt ihn für einen Neumärker.

2) Trithemius (Freher II 481).

pflegte, galten als bäuerische, ungelenke Gesellen, als Verächter feinerer Lebensart und höherer Bildung. Jede Thorheit glaubt z. B. Albrecht Achilles solchen Leuten zutrauen zu dürfen. Der Erzbischof Friedrich von Magdeburg (ein Thüringer) wundert sich darüber, daß er de terra rutherorum reformatores erhalten solle[1]). Die Augustiner, die ihm zur Klosterreform übersandt wurden, waren weder „Reiter", noch hatten sie mit ihren Fehden das geringste zu thun. Der Erzbischof glaubt sich aber trotzdem berechtigt, aus der Art eines einzelnen, wenngleich einflußreichen Standes, einen Schluß auf das ganze Land zu machen. Noch weniger dachte man natürlich, Gelehrte in einem „Reiterlande", wie es die Mark unzweifelhaft war, finden zu können, und man war daher rasch mit der Behauptung bei der Hand, dort lebten nur rebelles, pertinaces, indociles, Leute parvae intelligentiae[2]). Und diesen weit verbreiteten Vorurteilen sind die erwähnten Bemerkungen über den Stand der märkischen Bildung in erster Linie zuzuschreiben. In der Hauptsache sind es sogar nur die üblichen rhetorischen Übertreibungen; denn es gehört zur humanistischen Phraseologie, die „Finsternisse", die beleuchtet werden sollten, besonders schwarz zu malen. Vornehmlich bei Gründung einer neuen Hochschule waren solche Äußerungen fast nicht zu umgehen. Das Gleichnis vom weißen Raben stammt aus Lucian, der es auf Cappadocien anwendet[3]). Die Klagen über die geringe Bildung, besonders des Klerus, werden auch anderwärts mit noch mehr Nachdruck vorgebracht. Im Schwabenlande, das bereits drei berühmte Hochschulen besaß, klagte Fabri, unter 1000 Geistlichen sei nicht einer, der eine hohe Schule besucht habe, ein baccalaureus werde wie ein Wunder angestaunt[4]).

I.

Studenten aus der Mark. — Verteilung auf die Universitäten. — Laufbahn. — Stipendien. — Studium von Laien. — Der Herrenstand und die Hochschulen. — Plan, Friedrich den Festen auf die Universität zu schicken. — Der niedere Adel und die Hochschulen. — Studenten aus dem Patriziat. — Aussichten für studierende Märker. — Die Landesherrschaft bevorzugt die Franken. — Die Hohenzollern und die Bildung der Zeit. — Vorurteil gegen die märkischen Gelehrten. — Unterkommen gelehrter Märker in der Fremde; in Dänemark. — Klitzing. — Märker in Rom. — Märker als Stadtschreiber. — Laien. — Syndici. — Befragung von

1) Gesch.qu. der Prov. Sachsen XIX 465.

2) Magd. Gesch.Bl. 18, 133.

3) ed. Imman. Bekker II 448: *Θᾶττον ἔην λευκοὺς κόρακας, πτυηάς τε χελώνας εὑρεῖν ἢ δόκιμον ῥήτορα Καππαδόκην.*

4) Vgl. Tagmann, Petrus Vincentius. Festschr. d. wiss. Ver. z. 17. Vers. der deutschen Philologen zu Breslau S. 44.

Universitäten. — Märker als Universitätslehrer. — Märker leiden in der Fremde durch den Fremdenhaß. — Notwendigkeit, eine Hochschule zu gründen. — Die Mark braucht ein eignes Beamtenpersonal. — Anschauungen der Zeit über den Nutzen einer Universität. — Urteil der brandenburgischen Räte. — Die Rechtsfakultät als Spruchkollegium. — Die Städte und Hochschulen. — Vorbereitung der Universitätsgründung. — Greifswald. — Albrechts angebliche Äußerung über eine Universitätsgründung. — Johanns Thätigkeit hierfür. — Frankfurt wird Sitz der Hochschule. — Bedeutung der Universitätsgründung.

Die Matrikeln deutscher und außerdeutscher Universitäten — eine ganze Anzahl liegt ja bereits gedruckt vor — verzeichnen eine stattliche Menge studierender Märker. Die noch fehlenden, die zum Teil verloren, zum Teil noch ungedruckt sind, würden ihre Zahl noch erheblich steigern. Besonders kämen Padua, Paris, Kopenhagen, daneben aber auch Ingolstadt und Wien, ferner Köln von 1466 an [1]) in Betracht. Die jetzt bekannten Listen ergeben insofern kein gleichartiges Material, als die Rostocker und Greifswalder Matrikeln auch die Artisten mit umfassen, während dies in Leipzig bis jetzt noch nicht der Fall ist [2]), aus Prag nur die Juristen und promovierten Artisten bekannt sind, und die Bologneser Matrikel, die freilich keine Matrikel im strengen Sinne ist, große Lücken aufweist. Außerdem hat sich sicherlich so mancher Märker gar nicht förmlich in die Listen aufnehmen lassen. Aus den Eintragungen in die Matrikeln und aus sonstigen Notizen über Studium von Märkern lassen sich bis zum Jahre 1500 2980 Namen von Brandenburgern auf Universitäten nachweisen. 160 von diesen haben nachweislich auf zwei, 7 auf drei Hochschulen studiert [3]). Auch von diesen sind nicht alle wirkliche Studenten im heutigen Sinne gewesen; doch wird man, da die Neigung der märkischen Kaufleute oder Handwerker, außer Landes zu gehen, zu keiner Zeit groß war, die Zahl der bloßen Universitätsverwandten märkischen Ursprungs nicht als sehr bedeutend annehmen dürfen. Vergleiche mit anderen Landschaften zeigen, daß das Kontingent der studierenden Märker nicht geringer war, als das anderer Gegenden. In Bologna studieren bis 1500 86 Brandenburger, das bevölkertere, größere und Italien weit näher liegende Schlesien stellte auch nicht mehr [4]). Man beachte ferner den Abstand zwischen den studierenden Märkern und den studierenden Hessen [5]).

1) Ein paar Notizen über Köln seit 1466, Mitt. d. Ver. für Gesch. Berlins 1884 S. 55.

2) Der neue Bd. der Matr. konnte noch nicht benützt werden.

3) Vgl. die Tabelle.

4) Nach der Berechnung von Pfotenhauer.

5) Die Stölzel zusammengestellt hat.

Eine erhebliche Abweichung von den Erfahrungen aus anderen Gebieten zeigt sich bei den Märkern insofern, als bei ihnen die zahlreichen Studenten niederster Herkunft zu fehlen scheinen, die anderwärts so oft erwähnt werden. Es lassen sich zwar zur Zeit noch nicht alle Märker, die in die Matrikeln eingetragen sind, in den sonstigen Urkunden der Zeit nachweisen, wohl aber ist dies meist der Fall hinsichtlich der Familien, denen sie angehören, die fast ausschließlich adlige oder namhafte, zum Teil ratsfähige Stadtgeschlechter sind. Wo einmal ein Sohn eines geringen Handwerkers, wie der gelehrte Stephan Bodeker, zu hohen akademischen und kirchlichen Würden gelangt, hebt er seine niedrige Geburt mit solchem Nachdruck und solcher freudigen Beflissenheit hervor, daß man den Eindruck gewinnen muß, ein solches Emporsteigen gehöre hierzulande zu den Seltenheiten. Auch der Schreiber eines für einen Thurmspitzenknopf bestimmten Zettels vermerkt darauf, daß er eines Stendaler Lakenmachers Sohn sei[1]).

Der anderwärts beobachtete Umstand, daß die Menge der Studierenden aus einem Orte oft im umgekehrten Verhältnisse zu dessen Größe steht, läßt sich in der Mark nicht wahrnehmen, auch nicht, daß gerade die Orte, die berühmte Heiligtümer oder eine stattliche Zahl von Geistlichen besaßen, wie die Sitze der märkischen Kathedralen, besonders fruchtbar an Studenten gewesen wären.

Die meiste Anziehungskraft auf die Märker übte Prag und dann dessen Erbin Leipzig aus; vereinzelte Brandenburger studierten übrigens auch noch nach der Auswanderung der Deutschen an der Moldau. (So wird der Leipziger Magister Johann Hasenfeld aus Frankfurt 1447 in die Gemeinschaft der Prager Magister aufgenommen[2]), während der Leipziger Baccalar Lucas aus Frankfurt nicht als Baccalaureus anerkannt wird[3].) Bei den übrigen deutschen Hochschulen ist meist ihre Lage maßgebend. Erfurt lockt die Altmärker, daneben auch die Mitglieder des Franciskanerordens an. Rostock, zu dessen Konservatoren auch der Stendaler Dechant zählt[4]), kommt für den Norden, Krakau für den Osten stark in Betracht. Greifswald[5]) spielt nicht die Rolle, die man

1) A. 6, 263.

2) Mon. univ. Prag. I 2, 35.

3) 36. Hierzu vgl. jedoch Goll, Qu. u. Untersuch. z. Gesch. d. böhmischen Brüder 123.

4) A. 5, 224.

5) Die bekannten Matrikelausgaben werden im folgenden nur kurz mit dem Namen der Universität citiert; Knods eben erschienenes Werk „Die deutschen Studenten in Bologna" konnte nur während der Korrektur gelegentlich verwertet werden.

nach seiner Nähe zur Mark erwarten sollte. Bei der Gründung erscheinen zwar sehr viele Brandenburger, nachher bleiben sie weg, vielleicht infolge der Kriege, doch läßt sich nicht sagen, daß gerade die Kriegsjahre den Rückgang der Zahl der märkischen Studierenden besonders stark zeigen. Nach Italien wandert der Adel, der namentlich unter den Besuchern Bolognas durch zahlreiche Genossen vertreten ist. Der Edelmann ist freilich nicht überall leicht herauszuerkennen. Meist fällt er jedoch durch eine erheblich höhere Eintragungsgebühr und durch die Mitnahme eines Hofmeisters oder Bedienten auf. Padua wird nur wenige Male erwähnt, dürfte aber weit öfter aufgesucht worden sein. Auf Pisa deutet vielleicht der Umstand hin, daß ein altmärkischer Domherr einen Pisaner Dukaten besitzt und ihn bis an sein Lebensende aufhebt[1]). Nach Siena ist ein Alvensleben gekommen. Aus Ferrara wird nur ein Jüterbocker Student gemeldet[2]). Der Zulauf nach Paris war erheblich größer, als die jetzt vorliegenden Nachrichten es erkennen lassen. Wo an sonstigen Hochschulen Märker erscheinen, da handelt es sich in der Regel um Versprengte. Doch muß betont werden, daß, wo auch immer eine neue Universität sich auftut und durch Ausschreiben die Hörer an sich lockt, sich auch Märker einfinden; so in Ingolstadt[3]), in Basel[4]). In Tübingen erscheint im Jahre 1511 der erste Märker, ein Doktor und Kanonikus zu Brandenburg, Jodocus Lorcher[5]).

Die Zahl der pauperes unter den Märkern ist nicht groß, bisweilen werden Leute erwähnt, die auf der einen Universität als arm frei bleiben, auf der andern die vollen Gebühren zahlen. Manche erwarben die Freiheit durch Dienste bei Mitgliedern des Lehrkörpers, bei dem Universitätsnotar, bei dem Arzte, durch verwandtschaftliche Beziehungen zu einflußreichen Universitätslehrern. Dem Paulus de Reppyn, der 1499 in Greifswald Magister wird, werden die Gebühren auf Bitten der Italiener an der Hochschule erlassen[6]).

An den nach Nationen gegliederten wälschen Hochschulen zählten die Märker zu den Deutschen; in Leipzig, einer der wenigen deutschen, die nach dem Vorbilde der Mutteruniversität Prag diese Einteilung

1) A. 5, 223. Leider wissen wir sehr wenig von Orléans, das noch im 17. Jahrh. große Anziehungskraft auf die Märker ausgeübt hat. (Ein Bismarck ist dort 1608, vgl. Nouvelle revue historique 1888, 393.)

2) Freundliche Mitteilung des Herrn Prof. Luschin von Ebengreuth.

3) Prantl, Gesch. d. Univ. Ingolstadt I 65.

4) W. Vischer, Gesch. d. Univ. Basel 255.

5) Urk. z. Gesch. d. Univ. Tübingen 584.

6) Matrikel 145.

beibehielten, zu den Sachsen. Nur die südlichen, lausitzischen Gebiete des Landes, die dem Bistume Meißen unterstanden, rechnete man zur meißnischen Nation; dorthin zählte man bisweilen auch die studierenden Lehniner Mönche.

Die große Zahl von Märkern, die in Bologna Sachwalter ihrer Nation geworden sind, zeigt das Ansehen, das sie genossen. Diese Auszeichnung schrieb sich wohl daher, daß viele Adlige unter ihnen waren, denen man ein solches Amt gern antrug. Auch in Paris tritt das niederdeutsche Element stark hervor, wie z. B. die Thätigkeit des Jakob Windhorst in der Mitte des 15. Jahrhunderts beweist[1]). Der Märker Busso von Bartensleben wird dort Vorsteher der deutschen Nation[2]), in der übrigens die Engländer zumeist überwiegen. Von dem Neumärker Benedikt Sydow, der 1483 in Leipzig studierte, heißt es in der Matrikel: fuit hic apud Saxones magni nominis vir. Paul Götz aus Brandenburg stirbt 1499 „tief betrauert" in Bologna; dort beschließt auch der Soldiner Domherr Lorenz von Kuhmeise sein Leben (1498), ebenso zwei Jahre vorher ein anderer Neumärker, Jakob Goldbeck (1496).

Daß sich unter den märkischen Studenten auch mancher unbotmäßige, wilde Geselle befand, zeigt das Schicksal des Salzwedlers Rutenberg, der in Rostock 1476 studierte und dann in seiner Vaterstadt geviertteilt wurde. Zahlreiche Klagen werden über das Verhalten der Studenten erhoben[3]).

1) Jourdain, Ind. chron. chart. 262 ff.

2) Mém. de la Société de l'Hist. de Paris et de l'Isle de France (1875) I 173. Der Name ist dort verschrieben. 1344 wird in Paris ein dom. Conradus de Berlyn Licentiat, der in der beiliegenden Tabelle nachzutragen ist. (Arch. für Litt. u. Kirchengesch. V 287, 276.)

3) Ein N. Byth wurde in Königsberg der Brandstiftung angeklagt (1457). A. 19, 386. Ein Stechow wurde in Greifswald 1479 wegen rebellio verwiesen, ein Michael Noer, ein clericus coniugatus, Läufer der Universität ebenda, wegen Pflichtverletzung entlassen (1486). In Leipzig wurden der Havelberger Domherr Otto Czyker und der Kottbuser Martin Fabri ausgeschlossen. (Matr. 733 f.) Vielleicht ist auch jener Conradus Landisberg, der 1461 wegen Mordes relegiert wird (Matr. 735) ein Märker. Dagegen buchen die Leipziger Polizeiaufzeichnungen (abgedr. bei Wustmann, Qu. z. Gesch. d. St. Lpz.) keinerlei Ungebühr märkischer Studenten, wohl aber verlautet aus Leipzig von Beleidigungen, die einem märkischen Universitätslehrer widerfuhren (Matr. 734). In Salzwedel wurde ein Student wegen Ruhestörung festgenommen (Berlin, kgl. geh. Staatsarchiv R. 78a [C. M. 21] 160), in Zerbst ein Scholar aus Stendal in den Turm gesetzt, weil er bei Nacht in ein Haus eingedrungen, um zu der Magd zu gelangen (Zerbster Stadtarchiv II 3. Er wird vom Rate losgebeten, weil er „accolitus unde gheistlik isz). Einem Märker wird vorgeworfen, daß er nur um die Privilegien der Scholaren zu genießen und bald den, bald jenen mit geistl. Gerichte behelligen zu können, Leipziger Student geworden sei. Vgl. Sitz.ber. d. Berl. Akad. d. Wiss. 1883, 455.

Über Studiengang, Specialfächer u. s. w. ist fast nichts überliefert. Aus der Rostocker Matrikel ersieht man, daß ein sehr starker Prozentsatz der märkischen Artisten das Baccalaureat und von diesem ein kleinerer Teil die Magisterwürde erwarb. Der Stendaler Hans Brunkow wurde mit 21 Jahren Magister in Leipzig[1]). Wie sich die Beförderten nun auf die höheren Fakultäten verteilten, läßt sich nicht sagen. Von dem namhaften Arzte und Diplomaten Kyritz weiß man, daß er zweimal seine Fakultät wechselte, erst Mediziner, dann Jurist, dann wieder Mediziner wurde[2]). Erscheinen und Abgang von den Universitäten war so regellos wie überall. Auch die Mark durchziehen Studierende fremder Hochschulen auf ihren Wanderungen; sie sind unangenehme Gäste und werden, wie die oben erwähnten Beispiele zeigen, der Brandstiftung, wohl auch der Dieberei bezichtigt und wegen ihrer Neigung zu Tumulten nicht gern gesehen. Ein Student überbringt dem Markgrafen die Fehdebriefe des Lausitzers Erdmannsdorf und seiner Genossen[3]).

Die Mehrzahl der märkischen Studierenden waren Kleriker oder wollten es werden. Leute, die bereits im Besitze einer Pfründe waren, fanden es aber oft nicht ratsam, diese zu verlassen, weil die Gefahr einer Beeinträchtigung während der Abwesenheit zu groß war. Urlaub wurde von der kirchlichen Behörde bereitwilligst erteilt[4]). Die Träger höherer Kirchenämter des 15ten Jahrhunderts scheinen fast alle studiert zu haben; auch in den Kapiteln und den Klöstern sucht man das Studium zu befördern. So werden Brandenburger Canonici in scholis degentes erwähnt[5]). Das Kapitel giebt Gelder her zum Unterhalt studierender Domherrn. Die Klöster, vor allem Lehnin und Zinna, schicken ihre Mönche auf Universitäten. Lehnin erwirbt 1431 vom Papste das Recht, 1 bis 2 Mönche auf die Hochschulen zum Studium des ius canonicum zu entsenden[6]). Der Propst Vlogel zu Tangermünde vermacht seine juristischen und liturgischen Bücher demjenigen seiner drei Neffen, der studiert. Für diesen liegen Stipendiengelder bei dem Rate zu Stendal bereit[7]). Der Stendaler Dechant Belitz bestimmt 600 fl. für einen Studenten, der an beliebiger Hochschule und hernach auf Wunsch in Rom

1) A. 1, 326.
2) Abh. d. Wiener Akad. d. Wiss. Phil.-Hist. Kl. 127 II. Abt. S. 14 Anm. 12.
3) P. K. II 460.
4) A. 12, 162.
5) A. 8, 47. 265.
6) Repertorium Germanicum 145 Nr. 876.
7) A. 5, 215.

studieren soll [1]). In Pritzwalk wird 1478 ein Stipendium von 18 rh. fl. [2]) jährlich gestiftet zur Unterstützung eines Studenten. Es wird ihm entzogen, wenn er nicht fleißig ist [3]). Der aus Seehausen gebürtige Gregor Moller, Pfarrer zu St. Pauli in Hamburg, die Pröpste Dietrich Maß und Johann Kuchenbitter in Krevese und Arendsee hinterlegen 1481 600 rh. fl. [4]) beim Rate zu Seehausen. Von den Zinsen soll 20 fl. einer aus ihren Familien erhalten und auf die Universitäten Paris, Köln, Rostock, Erfurt gesandt und dort mindestens Magister artium oder baccalaureus juris werden. Nach Erlangung der Magisterwürde hat der Stipendiat in Seehausen eine Messe zu lesen und sich dem Rate als Leiter der Stadtschule zur Verfügung zu stellen. Ist kein Familienmitglied da, soll ein Locat oder Schüler 10 fl. als Unterstützung erhalten [5]).

Laien, die eine gelehrte Bildung erwarben und zum Abschluß brachten, sind vorerst noch selten, häufiger dagegen solche, die auf den Hochschulen nur die Anfangsgründe des Wissens in sich aufzunehmen wünschten. Zu diesen dürften eine Reihe Patrizier märkischer Städte gerechnet werden, die in den Universitätslisten erscheinen und später als Ratmannen oder als Richter [6]) ihrer Städte eine bedeutende Wirksamkeit entfalten. Der bekannte Berliner Kaufherr Thomas Blankenfelde gehört zu diesen; er wird 1453 in Leipzig erwähnt; sein Sohn gelangt dann als Rechtslehrer und Kirchenfürst zu hohen Ehren. Der Berliner Herbergswirt Kaspar Zeyse, der aus Frankfurt stammt, wird ebenfalls in der Leipziger Matrikel aufgeführt.

Die Mitglieder des Herrenstandes, die, wie die Biebersteiner oder die Schenken von Landsberg [7]), Universitäten bezogen, folgten damit der Sitte ihrer Standesgenossen, die den Hochschulen schon früh Interesse entgegenbrachten und dort durch die Höhe ihrer Spenden wie durch ihre Begleiter, die bisweilen namhafte Gelehrte waren, Aufsehen erregten. Bevorzugte Kirchenstellen, auf die sie sich wohl durch das Studium vorzubereiten wünschten, haben nur wenige von ihnen erreicht [8]). Fürst-

1) A. 25, 479.

2) Kapital 400 fl.

3) A. 2, 43 f.

4) 5%.

5) Prog. des Progymnas. zu Seehausen 1865 S. 31. Moller wird 1448 in Rostock immatrikuliert, vgl. auch A. 6, 382.

6) z. B. Bamme und Feist in Frankfurt, beide stud. zu Leipzig.

7) Sieben Schenken von Landsberg studieren bis 1500.

8) Von norddeutschen Herren glückte es außer dem Fürsten von Anhalt nur den Herren von Barby, Grafen von Mühlingen, die durch die langjährigen

liche Personen sind zur Zeit in ganz Deutschland noch selten auf den Hochschulen anzutreffen; nur die Landesuniversität immatrikuliert mitunter Söhne des Herrscherhauses und erteilt ihnen die Würde des Rektors. Keiner der Markgrafen hatte bisher studiert. Der Plan, Friedrich den Feisten [1]) auf die Kölner Hochschule zu schicken, um ihn für den geistlichen Stand erziehen zu lassen, war nicht zur Ausführung gekommen [2]). Dagegen hat der Neffe Albrecht Achills, der Graf Eitelfritz von Zollern, die Freiburger [3]) und die Erfurter Hochschule [4]) besucht. Sein Begleiter war der später viel genannte Dr. legum Christ. v. Hayn. In der dispositio Achillea wurde für den Unterhalt jüngerer Söhne, die sich für den geistlichen Stand auf Universitäten vorbereiten wollten, ein Jahrgeld von 1000 fl. ausgeworfen.

Um so stärker ist dagegen der niedere Adel auf den Hochschulen vertreten. Um nur die bekanntesten märkischen Geschlechter zu nennen: es werden 3 Burgsdorff, 6 Bredows, 8 Bülows, 9 Holzendorf [5]), 3 Schlabrendorf, 2 Sparre, 10 Stutternheim [5]), 4 Stechow, 4 Alvensleben, 3 Arnim, 6 Knesebeck, 3 Rohr, 4 Bartensleben, 12 Schulenburg, 3 Günthersberg, 3 Krusemark, 4 Wedell, 2 Kröcher, 3 Klitzing, 2 Lüderitz, 5 Quitzows, 7 Schlieben erwähnt. Es handelt sich allerdings zumeist um die Geschlechter, die in den Geschäften des Landes bereits eine Rolle spielen und auf die höheren Würden in Staat und Kirche hoffen dürfen. Sie bevorzugen die ausländischen, besonders die italienischen Universitäten, deren Titel in Deutschland noch bis über das folgende Jahrhundert hinaus an Ansehn und Bedeutung die an deutschen Hochschulen erworbenen überragten. Die Doktoren Schlabrendorf [6]), Bülow [7]), Schlieben [8]), Königsmarck [9]), Alvensleben [10]) wurden Bischöfe, die Doktoren Dieskau [11]) und Rohr [12]) erhielten hervorragende Stellungen

Ratsdienste Johanns von Barby gute Beziehungen zum Kaiserhause besaßen, bisweilen eine reiche Pfründe zu erlangen. Einer der Ihren wurde Dechant von Straßburg, konnte aber in dem fernen Bistum keinen Boden gewinnen.

1) Bruder Friedrichs II.
2) Voigt, Die Erwerbung der Neumark 273. 1444.
3) Schreiber, Gesch. der Albert Ludwigsuniv. zu Freiburg I 31.
4) 1469. Vgl. P. K. II 642.
5) Hiervon sind vielleicht nicht alle adlig.
6) stud. Rost. 1484. Lpz. 1485. Bol. 1491.
7) Rost. 1472. Erf. (?) 1478. Bol. 1479.
8) Lpz. 1461. Bol. 1467.
9) Ist Doctor jur. utr., Univ. kann ich nicht angeben.
10) Rost. 1476. Bol. 1480.
11) Ist Doktor, Univ. kann ich nicht angeben.
12) Bol. 1478.

im Johanniterorden. Auch andere märkische Kirchenfürsten adliger Abkunft, wie Bischof Joachim von Brandenburg[1] (Bredow), Ludwig von Lebus[2] (Burgsdorff) und selbst der Haudegen Wedigo von Havelberg[3] (Putlitz) hatten hohe Schulen besucht. Ein Priegnitzer Edelmann, Hans von Eichendorff, der 1435 in Leipzig studierte, wird Schreiber Kurfürst Friedrichs II., Domherr zu Havelberg und Propst zu Stendal. Der Kanzler Verdemann gehörte einer altmärkischen Adelsfamilie an. Adlige Kanzleibeamte sind überhaupt nicht selten. In Beeskow werden z. B. zwei Mitglieder der Familie Gebelzig als Schreiber der Herrschaft, der eine als Magister artium erwähnt[4]). Als Doktor der Herren von Ruppin wird der Neuruppiner Stadtpfarrer Otto von Gladow bezeichnet[5]), der es indes nur bis zum Baccalaureat in den geistlichen Rechten gebracht hatte[6]). Ritter Nickel Pfuhl, der zwar studiert, aber kein Examen abgelegt hatte, wird ebenfalls in der Regel mit dem Titel Doktor bedacht[7]).

Von den bekannteren Bürgergeschlechtern sind es vornehmlich die Patrizierfamilien der altmärkischen Städte, die eine größere Zahl von Studierenden hervorbrachten. Die Möring stellen in dem Zeitraume von 1423—1496 9 Mitglieder, darunter 6 seit 1479, die Blankenfelde 5, ebensoviel die Klingbeil; 9 Wins aus Berlin und einer aus Frankfurt lassen sich zusammenzählen. Die Bürgersöhne erstrebten, wenn sie nicht, wie bereits erwähnt, bloß an den Erwerb elementarer Kenntnisse dachten, die Erlangung von Pfründen städtischen Patronats. Einzelne wurden Rechtskonsulenten wie jener Nicolaus Wegener aus Perleberg, den man auch in Hamburg zu Rate zog[8]). Andere wurden Schreiber bei Kommunen oder Adligen[9]). Dagegen eröffnete ihnen der Staatsdienst, die Laufbahn eines fürstlichen Rates oder Kanzleibeamten zunächst nur bescheidene Aussichten. Auch der Adel wuchs erst allmählich in diese Stellungen hinein, wenn sie ihm auch nicht verschlossen waren. Die Landesherrschaft zog lange Zeit in erster Linie Ausländer heran.

1) Lpz. 1461.
2) Lpz. 1467.
3) Rost. 1448. Lpz. 1452.
4) A. 20, 432. 433 f.
5) A. 4, 345.
6) Univ. Rostock und Bologna 1454.
7) Siehe Stölzel, Rechtsverwaltung I 93; P. K. III S. 484.
8) Koppmann, Hamburger Kämmereirechnungen IV 268. W. studierte 1453 in Rostock, 1456 ist er in Greifswald immatrikuliert.
9) So ist wohl der Schulenburgsche Schreiber Chr. Glüsing A. 5, 382 mit dem Studenten gleichen Namens, der 1424 in Leipzig immatrikuliert wird, identisch.

Auch unter den nicht gelehrten Beamten überwogen, wenigstens soweit es auf die Vertrautenstellungen ankam, die Fremden, vornehmlich die Franken. Es lag das an dem berechtigten Mißtrauen der Kurfürsten gegen ihre neuen Unterthanen; in Franken verfügten sie über Beamtenfamilien, die seit Generationen im Dienste der Nürnberger Burggrafen thätig gewesen und sich auch in der Mark besser verwenden ließen, als die ungelenken und den fürstlichen Interessen noch nicht ohne Vorbehalt ergebenen Märker. Bei den gelehrten Beamten kam hinzu, daß die Hohenzollern gewöhnt waren, an ihre Räte recht hohe Ansprüche zu stellen. Die fränkischen Lande mit ihren blühenden Reichsstädten, reich bewidmeten Bistümern, ihrer alten Kultur, konnten fast als eine Pflanzschule für ganz Deutschland angesehen werden. Fast ohne Mühe vermochten sich dort auch die Burggrafen mit den in reichem Überfluß vorhandenen ausgezeichneten Kräften zu versorgen. Man braucht bloß die Räte Albrecht Achills zu mustern, um dies bestätigt zu finden. Man blickt da in einen Kreis von fast durchweg hervorragenden Männern. Da steht neben Dr. Gregor Heimburg der starre Anhänger blinder Unterwerfung unter die Kurie, religionis patronus, wie ihn Enea Silvio nannte, Dr. Peter Knorre[1]). Da Dr. Pfotel, der unaufhörlich zu den Reichstagen, nach Ungarn, Polen, Böhmen, der Mark geschickt wurde[2]), und ihm zur Seite zwei andere Legisten, der Bamberger Domdechant Dr. Hertnid von Stein, ein begeisterter Verehrer der vollendeten Staatskunst der italienischen Fürsten[3]), und Dr. Georg von Absberg, den man mit Heimburg[4]) verglich und als eine Perle unter den deutschen Beamten pries[5]). Schier unerschöpflich scheint hier die Fülle der Talente, der Virtuosen in der neuen Staatskunst, lauter Leute, die jeder Aufgabe in Diplomatie, Verwaltung und Hofleben gewachsen scheinen und mit ihrer erstaunlichen Anpassungsfähigkeit sich in allen Lagen zurechtfinden. Ob sie nun ausgesandt wurden, die wilden Friesen gegen Burgund aufzuwiegeln oder den Übermut der siegreichen Schweizer zu mäßigen, ob sie mit ketzerischen Böhmen verhandeln oder mit ihren fanatischen Gegnern, ob sie die Verschleppungskünste der kaiserlichen

1) Ss. rer. Pruss. IV 221.

2) P. K. passim.

3) P. K. II 486.

4) Vgl. P. K. I S. 8. Betr. seiner litterarischen Interessen genügt es, daran zu erinnern, daß ihm Niclas von Wyle und Albrecht von Eyb ihre Schriften widmeten und daß er der berühmten Pfalzgräfin Mechthild nahe stand. Vgl. u. a. Herrmann, Albr. v. Eyb 270. 276 f.

5) Sattler, Gesch. Württ. IV 142.

Sekretäre oder die Hinterlist und Geldgier der päpstlichen Agenten überwinden wollen, überall zeigen sie selbst in ganz fremden Verhältnissen dieselbe Rührigkeit und Geschicklichkeit und offenbaren dabei eine nicht gewöhnliche Gabe, Land und Leute zu beobachten und Schönes, Nachahmungswürdiges, das ihnen entgegentritt, in sich aufzunehmen. Der Franke Dr. Heiden, der vom brandenburgischen Dienste aus zu einer ansehnlichen Stellung am kaiserlichen Kammergerichte emporstieg und zugleich als Diplomat gefährliche Aufträge, z. B. öfters am Hofe Ludwigs XI. erledigen mußte, versteht es sogar, den romantischen und historischen Interessen des jungen Maximilian nicht minder aufmerksam zu dienen als den politischen des Markgrafen und des Kaisers. Und der Schwabacher Sachwalter Engelhard Funck, der in Rom die Prozesse der Söhne Albrechts zu führen pflegte, weiß daneben auch seine junge Herrin, die Markgräfin, durch zierliche Verse zu Dank zu verpflichten. In allen Sätteln gerecht ist vor allem die an Talenten jeder Art so reiche Eybsche Familie, voran Ludwig von Eyb, ein letzter Vertreter jener adligen Hofleute alten Stiles mit ihrer gesunden Derbheit, ihrer praktischen Vielseitigkeit und ungelehrten Einfachheit, und dessen Brüder und Söhne, die sich, sieben oder acht an Zahl [1]), alle auf Universitäten [2]) tummelten; unter dieser Schar steht obenan Albrecht von Eyb, der berühmte deutsche Schriftsteller, ein langjähriger Rat der Markgrafen, und Anselm, Doctor legum, ein einflußreicher Diener der Markgrafen am kaiserlichen Hofe [3]). Die Mehrzahl dieser Männer ließ sich auch in märkischen Geschäften verwenden. Vor allem Pfotel wurde dort oft und gern in Anspruch genommen. Der berühmte Nürnberger Arzt Hermann Schedel lebte eine zeitlang am Hofe Friedrichs II. [4]); die an gebildeten und hochgelehrten Sprossen überreiche fränkische Familie Sesselmann gab eine ganze Reihe ihrer Mitglieder an die Mark ab, z. B. außer dem oft genannten Lebuser Bischofe noch dessen Bruder Doktor Hieronymus Sesselmann, der Dechant zu Lebus wurde, aber später wieder nach Franken zurückging [5]). Des Bischofs Nachfolger im Kanzleramte wurde der Franke Doktor Zerer, und neben ihm behauptete sich dessen engerer Landsmann [6]), Markgraf Johanns Erzieher, Doktor decr. Stocker, in einflußreicher Stellung am Berliner Hofe.

1) Vogel, L. v. Eybs Aufzeichnung ꝛc. S. 28 f.
2) Fast durchweg zu Erfurt und Pavia.
3) Biographie P. K. II 129.
4) Vgl. unten.
5) Außerdem noch Paul S., Thomas S. u. a.
6) Ebenfalls aus Hof.

Die Hohenzollern ließen sich aber bei dieser Bevorzugung der bewährten fränkischen Räte nicht bloß von ihrer landsmannschaftlichen Sympathie und wohlberechtigten Erkenntlichkeit leiten; sie hatten bereits ein festes Verhältnis zu der neu aufkommenden Wissenschaft gefunden, das sie zu immer schärferer Auslese unter ihren Räten veranlaßte. Albrechts Bruder Johann der Alchymist war der erste gewesen, der persönliche Beziehungen mit Italien und Italienern anzuknüpfen versucht hatte. Schon bei seiner Pilgerfahrt wird dies geschehen sein[1]). Dann hatte seine Tochter Barbara einen italienischen Prinzen geheiratet und in ihrer neuen Heimat, in Mantua, einen gelehrten Kreis zu versammeln verstanden, in dem sie sich mit voller Sicherheit zu bewegen wußte, und der der deutschen Fürstentochter mit rauschenden Huldigungen ihre Gunst und ihr teilnehmendes Interesse für seine Bestrebungen vergalt[2]). Aus Italien verschrieb sich nun ihr Vater einen gelehrten Schriftsteller Arriginus, der dann auf der Plassenburg einen Kreis von Jüngern mehrere Jahre lang um sich scharte. Der Italiener suchte den deutschen Zöglingen seine Eleganz, seine Anschauungen und sein Stilgefühl zu übermitteln. Er fand eine treffliche Aufnahme und entzückt schrieb er nach Hause „Die neue Schreibweise gilt viel unter den Menschen"[3]). Es läßt sich annehmen, daß ein großer Teil der in den brandenburgischen Kanzleien beschäftigten Beamten unter ihm seine Ausbildung erhalten hat. Auch Albrecht, der nicht eigentlich gelehrt war, stand den neuen Bildungsbestrebungen, die in seiner Nachbarschaft, vornehmlich an den bischöflichen Höfen zu Eichstädt und zu Augsburg ein warmes Nest gefunden hatten, mit voller Hochachtung gegenüber. Alle Fehler, die damals die Halbgebildeten aus der neuen Geschmacksrichtung entnahmen, finden sich in seinen Briefen wieder, vor allem die naive Freude, seine deutsch abgefaßten Schreiben mit allerhand lateinischen Citaten und Redewendungen zu spicken, gelehrter zu scheinen, als er eigentlich war. Er weiß, welch hohen Wert gerade die feingebildeten römischen Prälaten auf eine glatte, gewandte, zierliche Schreibweise legen; wenn er auch zugeben muß, daß in der Mark „Doctoren die Menge"[4]) sind, wagte er doch nicht, ihnen einen einfachen Dankbrief an den Kardinal Franz Piccolomini, den Neffen

1) Vgl. Hauptmann, Das Wappenrecht S. 500 f. Die dortigen Zweifel ob Johann gemeint ist, sind unbegründet.

2) Über die merkwürdige Fürstin vgl. 41. Ber. d. hist. Ver. f. Mittelfr. Hofmann, Markgräfin Barbara v. M., ferner verschiedene Bemerkungen bei Schmarsow, Melozzo da Forli u. a. Über Friedrichs I. deutsche Lesebücher und seine Fürsorge dafür vgl. C. I 231, Arch. Ztschr. X 19.

3) Ztschr. f. Gesch. d. Oberrheins 22, 35.

4) P. K. I 389.

Pius des Zweiten [1]), anzuvertrauen; den Brief muß der Bamberger Dechant Hertnid von Stein schreiben [2]), dessen Art zu reden der Papst und viele Kardinäle gerühmt hatten [3]). Die Märker sind ihm, selbst wenn sie eine gelehrte Bildung besitzen, zu schwerfällig, zu ungeschlacht zu solchen Aufgaben. Er scheint hierin nicht falsch beobachtet zu haben; dem Soldiner Propste Wilkin Thomä (früher am Domstifte zu Köln) wird von seinem Geschäftsträger in Rom eröffnet, seine Bittschriften seien so lang und weitschweifig, daß sie bei den päpstlichen Beamten Widerwillen erregten [4]). Selbst dem Ästicampian wird in Paris Schwulst vorgeworfen. Auch zu den Reichstagen, auf denen sich die Blüte der gelehrten fürstlichen Räte aller Territorien zu versammeln pflegte, zog Albrecht keine Märker zu. Deren breites Niederdeutsch, das er für eine ganz fremde Sprache hielt, hätte ja dort niemand verstanden. Nur wo es ihm darauf ankam, daß die Mark als solche vertreten sei, so bei den Verhandlungen über die pommersche Frage, ließ er Landeskinder hinauskommen, meist den studierten Ritter Nickel Pfuhl und den Abt von Lehnin, mitunter auch, solange er in brandenburgischen Diensten war, den Albert Klitzing, der freilich in seinem Wesen wenig märkische Züge aufwies. Der zweite Nachfolger Klitzings, Erasmus Brandenburg, wird häufiger in solchen Geschäften verwandt, doch war dieser kein geborener Märker, sondern ein gelehrter Sachse aus Zwickau.

Kurfürst Johann ließ sich in den Reichsangelegenheiten, wenn es anging, von seinen Brüdern und ihren Beamten vertreten; in seinen märkischen Sachen gebrauchte er mehrere Franken, Zerer, Stocker u. A., gelegentlich auch den Sachsen Staufmel, bis der in Braunschweigische Dienste trat, die Franken Absberg, Pfotel u. A., sowie einige Märker adliger, bisweilen auch einige bürgerlicher Herkunft [5]).

So hatten die märkischen Landeskinder, auch wenn sie eine gelehrte Bildung erwarben, nicht allzuviel Aussichten, im Lande selber zu Diensten verwandt zu werden und als Beamte des Fürsten emporzukommen.

1) Kardinaldiakon tit. St. Eustachii, Erzb. v. Siena, später Pius III., einer der Albrecht befreundeten Kardinäle. Er verstand deutsch.

2) P. K. I 389 f.

3) P. K. I 320.

4) appellationes vestrae adeo sunt longae et prolixae, quod procuratores habent taedium eas videre. Schoettgen und Kreysig, Dipl. et Scriptores III 165. Von dem Dr. Arnold von Monkedamm, weiland Abte von Lehnin, heißt es, daß er eine oratio elegans vor Sixtus IV. gehalten habe. Sello, Lehnin 161.

5) Außer dem Propste Matthie noch den Dr. M. Packebusch aus Stendal, der indes in lübische Dienste übertritt.

Glücklichere Bedingungen bot ihnen die Fremde. Vor allem zog Dänemark, das an einheimischen Talenten keinen Überfluß gehabt haben dürfte und bis zur Gründung einer eignen Hochschule verhältnismäßig wenig Studierende hervorbrachte, mit Vorliebe deutsche und darunter brandenburgische Kräfte heran. Erleichtert wurde dies durch die enge Verbindung des in Dänemark seit Christian I. regierenden oldenburgischen Hauses mit den Hohenzollern; König Christian hatte eine Tochter Johanns des Alchymisten geheiratet[1]) und engen Anschluß an ihren Oheim Albrecht gesucht[2]), durch dessen Vermittelung er eine Reihe kaiserlicher Bewilligungen zu erlangen hoffte. Auch ungelehrte, einfache märkische Edelleute, ein Hasso Queis[3]), ein Jakob Bodendieck[4]), oder unadelige, z. B. Melchior Kieckebusch[5]) fanden an seinem Hofe Anstellung. Die höheren brandenburgischen Beamten, wie den Ritter Busso von Alvensleben, suchte er wenigstens für gelegentliche Dienstleistungen zu gewinnen[6]). Den Havelberger Johann Cordes machte er zu seinem Sekretär und beförderte ihn dann zum Domherrn in Roeskilde[7]). Den markgräflichen Sekretär Klitzing, den Kurfürst Albrecht zu ihm mit einer Botschaft gesandt hatte, nahm er als Rat in seinen Dienst, ließ sich von dem gewandten und weltkundigen Manne nach Italien und dann an den Rhein zu Karl dem Kühnen begleiten und verschaffte ihm die Propstei zu Hamburg. Klitzing brachte eine Heirat zwischen dem dänischen Kronprinzen Hans und Christine von Sachsen zustande, der Tochter des Kurfürsten Ernst, und gewann hierdurch auch enge Beziehungen zum sächsischen Hofe, die ihm nach dem Tode des Königs Christian die Erhebung zum Domdechanten zu Magdeburg eintrugen. Diese Pfründe scheint er später mit der Propstei zu St. Sebastian daselbst vertauscht zu haben, wenn er nicht beide gemeinschaftlich besitzen durfte. Die Hamburger Propstei hat er beibehalten und später (1505) einen Verwandten in diese Stellung gebracht[8]). Er wußte somit in allem, was er in fremdem Dienste that,

1) Dorothea, siehe P. K. II S. 672.
2) Siehe P. K. passim.
3) Vgl. z. B. A. 21, 480
4) Dresden, Hauptstaatsarchiv. W. A. Dänische Sachen 14
5) P. K. III Nr. 732.
6) P. K. I 635 ff.
7) P. K. II 614. K. wurde aber nicht, wie dort angegeben, Dechant
8) Vgl. Archiv der freien und Hansestadt Hamburg, 1505 6. April. König Johann von Dänemark an Papst Julius II. Albert Klitzing hat auf die Hamburger Propstei zu Gunsten des Mag. Joachim Klitzing verzichtet. Der König präsentiert denselben für die Stelle. J. Kl. hat die Stelle thatsächlich erhalten.

seine eignen Sachen daneben zu fördern[1]) und fortwährend neue Verbindungen anzuknüpfen, sich an immer neuen Höfen einen Stein im Brett zu sichern. Die Sendung im brandenburgischen Auftrage zu Christian bot ihm die Staffel, um in den dänischen Sold zu kommen. Auf der Reise mit Christian wußte er sich dem Papste zu empfehlen und eine Auszeichnung von ihm zu erwirken[2]), denn ein akademischer Titel fehlte ihm, obwohl er zwei Universitäten[3]) besucht hatte. Bei der Fahrt an den Rhein erlangte er das Vertrauen Karls des Kühnen und erhielt von ihm den geheimen Auftrag, seinem früheren Herrn, dem Markgrafen Albrecht im Namen Burgunds die römische Königskrone anzubieten. Die Heiratsverbindung zwischen dem dänischen Königshause und Sachsen und hernach Verhandlungen zu ähnlichem Zwecke in Polen erwarben ihm auch dort Freunde und Anspruch auf Dank. Am kaiserlichen Hofe und auf den Reichstagen war er nicht minder wohl bekannt[4]). Nur am Ausgangspunkte seiner Laufbahn, in der Mark, mißtraute man schließlich[5]) dem allzu wandlungsfähigen Manne, der so vielerlei einander widerstreitende Interessen mit gleicher Liebe und Emsigkeit umfaßte. In der Mark mit ihren täglichen kleinen Sorgen, ihren ungarischen und pommerschen Nöten, ihrer langsamen Entwickelung hätte der geschäftige Ränkeschmied freilich kein so geeignetes Feld der Thätigkeit gefunden, wie bei den lustigen Gebilden des abenteuerlichen Christian oder den stolzen Plänen der Wettinischen Hausmachtspolitik. Ein anderer Klitzing[6]), wohl sein Neffe, folgte ihm als Propst zu Hamburg. Nicolaus Bolden aus Berlin wurde „syndicus Theomarcie“[7]). Im 16ten Jahrhundert brachte es Jörg von Quitzow bis zum dänischen Kanzler[8]).

Auch am päpstlichen Hofe machten eine Reihe Märker ihr Glück.

1) Vgl. auch P. K. III Nr. 883 über die Betriebsamkeit, mit der er sein Getreide und sein Holz zu verkaufen versteht.

2) Vgl. P. K. III Nr. 972.

3) Rostock und Leipzig.

4) Einiges Material bei Hertel, Magdeburger Urkundenbuch III und Magdeburger kgl. Staatsarchiv, Kreisarchiv. Sollte nicht die bekannte Äußerung bei Albert Kranz über die Wahl Maximilians auf Klitzing zurückgehen, der als Hamburger Propst mit dem Hamburger Kranz jedenfalls bekannt war. Vgl. Mitt. des Instituts f. öst. Gesch-forsch. XIX 326.

5) Ztschr. f. pr. Gesch. u. Landeskunde XIX 510. Albrecht hatte sich übrigens 1476 bemüht, Klitzing die Magdeburger Dompropstei zu verschaffen, vgl. P. K. II 282.

6) stud. Erf. 1487.

7) stud. Rost. 1470.

8) Herold 1888 25.

In das Kollegium der Abbreviatoren, in eine der Kanzleibehörden, in Stellungen, die eine elegante, sorgfältige, geglättete Schreibweise voraussetzten und viel von Italienern begehrt wurden, wird wohl nur selten einer gelangt sein. Wohl aber wurden sie Advokaten und Prokuratoren, mitunter auch Mitglieder päpstlicher Gerichtsbehörden [1]).

Das Einschlagen einer Laufbahn am päpstlichen Hofe wurde in der Mark sogar durch Stipendien gefördert [2]). Die Märker in Rom fanden Beschäftigung vor allem in märkischen Prozessen, die nach Rom gelangten — auch Albrecht bediente sich einmal der Dienste eines dieser Leute —, sie scheinen das Ihrige dazu beigetragen zu haben, daß trotz der Verbote der Landesherrschaft in brandenburgischen Rechtssachen immer wieder nach Rom appelliert wurde. Daß die Stellen am päpstlichen Hofe auch für die Märker einträglich genug waren, zeigt das Beispiel eines Altmärkers. Der Stendaler Roxe, der wohl nicht einmal eine gelehrte Bildung erworben haben wird, lebte lange Jahre verheiratet als päpstlicher Läufer in der ewigen Stadt und konnte bei seinem Tode der Brüderschaft der Deutschen zwei Häuser und einen Weinberg hinterlassen [3]). Anderen bot die Thätigkeit am Sitze der Kurie Gelegenheit, gute Pfründen zu erlangen.

An den kaiserlichen Hof, der ebenfalls das erstrebte Ziel vieler Stellenjäger war, scheint, wenn man von der Zeit Karls IV. absieht [4]), für die besondere Bedingungen galten, nur der eine Nitzschewitz gekommen zu sein, der kaiserlicher und königlicher Kaplan wurde und Maximilian nahe stand [5]). In Karls IV. Kanzlei wirkten der Lebuser Scholastikus

1) Es werden erwähnt Joh. Elling (vgl. Liber beate Marie etc. S. 72 aus Stendal als procurator causarum, der Brandenburger Kleriker Johann Döring als literarum sacre penitentiarie procurator ebenda 97), der Halberstädter Domherr Bartoldus Baldewinus aus Salzwedel als Notar der Rota 121, 1495), Franciscus de Stendalia als procurator audiencie litterarum contradictarum 221), Heinrich Schulte als notarius sacri palatii (er stammte aus Wiesenthal, vgl. P. K. III Nr. 911). Herman Piwerling aus der Altmark, Licentiat der Theologie, geistlicher Richter und Cellerarius zu Halberstadt ist 1479 Kaplan des Kardinals Paul Fregoso (Kard. v. Genua lit. S. Anastas. betr. P.s vgl. Herold 1884, 62). Während des Schismas am Anfang des 15. Jahrh. hatte Busso Rathenow, ein Berliner Patrizier, als Vertrauter Gregors XII. eine große Rolle gespielt (Ztschr. f. Gesch. d. Oberrheins N. F. XI 462, R. hatte in Erfurt seit S. 1405 studiert.

2) A. 2, 43 f. Schluß. A. 25, 479.

3) Liber beate Marie 256.

4) Aus der Hohenstaufenzeit braucht bloß an Anselm und Erich von Havelberg erinnert zu werden.

5) Lebeburs Archiv IX 199.

Peter und Th. Damerow aus Prenzlau[1]), in der Wenzels Hanko Propst von Lebus. Damerow war übrigens wohlgelehrt und ein Freund des Johann von Neumarkt[2]).

Studierte Märker werden in vielen Städten als Stadtschreiber erwähnt. In märkischen Gemeinden zeichneten sich aus: in Brandenburg Engelbert Wusterwitz und Trydener, den auch Markgraf Johann zu Geschäften verwandte[3]), in Frankfurt Nitzschewitz aus Trebbin, der sich iurisconsultus nennt[4]), und dessen Nachfolger[5]) Teymler, der sich nach Übernahme des Amtes an der neugegründeten Frankfurter Hochschule immatrikulieren läßt, vorher aber bereits zu Leipzig studiert hatte. In Salzwedel wirkte Jakob Rambow, in Neustadt-Eberswalde Nicolaus Bading, in Prenzlau Eberhard Eberlin, in Neuruppin Bussso Bratz, der vorher, wie es scheint, Schreiber des Bischofs von Havelberg gewesen. Aber auch in der Fremde erscheinen märkische Schreiber häufig. Fast alle Schreiber, die Zerbst anstellte, stammten aus der Mark oder waren dort vorgebildet. So Gebhard Klot, lange Zeit Stadtschreiber, dann Bürgermeister, der innige Beziehungen zu beiden Städten Brandenburg aufrecht erhält, und da er fortwährend um Auskunft von ihnen ersucht wird, früher in ihren Diensten gestanden haben muß[6]). Magister Peter Wedegonis aus Brandenburg[7]) war Stadtschreiber zu Zerbst und wurde dann Ratmann zu Magdeburg[8]), wo bereits am Anfange des Jahrhunderts sein Landsmann Wusterwitz der Schöppenschreiberei vorgestanden hatte[9]). Ein Ambrosius Stendal[10]), ein Johann Reppin, der lange Zeit dem Dompropste zu Brandenburg gedient hatte „und Briefe und Werbungen auszurichten verstehe", ein Ungenannter, der drei Jahre lang des Kurfürsten von Brandenburg oberster Schreiber gewesen, werden dem Zerbster Rate zu dem Stadtschreiberamte empfohlen[11]).

Der Spandauer Notar Kaspar Kroger wurde Stadtschreiber von Lüneburg und gleichzeitig auch von Hamburg zur Erledigung von Bot-

1) Vgl. Burdach, Vom Mittelalter zur Neuzeit 76; Lindner, Das Urkundenwesen Karls IV. 24 f., 28.
2) Vgl. Wolkan, Böhmens Anteil an der deutschen Litteratur III 99.
3) Vgl. Zerbster Stadtarchiv passim.
4) D. I 345.
5) 1497.
6) Zerbster Stadtarchiv passim.
7) studiert als Magister Coloniensis W. 1490 in Erfurt.
8) Hertel III 781.
9) siehe unten.
10) Hertel III 74.
11) Zerbst. Stadtarchiv 1456 II 18, betr. Reppins s. II 18, 1445.

schaften verwandt[1]). Hamburg bediente sich ferner, wie bereits erwähnt worden, des Rates des Perleberger Rechtsgelehrten Wegener[2]). Die Pfarre zu St. Pauli übertrug es dem Altmärker Moller, von dessen Stipendienstiftung bereits die Rede gewesen ist[3]). In Braunschweig wirkte als Stadtschreiber Johann Cordes[4]), der vorher lange in dänischen Diensten thätig gewesen war. Aus der Mark stammte wohl auch jener Doktor Henning Havelberg, der auf den Rechtstagen nach der großen Stadtfehde die Stadt Braunschweig vertrat und ihre Sache mit solchem Eifer anfaßte, daß ihm ob der gegnerischen Einwürfe die Thränen ins Auge kamen[5]). Cordes hatte übrigens auch der Stadt Hamburg mancherlei Dienste geleistet[6]); dasselbe that Albert Klitzing; es wurde ihm dies von dem Rate, dem er auch in den inneren städtischen Wirren beisprang, durch bedeutende „Ehrungen“[7]), von der niederen Bürgerschaft jedoch mit lebensgefährlichen Bedrohungen vergolten[8]). Lübeck ernannte den Stendaler Doktor Matthäus Packebusch zum Syndicus und ließ sich von ihm in den mannigfachsten Geschäften vertreten. Packebusch half auch dem Hamburger Bürgermeister Langenbeck bei der Abfassung des Stadtbuchs. Ferner ist Jakob Stendorth, Stadtschreiber und Schulmeister in dem pommerschen Freienwalde, ein Märker[9]). Aus Frankfurt stammt der Zittauer Stadtschreiber Ulrich Steger[10]), der später in gleicher Stellung in Glogau viel von sich reden machte, aber mit seinem märkischen Bürgerstolze bei den polnischen Machthabern in der Stadt nicht durchdrang[11]). Einer seiner Vorgänger in Zittau, Johann von Guben, ist wenigstens ein unmittelbarer Nachbar der Mark. Jakob Bereith aus Jüterbock wirkte in Görlitz, der bekannte Nicol. Wurm in Liegnitz. Die eigentlichen Gelehrten zog somit das Ausland an sich. Die meisten

1) P. K. II 139.

2) Koppmann, Hamburger Kämmereirechnungen IV 268, 1493.

3) siehe oben.

4) Brandis, Diarien, herausg. v. L. Hänselmann 83, 126.

5) ebenda 134.

6) Koppmann l. c. III 389 f.

7) ebenda 389 f., 401.

8) Daß auch Klitzing in die Hamburger Angelegenheiten eingegriffen, vgl. verschiedene Notizen der Stadtrechnungen, sowie Lappenberg, Hambg. Chroniken 351.

9) Balt. Stud. 46, S. 57, 1474, er stammte aus Königsberg N.M. und stud. in Rostock.

10) Carpzow, Annal. fast. Zittav. 301, erwähnt freilich nicht, daß er aus Frankfurt stammt, Lorenz Gesch.Q. sagt dies ohne Quellenangabe. Indessen geht es aus den Tschirschnitzschen Annalen im Bresl. Staatsarchive hervor.

11) s. Bresl. Staatsarchiv l. c.

märkischen Städte übertrugen ihr Stadtschreiberamt einem Kleriker, bisweilen einem Schulmeister[1]). Einen Laien wagt der Rat von Frankfurt bereits im Jahre 1423 anzustellen. Es begegnet dies heftigem Widerstande bei der niederen Bürgerschaft; aber Kurfürst Friedrich I. billigt diesen Entschluß[2]), dem der Rat freilich nicht immer treu geblieben ist. Soldin[3]), Königsberg[4]), Treuenbrietzen[5]) fordern oder erhalten die Verbindung ihrer Stadtschreiberei mit einer Pfründe. Königsberg begründet dies, dadurch würde sich die Ketzerei leichter unterdrücken lassen, dann aber auch mit dem Hinweise ut eo doctiorem haberemus[6]). Schon 1492 giebt man hier dem Stadtschreiber den Titel Syndicus[7]). Ein rechtsgelehrter Syndicus, ein Doctor der Rechte ist noch nirgends vorhanden, oder er wird nur wie der Kanonist Doktor Hasselmann von Berlin-Köln, zu schriftlicher Raterteilung im Nebenamte verpflichtet[8]). Wohl aber wird in streitigen Fällen das Urteil von Universitäten mehreremale angerufen, so von den altmärkischen Städten gegenüber den markgräflichen Steuerplänen[9]); die Leipziger Juristenfakultät erkennt in einem Streite gegen den Rat von Neuruppin[10]); 1488 soll in einem Prozesse zwischen dem Havelländischen Edelmanne Diericke und dem Brandenburger Domkapitel (es handelt sich um Fischereigerechtigkeiten) das Urteil der Universitäten Mainz, Köln, Ingolstadt, Heidelberg eingeholt werden[11]). An den Universitäten wirkten bereits eine ganze Anzahl Märker, zum Teil in sehr ersprießlicher Weise[12]). Nicht weniger als 15[13]) märkische

1) A. 19, 105 f., A. 12, 41. Stendal besitzt 1489 zwei Schreiber, einen obersten und einen untersten.

2) A. 23, 164.

3) A. 18, 492 f.

4) A. XIX 413 (1486).

5) A. 9, 442.

6) A. 19, 430.

7) A. 19, 418.

8) B.U.B. 433. Zum Vergleiche diene, daß in Bremen 1515 der erste promovierte Syndikus, 1562 der erste Dr. jur. im Rate erscheint, vgl. Kühtmann, Die Romanisierung des Civilprozesses in der Stadt Bremen 48. An einen Magdeburger Doktor zahlt Kloster Diesdorf 1474 1 rh. fl. pro consiliis. Berl. Geh. Staatsarch. Diesdorf 12, 72a.

9) P. K. II 180.

10) A. 4, 337 f.

11) A. 24, 467.

12) Man beachte übrigens auch den großen Einfluß, den einzelne märkische Prälaten, wie der Brandenburger Dompropst Joh. Klest (Klitzke), auf die Leipziger Abh. d. sächs. Ges. d. Wiss. 1857, 721 ff.), andere als Konservatoren auf andre Universitäten gewonnen haben.

13) Wenn man Gersdorf-Kottbus und Fabri-Krossen mitrechnen will, 17.

Rektoren zählte man in Leipzig bis zum Jahre 1500. In dem Fürstenkolleg saßen Peter Wegun aus Prenzlau, Andreas Gersdorf aus Krossen, Herman Wulkow, Johann Schwertmann und Johann Lyrete aus Frankfurt, Heinrich Elling aus Stendal, Matth. Tamerow aus Prenzlau[1]). Der berühmteste unter den Märkern, die an der Pleiße lehrten, war ohne Frage Helmold Gledenstede aus Salzwedel[2]), der Arzt und Theologe, der bereits in Prag an der Spitze der Hochschule gestanden, ihre Geschäfte in Rom geführt, den Auszug nach Leipzig mitgemacht hatte und dort einer der ersten Rektoren geworden war.

In Erfurt lehrten neben Matthias Döring noch Stolzenhagen, Jakob von Jüterbock[3]) und der berühmte Jurist Goede, der auch zwischen Rat und Bürgerschaft, zwischen der Stadt und ihren Nachbarn als berufener Vermittler wohlthätig wirkte. Gleichzeitig lebte dort sein Landsmann Simon Voltzke aus Havelberg, Dr. decr. und Rektor vom Jahre 1491. Er wird als sigillifer in Erfforda ac sancti Sebastiani Magdeb. et Severi Erffordensis ecclesie canonicus, sowie als Vorsitzender des Erfurter geistlichen Gerichts bezeichnet[4]). Durch Döring kamen eine Reihe märkischer Minoriten nach Erfurt. Aus seiner Vaterstadt Kmitz stammte Lambert, der Lector secundarius im Erfurter Franciskanerkloster wurde. Döring ist auch der Rostocker Hochschule zuzurechnen, an der er im Jahre 1434 lehrte[5]). Unter den Greifswaldern ist vor allem Nikolaus Dedelow aus Havelberg († 1485) hervorzuheben, der, mehrmals Rektor, dreißig Jahre die dortige Artistenfakultät leitete[6]), ferner Mantey aus Schiefelbein, Nikolaus Kremer aus Wittstock[7]) und vielleicht noch Henning Parleberg, der Chronist und Rechtslehrer und Berater der pommerschen Herzöge. Parleberg ist zwar kein geborener Märker, dürfte

---

Erwähnt mag übrigens auch der Notar mag. art. Gerhard Wisenthal aus Osterburg werden. Er war 1491 Dekan der Artisten. Zarncke, Die Statutenbücher der Universität Leipzig 121.

1) Vgl. Möhsen, Medaillensammlung II 353.

2) Auch er war Mitglied des collegium maius, vgl. Abh. d. sächs. Ges. d. Wiss. 1857, ebenda S. 763 ff. die Mitglieder des collegium minus, darunter 7 Märker.

3) Jüterbock gehört zwar nicht zur Mark, liegt aber von märkischem Gebiet umschlossen. In die Tabelle der Studierenden ist Jüterbock nicht mit aufgenommen.

4) Erf. Matr. Vorwort S. XX, Magd. Gesch.Bl. 9, 146.

5) Vgl. Histor. Zischr. 59, 257.

6) Kosegarten, Gesch. d. Univ. Greifswald I 152.

7) ebenda I 128. Mantey ist 1480 Dekan der Artisten. ebenda I 143.

aber, nach seinem Namen zu schließen, einer Familie, die aus der Mark stammte, angehört haben.

So lehrten bereits eine stattliche Zahl brandenburgischer Gelehrten an deutschen Hochschulen oder hatten in der Beamtenschaft fremder Länder oder in den Kapiteln der Hochstifter ihre Versorgung gefunden. Der Berliner Johann Blankenfelde, der Sohn des Bürgermeisters Thomas, wurde sogar Erzbischof von Riga[1]). Der Mark gingen freilich hierdurch eine Menge köstlicher Kräfte verloren, Leute, die auch selber sehr wohl empfanden, daß sie trotz ihrer zum Teil glänzenden Stellungen das Brot der Verbannung aßen und unter Mißgunst und landschaftlicher Abneigung leiden mußten. Der dänische Sekretär Cordes aus Havelberg läßt die hansischen Sendboten wissen, daß es ihm sehr leid thue, ihnen für die Bestätigung ihrer dänischen Privilegien viel Geld abnehmen zu müssen; er und sein Kumpan seien ja deutsche Gesellen und wollten ihr Leben in deutschen Städten endigen[2]). Der Altmärker Schulte, notarius sacri palatii in Rom, ist glücklich, auch einmal seinem Landesherrn einen Dienst leisten zu können[3]). Man wird es wohl auch als ein Zeichen lebhaften Stammesgefühls auffassen dürfen, wenn der Märker Martin Sporn, 1491 Rektor in Leipzig, einen Studenten aus Rom, der an der Pleiße studierte, ohne weiteres der sächsischen Nation, der die Märker angehörten, einverleibte, wofür er freilich die spöttische Randbemerkung hinnehmen mußte: ecce Roma de nacione Saxonum[4]). Als Nikolaus Dedelow, der sein Leben lang erfolgreich für die Greifswalder Hochschule gearbeitet hatte, plötzlich, wohl an der Pest, starb (1485) und keine Zeit gefunden hatte, etwas der Universität zu vermachen, trug man in die Bücher gehässige Worte über den „undankbaren Fremdling" ein[5]). Solche Anfechtungen mußten sich häufen, je mehr die einzelnen Landschaften zu geschlossenen Territorien wurden und je mehr die Zahl der studierten Landeskinder wuchs, die sich gegen die Fremden, die ihnen das Brot vom Munde wegnahmen, zur Wehr setzten. Welche Angriffe solche auswärtige Eindringlinge zu erdulden hatten, zeigt das Beispiel der Italiener, die der Pommernherzog Bogislaw auf seiner Pilgerreise kennen gelernt und

1) Von einem Bernhard aus Brandenburg, der als Gesandter des Erzbischofs von Mainz in Rom erscheint, ist bisweilen die Rede, vgl. Thuasne, Diarium Burchardi I 101.

2) P. R. II 614.

3) P. R. III Nr. 911.

4) Leipz. Matrikel, I Einl. S. XXXVII.

5) Publ. a. d. preuß. Staatsarchiv. 52, 94.

nach Greifswald berufen hatte[1]). Der nackte Brotneid hatte es vornehmlich in Pommern, aber auch in Sachsen leicht, seine Mißgunst mit der politischen Gegnerschaft gegen die Mark zu beschönigen. Die große Zahl studierter Märker, die dann bei der Gründung der Landesuniversität Frankfurt neben einigen wenigen auswärtigen Sternen ein Lehramt erhielten, — man denke an Aesticampian, Lindholz, Blankenfelde, Schirach, Zimmermann, Bredikow u. A. — macht klar, wie sehr die Versorgung der Landeskinder bei der Errichtung der Hochschule im Vordergrunde stand.

Aber auch der eigene Nutzen der Mark erforderte es, die gelehrten Söhne des Landes nicht mehr wie bisher stiefmütterlich zu behandeln und in die Ferne zu treiben. So lange Kurfürst Albrecht lebte, hatte die Mark die Räte des Frankenlandes zur Verfügung gehabt; die brandenburgische Politik wurde ja damals in der Hauptsache in Ansbach gemacht. Aber gleich nach seinem Tode zeigte es sich, daß die Mark sich notwendig einen eignen, ausreichenden Beamtenapparat schaffen mußte. Wenn Johann von seinen Brüdern die Überlassung eines Rates begehrte, dann kam trotz aller Bereitwilligkeit nicht selten eine ablehnende Antwort; dann hieß es, der Kanzler Volker sei zu alt und wolle nicht mehr eine Reise außer Landes unternehmen[2]); Doktor Pfotel stehe mit kaiserlichen Räten nicht gut und sei daher zur Entsendung an den Hof nicht geeignet[3]). Doktor Jorg von Absberg, der auf einem Rechtstage den brandenburgischen Standpunkt in der Pommernfrage vertreten sollte, zeigte dabei nicht die erforderliche Sachkenntnis und äußerte, wie ihm Johann vorwarf, Dinge, die er nicht hätte vorbringen dürfen, die der Gegner aufgreifen konnte und aufgriff[4]). Es fehlte ihm wohl nicht bloß die nötige Sachkenntnis. In solche „Pommersche Teidinge", über die ein gewiegter Politiker wie Albrecht zeitlebens geseufzt hatte, in derartige Verhandlungen mit den meist trunkenen Vertretern des Nachbarstaats, den man selbst in der Mark als eine Art wildes Land betrachtete, konnte sich eben ein Süddeutscher trotz seiner sonstigen Vielseitigkeit nicht hineinfinden. Hierzu gehörte neben der juristischen Findigkeit und Gelehrsam-

1) Vgl. übrigens auch den Hohn, den Aesticampian über jenen „Greculus esuriens" ausgießt, dessen Mitbewerb er in Krakau fürchtete. Arch. f. Litteraturgeschichte XII 328.

2) Archiv für Kunde österr. Gesch.quellen VII 145.

3) ebenda 146.

4) C. II 354. Allmählich hört die im 15. Jahrhundert gebräuchliche Sitte auf, zu Verhandlungen von allen befreundeten Mächten Räte zur Unterstützung zu erbitten. Man verlangt einen eingeweihten Wortführer, den man sich höchst selten von auswärts verschreiben konnte.

keit, die man auch hier bereits nicht mehr missen wollte, ein naiver Sinn, der sich auf diese zurückgebliebenen Verhältnisse verstand, hinreichende Übung in der hierzulande gebräuchlichen Weise zu debattieren, wirkliche Kenntnis des Idioms und der Persönlichkeiten. Nur ein Niederdeutscher konnte solchen Aufgaben gerecht werden. Johann brauchte also ein eigenes auch für solche Zwecke passendes Beamtenpersonal. Die Heranbildung erheischte aber große Vorsicht. Gerade um diese Zeit erregten eine Reihe skandalöser Vorfälle gewaltiges Aufsehn durch ganz Deutschland hin. Der Protonotar Waldner, jahrzehntelang die rechte Hand Kaiser Friedrichs III. (auch ein treuer Beförderer der brandenburgischen Wünsche bei ihm), entleibte sich beim Regierungsantritte Maximilians, da er eine Untersuchung wegen Vermutreuung zu fürchten hatte[1]). Herzog Georg von Bayern stürzte plötzlich seinen bisher allmächtigen Kanzler Doktor Kolberger, den er zum Grafen von Neu-Kolberg hatte erheben lassen und nahm ihn in strenge Gefangenschaft. Er gab ihm Schuld, sein wichtigstes Staatsgeheimnis, das Testament, das die Münchner Linie von der Erbfolge ausschließen sollte, an Herzog Albrecht IV. verraten zu haben[2]). Herzog Heinrich der Ältere von Braunschweig erschien eines Morgens bei seinem Kanzler, dem Doktor Staufmel, zerrte ihn an den Haaren aus dem Bette und ließ ihn dann grausam hinrichten. Er hatte unwiderlegliche Beweise in den Händen, daß er, von seinen ärgsten Feinden bestochen, ihnen wichtige und verfängliche Pläne verraten hatte[3]). Staufmel war vorher brandenburgischer Rat gewesen. Selbst Männer wie Albert Kranz und der erwähnte Märker Packebusch kamen in den Verdacht, Bestechungen angenommen zu haben[4]). Solche Erfahrungen ließen den Wert eines treuen, aus dem Lande hervorgegangenen Beamtentums erst recht schätzen. Fürsten und Städte hatten bisher oft genug Lehrgeld zahlen müssen. Bei beiden zeigte sich schon früh ein instinktiver Argwohn gegen die rechtsverständigen Beamten. Das wußten diese klugen Männer selber und hüteten sich, diesem Vorurteile neue Nahrung zu geben. Kranz wollte z. B. nicht, daß es den Anschein gewinne, als ob „zwei Pfaffen die Hanse regierten“[5]) und ließ den Ratmannen bei allen Verhandlungen bereitwilligst den Vortritt; andere betonten überlaut, daß sie Bürgersöhne seien oder daß sie „aus der Herrschaft gebürtig“ wären,

1) Adler, Die Organisation der Centralverwaltung I 233.
2) Vgl. den Aufsatz Oberbayer. Arch. f. vaterl. Gesch. XI 188.
3) Zschr. d. hist. Ver. f. Niedersachsen 1891, 60 ff.
4) Nemus, Die Hanse und das Kontor zu Brügge. Tübinger Dissert. 48 f.
5) ebenda 46.

also dieselben Interessen hätten wie ihre Auftraggeber[1]). Aber selbst wo hinsichtlich der Treue kein Bedenken vorlag, war bei den mannigfachen Verpflichtungen, die alle diese Beamten eingingen, das ausschließliche Verfügungsrecht über sie nicht gesichert. Und wo das einmal gelang, mußte man in Sorge sein, daß die Räte sich morgen schon einen anderen besseren Dienst suchten. Die Klage, daß die Beamten Zugvögel wären, ist weit verbreitet. Bei der Umwandlung der Rostocker Pfarrkirche in ein Stift, der Ursache der „Domfehde", wird dies in naiver Weise folgendermaßen begründet[2]): Die gelehrten Männer lassen sich berufen, wenn sie aber genug Geld gesammelt haben, gehen sie anderswohin und verzehren den Gewinn im Auslande. Darum solle ein Stift gegründet werden, um die Flüchtigen (gemeint sind die Lehrer an der Rostocker Hochschule) festzuhalten und um sie zur Residenz zu verpflichten.

Kurfürst Albrecht empfahl seinem Sohne Johann, in vertrauliche Dinge nur solche Leute einzuweihen, die im Lande „beerbt und angesessen" und „nicht wie ein Gast" heut in dieses und morgen in jenes Dienste wären[3]). Solche Männer zu gewinnen, bildete wie in andern Territorien auch in der Mark das eifrige Streben der Fürsten. Besonders empfahlen sich adlige Gelehrte, da die Abneigung ihrer Standesgenossen gegen die gelehrten Beamten ihnen gegenüber weniger stark hervortrat und auf ihre Treue und Seßhaftigkeit zu zählen war. Für die Bildungsgeschichte der Mark wurde diese Frage insofern bedeutungsvoll, als sie der Universitätsgründung jedenfalls die Wege ebnete, also zu der Übernahme der Bildungsbestrebungen auf den Staat erheblich mitgewirkt hat.

Seit man in Deutschland die Verwertbarkeit eines gelehrten Beamtentums kennen gelernt und durch üble Erfahrungen gewitzigt, den Nutzen zuverlässiger und mit dem Lande verwachsener Staatsdiener von neuem erprobt hatte, mußte man dahin kommen, den Landeskindern den Besuch einer Universität dadurch zu erleichtern, daß man im eignen Territorium eine Hochschule ins Leben rief. Hiervon erhoffte man auch, infolge des Zuströmens von Studierenden, eine neue Quelle wirtschaftlicher Vorteile für das Land. Mehr als tausend Gulden würden „alle und igliche lande, stete und slosz" durch eine Universität mehr wert, meinten die brandenburgischen Räte[4]). Eine Hochschule im Lande

1) Vgl. z. B. Priebatsch, Die Hohenzollern 12 Anm. 4.
2) Franck, Des alten und neuen Meckl. achtes Buch 195.
3) C. II 218.
4) Kaufmann, Gesch. d. d. Univ. II 44.

gewahrte eine bequeme Übersicht über die verfügbaren Talente; andernfalls war man auf Empfehlung und Probedienstleistung angewiesen, wobei Enttäuschungen nicht ausbleiben konnten. Ferner sicherte sie vor unangenehmen Rechtserkenntnissen oder erleichterte Repressalien. Die Rechtsfakultät ist ein Korrelat zu dem Kammergericht. Wenn man verhindern wollte, daß der Rechtszug nach der Fremde ging, mußte man auch dem Bedürfnis nach Universitätsrechtsgutachten im Lande Befriedigung verschaffen. Zudem war es längst üblich, auch wichtige Streitfragen politischer Art dem Urteile von Rechtsfakultäten zu unterbreiten. Namentlich die Städte machten gern davon Gebrauch, da die Universitäten sich im wesentlichen aus Bürgersöhnen zusammensetzten und städtischer Bestechung oder Beeinflussung zugänglich waren. In den Handeln der märkischen Gemeinden mit dem Kurfürsten wegen der Zölle wurde der Entscheid der akademischen Juristen angerufen; er soll den städtischen Widerstand für berechtigt erklärt haben[1]). Als Kurfürst Johann 1493 Schiedsrichter zwischen Braunschweig und seinem Herzoge geworden, verwarf er die der Stadt günstig lautende Rechtsbelehrung der Hochschulen zu Basel, Heidelberg, Erfurt[2]). Ebensowenig ging er 1479 auf den Vorschlag des Magdeburger Domkapitels ein, den Streit der Quitzows mit dem Erzstifte einigen Universitäten vorzulegen. Eine Universität im eignen Lande war von dem Fürsten abhängig und zur Rechtfertigung seiner Politik gewissermaßen verpflichtet. Sie erhöhte überdies den Glanz des Hofes, da Prunkreden beim Empfange fürstlicher Gäste, akademische Schaustellungen nach dem Muster der in Italien üblichen[3]) auch in Deutschland beliebt geworden waren. Von solchen Gesichtspunkten aus ist der Wetteifer, mit dem sich die Fürsten und auch die größeren Gemeinden auf die Gründung hoher Schulen stürzten, allein zu verstehen; an eine direkte Pflege der Wissenschaften haben sie wohl erst in letzter Reihe gedacht, oder sich höchstens solche Gedanken von gebildeten Räten einflößen lassen. Die mit der hohen Schule, auch in den gelehrten Fragen, erreichte Unabhängigkeit des eigenen Landes von der Fremde erscheint ihnen in gewissem Sinne als Krönung, als Vollendung ihres werdenden Territorialstaats. Die Gründung einer Universität lag in der Mark förmlich in der Luft. Schon Matthias Döring hatte ein studium, freilich außerhalb der Landesgrenzen und nur für seinen Orden

1) P. K. II 180.

2) Brandis, ed. Hänselmann 136, dat brak an dem markgraven. Vgl. auch Priebatsch, Die große Braunschweiger Stadtfehde 88.

3) Klitzing hebt eine feierliche Promotion zu Bologna hervor, Minutoli, Friedrich I. S. 10.

errichten wollen[1]). Friedrich II. muß ähnliche Pläne gehabt haben. Es läßt sich über diese Dinge zur Zeit noch wenig sagen. Aber die Beflissenheit, mit der Friedrich die Angriffe abwehrt, die einige Universitäten unter dem Eindruck der konziliaren Kämpfe und Enttäuschungen auch gegen seine Kirchenpolitik richteten, zeigt doch den hohen Wert, den er den akademischen Erörterungen beimaß. Bekannt ist, daß er den Joh. Wise gegen die Leipziger Hochschule lebhaft unterstützte. Von dem Federkriege, den er durch seine Hoftheologen gegen die Leipziger und Erfurter eröffnen ließ, haben sich einige Nachrichten erhalten[2]). Dr. Kannemann sollte sein Vorgehen gegen die geistliche Gerichtsbarkeit, Döring die Begünstigung der Wilsnacker Wunder verteidigen. Diese litterarischen Kämpfe lassen sich noch nicht recht überblicken; das eine ist aber gewiß, daß ihr Ausgang auf brandenburgischer Seite nicht befriedigen konnte, daß die ausgesandten Streitschriften an der Geschlossenheit der Erfurter und Leipziger Lehrmeinungen abprallten und daß Leute wie Döring dies vorausgesehen haben mögen, da sie nur zaghaft an die Erledigung ihrer Aufgaben herangingen. Vielleicht ist aus diesen Erfahrungen der Eifer zu erklären, den der dem Kurfürsten treu ergebene Brandenburger Bischof für die zu begründende Greifswalder Hochschule entfaltete. Bei der Zuversicht, mit der damals bereits auf den Heimfall des ganzen Pommerlandes gerechnet wurde, lag es nahe, in Greifswald die künftige Landeshochschule zu sehen. Die Hoffnung erfüllte sich freilich nicht. Kurfürst Albrecht scheint zunächst den Plan einer Universitätsgründung der mit der Mark innig befreundeten benachbarten Hansestadt Lüneburg gefördert zu haben. Die Stadt empfängt 1471 ein dahingehendes Privilegium Friedrichs III.[3]) Es leidet keinen Zweifel, daß diese Erlaubnis, wie die anderen Vergünstigungen, die Lüneburg im selben Jahre vom Kaiser erwarb, der Thätigkeit Albrechts zu danken war, der sich für seine Mitwirkung erkleckliche Summen bezahlen ließ[4]). Die Universität trat nicht ins Leben, vermutlich weil das gleichzeitig gegebene Zollprivileg, das wohl die Mittel liefern sollte, infolge des Widerstandes der Nachbarstädte nicht aufrecht zu erhalten war[5]), vielleicht auch, weil sich die Beziehungen zwischen der Stadt und den Markgrafen im folgenden Jahr-

1) Ss. rer. Lusat. I 340. Über das studium der Prenzlauer Franziskaner, das sich allerdings nicht halten konnte, siehe unten.

2) Vgl. Abh. d. sächs. Ges. d. Wiss. 1857 S. 728.

3) Vgl. Kaufmann, Gesch. d. d. Univ. II 12, 564 f.

4) Vgl. P. K. I, die im Register s. voce Lüneburg angegebenen Stellen.

5) P. K. I 43.

zehnte verschlechterten[1]). Dann soll Albrecht seinem Sohne die Gründung einer eignen märkischen Hochschule empfohlen haben; dies geht jedoch lediglich aus der Mitteilung hervor, die Johann seinem Nachfolger gemacht haben soll[2]). In den zahlreich erhaltenen Briefen Albrechts findet sich keinerlei Andeutung. Als die mecklenburgischen Herzöge, um die Rostocker Hochschule besser dotieren zu können, den Entschluß faßten, die dortige Stadtpfarre in ein Kollegiatstift umzuwandeln und mit dessen Pfründen die Universitätslehrer zu besolden, widerriet dies Albrecht und meinte, es komme nichts dabei heraus[3]). Johann beschäftigte sich allerdings seit Ausgang der achtziger Jahre ernsthaft mit diesem Plane, ohne daß es hierzu erst der Anregung Maximilians I. bedurft hätte[4]). Wann er zuerst an den Papst mit der Bitte um die Bestätigung herangetreten, läßt sich nicht sagen. Vermutlich wurden die Verhandlungen, um nicht Gegenmaßregeln der durch die Gründung einer märkischen Akademie geschädigten Nachbarhochschulen hervorzurufen, mit großer Heimlichkeit geführt. Wer die Angelegenheit in Rom betrieben hat, steht nicht fest; doch dürfte die Sache gleichzeitig mit dem bei der Kurie schwebenden Ehescheidungsprozesse der Markgräfin Barbara verhandelt worden sein, so daß die zahlreichen hierüber noch vorhandenen Akten[5]) vielleicht weitere Auskunft geben könnten. Als Rat Johanns erscheint im Jahre 1492/93 in Rom Doktor Dietrich von Dieskau[6]), der bei der Einweihung der Hochschule an hervorragender Stelle genannt wird. Im Jahre 1495 weilt ein Märker, Doktor Matthias Möring, Dechant zu Stendal, in Rom[7]); es ist ungewiß, ob in landesherrlichem Auftrage. Wohl aber war dies der Fall mit Johann Tolhopf, der 1496 als Vertreter Kurfürst Johanns genannt wird. Tolhopf, der aus der Geschichte der Wiener, Ingolstädter und Leipziger Universität bekannt ist, auch längere Zeit Astrolog des Königs Matthias von Ungarn war, hatte in Rom schon in den achtziger Jahren in Sachen einer Pfründe, die er dem markgräflichen Pfarrer Thumpeck bestritt, zu thun gehabt[8]). Hernach trat er selber in die Dienste der Söhne Albrechts, Friedrich und

1) Siehe P. K. III S. 298 f.

2) Sie findet sich in dem bekannten polit. Testamente Johanns.

3) P. K. III Nr. 1052.

4) Mit dem er übrigens durchaus nicht gut stand. Er traf die Vorbereitungen schon vor dem Wormser Reichstage; vgl. jedoch Kaufmann II 15.

5) Sie ruhen in Berlin im kgl. Hausarchiv.

6) Hoiler, Barbara II 4. 6.

7) Unter dem 11. September 1495 wird er in die Liste der Brüderschaft der Deutschen eingetragen, Liber beate Marie 110.

8) P. K. III Nr. 797, 863.

Siegmund, und war in Barbaras Angelegenheit thätig[1]). Im Jahre 1496 widerriefen die Brüder die ihm erteilte Vollmacht. Doch blieb er in Kurfürst Johanns Diensten in Rom[2]). Und da kein anderer märkischer Rat in dieser Zeit bei der Kurie erscheint, auch kein anderer brandenburgischer Wunsch in Rom zur Zeit betrieben wurde[3]), hat es viel Wahrscheinlichkeit, daß der geachtete Humanist die Bestätigung der Hochschule erwirken sollte.

Aus den Vorberatungen, die Markgraf Johann mit seinen Räten pflog, ist zu ersehen, daß die Rechtswissenschaft in erster Linie befriedigt werden sollte. Drei juristische Stellen, so riet man, sollten geschaffen werden, auch ein Fürstenkolleg, wie es in Leipzig bestand, wurde für unerläßlich erachtet[4]). Das Leipziger Muster stand im Vordergrunde; ein bischen Abneigung und Konkurrenz gegen Sachsen war bei der ganzen Angelegenheit im Spiele. Auf das Beispiel Leipzigs wies jedenfalls auch der Arzt Pistoris hin, der in der Überlieferung als einer der Hauptförderer des Projektes erscheint und es vielleicht war, wenngleich die persönlichen Gründe, die man dafür anführt, nicht stichhaltig sein mögen. Ferner wird berichtet, daß die Wahl des Ortes einige Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen habe und daß drei Orte in die engere Wahl gekommen seien, Berlin, Frankfurt und Fürstenwalde. Daß Berlin nicht durchdrang, lag wohl daran, daß es Residenz war. Bei der Mehrzahl der Universitätsgründungen des 15. Jahrhunderts wird die hohe Schule nicht an den Wohnsitz des Fürsten verlegt[5]), doch wohl weil man den Hof nicht der Unruhe des losen Studententreibens aussetzen wollte. Für Fürstenwalde hatte vielleicht der Bischof von Lebus gesprochen, der, selber gelehrt, als erster Mäcen auf märkischem Boden weithin gepriesen, der neuen Universität von vornherein eine treue Stütze, zugleich auch für sie ein bedeutendes Lockmittel war. Schließlich wurde

1) P. K. II 410 f.

2) P. K. II 412.

3) An dem Barbaraprozesse nahm Johann fast gar keinen Anteil. Über die Erlangung der kaiserlichen Bestätigung und das Streben der Markgrafen, möglichst viel Privilegien aufzuhäufen, vgl. Kaufmann passim.

4) Kaufmann l. c. 44, ebendaselbst das wesentlichste über die Vorgeschichte der Universitätsgründung. Daß die politischen Gedanken die Universitätsgründung beherrschten, geht aus vielen kleinen Zügen hervor. So wurde z. B. bei der Einrichtung der Nationen eine gewisse Courtoisie gegen befreundete Mächte geübt, die preußische Nation als eine Konnivenz gegen Danzig hingestellt.

5) Beweis Leipzig, Rostock, Greifswald, Tübingen, Freiburg, Ingolstadt. Wittenberg bildete sich erst später zu einer wirklichen Residenz aus. Die bischöflichen Gründungen machen freilich eine Ausnahme.

doch Frankfurt gewählt; der genaue Zeitpunkt ist unbekannt. Schon 1493 unterhandelt die Stadt mit dem Kurfürsten wegen der Hochschule und ordnet einen Bürgermeister nach Berlin ab[1]). In den folgenden Jahren überwirft sie sich mit dem Landesherrn und muß sich 1496 zu einer eingreifenden Veränderung ihrer Verfassung verstehen[2]). Im Jahre 1497 kommt sie wieder auf das Universitätsprojekt zurück und beschenkt den Bischof von Lebus und den Johannitermeister, ihre Fürsprecher beim Kurfürsten[3]). Im Jahre 1497 werden die ersten Zahlungen für die Baulichkeiten und die Ausstattung der Hochschule gebucht. Sie erreichen schon im folgenden Jahre die Höhe von 1200 rh. fl. Von den Pfründen städtischen Patronates, deren sie 20 besaß, überließ sie allerdings nur eine einzige der Hochschule, präsentierte aber für die anderen bereitwilligst den einen oder den anderen Universitätslehrer. Diese entgegenkommende Übernahme eines großen Teiles der Kosten hatte jedenfalls für Frankfurt den Ausschlag gegeben. Daneben mochte Johann die Verpflichtung fühlen, endlich einmal der Oderstadt ein Zugeständnis zu gewähren. Er hatte ihr nach den schlesischen Kriegen, in denen sie schwer gelitten hatte, die Aufrichtung der zerrütteten Niederlage zugesichert und dann wirklich einige Schritte gethan, um auf diesem Wege den Verkehr wieder an Frankfurt zu fesseln. Die Gegenvorstellungen der Handel treibenden Fremden, vornehmlich der Nürnberger, und ihre Geldzahlungen hatten ihn dann veranlaßt, von dem Plane Abstand zu nehmen[4]). Es ist nun sehr gut denkbar, daß er daran dachte, die Stadt auf andere Weise zu entschädigen[5]). Herzog Albrecht der Weise von Bayern hatte in einem ähnlichen Falle, nach der Einnahme von Regensburg, dem als Handelsplatz nichts mehr bedeutenden Orte versprochen, dort ein studium generale ins Leben zu rufen. Die Lüneburger dachten bei ihren Plänen vermutlich gleichfalls an den zu erwartenden Verkehr. Auch in Frankfurt konnte und sollte wohl die Hochschule der Stadt zu neuem materiellen Wohlstande verhelfen. Außer den angeführten Gründen dürften, wie die Prunkreden bei der Einweihung angeben, für die Wahl die günstige und auch anmutige Lage der Stadt, dann die Leichtigkeit, mit der in dem großen Gemeinwesen für den

1) D. I 344.

2) Spieker, Gesch. d. Stadt Frankfurt 102—104.

3) D. I 345.

4) Näheres an anderm Orte.

5) Noch im 17. Jahrh. galt die Universität als Einnahmequelle der Bürger nach dem Rückgange des Handels, vgl. Jahresbericht über die Oberschule (Realgymnas. zu Frankfurt a. O. 1898, S. 4.

Unterhalt der zuströmenden Fremden gesorgt werden konnte, maßgebend gewesen sein. Frankfurt besaß übrigens bereits ein ausgebreitetes Schulwesen, das der neuen Stiftung zu gute kommen mußte. Im Jahre 1497, also noch vor der Universitätsgründung, werden auf einmal nicht weniger als 25 Schüler, die den verschiedensten märkischen Orten entstammten, aus der Stadt verwiesen[1]).

Markgraf Johann starb nicht lange nach Erteilung des päpstlichen Privilegs. Er hat seine Ausführung, soweit es in seinen Kräften stand, gut vorbereitet, wenn er auch nicht, wie später, als man von seiner steten Geldnot nichts mehr wußte, erzählt wurde, einen Schatz eigens für diesen Zweck hinterlassen hat. Nach seinem Tode betrachteten seine Räte die Hochschulgründung als eine der dringlichsten Aufgaben und legten diese Frage neben der pommerschen, neben der Regentschafts- und Kurfrage den fränkischen Räten vor, die während der Minderjährigkeit Joachims die Verwaltung führen helfen sollten[2]). Sie erhielten von ihnen keinen Bescheid, obwohl auch die fränkischen Markgrafen für die geplante Universität Interesse zeigten, sich z. B. um die Gewinnung tüchtiger Lehrer bemühten. Erst als Joachim dann selber die Zügel der Regierung ergriff, kam die Angelegenheit rasch zu glücklichem Ende.

Die Universität ist eine fürstliche Gründung; mit ihr tritt, so gering die wissenschaftlichen Beweggründe des ganz gewiß ungelehrten[3]) Johann gewesen sein werden, ein landesherrliches Mäcenatentum in die Erscheinung, wie es die Mark bisher gar nicht oder nur in dem bescheidenen Maße gekannt hatte, in dem es der mit vielen Humanisten persönlich befreundete Bischof von Lebus oder Probst Klitzing hatten ausüben können. Die beflissenen Schmeicheleien und Gunstbetteleien der zahlreichen, nunmehr im Lande ansässigen Gelehrten wissen dann die Fürsten in die Rolle des Beschützers der Wissenschaften hineinzudrängen. Joachim I., über dessen Bildungsgang nichts bekannt ist, der aber einen humanistisch gerichteten Lehrer gehabt haben muß[4]) und gelehrten Bestrebungen Geschmack abgewann, hält sich bereits seinen Hofgelehrten. Als Gast des Landesherrn weilt z. B. Trithemius in

1) P. K. III S. 522.

2) Ztschr. f. preuß. Gesch. u. Landesk. XIX 514.

3) Es ist kein Zeichen einer gelehrten Bildung in den hunderten erhaltenen Briefen vorhanden. Daß er kein fleißiger Schüler war, bezeugt ein Klagschreiben seines Lehrers.

4) Er wurde in Franken erzogen.

Berlin. Zugleich mit der Wissenschaft findet die Kunst Pflege; ein Hofmaler wird ernannt[1]), die bildenden Künstler erhalten lohnende Aufträge[2]).

So ist es das entwickelte fürstliche Regiment, das dem wissenschaftlichen und künstlerischen Wirken in der Mark würdigere Lebensbedingungen schafft und die zahllosen Rinnsale, in denen bisher die idealen Bestrebungen verkümmerten, zu einem großen, mächtigen Strome zusammenzufassen sucht.

Die Universität Frankfurt a. O. hat eine Menge tüchtiger Geschäftsmänner herangebildet und die Bedürfnisse des Landes befriedigt, aber der Wanderlust der Brandenburger und dem Streben, sich auf fremden Akademien umzusehen, kein Ziel gesetzt. Eine hervorragende Leuchte der deutschen Wissenschaft ist sie nicht geworden. Nach einer kurzen Blüte verfiel sie und ragte, an veralteten Anschauungen und Methoden hartnäckig festhaltend, wie eine mittelalterliche Ruine in die neuere Zeit hinein. Sie genügte bald selbst denen nicht, die sie ins Leben gerufen. Trotzdem ist schon mit der Gründung der Hochschule die mittelalterliche Bildungsgeschichte der Mark zum Abschlusse gelangt. Die Sorge für die Wissenschaft ist seitdem zur Aufgabe des Staates geworden und dessen Obhut anvertraut. Die Gelehrsamkeit hat von nun an einen Mittelpunkt, der auf das Bildungsleben des ganzen Landes einwirkt. Der Besuch der Landesuniversität ist beinahe Pflicht der studierenden Märker[3]); auf ihr vorgebildete Männer sollen für alle Pfründen, Stadtschreiber- und Schulmeisterstellen in erster Linie in Frage kommen. Es giebt seitdem eine offizielle, staatlich anerkannte Wissenschaft, die sich gegebenenfalls mit staatlichen Machtmitteln durchzusetzen sucht, wenn sie von Lehrmeinungen, die von andern Bildungscentren ausgehen, Anfechtung erfährt. In der Reformationszeit steht die brandenburgische Wissenschaft der sächsischen eine Zeitlang ex officio feindlich gegenüber. Die Universität hat das litterarische Schaffen im Lande ohne Zweifel gesteigert und befruchtet und die Ergebnisse gesammelt und erhalten, aber sie hat es durch den Zwang, den sie ausübte, schulmäßig gestaltet. In der verflossenen Periode, in der es keine Pflegstätten der Gelehrsamkeit im Lande gab, — die Klöster kamen in der Mark nicht als solche in Betracht, —

1) Raumer II 265.

2) z. B. Peter Vischer. Bei Joachim zeigt sich auch bereits jene im 16. Jahrh. bei Fürsten häufiger auftretende Freude an allerhand brotlosen Künsten. Er interessiert sich für Alchemie, bemüht sich eine Geheimschrift erfinden zu lassen u. a.

3) Vgl. außer den bekannten Beispielen noch A. 4, 253.

waren die wissenschaftlichen Leistungen geringer an Zahl, dafür jedoch ursprünglicher und mannigfaltiger. Es ist dabei aber unendlich viel verloren gegangen, und nur wenige Spuren weisen darauf hin, daß auch aus der Mark im Mittelalter eine Reihe gelehrter Männer hervorgegangen sind, die ohne Berührung miteinander, zum Teil nicht einmal auf dem brandenburgischen Boden schaffend, der eine hier, der andere dort vorgebildet, eine Thätigkeit entfalteten, die ihrem Vaterlande eine ehrenvolle Stellung in der Geschichte der deutschen Wissenschaften sichern.

II.

Der Anteil der Mark an dem geistigen Schaffen des Mittelalters. — Rechtsgelehrsamkeit. — Johann v. Buch. — Verbreitung des römischen Rechts. — Märkische Rechtsgelehrten. Dekretisten. — Doktoren beider Rechte. — Legisten. — Druck juristischer Schriften. — Henning Goede. — Aufzeichnungen des geltenden Rechts. — Staatsrecht. — Heilkunde. — Leibärzte. — Herman Schedel. — Ärzte Albrechts und Johanns. — Ärzte in Städten. — Märkische Ärzte in der Fremde. — Helmold Gledenstede. — Wundärzte. — Jüdische Ärzte. — Ärztliche Honorare. — Apotheker. — Naturbetrachtung. — Scholastik. — Theologie. — M. Döring. — Jakob v. Jüterbock. — Litteratur über Wilsnack. — Döring gegen Capistrano. — Gegen Paul von Burgos. — Predigten Dörings und andrer Minoriten. — Sonstige Erbauungslitteratur. — Nitzschewitz. — Bibelverbreitung. — Passionsspiele. — Verbot des Bischofs Wedigo. — Kenntnis des Hebräischen. — Stephan Bodeker, Bischof von Brandenburg. — Kenntnis des Griechischen. — Des Lateinischen. — Klassiker. — Kenntnis des Altertums. — Kenntnis der Fremde. — Überwiegen der deutschen Sprache. — Deutscher Stil. — Märkisches Glossar. — Scharfe Scheidung gegen den Mittel- und Oberdeutschen. — Historische Litteratur. — Wusterwitz. — Anteil an der Magdeburger Schöppenchronik. — Döring als Geschichtschreiber. — Der Adel und die Litteratur. — Geringe Kenntnis der heimischen Geschichte. — Erzählung vom falschen Waldemar. — Keine Kenntnis der deutschen Heldensage.

Es ist immer ein mißliches Unterfangen, aus der Geschichte der Wissenschaften, vornehmlich der mittelalterlichen, den Anteil, der der einen oder der anderen Nation gebührt, herausfinden zu wollen[1]). Es läuft eine solche Arbeit in der Regel auf ein unfruchtbares Zusammenstellen der Berühmtheiten und der Pflegstätten der verschiedenen Disciplinen hinaus. Noch schwieriger wird die Aufgabe, wenn man eine einzelne Landschaft, wie hier die Mark, zum Gegenstande der Betrachtung wählt. Das meiste von dem, was man hierzulande schrieb und abschrieb, ist überdies verloren gegangen; von den Büchern, die vorhanden waren, die man las oder zur Verfügung haben wollte, ist nur ein winziger

1) Kaufmann l. c. I 1.

Bruchteil heut noch festzustellen und zu überblicken. Mittelpunkte der Bildung, die dauernde Wirksamkeit ausübten, kann man mit Sicherheit nicht feststellen. Und es wird sich nicht immer sagen lassen, ob die hervorragenden Männer, die man zu nennen vermöchte, die Gipfel und Ausläufer einer wissenschaftlichen Bewegung im Lande waren, oder ob sie nur durch den Zufall der Geburt der Mark Brandenburg angehörten, ihre geistige Fortbildung aber in jeder Beziehung anderen Landschaften verdankten. Nur auf einem einzigen Gebiete kann man von einer bodenständigen Wissenschaft in der Mark sprechen, bei der Rechtsgelehrsamkeit. Man muß freilich die Mark in jenem größeren Umfange nehmen, wie sie die Askanier beherrschten, und die nächsten Nachbarländer mit gleichartiger Beschaffenheit hinzurechnen, also hierbei an das weite Land von den Abhängen des Harzes bis an Spree und Oder denken, die Heimat des Sachsenspiegels.

In stetem Gegensatze zu dem vordringenden kirchlichen Rechte, das nach Fertigstellung der Dekretalien allmählich alle menschlichen Verhältnisse, soweit sie sich unter dem Gesichtspunkte der Sündhaftigkeit betrachten ließen, abzuurteilen begehrte und überdies auch dem römischen Civilrechte den Weg bahnen wollte, hielt das Sachsenland und besonders das durch die oben geschilderten Grenzen gebildete Gebiet an den ererbten Rechtsbegriffen mit Zähigkeit fest. Dem feiner gegliederten, schärfer abgegrenzten fremden Rechte mußte aber das heimische von Tag zu Tag mehr weichen. Auch der Bevölkerung begann es schließlich erwünschter zu werden, von geschulten Klerikern nach den festen Normen der römischen Juristen abgeurteilt zu werden, als nach den schwankenden Überlieferungen der heimischen Gerichtsschöffen. Die geistlichen Richter wiesen mit berechtigtem Selbstgefühle auf die Überlegenheit ihrer Codices hin, lehnten Berufungen auf den Sachsenspiegel, der Sätze enthielt, die die Kirche bald als ketzerisch verdammte [1]), mit spöttischen Reden ab, und die Vorstellung gewann allgemach auch hier unbestrittene Geltung, daß das römische Recht hoch über allen Sonderrechten der einzelnen Völker schwebe [2]). Während der Kampf zwischen den alten Volksgewohnheiten und den neu eindringenden Satzungen in dem übrigen Deutschland verhältnismäßig rasch zu Gunsten des neuen entschieden wurde, führte er in den genannten niedersächsischen Gebietsteilen zu einem eigenartigen Versuche der Verschmelzung beider Rechtssysteme oder richtiger gesagt zu einem Versuche, sie wechselseitig zu ergänzen. Der erste erweisliche be-

1) Magd. Gesch Bl. 18, 133.
2) Stintzing, Gesch. d. d. Rechtswissenschaft I 7 f.

wußte Vertreter dieser Umformung war der Altmärker Johann von Buch, ein Jurist und Verwaltungsbeamter im großen Stile[1]), der erste systematische Rechtsverständige weltlichen Standes im Norden. Buch ging im Jahre 1305 nach Bologna, ihn begleitete Achim von Kerkow, der wie er Laie gewesen zu sein scheint. Nach seiner Rückkehr schrieb Buch einen Kommentar zum Sachsenspiegel und suchte dabei das Sachsenrecht durch stete Berufung auf die römischen Rechtsparagraphen als diesen ähnlich hinzustellen und ihm so die versagte Geltung vor den geistlichen Tribunalen zu verschaffen. Er nahm indes auch mancherlei aus dem römischen Rechte hinüber[2]). Seine hervorragende Stellung als Hofrichter und Landeshauptmann gab ihm Gelegenheit, sein System auch praktisch zu erproben und seinen Anschauungen das Feld zu erobern[3]). Die von ihm vorgezeichnete Richtung blieb jahrhundertelang maßgebend[4]). Der Neuruppiner Nicolaus Wurm, der nach Vollendung seiner Studien in Bologna in Schlesien ein Unterkommen als Stadtschreiber fand, unternimmt es, in seinen Glossen zum Sachsenspiegel das deutsche Recht mit dem römischen, das ihm als das gemeine gilt, auszugleichen[5]). Bei einer ganzen Reihe anderer Schriftsteller der Nachbarlande ist derselbe Wunsch ersichtlich. Der Kolbatzer Abt Johann von Zinna und im 15. Jahrhundert der Naumburger Bischof Dietrich von Bocksdorf (ein Lausitzer) bewiesen durch ihre Bearbeitungen des Sachsenspiegels, daß sie Buchs Spuren folgten und eine Versöhnung beider Rechte erzielen wollten[6]). In den Prozeßvorschriften untergeordneter Sachwalter vergröberte sich dies Verfahren. Es kam zu ganz platten Gegenüberstellungen deutsch- und römischrechtlicher Sätze, die sich gegenseitig stützen sollten[7]), zur Anrufung im seltsamsten Gemisch citierter Autoritäten. Immerhin verraten sie eine nicht gewöhnliche, ausgebreitete Kenntnis der juristischen Autoren[8]); der Besitz der fremden Rechtsbücher wird von Kommunen[9]) wie von kundigen Privaten erstrebt

1) Stintzing, Gesch. d. Rechtswissenschaft I 10 f.; Biogr. M. F. II 242 ff.

2) Ebenda.

3) Ebenda.

4) Konrad von Krusemark, der 1310 in Italien studierte, war wohl auch ein adliger Laie, vgl. Abh. der Wiener Akad. phil.-hist. Klasse 127 S. 55.

5) Vgl. statt vieler Citate nur Stölzel, Gesch. d. gel. Richtertums I 45. Über seine Bearbeitung des Mainzer Landfriedens, die einzige märkische Schrift über das Reichsrecht, vgl. Schröder, Lehrbuch d. Rechtsgesch. ²631.

6) Stintzing 11 ff.

7) Vgl. z. B. das Buch des Abts Stich von Lehnin A. 10, 415.

8) B. IV 372.

9) z. B. von Perleberg. Lehnin erwirbt 1431 vom Papste das Recht, einige seiner Mönche kanonisches Recht studieren zu lassen (Repertor. Germ. 145).

und teuer bezahlt. Die geistliche Gerichtsbarkeit, die geistliche Rechtsbelehrung, die sich ebenso über Fragen des Lehnrechts[1]), wie natürlich über die viel erörterte Frage der Erlaubnis der Rentenkäufe u. a. verbreitet, der Beichtstuhl, dem die mächtig angewachsene[2]), auch in der Mark stark nachweisbare Summenlitteratur dient, sorgen für Verbreitung des römischen Rechtes. Zum mindesten wo die heimischen Rechte eine Lücke bieten, wird das römische zur Unterstützung herangezogen. Wenngleich noch einzelne Städte, wie Gardelegen, bestimmen, niemand habe eine schriftliche Klage zu verlangen[3]), so nahm doch die Neigung zu einem schriftlichen Verfahren stark zu und förderte an ihrem Teile nicht unbeträchtlich die Rezeption des römischen Rechtes. Nicht leicht zu überschätzen ist ferner der Einfluß der Notare. Sie sind, soweit man sehen kann, in der Mark durchweg Geistliche, höhere Schreiber, die ihr Amt auf Grund päpstlicher oder kaiserlicher Ermächtigung versehen. Doch erwerben auch zwei Frankfurter Bürgermeister von einem kaiserlichen Hofpfalzgrafen die Berechtigung, Notarien zu ernennen[4]). Die Notarienschulen, die Karl IV. eingerichtet hatte[5]), dürften der Mark mit in erster Linie zu gute gekommen sein. Kurz vorher hatte einer der märkischen Diöcesanbischöfe geklagt, daß viele Notare ihr Amt minus provide ausübten. Er ordnete an, daß jeder Notar de sua institucione sive legali creacione Rechenschaft ablege[6]). Märkische Notare werden in der Folgezeit bis Frankfurt am Main hin erwähnt[7])[8]).

Auch als am Ausgange des 14. Jahrhunderts die Flut geistlicher Urteilssprüche zurückgedämmt zu werden beginnt, tritt eine Reaktion zu Gunsten des alten Rechtes nicht mehr ein. Das neue ist fast schon heimisch geworden. Selbst bei den bürgerlichen Berliner Schöffenurteilen zeigen sich am Ausgange des Mittelalters starke Anklänge an die römischen Satzungen[9]). Von einem romantischen Zurücksehnen nach dem alten sächsischen Rechte, womit bei den Humanisten, wie bei Hutten, gern

1) B Dietrich von Brandenburg läßt z. B. feststellen, daß Aussaat auf Lehngrundstücken Erbe und nicht Lehen sei. A. 24, 448.

2) Stintzing 16 ff.

3) A. 25, 354.

4) Gurnik, Die Urk. des Frankf. (a./O.) Stadtarchivs II 22. 1455.

5) Vgl. hierzu u. a. Burdach, Vom Mittelalter zur Neuzeit 43.

6) A. 25, 251.

7) Albrecht Achilles fiel übrigens ein märkisches notarielles Schriftstück auf, das merkwürdigerweise keine Unterschrift des Notars trug.

8) Frankfurt a. M. Stadtarchiv, Rachtungen 1395.

9) Vgl. die Ausführungen Holtzes in Schr. d. Ver. f. Gesch. Berl. 21. Sello bestreitet dies allerdings Forsch. z. brand. u. preuß. Gesch. IV, 121).

gespielt wird[1]), ist keine Rede. Man preist das Sachsenrecht und widmet ihm eine Art landsmannschaftlicher Verehrung, aber man entfremdet sich ihm immer mehr. Die Universitätsbildung verbreitet das römische Recht in immer weiteren Kreisen und die landesherrliche Justiz sieht in ihm die Grundlage aller Rechtsprechung. Eine Menge Märter erwerben die juristische Doktorwürde. Als Dekretisten werden bis 1500 genannt und zwar als Doktoren: Johann Stadis, genannt Molse, Dechant des Domstifts zum Voister[2]), Hermann Piverling, Cellerar zu Halberstadt und Kaplan des Kardinals Fregoso[3]), Gerhard Detert, Dompropst zu Havelberg[4]), Johann Benedicti[5]), Matth. Möring[6]) vom Stendaler Stifte, Andreas Hasselmann, Propst zu Salzwedel[7]), Liborius von Schlieben, Bischof von Lebus[8]), Gregor Günther, Offizial daselbst, später Rechtslehrer zu Frankfurt[9]), Ästicampianus[10]), Simon Volzke, 1491 Rektor zu Erfurt[11]), Moritz Schönau aus Brandenburg, Domherr zu Magdeburg[12]), Otto von Stutternheim, Rektor 1429 zu Erfurt[13]), Heinrich von Angern, Domherr zu Magdeburg[14]), Gerhard Koneken aus Bernau[15]), später Dechant zu Magdeburg, Heinrich Elling[16]) und ein paar Franken, die in der Mark weilten, wie Zerer, Stocker u. a. Als Licentiaten werden erwähnt: Gerhard Rodevos, Dompropst zu Havelberg, Deterts Vorgänger, F. Krüger, der 1427 zum Bischofe daselbst[17]) ausersehen war, ferner eine Menge Baccalaurei u. a., Andreas Dehne (Domher zu Soldin, 1473 Rektor in Leipzig)[18]), Anton Grabow[19]),

1) Hutten ed. Böcking 4, 285 f.
2) A. 6, 379; 8, 433.
3) Herold 1884 S. 62.
4) Stud. Rostock 1457 Jan., Domherr seit 1445.
5) A. 1, 326.
6) Ebenda.
7) A. 22, 274.
8) Stud. Leipzig S. 1461, Bologna 1467.
9) Wohlbrück, Lebus II 390.
10) Archiv f. Litteraturgesch. XII 333.
11) Siehe oben.
12) Stud. Erf. S. 1445.
13) Stud. Erf. 1401.
14) 1381 stud. in Prag, dann in Paris (Budinßki, Die Univ. Paris 130), Erfurt W. 1395.
15) A. 5, 184. B. 4, 425. Vgl. Knod. l. c. S. 264.
16) Cod. dipl. Sax. reg. II 167. A. 15, 251.
17) Möhsen, Medaillensammlung II 342.
18) Stud. Leipzig 1452.
19) Greifswald 1471 W. stud.

Otto von Gladow[1]) (Pfarrer zu Neuruppin), Jakob Retzow[2]), Joh. Schorlibben, Propst zu Tangermünde[3]), Johann Schulte und Johann Storm[4]).

Als Doktoren beider Rechte werden Johann Blankenfelde, der spätere Rigaer Erzbischof, Benedikt Stolzenhagen und Goede zu Erfurt, Johann Swane, 1492 Stadtschreiber zu Königsberg, die Bischöfe Bussso von Alvensleben, Johann von Schlabrendorf und Otto von Königsmarck in Havelberg genannt. Der Dr. jur. utr. Seb. Stublinger, der bei der Einweihung der Frankfurter Hochschule erscheint[5]), ist wohl fränkischer Herkunft. Als Licentiaten in beiden Rechten bezeichnet sich der Brandenburger Offizial Friedrich Radeloff[6]), als Baccalaureus Johann Ruloff[7]), Domherr zu Soldin, der 1495 zu Leipzig Rektor wird, als juris utr. consultus der Frankfurter Stadtschreiber Nitzschewitz[8]).

Legisten scheinen aber fast noch gar nicht vorhanden zu sein; erwähnt werden nur Jakob Mathie[9]), der 1485 in Leipzig studierte, der berühmte Bischof Dietrich von Lebus (Bülow), Bernd v. Rohr und der bei der Einweihung der Frankfurter Hochschule viel genannte Dietrich von Dieskau. Baccalaureus legum ist 1456 der mehrfach erwähnte Joh. Perleberg. Ohne nähere Bezeichnung erscheint der Vicarius und Doktor Stephan Ghert zu Ziesar[10]).

Zu den ersten Büchern, die in der Mark oder deren Nachbarschaft gedruckt wurden, zählten überwiegend juristische Werke. Bereits im Jahre 1488 druckt Westphal in Stendal die Glossen zum Sachsenspiegel, die der bereits genannte Naumburger Bischof verfaßt hatte[11]). Vorher schon druckte derselbe Westphal in seiner Magdeburger Offizin einige kirchenrechtliche Schriften. Albert von Stendal druckte 1476 eine Schrift des bekannten Bologneser und Ferrareser Rechtslehrers Angelus Aretinus[12]).

1) Stud. 1454 Rostock, Bologna.
2) Stud. Erf. W. 1490.
3) A. 16, 39.
4) A. 1, 326.
5) Axungia (Inkunabel der Bresl. Univ.-Bibl. S. 10b).
6) Stud. Leipzig W. 1433, Erf. 1437.
7) Stud. Leipzig S. 1495; Stintzing, Zasius 335.
8) Ledebur, Archiv IX 199.
9) Ein Laie, A. 24, 473; er stud. Leipzig W. 1485.
10) Zerbster Stadtarchiv II 159 (1506).
11) Hain, Repert. bibliogr. II 2, 245. Über diese Ausgabe des Sachsenspiegels vgl. Abh. der W. Akademie 114, 699, über die Stendaler Glosse vgl. ebenda 701.
12) Ebenda I 195.

Ein gewiegter und begeisterter Kenner des römischen Rechtes, aber dabei noch ganz von Erinnerungen an die heimatlichen Rechtsgewohnheiten erfüllt, war der Altmärker Henning Goede. Er stammte aus Werben, nannte sich aber auch bisweilen nach dem benachbarten Bischofssitze zu Havelberg. Er studierte in Erfurt, wurde Doktor beider Rechte, bekleidete 1486 und 1489 das Rektorat. Er ließ sein Wappen mit besonderem Farbenschmucke in das Matrikelbuch eintragen. Jahrzehntelang gehörte er zu den einflußreichsten Lehrern der Hochschule. Durch die Wirren zwischen Rat und Bürgerschaft, an denen er als Vermittler lebhaften Anteil genommen, aus der Stadt verdrängt[1]), siedelte er am Ende seines Lebens nach Wittenberg über, wo er im Jahre 1521 starb[2]). Er gehörte dem geistlichen Stande an, besaß mehrere Kanonikate und erfreute sich in Rom großen Ansehens; er wurde z. B. auch zum Kommissar des heiligen Stuhls in dem Streite seines Landsmanns Ästicampian mit der Leipziger Universität ernannt[3]). Geschrieben hat er so gut wie nichts; seine Wirksamkeit beruhte in der fruchtbaren Lehrthätigkeit und der ausgebreiteten Praxis als Konsulent. Seine Gutachten standen in so hohem Ansehn, daß sie nach seinem Tode gesammelt und herausgegeben wurden[4]). Ein scharfer und eindringender Jurist war er eigentlich nicht, wohl aber verfügte er über eine große Belesenheit in der gelehrten juristischen Litteratur, ein gut Teil gesunden Menschenverstands und wirkliche Kenntnis des praktischen Lebens. Selbst über die verwickelten Fragen des Bergbaues weiß er sachlich und mit großem Verständnis zu urteilen. Der Mißachtung, in der die Jurisprudenz wegen ihrer scholastischen Formalitäten, ihres groben, unbeholfenen Stiles bei den Humanisten stand, hätte er neue Nahrung geben können. Doch muß hervorgehoben werden, daß er an der Bekämpfung der neuen Strömung nicht teilnahm, der ganz humanistisch gerichteten Erfurter Artistenfakultät große Schenkungen machte[5]) und als päpstlicher Richter die Leipziger mit ihren Verfolgungsgelüsten gegen Ästicampian jedenfalls nicht unterstützte[6]). So lange er lebte, konnte sich kein deutscher Jurist, selbst Zasius und Brandis nicht, mit seinem Einflusse und seiner Beliebtheit messen; er wurde der monarcha juris genannt. Seine Aussprüche, wie z. B. der, daß Gesetze, auf die nicht gehalten werde, wie Glocken

1) A. D. B. IX 315.
2) Ebenda 316.
3) Arch. f. Litteraturgesch. 13, 29 ff.
4) Stintzing, Rechtswissenschaft 263 ff.
5) Kaufmann l. c. II 529.
6) Vgl. Arch. f. Litteraturgesch. 13, 29 ff.

ohne Kloppel seien, waren in aller Munde[1]). Unter seinen Klienten befanden sich die Herzöge von Sachsen, Bayern, Pommern, böhmische und thüringische Große, Bischöfe, Städte, Privatpersonen jeden Standes. Seine maßvollen politischen Anschauungen, daneben auch die verbindliche, vermittelnde Stellung, die er stets einnahm, befähigten ihn, den verschiedenartigsten Interessen zu dienen. Als gelehriger Schüler der Italiener sah er in den römischen Kaisern die Quelle allen weltlichen Rechtes[2]), doch verkannte er dabei nicht, daß es noch andre, der deutschen Nation nicht zugehörige Könige gebe, die keinen Oberherrn hätten, ebenso nicht, daß viele der kaiserlichen Vorrechte bereits auf die einzelnen Reichsfürsten übergegangen waren. Das Anstreben der neuen Territorialstaaten, das er in dem benachbarten Sachsen und seiner Heimat Brandenburg so deutlich vor Augen sah, betrachtete er nicht ohne Teilnahme. Er widerriet Zersplitterungen des Besitzes[3]), sprach dafür, daß bei Teilungen die Regalien zusammenblieben, empfahl Abfindung der jüngeren Söhne mit geistlichen Würden. Er ging aber nicht soweit wie manche seiner Kollegen, die den Fürsten bereits eine unumschränkte Macht zuschrieben. Er verteidigt die Städte gegen fürstliche Eingriffe. Er meint, sie hätten nicht nötig, den Landesherren Rechenschaft über ihre Einnahmen abzulegen[4]), sie seien nicht verpflichtet, für Verfehlungen ihrer untergeordneten Organe einzustehen[5]). Der Fürst sei nicht befugt, die Landstraßen zu ändern, neue Zölle aufzulegen. So äußert sich Goede auch in einem Falle, der die Mark anzugehen scheint[6]). In der Nähe einer Fürstenstadt, so heißt es in einem Gutachten, war durch eine Überschwemmung der alte Weg vernichtet worden, der Fürst hatte einen Damm gebaut und von nun an Zoll erheben wollen, die Stadt hinderte dies aber. Goede rechtfertigt das Verhalten der Bürger damit, daß die Stadt Privilegien über ihre Zollfreiheit vorweisen könnte. Da nun ausdrücklich angegeben wird, daß die Stadt im Gebiete des Weichbildrechts lag und eine Urkunde des Königs Sigismund besaß, ist an eine märkische Stadt zu denken. Da sich ein Schloß in ihren Mauern befand, ist wohl Salzwedel gemeint, das in der That einem landesherrlichen Straßenbau im Jahre 1488 Schwierigkeiten gemacht hat.

1) Möhsen, Medaillensammlung II 349.

2) Vgl. u. a. die Äußerung über Universitätsprivilegien: nemo potest dare privilegium studii generalis, quam princeps, ut est Bononiae, vel tanta consuetudo, de cuius contrarii etc. . . . . ut est Paduae. (Ausg. von 1609 S. 31.)

3) Ausg. von 1609 S. 127.

4) l. c. 172.

5) l. c. 162.

6) l. c. 70 ff.

Goede blieb also trotz seiner nahen Beziehungen zu vielen Höfen der Bürgersohn. Auch der viel angefochtenen Stadt Erfurt leistete er Beistand. Bei ihren inneren Kämpfen stellte er sich auf die Seite des Rates, sprach aber zur Versöhnung. Bei Irrungen zwischen Städten und Fürsten suchte er stets einen Ausgleich herbeizuführen. Doch erklärte er die Bischofsstädte ohne weiteres für reichsfrei und wagte es sogar, Naumburg als eine Reichsstadt hinzustellen[1]).

Schöpferisch hat Goede nicht gewirkt; seine Gutachten fielen in der Regel nach den Wünschen der Besteller aus, und um diesen dienen zu können, benutzte er seine Quellen in ziemlich eklektischer Weise, bald diese, bald jene als Stützpunkt heranziehend.

Systematische Bearbeitungen sind überhaupt nicht mehr am Ausgange des Mittelalters zu nennen, wohl aber ließen einzelne adlige Familien wie die Alvensleben und einzelne Städte wie Frankfurt das in ihrem Bereiche geltende Recht zusammenstellen[2]). Mit der Aufzeichnung wurde wohl immer ein Jurist betraut, in Frankfurt der studierte Stadtschreiber Teymler. Dieser begnügt sich nicht damit, zu sammeln, was in seiner Vaterstadt Rechtens war, sondern er erhebt schon eine Reihe theoretisch-politischer Forderungen, er plädiert für Ausschluß der Wenden aus den Innungen[3]), für Vorsicht bei der Aufnahme neuer Bürger[4]), für auskömmliche Entschädigung der Thätigkeit der Ratmannen[5]). Andere politische Erwägungen enthält das Berliner Stadtbuch, das hervorhebt, daß Laien und Kleriker selten gute Freunde würden[6]). Ein System entwickelter politischer Theorien findet sich dagegen bei keinem einzigen, man müßte denn in des Johann von Falkenberg im Interesse des deutschen Ordens und dann gegen diesen abgefaßten Streitschriften solche vermuten.

Der Verfasser jener frischen politisch-juristischen Streitschrift über die Lehngüter, die die Lehnsfähigkeit der Bürger aus der Bibel und dem

1) l. c. 172 f.

2) Joh. Oldendorf, Stadtschreiber zu Neuruppin, stellt schon 1362 das Recht seiner Stadt, den Zolltarif ꝛc. zusammen. A. 4, 293—297. Desgl. Pfarrer Joh. Snege, genannt Soltow, 1402 das Apenburger Stadtbuch A. 6, 235. Eine Sammlung kanonistischer Formulare ꝛc., die der Notar Heinrich Silen unter Bischof Stephan Bodeker verfaßte, wird Sitzungsber. d. Berl. Akad. 1882, 588 erwähnt.

3) A. 23, 397.

4) Ebenda.

5) Er hat erlebt, daß 2—3 Bürgermeister verarmen durch ihre Thätigkeit für die Stadt, A. 23, 408, vgl. auch 410.

6) Stadtbuch 191.

Naturrechte, ja sogar aus dem sie schroff verneinenden Sachsenspiegel zu erweisen unternimmt, wird in der Altmark gesucht[1]).

Ein Sinn für die Bedeutung volkswirtschaftlicher Fragen ist im Mittelalter überhaupt selten zu finden; er offenbart sich in der Mark nur während der Zollstreitigkeiten zwischen den Städten und den Markgrafen im Anfange der 70er Jahre des 15ten Jahrhunderts. Der Landesherr äußert die Auffassung[2]), daß das Ausland den Zoll trage und daß die Märker unter ihm nicht leiden würden, da sie wohl imstande wären, alle gebrauchten Waren selbst zu erzeugen. Die Städte hielten dem entgegen[3]), ein jeder Zoll vermindere die Einfuhr, schwäche den Fremdenverkehr, treffe dadurch gerade den einheimischen Konsumenten und schade der Bedeutung der brandenburgischen Städte in ihrer Eigenschaft als Handelsplätze.

Politische Fragen streift auch die einzige erhaltene märkische Formelsammlung aus dem Mittelalter, die sächsische summa prosarum dictaminis. Sie wurde von einem Schüler des 1221 zum Bischofe von Brandenburg erwählten Gernand im Anschluß an dessen Vorträge zusammengestellt und zählt zu den berühmtesten ihrer Art[4]).

Die Ärzte waren in der Mark wie überall im damaligen Deutschland und vornehmlich im Norden noch ziemlich dünn gesät; aber es stand in der Mark nicht schlimmer als in andern Gegenden. Die Landesfürsten und vermutlich die Bischöfe zogen für ihren persönlichen Dienst eine Anzahl tüchtiger Ärzte heran, deren Thätigkeit weiteren Kreisen ebenfalls zugute kam. Schon aus den Tagen der Wittelsbacher und Luxemburger sind nicht wenige Leibärzte bekannt. Friedrich I. bediente sich des Dr. Dietrich Ramme. Gleichzeitig wirkte Dr. med. Petrus Mathie aus Bernau, der in Rostock, Paris und Padua studiert und an dem letzteren Orte die medizinische Doktorwürde erlangt hatte[5]). Eben-

1) Nachrichten von der Kgl. Ges. der Wissenschaften, Göttingen 1894, 419, Vers. hebt mit Genugthuung hervor, daß Bauernsöhne Bischöfe werden (413), daß der erste König (Saul) aus der Wahl des Volkes hervorgegangen (412) und meint, daß alle Menschen von Natur gleich seien. Über die Behandlung eines lehnrechtlichen Falles aus der Altmark vgl. Th. Muther, Aus dem Univ.- u. Gelehrtenleben 137.

2) M. F. I 349 f.

3) P. St. II 180.

4) Breßlau, Handbuch d. Urk.Lehre 633.

5) Mathie stud. 1414 als Dr. art. Parisiensis in Padua Medizin, wird 1418 Dr. med. (Licentia privati examinis) und erscheint 1423 als Dr. Paduanus in Rostock.

daher stammte Nikolaus Koneke, der in Paris Doktor der Medizin wurde. Koneke war Domherr zu St. Sebastian in Magdeburg, zeitweise Domherr zu Stendal und Propst zu Bernau[1]). Aus Bernau stammte ferner am Ausgange des Jahrhunderts Matthäus Zimmermann, der als Lehrer der Medizin zu Frankfurt starb[2]). Unter Friedrich I. stand auch der Dompropst zu Stendal Nicolaus Weltzien wegen seiner ärztlichen Geschicklichkeit in hohen Ehren[3]). Gleichzeitig (1414) erwarb sich Johann Kyritz in Bologna das medizinische Doktorat, nachdem er bereits 1410 in Padua Licentiat geworden war[4]). In Padua erscheint 1404 ein Matthäus aus Berlin als Scholar der Medizin[5]). Vielleicht entstammt der Kolberger Arzt Magister Arnold Grabow[6]) (1413—1443) der bekannten Priegnitzer Familie gleichen Namens.

Auf der Pilgerfahrt der Markgrafen Johann und Albrecht, an der mehrere Märker teilnahmen, war als Arzt der in Italien vorgebildete Nürnberger Dr. Lochner beigegeben, der die ganze Reise beschrieben hat[7]). Als Arzt Friedrichs II. erscheint der berühmte Nürnberger Herman Schedel[8]), der die Mark allerdings schon in den 40er Jahren wieder verlassen zu haben scheint, daneben aber auch ein Märker, der Doktor der Medizin Hermann Belkow[9]), ein Sprosse des bekannten Frankfurter Patriziergeschlechtes. Peter Krebs, der etwa 1469 verstorbene Propst von Berlin, war ebenfalls Doktor der Medizin[10]). Um dieselbe Zeit lebte der Arzt Benediktus Jacob aus Tangermünde, der in Montpellier die Doktorwürde erworben und hernach (1445) in Köln Theologie studierte[11]).

Kurfürst Albrecht nahm seine fränkischen Ärzte in die Mark mit[12]) und sandte außerdem gelegentlich zu Entbindungen oder bei Erkrankungen einen seiner Leibärzte dahin. Sein Sohn Johann bediente sich daneben des Schlesiers Johann Meurer, der erst in Leipzig gewirkt, dann aber

1) Vgl. A. 5, 182; A. 10, 510; 1426 ist er Rektor der Erfurter Universität.
2) Ztschr. d. hist.-statist. Ver. zu Frankfurt a. O. Heft 3 S. 9.
3) A. 5, 169. 177 u. a.
4) Abh. d. Wiener Akad. d. Wissensch. phil.-hist. Klasse 127 II 14.
5) Frdl. Mitteilung des Herrn Prof. Luschin von Ebengreuth.
6) Riemann, Gesch. d. St. Kolberg 99.
7) C. I 197 ff.
8) B. IV 434, 466.
9) A. 19, 384 f.; A. 20, 52 f.
10) Cod. dipl. Sax. reg. II 3, 57.
11) Matrikel I 364.
12) P. K. I 375, sein Arzt war auch der bekannte Hans von Baireuth, Abh. der Münchner Akad. hist. Kl. 1869 I 570.

sich mit den dortigen Fürsten entzweit und in Berlin und Frankfurt niedergelassen hatte. Menrer stammte aus Krossen und wurde 1447 Dr. med.; er behandelte den sterbenden Herzog Heinrich von Krossen. Von dessen Krankenbette schickte er Nachrichten über das bevorstehende Ableben nach Berlin und erwies sich auch sonst als williges Werkzeug der Markgrafen[1]). In Frankfurt wirkte neben ihm noch ein anderer schlesischer Arzt, der aus Schweidnitz gebürtige Stadtpfarrer Johann Meskow, der die Licentiatenwürde in der medizinischen Fakultät wohl zu Leipzig erworben hatte, woselbst er 1459 Baccalaureus geworden war[2]). Auch er wurde gelegentlich bei Krankheitsfällen im Herrscherhause befragt, so im Jahre 1479, als Markgräfin Barbara in ein schweres Fieber verfiel[3]). Sein Landsmann, der Schweidnitzer Dr. Cristoforus Tscheche wurde Leibarzt Johanns. Als er im Jahre 1496 starb, bat seine Mutter den Kurfürsten unter Aufzählung der Opfer, die sie für sein Studium gebracht, um Aushändigung des Nachlasses[4]). Ein anderer Leibarzt Johanns, Konrad Schwestermüller „in der erzney doctor" erhält bereits im Jahre 1483 die Anwartschaft auf gewisse Lehen[5]) und vielleicht gleichzeitig das Freihaus in Berlin, in dessen Besitze er nicht lange darnach erscheint[6]). Johann schickte ihn gegen Anfang der 90er Jahre den Herzögen Magnus und Balthasar zu, die sich seiner bedienen wollten. Als er ihn zurückverlangte[7]), machten die Herzöge Schwierigkeiten[8]). Im Lande herrsche Pest; Schwestermüller möchte lieber bei ihnen bleiben. Obwohl der Kurfürst daraufhin energischer wurde und betonte, daß der Doktor sein „gesworner"[9]) Leibarzt und Rat sei und seinen Dienst nicht eigenmächtig im Stich lassen dürfe[10]), scheint er damit nichts erreicht zu haben. Die schwere Krankheit, die Johann befiel, ließ ihn den Wert ärztlichen Beirats sehr hoch schätzen. Hauptsächlich um den Rat der verschiedenen Leibärzte andrer Fürsten zu hören, wagte er die beschwerliche Fahrt zu dem

1) Viel Material P. K. II, vgl. Register und III. Menrer war schon in Friedrichs II. Dienste gewesen. C. I 374.
2) Vgl. Cod. dipl. Sax reg. II 17, 70.
3) P. K. II 550.
4) Berlin, kgl. Hausarchiv Rep. 28, 1496.
5) C. II 290 f.
6) A. 3, 502.
7) Schwerin, Geh. und Hauptarchiv, Brief d. d. Spandau, 8. Januar 1496.
8) Ebenda.
9) Vgl. hierzu Riezler, Gesch. Baierns III 687.
10) Schwerin, Geh. u. Hauptarchiv, Brief d. d. Pankow, Montag in Ostern 1496.

Lindauer Reichstage. Er umgab sich mit einem ganzen Stabe von Ärzten, darunter dem berühmten Pistoris[1]). Der Barfüßermönch Konrad Diel wurde als Arzt mit 200 rh. fl. angestellt und mit einem Freihause beschenkt. Die Söhne des Kurfürsten müssen nach seinem Tode auf Diels Dienste keinen Wert mehr gelegt haben; denn sie entließen ihn gegen Abfindung aus dem lebenslänglichen Dienstvertrage[2]). Ein Mönch, ein „begebener" Mann, wie er in der Urkunde genannt wird, schien den Fürsten vermutlich wegen seiner vielfachen religiösen Verpflichtungen minder geeignet als ein weltlicher Leibarzt. Auch bei diesen scheint die Ehelosigkeit ein Erfordernis für die Stelle als Leibarzt gebildet zu haben[3]). Unter die Ärzte Johanns ist wohl jener Dr. Fritz zu rechnen, den Bogislaw verhungern ließ. Er wurde des Ehebruchs mit der pommerschen Herzogin beschuldigt, von Andern verdächtigt, er solle im Auftrage Johanns Herzogin Margaretha vollends unfruchtbar machen[4]). Ein Augenarzt Meister Herman wird einige Male erwähnt[5]). Im Jahre 1498 bittet Markgraf Johann seinen Bruder Friedrich, sich im Reiche nach einem tüchtigen Augenarzte für ihn umzusehen[6]). Wie am Hofe der Fürsten, so erscheinen auch in den Städten eine Reihe Ärzte, so in Stendal ein Paduaner Doktor Gerhard Furcbolt, genannt Apoteker (1463)[7]); in Prenzlau wird schon 1356 ein Arzt Salomo von Möckern erwähnt[8]). Der in der Neustadt Salzwedel 1467 verstorbene verheiratete Meister Herman Winkelmann, dessen Bücherschätze der Rat an sich nimmt[9]), dürfte ebenfalls ein Arzt gewesen sein. In Salzwedel wirkte nicht lange darnach ein in Italien vorgebildeter, in Padua promovierter geistlicher Arzt[10]), als dessen Name bald Simon Ronceyer, bald Rovensegeter, bald Rovestyger angegeben wird. Er starb vor 1497.

---

1) Siehe oben S. 31.

2) C. II, 428.

3) P. K. I 484.

4) Barthold, Gesch. von Pommern IV 463.

5) Möhsen l. c. II 365. P. K. I 211 f.

6) Berlin, kgl. Hausarchiv 1 K 10 E 2 Pankow, Dienstag in den Ostern. 17. April 1498.

7) A. 15, 230, studierte in Leipzig S. 1435 und dann 1453 als Dr. in med. Paduanus in Erfurt.

8) A. 21, 177.

9) A. 15, 334 f.

10) 1479, freundliche Mitteilung des Herrn Prof. Luschin von Ebengreuth, vgl. auch A. 14, 369. 458. Über gesundheitspolizeiliche Vorschriften in märkischen Städten im 16. Jahrh. vgl. Vierteljahrsschrift für gerichtl. Medizin 3, Folge IX S. 5 u. 7.

Ein Johann Bellyn aus Brandenburg famuliert dem Universitätsarzte zu Köln[1]), ein Johann Cort aus derselben Stadt wurde gegen Ende des 14 ten Jahrhunderts in Paris Baccalaureus in der Medizin[2]).

Märkische Ärzte fanden schon in der Fremde Unterkommen. So ist z. B. der Posener Arzt Meister Benediktus Springindiearche Halbbruder eines märkischen Geistlichen[3]). Der Leipziger Arzt und Universitätsrektor Alvensleben entstammte nicht der bekannten märkischen Adelsfamilie, sondern war ein geborener Magdeburger. Eine Fortbildung der medizinischen Wissenschaft ist wohl keinem märkischen Arzte zu verdanken. Nur Helmold Gledenstede aus Salzwedel, Dr. med. und daneben Baccalaureus in der Theologie, der in Prag und Leipzig als sehr angesehener Lehrer wirkte, hat einige Schriften verfaßt, die Kenntnis der arabischen Heilkunde verraten[4]). Zwei andere, etwas jüngere Märker, Nikolaus Scultetі aus Frankfurt und Jakob Meseberg, der später Bürgermeister in Leipzig wurde[5]), wirkten ebenfalls an der Leipziger Hochschule. Eine Anzahl medizinischer Schriften besitzt die Bücherei des Klosters Lehnin. Getrennt von der eigentlichen Medizin war die Chirurgie[6]), deren Vertreter in größerer Zahl als die wirklichen Ärzte vorhanden gewesen sein werden. Auch der Hof hatte seine Wundärzte, so Friedrich I. den Johann Hase[7]), Friedrich II. den Peter Mönch, dem er das Bärwalder Stadtgericht verlieh[8]). Den Rat eines Wundarztes Friedrichs II. erbittet König Matthias von Ungarn[9]). Schon 1356 wird ein Borchardus in cyrugica medicina satis expertus erwähnt[10]). Die Stadt Berlin stellt um 1440[11]) einen Wundarzt an, verlangt aber, daß die Nachbarstadt Köln, der seine Thätigkeit ebenfalls zugute kommt, an den Zahlungen für ihn teilnehme[12]). In den Rechnungen des Klosters Diesdorf kehren Ausgaben für den Salzwedeler Wundarzt Lunthen, für den Beetzendorfer Aderlasser und für mester Dirick deme aderlater häufig wieder[13]).

1) Köln 1450.
2) Er studierte als solcher 1394 in Erfurt.
3) A. 19, 379 f.
4) Möhsen, Medaillensammlung II 350.
5) Vgl. das Reg. zu Cod. dipl. Sax. reg. II 10. M. stammte aus Stendal.
6) Kaufmann, Gesch. d. d. Universitäten II 71.
7) C. I 190.
8) Möhsen, Medaillensammlung II 357. A. 16, 49.
9) C. III 85 f.
10) C. I 38.
11) Daselbst wird wenigstens davon zum ersten Male gesprochen. Es heißt freilich, es sei „von olders" der Fall.
12) B.U.B. 376.
13) Diesdorf l. c. 11, 119. 152; 12, 239b; 14, 79.

Jüdische Ärzte werden in der Mark nicht erwähnt. Nur 1510 soll einen Berliner Juden seine Kenntnis der Augenheilkunde vor dem Schicksale seiner Glaubensgenossen gerettet haben. Kurfürst Albrecht wünscht, einen thüringer Juden als Arzt zu seinem Pommernfeldzuge mitzunehmen; da der gewünschte nicht abkömmlich war, wird ihm ein Jude aus Hof empfohlen, der auch die Behandlung des erkrankten Ritters Jorg von Waldenfels übernehmen will[1]).

Ein sicheres Urteil über die Höhe des Ertrages, den die Ausübung der ärztlichen Kunst ihren Jüngern brachte, läßt sich nicht gewinnen. Doktor Meurer erhielt von Friedrich II. ein Jahrgehalt von 100 fl.[2]), Konrad Diel von Markgraf Johann das Doppelte[3]). Die Hofärzte erhielten Freihäuser in der Residenz. Die Entlohnung des Arztes, der einen Hirten behandelt, den Bauernjungen beim Raufen am Feuer gebraten und schwer verletzt hatten, betrug 2 fl.[4]). Ein gemißhandelter Priester zu Tangermünde erhält 13 fl. als Schmerzensgeld und zur Bezahlung des Arztes[5]). Der erwähnte Aderlasser Meister Dirick erhält meist 6 Schill.[6]), ein andermal 1 Mark[7]), ein andermal 11 Mark für Heilung des Propstes. Ein Brandenburger Wundarzt klagt den Arztlohn, den man ihm schuldig geblieben, bei dem geistlichen Gerichte ein[8]). Ein märkischer Edelmann Oppen verlangt von einem Arzte das ihm gegebene Geld zurück, da die Krankheit nicht geheilt worden[9]).

Die Apotheker waren ursprünglich nichts anderes als Gewürzhändler und werden als solche schon früh erwähnt. Der Berliner Apotheker Johann Tempelhof hat die Wachslieferung für die kurfürstliche Kanzlei; doch fertigt er bereits die Arzneien nach den Rezepten des Leibarztes[10]). 1482 wird er auch von den Ratskollegien zu Berlin und Köln zu ihrem Apotheker ernannt und ihm ein Darlehn von 100 fl. und nach

1) P. K. II 402 f.

2) C. I 374.

3) C. II 428.

4) A. 11, 463.

5) A. 25, 429.

6) Diesdorf 11, 119. Ebenda 119b heißt es: IIII sz. Hanse. deme rideknechte to teringe, do he tome arsten lach.

7) 120. Diesdorf 14, 124; er erhält 11 Mark pro cura prepositi.

8) Zerbster Stadtarchiv II 91, er heißt Meister Hans Französer. Dem kurf. Augenarzte Meister Herman wirkt Kurfürst Johann Freiheit von den Bürgerpflichten aus. B.U.B. 463.

9) Zerbster Stadtarchiv II 50, ebenda II 94, 1469 wird ein Pferdearzt erwähnt, der die Dörfer der Priegnitz besucht.

10) C. I 515 f.

dessen Rückzahlung ein Wispel Getreide Jahrlohn, sowie Freiheit von allen städtischen Lasten und ein Wohnhaus zugesichert[1]). Markgraf Johann giebt ihm gleichzeitig mit Rücksicht auf die treuen Dienste, die er bereits Friedrich, Albrecht und ihm geleistet, das Monopol des Handels mit gefärbten Wassern und Konfekten[2]). 1488 wird Hans Zehender als Apotheker angenommen[3]). In Frankfurt wird ein Apotheker Peter Fünfrich bereits 1405 erwähnt[4]). Bei der Stendaler Familie Furebolt verdrängt der Berufsname Apotheker ihren eigentlichen Namen. Eins ihrer Mitglieder studierte in Italien und in Erfurt Medizin[5]).

Apotheker werden noch in Prenzlau, Wittstock und Salzwedel erwähnt; auch an andern Orten dürften sie nicht gefehlt haben[6]).

Von der Pflege der exakten Wissenschaften ist wenig die Rede, doch wird schon im Jahre 1290 ein Astronom erwähnt[7]). Auf Beschäftigung mit Alchemie deuten Nachrichten über einen Oderberger Mönch und andere, die die schwarze Kunst verstanden haben sollen[8]). Das Herrscherhaus selber hatte an diesen Künsten ein starkes Interesse; nicht bloß der älteste der Söhne Friedrichs I., Johann, der von diesen Beschäftigungen seinen Beinamen erhalten hat, sondern auch seine Brüder und ihre Hofleute nahmen daran Anteil[9]).

Der Domherr Jakob von Krusemarck († 1455) besitzt ein horologium[10]). Berlin läßt ums Jahr 1440 eine Uhr herstellen[11]). 1504 läßt Propst Valentin und das Kapitel auf dem Brandenburger Marienberge durch den Zerbster Jordan einen neuen „seyger“ machen. Das Brandenburger Barfüßerkloster läßt von demselben Meister gleichzeitig eine Uhr anfertigen[12]). — Von einer wirklichen Naturbetrachtung zeigt sich keine Spur. Äußerungen wie die, daß der Stör vom Winde lebe[13]),

1) C. II 285 f. Schon 1354 wird ein Apotheker Dietrich in Berlin erwähnt. C. I 34.

2) C. II 285 f.

3) Möhsen l. c. II 379.

4) D. I 322.

5) Siehe oben S. 47.

6) Michel Faber zu Stendal, der dem Kurf. den Apothekereid leistet (A. XV 147) lebte wohl erst nach 1540 und nicht, wie Riedel annimmt, schon um 1500.

7) Möhsen l. c. II 178.

8) Möhsen, Beiträge z. Gesch. d. Wissenschaften in der Mark Brandenburg S. 29.

9) Zschr. f. preuß. Gesch. u. Landeskunde III 10.

10) A. 5, 222.

11) B.U.B. 376.

12) Zerbster Stadtarchiv II 184.

13) C. I 526.

die Kraniche sich einen König wählen[1]), die Eule von allen andern Vögeln angehaucht werde[2]), sind wohl aus irgend einem speculum naturale hervorgeholt. Erwähnt mag aber werden, daß nach dem Hamburger Faustbuche der Dr. Faustus aus der Mark Salzwedel stammt.

Philosophische Schulung genoß in gewissem Sinne jeder, der als Artist eine Hochschule bezog. Einen inneren Drang zur Philosophie hat vielleicht jener Pritzwalker Pfarrer Magister Günther verspürt, der bereits im Jahre 1343 von seinem Amte Urlaub nimmt, disciplinis scolasticis volens imbui[3]).

Stärker war die litterarische Thätigkeit auf dem Gebiete der Gottesgelahrtheit. Zu den kirchlichen Kämpfen des Tages stellte die Mark einen der streitbarsten Kämpen, den Matthias Döring, dessen Wirken bereits mehreremale gestreift worden ist. Er war der radikalsten einer unter den hoffnungsseligen radikalen Theologen der Basler Kirchenversammlung; er verfaßte die wuchtige polemische Schrift confutatio primatus pape[4]), die er seinem frommen Landesherrn zu überreichen wagte. Die abweichenden Lehrmeinungen der auf den Konzilien hervortretenden Gelehrten stellte er in dem leider verlorenen Liber perplexorum ecclesie zusammen. Sein vertrauter Genosse war der Minorit Kannemann, den Kurfürst Friedrich II. zu Sendungen nach Rom zu verwenden pflegte[5]). Auf Dörings Standpunkte werden viele der Märker gestanden haben, die wie er dem Minoritenorden angehörten und meist in Erfurt vorgebildet wurden, z. T. auch seiner Empfehlung ihr Fortkommen verdankten. Wie stark die kirchlichen Kämpfe auch in der Mark die Priesterschaft aufregten, zeigen eine Anzahl im Stendaler Domstifte entstandene Streitschriften, die die Fragen, die das Basler Konzil beschäftigten, erörterten[6]).

Ein scharfer und schlagfertiger Kämpfer gegen geistliche Mißbräuche war Jakob von Jüterbock, zwar kein unmittelbarer Unterthan der Mark, aber einer von brandenburgischem Gebiete umschlossenen Magdeburgischen Enclave entstammend. Er war Cisterciensermönch gewesen, hatte aber dann, da ihm die lare Handhabung der Ordensregel in seinem polnischen

1) Goede l. c. 127.

2) P. K. II 378.

3) A. 2, 26. Vgl. auch A. 12, 162. Es erscheint freilich fraglich, ob der Ausdruck wirklich auf eine ernste Beschäftigung mit der scholastischen Theologie deutet oder ob er nur eine Umschreibung des Universitätsbesuches ist.

4) Nachgewiesen von Gebhard.

5) Albert, M. Döring 65 f.

6) Centralbl. f. Bibliothekswesen XI 349 f.

Kloster keine Befriedigung gewährte, mit Einwilligung eines Legaten seinen Austritt gefordert und sich in den strengen Karthäuserorden aufnehmen lassen[1]). Er lebte seitdem in Erfurt († 1465), wo er auch Vorlesungen hielt. Seine Schriften behandeln das unerschöpfliche Thema von der Zerrüttung der Kirche, von der Suprematie der Konzilien, die die ganze Kirche darstellen, über den Papst, von der Verwerflichkeit der Wunder und des entarteten Ablaßwesens. Daneben nahm er noch Stellung zu Fragen, wie z. B. wegen Berechtigung des Rentenkaufs oder der kanonischen Lehre vom Wucher.

Der starken Litteratur, die sich mit den Angriffen auf die märkischen Wunderstätten beschäftigte, standen die Märker ziemlich teilnahmslos gegenüber. Sie begnügten sich, sie mit den staatlichen Machtmitteln zu erwidern. Im Anfange des Jahrhunderts war es der Leipziger Theologe Wünschelburg, der den Ansturm vornehmlich auf Wilsnack eröffnete[2]). Um die Mitte des Jahrhunderts führte der Bremer Tocke, ehedem Kaplan Friedrichs I., durch den er ein Brandenburger Kanonikat erhalten hatte, den Kampf von Magdeburg aus unter Beihülfe des Erzbischofs und des Kardinals Cusanus fort. Im letzten Drittel des Jahrhunderts bekämpfte der Erfurter Johann von Dorsten die Wallfahrten, in denen er den akuten Ausdruck einer Volkskrankheit erblickte[3]). Es ist bekannt, daß Friedrich II. das Wunderblut schützte. In seinem Auftrage schrieb Matthias Döring eine Verteidigung des Heiligtums, die aber farblos ausfiel und wenig zur Sache beizubringen wußte, jedenfalls die Schärfe seiner sonstigen Schriften vermissen ließ[4]). Mit ihm kämpfte Dr. Kannemann für die Anerkennung der Wilsnacker Wunder.

Mit vollem Herzen war aber Döring dabei, wenn es der Ehre seines Ordens galt, und die Richtung, die er in diesem einnahm, zu verteidigen war. Das zeigten die Streitschriften gegen den Observanten Capistrano, dessen marktschreierisches Wesen, dessen Sucht, sich im Orden auf Kosten der Gemäßigten Anhang zu verschaffen, dessen zweifelhafte

1 Ullmann, Reformatoren vor der Reformation II 195.

2 Vgl. A. 2, 128; ferner A. 20, 275.

3 Näheres jetzt Sitzungsber. der Berl. Akad. d. Wiss. 1882 603 ff., vornehmlich 607.

4 Albert. Eine bei Albert und Breest nicht erwähnte Handschrift des Traktats Quoniam olim in studio Pragensi befindet sich nach Neutwig, Die mittelalterl. Hdschr. der Braunschw. Stadtbibl. 147 in Braunschweig. Außer den bei den genannten und bei Gebhard citierten Stellen, vgl. noch über die Wilsnacker Angelegenheit Zello, Lehnin 91. 98, Jahrb. f. niederd. Sprachforsch. 1875, 109. 1877, 57 ff.

Wunder er scharf beleuchtete[1]). Für die Ehre des Ordens glaubte er einzutreten, als er einen der Großen der Franziskaner, den Nikolaus von Lyra, gegen die Angriffe eines Dominikaners in Schutz nahm. Dieser, Bischof Paul von Burgos, hatte des Lyra bekannte Postille neu kommentiert und erheblich verbessert; Döring bekämpfte nun dies Unternehmen in ungewöhnlich schroffer, nicht eben wählerischer Weise, konnte indes bei seiner mangelhaften Kenntnis des Hebräischen dem Gegner, einem geborenen Juden, nicht standhalten[2]). Als sonstige Schriften Dörings theologischen Inhalts werden erwähnt: Lectura super primum, tercium et quartum sentenciarum[3]). Super Esaiam prophetam opus grande[4]).

Großes Ansehn gewann Döring durch seine Predigten, obwohl die erhaltenen Zeugnisse — Predigten vor Geistlichen, meist innerhalb des Ordens — trocken, nüchtern und durchaus nicht hinreißend oder schwungvoll klingen[5]). Während sonst die Predigtleistungen der Mendikanten nicht überall mehr genügten und Stiftungen gemacht wurden, um studierte Doktoren der Theologie heranzuziehen[6]), bewahrte die Volksberedsamkeit der märkischen Franziskaner den alten Predigerruhm, den schon Franziskus[7]) und Guido de Marchia[8]) im früheren Mittelalter ihrem Orden erworben hatten. Das Kyritzer Minoritenkloster stand wegen seiner kirchlichen Reden in hohem Ansehn. Im 14. Jahrhundert hatten sich noch Thomas von Kyritz, der dann Lector der Erfurter Franziskaner wurde[9]), sowie ein nicht näher bekannter Johann von Blomendal[10]) ausgezeichnet. Der Straußberger Barfüßermönch Konrad Bömlein gab im Jahre 1498 ein „Büchlein vom Sakrament" durch den Druck heraus[11]). Der neumärkische Augustinereremit Georg stellte im Jahre 1415 die Höllenstrafen und Heimsuchungen, die einige Verächter Gottes und der Heiligen getroffen hatten, in eindringlichen Sermonen zusammen[12]). Das sind die bekannten Reste der jedenfalls

1) D. I 176.
2) Vgl. Albert 19.
3) l. c. 16.
4) l. c. 17.
5) l. c. 24 f.
6) Neue Mitteil. a. d. hist. u. antiquar. Litt. IX 69.
7) Geschichtsbl. f. Stadt u. Land Magdeburg 18, 104.
8) Möhsen, Medaillensammlung II 165.
9) Albert l. c. 12.
10) Möhsen l. c. II 165. Trithemius, Catal. script. eccles. (Ausgabe von 1531) 107 b.
11) Möhsen l. c. II 176 (nach Küster).
12) Forsch. z. brand. u. preuß. Gesch. IV, 615 ff.

auch hier vorhandenen starken Erbauungslitteratur. Die im Norden nicht minder als im Süden erörterte Frage, ob es den Laien zukomme, die heiligen Schriften zu lesen, was z. B. Locke schroff abwies[1]), umging man hier, indem man für die Laien entsprechende Bearbeitungen der Bibel herstellte. Die eigenartigste schuf der Frankfurter Stadtschreiber Herman Nitzschewitz, der den eintönigen neuen Marienpsalter der Dominikaner dadurch beleben wollte, daß er den einzelnen Strophen Bilder beigab, die die neutestamentlichen Erzählungen veranschaulichen sollten. Ein knapper Text und eine parallele Geschichte aus dem alten Testamente waren jedem Blatte beigefügt[2]). Nitzschewitz erhoffte hiervon nicht nur eine Erbauung und Belehrung der Bevölkerung, er glaubte sie sogar durch diese Darstellungen zu freiwilligen Opfern für die Sache des Türkenkrieges begeistern zu können. In diesem Sinne wagte er, sich um die Unterstützung des Kaisers Friedrich und des Königs Maximilian zu bewerben[3]). Als Hauptförderer seiner Arbeit, die im Kloster Zinna gedruckt wurde, erscheint Albert Klitzing[4]).

Aber auch der Wunsch nach wirklichen Bibeln[5]) wurde geäußert; an Friedrich II. trat die Aufforderung heran, für Verbreitung von Übersetzungen der heiligen Schriften Sorge zu tragen[6]); und er hatte Interesse für solche Versuche, den Gottesdienst und die Mittel zur Erbauung allen Kreisen zugänglich zu machen; er pflegte mit seiner Umgebung das Osterlied in deutscher Sprache zu singen[7]); er ließ sich aus Franken eine Bibel übersenden[8]). In einer Prenzlauer Urkunde von 1442 überrascht die Fülle deutsch citierter Bibelsprüche[9]). Der Drang der Laienwelt nach unmittelbarer religiöser Erbauung scheint demnach auch hier nicht gering gewesen zu sein[10]). Die märkischen Kirchenbehörden kamen ihm insofern entgegen, als sie dem Gebrauche der Landessprache Zugeständ-

1) Geschichtsbl. f. Stadt u. Land Magdeb. 18, 63 f.

2) Neue Mitteil. a. d. Geb. der hist. u. antiquar. Litt. XV giebt die Texte und die Abbildungen.

3) Ebenda 253.

4) 257. Der dort geäußerte Zweifel, ob man es mit dem bekannten Klitzing zu thun habe, ist ganz grundlos.

5) Eine andere Historienbibel, die 1484 oder 1486 zu Berlin von Franziskanern vertrieben, nach der (unhaltbaren) Überlieferung auch gedruckt wurde, wird Lebeburs Archiv IX 211 erwähnt.

6) C I 406.

7) Geschichtsqu. d. Prov. Sachsen 19, 771.

8) C II 37.

9) Vgl. A. 21, 292 f. Bibelsprüche sonst noch A. 20, 19 u. a.

10) Geistliche Gelage zur Lesung der heiligen Schrift A. 23, 118—121.

nisse machten. Bischof Wedigo von Havelberg schärfte seinem Klerus ein, ihren Gemeinden das Ave Maria und die wichtigsten Gebete in deutscher Übersetzung einzuprägen[1]). Ein einfacher Berliner Bürger, der Schröder Peter Phele, bei St. Nikolaus Kirchhofe wohnhaft, erläßt ein Klagschreiben wider einen Geistlichen, der ihm die Frau verführt hatte. In dem augenscheinlich von ihm selbst verfaßten krausen Briefe springt er mit dem pflichtvergessenen Priester nicht gerade zart um; er verrät darin aber auch seine Kenntnis der Bibel und der geistlichen Obliegenheiten und beginnt gleich mit Erwähnung des Apostels Paulus, der vorschreibe, wenn man etwas nicht wisse, solle man zu verständigen Männern seine Zuflucht nehmen und von diesen Auskunft erhalten[2]).

Ein wirksames Mittel, die Anschauung von der heiligen Geschichte und damit den religiösen Sinn zu beleben, bildete die Aufführung einzelner Scenen aus dem Kreise der biblischen Erzählungen. Daß solche Passionsspiele überall stattfanden, dürfte mit Sicherheit anzunehmen sein. Überliefert sind sie nur aus dem Brandenburger, Havelberger und dem Kamminer Bistume. In Wittenberg, dem sächsischen Hauptorte der Brandenburger Diöcese, enthalten die Stadtrechnungen folgende Eintragungen[3]): „1451. item XXIIII g. deme schuler zu tranckgelde, der Jhesus in deme spele was, als man die passio spelte. item VI g. vor v elle lynwat zu Jhesus rocke. item VI g. haben vertruncken die düfele, als man spelte. und 1478 item IIII sz. XXIII[g] hat gekost das spell vom jungesten tage zu spelen." In dem neumärkischen Städtchen Bahn führten die Passionsspiele einmal zu einem beklagenswerten Vorfalle, der den Zeitgenossen lange in Erinnerung blieb. In dem Eifer, den die Vorstellung erweckte, stach der Darsteller des Longinus den ihm verfeindeten Darsteller Christi tot, und wurde dafür von den Mitspielenden erwürgt[4]). In Havelberg untersagte Bischof Wedigo derartige Aufführungen überhaupt. Er verbot „passionis domini et aliorum sanctorum ludos consuetos, in quibus turpido, scurrilitas, stultiloquium, que ad rem non pertinet (!), contra prohibitionem apostoli notorie fiunt. Das Schauspiel verlocke Zuschauer und Spieler ad lasciviam et voluptatem. Selbst in cantis et organis solle nicht das vorgetragen werden, quod vanis et lascivis hominibus, sed quod deo placet"[5]).

1) A. 3, 247.

2) Zerbster Stadtarchiv.

3) Wittenberger Stadtarchiv.

4) Kanzows Chronik (v. Medem) S. 405.

5) A. 3, 257. Den Klerikern war der Besuch von Schauspielen dort von jeher verboten.

In den Ursprachen vermochte, da Dörings Kenntnisse im Hebräischen gering waren, nur ein einziger Märker die gesamte heilige Schrift zu lesen, Stephan Bodeker, der Handwerkersohn, der zum Bischofe von Brandenburg aufgestiegen war. Doch befand sich im Kloster Lehnin eine hebräische Bibel und ein Vokabularium[1]). Bodeker stammte vielleicht nicht aus Stendal, wie oft ohne Begründung angegeben wird. Wenn sich die Eintragung in der Erfurter Matrikel auf ihn bezieht, war Rathenow seine Geburtsstadt. Er hätte darnach 1406 (S.) in Erfurt begonnen und das Studium in Leipzig (1411 W.) fortgesetzt, nachdem er inzwischen in Prag gewesen. In Leipzig wird Brandenburg als seine Heimat angegeben. Da Brandenburg unweit von Rathenow lag, hat diese abweichende Angabe mit Rücksicht auf die großen Willkürlichkeiten, die in den Matrikeln gerade bei diesen Angaben häufig sind, nichts auffallendes. Bodeker wurde im Jahre 1421 Bischof und blieb bis in sein Greisenalter litterarisch thätig. Er verteidigte die christliche Lehre gegen Angriffe der Juden und suchte diese aus ihren eigenen Büchern zu widerlegen. Die zahlreichen Werke des Bischofs sind bisher nur in Auszügen bekannt geworden, auch diese[2]) verraten schon, daß er die scholastische Philosophie und Theologie der Zeit beherrschte und durch seine große Kenntnis der biblischen Quellensprachen zu erweitern beflissen war. Sie zeigen eine rechtschaffene, milde Persönlichkeit, die sich bewußt ist, auf der Höhe der zeitgenössischen Bildung zu stehen und dies alles sich selbst zu verdanken hat. Wo sich sonst noch Kenntnis des Hebräischen zeigt, da handelt es sich nicht um erworbene Gelehrsamkeit von Märkern, sondern wahrscheinlich um getaufte Juden. So bei Schriftproben in einem Kopialbuche der kurfürstlichen Kanzlei, wo in hebräischer Sprache der Inhalt einer eingetragenen Urkunde kurz wiedergegeben wird[3]).

Kenntnis der griechischen Sprache läßt sich vor Johann von Sommerfeld, der 1497 in Krakau eine Grammatik und eine Ausgabe des Libanius erscheinen ließ[4]) und seinem gleichnamigen jüngeren Landsmanne, dem berühmten Aesticampianus, der sie in Italien bei Urceo, dem älteren Beroaldus u. a. erlernte[5]) und vor der Gründung der Frankfurter Hochschule nicht nachweisen. Einige Citate aus Aristoteles, die als Einleitungsworte von Urkunden wiederkehren und zum eisernen

1) Vgl. das bei Sello gegebene Verzeichnis.

2) A. 5, 13.

3) Berlin, kgl. geh. Staatsarchiv Rep. 78a (C. M. 21) fol. 46.

4) Archiv f. Litteraturgesch. XII 323.

5) Mitteil. d. Ges. f. deutsche Erziehung und Schulgesch. VI Heft 2, Sonderabdruck. Bauch, Die Anfänge des Studiums der griech. Sprache S. 20.

Bestande mehrerer städtischen Kanzleien gehörten, sind kaum aus Übersetzungen, obwohl solche nicht fehlten[1]), sondern vermutlich nur aus Formelbüchern entlehnt. Ein griechisches Wörterbuch findet sich in Lehnin. Mit der lateinischen Sprache konnten dagegen die meisten Kleriker und die in stets wachsender Zahl studierenden Laien in Prosa und bisweilen sogar in Versen recht gut umgehen. Schon die Kanzlistenschule des Bischofs Gernand legte auf etwas individuelleren Stil, auf Vermeidung überflüssigen Formelkrams viel Wert[2]). Eine gewisse Kenntnis der Formenlehre war Vorbedingung für die Aufnahme der Kleriker[3]). Freude an einer eleganten, geschmackvollen Schreibweise verrät sich dagegen nirgends. Döring weiß z. B. selber, daß er rudi stylo schreibt[4]). Der Stil ist geschäftsmäßig, trocken, breit und langatmig, dazu nicht frei von Fehlern. Die römischen Dichter sind im Lande gelesen worden, dies zeigen Anspielungen auf Wendungen des Horaz, Terenz und Virgil, mitunter auch direkte entlegene Citate[5]). Ciceros Buch über die Pflichten wird ebenfalls citiert[6]). Die Büchereien, deren Schätze wir kennen, enthalten so gut wie gar keine Klassiker[7]). Döring hat einige besonders schwungvolle Stellen aus den lateinischen Schriften des Petrarca seinen eigenen Arbeiten einverleibt[8]). Durch genaue Kenntnis der lateinischen Grammatik machte sich schon im 13. Jahrhundert ein Märker berühmt[9]). Ein Buch über Redekunst und ein anderes humanistisches über Grammatik druckt der nach Italien verschlagene Albert von Stendal[10]). Johann von Sommerfeld, ein älterer Namensvetter Aesticampians, der in Krakau lehrte, schrieb eine Grammatik und einen Briefsteller, der frühzeitig gedruckt wurde[11]). Kenntnis des klassischen Altertums ist selten. Nitzschewitz nennt die Türken Teucri[12]) und kennt

1) Siehe das Lehniner Bibliotheksverzeichnis.

2) Vgl. Michael, Die Formen des unmittelbaren Verkehrs zwischen den deutschen Kaisern ꝛc. S. 70.

3) A. 3, 254. 256.

4) Albert 152.

5) z. B. tunc tua res agitur u. a., vgl. Sitzungsber. d. Berl. Akad. 1882. S. 599. Burk. v. Güntersberg fertigt eine Abschrift des Terenz an.

6) P. K. II 602. Auch seine Briefe scheinen bekannt zu sein, vgl. Götze, Gesch. der Stadt Stendal 301.

7) Siehe unten.

8) Albert 140.

9) Möhsen l. c. II 166.

10) Siehe unten.

11) Arch. f. Litt. Gesch. XII 322 ff.

12) Ledeburs Archiv IX 199.

auch die Geschichte von Cyrus und Astyages[1]), Goede spricht von Romulus und Remus[2]), der Verfasser des Berliner Stadtbuchs von Darius und Alexander dem Großen[3]). Die humanistisch angehauchten Schriftsteller erwarben allmählich das ganze Rüstzeug antiquarischer Gelehrsamkeit, das in diesen Kreisen zu finden war.

Von den lebenden Sprachen kamen für die Brandenburger nur in Betracht das Czechische, das sich einige Diplomaten, wie Sigmund von Rothenburg, aber auch Kurfürst Friedrich II., aneigneten, und das Polnische, dessen Beherrschung der Grenzverkehr im Osten erheischte und das z. B. Paulus Molner, der Schreiber des Johanniterordens und Rat des Kurfürsten, erlernt hatte. Doch bedienen sich die märkischen Häretiker in ihrem Briefwechsel mit ihren hussitischen Genossen der deutschen Sprache. Der starke Besuch französischer und italienischer Hochschulen wird die Kenntnis der dortigen Landessprachen vermittelt haben; von einer Bekanntschaft mit fremden Ländern, ihrer Art und Sitte, ihren Merkwürdigkeiten[4]), verlautet dagegen wenig. Nur die Listen der Büchereien verraten, daß man für die Fremde einiges Interesse hatte, z. B. eine vita Thartarorum[5]), daneben eine historia Venetorum[6]) u. a. besaß. Eine Prozeßschrift aus der Mitte des 15. Jahrhunderts ergiebt, daß man über die Siegel von Venedig und Portugal Bescheid wußte[7]). Die Prüfungsordnung von Havelberg[8]) zeigt, daß man ungefähre Vorstellungen vom Wesen fremder Völker und Stämme, ihren Vorzügen und Fehlern, zu besitzen meinte. Jeder Bewerber um ein geistliches Amt mußte angeben, von wo er gebürtig sei, ut secundum hoc presumi possit de moribus, quia in una patria sive in una parte unius provincie consueverunt homines esse virtuosiores quam in alia, videlicet per experientiam cottidianam.

Die deutsche Sprache gelangt in den schriftlichen Äußerungen der

1) Neue Mitteil. l. c. XV 287.

2) Consil. Ausg. von 1609 S. 127.

3) S. 99.

4) Markgräfin Agnes ließ sich 1472 einen Affen kommen, Diesdorf 12, 32.

5) Serapeum XI 379.

6) Sello, Lehnin 94. Sello vermutet darin eine Slavenchronik, etwa den Helmold oder ähnliches.

7) B. IV, 388.

8) A. 3, 256. Die Äußerung ist freilich zu allgemein, als daß sich aus ihr Schlüsse ziehen ließen. Bei dieser Gelegenheit mag angemerkt werden, daß eine Beschreibung der Mark (B. III 1—7) von einem Nichtmärker, vielleicht von Joh. v. Jenzenstein (vgl. Arch. f. öst. Gesch. 55) im Auftrage Karls IV. angefertigt worden ist. Andere Schriften über die Mark sollen an anderem Orte zusammengestellt werden.

Zeit schon überwiegend zur Anwendung. Der Nordosten hatte sich zwar gegen ihre Aufnahme in die Urkundensprache etwas länger als der Süden gesträubt, aber seit dem Ausgange des 14. Jahrhunderts ist das Lateinische auch hier bereits stark ins Hintertreffen geraten. Nur in kirchlichen Urkunden, notariellen Dokumenten oder bei rein gelehrten Abhandlungen wird es noch vorgezogen. Auch die emporblühende Erbauungslitteratur ist zum Teil deutsch. Der deutsche Stil der Märker ist einfach und klar. Im Gegensatze zu den Weichselzöpfen, die in den Schriften der Süddeutschen, besonders in amtlichen Berichten und juristischen Darlegungen so störend wirken, befleißigt man sich eines durchsichtigen Satzbaus. Statt der Sprachmengerei des Südens, die den deutschen Text mit lateinischen Floskeln bespickt, sucht man die fremden Begriffe in deutsche umzudenken und durch einheimische zu ersetzen. Ein ausführliches märkisches Glossar, deutsch-lateinisch, hat ein polnischer Abt, Johann Landisberg, der, wie sein Name zeigt, aus der Mark stammen dürfte, im Jahre 1477 verfaßt[1]). Das Niederdeutsche überwiegt im Lande; die Sprachgrenze geht wie in alter Zeit etwa am Fläming bei Jüterbock. Die Verständigung mit dem Oberdeutschen, selbst mit dem Schlesier, macht erhebliche Schwierigkeiten[2]). Doch verlieren einzelne Märker, die in der Fremde gewesen sind, in der Schreibweise ziemlich rasch die landschaftliche Färbung und eignen sich ein einwandfreies Hochdeutsch an. Ein Beweis hierfür ist Albert Klitzing, der aus der Prieguitz stammt, und von seinen Reisen und von den Leipziger Studentenjahren[3]) abgesehen, immer im niederdeutschen Sprachgebiete thätig war, in Berlin, in Hamburg, in Magdeburg lebte, und doch in seinem Briefwechsel mit Ober- und Mitteldeutschen ihr Idiom zu gebrauchen versteht.

Die Frucht von Klitzings größter Reise[4]), der nach Italien, die er als Begleiter König Christians von Dänemark unternahm, ist ein kurzes Tagebuch, das zwar nur bündige Angaben über Aufenthalt und Abreise giebt, aber dabei doch anmerkt, daß es auffiel, daß ein Fürst

1) M. F. I 160.

2) Ztschr. d. Ver. f. Gesch. u. Altertum Schles. 31, 148; vgl. übrigens auch Arch. f. Kunde öst. Gesch. 60, 353: Ludolfus alienigena in lingua Slesiana impeditus etsi in tractatibus et locucionibus ydonea Saganense minus noverit, populo tamen suo per se predicans intelligibiliter satis locutus fuit. dominus enim dat verbum evangelizantibus.

3) Er stud. in Leipzig S. 1469, nachdem er bereits W. 1450 in Rostock gewesen.

4) Einiges darüber P. K. I passim.

die lateinische Sprache nicht verstand[1]), und den Beweis liefert, daß es dem vielgewandten Diplomaten Bedürfnis war, die eignen Erlebnisse festzuhalten. Eine andere Reiseschilderung verfaßte Martin Dalmer, der vielleicht der verbreiteten Wittstocker Familie dieses Namens entstammte und der den Herzog Bogislaw auf seiner Pilgerfahrt begleitete. Er beschrieb sachlich und kurz alles was er erlebt, und erzählt auch das bekannte Seegefecht des Herzogs gegen die räuberischen Sarazenen wahrheitsgetreu und ohne die Ausschmückungen, mit denen schon die Zeitgenossen die gefahrvolle Begebenheit darstellten[2]). Ein Memoirenwerk ist auch der bekannte Bericht des 1492 zu Neuburg in der Priegnitz geborenen Joachim v. Malzan über seine Erlebnisse[3]).

Solche Zeichen von historischem Sinne, selbst wenn er sich nur auf das eigene Schicksal oder das der nächsten Angehörigen bezieht, finden sich sonst noch; so giebt es ein Verzeichnis, in das ein Stendaler Patrizier, Hans Buchholz, seine berühmten Zeitgenossen, seine Fürsten, adligen oder durch akademische Würden ausgezeichneten Verwandten, seine Bürgermeister und Nachbarn, sowie Überschwemmungen und sonstige Ereignisse eintrug[4]). Hierher gehören ferner die Zettel, die die altmärkischen Städte in den Knöpfen ihrer Kirchtürme niederlegten, worin bisweilen nur die sonst bei solchen Gelegenheiten üblichen Angaben, mitunter aber auch wichtige Nachrichten enthalten waren, z. B. solche, die den dumpfen Groll der besiegten altmärkischen Bürger späteren Geschlechtern überliefern sollten[5]). Historische Mitteilungen enthält die Urkunde über den Abzug der Hussiten von Bernau und die wegen der Errettung der Stadt veranstalteten Feiern[6]); solche Notizen bringen auch die Landbücher, die man in der Mark in großer Zahl und mit besonderer Sorgfalt abfaßte. Die bekanntesten sind das neumärkische unter Ludwig dem Älteren[7]), das märkische, das Karl IV. zusammenstellte, das Verzeichnis der Güter der Lebuser Kirche (um 1397)[8]), das Ruppiner Landbuch, das Graf Hans v. Lindow in Gemeinschaft mit dem Schreiber Hentzeke 1491 anlegte[9]). In den Städten sorgte in der Regel der Stadtschreiber für

1) Minutoli, Friedrich I 9.
2) Kanzow (Böhmer) 307 ff.
3) Lisch, Urk. Gesch. d. Geschl. v. M. V.
4) A. 1, 326 f. Ein Verzeichnis der zeitgenöss. Fürsten mit ihren Titeln (Lewinski, Brand. Kanzlei S. 17) diente nur praktischen Zwecken.
5) Götze, Gesch. v. Stendal 243, vgl. ferner A. 5, 230. M. F. XIV, 281.
6) A. 19, 334 f.
7) Herausgeg. v. Gollmert. (Hist.-Statist. Verein zu Frankfurt a. O. 1.)
8) Vgl. Zeißberg, Die poln. Geschichtschreibung 288.
9) A. IV 116 f.

die Aufzeichnung der wichtigsten Begebenheiten. So findet sich aus Salzwedel ein tendenziöser Bericht über die Huldigungsreise Albrecht Achills und seine Verhandlungen mit den Ständen über die Schuldentilgung[1]). Aus Berlin liegen nur kurze annalistische Aufzeichnungen vor[2]); doch wurde außerdem manche Begebenheit in dem Stadtbuche vermerkt. In Stendal legt der Schreiber Volzekin ein Buch an für die Denkwürdigkeiten der Wandschneidergilde[3]). In Salzwedel stellt der Stadtschreiber die wichtigsten Ratsbeschlüsse zusammen[4]). In Strausberg soll eine Chronik geführt worden sein[5]). In der Neustadt Brandenburg finden sich im Stadtbuche einige leoninische Verse mit historischen Nachrichten, z. B. über die Errichtung des Rolands 1402, die Renovation der Schule 1404, den Abbruch der Katharinenkirche 1395 u. a.[6]). Aus den Klöstern ist, wenn man von dem Büchlein absieht, das Abt Heinrich Stich über die Streitigkeiten Lehnins mit seinen schlimmen Nachbarn aufnehmen ließ[7]), nichts Historiographisches zu melden. Annalen aus Lehnin und Chorin sind nur dem Namen nach bekannt[8]). Lehniner Mönche, die gegen Ende des 15. Jahrhunderts nach Ungarn auswanderten, sollen Aufzeichnungen über ihre Schicksale hinterlassen haben[9]). Ein Havelberger Domherr verfaßte eine Chronik, die Creusing gekannt hat[10]). Die Eroberung von Belitz wurde mehrfach von Zeitgenossen in Versen beschrieben. Ein Königsberger Priester Johann Friedrich soll

1) A. XIV, 348 f.

2) Vgl. Nachrichten von der Gött. Ges. d. Wissensch. 1895 S. 262. Der Verf. schrieb um 1434/1435; er dürfte aus bürgerlichen Kreisen stammen. Über die 1432 erfolgte Verbindung der Sprecstädte sagt er (Zeile 107) pro qua deo laus.

3) Behrend, Ein Stendaler Urteilsbuch 40.

4) Beitr. z. Gesch., vornehml. Kölns. Festschr. zum 80. Geburtstage Mevissens. S. 29. 1458.

5) Wegele 437, daselbst auch Kottbuser Aufzeichnungen erwähnt. Stadtbücher werden aus Prenzlau und Perleberg gemeldet, vgl. u. a. A. 21, 319 u. a.

6) Vgl. Beil. z. Jahresber. über das ver. Alt- u. Neustädt. Gymnas. zu Brandenburg a. H. 9.

7) Eine Analyse giebt Sello l. c.

8) Lorenz, G.Quell. II 126. In Wilsnack wurden schon im 14. Jahrh. kurze Aufzeichnungen über die Auffindung der Hostie gemacht, die später fortgesetzt wurden, vgl. A. 2, 182, ad 64. Vgl. auch Wattenbach 6. Aufl. II 351. An die Legende über Wichmann v. Arnstein, den Bischof Anselm v. Havelberg, Heinrich v. Antwerpens Tractat de captivitate urbis Brandenburg. braucht nur kurz erinnert zu werden.

9) Sello 170.

10) A. 9, 473.

die Hussiteneinfälle geschildert haben[1]). Ein Magister Ludovicus Brun, der in der Mitte des 15. Jahrhunderts als Brandenburger vicarius in spiritualibus lebte, hinterließ historische Berichte, die noch Hafftitz benutzen konnte[2]). Größere Chroniken fehlen völlig. Aus dem früheren Mittelalter, aus dem Ende des 13. Jahrhunderts sind drei bedeutendere Arbeiten[3]), wenigstens dem Namen nach und aus ihren Ableitungen, bekannt. Der Franziskaner Balduin von Brandenburg verfertigte ebenfalls im 13. Jahrhundert die erste Niederschrift der Sachsenchronik des Jordan de Jano. Nach der Erklärung Jordans hatte ihn Balduins Ermunterung zur Abfassung seines Werkes angeregt[4]). Seit dieser Zeit hat die märkische Geschichtsschreibung entschiedene Rückschritte gemacht. Wohl bleibt man bemüht, Vorgänge, die möglicherweise als Präcedenzfälle aufgefaßt werden und damit eine rechtliche Bedeutung gewinnen könnten, festzustellen, und zuverlässiges Material hierüber zu sammeln und zurechtzulegen. Die in den ältesten Urkunden gebräuchliche formelhafte Einleitungswendung, die Aufzeichnung erfolge, damit der Vorfall nicht dem Gedächtnisse entschwinde, erhält sich bis ins 15. Jahrhundert. Aber es verliert sich die Neigung, Jahrbücher fortzusetzen, an Vorhandenes anzuknüpfen, für eine wirkliche historische Tradition zu sorgen. Keine umfassende offizielle Stadt- oder Klosterchronik läßt sich nennen. Wo sich einmal Märker zu geschichtlichen Arbeiten höheren Stils erheben, da folgen sie Anregungen aus der Fremde, schreiben in fremdem Auftrage oder in Anlehnung an ein nicht märkisches Geschichtswerk. Engelbert Wusterwitz und Matthias Döring, die hier wieder allein zu erwähnen wären, sind überdies nicht Geschichtschreiber oder Chronisten im eigentlichen Sinne; sie sind, wie einige oben genannte Staatsmänner, Verfasser von Memoiren, sie reihen den Erinnerungen des eigenen Lebens die Nachrichten an, die ihnen während der Arbeit zuflogen; sie zeigen aber, daß das Erzählertalent, die Kunst der gewandten, beredten Mitteilung, die uns an den bürgerlichen Lebensschilderungen des ausgehenden Mittel-

1) Lorenz II 126.

2) Göttingen l. c. 268 f.

3) Vgl. Lorenz II 120 f. Erwähnt mag übrigens noch werden, daß in einer jedenfalls von einem in Magdeburg lebenden Märker verfaßten Abschrift eines Büchleins des Joh. von Wesel sich einige historische Notizen befinden. Sie betreffen den Pommernkrieg Albrechts (1478 f.), die Eroberung von Belitz (mit der Namensform Jacubze des feindlichen Führers), ferner die Heirat des dänischen Kronprinzen und die Verschwörung des Pazzi in Florenz, vgl. Sitzungsber. der Berl. Akad. der Wissensch. 1882, 609.

4) Archiv f. Litteratur- u. Kirchengesch. (Denifle und Ehrle) I 630 ff.

alters anderwärts so stark anmuten, auch hier vorhanden waren und nur geweckt und angespornt zu werden brauchten.

Engelbert Wusterwitz stammte aus Brandenburg und zwar, wie es scheint, aus der Neustadt, besuchte die Universitäten Erfurt und Prag, wurde Magister, trieb dann aber noch theologische und juristische Studien [1]). Er erlangte eine Pfründe in seiner Vaterstadt und wurde von hier nach Magdeburg als städtischer Syndikus berufen. In dieser Stellung, vielleicht aber schon vorher, wurde er nach Rom gesandt [2]); ferner führte er Verhandlungen mit dem Markgrafen Friedrich von Brandenburg [3]) und dem römischen Könige. Den letzteren suchte er zu Regensburg auf und folgte ihm nach Ungarn, Schlesien und Böhmen [4]). In Magdeburg empfing er die Anregung zu historiographischer Thätigkeit und setzte, was wohl zu den Pflichten seines Amtes gehörte, die dortige Schöppenchronik fort und führte sie (von 1411) bis zum Jahre 1421. Der von ihm bearbeitete Teil zeichnet sich durch besondere Reichhaltigkeit und durch stete Berücksichtigung der märkischen Verhältnisse aus [5]). Zur Feststellung seiner Autorschaft führten die vielen Anklänge an ein Geschichtswerk, das er dann lediglich über die brandenburgische Geschichte seiner Zeit verfaßt hat, das allerdings nur durch den Auszug des Hafftitz und durch starke Entlehnungen des Angelus und des Paul Lange auf uns gekommen ist. Dies Werk behandelt im wesentlichen die Leidenszeit der Mark unter Jobst von Mähren, den Wusterwitz neben den Quitzows für den Urheber allen Unglücks hält. Die Aufzeichnungen greifen aber über Jobsts Regierungszeit hinaus und umfassen die Jahre 1388—1423. Ein unparteiischer Beurteiler der erlebten Vorgänge ist Wusterwitz freilich nicht, wohl aber ein ruhiger, nüchterner Vertreter einer vernünftigen Landfriedenspolitik. Er sieht die Dinge vom Standpunkte der Städte, vornehmlich seiner Vaterstadt aus und kargt daher nicht mit seiner Anerkennung für den Burggrafen Friedrich; er bemüht sich vor allem, den Männern gerecht zu werden, die während der Anarchie für Aufrechterhaltung der Ordnung thätig gewesen. In späteren Lebensjahren wurde er Offizial des Bischofs von Halberstadt [6]) und starb am 6. Dezember 1433; er ließ sich in der Brandenburgischen Katharinenkirche beisetzen, der er mehrmals Zuwendungen gemacht hatte.

1) Siehe die versch. Aufsätze von Heidemann, Sello, Janicke.
2) Forsch. z. deutschen Gesch. 17, 524.
3) Chron. d. d. St. VII 355.
4) Ebenda 346.
5) Ebenda Einl. S. XXVII.
6) Geschichtsbl. f. St. u. L. Magdeburg 7, 273.

Am Ausgange seines thatenreichen Lebens schrieb, fast gebrochen durch die vielen Widrigkeiten der ohne Erfolg durchgefochtenen kirchlichen Kämpfe, Matthias Döring die Ereignisse seiner Zeit. Er knüpfte an das bekannte Werk des Thüringers Engelhusius an und führte es bis zum Jahre 1464 fort. Er nahm sich vor, nur wichtiges einzutragen; er schöpfte aus den reichen Erinnerungen seines Wirkens und fügte hinzu, was er an seinem entlegenen Ruhesitze von Vorkommnissen aus seiner Nachbarschaft erfuhr. Er blieb bei der Abfassung der erbitterte Parteimann, der die Gegner seiner Thätigkeit, seiner Ziele, seines Landes und seiner Vaterstadt schmähte und über das Grab hinaus mit seinen Angriffen verfolgte. Er scheint dabei mehr boshaft als wirklich erbittert, er stichelt mehr, als daß er verurteilt. Er zeigt gerade in diesem Werke am besten seine entschiedene schriftstellerische Begabung, seine Befähigung, trotz der Fessel rein chronologischer Anordnung, geschickt zu gruppieren, Ursache und Wirkung hervorzuheben, die leitenden Persönlichkeiten mit ihren Absichten und ihrer Art zu handeln, scharf zu beleuchten. Für die Geschichte der Mark, vornehmlich der Priegnitz, ist sein Wert von unschätzbarem Werte; es ist zugleich, da Döring die Stimmungen gewisser bürgerlicher Kreise, z. B. ihren durch die Raubthaten der Edlen hervorgerufenen Adelshaß wiederspiegelt, ein litterarisches Denkmal des märkischen Bürgertums.

Der Adel hat dem nichts entgegengestellt. Die starke Adelslitteratur, die in Süddeutschland gerade in dieser Zeit aufkam und sich dem Bedürfnisse des Standes entsprechend in Reimen über Alter, Verzweigungen und Wappensagen edler Familien verbreitet, Turnierregeln, Turnierfähigkeit erörtert, fehlt hier völlig. Da der Adel der Mark sich an den Turnieren nicht betheiligte [1]), feste Standesbegriffe noch nicht besaß, auch noch keinen Vorteil von dem Nachweise einer bestimmten Zahl von Ahnen hatte, war für diese Art von Poesie und Litteratur noch kein Boden bereitet. Wackre Kriegsthaten lebten im Volksliede fort. Die Zusammenstellungen, die bisweilen im Auftrage adliger Familien über Besitztümer, Erbfolge u. s. w. angefertigt wurden, dienten lediglich praktischen Zwecken. Nur Geschlechter, die wirklich große Erinnerungen besitzen, wie die Quitzows, wissen Bescheid über ihre Ahnen. Aber ein ums Jahr 1480 geborenes Familienmitglied gedenkt nur ihres Ungehorsams und der späteren Begnadigung [2]), von den hochfliegenden

1) P. u. III 344 f.
2) M. F. II 215.

Plänen und der fast fürstlichen Stellung der verwegenen Emporkömmlinge weiß er nichts mehr[1]).

Die Werke, die die Landesherrn zur Verschönerung ihres Stammbaums, zur Begründung ihrer oft angefochtenen fürstlichen Stellung herstellen ließen[2]), gehören nicht hierher, da die Verfasser keine Märker waren.

Anspielungen, die eine Kenntnis der heimischen Geschichte verraten, sind sehr selten. Nur die merkwürdige Begebenheit mit dem falschen Waldemar wird öfters erwähnt, weil dies seltsame Ereignis die Phantasie der Bevölkerung mächtig anregen mußte. In den Streitschriften, die Friedrich II. mit dem Erzbischofe von Magdeburg wechselte, wird ihrer gedacht. Friedrich erwähnt, daß viele Leute davon gehört und in vielen Büchern gelesen haben, daß, als Markgraf Ludwig außer Landes gegangen, ein Bauer „ufgerucket" worden sei, auf den man den Vers gedichtet habe:

Nach god. M. tria CCC.
Quadrag-octe und nicht me
Dunn in deme jare
Quam valsche Waldemare
Marggraffe mit hulffe starke
So machede hie platz in der Margke[3]).

Auch daß er ein Müller gewesen[4]) und daß man ihm eine Wunde ins Antlitz geschnitten[5]), wußte er bereits zu erzählen. Von dem Wendenkönige Heinrich, der die Kirche auf dem sagenumwobenen Hartungerberge gegründet haben soll, ist bei der Errichtung des Schwanenordens die Rede[6]). Ein tydebök, wohl eine deutsch geschriebene Chronik, besitzt ein Werbener Priester[7]). Eine Chronik, die Nachrichten über die Grabstätte Albrechts des Bären enthalten habe, soll Bischof Hieronymus von Brandenburg besessen haben[8]). In Spandau ist die Kunde von

1) Es ist bezeichnend, daß die Frage, die in Böhmen und Schlesien so lebhaft erörtert wurde (vgl. z. B. Ss. rer. Sil. I 279, Arch. f. öst. Gesch. 60, 516 bis 521), ob Sigismund berechtigt gewesen, die Mark an Friedrich I. zu geben, sie von Böhmen zu trennen, hier gar nicht behandelt worden zu sein scheint. Auch von Karl IV. ist fast nie die Rede.

2) Siehe Anm. 8.

3) B. IV 332.

4) B. V 124.

5) Fontes rer. Austr. II 46. S. 31.

6) Forsch. z. brand. u. preuß. Gesch. V 2. 538.

7) A. 6, 68.

8) Ztschr. des Harzvereins III 1002. Er besitzt überhaupt viel historische Werke. Von andern Chroniken, die in der Mark vorhanden, ist M. F. II 212

einem großen Siege über die Mecklenburger, an den Rüstungen und Schwerter, die man in dem Boden findet, erinnern, noch nach Jahrhunderten (1499) lebendig[1]). Die historischen Nachrichten des Sachsenspiegels, das Schema der Weltmonarchien, das in allen Chroniken wiederkehrt, sind natürlich auch hier geläufig[2]).

Ein Vertrautsein mit der deutschen Heldensage, die im südlichen Deutschland nie völlig ihren Zauber eingebüßt hat, würde man vergebens suchen. Während die unmittelbaren Nachbarn der Mark davon nicht unberührt sind, Herzog Balthasar von Mecklenburg in den 70er Jahren ein deutsches Heldenbuch zusammenstellen läßt[3]), der sächsische Verweser zu Sagan, Ritter Heinrich von Miltitz, der mit den Markgrafen in steter Berührung war, vom rasenden Roland redet[4]), also wohl einen verdeutschten französischen Roman gelesen hat, läßt sich für den brandenburgischen Kurstaat nichts feststellen, das darauf hindeutet, daß die alten Sagen hier noch lebendig gewesen wären. Denn das bloße Vorkommen einzelner Vornamen wie Parcival[5]), Gawein[6]), Arbogast[7]), Wolfram[8]) oder Rüdiger[9]) wird als Beweis allein nicht genügen können.

Die Freude an den alten Heldenliedern wurde im Ausgange des Mittelalters weiteren Kreisen erst durch die Humanisten mitgeteilt. Die Humanisten bekundeten Interesse für die Volkssprache und begrüßten in den Sagen den Beweis der ruhmreichen Vergangenheit der deutschen Nation. Aber zwischen ihren Bestrebungen und der Mark haben sich erst verhältnismäßig spät geregelte und innigere Beziehungen herstellen lassen.

---

die Rede. Über das Interesse der Hohenzollern für die Tradition siehe die Arbeiten von Eyb, Eck, Suntheim, Trithemius, Axungia. Sollte die Äußerung M. Johanns, er wolle nicht mehr ein Jäger sein u. s. w. (P. K. I S. 578) nicht auf Eyb, Denkwürdigkeiten 116 zurückgehen?

1) A. 11, 500.

2) Berl. Stadtb. 99. Auf die Fülle brandenburgischer Sagen und Märchen soll hier nicht eingegangen werden.

3) Durch Kaspar von der Rön, vgl. A. D. B. 15, 437.

4) P. K. II 432.

5) In Salzwedel, vgl. Ztschr. d. Harzvereins 28, 373.

6) P. K. II 412.

7) Ein Arbogast Merckwyler in Berlin, vgl. Danzig, Stadtarchiv B. XXIII 99.

8) A. 19, 462.

9) A. 23, 143. A. 11, 439.

III.

Der Humanismus. — Mäcenaten. — Gründe, weshalb der Humanismus in der Mark nicht Wurzel fassen konnte. — Dichtung. — Joachim I. und der Humanismus. — Dietrich von Bülow. — Bibliotheken.

Schulwesen.

Musik. — Bildende Kunst. — Bekannte märkische Baumeister. — Einrichtung der Kirchen. — Bilder.

Die gelehrten Arbeiten hatten in Brandenburg, wie die bisherigen Darlegungen zeigten, niemals geruht. Die Verbindung mit Italien war stark und ununterbrochen. Als die neue Bildung nach Deutschland drang, war die Mark mit jenem Lande, in dem sie zuerst Eingang fand, mit Böhmen, fest verbunden. Karl IV., der seinen Lieblingsaufenthalt in Tangermünde nahm, wird an das Stift, das er dort begründete, nur Leute verpflanzt haben, die seine Ideen und Neigungen verstanden und ihnen entsprechen wollten. Sein Freund Petrarca ist noch nach Jahren einzelnen Märkern bekannt, Matthias Döring benutzt seine Schriften, Albert von Stendal giebt sie heraus.

Schon im Jahre 1423 wagt der Frankfurter Rat, einen Laien zum Stadtschreiber zu ernennen[1]), obwohl die Bürger sich vorerst mit dieser Neuerung noch nicht zu befreunden vermochten. Die Landesherrn, zuerst die Wittelsbacher, dann Friedrich I., waren ihnen hierin mit gutem Beispiele vorangegangen[2]). Die Laienbildung machte Fortschritte. Die Kanzleibehörden der Markgrafen, der Bischöfe, der Städte umfaßten schon eine Menge brauchbarer, tüchtiger, unterrichteter Leute, Kleriker und Laien. In ihren Kreisen giebt es sogar schon eine Art litterarischen Klatsches, ein gegenseitiges Abschätzen und Bekritteln. Ein markgräflicher Kanzlist verbreitet, daß ein Stadtschreiber eine längere Stelle in einem Recesse nicht verstanden und statt ihrer „et cetera" vorgetragen habe. Derselbe habe auch mit der „Meißnischen Sprache", auf deren Kenntnis die Kanzleibeamten bereits hohen Wert legten, nicht Bescheid gewußt[3]). Dörings Schriften sind voll von kritischen Bemerkungen über seine Kollegen.

1) Siehe oben S. 22.

2) Unter den Wittelsbachern sind Johann von Buch, Wilhelm von Rochow (B. II 302, da demselben das Prädikat dominus, das in der Urkunde alle Geistlichen erhalten, fehlt, war er wohl ein Laie) und Conrad Cumpleirus (B II 493, wegen des Titels ersamer) Laien. Unter Friedrich I. leiten Oertel v. Zehmen und Heinz Kracht, zwei Laien, die Kanzlei.

3) Zerbster Stadtarchiv II 13. 1459. Unverständlich ist dagegen der Vorwurf: ein Schreiber habe eine gewisse Monitio nicht selber geschrieben. Der Tadler fügt hinzu: he wil met eyme natten vingere ghan, dar de bryff geschreven vnde versegild is (ebenda II 3.)

Aus solchen Anfeindungen spricht immerhin schon das erwachende Gefühl für eine Wertschätzung der Schreibweise; langsam erstarkt die Aufnahmefähigkeit für die humanistischen Bestrebungen. Wie weit sie dann wirklich Aufnahme gefunden haben, entzieht sich der Kenntnis. Doch wird es jedenfalls in der Mark Männer gegeben haben, die zwar nicht oder nur in geringem Maße litterarisch thätig sein konnten, sich aber doch eine „stille Liebe" zu den modernen Wissenschaften bewahrten, ihre Schriften ankauften, lasen, verbreiteten[1]). Es ist in der Reformationszeit zuviel aus den Büchereien des Landes verschleppt oder vernichtet, z. B. durch das Treiben Thurneyßers verwahrlost worden, als daß es sich sagen ließe, welche Schätze der Sammeleifer gelehrter Märker aufzuspeichern verstanden hat und welche Richtung vornehmlich Geltung fand. Die humanistische wird vertreten gewesen sein. Es kommt noch hinzu, daß in der Mark noch keine Korporation bestand, die ein Interesse hatte, wie so manche Universität, den humanistischen Ansturm abzuwehren. Daher finden sich in der Mark keine eingefleischten Gegner der neuen Geistesrichtung; selbst auf den scholastischen Betrieb ihrer Wissenschaft eingeschworene Männer wie Goede stehen ihnen freundlich gegenüber und suchen sie zu fördern[2]). Als frühester Mäcen erscheint der vielgenannte Albert Klitzing, der für mancherlei litterarische Versuche eine offene Hand hatte. Er wird von dem Westfalen Boger in überschwänglichen Versen als Gönner gepriesen[3]). Weitere werden unten zu nennen sein. Trotzdem spielten die Mark und die Märker bei den Humanisten keine erhebliche Rolle. In der Mark gab es keine Hochschule und auch sonst war wenig vorhanden, was fremde Humanisten ins Land hätte locken können. Beziehungen zu ihnen ließen sich daher nur an fremden Hochschulen anknüpfen. Bei dem oben gekennzeichneten Charakter der märkischen Studenten ist es nun wenig wahrscheinlich, daß sie in die Kreise der Modernen hatten geraten sollen. Die studierenden Märker entstammten fast alle guten, angesessenen adligen oder patrizischen Familien. Sie werden mit Vorliebe zu den repräsentativen Stellungen an den Universitäten verwandt und sie besaßen ohne Zweifel jene norddeutsche Ehrbarkeit und Steifheit, die sie verhindern mußte, an der ungebundenen Lebensführung und dem „Künstlerelend" jener Kreise Gefallen zu finden. Einzelne Ausnahmen, wie Ästicampian, weisen dafür die humanistischen Eigenschaften in besonderer Schärfe auf. Ebensowenig läßt sich annehmen,

1) Kaufmann l. c. II 507.
2) Kaufmann l. c. II 529 f.
3) Mitteil. d. Ver. f. Hamb. Gesch. II 51. 76 f.

daß diese schwerflüssigen Leute den Künsteleien, poetischen Tändeleien der neuen Litteratur, dem Dilettieren in allen Wissenschaften viel Verständnis entgegengebracht hätten. Gewiß besaßen die Märker und sogar die niederen Volksklassen — viele Beispiele zeugen davon — von jeher eine frische, natürliche Beredsamkeit, die mit Witz[1]) und Schlagfertigkeit gepaart war. Aber das Deklamatorische, der „rednerische Grundzug", der dem deutschen Humanismus so tief aufgeprägt war, ging ihnen ab. Hierzu kam die kritische Ader, das Erbteil der Niederdeutschen und vor allem der Märker, die sie vor der Überschätzung, welche die Humanisten selbst ihren Arbeiten zollten, bewahrt haben wird. Es war zwar kein geborener Märker, aber ein langjähriger brandenburgischer Staatsmann, der dort seit seiner Jugend thätig war, dabei ein warmer Freund gelehrter Bildung, der auf die Bemerkung, der Krieg gegen Venedig sei sehr schön beschrieben worden, die berühmte Antwort gab, wäre er lieber besser geführt worden[2]), also damit bewies, daß er nicht ganz wie die Humanisten in den litterarischen Fragen aufging. Bei aller Bewunderung für Trithemius hat doch sein märkischer Gönner, Bischof Dietrich, Furcht, daß ihm der gefeierte Gast seine Handschriften entführen könne. Leuten vom Schlage des Trebelius steht er anfänglich mit kühler Zurückhaltung gegenüber[3]). Die Dichtung hat in Deutschland von jeher mehr im Süden als im Norden Pflege gefunden; die Mark ist bis auf unsere Tage wenig ergiebig an dichterischen Leistungen geblieben und ihre nicht immer glücklichen Bemühungen nach dieser Richtung hin sind oft verspottet worden. Wenn man von den askanischen Markgrafen absieht, von denen einige dem Minnesange huldigten, andere ihn unterstützten, ist nicht viel zu berichten. Es bleiben einige Verse, die als Grabschriften von Prälaten oder als Inschriften auf Bauwerken nach bekannten Schemen

1) Selbst in einem Testamente findet sich bisweilen ein Witz. Der Propst Vlogel, der durch seine Stipendienstiftung bekannt ist, vermacht einem Domherrn einige kleine Gefäße, seiens enim, quod magnos haustus bibere non potest. A. 5, 215.

2) A. D. B. 35, 607. Wie plump und schwerfällig es klingt, wenn Märker in Bildern reden, zeigt z. B. die Art, wie der Vergleich seines Buches mit einer Blume bei Nicol. Wurm herauskommt, vgl. Arch. f. Kunde österr. Gesch. 60, 300. Zahlreiche Pasquille sind erhalten, Schmähschriften in Form von Gemälden nach Art des Totentanzes, vgl. Heidemann, Jobst von Mähren S. 124. In einem Turmknopfzettel in Salzwedel 1496 werden einige Bürger erwähnt: bittet unsen leven herren goth, dath dese frome kneehte alle hangen worden, so krüge gy de kleden. A. XIV 281.

3) A. D. B. 38, 550.

verfaßt sind[1]). Nicht ganz ohne individuelle Färbung ist der poetische Nachruf, den Busso Bratz, Schreiber des Bischofs von Havelberg, später, nach dem Besuche der Universitäten Erfurt und Rostock, Ratmann zu Neuruppin, dem Matthias Döring widmete[2]). Er giebt darin in klingenden Versen eine anschauliche Schilderung von dem Wirken und der Persönlichkeit des Verstorbenen. Ein Havelberger Domherr hat die Einnahme und die Wiedereroberung von Belitz in lateinischen Strophen besungen[3]). In deutscher Sprache sind einige Gelegenheitsgedichte abgefaßt, Erzeugnisse fahrender Sänger und zur Feier der Niederwerfung der Quitzows[4]), der Eroberung von Angermünde[5]) und Belitz[6]), eines Sieges der Neumärker über die Pommern[7]) u. s. w. bestimmt. Sie zeigen Witz und Darstellungstalent, suchen sich natürlich zu geben, verraten, wie nicht anders zu erwarten, die echt niederdeutsche Freude an einer trunkfesten Kehle und einem guten Trunke, stehen aber doch den ähnlichen Erzeugnissen andrer Landschaften nach. In der Berliner Marienkirche finden sich poetische Erklärungen der Bilder des Totentanzes in niederdeutscher Sprache; Abweichungen von den bekannten Vorbildern sind nicht ersichtlich[8]).

Unter dem Einflusse des Humanismus dichtete Ästicampian, der erste märkische poeta laureatus[9]). Zu seiner Piërischen Herde, den Jüngern, die er um sich sammelte, gehörten mehrere Edelleute, so Dietrich von Maltzan und der Neffe des Bischofs von Lebus, Joachim von Bülow,

1) Bezüglich der brandenburgischen Dominschriften bietet jetzt Forsch. zur brand. u. preuß. Gesch. V 2. 178 ff. eine Zusammenstellung, vgl. auch A. 5, 506.

2) Albert l. c. 9. Albert weiß mit dem Namen des Dichters nichts anzufangen und kommt so zu der haltlosen Vermutung, ein Havelberger Bischof habe die Verse verfaßt. Busso Bratz oder Fratz ist bereits 1455 bischöflich havelbergischer Schreiber, A. 1, 416, W. 1481 studiert er in Rostock, W. 1486 in Erfurt 1490 erscheint er als Ratmann zu Neuruppin, A. 4, 350. Es ist kaum anzunehmen, daß man es mit zwei verschiedenen Leuten hierbei zu thun hat.

3) Vgl. Angelus 242 ff.

4) Liliencron, Hist. Volkslieder I 223. Vers. ist Nickel Uppschlacht. Aus seiner Bemerkung, hi lovet die fursten mit flite, hat man (Ztschr. f. preußische Gesch. u. Landesk. 19, 123) geschlossen, daß U. ein berufsmäßiger Sänger war. Sollte er nicht aber mit dem, Sitz.Ber. d. Berl. Akad. 1883 450 erwähnten, gleichzeitigen Notar Nicolaus Upslach identisch sein?

5) Liliencron I 274 f.

6) II 149.

7) I 567.

8) Vgl. Jahrb. d. Ver. f. niederdeutsche Sprachforsch. 1877 178 ff. Ein schlechter Abdruck in den Folioschriften des Ver. f. Gesch. d. Stadt Berlin.

9) Vgl. über ihn am besten G. Bauch, vornehmlich Arch. f. Litt.Gesch. XII.

von dem Aryngia einen Vers überliefert hat[1]). Neben ihnen ist noch der Magister Heinrich Vibicetus zu nennen. Er stammte aus Storkow und besang den Einzug Maximilians in Köln (1500) in einem Gedichte voll antiquarischer Gelehrsamkeit. Mit Herman von dem Busche war er befreundet[2]). Mehr von der poetischen Litteratur ist nicht bekannt. Die dichterischen Bestrebungen der Märker hatten, wie bereits erwähnt, ohne Zweifel etwas nüchternes, hartes, prosaisches an sich. Die Dunkelmännerbriefe nahmen sie zur Zielscheibe ihres Spottes und teilten als Probe märkischer Poesie die Verse mit:

Ich kam genn Spandow opp den dam
Dar segen mich die plontzgen an.

In unbestimmbaren lateinischen Metren wurde dieser tiefsinnige Gedanke noch einmal wiedergegeben[3]). Größere Dienste als durch ihr eignes Schaffen leisteten die Märker der neuen Bildung durch ihre bereitwillige Unterstützung. Trithemius hebt z. B. mit großer Befriedigung hervor, daß man seinen Studien hier mit größter Achtung begegne[4]). Kurfürst Joachim, in bescheidnerem Maße schon sein ungelehrter Vater, ist ein richtiger Mäcen. Er ruft Gelehrte an seinen Hof, verkehrt mit ihnen auf freundschaftlichem Fuße, ohne daß sein fürstliches Selbstgefühl mit ihrem Unsterblichkeitsdünkel in Konflikt geraten wäre, bereitet ihnen an der neuen Landesuniversität ein warmes Nest. Unter den Prälaten und hohen Beamten finden sie Gönner. Albert Klitzing läßt sich von ihnen anfingen und unterstützt sie. Dasselbe ist mit Johann Blankenfelde der Fall, dem Berliner Patriziersohne und späteren Bischof, den Bohuslaw von Hassenstein mit Cicero, Solon und Homer vergleicht[5]) und den man in Rom den weisen Deutschen nannte[6]). Noch intimer stellt sich Dietrich von Bülow, der Bischof von Lebus, neben Eitelwolf von Stein und einigen gelehrten jungen Adligen, ihr Hauptgönner auf märkischem Boden. Der Bischof ist mit einer ganzen Anzahl befreundet, korrespondiert mit ihnen, lädt sie ein, kauft ihre Codices, empfängt ihre Huldigungen. Er sucht märkische Edelleute, in erster Linie seine Ver-

1) Aryngia l. c. 18 b.

2) Progr. des Kaiser Wilhelm-Gymnas. zu Köln 1884 (Nr. 393) S. 8.

3) Epist. obscur. vir. ed. Böcking. I 222. Der erste Dichter, der zu nennen ist, wäre der 1508 zu Brandenburg geborene Georg Sabinus, der Schwiegersohn Melanchthons.

4) Silbernagl, Trithemius l. c. 108 f.

5) Ausg. v. Mitis 1570 S. 278.

6) Schr. d. Ver. f. Gesch. d. St. Berl., Berl. Geschl. Blankenfelde.

wandten, den gelehrten Studien zuzuführen und vertraut ihre Erziehung erklärten Humanisten an. Er hilft ihnen in ihren Kämpfen. Er würdigt die Antike in überschwänglicher Weise; bis auf Proklus und Jamblichus erstreckt sich sein Interesse. Aus seinen Bücherschätzen schöpft Trithemius. In dem Bestreben, Bibliotheken zusammenzubringen, bleibt die Mark hinter anderen Landschaften nicht zurück. Wir kennen zwei größere Büchersammlungen, die des Stifts auf dem Marienberge zu Brandenburg und die im Kloster Lehnin. Die erstere[1]) umfaßt im wesentlichen die Kirchenväter, scholastische, theologische, katechetische Schriften, Heiligenlegenden, Wörterbücher, Grammatiken, juristische und liturgische Schriften, Übersetzungen, z. B. von der Metaphysik des Aristoteles. Die Bibliothek ist freilich nicht von Märkern gesammelt, sondern in ihrem ganzen Bestande von einem lausitzischen Kloster erworben worden[2]). Die Bücherei zu Lehnin[3]) war in ähnlicher Weise zusammengesetzt, sie enthielt Sammlungen des kanonischen und des Civilrechts, den Sachsenspiegel und seine Ausleger, Lexika und Lehrbücher für die griechische und hebräische Sprache, ferner eine Bibel mit hebräischen Vokabeln, medizinische und historische, übrigens durchweg allgemein historische Werke.

In dem stillen Prenzlau fand der Franciskaner Etzen, der auf seinen Wunsch an das dortige leider kurzlebige studium seines Ordens versetzt worden, eine stattliche Menge zumeist philosophischer Schriften. Er giebt seiner Freude hierüber mit den Worten Ausdruck, er wolle lieber stare in loco solitario, ut in studiis laborarem, quam ubi sine studii deliciis habundare, et accidit, quod optabam; ibi enim libros optimos in philosophia reperi[4]).

Über die andern, zahlreich vorhandenen Klosterbibliotheken sind wir minder gut unterrichtet. Aus den Berliner Klöstern soll während der Reformationszeit der Abenteurer Thurneyßer viel wertvolle Bücher entwendet und verschleppt haben. Die neumärkischen Bibliotheken traf schon im 15. Jahrhundert ein ähnliches Schicksal. Ein feingebildeter Handschriftenliebhaber, der italienische Ablaßsammler Marianus von Fregeno war von Sixtus IV. gegen den Willen des Stifts zum Bischof von Kammin erhoben worden. Ihm wird vorgeworfen, daß er der Neigung, Bücher,

1) Serapeum XI 377 ff. Die Bibliothek zu Leitzkau (vgl. Gottlieb, Über mittelalterl. Bibl. 48) lag zwar im Gebiete des Brandenburger Bistums, aber nicht mehr auf märkischem Boden.

2) l. c.

3) Eine genaue Beschreibung giebt Sello, Lehnin 87—102. 225—242.

4) Centralblatt für Bibl.wesen XI 347 ff.

die ihm gefielen, mitzunehmen, nirgends widerstehen konnte[1]). Da ihn nur der märkische Teil seiner Diöcese anerkannte, werden die von ihm geplünderten Bibliotheken überwiegend brandenburgische, d. h. neumärkische gewesen sein.

Neben den klösterlichen und kirchlichen[2]), über die noch so manche Nachricht beizubringen wäre, wird von städtischen[3]) und privaten Sammlungen berichtet. Es fehlt weder an Mitteln und Stiftungen noch an Interesse hierfür. Unter Umständen dürfen sogar die für studierende Bürgersöhne ausgesetzten Stipendien für Bücheranschaffungen verwendet werden[4]), es werden Vorkehrungen getroffen, daß wichtige Bücher in Privatbesitz nicht der allgemeinen Benutzung völlig entfremdet werden können[5]). Von Bibliotheksbauten ist ebenfalls die Rede[6]); es werden gewerbsmäßige Schreiber[7]) neben den Privatleuten, die für sich Bücher kopieren[8]), es wird einmal sogar ein Bücherdieb erwähnt[9]). Die privaten Büchersammlungen, über die mehrere eingehende Verzeichnisse und Notizen vorhanden sind[10]), enthalten meist nur die üblichen Hand- und Lehrbücher der kirchlichen und profanen Wissenschaften, daneben allenfalls einige Klassiker, Erbauungslitteratur und Streitschriften juristischen oder theologischen Inhalts. Auffallenderweise nennen alle diese Zusammenstellungen, selbst die aus dem Ende des Jahrhunderts, nur Handschriften und nur einmal einen Druck[11]). Doch buchen die Diesdorfer Klosterrechnungen

1) Kanzow (Medem, die neue Ausgabe konnte noch nicht benutzt werden) S. 294 f.

2) Eine Deutschordensbibl., vgl. Gottlieb l. c. 24. Bibl. in Havelberg, Möhsen II, 341, in Tangermünde A. XVI 95, Seehausen A VI 342. Ausführlich handelt über all diese Dinge ein Aufsatz des Verf. in der Ztschr. f. Bücherfreunde III 105.

3) Vgl. Brandenburg. Beil. z. Progr. d. Salderschen Realgymnas. 1889 S. 9. Pritzwalk A. II 43 f. Salzwedel A. XV 334 f. Frankfurt a. O. Gurnik l. c. 8.

4) A. II 43 f.

5) A. VI 68.

6) Zerbst. Stadtarchiv II 31.

7) Wattenbach, Schriftwesen. 2. Aufl. 435.

8) Rentwig, Die mittelalterl. Handschr. in der Stadtbibl. zu Braunschweig 94. 24. Knod. 175.

9) A. IX 221.

10) A. XIV 384 f. Gesch.quellen d. Prov. Sachsen XV 319. Möhsen II 166. A. XXV 480. Wolkan, Böhmens Anteil an der deutschen Litteratur (betr. Damerows) III 99. A. V. 216. A. V. 222, betr. Erasmus Brandenburg, vgl. P. K. II 605 Anm. 3. Dem Stadtschreiber von Berlin werden Bücher geraubt. B. III 357.

11) A. XXV 480. Über Bücherpreise vgl. A. XIX 278 f. Rentwig l. c.

die Ausgabe (1483): item III R. gulden. de maken vj marcas, deme kommissarien to Soltwedel vor de nyeen imprimereden boke horarum [1]); ähnliche Ausgaben können auch in den anderen Bistümern nicht gefehlt haben [2]), und von den gedruckten Ablaßbriefen, die Graf Rudolf von Werdenberg, Bailli des Johanniterordens zu Brandenburg, ausstellen ließ, ist wohl sicher ein Teil in die Mark gekommen [3]).

Schon im Jahre 1473 erscheint ein Albert aus Stendal als Drucker in Venedig [4]); ein zweiter, Druſedow, giebt als Heimat Lübeck an [5]); er trägt aber einen Namen, der von einem märkischen Dorfe hergenommen ist und als märkischer Familienname häufig, z. B. in Prenzlau, wiederkehrt. Der erstgenannte, der die Magisterwürde erworben hatte, war zunächst in Venedig und dann in Padua thätig; hernach scheint er sich nach Rom gewandt zu haben. Er gab des Petrarca sieben Bußpsalmen und die Summa des Thomas von Aquino im Jahre 1473 heraus [6]). Im nächsten Jahre folgten die Quästiones des Duns Scotus [7]) (eine zweite Ausgabe der Schriften des Duns veranstaltete er gleichzeitig in Venedig). Ebenda druckte er die „Redekunst", die der Humanist Nicolaus Leonicenus dem Markgrafen Friedrich von Mantua, einem nahen Verwandten des brandenburgischen Herrscherhauses, gewidmet hatte [8]). 1475 folgten zu Padua die Rudimente der Grammatik des Nicolaus Perottus, des bekannten Vertrauten des Kardinals Bessarion [9]). 1476 druckte er eine juristische Schrift des namhaften Bologneser und Ferrareser Rechtslehrers Angelus Aretinus [10]).

Im Jahre 1488 hat der Drucker Joachim Westphal zu Stendal Bücher gedruckt und zwar den Donat des Gerson und eine Bearbeitung des Sachsenspiegels [11]). Vorher war er in Magdeburg gemeinsam mit

passim. A. VI 7. Ein Buch Papier kostet im 14. Jahrhundert in der Altmark 2 Schill. XVIII Jahresber. d. altmärk. Ver. ꝛc. 139 f.). Ein Buch einbinden kostet 2 Schill. = Pf. (140).

1) P. K. III S. 520.

2) Siehe unten.

3) Mitteil. der 3. (Archiv) Section (Wien 1888). Archivberichte von Ottenthal und Redlich.

4) Simonsfeld, Der Fondaco dei Tedeschi II 288.

5) Ebenda.

6) Hain, Repert. bibliograph. Vol. II pars II 84. I 173.

7) I 2, 285.

8) II 1, 255.

9) II 2. 65.

10) I 1, 195.

11) II 2, 245.

Albert Rauenstein thätig gewesen und hatte dort 1483 einen Tractat de septem sacramentis[1]), 1484 eine Anleitung de modo observandi interdictum, gleichzeitig auch ein deutsches Buch, Prophezeihungen, Episteln, Evangelien und die Glosse für das ganze Jahr herausgegeben[2]). Von dort scheint er seinen Wohnsitz nach Stendal verlegt zu haben. Die Katastrophe, die in dem Jahre 1488 über diese Stadt hereinbrach, dürfte seiner Thätigkeit rasch ein Ziel gesetzt haben. Im Kloster Zinna, also in der unmittelbaren Nachbarschaft der Mark, befand sich in den 90er Jahren eine Offizin, aus der u. a. das bereits erwähnte Bilderwerk des Nitzschewitz, wenigstens der textliche Teil des Buches, hervorging. Die Statuten und Breviarien, die einige märkische Bischöfe drucken ließen, wurden in Leipzig oder in Nürnberg hergestellt. Jakob Pforzheim druckte das Havelberger Meßbuch[3]), Georg von Stoechs das Brandenburgische[4]). Mit der Gründung der Frankfurter Hochschule kamen auch Druckereien dorthin, von denen einige großen Ruhm und Aufträge, selbst aus der Ferne, erhielten.

Über das Schulwesen ist wenig überliefert. Schon im 14. Jahrhundert begann der Kampf der Städte gegen das kirchliche Schulwesen[5]). In einer Reihe von Gemeinden gelang es in der That, besondere Schulen ins Leben zu rufen und trotz des Widerstandes der kirchlichen Behörden zu erhalten[6]). Andere Städte, wie Brandenburg, begnügten sich lange Zeit mit der Domschule[7]). Es handelte sich bei diesen Schulstreitigkeiten nicht

---

1) II 2, 245. Eine genaue Analyse der W.schen Drucke giebt Götze, Gesch. d. Stadt Stendal 294–302. Er schreibt ihm auch die Herausgabe eines Briefstellers zu (301) und meint, daß auch Rauenstein aus Stendal stamme (295). Nach ihm ist W. schon in gewissem Sinne vom Humanismus beeinflußt. Götze äußert auch die Vermutung, daß der oben genannte Albert von Stendal gleichfalls aus der patrizischen Familie Westphal stammt.

2) Hain I 2, 333.

3) Interessant ist der Befehl des Bischofs Busso (1490), Fehler in dem gedruckten Horarum liber zu verbessern. Der Befehl ergeht an alle Geistlichen. A. 3, 254.

4) Buchholz, Versuch ꝛc. III 256 f.

5) Das interessanteste Beispiel bietet Stendal, wo die Schule des Rates 1338 entstand. Vgl. besonders J. F. Behrend, Ein Stendaler Urteilsbuch S. 1 ff. 1342 Vergleich zwischen der Stadt und dem Domstift. 1329 wird festgesetzt, daß, wenn ein Kind das andre beschädigt, wird das beschädigte aus der Domschule genommen und die Sache bei dem weltlichen Gerichte anhängig gemacht.

6) Vgl. die Einleitung zu Behrend, Götze u. a. Doch erscheint auch dort 1385 ein laiischer Schulmeister und Hausbesitzer, vgl. A. 7, 134.

7) A. 8, 44.

um Durchsetzung eines besonderen pädagogischen Princips. Die bürgerlichen Lehranstalten unterschieden sich kaum von den kirchlichen, höchstens war bei diesen infolge der Angliederung der Schule an ein bestimmtes Gotteshaus[1]) mehr von der Heranbildung der Schüler zu kirchlichen Zwecken, Einübung eines guten Chorgesanges, die Rede. Aber auch die nicht kirchlichen Schulleiter machten aus der Verwertung der Stimmen der Schüler bei Gelagen u. s. w. ein ummiemliches Gewerbe.

Der Rat wünschte nur, das Schulwesen und den Schulmeister von sich abhangig zu machen und für seine Zwecke zu benutzen. In Köpenick und zeitweise in der Altstadt Brandenburg ist der Schulmeister Stadtschreiber[2]), in Schönfließ muß er die Bürgerbriefe und die Hälfte der Geburtsbriefe schreiben und dazu sonstige vorliegende Schreibarbeit übernehmen[3]). Er ist Vorgesetzter des Küsters und hat dessen Läuten zu überwachen. Dafür sichert ihn der Rat vor ungebührlichen Zumutungen der Geistlichen[4]). In Beeskow erreicht er, daß der Schulmeister dem Propste nur zu bestimmten, genau abgegrenzten gottesdienstlichen Funktionen verpflichtet wird, dafür aber collaciones erhält. Der Lokat bekommt ein Trinkgeld. Der Schulmeister hat zum Gottesdienste Schüler zu liefern[5]). In Beeskow war der Streit über die Schule 1385 dahin geregelt worden, daß der Rat den Schulmeister anstellen, aber auf dringendes Verlangen des Propstes, wenn er sich ungehorsam zeigte, entlassen sollte[6]). In Werben erlangt der Rat mit Hilfe des Bischofs von Havelberg eine Festsetzung der Gebührnisse des Schulmeisters, den der Johanniterkomtur kurz zu halten versucht hatte[7]). Von einer Aufsicht der höheren kirchlichen Behörden über das Schulwesen verlautet nichts. Wo z. B. ein Bischof, wie der von Havelberg, in die Streitigkeiten über die Schule eingreift, erscheint er als angerufener Schiedsrichter.

Das Gehalt des Lehrers bestand meist in Zahlungen der Schüler und städtischen Zuschüssen, bei kirchlichen Anstalten in angewiesenen

1) Über die Chorschule der Berl. Marienkapelle in der Nikolaipfarrkirche, vgl. A. 12, 27 f.

2) A. 12, 41. Beil. z. Progr. des Sald.-Realgymn. 1889 S. 7. 1412.

3) A. 19, 105 f.

4) Ebenda.

5) A. 20, 380 ff. 1418. Über die dem Seehausener Lehrer obliegende Mitwirkung beim Gottesdienste vgl. das citierte Programm S. 32.

6) A. 20, 363.

7) A. 6, 71 f. In der Brandenburger Altstadt ist der Schulmeister ebenfalls zeitweise Kirchendiener, vgl. Beil. z. Progr. d. Sald.-Realgym. 1889 S. 7. Über die Schule in der Neustadt vgl. Rasmus, Beitr. z. Gesch. d. Alt- u. Neustädtischen Gymn. zu Brand. I (Beil. z. Jahresber. des Alt- u. Neustädt. Gymnas. zu Brandenburg S. 10). Über die Berliner Schule vgl. D. 113. 103. A. 12, 425.

Pfründen. Der Schulmeister in Schönfließ erhielt 5 Mark vom Rate, 6 Mark für verschiedene kirchliche Gesangsleistungen, ferner aus jedem Hause vierteljährlich einen Pfennig und von den Gotteshausleuten der städtischen Kirchen im ganzen 24 Pfennig[1]). In Berlin ist in den 70er Jahren ein Wins[2]), also ein Mitglied einer patrizischen Familie, Schulmeister. Dort ist es den Wohlhabenden verboten, ihre Kinder in andere als in des Kirchspiels Anstalt zu schicken. Den Armen steht die Wahl der Schule frei[3]). In Stendal, das im 14. Jahrhundert sich seine eigene Schule mit besonderem Eifer erfochten hatte, wird später lange nichts mehr davon berichtet. Ein Stendaler erscheint um die Mitte des 15. Jahrhunderts als Schüler in Zerbst[4]). Am Anfang des 16. Jahrhunderts wird einem Schlesier die Leitung der Schule übertragen. Er vermag sich aber nur mit Mühe in der niederdeutschen Bevölkerung verständlich zu machen[5]). In Seehausen wird ein Stipendium für einen Studenten begründet. Nach Ablauf der Studienjahre hat der Inhaber sich dem Rate als Leiter der Stadtschule zur Verfügung zu stellen. Findet sich kein Student, so erhält der Lokat 10 fl. zur

1) In Seehausen wird er aus einer Stiftung besoldet, A 6, 344. In Trebbin erhält er aus einer Stiftung 10 Scheffel, A 11, 407, 1472. Nach der Frankfurter Schulordnung (Mitteil. des hist.-stat. Ver. zu Frankfurt a. O. 9.—12. Heft S. 133) von 1425 erhielt der Lehrer von jedem vermöglichen Schüler 2 Groschen das Vierteljahr; ebensoviel bekam der Geselle. Holzpfennige. Der Lehrer soll die Kinder säuberlich singen lehren und nur das im Chore singen lassen, was der Pfarrer und der Kaplan wünschen, damit keine Konfusion entsteht. Er hat auch dem Organisten Treter zur Orgel zu liefern.

2) M. F. I 352. Über die Berliner Schulen vgl. noch M. F. IX, 185 f.

3) Berliner Stadtbuch 253.

4) Siehe oben S. 8 Anm. 3.

5) Ztschr. d. Ver. f. Gesch. u. Alt. Schles. 31, 148. Schulmeister in Salzwedel ist 1500 Paulus Cavenrodis. A. 16, 510. Schon 1329 wird eine Schule in Salzwedel erwähnt. Danneil, Kirchengesch. 30, eine Schule bei der Katharinenkirche 123 erwähnt; nach dem citierten Seehausener Programm S. 32 entstand sie schon 1307, auch die Neustadt hatte eine Schule. In Gardelegen entsteht darnach 1340 eine Schule. In Apenburg wird 1368, in Werben 1398 eine Schule erwähnt; im 15. Jahrhundert hat sie zwei Lehrer. In Seehausen hat der Schulmeister zwei Lokaten. Als Schulmeister wird der bacc. art. Dietrich Norbeck 1482 erwähnt. A. 25, 410. R. hatte 1479 in Rostock studiert. Ein Salzwedler Lehrer Joachim Moller, vgl. Ztschr. f. Gesch. u. Altertum Schles. 31, 154 1512. Die erste Nachricht über die Krossener Schule findet sich 1380. Bei der Fundation des Hospitals wird dem Rektor und den Scholaren eine Remuneration für das Singen ausgeworfen. Desgl. 1400 bei der Neugründung eines Hospitalaltars. Hinsichtlich der äußeren Verhältnisse steht die Schule unter dem Stadtregimente. Jahresber. über das Realprogymnas. u. Gymnas. zu Krossen a. O. 1889 S. 5.

Unterstützung[1]). Ein großer Teil der Schulmeister ist geistlichen Standes[2]).

Eine Schülergilde, d. h. eine von Schülern — ehemaligen und gegenwärtigen — ausgehende Meßstiftung, bestand u. a. in Brandenburg[3]). Auch der Adel hält sich seine Lehrer; in der Geschlechtsordnung der Alvensleben wird der Schulmeister neben dem Priester erwähnt[4]). Eine Art Landschule war die in dem ländlichen Domstifte zu Boister unterhaltene[5]). Es ist jedoch fraglich, ob die Landbewohner, das heißt die Nichtadligen, von ihr Gebrauch gemacht haben. Ein ansässiger „Schuler" wird im Dorfe Blumberg[6]), ein anderer im Dorfe Reipzig[7]) erwähnt. Der Erziehung der Mädchen nahm sich das altmärkische Frauenkloster Diesdorf an. Alljährlich verzeichnen die Rechnungen größere Summen pro puellis secularibus; meist sind es die Töchter des Adels, die dort ihre Ausbildung erhalten. Das Spandauer Kloster erhielt schon 1299 die Vergünstigung, daß die ihm nicht gezahlten Erziehungsgelder durch die Vögte mit Pfändungen eingetrieben werden sollten[8]).

Art des Unterrichts und Vorbildung der Lehrer dürften von dem sonst üblichen nicht abgewichen sein. Der Gebrauch des doctrinale puerorum des Alexander de Villa dei ist für Brandenburg erwiesen. Das erste in der Mark gedruckte Schulbuch war der Donat des Gerson[9]). Asticampian führte als Grammatik den Marcianus Capella ein[10]).

Eines guten Rufes genossen die märkischen Schulen nicht; beim Beginn der Reformationszeit galten sie als verfallen[11]).

Die Pflege der Musik gehörte in das Pensum der Schule; ihre Fortbildung blieb den Kirchen überlassen. Verbesserung des Kirchengesanges wurde an verschiedenen Orten angestrebt und durch milde Gaben unterstützt. Eine Orgel wird 1425 in Frankfurt[12]), 1445 in Finster-

1) Progr. des Seehausener Progymnas. 1865 31.
2) Z. B. Albert Reyß, Schulmeister und Altarist zu Königsberg A. 19, 29* ff., die dortige Schule wird z. B. noch 1507 A. 19, 427 erwähnt.
3) Vgl. Rasmus l. c. 10.
4) A. 17, 181.
5) Progr. des Seehausener Progymnas. 1865 14 f.
6) Berlin, kgl. Hausarchiv. Kurbrand. Akten.
7) A. 23, 399.
8) A. 11, 15.
9) S. oben S. 74.
10) Arch. f. Litt.geich. 13, 4 f.
11) Vgl. z. B. Beil. z. Salbernichen Realg.-Progr. 1889 S. 7 f.
12) A. 23, 175.

walde[1]), 1475 in Prizwalk, im 14. Jahrhundert bereits in Diesdorf[2]) erwähnt. Der Preis betrug im vorletzten Falle 12 Schock, der Verfertiger war Nicolaus Kummerlein[3]). Ein Orgelbauer Wulff zu Friedeberg in der Neumark wird 1448 erwähnt[4]). Von Glocken ist selten die Rede. Im Dorfe Krusemark wird 1485 eine Glocke gegossen. Die Arbeit mißlang, der Stendaler Meister büßte 37½ fl. an Glockenspeise ein[5]). Ein ähnliches Mißgeschick traf einen Zerbster Gießer, der für ein anderes altmärkisches Dorf arbeitete und wegen schlechter Leistungen von den Einwohnern und ihrem Edelmanne in Anspruch genommen wurde[6]).

Die kirchliche Musik erzielte achtbare Leistungen, die bei festlichen Gelegenheiten, wie z. B. beim ersten Einzuge Albrechts in Berlin oder bei der Hochzeit des Markgrafen Johann auch von fremden Gästen anerkannt wurden[7]). Zu seinen weltlichen Lustbarkeiten hielt sich der Hof ein stattliches Personal von Trompetern, Lautenspielern und Pfeifern. Diese fürstlichen Musici ließen sich nicht selten außerhalb Berlins, in Neuruppin, in Wittenberg, in Hildesheim, in Hamburg hören und empfingen reichliche Spenden und Trinkgelder[8]). Kurfürst Albrecht tadelte die großen Aufwendungen, die sein Sohn für diese musikalischen Zerstreuungen machte[9]). Auch die Städte hielten sich ihre Spielleute, ihre Kunstpfeifer und Trommler[10]), zum Teil für Dienstzwecke, zum Teil auch für ihre Ratsschmäuse und Tanzfestlichkeiten, die die Landesherrn bisweilen mit ihrer Gegenwart beehrten. Von Zeit zu Zeit sandten sie ihre Musiker, geradeso wie der Kurfürst, auf Reisen. Die Herren von Ruppin und Bieberstein thaten das gleiche[11]).

Die bildenden Künste kamen in der Mark ebenso wie die Dichtkunst recht schlecht weg. Prachtbauten entstanden nirgends. Nur die Prenz-

1) F. lag in der unmittelbaren Nachbarschaft der Mark, allerdings nicht mehr auf märkischem Boden.

2) 18. Jahresber. des altmärk. Ver. 1875 134, Diesdorf 11, 118b. Ausgaben pro reformacione organorum in einem Klosterdorfe, 1488 wird der Organist Meister Hans Polkow nach D. berufen. 14, 33b.

3) A. 2, 3.

4) Schr. d. Ver. f. Gesch. d. Neumark III 211.

5) Berlin, kgl. geh. Staatsarchiv R. 78a. (C. M. 21) 89b.

6) Zerbst. Stadtarchiv II 95.

7) Burkhardt, Das jungst merkisch buech 1.

8) P. K. II 277 Anm. 2 und einige Nachträge in P. K. III.

9) C. II 198.

10) Vgl. Nießen, Woldenberg 203.

11) Vgl. Doebner, Urk.B. d. St. Hildesh. VI 749, vgl. auch 665. 533 f. 768. 770. P. K. II, 277 Anm. 2.

lauer Marienkirche kann den herrlichen Gotteshäusern der Hanseſtädte an die Seite gestellt werden[1]). Sonſt zeigt ſich überall bei weltlichen und kirchlichen Bauwerken derſelbe nüchterne, proſaiſche Backſteinbau, die gleiche Armſeligkeit in der Erfindung, dasſelbe nackte Streben, dem Bedürfniſſe auf die einfachſte, ſchmuckloſeſte Weiſe zu dienen. Kanzow ſpricht von einer märkiſchen Banart, ohne den Begriff näher zu erklären[2]). Nur in den Deichbauten leiſtete man großes. Das architektoniſche Bild einer märkiſchen Stadt iſt unendlich einförmig. Eine feſte Mauer mit ragenden, plumpen, weithin ſichtbaren Türmen umſchließt das Ganze; im Innern laufen wenige winklige Straßen. Der Holzbau überwiegt; die ländliche Beſchäftigung der Mehrzahl der Bürger kommt in den weiten Höfen und Scheunen zum Ausdruck; kaum ein hervorragendes Haus, höchſtens einmal ein einfacher Kirchturm unterbricht die Eintönigkeit. Einen gewiſſen Sinn für die Ausſchmückung des Stadtbildes verrät nur der Rat von Salzwedel, der die Gärten vor einem der Thore nicht mehr veräußern will, ſondern daraus ein „beſondres Kleinod“ der Stadt zu machen unternimmt[3]). Selbſt die Häuſer der Vornehmen ſind armſelig, bieten wenig Raum und enthalten keinerlei Prunkgemächer. Glasfenſter ſind koſtſpielig und ſelten; ihr Beſitz wird beſonders hervorgehoben[4]).

1) Treitſchke, Deutſche Geſch. I 25.

2) Kanzow (Medem) 405. Nur von den weiten Gaſſen, großen, „gekleimeten“ Häuſern iſt die Rede. Die neue Ausgabe von Kanzow war dem Verf. noch nicht zugänglich.

3) A. 14, 412.

4) A. 19, 53. 1489. Raumer II 213. Dieſdorf 11, 91. 118b. A. 19, 52 enthält detaillierte Nachrichten über die Koſten eines Hausbaus in Küſtrin. Es handelt ſich um das dortige Zöllnerhaus (1478). Sie betragen insgeſamt 65 Schock, alſo über 100 Gulden.

1 Schock 39 Gr. — D. Bauholz von der Fürſtenfelder Heide inkl. Koſt u. Lohn.
8 Schock 30 Gr. 2 D. Baulohn für Meiſter Matz u. 5 Geſellen von Sonntag Misericord. dni. bis Pfingſten.
2 fl. für Meiſter Matz beim Richtfeſt.
4 Schock 28 Gr. — D. für 5000 Dachſteine.
3 Schock 6 Gr. 6 D. für 3600 Mauerſteine (inkl. Fracht).
1 Schock 16 Gr. 5 D. für Latten- und Brettnägel.
— Schock 12 Gr. — D. für span unter die Dachſteine.
— Schock 3 Gr. — D. für Mulden zum Kalk.
— Schock 30 Gr. — D. für 20 Schock „spled“.
3 Schock 59 Gr. 6 D. für Koſt und Lohn der Zimmerleute, Maurer, Decker, Tagelöhner.
— Schock 3 Gr. — D. für 8 Fuder Lehmführen.
2 Schock 10 Gr. — D. für Eiſenwerk.
4 Schock 32 Gr. — D. für Glasfenſter in die „durntz“ und die Kammer.
3 Schock — Gr. — D. für grüne Kacheln und Ofenbau in der „Durntz“.

„Gezierte Kemenaten" giebt es in Stendal nicht, erklärt der dortige Rat [1]).

An tüchtigen Baumeistern, die imstande gewesen wären, besseres zu schaffen, würde es vermutlich nicht gefehlt haben. Die Namen mehrerer Baumeister sind überliefert. Ein Claus Sandow, der 1459 an der kurfürstlichen Kapelle sehr gut gearbeitet hat, wird von Zerbst erbeten [2]). Ein Meister Stephan Buxtehude, der um 1450 viele märkische Kirchen „gebaut und ausgebaut" hat, ebenso ein Meister Hans Vogel aus Spandau werden dorthin empfohlen [3]). Ein Hans Kunstmeister aus Frankfurt tritt in die Dienste des deutschen Ordens [4]), ebenso der Maurermeister Mattis [5]) aus Küstrin. Der Erbauer des Frankfurter Universitätsgebäudes Stephan Hundertmark [6]), der Deichbaumeister Klaus Arendt [7]) und viele andere werden rühmlich genannt. Der Kölner Schloßbau (1443 ff.) wurde von nichtmärkischen Baumeistern und Schieferdeckern ausgeführt. Den abgebrannten Turm der Berliner Marienkirche stellte der Görlitzer Bart wieder her [8]).

Weniger schlicht und verwahrlost als die Gebäude war nur das Innere der Kirchen. Hier fehlte es nicht an Bildschmuck, an geschnitzten Altarschreinen, an kostspieligen Grabplatten und Steindenkmälern. Besonders gefällig und reich war die Ausstattung der Tangermünder Schloßkapelle; dort hatte Kaiser Karl IV. gewirkt und seine freigebige Hand geöffnet. Bilder werden aus Wilsnack und Berlin erwähnt (z. B. auch im grauen Kloster) [9]). In der Berliner Marienkirche war der Totentanz dargestellt. Unter den Weihgeschenken, die das reiche Wilsnacker Heiligtum anhäufte, überwogen natürlich die üblichen Gaben, Wachs u. a., aber es dürften sich auch manche Kunstwerke darunter befunden haben; eine silberne Hand, ein Glasfenster werden erwähnt [10]). Auch die Salzwedler Marienkirche soll solche Schätze besessen haben [11]).

1) P. K. II 178.

2) Zerbst. Stadtarchiv II 13.

3) Mitteil. d. Ver. f. Anhalt. Gesch. VII 523. 525.

4) Schr. d. Ver. f. Gesch. d. Neumark III 202.

5) Ebenda III 234.

6) Axungia (Bresl. Inkun.) S. 5.

7) A. 1, 327.

8) Nachr. d. Gött. Ges. 1895 S. 264. Baumeister Paul von Brandenburg baute ein Kloster in Neuruppin A. 4, 271 1488.

9) Bellermann, Das graue Kloster (Progr. des Gymn. 1823. 28 ff.).

10) Koppmann, Hamb. Kämmereirechnungen II 328.

11) Danneil, Kirchengesch. der Stadt Salzwedel S. 29. Die Protokolle, die 1540 ff. bei Gelegenheit der Kirchenvisitationen abgefaßt wurden, zeigen, wie wenig Schmuck die märkischen Kirchen enthielten.

Im Hause, im Privatleben, schien man aber nach der Kunst nirgends zu verlangen. Bilder scheint der Altmärker Domherr Krusemark besessen zu haben[1]). Ein erhaltenes Gemälde stellt Albrecht Achill inmitten mehrerer märkischer Herren dar[2]). Die Märker, die an der Leipziger oder der Erfurter Hochschule Rektoren wurden, zeichnen sich durch besonders schöne Abbildungen des Wappens aus, so Volzke, Goede, Brunckow[3]). Die Holzschnitte, die Nitzschewitz seinem Marienpsalter beifügte, sind bemerkenswert, sind aber vielleicht nicht mit dem Buche in der Druckerei des Zinnaer Klosters hergestellt, sondern aus Nürnberg bezogen worden[4]).

Von dem Schwelgen in den Farben, von der Freude an der Kunst, wie sie in Süddeutschland selbst der Ungelehrte zu empfinden vermochte, ist hier nirgends die Rede. Als der Rat von Zerbst, das noch im Gebiete des Brandenburger Bistums lag, den Giebel seines Rathauses malen ließ, trifft er vorsorglich ins einzelne gehende Abmachungen über die Preise der Farben und des Leims, über das zu verwendende Gold, über Vorschüsse und Arbeitszeit u. s. w., aber von dem Gegenstande der Abbildungen, von den anzubringenden Mustern, von dem Aussehen des Ganzen ist nirgends die Rede[5]).

Erst der Glanz des Hoflebens, die lange Friedenszeit im folgenden Jahrhundert, der damit einkehrende Wohlstand, dann aber auch die Abhängigkeit, in die der märkische Gewerbfleiß von den entwickelteren Süd- und Mitteldeutschen geriet, erweckten allmählich selbst auf diesem spröden Boden den Sinn für eine höhere Lebensführung. Aber dies konnte sich nur langsam herausbilden. Die Reformation mit ihrer Abneigung gegen Prunk und Schmuck in den Kirchen trug das ihrige dazu bei, die Bevölkerung nüchtern und unempfänglich für künstlerische Leistungen auf dem Gebiete der bildenden Kunst zu erhalten.

Die dürftigen Notizen, die hier über das geistige Leben der Märker gegeben werden konnten, reichen doch aus, um ein Urteil über die eigenartige Stellung zu gewinnen, die dem entlegenen, armen, stets durch neue Drangsal um die Früchte der Kulturarbeit langer mühevoller Jahre betrogenen Lande, in der Geschichte der deutschen Bildung zukommt. Schöpferische Geister hat die Mark nicht hervorgebracht, wohl aber eine

1) A. 5, 222.

2) A. 4, 33. Die Frankfurter Stadtbücher enthalten Titelgemälde, vgl. Barnd I, c. 7.

3) Siehe die betr. Matrikeln.

4) Vgl. den Aufsatz Ottos über Nitzschewitz, Mitteil. a. d. hist. u. antiquar. Ges. XV.

5) Hertel, Magd. Urk.Buch III 933.

Anzahl tüchtiger Fachmänner, die in ihren Wissenschaften nach alter Weise in den überlieferten Formen und gemäß den hergebrachten Anschauungen nützlich wirkten und fast als ihre typischen Vertreter angesehen werden können. Den Umschwung, der sich in den Formen und in den Grundlagen der Bildung am Ausgange des Mittelalters vollzog, verfolgte man mit wachsamem Auge. Es fiel den Märkern nicht leicht, sich in so viel neue Dinge hineinzudenken oder gar in ihrer schwerfälligen ungelenken Art mit der Behendigkeit eines Celtes oder seiner Genossen Schritt zu halten. Aber sie legten dem frischen Streben keine Hindernisse in den Weg. Die Landesherrschaft selber suchte ihm eine Heimstätte zu bereiten. Sie erhofft davon eine Besserung ihres Beamtenmaterials und neuen Glanz für ihr Territorium. Die staatliche Fürsorge hat sich das Gebiet der Bildungsbestrebungen, zunächst des höheren Unterrichts, erworben. Der Fortschritt der Wissenschaften führt zu ihrer Aufnahme in das Arbeitsprogramm des werdenden Staates.

Anhang.

Ort der Herkunft	Gesamtzahl	Es studierten bis 1500 in														auf zwei Universität.	auf drei Universität.
		Leipzig	Erfurt	Rostock	Greifswald	Krakau	Prag	Bologna	Padua	Paris	Köln	Ingolstadt	Heidelberg	Oxford	Montpellier		
Angermünde	30	16	5	2	6		1										
Arendsee	3			3													
Arnswalde	24	6	1	6	7	1	3	1								1	
Bärwalde	2	1			1												
Beeskow	49	44	6													1	
Belitz	31	25	4	1	1	1										1	
Berlin	192	139	26	21	1	5	10	6	1			1				16	1
Bernau	42	20	7	9	4		1	2	1	2						2	1
Bernstein. Berneuchen	2	1			1												
Brandenburg (Stadt u. Diöcese)	190	99	19	26	16		22	12		2	4		1			9	1
Butow	7	2		4	1												
Dramburg	8	3		2	2			1									
Drossen	31	14	6	4	3	3	3									2	
Eberswalde	21	3		15	3												
Frankfurt	259	207	9	9	8	24	8	1			1					7	
Friedeberg	9	4	1	1	1		2				1					1	
Fürstenwalde	17	11	1	2	2		1										
Gardelegen	51	22	20	12		1	1									2	
Garz	19	11		1	8		1										
Übertrag	987	628	105	118	65	35	53	23	2	4	6	1	1			48	3

Ort der Herkunft	Gesamtzahl	Es studierten bis 1500 in														auf zwei Universität.	auf drei Universität.
		Leipzig	Erfurt	Rostock	Greifswald	Krakau	Prag	Bologna	Padua	Paris	Köln	Ingolstadt	Heidelberg	Oxford	Montpellier		
Übertrag	987	628	105	118	65	35	53	23	2	4	6	1	1			48	3
Granse	31	11	1	15	3		1										
Havelberg (Stadt und Diöcese)	97	9	14	30	38	1	7	5			1					8	
Himmelpfort. Torgelow	3	2			1												
Königsberg	31	11		16	4												
Kottbus	103	88	2			11	1	2			1					2	
Krossen	59	57	1	1		1										1	
Küstrin	6	5				1											
Kyritz	31	3	2	22	4	1	1									2	
Landsberg	16	5	1	5	5												
Lebus	3	2			1												
Lehnin	19	18	2													1	
Lenzen	33	5	9	18	1		1									1	
Lindow	6	4	1	1													
Mittenwalde	9	9															
Muncheberg	13	8	3		2												
Nauen	17	8	8	1													
Neu-Ruppin	100	44	7	34	11	1	12				3					12	
Osterburg	22	13	4	4			1										
Peitz. Züllichau	3	3															
Perleberg	61	14	7	33	2	1	7									3	
Potsdam	4	3						1									
Prenzlau	89	39	7	14	21	1	13	2	1							9	
Pritzwalk	52	7	7	25	9		6	1		1						4	
Rathenow	11	5	1	5													
Salzwedel	196	69	43	72	2	2	16	2	1							11	
Saudow	8	2	2	3				1									
Schievelbein	24	5		8	12											1	
Schönfließ	2	1			1												
Schwedt. Straßburg	2	2															
Seehausen	70	19	12	31	1		6	3								2	
Soldin	25	12	4	3	4		3	1								2	
Sommerfeld	14	9	2			2		1									
Spandau	31	15	4	7	2	4										1	
Stendal	229	111	44	53	11	2	21	1	1				1			14	1
Sternberg	3		3														
Storkow	12	9	2				1										
Straußberg	15	13	2	1			1									2	
Tangermünde	77	42	19	5		1	12	2			1				1	6	
Templin	22	9	2	4	7												
Teupitz	3	3															
Trebbin	3	3															
Übertrag	2542	1325	321	529	207	64	163	45	5	5	12	1	2		1	130	4

Ort der Herkunft	Gesamtzahl	Es studierten bis 1500 in															auf zwei Universität.	auf drei Universität.
		Leipzig	Erfurt	Rostock	Greifswald	Krakau	Prag	Bologna	Padua	Paris	Köln	Ingolstadt	Heidelberg	Oxford	Montpellier.			
Übertrag	2542	1325	321	529	207	64	163	45	5	5	12	1	2		1		130	4
Treuenbrietzen	39	30	5			1	4										1	
Werben	16	8	1	6			1											
Wilsnack	16	3		13	1												1	
Wittenberge. Wildberg	2	1		1														
Wittstock	71	16	7	49	2		3										6	
Woldenberg. Reetz . .	2	1			1													
Wriezen	10	10																
Wusterhausen	15	5		5	3	1	1											
Zehdenick	3	1				2												
Ziesar. Zossen . . .	2	1	1															
Zinna	15	14			1													
Sonstige	247	85	41	46	22	1	33	41	1	3	1			1			22	3
Zusammen	2980	1500	376	649	237	69	205	86	6	8	13	1	2	1	1		160	7

II.

Schwarzenberg und die brandenburgische Kriegführung in den Jahren 1638—1640.

Von

Otto Meinardus.

In den „Nachrichten" zum 55. Bande (S. 556) der Historischen Zeitschrift hat F. Meinecke mit Bezug auf die Dissertation von Brake, die Reduktion des brandenburgischen Heeres im Sommer 1641, erklärt, meine Auffassung über Schwarzenberg bedürfe im einzelnen einer Nachprüfung und Einschränkung, und auf meinen Widerspruch hinzugefügt, er sei auch infolge eigener Nachprüfung zu diesem Urteile gelangt. Nun habe ich zwar in den Einleitungen zum I. und II. Bande der „Protokolle" und in dem Aufsatze „Die Legende vom Grafen Schwarzenberg" meine Auffassung über die Geschichte der letzten Jahre Kurfürst Georg Wilhelms auf Grund der mir zu Gebote stehenden Quellen und der einschlägigen Litteratur entwickelt, die verschiedenen Gesichtspunkte jedoch, von denen aus man diese Zeit betrachten kann und muß, nicht an allen drei Stellen einheitlich zusammengefaßt, sodaß vielleicht einzelne Teile des ganzen Bildes verwischt und undeutlich erscheinen können. Es liegt mir dem gewichtigen Urteile eines Forschers wie Meinecke gegenüber daran, festzustellen, ob diese Zweifel gerechtfertigt sind. Ich bin daher dieser Anregung gefolgt und habe meine Ausführungen auch selbst nachgeprüft.

Es wird sich im wesentlichen und im allgemeinen um die Beteiligung Kurbrandenburgs am Kriege gegen Schweden seit dem Prager Frieden handeln. Eingehender als bisher gedenke ich die Heeres-Reduktion und Reorganisation im Winter 1638/39 zu schildern, auf denen

die militärischen Operationen im Sommer 1639 und im Sommer 1640 beruhen. Abgesehen von den allgemeinen Darstellungen der brandenburgischen Geschichte war Mörner[1]) für diese Zeit bisher die Hauptquelle. So trefflich auch seine Ausführungen sind, so leiden sie doch daran, daß er unter dem allgemeinen Banne der Gegnerschaft Schwarzenbergs steht und seine Quellen nur ganz unvollständig benutzt hat. Er führt die Relationen Schwarzenbergs und die Resolutionen des Kurfürsten[2]) aus diesen Jahren an, aber da, wo wir wünschen möchten, daß er sie ausbeutet, enthält er sie uns vor. Auch den umfangreichen Briefwechsel Schwarzenbergs mit Konrad v. Burgsdorf[3]) seit 1638 erwähnt und benutzt er garnicht. Ich habe früher aus diesen Archivalien ausführliche Excerpte angefertigt und jetzt eine Anzahl davon noch einmal mit den Orginalen verglichen. Nur diese gedenke ich im folgenden zu verwerten. Im übrigen wäre eine baldige Veröffentlichung dieser nicht nur für die brandenburgische, sondern für die ganze Zeitgeschichte außerordentlich wichtigen und teilweise merkwürdigen Korrespondenzen sehr zu wünschen.

Die politischen Beziehungen der deutschen Fürsten zum Kaiser sind durch die Prager Friedenspakten neu geregelt. Der Kurfürst von Brandenburg verließ die schwedische Partei und trat zum Kaiser über, nachdem die Integrität seiner Erblande garantiert und die Anwartschaft auf die pommerschen Lande und deren Belehnung ihm ausdrücklich zugesichert war[4]). Er verpflichtete sich durch seinen Beitritt auch dazu, den die militärischen Verhältnisse regelnden Bestimmungen des Friedens nachzukommen. Die völlige Durchführung des Friedens innerhalb und außerhalb des Reiches ist dessen Hauptzweck[5]). Gelingt es nicht, die Feinde des Reichs sofort und durch diplomatische Verhandlungen zur Anerkennung des Friedens zu nötigen, so wird nicht geruht, bis der Frieden durch die Waffen ins Werk gerichtet ist. „Zu dem Ende bleibt der Kaiser als das Haupt im Reich armirt." Zu ihm stößt des Kurfürsten von Sachsen und der andern Kurfürsten und Stände Kriegs-

1) Märkische Kriegs-Obersten.

2) Geheimes Staats-Archiv R. 21. 136 k—m.

3) G. St.A. R. 21. 27 h.

4) „Inmaßen dann auch hiemit ausdrücklich bedingt worden, daß der Churfürstlichen Durchlaucht zu Brandenburg, wann Sie Sich zu dieser Pacification verstehen und in allem bequemmen, die Anwartung und darüber habende Belehnung an den Pommerischen Landen und sonsten allerdings verbleiben, von Ihr. Kayſ. Mayt. auch dieselbe darbey geschützt werden solle." Prager Friedens-Instrument bei Morner. Staatsverträge S. 115 f.

5) Vgl. für das Folgende Mörner S. 117.

volk und leistet dem Kaiser und Reich Pflicht zur Exekution des Friedens. Aus allen Armeen wird eine Hauptarmada gebildet: „Der Röm. Kayſ. May. und des h. Reichskriegsheer." Von dieser wird ein ansehnliches Corps des Kurfürsten von Sachsen General-Kommando unterstellt. Das ganze übrige Volk steht unter dem Kommando des Königs von Ungarn. Mit diesem Heer wird gegen alle, welche sich dem Frieden widersetzen, agiert. Sämtliche Corps und alle ihre Offiziere verpflichten sich dem Kaiser und Reich noch besonders zur Handhabung dieses Friedens; doch sind der König von Ungarn und die persönlich kommandierenden Kurfürsten des Reichs der bezüglichen persönlichen Eidespflicht erlassen."

Die Reichsarmee, des Kaisers und des Reiches Kriegsheer, eine einzige große Feldarmee sollte also fortan den Krieg weiter führen; einen Teil dieses Heeres kommandierte der Kurfürst von Sachsen, nämlich seine eigenen sächsischen Truppen und alle diejenigen andern Kontingente von kaiserlichen oder fürstlichen Soldaten, welche ihm untergeben wurden.

Nur zur Besetzung der festen Plätze behielten die sämtlichen deutschen Fürsten, soweit sie dem Prager Frieden beitraten und finanziell dazu in der Lage waren, noch eigene Truppenkörper. Es heißt im Friedensinstrument[1]): wer dem Frieden beitritt, hat sein Volk aus seiner Mitstände Land abzuführen, mit der kaiserlichen Armada zu vereinigen und behält nur notdürftige Besatzung für sich. Wie dies im einzelnen zu verstehen ist, ergiebt die sächsisch-brandenburgische Militärkonvention vom 6. Oktober 1635[2]). Danach „öffnet Kurbrandenburg dem Kurfürsten von Sachsen die Havel- und Oderpässe zur Besetzung mit dessen Volk. Es sollen derzeit Brandenburg nur mit 30 Mann, Rathenow mit 500, Havelberg mit 500, Plauen gar nicht besetzt werden. Dagegen behält sich der Kurfürst von Brandenburg die Besetzung von Spandow, Potsdam, Bötzow, Zehdenick, Liebenwalde und Fehrbellin vor." Auf eine Beschwerde, daß unter diesen Orten zumal die Festungen Küstrin, Peitz und Driesen ausgelassen seien, erwiderte der Kurfürst von Sachsen, daß auch diese Festungen des Kurfürsten von Brandenburg Besetzung vorbehalten bleiben sollten.

Weiter übergab der Kurfürst auch seine Reiterei dem sächsischen Kurfürsten bis auf drei Compagnien gegen die streifenden Rotten.

Die brandenburgischen Truppenkörper bestanden im Januar 1635[3])

1) Mörner S. 117.

2) Mörner S. 123 f. mit Datum alten Stils. Das Folgende wörtlich daraus entnommen.

3) Protokolle II, Einl. S. X.

aus 30 Reitercompagnien und drei Regimentern Fußvolk. Dem Drängen der Stände nachgebend reduzierte der Kurfürst die Kavallerie auf 14—15 Compagnien und löste ein Regiment zu Fuß ganz auf. Die beiden übriggebliebenen, das Alt-Burgsdorfsche (Konrad von B.) und das Alt-Krachtsche (Hildebrand von Kr.), wurden in einem Bestande von je 10 Compagnien erhalten. In den von Mitte Februar bis Anfang April 1636 mit einer mehrwöchentlichen Unterbrechung dauernden Verhandlungen mit den Ständen gestand Georg Wilhelm eine erneute Reduktion der beiden Regimenter auf zusammen 15 Compagnien[1]) zu, sodaß Kracht 7 und Burgsdorf 8 zugeteilt wurden. Die drei Compagnien Reiter, welche im Herbst 1635 gegen die streifenden Rotten zurückbehalten waren, müssen mittlerweile auch abgedankt sein; denn es heißt in der kurfürstlichen Duplik an die Stände vom 14./24. Februar, außer einer neu geworbenen Leibkompagnie von 78 Mann sei keine weitere Compagnie zu Roß im Lande.

Diese ständischen Verhandlungen fanden schon unter dem Eindrucke statt, den der Erlaß der Avokatorialmandate[2]) gegen Schweden im Lande hervorgerufen hatte. Während die Landstände sich bereit erklärten, den Unterhalt der beiden Fußregimenter noch auf 9 Monate zu übernehmen, bewilligten sie denselben für die Leibcompagnie und 200 neu zu werbende Dragoner nur auf 2—3 Monate[3]). Gefordert waren 300 Dragoner[4]): 100 für Spandau, 100 für Peitz, 50 für Küstrin und 50 für Driesen, und zwar auf unbeschränkte Zeit.

Über die Bildung dieser neuen Truppenkörper im Laufe des Jahres 1636 ist mir nichts bekannt geworden.

Für den Kurfürsten von Brandenburg wurde der Umstand, daß es nicht gelang, Schweden mit in den Prager Frieden einzuschließen, von verhängnisvoller Bedeutung. Mit der endgültigen Entscheidung im neu ausbrechenden Kriege war ein großes dynastisches Interesse des Hauses Brandenburg verknüpft: die pommersche Erbschaft. Schon Gustav Adolf hatte nach Pommern gestrebt, und je mehr die Krone Schweden an Kosten in diesem Kriege zusetzte, desto eifriger waren die Parteien in Stockholm darauf bedacht, die Herrschaft auf der Ostsee zu behaupten und sich an deren Rändern, namentlich im deutschen Reiche, dauernd fest-

1) Protokolle II, Einl. S. XIII u. Konzept Blumenthals vom 19./29. März in den Akten. Geh. St.A. R. 20. W. 3.

2) Protokolle I, Einl. XVI ff.

3) Prot. II, Einl. S. XIII.

4) Ebenda und in den Akten: Kurfürstliches Konzept (Blumenthal) vom 19./29. März.

zusetzen. Das sind bekannte geschichtliche Thatsachen. Seit dem Ende des Jahres 1635 sah Kurfürst Georg Wilhelm ein, daß er infolge seiner gebundenen Lage militärisch gegen Schweden nichts ausrichten konnte; und da im Kriege diplomatische Verhandlungen von geringem Erfolge zu sein pflegen, wenn sie nicht durch das Gewicht einer militärischen Macht unterstützt werden, so gedieh im Herbst 1636 der Entschluß bei ihm zur Reife, von neuem noch mehr eigene Truppenkörper zu errichten und selbst mit in den Kampf einzutreten.

Den Prager Friedenspakten widersprach diese Absicht des Kurfürsten. Es galt daher den Kaiser trotzdem dafür zu gewinnen, daß ihm ein der schwedischen Macht proportionables Heer untergeben werde. Am 3. Oktober[1]) dieses Jahres erhielt der damals in Regensburg weilende Schwarzenberg einen dahin gehenden Auftrag. Mitte November, nach den bösen Folgen der Schlacht bei Wittstock, ließ der Kurfürst durch den Komthur Burchard Goldacker[2]) sein Gesuch erneuern. Die Erfüllung des Wunsches zu erwirken war mit großen Schwierigkeiten verbunden, woran Schwarzenberg den Kurfürsten später[3]) erinnerte. Offenbar trugen die kaiserlichen Staatsmänner aus politischen Gründen Bedenken, den Kurfürsten zu einer selbständigen Armeeleitung zuzulassen. War es nicht möglich, daß er, der so lange Zeit mit den Schweden vereint gewesen war, auf Kosten des Kaisers sich aufs neue mit ihnen verband, wenn eine günstige politische Gelegenheit sich dazu darbot? Indessen diese Bedenken wurden überwunden, und Ende Dezember kehrte Goldacker mit der kaiserlichen Genehmigung[4]) zurück. Georg Wilhelm erhielt die Erlaubnis selbst zu werben und übernahm zugleich als kaiserlicher Generalissimus den Oberbefehl über das kaiserliche Korps unter Morzin.

Es sind nun bis zum Frühjahr 1637 mehrere Offiziere in den brandenburgischen Dienst getreten und mit Werbungen betraut worden: Moritz August v. Rochow, Dargitz, Vorhauer, Erichsohn, Potthausen; die beiden letzten waren bisher im sächsischen Dienst. Über die Bildung dieser Truppenkörper sind wir bisher sehr mangelhaft unterrichtet. Rochow und Dargitz warben Fußsoldaten, die drei andern Offiziere standen an der Spitze von Reiterregimentern oder -compagnien. Dargitz wurde zur Werbung nach Preußen geschickt.

Zur Darreichung der Mittel sind die Stände nicht in Anspruch genommen; sie sind im Hinblick auf die erfolglosen Verhandlungen

1) Prot. I, Einl. S. XXIV.
2) Mörner S. 154.
3) Vgl. Beilage I.
4) Mörner S. 155.

von 1636 auch gar nicht berufen und gefragt worden. Der Kurfürst selbst hat die Mittel hergegeben; ob dabei von Schwarzenberg unterstützt, vermag ich nicht zu sagen. Diesen Umstand erfahren wir bei der Abdankung des Dargitz im Oktober 1638[1]). Der Oberst hatte mit seinem Regiment mehrfach Unglück gehabt und wurde um diese Zeit von Schwarzenberg aufgefordert Rechenschaft abzulegen. Er verweigerte es und erklärte, er werde sich nur einem Gericht von kaiserlichen und brandenburgischen Generalen und Offizieren unterwerfen, da er nicht allein in brandenburgischen, sondern auch in kaiserlichen Diensten stehe. Da ließ ihm Schwarzenberg durch Blumenthal erwidern, er würde sich „dessen nicht aus dem Grunde weigern können, daß er mit in Ihr. Kais. Majestät Pflichten wäre; denn einmal so wäre von J. Kais. M. zu den 53 000 Thalern, so er vor und nach in Preußen erhoben, wie auch zu allem dem, so ihm in Frankfurt zugekommenen (über 30 000 Rth.), nicht das Geringste gegeben worden, sondern das Alles hätte aus ECHD. und Dero Lande eigenen Mitteln zu nicht geringer Beschwerung der armen Unterthanen[2]) genommen werden müssen. Ingleichen wäre ihm auch die Ordre, ehe sein Blut und Leben zu vergießen als selbigen Posto (Gartz ist gemeint) in der Feinde Hände kommen zu lassen, nicht von Ihr. Kais. Majestät, sondern von ECHD. gegeben worden. Daß nun Dieselbe, als Welcher eigentlich die Stadt zugehörte, nicht einmal von dem, welchen Sie selbst hin kommandiret, wissen sollte, wie und warum dieselbe in so wenig Stunden verloren worden, das wolle sich keineswegs reimen."

Wenn in Berichten und Schriftstücken von diesen Truppen die Rede ist, werden sie kurfürstliche, brandenburgische genannt. In der kaiserlichen Resolution vom 2. Juli 1637[3]) über die großen Werbungen werden die damals neu zu werbenden Truppen in Gegensatz gestellt zu denen, „so Ihre Churf. D. neulich in Preußen und anderstwo richten lassen." Im Berichte Blumenthals über die großen Werbungen spricht Knesebeck[4]) über die „damalige Werbung" des Kurfürsten, zu deren Fortsetzung der Kaiser die nötigen Geldmittel hergeben solle. An derselben Stelle erzählt Blumenthal[5]), daß Georg Wilhelm zu neuen Werbungen geschritten sei, da sein eigenes Volk nur aus zwei Regimentern zu Fuß bestand, und nennt die neuen Truppenkörper „die Regimenter und Compagnien, so

1) Relation Sch.s vom 2./12 Okt. 1638.

2) Unterthanen sind hier kurfürstliche Amts-Unterthanen: ebenso giebt es Unterthanen der Landstände.

3) Mörner S. 208.

4) Prot. I, S. 350.

5) Ebenda S. 348.

SChD. zu der Zeit nach einander richten lassen[1])." Derselbe Blumenthal wurde im Sommer 1637 an den kaiserlichen Hof geschickt, um die neuen großen Werbungen zu befürworten. Er meldet am 7. 17. Juni[2], der Kaiser habe gefragt, wie stark der Kurfürst, wie stark Morzin sei; darauf der Abgesandte, nachdem er des letzten Truppenzahl angegeben, „EChD. habe ich aus gewissen Gründen für itzo nicht stärker als 500 Pferde und 100 Dragoner außer dem Fußvolk in den Garnisonen machen wollen." Noch am Ende September dieses Jahres, wo also die neuen großen Werbungen im vollen Gange waren, erwähnt der Kurfürst[3]) in einem Schreiben an den Kaiser sein eigenes Volk, das dem Prager Frieden gemäß nicht in des Kaisers Diensten stehe, um damit Landsberg zu besetzen.

Auch Mörner[4]) ist der Meinung, daß diese „wenigen älteren brandenburgischen Truppen nicht schlecht" gewesen seien. Um nur einen Vorfall zu erwähnen, so berichtet der Kurfürst dem Kaiser am 17. 7. Juli[5]) von einem Erfolge des Rittmeisters seiner Leibgarde, Hartmann v. Goldacker, der mit 300 Pferden über 1300 Feinde gefangen genommen habe. Und Blumenthal sagte dem Kaiser persönlich[6]), mit dem wenigen Volk hätte der Kurfürst gleichwohl bei 6 Regimenter ziemlich ruiniert. Hätte er mehr gehabt, so wäre wohl nicht viel mehr von Wrangels Kavallerie übrig.

Fassen wir diese einzelnen Äußerungen über die im Winter und Frühjahr neugebildete kleine brandenburgische Feldarmee zusammen, so ergiebt sich folgendes: der Kurfürst hat von dem ihm nach dem Prager Frieden zustehenden Recht, in seine festen Plätze eigene Truppen zu legen in so weitgehendem Maßstabe Gebrauch gemacht, daß zu den zwei alten Fußregimentern, Alt-Kracht und Alt-Burgsdorf, noch eins, das von Moritz August v. Rochow[7]), hinzugekommen ist. Er hat sich außerdem vom Kaiser die Erlaubnis erwirkt, mit einer Feldarmee gegen den Feind

---

1) Prot. I, S. 349.

2) Geh. St.A. R. 24b 1c Fasc. 2 vol. II. Der Monat fehlt, es ist aber wohl der Juni.

3) Prot. II, Einl. S. XVIIIn. Das Schreiben ist an den Kaiser gerichtet, nicht an Gallas.

4) S. 155.

5) G. St.A. R. 24b 1c Fasc. 2 vol. I.

6) Bericht vom 17./7. Juni.

7) Mit ihm, der im November 1636 Kommandant in Peitz wurde, ist schon damals eine größere Werbung vereinbart. Das zweite des Obristen Dargitz wurde erst in Preußen geworben.

offensiv vorzugehen; hierzu sind wesentlich Reiterregimenter verwandt, wie es scheint. Über deren Verpflegung sind mit den Ständen keine neuen Vereinbarungen getroffen; die beiden alten Fußregimenter, welche bei den ständischen Verhandlungen „der Stände eigene Truppen" genannt werden, waren eben noch nach dem alten System gebildet und nach dem alten Kontributions-Maßstabe verpflegt. In den Kriegsjahren vor dem Prager Frieden waren in Fällen, wo man nicht mit den Ständen übereingekommen war, vom Kriegsrat die erforderlichen Kontributionsgelder zur Einlieferung in die Kriegskasse ausgeschrieben, ein Verfahren, das in den Verhandlungen vom Februar-April 1636 den Zorn der Stände hervorgerufen, ihren Widerstand verstärkt hatte. Für die neugeworbenen Truppenkörper wurde ebenfalls von den bestehen gebliebenen Kriegsbehörden die Kontribution im Lande ausgeschrieben und die Kreiskommissare angewiesen, für ihre Beitreibung zu sorgen. Soweit es möglich war, verpflegte man zunächst die Reiterregimenter außerhalb Landes. Erst seit 1638 wurde das Land selbst wieder in stärkerem Maßstabe herangezogen, und jetzt war es nötig, die ganzen Beziehungen des Landes zu den Soldaten, namentlich den Unterhalt und die Verpflegung, zu regeln und zu ordnen, was durch das Edikt vom 1. Januar dieses Jahres geschehen ist [1]).

Wir wissen nicht, ob diese Feldarmee, welche also beliebig und nach Bedarf durch Truppenabteilungen aus den Besatzungen der festen Plätze verstärkt werden konnte, der Absicht des Kurfürsten entsprechend ursprünglich nur die beiden Fußregimenter von Rochow und Dargitz und die Reiterregimenter und -compagnien von Pothausen, Erichsohn und Goldacker umfassen oder noch im Laufe der Zeit etwas vergrößert werden sollte. Erst der Tod des letzten Herzogs von Pommern am 10. 20. März 1637 und die bekannte Zumutung des Kaisers, mehreren seiner Obristen eine Werbung von 6000 Mann zu Fuß und 1000 zu Roß im Herzogtum Preußen zu gestatten, veranlaßten den Kurfürsten zu dem Gegenvorschlag, die Werbungen selbst zu übernehmen.

Auf den Verlauf dieser unheilvollen Heeresbildung brauchen wir hier nicht einzugehen. Ich habe in der Einleitung zum 2. Bande der Protokolle [2]) schon auf die Störungen hingewiesen, welche die Eifersüchteleien der kaiserlichen Heerführer dem Unternehmen bereiteten. Oben ist erwähnt, daß selbst Blumenthal im Juni 1637 es nicht wagte, dem Kaiser die volle Zahl der bisherigen brandenburgischen Feldtruppen an-

1) Mylius, Corpus constitutionum Marchicar. III, S. 21 ff.
2) Einl. S. XX ff.

zugeben, sondern sich auf einige hundert Reiter beschränkte. Offenbar liegt dem allen ein tiefes politisches Mißtrauen gegen Kurbrandenburg zu Grunde. Man muß daher auch in dem ausdrücklichen Verlangen des Kaisers, daß diese neu zu werbenden Truppenteile und die vorher geworbenen Regimenter sowohl in des Kaisers als in des Kurfürsten Pflichten genommen werden sollen, das Bestreben sehen, die Prager Friedenspakten von neuem bekräftigen zu lassen und jeden Versuch des Kurfürsten, sich über diesen Vertrag hinwegzusetzen, im Keime zu ersticken. Der Kurfürst und seine Staatsmänner glaubten sich jetzt der Entscheidung über Pommern nahe und suchten die günstige Gelegenheit nach Kräften auszubeuten, allein sie gingen über ihre Kräfte hinaus. Pommern zu erobern und als rechtmäßigen Besitz festzuhalten, das sollte durch die Siege eines Heeres erreicht werden, welches man auf 25 000 Mann zu bringen hoffte. Wie weit die Anzahl der wirklich zusammengebrachten Truppen hinter dieser Zahl zurückgeblieben ist und wie im Laufe des Jahres 1638 die Truppenkörper immer mehr zusammenschmolzen, das hat Mörner an der Hand der Relationen geschildert.

Während das große Werbeunternehmen seinem Niedergang fast unaufhaltsam entgegenging, verließ der Kurfürst ganz im geheimen die Mark und begab sich nach Preußen. Verschiedene preußische Angelegenheiten, namentlich die Seezollfrage und die nach dem Stumsdorfer Frieden sehr notwendig gewordene Reorganisation der kurfürstlichen Domänen und der ganzen Landesverhältnisse waren der Anlaß dazu. Offenbar hat auf den Entschluß Georg Wilhelms aber auch die Erkenntnis eingewirkt, daß er bei dem zunehmenden Siechtum seines Körpers nicht die Kraft und Ausdauer besäße, die kriegerischen Anforderungen seiner Stellung als kaiserlicher Generalissimus voll und ganz zu erfüllen.

Schwarzenberg übernahm mit sehr schwerem Herzen, wie seine Briefe zeigen, die Statthalterschaft und die Aufgabe, nicht nur die Kurmark seinem kurfürstlichen Herrn zu erhalten, sondern auch Pommern hinzuzuerobern. Von der Thätigkeit, welche er im August 1638 begann und die sein Tod am 14. März 1641 erst beendete, erfahren wir bei Mörner nur sehr wenig, nämlich nur eine Auswahl von Relationen und eine kurze unvollständige Zusammenstellung des weiteren Verlaufs.

Die Lage der Dinge in den Herbstmonaten des Jahres 1638 läßt sich schwer beschreiben. Die Truppenteile lösten sich allmählich fast ganz auf, so daß nur eine große Anzahl Stäbe, 27 an Zahl, übrig blieben; die desertierten Soldaten räuberten im Lande umher; die Offiziere waren unwillig und unzufrieden; die kaiserlichen Heerführer überschütteten den brandenburgischen Statthalter und die Kriegsräte mit Hohn; am kaiser-

lichen Heere war man im hohen Grade ungehalten: Trautmannsdorf, welcher im Juni dem Rendezvous der Truppen in Neustadt-Eberswalde beigewohnt, hat den Sohn Schwarzenbergs wegen dieses Unglücks sehr hart angefahren[1]); das Land ist in hohem Grade ruiniert: „vorm Jahre war dieses Land allenthalben (ohne die Neumark und Uckermark) in Consideration der jetzigen Beschaffenheit noch reich und gutes Vermögens", schreibt Schwarzenberg am 24. Dezember / 3. Januar 1639[2]); die Einwohner sind erbittert auf ihre Peiniger, die kaiserlichen und kurfürstlichen Soldaten, schon fangen sie an den Schweden Vorschub zu leisten.

Der Mangel an jeglicher Autorität war eine der Hauptursachen dieses üblen Zustandes; diese wiederaufzurichten wurde des Statthalters erste Aufgabe.

Von den Offizieren waren die vornehmsten General Klitzing und Oberst Konrad v. Burgsdorf. Beide waren mit ihrer Stellung unzufrieden; der erstere sah es Ende August[3]) schon als einen Schimpf an, bei der geringen Truppenanzahl noch den Namen eines Generals zu führen; er wollte Geld haben, gut untergebracht sein; Burgsdorf strebte nach kaiserlichen Diensten, wenigstens hatte er erwartet, mit einem hohen Posten betraut zu werden; unausgesetzt machte er Schwarzenberg zu schaffen. Dieser wünschte[4]), der Kaiser gebe ihm nicht bloß ein Regiment, sondern eine ganze Armee und Geld und Güter dazu, damit er den Kurfürsten nicht mehr beläftige.

Offenbar hat die Unzufriedenheit dieser und aller andern Offiziere ihren Hauptgrund darin, daß sie gezwungen wurden, sich dem Kommando eines Statthalters zu fügen, der selbst Civilist war. Nun trifft diese Bezeichnung für Schwarzenberg nicht ganz zu; er hat in seiner Jugend Feldzüge gegen die Türken mitgemacht und während der bisherigen Kriegsjahre des großen Krieges viel mit militärischen Angelegenheiten zu thun gehabt; brachte er doch 1627[5]) ein kleines Heer für den Kurfürsten zusammen, welches in Preußen von Gustav Adolf allerdings bald auseinandergetrieben wurde. Immerhin traute ihm doch der Kurfürst die erforderlichen Fähigkeiten zu, und wir hören nicht, daß der Kaiser gegen seine Ernennung Einspruch erhoben hätte.

1) Relation vom $\frac{30. \text{ August}}{9. \text{ Septbr.}}$ 1638.
2) Relation.
3) Relation vom 27. August (st. v. ?) 1638.
4) Relation vom 22. August (st. v. ?) 1638.
5) Cosmar, Beiträge S. 340.

Schwarzenberg richtete sehr bald sein Augenmerk darauf, die unnützen Offiziere ganz los zu werden und die überall verstreuten Truppen-Bestandteile zu wenigen Truppenkörpern zusammenzulegen.

Es war nicht leicht, diese Absicht durchzusetzen, aber bis zum Ende des Jahres war sie im wesentlichen erreicht. Der Statthalter konnte im Februar 1639 [1]) den Landständen melden, er habe alle Offiziere ohne Kontentierung abgefunden und allein durch seine Autorität und durch Ermahnungen zur Zufriedenheit disponiert. Aus seinen Berichten an den Kurfürsten geht hervor, daß er sie bei den Vergehen zu fassen wußte, welche sie sich hatten zu schulden kommen lassen. Bei den meisten handelte es sich um die Verwendung der Werbegelder. Die großen Werbungen seit dem Sommer 1637 hatten der kurfürstlichen Kriegskasse reichlich 400 000 [2]) Thaler gekostet, wozu der Kaiser 60 000 Thaler bar beisteuerte; die übrige Summe hatte das Land Brandenburg aufgebracht; es war der Betrag für die seit dem Prager Frieden von den Reichsständen bewilligten 120 Römermonate, welche vom Kaiser dem Kurfürsten erlassen waren. Mit den Werbegeldern hatten die meisten Offiziere ein gutes Geschäft gemacht, da sie ihren Verpflichtungen, die vereinbarte Anzahl Soldaten zu liefern, nur in ganz unvollkommener Weise nachgekommen waren; und so gelang es dem Statthalter sie unter Ersparung der sonst üblichen Abdankungsgelder zu verabschieden. Gegen einzelne von ihnen ging er zugleich mit voller Schärfe der Justiz vor, so gegen Rüdiger v. Waldow, den Oberstlieutenant Milatz [3]) und Kehrberg; allerdings konnte er nicht verhindern, daß die Kriegsräte den ersten gegen einen Revers entließen. Gegen den meineidigen Wrangel, der im Januar mit seinem Regiment zu den Schweden überging, wurde in contumaciam verfahren, worüber Mörner [4]) kurz berichtet hat. Zu dem Kriegsgericht [5]), welches ihn aburteilte, waren berufen die Obristen Konrad und Ehrentreich v. Burgsdorf, Volkmann, Dietrich Kracht, v. Rochow; die Obristen-Wachtmeister Marcus Lütcke, Georg v. d. Marwitz und Georg Wilhelm v. Rochow; die Obristen-Lieutenants Hartman Goldtacker, Johann de Wahl, Jost Friedrich v. Oppen; die Rittmeister Caspar Otto v. Strauß, Christoph v. d. Goltz, Joachim v. Grewenitz; die Hauptleute J. Holst, Hans Schilling und Reinhart v. Hondorff.

1) G. St.A. R. 20. W. 3.
2) Mörner S. 207. Rel. Schwarzenbergs vom 22. August 1638 st. v. u. a.
3) Rel. vom 16. 26.) Sept. 1638.
4) S. 245.
5) Rechtmäßige Sentenz u. Urthel v. 21. Februar 1639 st. v. in R. 21. 136 l.

Auch im übrigen begann Schwarzenberg, soweit es ihm möglich, mit empfindlichen Strafen[1]) gegen marodierende Soldaten vorzugehen. Zugleich ordnete[2]) er die Abschaffung der militärischen Exekutionen an und bestimmte, daß, wenn Offiziere liquide Forderungen zu erheben hätten, die Landreiter und andere Landesbediente die Exekution ausüben sollten. Als Klitzing[3]) und Burgsdorf[4]) dagegen handelten, verwies ihnen der Statthalter dies und ließ die exekutierenden Soldaten verhaften.

Es seien alles Anstalten zur Erleichterung und Soulagierung der hochbedrängten und erschöpften Lande, schrieb[5]) er dem Kurfürsten; er glaube seiner Zustimmung sicher zu sein.

Nicht minder war Schwarzenberg darauf bedacht, die festen Orte[6]) des Landes in einen besseren Verteidigungszustand zu setzen, Munition herbeizuschaffen, und für Bekleidung[7]) und Ausrüstung der Truppen, soweit es irgend möglich war, zu sorgen.

Auch die Abdankung überflüssiger Verwaltungsbeamten im Heere und am Hofe gehört zu den Maßregeln, durch die der Statthalter versuchen wollte, die Lasten des Landes zu vermindern und die Verhältnisse auf allen Gebieten zu reformieren: schon Anfang September[8]) 1638 schlug er vor, die überflüssigen Quartiermeister, Adjutanten, Kommissarien, Auditor, Obergeschützhauptmann, Konduktoren, Profoß und andere zu entlassen, und Ende November[9]) verlegte er den Hofstaat nach Berlin, nachdem er außerordentliche Einschränkungen vorgenommen hatte, wodurch er der Speisung einer ganzen Anzahl Hofbeamten überhoben wurde.

Die Civilverwaltung hörte, soweit sich dies machen ließ, keineswegs auf, und in den vom Kriege auf die Dauer noch verschont gebliebenen Landesteilen wurden eingetretene Vakanzen fast regelmäßig wieder besetzt, wenigstens finden sich in den Relationen Vorschläge dafür, denen der Kurfürst meistens zustimmte.

1) Rel. vom 16./26. Sept., 29. Sept./9. Okt., 13./23. Nov. 1638. 14./24. Jan. 1639: zwei raubende Reiter von Wrangels und Goldtackers Truppen wurden gekopft.

2) Rel. vom 16./26. Sept. 1638.

3) Rel. vom 29. Sept./9. Okt. 1638.

4) Rel. vom 24. Sept./4. Okt. 1638.

5) Rel. vom 16./26. Sept. 1638. Vgl. auch 17./27. Dez.

6) Rel. vom 29./30. Okt., 23. Okt./2. Nov., 29. Okt./8. Nov. 1638.

7) Rel. vom 26. Nov./6. Dez. 1638.

8) Eigenhändige Rel. vom 27. Aug./6. Sept. 1638.

9) Rel. vom 12./22. Nov. 1638.

Im Anfang des neuen Jahres meldete[1]) der Statthalter dem in Königsberg weilenden Geheimen Rat v. Brunne: „Die Reductionen sind nunmehr mit gutem Glimpf Gottlob alle vollbracht, also daß es jetziger Kriegsgelegenheit nach ziemlich wohl steht. Gott gebe nur, daß uns die Schweden nicht zu mächtig werden und das Compaß verrücken. Die Freunde, Kaiserliche und Sachsen, bringen uns auch keinen Nutzen; soviel ich kann, suche ich Schaden abzukehren."

Die militärischen Verhältnisse erhielten folgende Gestaltung: Klitzing verzichtete gegen Einräumung des Kommandos von Peitz und der Hauptmannschaft von Kottbus auf sein Generalat[2]); sein Regiment war in die kaiserliche Armee aufgegangen. Er klagte[3]) Konrad v. Burgsdorf verleumderischer und aufreizender Reden an; der habe ihn zum Widerstand verleitet. In der That erscheint Burgsdorf einer besonnen abwägenden Betrachtung in einem eigentümlichen Lichte. Spannagel hat Recht[4]), wenn er ihn ungünstiger beurteilt, als ich es noch im ersten Bande der Protokolle gethan. Es ist freilich schwierig, diesen Charakter ganz zu enträtseln. So lange Schwarzenberg Statthalter war, hat er nicht aufgehört zu querulieren, zu klagen und widerspenstig[5]) zu sein. Im Grunde ist es doch wohl verletzte Eitelkeit, die ihn dazu anstachelte. Das Thema „Burgsdorf" kehrt in den Relationen des Statthalters und den Antworten des Kurfürsten immer wieder; gewiß hat dieser Obrist, der vertraute Jugendfreund des Kurfürsten, mit die Hauptschuld an den Schwierigkeiten, die sich vor Schwarzenberg immer von neuem auftaten. Es gelang wenigstens ihn zunächst in Küstrin als Kommandant festzulegen; sein kaiserliches Regiment zu Roß ließ er sich jedoch trotz der Einwendungen des Kurfürsten und des Statthalters nicht abwendig machen. Hätte Burgsdorf sich dem letzten freudig zur Verfügung gestellt, so wäre manches anders gekommen. Beide Offiziere, Klitzing und Burgsdorf, wurden verpflichtet lediglich auf die Erhaltung ihrer Festungen bedacht zu sein. Die Obristen Kracht, Volkmann und Rochow und ein

1) Rel. vom 1. 11. Januar 1639.

2) Im nächsten Jahre trat er in braunschweigische Dienste. Vorher bedurfte es der Ablösung des ihm verpfändeten Amtes Sarmund, wofür Schwarzenberg 14000 Thaler vorstreckte.

3) Rel. vom 9. 19. Dezember 1638.

4) In einer Besprechung des IV. Bandes der Protokolle in der Historischen Zeitschrift.

5) Schwarzenberg sagt einmal (2. 12. Dez. 1638), er hoffe, es sei bei Burgsdorf ein Defekt vom judicio und nicht eine malitia. — Fast Tag für Tag überschüttete er den Statthalter mit Klagebriefen (R. 21. 27 h).

vierter Obrist, dem die 8 Alt-Krachtschen Compagnien und die 3 Dargitzschen gegeben werden würden (sie erhielt nachher Georg Friedrich v. Trotha), sollten allein im Felde gebraucht werden; zusammen mit dem Reiterregiment des Ehrentreich von Burgsdorf und den 5 Goldtackerschen Compagnien bildeten sie in den ersten Monaten von 1639 den Bestand der reorganisierten brandenburgischen Feldarmee.

Nicht nur vom Kurfürsten eine Bestätigung aller seiner Maßregeln zu erlangen war des Statthalters sich immer wieder erneuerndes Bemühen, er hielt es im Interesse der augenblicklichen Lage und der weiteren Zukunft des Staates für das Beste, auch die Landstände womöglich damit auszusöhnen und sie für gemeinsames Handeln im Dienste des kurfürstlichen Hauses zu gewinnen.

Zum 14. (24.) Februar 1639 berief er die Landstände der am nächsten gelegenen und verhältnismäßig noch in besserem Zustande befindlichen Kreise und ließ ihnen folgende Auseinandersetzung unterbreiten [1]).

Er habe nach dem Abgang der 23 Regimenter und Eskadronen sich bemüht sie abzudanken. Dies war schwierig, da alle Offiziere ohne Kontentierung abzufinden waren, aber er habe sie allein durch seine Autorität und Ermahnung zur Zufriedenheit disponiert. Nur 7 Regimenter und 13 Compagnien zu Pferde seien übrig geblieben. Nun klagten aber die Offiziere, daß sie ohne den nötigen Unterhalt die Soldaten nicht festhalten noch an Plünderungen verhindern könnten. Wenn die Stände bei der Negation blieben, wolle er dem Kurfürsten gern zu weiteren Abdankungen raten; da er aber nicht glaube, daß dadurch den Ständen eine Erleichterung zu Teil werde, habe er sie vorher hören und von ihnen vernehmen wollen, „ob sie J. Ch. D. ratsamer und dem Lande nützlicher zu sein befinden würden, die 7 Regimenter im Dienst zu behalten und für den Unterhalt zu sorgen oder einen Teil derselben, namentlich von den 13 Compagnien zu Pferde abzudanken." Auf der einen Seite stehe Armut und großes Elend im Lande, auf der andern der Soldaten Unterhalt und des Landes Wohlfahrt und Konservation.

1) Aus Geh. St.A. R. 20. W. 3. Brate sagt in seiner Dissertation S. 9: „Träger derselben (der Opposition) waren zunächst die Stände, die berufenen Vertreter der märkischen Sonderinteressen, aber Schwarzenberg machte ihren Widerstand dadurch unschädlich, daß er sie nicht berief. Bei Abschluß des Prager Friedens hatte er sie noch befragt: die Avokatorialmandate aber und ebenso die Werbungen erfolgten ohne der Stände ‚Gedanken und Einrathen', die Kriegsfeuerverwaltung ward ihnen genommen". Meine Mitteilungen über die Berufung der Stände 1636 und 1639, Protokolle II, Einl. S. XIII u. XXIII, sind hier uberiehen.

Weitere Reduktion sei bedenklich, zumal der Kurfürst kürzlich deren Kompletierung zum künftigen Frühling restribiert habe. Ohne äußerste Periclitierung der Festungen, der Residenzen und des ganzen Landes könne kein Fußvolk mehr abgedankt werden. Von einer Reduktion der Reiterei sei keine Erleichterung, sondern nur Beschwerung zu erwarten, da dann Freund und Feind bis vor die Thore der Festungen und der Residenzen reiten, auf die Ein- und Ausreisenden Acht haben, plündern und Ackerbau, Nahrung und Commercien hindern würden. Auch die Unterhaltung der Besatzungen in den Festungen sei dann schwer zu bewerkstelligen. Dann würde es sofort nötig sein, den Kaiser oder Sachsen um Hülfe anzugehen und um Zuschickung einiger Regimenter zu bitten. Daraus entstünden nur doppelte Beschwerden, wie sie wüßten. „Wodurch dann J. Ch. D. bisheriger, wegen des weinigen Volks noch gehabter geringer Respekt ganz zerfallen und niederliegen würde, gestalt solches alschon von denen in der Nähe liegenden 7 kaiserlichen Regimentern, welche auf J. Ch. D. Schreiben und Begehren das Weinigste nicht achten noch sich wieder zurück nach der Schlesien und ihren Quartieren begeben wollen, sondern vorschützen, daß sie von denen, so sie hereingeschickt, auch wieder zurückgefordert werden müßten, geschiehet!" Nach Abdankung der Reiterei würde die wenige feindliche Reiterei an der Elbe und in Mekleuburg die ganze Priegnitz, Ruppin und das Havelland überziehen. Die Schweden würden diese abgedankten Reiter mit offenen Armen aufnehmen. So lange der Kurfürst diese Truppen hatte, habe das Land nicht zu den Kriegs- und Reichssteuern beizutragen brauchen, sondern die seien erlassen gewesen. Dies würde nach Abdankung der noch übrigen Truppen aufhören.

Er wolle mit diesen Ausführungen den Ständen nicht präjudiciert haben, sondern gebe sie ihrer Deliberation anheim.

Die Antwort erfolgte zwei Tage später. Stände erkennen die Bemühungen Schwarzenbergs mit Dank an. Die Beschwerden der Offiziere könnten sich nur auf einzelne beziehen, da sie im Havelland und im Teltow stets kontribuiert. Gewalt der Offiziere beklagten sie. In den andern Kreisen herrsche völliges Unvermögen; adlige Witwen und Kinder müßten ihr Almosen vor den Thüren suchen und stürben vor Hunger: im Ober-Barnimschen Kreise ständen noch 28 adlige Leichen über der Erde, welche von den Hinterbliebenen der Armut wegen nicht beerdigt werden könnten, auch in den Städten herrsche Not.

Sie fänden es nicht thunlich der Herrschaft vorzugreifen, sondern gäben unterthänigst anheim in Gnaden zu erwägen, ob die Reiterei zu behalten und ob sie zu unterhalten. Sie hätten nicht das Absehen des

Kurfürsten bei den großen Werbungen gekannt und könnten daher nicht sagen, ob die Truppen abzudanken seien. Woher die Verpflegung zu nehmen wäre, sei nicht abzusehen. Sollten die Festungen in andere Hände, sei es Freund oder Feind, kommen, so würde der Kurfürst sie Zeit seines Lebens, vielleicht garnicht wieder in seine Gewalt bekommen. Eine Verstärkung der Regimenter im Frühling möchten sie dem Kurfürsten wünschen, wüßten aber nicht, wie dazu zu gelangen wäre; selbst wenn man die Bettler von den Gassen nehme, ginge es nicht; auch seien nicht Pferde genug im Lande.

Der Statthalter möchte auf der einen Seite den Vorrat des Landes, auf der andern den notwendigen Unterhalt der Soldaten berücksichtigen, daraus das Facit ziehen und thun, was möglich. Sie erkännten die Gründe an, weshalb die Reiterei nicht abzudanken sei. Endlich berufen sie sich noch auf eine Resolution von 1638 [1]) wegen der Jurisdiktion der Offiziere.

Er wolle auf Erleichterungen bezüglich der 7 Regimenter bedacht sein, erwiderte ihnen Schwarzenberg am 1. März, hoffe dann aber, daß die Stände bis zur Möglichkeit gänzlicher Abdankung die Truppen unterhalten würden. Den Offizieren wolle er die Übergriffe verweisen. Eventuell werde er die Soldaten abwechselnd in andere Kreise führen, um sie zu entlasten. Eine Kompletierung sei zwar notwendig, aber da die Stände sie für unmöglich und effektlos hielten, wolle der Kurfürst für jetzt davon absehen. Der Unterhalt aus der Uckermark geschähe nur noch für eine Compagnie, aus der Altmark, Priegnitz, Ruppin käme fast nichts; ebenso aus der Neumark seit einem Jahre nicht.

Eine Schlußerklärung gaben die Stände am 25. Februar (7. März): „Daß die Garnisonen in den Festungen, weiln an deren Manutention gar hoch und viel gelegen, notwendig unterhalten werden müßten, sei der Stände Meinung je und allewege gewesen." Burgsdorf sei, wie es heiße, ein Jahrgeld gegeben; es wäre gut, wenn dies mit den andern Obristen auch geschähe. Unter gewissen Bedingungen sei zum Unterhalt der Garnisonen auf zwei Monate die Möglichkeit vorhanden; wenn aber die 13 Compagnien Reiter blieben und die Compagnien zu Fuß, die zum Teil, ohne das erste Blatt, nur 18—20 Mann stark wären, auf 150 und für komplet traktiert würden, werde das Land dadurch vollends zu Grunde gehen. „Es kann wohl sein, daß ein Soldat in 10 Tagen bei dieser teuern Zeit mit einem Thaler nicht weit reichen wird, dagegen aber ist

1 Diese ist mir bisher unbekannt.

zu erinnern, daß meistenteils Einwohner, Adel und Unadel, wohl in ihrem ganzen Vermögen nicht einen Thaler haben."

Der Statthalter habe zugegeben, daß die Stände, wenn einer oder der andere seinem Gebote nicht gehorche, sich an den Kurfürsten selbst wende. Sie hielten es aber „aus vieler, bishero empfundenen gnädigen Affektion" für sicher, „es werde Seine Hochwürden und Gnaden solche Ihre zu den Ständen getragene Faveur von ihnen nicht wenden, sondern darauf in Gnaden gedenken helfen, wie die nunmehr unerträgliche Last von diesem Lande abgewendet werde."

Gleichzeitig mit den Landständen weilten die zur Abhaltung des Kriegsgerichts über den meineidigen Wrangel berufenen höheren Offiziere in der Hauptstadt. Schwarzenberg benutzte diese Gelegenheit dazu mit ihnen in nähere Verbindung zu treten, ihre Teilnahme und ihr Interesse für die Sache des Kurfürsten und die unglückliche Lage des Landes anzuregen, sie zu thatkräftigem Handeln anzuspornen und ihre Ansicht über ein wirkungsvolles kriegerisches Vorgehen zu vernehmen. Er ließ den 5 Obristen und Obristlieutenant Goldtacker durch Blumenthal in längerer Auseinandersetzung [1]) ans Herz legen, daß sie vor allen Dingen auf gute Disciplin ihr Augenmerk richten möchten; er habe jetzt die Stände berufen, um sie für Darreichung des Unterhalts der Soldaten willfährig zu machen, nun müsse er aber auch erwarten, daß die Offiziere scharf darauf achteten, daß der gemeine Mann die Einwohner des Landes nicht durch Raub, Plünderung und Vergewaltigung schädige und bedränge, wie es bisher öfter der Fall gewesen sei, sondern ihnen vielmehr Schutz gewähre, damit sie bei Haus und Hof bleiben, Nahrung beschaffen, Handel und Wandel treiben und Ackerbau pflegen könnten. Sache der Offiziere sei es ferner die Leute gut zu halten, nicht auf ihren Privatnutzen zu sehen, sondern auf regelmäßige Löhnung und Unterhalt der Soldaten bedacht zu sein. Er erinnerte sie daran, daß sie als brandenburgische Landeskinder und dem Landesherrn mit Eid und Dienst verpflichtete Soldaten die schwere Not des Vaterlandes berücksichtigen und danach ihr ganzes Verhalten einrichten möchten. Er stellte schließlich die Frage an sie, mit welcher Operation man in Anbetracht der augenblicklichen Lage der Dinge am besten den bevorstehenden Frühjahrs- und Sommerfeldzug einleite.

Auf diese Ansprache des Statthalters erwiderten die zusammengetretenen sechs Offiziere: sie dankten für seine Fürsorge und seien bereit Leib und Leben für ihren Kurfürsten einzusetzen; zwar sei ihnen nicht

1) Vgl. Beilage II.

bewußt, daß mit ihrem Willen Pressuren und Übelthaten der Soldaten ausgeübt und nicht gebührend geahndet seien, aber sie seien erbötig in Zukunft sorgfältig auf gute Disciplin zu achten und bäten nur durch die Kriegskanzlei dabei unterstützt zu werden. Wenn der Unterhalt für die Soldaten öfter durch die Exekution als mit Güte hätte beigetrieben werden müssen, so liege dies an dem hartnäckigen Widerstand der Bevölkerung, an dem Mangel einer Polizei in den Städten und an dem geringen Traktament, dem sie sich jetzt unterwerfen müßten. Von den drei Wegen, welche für den Feldzug vorgeschlagen, hielten sie eine Diversion nach Hinterpommern für das richtigste. Es sei nur dabei der geringe Bestand und namentlich der schlechte Zustand des soldatischen Materials zu bedenken, die üble Bewehrung und Bekleidung und die keineswegs günstige allgemeine Lage der pommerschen Bevölkerung; besonders käme aber auch in Betracht, daß man vor einem Überfall Baners auf der Hut sein müsse. Sie geben anheim, da es ihrer Ansicht nach unmöglich sein werde Reiter und Fußvolk im Lande zugleich zu unterhalten, die Kavallerie dem Kurfürsten von Sachsen auf eine Zeitlang zu übergeben, mittlerweile das Fußvolk zu ergänzen, besser zu bekleiden und auszurüsten und später mit dazu erbetener kaiserlicher und sächsischer Hilfe den Feind aus Pommern gemeinsam zu verjagen.

Damit fand diese Besprechung ihr Ende. Der Statthalter war es, welcher nunmehr nach Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse den Entschluß zu fassen hatte, was geschehen solle.

Überblicken wir kurz alle Maßregeln, welche Schwarzenberg ergriffen, seitdem er anfing einzusehen, daß eine Reduktion der kurfürstlichen Truppen notwendig sei, so gewinnen wir den Eindruck, daß er von dem Augenblick dieser Erkenntnis an in Aussicht genommen hat, nicht bloß zu reduzieren, sondern in umfassender Weise zu reorganisieren. Beschränkung und Konzentrierung der Kräfte, das sind die Grundsätze, nach denen er handelte; und nur mit einer kleinen, aber wohldisciplinierten Macht glaubte er noch einige Erfolge erringen zu können.

Was die Stärke der kleinen Armee betrifft, welche dem Kurfürsten in den beiden letzten Jahren seiner Regierungszeit hier in den Marken zur Verfügung gestanden, so hat Mörner eine Liste aus dem Jahre 1639[1]) und eine von 1640[2]) veröffentlicht. Danach betrug die Anzahl der gesamten Truppen am Ende des ersten Jahres reichlich 4500 Mann, etwa 1100 Mann Kavallerie und 3500 Mann Fußtruppen[3]); im Oktober

1) S. 227 ff.
2) S. 247.
3) Vgl. hierzu Beilage III.

1640 etwa ist die Gesamtzahl auf 6100 Mann gestiegen, von denen 4600 Mann zu Fuß, 1500 zu Pferde zu zählen sind.

Wenn es auch fraglich sein mag, ob im Jahre 1640 wirklich der Bestand ein so großer war, so entspräche doch die Verstärkung im letzten Jahre durchaus den Bemühungen, welche Schwarzenberg für diesen Zweck unausgesetzt aufwandte. Ebensowenig als die Klagen über Desertionen in den Relationen aufhören, ebensohäufig ist davon die Rede, die überall klaffenden Lücken und die durch Unglücksfälle aller Art gelichteten Reihen der verschiedenen Truppenkörper wieder auszufüllen. In diesem Sinne war er thätig, und wenn auch immer von neuem die Leute ausrückten, so enthalten die Relationen immer wieder Mitteilungen über veranstaltete Neuwerbungen. Zuerst setzte der Statthalter große Hoffnungen auf das Herzogtum Preußen. Um die vielen unberittenen Kavalleristen beritten zu machen, erbat [1]) er sich 2—400 Pferde aus Preußen; erst im Juni 1639 gelang es, hundert und einige wirklich in die Mark einzuführen. Später [2]) wird gar eine Werbung von 1000 Reitern und 2000 Mann zu Fuß in Preußen erwogen, wozu es aber nicht kam. Im Winter 1639, wo die Lage besonders schlimm war, wurde Obristlieutenant Goldtacker zum Kurfürsten gesandt [3]), um ausführlichen Bericht zu erstatten und Neuwerbungen energischer zu betreiben. Er kehrte Anfang April 1640 mit mehreren hundert Reitern von der Leibgarde und Neugeworbenen zurück, aber es kam nichts Rechtes bei diesen preußischen Werbungen heraus; sie haben „ein Großes gekostet [4]), aber in effectu wenig oder nichts genutzet." Statt der Werbung in Preußen empfahl Schwarzenberg im Herbst 1640 einen Austausch der in Cleve-Mark stehenden brandenburgischen Truppen unter Butler mit kaiserlichen; schon im Februar 1639 [5]) hatte er von dort die Abführung der Reiterei des Obristlieutenants Landsperg betrieben. Endlich sind die kurmärkischen Regimenter mehrfach durch Werbungen im eigenen Lande und in dessen Nachbarschaft ergänzt worden, wozu Schwarzenberg Mittel aufzutreiben wußte und sogar selbst vorschoß [6]).

Zum Schluß dieser Ausführungen noch einige wenige Worte über

1) Rel. vom 8./18. Okt. 1638.
2) Beilage IV.
3) Instruktion vom 19./29. Dez. 1639.
4) Beilage V.
5) Beilage I.
6) Seit dem Winter 1639/40 ist von 6000 Thalern in den Relationen die Rede, welche Schwarzenberg vorzustrecken versprach; es scheint aber, daß sie nicht bloß für Werbungen, sondern auch für andere Zwecke verausgabt worden sind.

die Kriegsoperationen und deren Erfolge. Im Anschluß an das Gutachten der Offiziere und trotz der Bedenken, die sie geltend gemacht, wurde schon im März vom Obristlieutenant Goldtacker versucht, die von den Schweden belagerte Stadt Demmin zu entsetzen oder wenigstens zu verproviantieren, ein Unternehmen, das mit großer Kühnheit und Umsicht betrieben wurde, aber fehlschlug[1]). Dieser Umstand zwang Schwarzenberg, sich zunächst auf die Defensive zu beschränken; „weil die Garnisonen in den diesseitigen Quartieren durch Abgang der Kavallerie also beschaffen," schreibt er dem Kurfürsten am 2. (12.) April, „daß man mehr auf die Defension und Maintenirung E. Ch. D. alschon inhabenden Posti, als Offension und Persequirung des Feindes reflectiren muß." Als jedoch bis zum Sommer die Kavallerie Verstärkungen erfahren hatte, wurden auch wieder Vorstöße gemacht, wobei es im Juni dem Oberstwachtmeister Lütke gelang, die Stadt Plauen in Meklenburg zu entsetzen. Ebenso hatten Goldtacker und andere Reiteroffiziere im Laufe des Sommers neue Erfolge aufzuweisen. Denen gegenüber fielen die Verluste von Landsberg, Driesen und später Frankfurt schwer ins Gewicht. Im Jahre 1640 ist dann ein Aufschwung der brandenburgischen Waffen eingetreten, insofern als eine Anzahl kleinerer Waffenthaten in der Altmark, an der untern Elbe, in der Niederlausitz, sogar in Meklenburg zu verzeichnen sind, und da die Schweden im Anfang Oktober ihre gesamte Kavallerie nach Hinterpommern gezogen hatten, um sie zu Stalhans in Schlesien stoßen zu lassen, so glückte um diese Zeit Goldtacker sogar ein kräftiger Vorstoß nach Pommern.

Man darf bei der Beurteilung dieser ganzen Kämpfe nicht außer acht lassen, daß sie der Art der damaligen Kriegführung entsprachen, welche weniger in der Vernichtung des Gegners durch kräftige Schläge, als in seiner Unschädlichmachung ihre Aufgabe erblickte: durch den Überfall der Proviantzufuhren, durch die Störung der Werbe- und Musterplätze, durch die Wegnahme aller der kleinen festen Plätze, in denen überall verstreute Detachements untergebracht waren, sollten größere Truppen-Zusammenziehungen vereitelt werden. Für diese Zwecke waren verwegene Reiterführer am Platze; denn auf die Reiterei kam es dabei an, und bei der Reiterei besonders auf die Dragoner, wie bekannt, eine

1) Bei vielen fehlgeschlagenen Unternehmungen dieser Art ist Verräterei der Einwohner im Spiele, welche den Schweden Spionendienste leisteten. Ließ sich doch sogar Samuel v. Winterfeldt eine derartige Handlungsweise zu schulden kommen, als er Ende Mai den Schweden die Stärke der Garnison in Havelberg verriet. Er begab sich darauf nach Hamburg. Rel. vom 30. Mai (9. Juni).

kombinierte, zugleich auf das Fußgefecht eingeübte Truppe. Eine Verstärkung der Reiterei war daher Schwarzenbergs unausgesetztes Bemühen; im Anfang September[1]) 1639 heißt es, der Feind habe keine Kavallerie mehr, und auch im Sommer 1640 beruhten die brandenburgischen Erfolge, von denen ich gesprochen, wesentlich auf der Stärke und Überlegenheit der Kavallerie. Immerhin waren die festen Plätze jenseits der Oder und Elbe, Driesen, Krossen, Landsberg, Frankfurt, Gardelegen und Salzwedel in den Händen der Schweden und ziemlich stark besetzt, während dies mit den noch im brandenburgischen Besitz befindlichen festen Orten, wie Beeskow, Fürstenwalde, Zehdenick, Köpenick, Fehrbellin und den eigentlichen Festungen nicht genügend der Fall war.

Mit dieser kurzen Skizze habe ich versucht meine, in den Einleitungen der Protokolle mitgeteilten Notizen über die militärischen Zustände in der Mark ein wenig weiter auszuführen; ich wollte jedoch nur andeuten[2]), daß Schwarzenberg in den beiden Jahren 1639 und 1640 sich ernsthaft bemüht hat, mit einer disciplinierten kleinen Feldarmee kriegerische Operationen aller Art gegen einen stärkeren Feind zum Teil mit Glück zu unternehmen. Wenn diese brandenburgischen Truppen wirklich nur „ein zuchtloser Haufe" waren, wie dies von den Anhängern[3]) der bisherigen Anschauung behauptet wird, und da dieser „zuchtlose Haufe" das letzte Überbleibsel der seit dem Sommer 1637 geworbenen Soldaten, die schon im Herbst 1638 auseinanderliefen, gebildet haben soll, wie ist es denn in aller Welt zu erklären, daß die Schweden, nachdem Gallas und die kaiserliche Hauptarmee im Winter 1638/39 abgezogen waren, diesen „zuchtlosen Haufen" nicht schon damals einfach über den Haufen rannten, anstatt sich zu dem Versuch dazu mehr wie zwei Jahre Zeit zu lassen? Es ist ganz unbegreiflich, weshalb die Schweden gegen die seit zwei Jahren doch immer zuchtloser gewordenen Haufen erst in den ersten Monaten des Jahres 1641 die ungeheure Macht von „12000 Mann" aufboten, welche damals „von[4]) allen Seiten die Marken umklammert und langsam sich vorschiebend immer enger einschließt," eine Macht, die sogar „dreifach" der brandenburgischen überlegen gewesen sein soll!

Ich bin auf Grund der Nachprüfung in der Lage, nicht nur meine

1) Rel. vom 6./16. Sept. 1639.

2) Ein vollständiges Bild werden erst die außerordentlich umfassenden Relationen und die Korrespondenzen mit Burgsdorf gewähren.

3) So äußert sich nach Mörner und Droysen Brake in seiner Dissertation S. 62: „Da das vorhandene Heer aber nur ein zuchtloser Haufe war."

4) Brake S. 38.

Ausführungen in den Einleitungen zu den Protokollen aufrecht zu erhalten, sondern es noch viel wahrscheinlicher zu machen, daß eine Fortsetzung der Kriegspolitik gerade den Erfolg herbeigeführt hätte, auf den der Kurfürst Friedrich Wilhelm im Jahre 1652[1]) seine Landstände hinwies, daß nämlich die Krone Schweden dadurch genötigt wurde, selbst einen Waffenstillstand oder Frieden nachzusuchen.

Ich will dabei von der Untersuchung ausgehen, was es mit der „dreifach überlegenen" Macht der Schweden von 1641 für eine Bewandtnis hatte. „In der Altmark, Magdeburg, Halberstadt stehen etwa 2500 Mann," sagt Brake[2]), und weiter[3]): „Hier in der Altmark ist Gardelegen, das im Januar 1639 verloren ging, der Stützpunkt der schwedischen Macht, von dem aus sie immer weiter um sich greift. Hier sitzt der Obrist Dubaldt als schwedischer Commandant. Die letzten kurfürstlichen Garnisonen, die sich hier behaupten, sind Tangermünde, wo der Kapitän Tembler vom Regiment Volkmann mit 60 Mann zu Fuß und 30 Pferden liegt, und Stendal. Aber auch sie fallen noch in den letzten Tagen des Jahres 1640 bei einem letzten vergeblichen Versuch des Obristen Volkmann, dem Feinde hier Abbruch zu thun, den Schweden in die Hände."

Das heißt also: die Schweden, welche im Januar 1639 Gardelegen erobert haben, verwenden die Stadt als Stützpunkt dazu, um immer weiter um sich zu greifen; trotzdem gelingt es ihnen erst Ende des Jahres 1640, Tangermünde mit 90 Mann Besatzung und Stendal zu nehmen.

Nun versage ich mir durchaus für diese Kritik archivalisches Material herbeizuziehen, sondern begnüge mich mit der gedruckten Litteratur. Am 23. Dezember 1640[4]) berichtete Schwarzenberg an den Kurfürsten folgendermaßen: „E. Ch. D. soll ich hiermit gehorsamst nicht verhalten, welcher Gestalt ich vor ohngefähr 6 Wochen den Obristen Georg Volckmann mit etzlichen Trouppen zu Roß und Fuß vornehmlich aus diesen Ursachen nacher der Altmark expediret hab, damit dieselbe, als die eine geraume Zeit hero allein dem Feinde monatlich eine namhafte Summe Geldes contribuiret, vor E. Ch. D. auf den Beinen habende Trouppen aber, unangesehen sie dazu in Güte oft und viel anermahnet worden, wenig oder nichts hergegeben, durch Fassung eines oder des andern vor-

1) Prot. IV, 569.

2) Ich sehe mich zu meinem Bedauern durch die Bemerkung Meineckes genötigt, die folgende Kritik an der Dissertation zu üben.

3) S. 3*.

4) U.-A. I, 377 f.

telhaften Posto zu ihrer Schuldig- und mehrer Willfährigkeit angetrieben und darneben dem Feinde aller möglicher Abbruch gethan werden möchte. Es hat auch besagter Obrister solche ihm aufgetragene Conducte also vorsichtig geführet, daß er nicht allein die Altmärckische Eingesessene dahin disponiret, daß sie nebst Verpflegung der Guarnison in der Werber Schantzen auch vor die andere E. Ch. D. Völker monatlich 2000 Thaler und dann ein gewisses zu Bekleidung der Infanterie zusammen zu bringen und abzustatten sich verpflichtet, besondern er ist auch sonder einigen Verlust, nachdem er das Haus zu Tangermünde mit einer nothdürftigen Besatzung versehen und benebenst ziemlich verbauet, mit den Trouppen hinwieder zurück in die Quartiere kommen. Der Feind zwar hat verschiedentlich versuchet, E. Ch. D. Völkern einzufallen und denselben Abbruch zu thuen, mit deme dann auch theils Lüneburgische Trouppen, unangesehen man denselben dieser Seits darzu die allergeringste Ursach oder Anlaß nicht gegeben, sich conjungiret: haben aber dennoch, Gott Lob, nichts verrichtet; denn ob sie wol anfangs mit in 1000 Pferden, darunter die meisten Lüneburgische gewesen, den alhiesigen der Zeit in Stendal gelegenen Trouppen einzufallen gemeinet, auch allschon bis Garleben kommen, so seind sie dennoch, nachdem sie von der guten Positur und Wachsamkeit E. Ch. D. Völker Aviso erlanget, unverrichter Dinge und gleichsam flüchtig, indem sie der Gefangenen Aussagen nach in einem Tage 11 Meil Weges geritten, zurück geeilet. Sie seind zwar wenig Tag hernach, nachdem sie sich verstärket, mit 4 Regimentern, darunter 2 Lüneburgische gewesen, und etzlichen Stücken wiederkommen und die in Stendal damit zu attacquiren vermeinet; nachdem aber anfangs ermelter Obrister Volckmann davon zeitig Nachricht erlanget und judiciret, daß nicht rathsam die Trouppen separiren und in Stendal einschließen zu lassen, hat er dieselbe an sich nacher Tangermünde gezogen und daselbst Posto gefasset, darinnen aber der Feind sich nicht getrauet ihn anzugreifen. Inzwischen ist ein harter Frost eingefallen, die Elbe mit Grundeise stark angefüllet und die Überfahrt sehr difficil worden und daher nicht rathsam gewesen, länger zu besagtem Tangermünde stehen zu bleiben; derowegen mehrgemelter Obrister Volckmann hat in Zeiten die Völker überbringen und das Haus zu Tangermünde, wie gedacht, mit nothdürftiger Guarnison, um einen Fuß in der Altmarck zu behalten und dem Feinde das Überkommen und Beschädigen dieser Quartier, wie in voriger Zeit oft und viel geschehen, zu verwehren, besetzt hinterlassen; worauf ein Lüneburgischer Rittmeister mit ohngefähr 100 Pferden vor Stendal sich praesentiret, denen die Porten gutwillig geöffnet, und ein Corporal nebst 5 Reutern, welcher aus Tangermünde

die Kontribution von Stendal abholen sollen, gefänglich aufgehoben und weggeführet worden."

Diesem Bericht braucht wohl nur wenig hinzugesetzt zu werden. Wenn Schweden und Lüneburger zusammen, nachdem sie seit 1639 in der Altmark festsaßen, am Ende des Jahres 1640 nicht einmal des Obristen Volkmann mit einer offenbar kleineren Truppe Herr werden und es nicht hindern konnten, daß die Altmark sogar im allgemeinen für die kurfürstlichen Truppenkörper in Kontribution gesetzt wurde, dann können die feindlichen „Völker" weder an Stärke noch an Qualität hervorragend gewesen sein. In um so besseren Lichte erscheinen diese brandenburgischen Teile des „zuchtlosen Haufens". Gegen diese tapfere kleinere Truppe wurden 2500 Mann Schweden mobil gemacht, und zwar mußten sie erst aus dem Stift Halberstadt, dem Erzstift Magdeburg und der Altmark selbst zusammengezogen werden. Bis dahin sind sie also nicht der sich „langsam vorschiebenden Macht" hinzuzurechnen, falls nicht etwa damit gemeint sein soll, daß dies langsame Vorrücken um 1638 vor sich ging; denn das ist thatsächlich der Fall; nur hörte dies „langsame Vorrücken" alsdann auf; in den folgenden zwei Jahren bis Ende 1640 sind die Schweden von dieser Seite her nicht weiter vorgerückt, sondern in der Altmark verblieben. Ja, wer nun nach der heldenhaften Eroberung Stendals diese Scharen weiter verfolgt, wird zu seinem Erstaunen gewahr, daß sie auch in den nächsten beiden Jahren, bis 1642 hin, ja noch weiter hinaus, die Altmark gar nicht verlassen und sich nicht an dem Einrücken in die Mittelmark beteiligt haben, sondern daß sie einfach in ihre Winterquartiere zurückgekehrt sind[1]). Von den „12 000 Mann" starken, sich „vorschiebenden und umklammernden" Schweden scheiden also diese 2500 Mann ganz aus.

Eine zweite Abteilung „der schwedischen Streitmacht" von „12 000 Mann" sind nach dem Verfasser der Dissertation „4000 Mann zu Fuß und Roß", die unter „Generalmajor Axel Lillie in Parchim" liegen sollen. Schlägt man die dazu citierte Stelle auf, so heißt es da in einer Relation Schwarzenbergs vom 21. Januar 1641: „Die Stadt Ruppin konnte, wie ihre eingereichte Supplicata zeigen, nicht eine halbe Compagnie im zurückgelegten 1640ten Jahr verpflegen; allein wie der schwedische Generalmajor Axel Lillie mit 4000 Mann zu Roß und Fuß dahin kam, da konnte er etliche Wochen aldort subsistiren und unterhalten werden." Hieraus wird jeder nur den Umstand herauslesen, daß Axel Lillie im Laufe des Jahres 1640 zu irgend einer Zeit einmal

1 Man vergleiche hierzu Bd. I der U.-A. und der Protokolle.

in Ruppin stand; aber daß die im Februar 1641 in Parchim liegenden Schweden, welche von den priegnitzischen und ruppinschen Städten damals Kontribution forderten[1]), die 4000 Mann waren, die 1640 einmal in Ruppin lagen, beruht lediglich in der Phantasie des Verfassers. Zunächst fragt man sich voll Erstaunen, warum blieben denn diese 4000 Mann 1640 nicht in Ruppin, von wo aus sie vortrefflich das Havelland brandschatzen konnten, oder warum nahmen sie denn nicht im Jahre 1640 die Mittelmark ein und verjagten die „zuchtlosen Haufen", welche dort schon seit 1638/39 standen? Warum zogen denn diese 4000 Mann weit nach Meklenburg hinein sich zurück und gaben alles Eroberte wieder auf? Warum endlich entschlossen sie sich erst im Februar 1641 dazu, der „umklammernden Streitmacht der 12000 Mann" sich anzureihen? Auf alle diese Fragen erhalten wir keine Antwort. Die Sache verhält sich eben ganz anders. Am 28. Februar 1641[2]) berichtet Schwarzenberg: „Wirklich ist der Feind jetzt aus Pommern vorgebrochen, hat Zehdenick und anderes genommen, und erwartet nur noch Verstärkung aus Meklenburg, um dann wahrscheinlich auf die Residenzstädte loszugehen." Wie stark diese Leute sind, erfahren wir aus der nächsten Relation vom 4. März[3]): Es hat „der Feind eben zu der Zeit in die 1500 zu Roß und Fuß nebst 7 Stücken Geschütz von Prentzlow sich heruntergezogen und zu Zehdenick Posto gefasset und der gemeine Ruf gegangen, daß sie Berlin auf beiden Seiten angreifen wollten", nämlich zugleich mit dem von anderer Seite kommenden Stalhans, der damals von Kottbus aufbrach[4]). Vierzehn Tage später wird neues Vordringen der Schweden jetzt von Meklenburg her berichtet[5]); „dieselben haben mit etlichen Truppen zu Pferde Neuen-Ruppin anfänglich berennet und die Stadt mit Sturm erobert"; zwei darin liegende brandenburgische Compagnien wurden dabei über den Haufen geworfen. Es heißt in den Urkunden und Aktenstücken im unmittelbaren Anschluß an diesen Bericht: „In den Relationen der folgenden Wochen gehen die Nachrichten von dem Vordringen der Schweden unter Axel Lillie fort." Am 4. Mai meldet[6]) Burgsdorf dem Kurfürsten, daß Axel Lillie zu Nauen stehe. Er giebt auch die Anzahl der Truppen an, es sind 1500 Mann zu

1) Hierauf bezieht sich das zweite Citat des Verfassers. Prot. I, 141.
2) U.-A. I, 430.
3) Prot. I, 168.
4) a. a. O.
5) U.-A. I, 434.
6) U.-A. I, 442.

Fuß und etwa 5—600 Pferde. Am 7. Mai[1]) zieht der Feind von Nauen nach Gremmen. Am 14. Mai[2]) ist davon die Rede, daß Stalhans und Axel Lillie sich mit ihren Armeen im Lande befinden.

Ziehen wir hieraus das Ergebnis, so zeigt sich, daß unter dem Kommando von Axel Lillie die aus Meklenburg und Pommern vorrückenden Truppenkörper standen. Die aus Pommern avancierten 1500 Mann zu Roß und Fuß und 7 Geschütze vereinigten sich mit den aus Meklenburg zu ihnen stoßenden Leuten des Axel Lillie; sie erhielten durch diesen Zusammenschluß die Stärke von 1500 Mann zu Fuß und 500—600 zu Roß. Gemeinsam erobern sie nun das in brandenburgischen Händen befindliche Neu-Ruppin, ziehen von da nach Nauen und Gremmen und warten auf den von Süd-Ost kommenden Stalhaus. Ruppin ist also nicht in der Hand von 4000 Schweden[3]) unter Axel Lillie, sondern muß erst den Brandenburgern entrissen werden. Lillie unterstanden mithin nur 1500 Mann zu Fuß und 5—600 zu Roß nebst 7 Geschützen. Es sind die 1500 Mann, welche den dritten Teil der „12 000 Mann" des Verfassers ausmachen. Den vierten Teil dieser großen Armee bildete Stalhans mit 2000 Mann zu Fuß und 1500 zu Roß; er gab Mitte Januar seine Stellung bei Beuthen in Schlesien auf. Am 4. Mai lag er noch im Kottbusischen still[4]).

Von der großen Streitkraft der „12 000 Mann" bleiben also im ganzen nur 3500 Mann zu Fuß und etwa 2000 zu Roß übrig. Diese Zahl stimmt beinahe mit der Angabe Schwarzenbergs[5]) überein, daß die Schweden aus den meklenburgischen, pommerschen und andern Garnisonen zum allerwenigsten 6000 Mann zusammenziehen könnten.

Wo befanden sich nun aber diese Truppen zur Zeit des Todes Kurfürst Georg Wilhelms und in den nächst darauf folgenden Monaten? Anfangs Dezember 1640 operierte Volkmann noch glücklich in der Altmark; Ende Dezember sind in der Altmark die 2500 Mann Schweden zusammengezogen; Stalhans war um diese Zeit noch in Beuthen in Schlesien, mit ihm die Reiterei der Schweden; er ist erst Mitte Januar 1641 bei Kottbus angelangt; im März dringen die Truppenkörper aus Meklenburg unter Axel Lillie vor. Im Anfang Dezember 1640, wo

1) Prot. I, 248.

2) U.-A. I, 434.

3) Offenbar sind diese 4000 Mann bis auf einen kleinen Teil zur Verstärkung der Hauptarmee unter Baner im Laufe des Jahres 1640 abkommandiert worden. Vgl unten die Auszüge aus Baners Briefen.

4) U.-A. I, 444.

5) U.-A. I, 412.

bekanntlich der Tod Georg Wilhelms erfolgte, lagen also die Schweden überall in ihren Winterquartieren; sie hatten auch nicht die Absicht etwas gegen die Marken zu unternehmen; denn noch am 4. April 1641[1]) beklagt sich der Feldmarschall Baner, Führer der schwedischen Hauptarmee, bei Oxenstierna über Stalhans. Er bittet den Reichskanzler, einen fähigeren Soldaten nach Schlesien abzuordnen als es Stalhans sei, welcher den ganzen Winter nicht das Geringste unternommen, wodurch seine eigenen Aktionen erleichtert worden seien und der Feind von ihm abgezogen würde, obwohl er vielfältige Ordres an ihn habe abgehen lassen, Goltz von ihm abzuhalten; infolgedessen sei die ganze Kavallerie, sowohl kaiserliche als sächsische, ihm über den Hals gekommen. „Er, Herr Stalhansche, hat sich dagegen in die Quartire geleget und im geringsten nicht moviret, auch annoch stille liegen thut." Hieraus geht hervor, daß Baner noch nichts von dem Vormarsche des Stalhans gegen Kottbus wußte, daß aber der letztere auch gar nicht beauftragt war, gegen die Marken vorzugehen, sondern daß er vielmehr die „Actionen" der Hauptarmee „erleichtern" sollte.

Die einzelnen schwedischen Heerführer wurden erst durch die Wandlung der Verhältnisse in Brandenburg nach dem Tode Georg Wilhelms, den plötzlichen Umschwung zum Frieden, veranlaßt, ihre Winterquartiere zu verlassen. Es braucht hier von mir wohl nicht ausgeführt zu werden, daß durch die ersten Verfügungen[2]) des Kurfürsten und durch das Auftreten der Stände[3]) nicht allein die Autorität Schwarzenbergs gegenüber den Soldaten geschwächt, sondern auch infolge der bald kund gewordenen Friedensabsicht des jungen neuen Herrn die kriegerischen Operationen lahm gelegt wurden.

Aus allen diesen Zusammenstellungen geht hervor, daß von einer von allen Seiten die Marken umklammernden schwedischen Vorwärtsbewegung zur Zeit des Regierungswechsels, sagen wir zur Zeit, als sich die Landstände in Berlin versammelten, am 9. Dezember 1640, gar nicht die Rede sein kann. Nach Schwarzenbergs Meinung ist sogar die Macht

1) Rikskansleren Axel Oxenstiernas skrifter och brefvexling. Senare afdelingen. Sjette bandet. Joh. Baners bref. 1624—1641. S. 845.

2) Hierzu rechne ich die Ordres an die Kommandanten vom 2. Dezember 1640 (Prot. I, Nr. 27), welche hinter dem Rücken Schwarzenbergs ergingen und den Widerstand Burgsdorfs gegen den Statthalter sehr stärkten.

3) Die Stände verweigerten, wie bekannt, den Soldaten das Wintertraktament und regten durch ihre Renitenz die Truppen zu Meutereien an.

der Schweden in Deutschland im Herbst 1640 überhaupt eine geringe zu nennen[1]).

Um hierüber ein richtiges Urteil zu gewinnen, wollen wir uns an die Stelle wenden, von der wir ganz authentische Auskunft über diesen Punkt erhalten können, an den Feldmarschall Baner selbst, dessen Briefwechsel mit dem Reichskanzler Oxenstierna ja vorliegt. Schon im Juli 1640[2]) ist er in Sorge, ob der Krieg so weiter geführt werden kann, wo alle Lande ruiniert sind, auf die Verbündeten kein Verlaß mehr ist und die französischen Subsidien ganz ins Stocken geraten. Am 7. August[3]) schreibt er aus Münden, der Feind habe sich verstärkt und bedränge ihn, die Franzosen und die Weimarischen seien zwiespältig geworden, aus dem Braunschweigischen, Lüneburgischen und Hessischen versorge sich nur der Herzog Georg selbst, er, Baner, dagegen müsse sich „mit Unwillen und Kummer" abspeisen lassen. Es sei ihm unmöglich, ohne mehr Mittel den Krieg zu führen. Er halte es[4]) in Anbetracht aller Umstände, namentlich im Hinblick auf die „ungetreuen Interessenten", die „falschen Cooperanten", für seine Pflicht, seine Meinung dahin zu äußern, daß die Königin „zum reputirlichen Frieden die Gelegenheit reassumiren und nach Dero gnädigsten Willen ferner handeln ließen". Im Anfang Oktober heißt[5]) es, auf Herzog Georg von Lüneburg könne man sich nicht verlassen; die[6]) Soldaten seien bald alle nackt und wenig Offiziere bekleidet; „ich kann nicht gnugsamb beschreiben, wie hochnötig es ist, daß vor die Armee ein Stück Geldes, weil periculum summum in mora, zu schleuniger soulagement herbeygeschaffet und dadurch große Consequentien verhütet und des Kriegsstaats Integrität erhalten werden könne". Und weiter im selben Briefe eine Notiz, die wegen der Erwähnung der Zustände in den Marken von Wert ist[7]): „Und ist für erst an deme, daß die Kaufleute zu Hamburgk von Wein, Stockfisch, Schullen, Kese, Butter und allerhand Victualien, wie sie Namen haben können, einladen und damit die Elbe hinauf fahren, wodurch denn zu Ihr Königl. Mat. Nachtheil nicht alleine die feindtliche Garnisonen in Dömitz, Magdeburgk und in der Mark Zufuhre geschiehet und dieselbe mit Alimentation versehen werden, sondern auch

1 Beilage V.
2) Eichwege 14. Juli 1640, a. a. O. S. 764.
3) a. a. O. S. 766 ff.
4) S. 771.
5) S. 779.
6) S. 780.
7) S. 782.

der Churfürst zu Sachssen seine Messen zu Leipzigk zu halten und also consequenter zu Macht und Aufnehmen zu kommen dadurch Gelegenheit erlanget." Ende Oktober[1]) schreibt der General, die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg fange ihre Verbindung mit Schweden an zu gereuen. Ferner[2]): die Mittel zur Bekleidung der Infanterie und Kavallerie seien in Hamburg nicht, wie er gehofft, zu bekommen. Immer wieder kehrt die Geldfrage, der Mangel an Subsidien wieder und der böse Zustand der Truppen und der Quartiere. Am 11. November[3]) fügt er hinzu: sollte er plötzlich ableben oder krank werden oder würde er bei einer Aktion gefangen, „so ist gar gewis in demselben Tage die gantze Armee verlohren und wird von einander gehen wie der Schnee zerschmiltzet". Endlich, da aus Stockholm kein Geld kommt, streckte noch in demselben Monat Salvius aus seiner eigenen Tasche 100 000 Reichsthaler vor, um die Soldaten zu kleiden und „die Artillerie zum Feldzuge zu aptiren". Damit wird die Sachlage etwas besser, auch ist die Armee an Infanterie und Kavallerie „mit merklich verbesserten Truppen im Feld erschienen"[4]). Ende Februar 1641[5]) hat der Feldmarschall jedoch schon erneute Sorgen und Bedenken geltend zu machen: infolge der anscheinenden Trennung der weimarischen und französischen Truppen und weil auf die Landgräfin und Herzog Georg von Lüneburg noch kein fester Verlaß, habe er, in Erwägung daß die Krone Schweden den Krieg fortan mit eigenen Mitteln werde führen müssen und er der überlegenen „Force" des Feindes gegenüber das Heer nicht aufs Spiel setzen wolle, seinen Marsch gegen die Elbe genommen und beabsichtige im Frühling den Krieg in des Kaisers Erblanden „wenn nicht offensive", so doch wenigstens defensive zu tragen. Bei dieser Gelegenheit solle Stalhans auch herangezogen werden. Die Hauptsache sei ihm dabei die Sicherheit des Pommerlandes und der Seekante, „weil aus Preußen und vielen andern Orten noch continuirlich spargiret wirdt, daß allerhand große Vereidschaften zu deren Invasion und Perturbation mit großer Mühe, Arbeit und Unkosten im Schwange gehen sollen". Mitte März[6]) fangen wieder die Klagen über den Zustand der Armee an: der schwedische „Kriegsstaat in Deutschlandt wirdt nunmehr anderer gestalt nicht als durch erkleckliche Geldtmittel in seiner Integritet zu er-

1) S. 785.
2) S. 787.
3) S. 796.
4) S. 802.
5) S. 826 ff.
6) S. 836.

halten und zu verbessern stehen. Und vor allen Dingen will vor diesmal sehr hochnotwendig sein, daß deren sehr fatigirten Regimentern zu Roß und Fues eine ansehnliche Hülffe zu ihrer Recreation und Recrutirung in die Hende gegeben werden könnte". Endlich klagt Baner am 28. April: „Nur ein tausent Pferde könten die Lücken, welche neulich in die Cavallerie gerissen, ausfüllen, aber . . . . . wenn daneben des Feindes große Verstärkung in seinen Erb- und andern recuperirten Landen in Consideration gezogen wirdt, kan ich, umb Ihr Königl. Mat. und deren Alliirten gerechte Sache vor hasarde und Unfürsichtigkeit zu praeserviren, mich nicht gnugsamb proportioniren."

Treffender als durch diese Briefe Baners könnte der große Fehler nicht erwiesen werden, den die brandenburgische Politik mit ihren voreilig eingeleiteten und ungeschickt weitergeführten Friedensverhandlungen im Jahre 1640 1641 begangen hat. Baner selbst will daher auch gar nicht glauben[1]), daß die Stillstandsverhandlungen ernstlich gemeint sind; er vermutet mit Salvius, daß eine List dahinter stecke. Wenn es reelle Absicht sei, so hielte er dafür, daß „hoc rerum statu er (Salvius) nicht irren könte, wenn ihm gefallen wolte, zu ermelter Waffensuspension gute Vertröstung zu geben und anzudeuten". Es geht zweifellos aus diesem Briefwechsel hervor, daß die schwedische Macht im Sommer und Herbst 1640 und weiterhin in Deutschland heruntergekommen war.

Wir haben jetzt zwei Momente festgestellt, welche für eine Fortsetzung der Kriegspolitik beim Regierungsantritt Kurfürst Friedrich Wilhelms angeführt werden können: 1. Die brandenburgischen Truppen waren kein „zuchtloser Haufe", sondern eine zwar kleine, aber wohldisciplinierte Truppe, die den Vergleich mit den schwedischen wohl aushalten konnte; 2. die schwedische Hauptarmee befand sich in einem desolaten Zustande, die kleinen an den Grenzen und in der Nachbarschaft der Mark liegenden schwedischen Corps waren einzeln den schneidigen brandenburgischen Heerführern nicht bastant und dachten nicht an ihre Vereinigung, die Krone Schweden mußte den Frieden herbeiwünschen.

Ein drittes Moment ergiebt sich aus der Möglichkeit, Neuwerbungen zu veranstalten, woran Schwarzenberg geglaubt hat. Sowie er dem Kurfürsten energisch davon abriet[2]), im Herbst 1640 auf einen Antrag des Kaisers einzugehen, der 10000 Mann in Preußen auf die Beine gebracht haben wollte, so sehr befürwortete er es, daß man diesen günstigen Umstand für Neuwerbungen in der Mark und den umliegenden

1) S. 817.
2) Beilage V.

Territorien dazu benutze, um vom Kaiser eine gute Summe Geldes zu erbitten. Dazu solle der Kurfürst selbst eine entsprechende Summe hinzulegen, und mit diesen neu zu werbenden Leuten seien die gelichteten Reihen der brandenburgischen Regimenter zu verstärken. Ein weiterer Vorschlag bezweckte die Abgabe des in der Grafschaft Mark stehenden Butlerischen Regiments gegen den Eintausch eines kaiserlichen Regiments, welches auch auf dem kurmärkisch-pommerschen Kriegsschauplatz gebraucht werden sollte. Schwarzenberg setzte Mittel beim Kurfürsten voraus. Bringt man in Anschlag, daß der junge Kurfürst Friedrich Wilhelm in den folgenden Jahren aus Preußen erkleckliche Einnahmen[1]) bezog, daß dort seit einem Jahre durch den Amtsrat Joachim Schulze eine Reform der Domänenverwaltung in Gang gebracht war, daß seit 1638 auch der Pillauer Seezoll etwas einbrachte, so läßt sich wohl die Möglichkeit nicht bestreiten, daß auch Georg Wilhelm für Neuwerbungen Gelder flüssig machen konnte; hatte er doch, wie sich aus Schwarzenbergs Bericht ergiebt, dem Kaiser bereits zugesagt, in Preußen so große Werbungen veranstalten zu wollen. Der weitere Unterhalt in den Marken war gewiß recht schwierig; immerhin heißt es im Juni[2]) 1640, Getreide sei im Lande sehr wohlfeil, aber das Geld sei sehr teuer. Nun wurden von den brandenburgischen Reiterführern die umliegenden Territorien schon einzeln zum Unterhalt herangezogen, was nach dem Wegzuge der schwedischen Reiterei noch leichter möglich zu machen war; auch aus Hamburg kamen Transporte von Viktualien die Elbe herauf, wie wir aus Baners Schreiben vernommen haben. Endlich darf man nicht vergessen, daß doch noch mehr Geld im Lande steckte, als nach den ewigen Klagen der Landstände angenommen werden darf: in den Jahren 1641 bis 1645 sind aus der Kurmark für den Landesherrn und die Schweden zusammen noch 800 000 Thaler Steuern erhoben worden.

Wäre unter diesen Umständen der junge, willensstarke Kurfürst nach des Vaters Tode in die Kurmark zurückgekehrt, hätte er sich Schwarzenberg in Übereinstimmung an die Seite gestellt, dann wäre nicht bloß eine moralische Belebung der Truppen und der ganzen Bevölkerung und eine Versöhnung Konrad v. Burgsdorfs und der sonstigen widerstrebenden Elemente im Lande mit dem Statthalter die Folge gewesen, sondern es hätten sich bei der zweifelhaften Stellung der Lüneburgischen Herzöge zu Schweden, von der die Briefe Baners Kunde geben, und der

1) Vgl. Prot. II, Einl. S. LXXXII u. Prot. III, 531 ff. und J. Triebel, Die Finanzverwaltung des Herzogtums Preußen von 1640—1646. Leipzig 1897.
2) Eigenhändige Rel. Schwarzenbergs ohne Tagesdatum.

allgemeinen wenig günstigen Zusammensetzung und Position der schwedischen Hauptarmee offenbar weitgehende politische Konsequenzen daran knüpfen können.

Doch lassen wir derartige Konjekturen auf sich beruhen!

Neben einer Fortsetzung der bisherigen Kriegspolitik hat Schwarzenberg nun auch das Zustandekommen eines friedlichen Abkommens mit Schweden seinem kurfürstlichen Herrn gegenüber erwogen. Ich habe mich darüber in der Einleitung zum 2. Bande der Protokolle ausführlich verbreitet und will daher nur noch einmal kurz darauf hinweisen, daß auch in dieser Frage die Nichtachtung der Schwarzenbergischen Ratschläge von verhängnisvoller Bedeutung geworden ist.

Schon im Februar 1639 hatte der Statthalter den Ständen auseinandergesetzt, weshalb eine Einschränkung der Waffen, eine Beschränkung der Truppen auf zwei Fußregimenter und wenige Compagnien Reiter dem Lande nur Schaden zufügen, nur Feind und Freund herbeiziehen und die Festungen in Gefahr setzen werde. Dem Kurfürsten selbst stellte er im Juni [1]) die Sachlage von einem höheren politischen Gesichtspunkte aus dar: „So lange E. Ch. D. bei gegenwärtiger im heiligen Reich annoch leider continuirender Unruhe in Verfassung sich befinden und Volk auf den Beinen haben werden, wird ein jedweder, Freund und Feind, auf Dieselbe reflectiren und E. Ch. D. respectiren müssen, inmaßen das Exempel mit dem Herzogen zu Lünenburg vor Augen, deme vielleicht soviel nicht wäre nachgesehen worden, wann er nicht in Verfassung, wie schlecht und gering dieselbe auch beschaffen sein mag, gewesen wäre." Es ist ferner seine Meinung, daß man besonders dann sich militärisch verstärken muß, wenn man beabsichtigt eine friedliche Übereinkunft mit dem Feinde zu treffen: es bestehe große Neigung zum Frieden, schreibt er Anfang März 1640 [2]), deshalb veranstalte man zugleich große Rüstungen; ähnlich später noch einmal; offenbar waren die vom Kaiser im Herbst 1640 dem Kurfürsten angetragene große Werbung und die in Baners Briefen erwähnten Bedrohungen Pommerns von Preußen her dazu bestimmt, bei den Verhandlungen in Regensburg und in Hamburg ihre Wirkung zu äußern. Si vis pacem, para bellum, diesen alten Grundsatz hatte Schwarzenberg dabei im Auge; und daß die alten brandenburgischen Räte, welche 1641 den jungen Kurfürsten berieten, diesen Grundsatz außer acht ließen, daraus sind die bösen Folgen des niemals zu rechtem Abschluß gediehenen Waffenstillstands hergeflossen.

1) Beilage IV.

2) Eigenhändige Rel. vom 22. Febr./3. März 1640.

Auch General von Wedel in seiner Denkschrift für den jungen Kurfürsten sagt[1]: von den drei Wegen, die er vorschlage, lasse sich keiner ohne eine gewisse Anzahl Kriegsvolk zu Roß und zu Fuß thun. Anstatt diesem Rate zu folgen entließ man zu früh die Truppen und wartete nicht auf den Abschluß des Waffenstillstandes in Stockholm.

Zum Schluß noch ein Wort über das unmittelbare Ergebnis der sogenannten Stockholmer Punktation vom 24. Juli 1641, welche keineswegs den Abschluß des Waffenstillstands bedeutet. In der Dissertation von Brake heißt es S. 6: „noch hatte man die Marken schützen können. Ende 1640 sind die Alt- und Neumark völlig von den Schweden besetzt, das Land zwischen Elbe und Oder ist zum größten Teil ihrer Willkür preisgegeben." S. 52 ff. schildert der Verfasser alsdann den allmählichen Einmarsch der Schweden auch in die Lande zwischen Elbe und Oder. S. 56 heißt es endlich, infolge des seit dem Regierungsanfang eingeleiteten und mit der Stockholmer Punktation vom 24. Juli 1641 abgeschlossenen Waffenstillstands: „Seit Ende Juli ist das gesammte Land zwischen Elbe und Oder wieder in den Händen der Kurfürstlichen." Ist je mit leichterer Mühe ein friedliches Übereinkommen erzielt worden und mit geringerem Erfolge? Schwarzenberg hat zwei Jahre die Marken, das Land zwischen Elbe und Oder, rein gehalten; auch Ende 1640 war er in der Lage die Schweden zurückzuweisen, denn er verfügte über eine beträchtliche Reiterei, während die schwedische in Schlesien stand, und über gut disciplinierte Fußtruppen. Da legten die Verfügungen des Kurfürsten die kriegerische Thätigkeit seiner Truppen lahm; jetzt erst besetzten die Feinde die Mittelmark, die Lande zwischen Elbe und Oder, und waren nachher so gut sie wieder zu verlassen, nachdem es zur Stockholmer Punktation gekommen war. Wäre es im Sinne Schwarzenbergs weiter gegangen, wären die Truppen verstärkt worden, so hätte man bei den Waffenstillstandsverhandlungen auch auf die Räumung der Altmark und Neumark bestehen können, derjenigen Landesteile, welche die Schweden nun mit eiserner Hand noch Jahre lang festhielten, um von dort aus die ganzen Lande auszusaugen.

Ob nach allen diesen Ausführungen Meinecke seine Äußerung über die Notwendigkeit der Nachprüfung und Einschränkung meiner Auffassung über Schwarzenberg mit Bezug auf die genannte Dissertation aufrecht erhalten kann, stelle ich anheim. Da aber auch andere Historiker, wie zum Beispiel F. Hirsch und M. Philippson, die Ansicht, freilich ohne sie zu begründen, ausgesprochen haben, mein Urteil über diesen Staats-

1) Prot. I, S. 35.

mann sei übertrieben, ja überschwänglich, so will ich meine Auffassung über Schwarzenbergs Bedeutung noch einmal zusammenfassen.

Den Kern seiner politischen Anschauungen über die damalige brandenburgische äußere Politik finde ich in jenen aus dem Juni 1639 stammenden Worten, die ich oben angeführt: „So lange E. Ch. D. bei gegenwärtiger im heiligen Reich annoch leider continuirender Unruhe in Verfassung sich befinden und Volk auf den Beinen haben werden, wird ein jedweder, Freund und Feind, auf Dieselbe reflectiren und E. Ch. D. respectiren müssen, inmaßen das Exempel mit dem Herzogen zu Lünenburg vor Augen, deme vielleicht soviel nicht wäre nachgesehen worden, wann er nicht in Verfassung, wie schlecht und gering dieselbe auch beschaffen sein mag, gewesen wäre." Was uns als etwas Selbstverständliches erscheint, war es für damalige Zeiten nicht. Es ist bekannt, daß Kurbrandenburg im dreißigjährigen Kriege ohne auch nur irgendwie ausreichende Wehr und Waffen in völlige Abhängigkeit von seinen Bundesgenossen geriet und sich in das Schicksal ergeben mußte, welches der Feind verhängte, sei es Krieg oder Frieden, so lange eine disciplinierte Feldarmee ihm nicht zur Verfügung stand. Schwarzenberg hat stets auf genügende Wehrhaftigkeit gedrungen, gegen Gustav Adolf hat er selbst ein kleines Heer für den Feldzug in Preußen zusammengebracht. Damals war es bereits zu spät. Der Kurfürst wollte auch Gustav Adolf gegenüber selbständig bleiben. Ganz abgesehen davon, ob dies der damaligen allgemeinen Kriegführung im Reiche nützlich oder schädlich gewesen ist, vom brandenburgischen Standpunkt aus kann man die schwedische Bundesgenossenschaft nur als eine Abhängigkeit ansehen, in welche der Kurfürst sich infolge seiner Hilflosigkeit versetzt sah. Er konnte Gustav Adolf nichts bieten und mußte es daher abwarten, ob dieser ihm Pommern lassen würde. Nach dem Tode des Königs wäre er auf der Seite der schwedischen Bundesgenossen geblieben, wenn Oxenstierna ihm Pommern garantiert hätte. Jetzt trat der Unterschied der politischen Auffassung Schwarzenbergs und der übrigen Geheimen Räte zu Tage. Im Gegensatz zu deren wesentlich konfessionell gefärbten politischen Anschauungen sah er in Gustav Adolf und dessen Reichskanzler lediglich die Politiker. Mit dem Beitritt zum Prager Frieden begab sich der Kurfürst in die kaiserlich-sächsische Abhängigkeit, wiederum ganz von Waffen entblößt. Dieser Zustand wurde unerträglich. Die Geheimen Räte wollten aber dabei verharren, weil sie hofften von den Schweden einen anständigen Frieden zu erzielen, wenn diese vom Kaiser und von Sachsen genug gedemütigt seien. An einen Frieden über ihren Kopf hinweg dachten sie nicht. Jetzt erst drang Schwarzenberg mit seiner Ansicht durch, daß

man dauernd gerüstet sein und bleiben müßte, bis der Friede geschlossen sei. Obwohl Pommern vom Kaiser garantiert war, wollte Schwarzenberg sich auch dabei nicht beruhigen, wie die Geheimen Räte. Die Aufstellung einer brandenburgischen Feldarmee bezweckte also eine größere allgemeine Unabhängigkeit der brandenburgischen Politik herbeizuführen; sie richtete sich also in gewissem Sinne auch gegen die völlige Abhängigkeit von der kaiserlichen Politik; sie wollte dem Kurfürsten sein politisches Selbstbestimmungsrecht wiedergeben, eine möglichst selbständige Stellung, grade wie Herzog Georg von Lüneburg und die Landgräfin von Hessen sie erreicht hatten, und erregte aus diesem Grunde die Eifersucht und das Mißtrauen der kaiserlichen Staatsmänner. Schwarzenberg wollte den Kurfürsten dagegen gewappnet machen, daß Pommern als Preis des Friedens den Schweden angeboten werde. Es ist die Schuld der früheren waffenlosen Politik, daß dies Ziel nicht mehr in vollem Umfang erreicht werden konnte, nicht Schwarzenbergs, und daß die kaiserliche Politik 1639 halb Pommern hergeben wollte. Durch die Erfolge der Kriegführung von 1640 und aus andern Gründen ging die schwedische Streitmacht, wie Baners Briefe zeigen, bedeutend zurück. Eine Fortsetzung der Kriegspolitik hätte daher wahrscheinlich den Frieden auf der Grundlage der Erwerbung von ganz Pommern herbeigeführt, wenn die Krone Schweden den ersten Schritt dazu gethan hätte, was der Große Kurfürst 1652 für möglich gehalten hat.

Der Abhängigkeit des Kurfürsten nach außen entsprach die innere. Die Landstände waren zum gleichberechtigten Faktor der damaligen Regierung geworden. Aus der Bereitwilligkeit, die Schulden des landesherrlichen Hauses zu übernehmen, ist das Geldbewilligungsrecht für sie erwachsen; ja sie wurden bald nicht bloß in Fragen der innern, sondern auch der äußern Politik angegangen. Diese kolossale Schwäche des landesherrlichen Regiments rächte sich in diesen Kriegszeiten sehr bitter. Überall verfochten die Landstände in erster Reihe ihre Interessen, in zweiter erst die des Landesherrn, diese nur nach dem Maße, wie sie ihnen erschienen, wie sie sie für berechtigt hielten. Sie waren in allen drei Erblanden sogar mächtiger als der Kurfürst geworden und zum Mitbestimmungsrecht über dessen Politik gelangt, das sie von ihrem Gesichtswinkel aus geltend machten; ja, sie griffen überall über ihre Befugnisse und Privilegien hinaus. In Preußen waren fast alle Domänen in ihrer Hand; als der Kurfürst dort seine Domänenverwaltung reformieren und aus den Domänen Ämter machen, eine Centralbehörde als Amtskammer einsetzen wollte, arbeiteten sie dagegen und ließen einen Mordanschlag auf den damit beauftragten kurfürstlichen Beamten machen;

politisch standen sie in steter Verbindung mit der Krone Polen. In Kleve-Mark war es ähnlich. Hier hatten die Stände eine Union gegen den Landesherrn mit der Spitze nach außen geschlossen, sie konspirierten mit dem Ausland, mit Holland. In der Kurmark verweigerten im richtigen Augenblick die Stände auf Grund ihres Steuerbewilligungs- und politischen Mitbestimmungsrechts die Mittel zur Aufstellung eines Heeres, obwohl dies nur zum Schutze ihres Heimatlandes dienen sollte. Nachher wurden sie dazu gezwungen, Mittel für diesen Zweck herzugeben, als der Schwede kam. Sie weigerten sich aber hinterher wieder, in den Krieg einzutreten um Pommerns willen, das sie als kurmärkische Stände nichts angehe. Die Geheimen Räte waren eigentlich nur ein Ausschuß der kurmärkischen Stände, mit einigen Ausnahmen; je nach ihrer politischen Begabung wußten sich die einzelnen über die engen Schranken ihrer heimischen Interessen hinwegzusetzen und eine mehr dynastische Politik zu vertreten. Als aber die Abmahnungsschreiben, die Avokatorialmandate gegen Schweden erlassen werden sollten, wodurch der Krieg inauguriert ward, da leisteten sie alle Widerstand. Wo sollte nun der Kurfürst Mittel und Waffen herbekommen, um für sein Erbrecht einzutreten, da sich ihm Räte und Landstände versagten. Da hieß es, entweder den Ständen folgen und mit Pommern zugleich die politische Selbständigkeit ganz verloren geben oder gegen den Willen der Stände sich in Rüstung werfen. In dieser Konfliktszeit trat, wie Bismarck dem König Wilhelm, Schwarzenberg dem Kurfürsten Georg Wilhelm zur Seite. Wir wissen, daß dieser Staatsmann seinem kurfürstlichen Herrn schon bei seinem Regierungsantritt geraten hatte, die ständischen Privilegien in der Kurmark stillschweigend bestehen zu lassen, aber nicht feierlich zu bestätigen; daß er ferner in der Zeit von 1630—1632 in Kleve-Mark mit Geschick und Festigkeit die Landstände dem landesherrlichen Regiment unterzuordnen wußte und jährliche Steuern von ihnen bewilligt erhielt.

Aus der Zeit seines dortigen Aufenthaltes sind uns von ihm außer andern zwei briefliche Äußerungen [1]) überliefert, welche so charakteristisch für seine staatsmännische Auffassung sind, daß ich sie hierhersetzen will, obwohl ich sie schon einmal veröffentlicht habe [2]). Mit Bezug auf die klevischen Stände schreibt er dem Kurfürsten: „Sie sind hart an mir gewesen und haben mich mit vielen guten Worten und Verheißungen großer Affection und Dienstverweisung dahin induciren wollen, ich sollte

1) Aus den Jahren 1631 und 1632.
2) Preuß. Jahrbücher Bd. 86, Heft 1, S. 38 und 42.

ihnen doch in einem einzigen Stück willfahren und sollte nur zwei oder drei Unterbeamte absetzen, die Ausländer seien, aber in diesem Punkt sind E. Ch. D. albereit selber so weit gegangen, als man salva reputatione gehen kann. Ich sehe auch keine Noth, warum E. Ch. D. sich die Hände also sollten binden lassen. Was ist ein Fürst, der ganz keine fürstliche Freiheit hat." Die zweite Äußerung betrifft die Notwendigkeit ein eigenes Heer aufzustellen: „Mit allen, denen ich hieraus geredt hab, die sein der Meinung, weiln es nunmehr mit E. Ch. D. so weit kummen ist, so sei kein besserer Rath, als daß E. Ch. D. vor sich selber armiren, so stark sie aufkummen können. Das würde Ihr nützen bei Freunden und bei Feinden. Da sunsten bei allen aller Respect fallen würde; denn wer itziger Zeit kein Vollik hat, der wird auch wenig geacht. Wann E. Ch. D. Vollik haben, so werden Sie zu Kriegs- und zu Friedens-Handlungen gezogen und an Fremde zu contribuiren nit genötiget werden."

Nach sorgfältiger Prüfung und unbefangenem Durchdenken dieses ganzen Materiales kann ich nithin meine bisherige Ansicht über die Bedeutung Schwarzenbergs nur aufrecht erhalten: er war ein weitblickender Staatsmann und ragte dadurch unter seinen zeitgenössischen Landsleuten in brandenburgischen Landen hervor, daß er für eine starke, nach außen und innen unabhängige, rein dynastische Politik seine ganze Persönlichkeit einsetzte, eine Politik, welche man, da sie alle Erblande gleichmäßig umfaßte, als erste konsequente brandenburgisch-preußische Reichspolitik bezeichnen muß. In diesem Sinne war er ein Vorkämpfer des absoluten Beamten- und des brandenburgisch-preußischen Einheitsstaates.

Daß ich die bösen Seiten seines politischen und persönlichen Charakters, namentlich seine Bereicherungssucht, an allen Stellen, wo ich über Schwarzenberg gesprochen, gebührend hervorgehoben habe, muß jeder zugeben, der meine Arbeiten gelesen hat. Aber grade nach diesen Richtungen hin sind mir allerlei Zweifel aufgestiegen; und ich möchte hiemit erklären, daß ich darüber mein letztes Wort noch nicht gesprochen habe; daß es ungünstiger für Schwarzenberg ausfallen würde, falls mir weitere Forschungen auf diesem Gebiet anzustellen überhaupt möglich sein sollte, glaube ich nicht.

Beilagen.

I.

Relation Schwarzenbergs an den Kurfürsten. Cölln a./S. 10. 20. Februar 1639. Präsentiert zu Königsberg 27. Febr. 9. März.

Ausfertigung.

Neuordnung der militärischen Verhältnisse. Nachrichten von der Haupt-Armee.

In meiner hiebevorigen Relation unterm Dato des . . .[1]) passato hab E. Ch. D. ich mit mehrerm gehorsambst vorgetragen, welcher gestalt ich nach beschehener Reduction der vielen Regimenter und Stäbe die Anstalt gemachet, daß die übrige weinige in Dienst behaltene Regimenter und Compagnien und zwar die zu Pferde auf 100 Einspänniger und die zu Fuß auf 150 gemeine Knechte, ohn das erste Blatt, zwei Monat lang tractiret und verpfleget werden, und dahingegen die Officirer schuldig und gehalten sein solten binnen solcher Zeit entweder die ermanglende Reuter und Knechte an die Hand zu schaffen oder das deshalb vom Lande eingehobene Geld zu restituiren.

Ich hab auch nicht allein E. Ch. D. selbst, besondern auch der Röm. Kais. Mat. Großhofmeistern und Geheimen Raths Directorn, dem Herrn Grafen von und zu Trautmanstorff, eine richtige Liste aller E. Ch. D. in Dienst und Bestallung continuirender Trouppen und wie dieselbe recrentiret werden sollen, nachrichtlich überschickt und dahin mit allem möglichen Fleiß gearbeitet, wie dieses zu E. Ch. D. und des gemeinen Wesens Bestem wohlgemeintes Werk zu behörigem Effect und Perfection möchte gebracht werden.

Allein unangesehen daß die 27 Stäbe, die E. Ch. D. in zurückgelegtem Jahre in Dienst gehabt und deren entretement aus diesen Landen erfolgen müssen, nunmehr, da auch der Oberster Wrangell leichtfertiger und meineidiger Weise übergetreten, in sieben zusammengezogen, und die Stände also merklich und empfindlich erleichtert worden, muß ich anstatt verhoffeter dankbarer Erkanntnüß nichts als tägliches Lamentiren, Querulirn und Klagen, wobei allenthalben die Unmüglichkeit vornemblich vorgeschützet und angezogen wird, vernehmen.

Dannenhero ich dann endlich durch solch unaufhörliches Anflehen und Lamentiren bin genöthiget worden an E. Ch. D. dieses unterthänigst gelangen zu lassen und bei Derselben mich eigentlichen Befehlichs zu erholen, ob E. Ch. D. gemeinet die noch übrige, in Dienst continuirende sieben Regimenter in noch eine geringere Anzahl contrahiren oder dieselbe eines Theils und zwar die Reuterei, als des Obristen Georg Ehrentreich von Burgstorffs 8 und des Obristenlieutenant Goldtackers 5 Compagnien (dann diese 13 Compagnien zu Pferde haben E. Ch. D. von aller Ihrer Cavallerie, nach des Wrangels Überfall, dieser Ends nur noch in Dienst) entweder gar abdanken oder selbige der Röm. Kais. Mat. übergeben zu lassen.

---

1) Es ist wohl die Relation vom 17./27. Dez. 1638 gemeint.

Beides hat seine sonderbare Difficultäten. An einer Seiten militiret des Landes kundbare Armuth und miseria, anderntheils aber ist zu consideriren, wie schwer es daher gangen, ehe E. Ch. D. am kaiserlichen Hofe zu dieser Werbung verstattet worden, und, daß, dafern E. Ch. D. einmal aus derselben gebracht sein werden, Dieselbe dazu wohl nimmer hinwieder gelangen dörften. So wird auch durch Licentirung des Volks den Ständen nicht allein gar keine Erleichterung oder Soulagement, besondern anstatt desselben nur noch mehrere und größere, ja drei und mehrfache Beschwerde zuwachsen. Dann sobald E. Ch. D. das Volk werden abgedanket oder einem Andern überlassen haben, sofort wird ohnzweifelich entweder der Feind sich des Landes bis auf die Festungen vollends bemächtigen, oder aber allerhöchstgedachte Ihro Kais. Mat. oder auch wohl die Ch. D. zu Sachsen werden anstatt zweier oder dreier Regimenter, die E. Ch. D. licentiret, 6, 7 und mehr sub specie einer Defension und Versicherung mit der Stände drei doppelten Beschwer ins Land schicken, wodurch zugleich E. Ch. D. Authorität und Respect, den Sie bis hierzu durch Beibehaltung dieser weinigen Regimenter bei Ihrer Kais. Mat. und andern Ständen des Reichs und zumal bei solchen Ihren eigenen Völkern noch gehabt, zugleich mit fallen und daniederliegen, und alsolche frembde Völker, die etwa ins Land möchten geschicket werden, dergestalt nicht auf E. Ch. D., wie Dero eigene noch thun müssen, besondern allein und vornemblich auf ihren Herrn reflectiren würden.

Wann mans auch gleich davor halten wolte, daß man zwar das Fußvolk beibehalten, der Reuterei aber bis etwan auf eine Compagnie sich entlasten könte, so ist doch hinkegen vernünftig zu expendiren, daß ohn Reuterei E. Ch. D. nicht vermöglich sein werde das allergeringste gegen den Feind auszurichten oder demselben einige Resistenz zu thun. Vielmehr ist nichts gewissers, als daß mit Abdankung der weinigen Reuterei E. Ch. D. auch zugleich nicht allein diejenige Quartiere, daraus dieselbe bis hierzu auch unterhalten worden, besondern auch diejenige, welche denen in den Festungen und andern wohlverwahrten Placen liegenden Guarnisonen die Unterhaltungs- und Lebensmittel subministriret, gänzlich abandonniren und dem Feinde zu seinem merklichen aventagio und Verstärkung in Handen geben, Sich und Dero Festungen aber, welche durch dies Mittel vom Feinde umb so viel leichter würden blocquiret und zur Übergabe genötiget werden können, ein unwiederbringliches Unheil zuziehen würden. Dann sobald E. Ch. D. des Wrangels mit seinem Regiment quit worden, sobald ist zugleich die ganze Altmark in des Feindes Gewalt gerathen. Also sobald E. Ch. D. die noch übrige 13 Compagnien Reuter abdanken und licentiren werden, zur Stund werden Sie auch die Prignitz, Grafschaft Ruppin und andere districtus mehr, welche durch dieselbe bis hierzu, andern Guarnisonen zum besten, annoch bedecket worden, zugleich mit verlieren und entweder dem Feinde oder andern zu freier Disposition übergeben.

Damit ich aber hierunter E. Ch. D. eigentlichen Willen vernehmen, solchen den querulirenden Ständen eröffnen und dadurch alle sonst auf mich ankommende invidiam und Verhassung umb so viel mehr von

mir ablehnen möge, so hab ich dieses also ausführlich E. Ch. D. unterthänigst vorzustellen eine besondere Notdurft zu sein ermessen, Dieselbe benebenst gehorsambst bittende, es wollten E. Ch. D. mir Dero gnädigste Willensmeinung hierüber mit dem forderlichsten zukommen lassen.

Diesem nächst und ferner hat des Obersten Wrangels unvermutetes leichtfertiges procedere bei mir und anderen E. Ch. D. alhier hinterlassenen Räthen nicht unbillig eine besondere Sorgfalt des Obersten Butlers und Obristenlieutenant Landtspergs halber causiret. Denn erstgemelter Butler ist nicht allein hiebevor, gleichwie der Wrangell, auf des Feindes partie gewesen, besondern er und Wrangell seind auch an zwei Schwestern verheirathet und haben fast auf gleiche Zeit in E. Ch. D. Dienste und Bestallung sich eingelassen; denn sobald Butler sich bei E. Ch. D. bestellen ließ, promittirte er sofort dobei es dahin zu befodern, daß auch sein Schwager, der Oberster Wrangell, auf diese Seite übertreten solte, so auch dergestalt bald darauf also erfolgte. Welches alles dann also beschaffen, daß es billig ein Nachdenken und Argwohn erwecken muß und also nicht außer Consideration zu lassen sein will. Wannenhero ich dann zu E. Ch. D. fernern gnädigsten Nachdenken gestellet sein lasse, was Sie dieses Obersten halber zu resolviren vor gut finden werden, gestalt ich darüber Dero gnädigsten Befehlichs mit dem forderlichsten gewärtig sein will.

Den Obristen-Lieutenant Landtspergen hiernächst betreffend, da kann ich zwar eigentlich nicht wissen, ob derselbe dabevor auch in schwedischen Diensten gewesen oder nicht. Allein ich finde doch nicht, daß er mit der Reuterei drunten[1]) E. Ch. D. große Dienste solte leisten können; vielmehr aber dörfte derselbe dieser Ends kegen bevorstehenden Sommer nützlicher employret werden; und solte dahero wohl am besten sein ihn mit seinen Compagnien kegen solche Zeit anhero zu erfordern und die Stadt Lünen mit Volk von den Buttlerischen Regiment, oder wem dasselbe E. Ch. D. gnädigstem Gutfinden nach sonst möchte gegeben werden, praesidiren zu lassen. Darüber ich jedoch E. Ch. D. gnädigsten und eigentlichen Willen erwarten und demselben alsdann mit aller Punctualität gehorsambst nachkommen werde.

Im Übrigen continuiret des Feinds marche mit der völligen armata noch durch das Stift Halberstadt auf Erfurdt, wie er dann albereits Helmstadt und Halberstadt passiret haben solle. Die kaiserlichen und churfächsischen Regimenter, so in Schlesien und Lausitz überwintern sollen, werden zusammen- und über die Elbe in Meißen und Thüringen gezogen, umb dem Feinde zu resistiren, dahin auch der General-Zeugmeister Saliß aus dem Halberstädtischen mit bei sich habenden 7 kaiserlichen Regimentern sich retteriret. Wie gleich dato der Commenthur Goldtacker anhero referiret, so soll der Feind die Stadt Garleben mit 2 Compagnien zu Pferde und 1 Compagnie Dragons besetzet hinterlassen haben. Ich bin gleich bemühet dahin zu trachten, wie der Ort mit dem Beistand Gottes von der inhabenden feindlichen Guarnison möge gereiniget und die Altenmark hinwieder zu E. Ch. D. Devotion reduciret und

1) In Cleve Mark.

gebracht werden möge, wovon Derselben ich mit nächstem mehrere Nachricht unterthänigst überschreiben werde.

Von dem debouchirten Wrangelischen Regiment haben sich albereits drei Rittmeister mit etlichen Reutern auf dieser Seiten hinwieder eingestellet, denen ich interimsweise die Stadt Nauwen zum Sammelplatz hab anweisen lassen, und hoffe, es sollen deren sich nach und nach mehr finden.

II.

Ansprache des Statthalters an die Obristen Konrad und Ehrentreich v. Burgsdorf, Volkmann, Dieterich Kracht, v. Rochow und den Obristlieutenant Hartman Goldtacker. Cölln a. S. 22. Februar 1. März 1639.

Abschrift.

Mahnung zur Disciplin. Unterhalt der Soldaten. Verwendung der Truppen gegen den Feind.

Die Churfürstliche Durchlaucht zu Brandenburg, unser gnädigster Herr, setzen außer Zweifel, es werden Dero anwesende Obristen und Officierer sich gehorsambst erinnern, welchergestalt S. Ch. D. vergangener Zeit die Officierer von unterschiedlichen Regimentern und Esquadronen zur Erleichterung des Landes Beschwerden und zu desto besserer Verpflegung der im Dienst behaltenen Soldatesque gnädigst erlassen und dimittiret und den übrigen ihre Assignationes, soviel immer geschehen können, nicht allein behörig ertheilet, sondern auch, wann von denselben wider der Stände Seumnus und Differirung des Unterhalts geklaget worden, S. Ch. D. es an gnädigster Verordenung niemaln erwinden, vielmehr aber ihnen auf ihre unterthänigstes Anhalten alle müglicke Handbietung gnädigst widerfahren lassen, gestalt Sie dann nur vor weinig Tagen etliche Dero nächst angesessene Stände anhero verschrieben und an dieselbe bringen lassen, auf zureichende Mittel und Wege zu gedenken, wie die Regimenter noch eine Zeit lang und bis sie aus diese Lande nützlich geführet werden könten, der Notdurft nach erhalten und mit ihren verordneten Löhnungen versehen werden möchten. Wie nun S. Ch. D. hierdurch Dero gnädigste Sorgfalt vor der Soldatesque Conservation und Erhaltung gnugsamb contestiret, alio hätten Sie auch widerumb wohl gnädigst gehoffet, es würden die Officierer solches, als meheren Theils Ihrer Ch. D. in diese Lande gezogene und geborne Unterthanen oder doch Derselben mit schweren Eiden und Pflichten verobligirte Officierer ihre meiste und vornembste Gedanken haben sein lassen, wie dasjenige, so ihnen assigniret und angewiesen worden, mit guten Glimpf und ohne sonderbare Bedrückung der armen Unterthanen hätte mügen collectiret und zusammengebracht werden, sondern ihrer Schuldigkeit nach mit allem Fleiß dahin getrachtet haben, daß die geplagete Einwohner vor die so willige Beitragung ihres ganzen Vermögens auch hätten geschützet, bei Haus und Hof, Nahrung, Handel und Wandel und sonderlich ihren Ackerbau, als das beste Mittel zu

fernerer der Soldaten nötiger Unterhaltung mainteniret und nach Inhalt Ihrer Ch. D. deshalb im Druck gelassenen Ordre[1]) vor aller Vergewaltigung verteidigt werden mügen. Daß aber solches von Theils derselben alle Mal nicht in Acht genommen worden oder noch geschiehet, das bezeugen die Klagten, so über die vielfältige Pressuren, Plündern, Mord und Rauben täglich einkommen, mehr dann zu viel, und erfahrens diejenige, so in ihren Häusern nicht sicher sein noch das Geringste darin behalten können, mit unersetzlichen Schaden. Und obwohl den Officierern, als denen S. Ch. D. aus Confidenz ihrer zu der Gerechtigkeit tragender schuldiger Liebe und Eifers die Jurisdiction und Bestrafung solcher unchristlicher Delinquenten gnädigst bishero gelassen, in alle Wege hätte gebühren und obliegen wollen Ihres Regiments sich zu gebrauchen und solche Ihnen geklagte Insolentien und Frevelthaten abzuschaffen und die Verbrecher, anderen zum Abschen und Exempel, gebührend zu bestrafen, wie ihnen dann dasjenige, so bei S. Ch. D. geklaget und gebeten, zu dem Ende alle Mal zugeschickt und gebührende Animadversion darüber ergehen zu lassen, ganz ernstlich anbefohlen worden, so hat doch die Erfahrung zum öftern gegeben, daß dergleichen Verordnungen weinig verfangen noch den Leuten, ob sie ihnen schon die Thäter gleichsamb mit Fingern gezeiget, wieder zu dem Ihrigen verholfen, hingegen aber zu vielen Malen die klagende Leute anstatt der schuldigen Verhelfung mit Prügeln und harten Schlägen abgewiesen worden, gestalt dann auch über solche Insolentien und andere täglich mehr vorgehende Exorbitantien die anwesende Stände sehr harte und schwere Klagen führen, und daß dannenhero die Continuation des Unterhalts alleinig gehindert und ins künftige unmöglich gemacht werde, ganz beweglich anziehen.

Allermaßen nun S. Ch. D. Dero getreue Stände, als denen Sie zum Schutz von Gott verordenet, hülflos in solcher Bedrückung nicht weiter stecken lassen können, also wollen Sie Dero Obristen und Officierern hiermit nochmaln ganz ernstlich auermahnet und befehliget haben bei der ihnen anvertraueten Soldatesque bessere Ordre und Disciplin, wie bishero geschehen, zu halten, denselbten einigen muthwilligen Frevel zu begehen nicht verstatten, den notwendigen Ackerbau durch die bishero gleichsamb ohne Scheu vorgegangene Abnahme des Zugviehes in keine Wege zu hindern, sondern vielmehr zu beforderen, daß alle reisende Leute, so zur Fortsetzung ihrer Nahrung, Handels und Wandels aufm Lande zu verrichten haben, keinesweges zu beschädigen oder im widrigen Fall die beleidigte zur befridlichen Satisfaction zu verhelfen und die Verbrechere mit allem Ernst zu bestrafen; insonderheit aber die Einwohner durch all zu schwerer und übermäßiger Execution, als wodurch sie bishero fast eben so hart als durch die Contribution selbst beschweret worden, nicht zu beläftigen noch den Unschuldigen vor den Schuldigen und einen oder mehr vor eine ganze Gemeine anzufassen, sondern hierunter sich dem Inhalt mehrgemelter Churfürstlicher Ordonnance allerdings gemäß zu bezeigen.

1 Vom 1. Jan. 1638. Bei Mylius, Corp. const. III, S. 21 ff.

Im Fall aber diesem J. Ch. D. gnädigsten Befehl nicht mit schuldigstem Gehorsamb und Observantz, wie Sie Sich doch zu den Officierern, als denen der Unterthanen Armut und großes Elend gnugsamb bekannt, gnädigst versehen wollen, nachgelebet und den Ständen zu ferneres Klagen Anlaß und Ursach gegeben werden solte, so können S. Ch. D. nicht umbhin, Sich an die Officierer zu halten und die Refusion der Schäden von ihnen selbst zu forderen.

Hiernägst erinnern S. Ch. D. Sich gnädigst, daß von etlichen Officierern, wie die ihnen ausgereichte Assignationes, und daß dieselbe theils an ruinirte und ausgeplünderte, theils weit und in des Feindes Gewalt gelegene Städte und Örter gegeben worden, unterschiedliche Klagen geführet und dabei angezeiget worden, daß, weil die Soldaten aus dergleichen Orten ihren Unterhalt nicht vor voll oder doch sehr langsamb bekommen könten, ihnen den Officierern auch unmüglich fiele dieselbe länger in Geduld und den Mauren zu halten.

Gleichwie aber S. Ch. D. nichts liebers wünschen wolten, als daß das Land in bessern Zustand sich befinden und dadurch dieser Beschwernus abgeholfen und den Officierern bei so vorgegangener allgemeiner Ruin bessere und gewissere Assignationes hätten können ertheilet werden, also ist Derselben nachrichtlich bekannt, daß dennoch auf die angewiesene Gelder zimbliche große Posten abgegeben und dannenhero die Officierer, welche nur ihre eigene Bezahlung der Soldaten Unterhaltung vorziehen und das Meiste und Bareste wegnehmen wollen, Mittel gnug gehabt hätten den Soldaten den größern Theil dessen, so ihnen gebühret, zu geben; nichtsdestoweniger haben S. Ch. D. die vernommenen Klagten den anwesenden Ständen vorbringen und, wie nötig die Verpflegung der Soldatesque, als auf welche des Landes Conservation zum größeren Theil beruhe, mit mehrerem remonstriren und zu derselben Beförderung sie gnädigst erinnern lassen.

Demnach aber den Officierern des Landes Vermögen und Gelegenheit so wohl als jemanden bekannt, so begehren S. Ch. D., sie wolten selbst aufs fleißigste erwägen und bedenken auf Weise, das Volk ohne größere Beschwerden und Last des Landes besser und richtiger unterhalten und bezahlet werden könne, und S. Ch. D. das, so sie hierzu dienlich ermessen werden, schriftlich communiciren, welche es nicht allein gnädigst gerne erwägen und bedenken, sondern auch, im Fall es nur immer practicable und zureichend erachtet werden kann, befordern und anordnen wollen. Unterdeß aber wolten die Officierer dahin mit mehrerm Eifer sehen, wie dasjenige, so nach und nach zusammengebracht wird, auch den Soldaten alle 10 Tage völlig und ohne einigen Abbruch verreichet und dieselbe nicht ohne Not und durch der Officierer Privatnutzen ruiniret werden mögen.

Und weil nach diesem die Erfahrung weisen wird, daß es unmüglich sei in diesen noch weinig übrigen Kreisen, als welche diese Zeit über durch die schwere Contributiones und Exactiones den anderen desolirten fast gleich worden, die Regimenter länger zu behalten und daraus zu verpflegen, der Frühling auch nunmehr vor der Thür, und mit denselben vielleicht etwas Nützliches und sonderlich bei dieser Zeit, da der Feind

mit der größesten Macht jenseit der Elbe gangen, verrichtet werden könte, als begehren S. Ch. D. gleichergestalt, die Obristen wolten erwagen und bedenken, was J. Ch. D. und dem Lande mit dem Volke aufs forderlichste anzufangen und vorzunehmen am nütz- und zuträglichsten sein möge. Wobei dann S. Ch. D. denenselben zu ihrer Nachricht unvermeldet nicht lassen wollen, daß Sie auf drei Wege Ihre bisheriges meistes Absehen gehabt, als mit dem meisten und besten Volk in Hinterpommern zu gehen und zu sehen, ob in Stargard und Pirits Posto zu fassen, die Einwohner in Contribution zu setzen und dadurch nicht allein dem Feinde seine vom Lande bishero gehabte Lebensmittel zu entziehen, die darinnen angestellete Werbungen zu hindern, sondern vornemblich diesen Landen Respiration und Sicherheit zur Bestellung ihrer Saat zu beförderen und zu Wege zu bringen.

Vors andere mit Theils des besten Volks nach der Altenmark zu gehen und die Recuperation der Stadt Gardelegen, als woran gleichwohl die ganze Altmark haftet, zu versuchen.

Oder vors dritte das meiste Volk nach der Elbe zu führen und den Feind aus seinen daselbst noch inhabenden Orten zu treiben und dieselbe entweder ganz zu ruiniren oder ihren Eigenthumbs-Herren besser zu besetzen wieder einzuräumen.

Wodurch nicht allein die Elbe zu dieser Lande merklichen Nutzen befreiet, sondern auch der Feind des Orts nicht so leicht wieder zu passiren würde gehindert oder aufgehalten werden.

Welcher aber unter diesen dreien Wegen am sichersten und nützlichsten zuerst und auf was Art und Weise vorzunehmen oder was außer diesen vorgeschlagenen Wegen anzufangen sei, darüber wollen S. Ch. D. der Obristen und Officierer Gutachten und wohlmeinende unterthänigste Gedanken erwarten und nach denselben sich weiter gnädigst resolviren und ihnen unterdeß mit Churfürstlicher Affection zugethan verbleiben.

III.

Erwiderung der genannten Offiziere. Berlin, 23. Febr. (2. März) 1639.

Abschrift.

Sie haben vernommen, was der Kurfürst ihnen durch den Geheimen und Krieg-rath J. F. v. Blumenthal vortragen lassen.

Gleichwie nun sämbtliche Obristen und Oberster Lieutenant an ihrem Theile nichts liebers wünschen und sehen möchten, dann daß S. Ch. D. Landen also beschaffen, daß nicht allein die noch auf den Beinen seinde Soldatesca ferner beibehalten, sondern auch selbige multipliciret und in größerer Anzahl dazu geworben werden könte, auf daß dadurch S. Ch. D. Ihro vom Gegentheil zur Ungebühr bisher vorenthaltene pommerische Lande hinwider recuperiren und zu ihren natürlichen Herren hätten kommen mögen, dazu dann anwesende sämbtliche Obristen und Obrister-Lieutenant, so ofte es erfordert wird, ihr Leib und Leben zu

wagen und in S. Ch. D. Diensten willigst aufzusetzen sich hierdurch anerbieten thuen, also nehmen sie auch hiermit zu unterthänigstem Danke an, daß S. Ch. D. bishero vor die noch überbliebene und in Dienst behaltene Regimenter und Esquadronen so fleißige Vorsorge tragen wollen, damit sie, als billig und höchst nötig, aus den angewiesenen Kreisen hätten verpfleget werden mögen.

Dahingegen aber kömbt ihnen ganz schmerzlich vor, daß von ihnen erwähnet, sambt Theils derselben S. Ch. D. gedruckten Verpflegungs-Ordonnance in Einforderung desjenigen, so ihnen assigniret, nicht in Acht genommen worden sein, sondern sie gleichsamb ungestraft zugelassen haben solten, daß der Landmann von Haus und Hof, Nahrung, Handel und Wandel hätte behindert werden müssen, wie solches die über sothane vielfältige Pressuren, Plündern, Morden und Rauben täglich eingekommene Klagten mehr dann zuviel bezeugten, und es diejenige, so in ihren Häusern nicht sicher sein noch das Geringste behalten können, mit unersetzlichem Schaden erfahren hätten.

Aldieweil aber keinen unter anwesenden Officierern bewußt, daß er dergleichen Pressuren und Übelthaten mit seinem Willen verhänget und auf eingekommene Klagten nicht gebührlich gestrafet haben solte, so bitten sie hiermit unterthänigst, daß S. Ch. D. gnädigst belieben möchten den- oder diejenigen namkundig zu machen, der anstatt schuldiger Verhelfung die klagende Leute mit Prügeln und harten Schlägen abgewiesen, damit der- oder diejenigen nochmals, im Fall es nicht geschehen sein solte, gebührlich justiciam administriren oder aber im widrigen seine Unschuld zu deduciren möge bedacht sein können. Inmittelst werden sie hierdurch sämbtlich erbötig, soviel nur von ihnen geklaget werden möchte, Alles dasselbe würklich zu remediren. Nur wollen S. Ch. D. gnädigst Gefallen tragen bei Dero Kriegskanzlei die Verordnung zu machen, wann und so ofte Klagten aldort einkämen, daß man mit denselben die Leute vorhero an anwesende Officierer verweisen oder aber, ob sie solches bereits bei ihnen gesucht, befragen möchten. Wann nun einer unter ihnen gefunden werden solte, der solche Insolentien gebührlich nicht remediret, alsdann erachten sie nicht unbillig zu sein, daß S. Ch. D. darüber eifern und die verschriebene Justiz hinwieder zu sich nehmen.

Was aber die Execution betrifft, haben anwesende Officierer vielmehr zu klagen, wann sie nach erlangeter Anweisung den Unterhalt vor die Soldatesca gleich anfänglich in Güte fordern, daß doch bei den meisten Leuten also die Obstination überhand genommen, daß sie in keinem Wege mit der Güte zu gewinnen, sondern öffentlich sich verlauten lassen, wann nicht mehr als 2, 3 oder 4 Soldaten, möchten sie nach der Ordre zehren, wie sie wolten. Wäre derohalben den anwesenden Officierern am allerliebsten, wann ohne Execution zugetragen würde, und bitten demnach, daß S. Ch. D. Kreise und Stände, und sonderlich die noch zu geben vermögen, mit allem Ernst zu williger Zutragung ohne Execution gnädigst anmahnen lassen wolten, damit der Unterhalt besser als leider itzo geschiehet erfolgen möge. Dann obgleich S. Ch. D. in der Proposition gnädigst erwähnen lassen, sambt Derselben nachrichtlich bekannt, daß dennoch auf die angewiesene Gelder zimbliche große Posten

abgegeben worden und dannenhero die Officierer, wann sie nur ihre eigene Bezahlung der Soldaten Unterhaltung nicht vorziehen und das Meiste und Barste wegnehmen wollen, Mittel gehabt hätten, den Soldaten den größeren Theil dessen, so ihnen gebühret, zu geben, so vermeinen doch anwesende Officierer, daß bis dato von Zeit würklicher Begreifung der Quartiere weinig große Posten auskommen, sondern wäre vielmehr dasjenige, so bei den Kreisen und Städten angewiesen, nach allen möglichen angewandten Fleiß, ob man gleich die Güte und zugelassene Execution versucht, nicht zum 3. oder 4. Teil erfolget, wie desfals S. Ch. D. hinter den eigentlichen Grund kommen könten, wann sie zu Untersuchung dieses Werkes jemanden verordnen wolten.

Und ebensolches verursachet die Insolentien, indem ohne das das Tractament geringe und der große Unterschied zwischen itziger Zeit und derselben, zu welche S. Ch. D. Verpflegungs-Ordonnance publiciret; zudeme ist keine Polizei in einiger Stadt, sondern es wird Reuter und Soldat also und dermaßen übersetzet, wenn sie gleich auch das Ihrige richtig bekämen, daß sie bei so gestalten Sachen nicht davon leben, zu geschweigen sich einer ein Paar Stiefel, Pulver, Blei oder Schuch davon dringen[1]) könnten. Derowegen wann den ungeachtet dennoch gleichwohl bei S. Ch. D. anwesende Officierer in den Verdacht sein solten, daß sie ihren Privatnutzen vor die Churfürstlichen Dienste zögen und dadurch den Soldaten das Ihrige entzögen, so können sie wohl geschehen lassen insgemein oder bei einem jeden Regiment einen zu ordnen, der die Gelder aus den Kreisen erhebe und gleichmäßig auf die Regimenter und Esquadronen austheile.

Und wiewohl S. Ch. D. Begehren nach anwesende Officierer gerne andere Mittel vorschlagen wolten, auf was Weise das Volk ohne größere Beschwerden und Last des Landes hinfüro besser und richtiger unterhalten und bezahlet werden möchte, so bekennen sie doch hiermit öffentlich, inmaßen auch S. Ch. D. in der Proposition selbst die Unmüglichkeit wegen des Unterhalts anführen, daß sie solche zu erdenken bei so gestalten Sachen in ihren Witze nicht vermögen, sondern müssens billig S. Ch. D. und Dero hochvernünftigen Herren Kriegsräthen, als denen der Zustand dieses Landes aus täglicher Erfahrung am besten bekannt, anheimgeben, von Herzen dabei wünschend, daß man desfals sich nicht zu bekümmern haben möchte.

Im übrigen da S. Ch. D. vermeinen, weil der Frühling nunmehr vor der Thür, daß mit denen auf den Beinen noch habenden Völkern, sonderlich bei dieser Zeit, da der Feind mit der größesten Macht jenseit der Elbe gangen, vielleicht etwas Nützliches verrichtet werden könnte, und deshalb sämbtlicher anwesender Obristen und Obristlieutnant Bedenken, was mit dem Volk aufs förderlichste anzufangen und vorzunehmen, am nutz- und zuträglichsten sein möchte, begehret, dabei auch drei Wege [vorschlagen] (folgen diese), würde anwesenden Officierern nichts Erfreulichers sein, dann daß von S. Ch. D. sie einige Occasion anzutreten nur commandiret und employiret werden möchten, inmaßen sie sich hierdurch

1) Unklar.

erbieten ihre Schuldigkeit durch Gottes Gnade also zu erweisen, daß daran an ihnen das geringste manquement nicht zu verspüren sein solle.

Dennoch aber weil S. Ch. D. ihre Gutachten über diese drei Wege, welcher am sichersten, gnädigst begehren, so müssen sie, jedoch ohnmaßgeblich, davor halten, daß der erste vorgeschlagene Weg unter diesen allen der beste. Dabei aber ist gleichwohl zu consideriren (welches E. Ch. D. Herren Kriegsräthen anheimbgegeben wird), dasjenige Volk, so noch in Diensten, nemblich daß von der Cavallerie über 1100, so beritten, noch[1]) zu gebrauchen und an Fußvolk in allen ohngefähr 3400 Mann. Wann nun von solchen 2500 gute versuchte Soldaten genommen werden, ist leicht die Anzahl des Überrestes, wie selbiger beschaffen, zu machen, indem bei jüngsten Feldzuge nicht weinig alte Knechte Hungers gestorben, entlaufen und vom Feinde gefangen worden. Zudem so ist solch Volk übel bekleidet, wegen Außenbleibung ihres Unterhalts fast ganz von Kräften kommen, beginnet heftig zu kranken, und möchte nach so ausgestandener großen Dürftigkeit, indem mancher zu unmenschlichen Lebensmitteln hat greifen müssen, bei antretenden Frühling erst recht unter dasselbe anfangen; und ist über dem ziemblich übel bewehret, indeme die Mousquetten fast alle schadhaft sein. Über dem allen würde auch, wann die Völker aus dem Lande gehen solten, müssen eine Willigkeit in Reichung etlicher Löhnungen gemachet werden, zu geschweigen, daß die Officierer, welche ganz und gar von Pferden und Wagen abkommen, sich zu montieren ihren Nachstand vor voll würden haben wollen. Ob nun zu dem allen Mittel, dasselbe ist anwesenden Officierern unwissend.

Und den Fall gesetzt daß obgedachte Mängel alle remediret wären, Stargardt und Pyritz wegzunehmen, wiewohl sonderlich der letzte Ort Pyritz von schlechter Importanz, mit der Cavallerie und ein 1000 Mousquetiers, so notwendig in Stargardt und 500 in Pyritz dabei sein müssen, darin zu liegen und das Land in Contribution zu setzen, so ist doch nichts anders zu befahren, wann das Land und die beiden Städte in Contribution gesetzet werden solten, dann daß alle Einwohner des Landes sich in die feste Städte begeben und ihre Häuser leerstehen lassen würden. Nun ist noch zur Zeit kein Gras im Felde, die beiden Städte möchten es auch in die Länge nicht mehr aushalten können. Derowegen so würde man sich viel ehender ruiniren als recreutiren und refrechiren, sonderlich da der Feind in Pommern in den festen Städten, als zu beklagen, noch Meister und vermutlich nach äußersten Vermögen zu verhindern sich angelegen sein lassen wird, solcher Guarnison den Unterhalt zu schmälern. Das allermeiste, so zu consideriren, ist dieses, daß Banner von diesen Örtern noch so gar weit nicht, daß er nicht solte eine Brücke über die Elbe machen und soviel von seiner Armee herüber lassen können, so diesem Volk gewachsen.

Dann so haben S. Ch. D. zu betrachten, in was Periculi und Gefahr Dero Festungen und Residenzien sein werden, sonderlich wann etwa solch Volk in Pommern, das doch Gott verhüten wolle, ohne hazard

1) Es hat erst versehentlich „nicht" dagestanden.

dieser Örter nicht solte wieder kommen können oder aber man etwa an denselben gar Schiffbruch leiden müßte.

Gleichwohl ist es unmüglich, daß Reuter und Fußvolk solchergestalt zugleich in diesen Landen solten verbleiben können, im Fall nicht eins das ander ruiniren solte.

Stellen derowegen S. Ch. D. anwesende Officierer, jedoch ohnmaßgeblich, anheimb, ob Sie die Cavallerie nicht etwa auf eine Zeit S. Ch. D. zu Sachsen bei itzigen ihrem Notstande, jedoch certis condicionibus, daß Churf. D. zu Sachsen nicht allein diese auf Erfordern wieder zurück zu lassen, besondern auch auffm Notfall von den Ihrigen hinwieder etliche zu Hülfe zu schicken, sich versprechen, überlassen wollen. Alsdann hätten S. Ch. D. gnädigst sich zu resolviren, wieviel Fußvolk sie in allen vermeineten zu halten oder noch dazu zu werben, wieviel Obristen und wo der Unterhalt richtig herzunehmen, item daß die itzigen möchten bekleidet und ihnen anstatt böses gut Gewehr gegeben werden.

Es könten auch alsdann, wann sich solch Volk in etwas wiederumb respiriret, ein zimbliches davon der Röm. Kais. Mat. zugeschickt oder do Banner sich interim weiter ins Reich begebe, von Ihr. Mat. und Churf. D. zu Sachsen etliche Völker begehret werden, mit welchen allen alsdann S. Ch. D. ihre Heil in den pommerischen Landen, umb dasselbe vom Feinde zu reinigen, versuchen, in guter Hoffnung, daß die Allmacht Gottes Dero rechtmäßige abgenötigte Wehr und Waffen wider das unbillige Gegentheil glücklich also benedeien würde, daß daselbst vielleicht etwas fruchtbarliches auszurichten sein möchte. Dazu sich anwesende Officierer ihrer Schuldigkeit nach williger dann willig gebrauchen lassen wollen.

IV.

Relation Schwarzenbergs an den Kurfürsten. Cölln a./S. 4. 14. Juni 1639.

Ausfertigung.

Verstärkung der Truppen, deren notwendige Beibehaltung erörtert wird.

Sendet eine Correspondenz mit Konrad v. Burgsdorf. — Und werden Dieselbe (der Kurfürst) daraus mit mehrerm gnädigst vernehmen, wie weit nunmehr der Feind nach jüngsten in Bernau vorüber gangenem unglücklichen rencontre, davon ich E. Ch. D. unterm Dato des 30. passato unterthänigste ausführliche Relation gethan, sich zu extendiren und dadurch E. Ch. D. noch auf den Beinen habenden Trouppen die Quartiere und daraus bis hierzu erhobene Verpflegung abzustricken und dieselbe in mehrere Enge zu bringen sich unterstehet.

Ich werde zwar an äußerister Sorgfalt und Anwendung alles dessen, wie dem Feinde nach Möglichkeit möge resistiret und desselben höchst nachtheiliger weiterer Ein- und Vorbruch verhindert werden, noch ferner nichts ermangeln lassen. Allermaßen ich dann umb Verstärkung alhiesiger Trouppen und Assistenz an die Röm. Kais. Mat., meinen aller-

gnädigsten Herren, wie auch den Herrn Grafen von Trautmanstorff und Generallieutenant Grafen Gallas anderweit allerunterthänigst und fleißig geschrieben, allein, weil darauf bei gegenwärtigen Conjuncturen, da der Feind mit seiner vornembsten Macht in den kaiserlichen Erblanden residiret, keine gewisse und zuverlässige Rechnung zu machen, die kaiserlichen Völker auch, wann deren gleich einige anhero geschicket werden solten, wie E. Ch. D. vorhin gnädigst bekannt, sehr insolent und dergestalt, wie E. Ch. D. eigene, nicht zu disciplíniren sein, so hab aus E. Ch. D. an vorgestern vor Dato alhier eingelangeter gnädigsten Resolution vom 19. passato ich in Unterthänigkeit gern verstanden, daß Dieselbe Ihro meinen gethanen ohnmaßgeblichen Vorschlag wegen Werbung 1000 Pferde und 2000 Mann zu Fuß in Dero Herzogthumb Preußen in Gnaden haben gefallen lassen.

E. Ch. D. thun daran sehr löblich und dasjenige, was zu kräftiger Maintenirung Ihres hohen und gegenwärtiglich periclitirenden Status, auch churfürstlicher Authorität und Reputation vornemblich gereichend ist. Denn so lang E. Ch. D. bei gegenwärtiger im heiligen Reich annoch leider continuirender Unruhe in Verfassung sich befinden und Volk auf den Beinen haben werden, wird ein jedweder, Freund und Feind, auf Dieselbe reflectiren und E. Ch. D. respectiren müssen, inmaßen das Exempel mit dem Herzogen zu Lünenburgk vor Augen, deme vielleicht soviel nicht wäre nachgesehen worden, wann er nicht in Verfassung, wie schlecht und gering dieselbe auch beschaffen sein mag, gewesen wäre.

Und muß ich zwar bekennen, daß es nicht ein geringes, daß E. Ch. D. die Muster- und Sammelplätze in vorbezeichnetem Dero Herzogthumb Preußen assigniren zu lassen gemeinet; denn dazu ist in Gegenwart dieses Orts ganz und zumal nicht zu gelangen, wenngleich sonst alle andere requisita vorhanden wären, daran es jedoch in soweit ermangelt, daß bei gegenwärtigem äußerist verderbten Zustande alhiesiger Lande, da nunmehr bis auf etliche weinige Kreise dieselbe unter des Feindes Gewalt und also fast alle Einnahmen und Mittel abgeschnitten sein, zu den Werbegeldern dieses Orts Rath zu schaffen unmüglich. Denn dasjenige, was bis dahero gesamblet worden und noch aufgetrieben werden kann, hat vornemblich zu dem hochnotwendigen Bau, welcher noch Dato zu Landtspergk, Spandow, Peitz, Driesen, Werberschanz und Oderbergk unnachlässig continuiret wird, imgleichen die Notdurft an Munition vor die Festung[1]), welche darinnen täglich consumiret wird, an die Hand zu schaffen und zu andern täglich vorgehenden nötigen Ausgaben verwendet werden müssen.

Nicht weiniger hab ich die Werbegelder vor die 2. Compagnie Dragons, welche der Oberster Lieutenant Goldtacker richtet, alhier antreiben lassen, werde auch, wann meinem unterthänigsten Vorschlage nach aus den ruinirten 8 Burgstorffischen[2]) Compagnien 4 gemachet und dieselbe hinwieder in einen solchen Stand gebracht werden sollen, daß

1) Soll heißen: alle Festungen.
2) Georg Ehrentreich v. Burgsdorf.

E. Ch. D. davon behörige Dienste können zugewarten haben, auf dieselbe zum wenigsten ein dreitausend Thaler Recrutengelder geben lassen müssen, daß also E. Ch. D. hieraus angezogene Unmüglichkeit dieses Orts zu den Werbegeldern zu gelangen, von selbst gnädigst begreifen werden.

Weil aber dennoch, wie oben angezogen, solche Werbung der 1000 Pferde und 2000 Mann zu Fuß hochnützlich und nötig, und je schleuniger dieselbe wird zu Werke gerichtet, je größern Nutzen E. Ch. D. daraus werden zu gewarten haben, so zweifele in Unterthänigkeit nicht, es werden Dieselbe, wie auch zu erstberührten Werbegeldern in Preußen möge Rath geschaffet werden, gnädigste Sorge tragen. Solte man dieselbe bei Entstehung aller anderer Mittel gleich mit schweren Interessen aufnehmen und entlehnen müssen, so möchte es so sehr nicht zu widerrathen und zu deren Abführung hiernächst hinwieder zu gelangen sein. — Sendet Berichte über den Zustand des Krieges in Meißen und Böhmen und befürwortet eine dritte Citation des Obersten Kehrberg, der sich in Polen aufhalten solle, und Verhandlung in contumaciam gegen ihn.

V.

Relation Schwarzenbergs an den Kurfürsten. Cölln a./S. 21. September (1. Oktober) 1640. Präs. Königsberg 21./11. Oktober.

Ausfertigung, vielfach chiffriert.

Reichstag zu Regensburg. Neuwerbungen. Tausch des Butlerschen Regiments.

Sendet eine außerordentliche Post. Hat vertraulich gehört, daß der Kaiser einen Secretär an den Kurfürsten senden wolle, um folgende drei Punkte zu besprechen, 1. wegen wichtiger Verhandlungen auf dem Reichstage zu Regensburg die Sendung Schwarzenbergs dahin. 2. So hätten E. Ch. D. durch den Obristen Joachim Ernst v. Krockow Ihrer Kais. M. die Offerte thun lassen zu Dienst erstallerhöchstgedachter Ihrer Kais. Mat. vornemblich aber zu Recuperirung der pommerischen Lande ein corpo von zehentausend in dem Herzogtum Preußen zu werben und auf den Fuß zu bringen, deshalb anfangs ermelter Secretarius von Ihr. Kais. M. bevollmächtiget dieser Werbung halber mit E. Ch. D. verbündlich zu schließen. 3. Nachdem auch J. Kais. M. gegen den in Soest commandirenden Obristen Jobst Sigmund von Trentsch genannt Butler solche Anzeigungen und Praesumptiones hätten, daß sehr zu besorgen stünde, es möchten desselben Actiones dermaleines, wie des leichtfertigen Wrangels, zu Ihr. Kais. M. und des heil. Reichs Undienst und hohen di-aventagio hinausschlagen, so möchten E. Ch. D. Ihro gefallen lassen J. K. M. solch Butlerisches Regiment lediglich zu übergeben, also daß Dieselbe damit nach Ihrem allergnädigsten Wohlgefallen möchten zu schalten und zu walten haben; und wären alsdann J. K. M. allergnädigst gemeinet, meinen Sohn demselben Regiment vor einen Obristen vorstellen zu lassen.

Was nun den ersten Punkt angehet, ob ich zwar nunmehr nicht allein alt, sondern auch wegen meiner bisherigen ausgestandenen Leibes-Indisposition noch zimblich schwach und unvermögen bin," so sei er doch bereit, wenn der Kurfürst es gut finde, die Reise zu unternehmen. Doch wisse er 1. nicht Rat zu den Reisekosten und 2. „so werden E. Ch. D. gnädigst zu bedenken haben, ob Sie bei gegenwärtigem Zustande Dero Churfürstenthumbs mich aus demselben werden zu entrathen und ich Derselben mehr Nutzens bei angezogener Schickung weder alhier im Lande werde stiften und schaffen können.

Es hat zwar derjenige, von dem ich diese Nachricht habe, den kaiserlichen Ministris hierauf vor sich sofort geantwortet, daß bei jetzigem Zustande E. Ch. D. die meinige Person aus hiesigen Landen nicht würden entrathen können, allein es ist darauf replicieret worden, daß man Zeit meiner Abwesenheit hiesiges Orts allein defensive gehen und die Festungen wohl in Acht nehmen und bewahren solte, welches dann zumal jetziger Zeit umb soviel desto leichter würde geschehen können, weil der Kron Schweden Macht geringe, denselben auch an andern Orten soviel zu schaffen geben würde, daß sie sich so leichtlich nicht hervor machen und einen oder den andern Ort von importance würden angreifen dörfen.

E. Ch. D. haben dieses alles und jedes nach Dero hocherleuchtem und weisen Verstande reiflich und wohl zu überlegen, sich eines Gewissen zu entschließen und mir gnädigst zu befehlen, als der ich bereit und höchstwillig bei E. Ch. D. gnädigsten Willen in allem vollenkommene gehorsambste Folge zu leisten.

Den 2. Punkt, namentlich den Obersten Krockowen und die von demselben in E. Ch. D. Namen vorgeschlagene Werbung betreffende, da habe E. Ch. D. ich bei jüngster Post gehorsambst communiciret, was deshalb der kaiserliche Generalfeldzeugmeister Freiherr von der Goltze an mich geschrieben, daß nämlich solche Werbung in Hinterpommern angestalt werden solte. Am kaiserlichen Hofe aber nimbt mans also, daß solche in dem Herzogthumb Preußen anzustellen. Ob nun dies E. Ch. D. eigentlicher Wille und Meinung sei, davon haben Sie mir annoch nichts communiciret, dahero lasse ichs auch dahin gestalt sein; ich weiß auch nicht gewiß, ob Krockow selber zu dem Kaiser gereiset oder aber Goltze diese Vorschläge J. K. M. überschrieben und vorgetragen haben mag. Mich will sonst an meinen unterthänigsten Ort bedünken, es werden E. Ch. D. von solcher Werbung, es geschehe dieselbe entweder in Preußen oder in Hinterpommern, gleichen Nutzen, Dank und Reputation zu gewarten haben.

Denn damit ich bei der preußischen Werbung alle andere Respecten übergehe und bei Seiten setze, so haben E. Ch. D. bei denen nun zu dreien Malen vorgewesenen preußischen geringen und schlechten Werbungen, als des Obersten Dargitz, der beiden Capitäne Mervii und Grundteifens und letzlich derjenigen Trouppen, welche in diesem laufenden Jahre der Obriste-Lieutenant Goldtacker herausgeführet, in der That erfahren, daß zwar dieselbe ein überaus Großes gekostet, aber E. Ch. D. in effectu wenig oder nichts genutzet; daraus dann leichtlich zu colligiren, daß

auch gleichmäßiger Succes und Effect bei einer größern Werbung und Armatur zu promittiren sein werde.

Hinterpommern betreffend, dasselbe ist in der Schweden Gewalt und kann des Orts keine Werbung angestellet werden, ehe und bevor die Schweden depossessioniret und ausgetrieben sein, andrer gestalt nicht als vi armata und per exercitum geschehen kann. Nun seind aber E. Ch. D. nicht bemittelt einen solchen exercitum weder alhier noch in Preußen vor sich alleine auf den Fuß zu bringen, besondern Sie werden solches nothwendig mit Zuthuen der kaiserlichen Waffen thuen müssen. Wenn aber ein solcher exercitus in Hinterpommern kommen solte, so würde dasselbe Land nicht sufficient sein, solchen behörig zu unterhalten, besondern man würde noch wohl, wie die Erfahrung dabevor, wann die kaiserliche Waffen sich bis dahin extendiret gehabt, gegeben, aus Böheimb, Schlesien und Polen zu entretenirung, eine zimbliche Notdurft beischaffen müssen; woher wolte man dann des Orts zu Mitteln gelangen ein so namhaftes Corpus von zehen tausend Mann auf den Fuß zu bringen?

Werden dannenhero E. Ch. D. sich hierinnen sehr wohl in Acht zu nehmen haben, damit Sie Sich nicht übereilen und zu einer solchen Sache verbinden, die Deroselben in Effect zu setzen entweder sehr schwer, wo nicht gar unmöglich fallen und davon Sie weder Dank, Nutzen oder Reputation zu erwarten haben möchten.

Daß E. Ch. D. des Volkes zu wenig und dahero vonnöten haben Sich in mehrer Positur zu setzen, solches habe Deroselben ich ostermalig zu erkennen gegeben, muß es auch meinen Pflichten nach nochmaln gehorsambst wiederholen. Allein alhier in diesen Landen solten, wie ich vielmals vorgeschlagen, E. Ch. D. die Werbungen anstellen lassen, woselbst man nicht allein mit halben Kosten zu Volke gelangen, besondern auch dasselbe sofort mit Nutzen employren und die Quartiere auch wohl gar bis in Hinterpommern mit besserer Manier und Nachdruck, weder hiebevor angezogen, erweitern kann.

Wann derowegen E. Ch. D. hierzu ein Stück Geldes herschießen, die kaiserliche Mat. auch das Ihrige dabei thuen wolten, dann wäre nicht zu zweifeln, daß die Werbungen dieses Orts glücklich an- und fortgestellet und J. K. M. und E. Ch. D. empfindlicher Nutzen damit gestiftet werden solte.

Den Obersten Butlern vors dritte belangende, deshalb haben J. K. M. unlängsthin solchergestalt an mich allergnädigst geschrieben, allermaßen die Beilage sub numero 1 mit mehrerm zeiget; und habe J. K. M. ich darauf solchergestalt hinwieder geantwortet, allermaßen E. Ch. D. Ihro nach gnädigsten Wohlgefallen sub numero 2 mit mehrerm können vortragen lassen. Daß nun Butlers bisherige Actiones nicht allein den kaiserlichen in Westphalen residirenden Generaln, besondern auch mir selber suspect gewesen und zu allerhand Argwohn Anlaß gegeben, dasselbe kann ich leichtlich zugestehen, zumaln, wann ich mich des Anfangs und Verlaufs, wie er in E. Ch. D. Dienste kommen, zurückerinnere; denn doselbst promittirte er, sobald er in E. Ch. D. Diensten würde an- und aufgenommen sein, daß er alsdann sofort befordern

und zu Wege bringen wolte, daß auch sein Schwager, der meineidige Wrangell, von den Schweden auf diese Seiten solte, welches auch bald darauf im Werk dergestalt erfolget. Weiln nun Wrangell hinwieder leichtfertiger und meineidiger Weise umbgesattelt, so könte leicht Sache sein, daß er auch dazu Butlern als seinen Schwager disponirte, als welcher ohne dies ein Vasall der Landgräfin von Hessen ist; hat unter derselben seine gute Freunde und Verwandten; dahero nicht leichtlich zu vermuten, daß er nicht mehr bei denselben sich beliebet als verhasset zu machen suchen solte.

Ich bin aber zu einer solchen Antwort, die ich mehr allerhöchstgedachter J. K. M. gegeben, vornemblich dadurch veranlasset worden, weiln E. Ch. D. mir hiebevor in Gnaden befohlen dahin zu trachten, obs practicable solch Butlerisches Regiment gar oder zum Theil aus der Grafschaft Mark in diese Lande zu ziehen, als die an Volk und zuforderst die Festung Spandow, als die rechte Hauptfestung, merklichen Mangel leiden. Nachdem aber solches ganz und gar unmöglich gewesen, zumaln bei nunmehr erfolgeter Ruptur des Hauses Braunschweigk und Lünenburgk, so habe ich davor gehalten, es würde am besten und E. Ch. D. nicht zuwidern sein, wann mehrbezeichnetes Butlerisches Regiment J. K. M. lediglich zu Dero freien Willen übergeben und dahingegen von J. K. M. E. Ch. D. ein Regiment zu Fuß, welches dem Butlerischen an Stärke gleich, ebenfalls ganz lediglich und zu Deren freien Disposition hinwiederumb überlassen und in diese Lande geschicket würde, welches dann J. K. M. aus Böhmen, Schlesien oder auch von andern Orten wohl zu Werke richten und hingegen die Butlerische Völker, weil sie in Westphalen nicht allein einen formirten exercitum auf den Beinen, besondern auch die meisten und vornembsten Posti in ihrer Gewalt haben, an Ort und Enden, dahin sie wollen, ohne Gefahr ziehen und gebrauchen können. E. Ch. D. aber bekämen hierdurch eine gute Anzahl Fußvolks, welches Compagnienweis unter die alte Regimenter vertheilet, die schlechteste Örter darmit besetzet und dahingegen E. Ch. D. altes Volk in die Hauptfestungen geleget und die Guarnisonen verstärket werden. Es stünde auch alsdann zu J. K. M. allergnädigsten Gefallen, ob Sie solch Regiment meinem Sohn conferiren, und derselbe es acceptiren wolle oder nicht. Und dabei hättens E. Ch. D. meiner ohnmaßgeblichen unterthänigsten Meinung nach nochmals zu lassen, ohngeachtet was meines Sohns wegen darbei vorkommen möchte; denn daß desselben aventagio mit E. Ch. D. Schaden und Nachtheil gesuchet und befodert werden solte, dasselbe werde ich an meinen Ort mit Willen oder Wissen wohl nimmer verhängen oder zugeben.

III.

Aus Berichten des hessischen Sekretärs Lincker vom Berliner Hofe während der Jahre 1666—1669.

Von

Walther Ribbeck.

Von Beginn des Jahres 1666 ab unterhielt die Landgräfin Hedwig Sophie von Hessen-Kassel, die damals nach dem frühen Tode ihres Gatten, des Landgrafen Wilhelm VI., für ihren minderjährigen Sohn die Regierung führte, an dem Hofe ihres Bruders, des Großen Kurfürsten, einen ständigen Vertreter in der Person des Sekretärs Georg Lincker. Dieser, einer bekannten hessischen Gelehrten- und Beamtenfamilie entstammend, hatte den Regierungsrat von Dalwig abgelöst, welcher am 2. Januar 1666 in Kleve vom Kurfürsten seinen Abschied genommen. Linckers erster Bericht ist vom 6. Januar aus Wesel datiert. Vom 13. Januar bis gegen Ende Oktober finden wir ihn am kurfürstlichen Hoflager in Kleve, dann bis zum Juni 1668 in Berlin. Inzwischen hatte ihm seine Herrin die Erlaubnis erteilt, auch den nahe verwandten[1]) dänischen Hof in Berlin zu vertreten[2]). Vom Juni bis November 1668 weilte er als hessischer Agent in Kopenhagen, von da ab bis Ende Juli 1669 am kurfürstlichen Hoflager in Königsberg, später bis zum

1 Ihre Tochter Charlotte Amalie heiratete am 25. Juni 1667 den dänischen Kronprinzen Christian.

2) Am 2./12. Oktober 1667 dankt Lincker der Landgräfin für die erteilte Erlaubnis. Am $\frac{23.\ \text{März}}{2.\ \text{April}}$ 1668 giebt die Landgräfin ihrem Abgesandten in Dänemark, Dalwig, ihre Einwilligung zu erkennen, daß sich der König Linckers als seines Vertreters bediene.

April 1672 in Berlin mit Unterbrechungen, welche durch seine dänischen Reisen herbeigeführt wurden. Die Feldzüge gegen Frankreich in den Jahren 1672 bis 1674 machte er im kurfürstlichen Hauptquartier mit, während wir ihn in den nächsten Jahren hauptsächlich in Dänemark oder Hamburg als hessischen Agenten antreffen.

Am vollständigsten erhalten sind uns die Berichte Linckers aus den Jahren 1666 bis 1669. Er hatte keine wichtigen diplomatischen Verhandlungen zu führen, und von den Geheimnissen der hohen Politik hat er uns nur wenig mitgeteilt, was wir nicht anderswoher schon wissen. Seine Aufgabe war, die Interessen seiner Gebieterin wahrzunehmen, namentlich dafür zu sorgen, daß ihr die ihr zustehenden Ehegelder richtig gezahlt wurden. Daneben hatte er sie über alle Vorgänge am Hofe und in der Stadt auf dem Laufenden zu erhalten, da sie begreiflicherweise an allem, was ihren Bruder und ihre Heimat betraf, das lebhafteste Interesse nahm. Seine Berichte sind meist an sie direkt, seltener an den Kanzler gerichtet. Die Namen, bisweilen auch ganze Wortreihen und Sätze, sind in Chiffren geschrieben, deren Auflösung in der Regel zwischen den Zeilen steht.

[Kirchliche Streitigkeiten in Berlin.]

In den ersten Jahren seines Berliner Aufenthaltes berührt Linckers Berichterstattung vor allem die kirchlichen Fragen der Zeit, insbesondere den Widerstand, den die irenischen Bestrebungen des Kurfürsten bei den Lutheranern fanden. Durch das Toleranzedikt vom 16. September 1664 war Reformierten wie Lutheranern alles gegenseitige Schmähen untersagt worden. Zur Nachachtung dieser Verordnung sollten sich sowohl die neu anzustellenden als die im Amte befindlichen Geistlichen durch einen Revers verpflichten[1]). Wohl unterschrieben bei weitem die Mehrzahl auch der lutherischen Prediger, aber verschiedene verweigerten dennoch ihre Unterschrift, unter ihnen der Berliner[2]) Propst Lilius und der Archidiakon Reinhardt. Beide wurden ihrer Ämter entsetzt, Lilius indes wieder zugelassen, nachdem er eine zwar nicht dem Revers gleichlautende, aber doch ähnliche Verpflichtung unterschrieben[3]). Diese Nachgiebigkeit nahmen ihm aber seine Glaubensgenossen so übel, daß er bis zu seinem bald darauf erfolgenden Tode keine Zuhörer mehr fand[4]). Lincker be-

1) Landwehr, Die Kirchenpolitik des großen Kurfürsten. Berlin 1894. S. 215.
2) Lincker sagt irrtümlicher Weise: „Köllnischen".
3) Landwehr S. 218. 224; Hering, Neue Beiträge ꝛc. II. S. 218—29.
4) Linckers Bericht vom 13./23. März 1667.

richtete bald nach seinem Eintreffen in Berlin, wie man in lutherischen Kreisen sehr in Angst sei vor einer scharfen Durchführung des Ediktes. Man erkannte vielfach an, daß die Autorität des Kurfürsten diese Durchführung der einmal gegebenen Befehle verlange, aber man verwünschte die ersten Angeber dieses Werkes, welches der Oberpräsident[1] Otto von Schwerin und der Hofprediger und Konsistorialrat Stosch[2] waren. Hofprediger Kunsch meinte, Stosch habe sich mit dem Edikte blamiert, durch den Propst und späteren Konvertiten Andreas Fromm[3] irre geführt[4]. Auch der Kanzler Jena war der Ansicht, man hätte materialia und doctrinalia aus dem Edikt fortlassen sollen, und äußerte die Hoffnung, daß man niemals solchen solocismum in politicis begehen werde, als bereits in ecclesiasticis geschehen[5].

Unter denen, die den Revers unterschrieben, hatte sich auch David Gigas befunden, um eine Predigerstelle an St. Nikolai zu erlangen. Er war deshalb von seiner Gemeinde übel angesehen und durch den Diakonus Lorenz vom Abendmahl ausgeschlossen worden[6]. Infolgedessen widerrief er nicht nur seine Unterschrift, sondern hielt auch am Neujahrstage des Jahres 1667 eine aufreizende Predigt. Er erging sich in Exklamationen über das vergangene Angstjahr und führte dem Kurfürsten alle möglichen Exempel aus dem alten Testamente vor Augen, die beweisen sollten, daß Glaubensbedrückungen notwendig Rebellionen und traurige Kriege zur Folge haben müßten[7]. Die Predigt war derartig, daß dem Prediger von seiten des Magistrates geraten wurde, das Concept nicht aus der Hand zu geben, aber er beherzigte diesen Rat nicht, weil ihm eben daran lag, sich bei seinen Glaubensgenossen zu rehabilitieren[8]. Die Folgen blieben denn auch nicht aus. Am 9. Januar ließ der Kurfürst den Magistrat zu sich ins Schloß bescheiden. Gigas wurde durch den Kanzlisten Pölter unter irgend einem Vorwande veranlaßt, ebenfalls ins

1) Lincker vom $\frac{21.\ \text{November}}{1.\ \text{Dezember}}$ 1666.

2) S. über ihn: Landwehr, in den Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte Bd. VI. S. 91—140.

3) Vgl. über ihn Hering, Neue Beiträge II. 274 ff., Landwehr in den Forschungen VI. 121 ff.

4) Lincker am $\frac{30.\ \text{Januar}}{9.\ \text{Februar}}$ 1667. Dies könnte richtig sein, obwohl Fromm später als heftigster Gegner der Reverse auftrat.

5) Lincker am 13./23. Februar 1667.

6) Hering II. 253.

7) Lincker den 16./26. Januar 1667.

8) Lincker den $\frac{25.\ \text{Juni}}{5.\ \text{Juli}}$ 1667.

Schloß zu kommen und, nachdem er durch das große Schloßthor auf den Schloßplatz geführt worden war, damit ihn der Kurfürst, dem er persönlich unbekannt war, mit Augen sehen konnte, verhaftet und nach der Hausvogtei gebracht. Darauf wurde der Magistrat vorgelassen und ihm die Verhaftung des Gigas mitgeteilt. Der Prediger aber wurde in einer Kutsche mit 6 Pferden von dem Kapitän Hutt durch das Georgenthor nach Spandau geführt, ohne daß irgend welcher Lärm entstanden wäre[1]). Allein diese Art der Wegführung machte doch viel böses Blut und nicht nur in Berlin; man meinte, die Stadt Danzig, die gerade im Begriff stand, den Schutz des Kurfürsten gegen Polen anzurufen, werde sich durch diesen Schritt davon abhalten lassen[2]). Der Hofprediger Kunsch gab der Besorgnis Ausdruck, in Kopenhagen werde man die Festnahme des Gigas übel vermerken[3]), und in der That wurde der Kurfürst dort der Religionsverfolgung bezichtigt[4]). Die Reformierten in Frankfurt a. M., die damals gerade bei dem dortigen Magistrat um die Einräumung einer Kirche petitionierten, fürchteten, daß die Verhaftung des Gigas ihnen nicht förderlich sein werde[5]). Wirklich erhielt der Kurfürst, als er sich für die Frankfurter Reformierten verwandte, eine abschlägige Antwort[6]). Gigas wurde übrigens im Juni seiner Haft entlassen und mußte sich verpflichten, die Städte Cölln und Berlin zu meiden[7]).

Zu denen, welche die Unterzeichnung des Reverses verweigerten, gehörte bekanntlich auch Paul Gerhardt, Diakonus an St. Nikolai. Er wurde deshalb vom Amte suspendiert, aber auf die Fürbitte der Kurfürstin Luise wieder eingesetzt. Derselbe Sonntagische Merkur vom 12. Januar 1667, der den Berlinern die Verhaftung des Gigas meldete, berichtete die Wiedereinsetzung Gerhardts in folgenden Worten: „Wie

1) Lincker am 16./26. Januar 1667.

2) Ebendaselbst.

3) Bericht vom $\frac{30.\ \text{Januar}}{3.\ \text{Februar}}$ 1667.

4) Bericht vom $\frac{25.\ \text{Dezember}\ 67.}{4.\ \text{Januar}\ 68.}$

5) Bericht vom $\frac{30.\ \text{Januar}}{9.\ \text{Februar}}$ 67. Nach gütiger Mitteilung des Frankfurter Stadtarchivars Dr. Jung ist der Kurfürst in dieser Sache öfters vorstellig geworden (zuletzt 1661), aber nicht damals. Lincker verdankte die Nachricht dem Schreiben eines Herrn Toma.

6) Bericht vom $\frac{25.\ \text{Juni}}{5.\ \text{Juli}}$ 67.

7) Ebendaselbst.

Sr. Churfürstl. Durchlaucht des bishero ab officio suspendirten Predigers Paulus Gerhardt Unschuld und Moderation gerühmt worden, haben Sie allsofort anbefohlen, denselben wieder in sein Amt einzusetzen[1])". Wie Lincker mitteilt, nahmen diejenigen, denen die Autorität des Kurfürsten am Herzen lag, an dem Worte „Unschuld" Anstoß. Der Hofprediger Stosch verhehlte dies dem Kurfürsten nicht. Dieser sagte ihm ins Ohr, er wisse wohl, wer jenes Wort in die Ankündigung hineingebracht, nämlich Schwerin, den man durch seine den Lutheranern günstig gestimmte Frau[2]) für beeinflußt hielt.

Heftige Streitigkeiten erhoben sich jedesmal bei der Neubesetzung von Kirchenstellen, besonders in der Hauptstadt. So bestritt Stosch, als das Amt eines cöllnischen Propstes zu St. Petri erledigt war, der Stadt das lange gewohnheitsmäßig geübte Recht, diese Stelle zu besetzen, und schrieb es dem Kurfürsten zu[3]). Doch behauptete die Stadt ihr Recht[4]). Die Stelle erhielt Buntebart, der für einen Synkretisten galt. Charakteristisch ist, daß einer der ersten Hofbeamten, der Oberhofmarschall Raban von Canstein, der streng lutherisch war, sich der Einführung des neuen Propstes durch eine Reise entzog. Statt seiner führte ihn der Dechant Gröben ein[5]). Auch der Stadt Berlin wollte der Kurfürst nach dem Tode des Lilius († 27. Juli 1667) einen Propst seiner Wahl aufnötigen. Es war dies der Propst Müller zu Bernau, ein gelehrter Mann. Die Berliner verwarfen ihn als einen zum Predigtamt Ungeschickten, in Wahrheit aber, weil sie ihn, freilich mit Unrecht, für einen Synkretisten, ja Reformierten hielten[6]), da er in England gewesen war[7]). Diesen Mann nun ließ der Kurfürst eines Sonntagmorgens in seinem Gemach in Gegenwart von Bürgermeister und Rat vor sich predigen. Nach gehaltener Predigt befahl er den Häuptern der Stadt in Gegenwart von Schwerin, Canstein[8]) und Sonnitz[9]) ernstlich an, daß sie diesen Mann entweder annehmen oder ehestes Tages genügsame Entschuldigung anwenden müßten. Der erste Bürgermeister Tieffenbach,

1) Landwehr, Kirchenpolitik S. 225.

2) Schwerins zweite Gemahlin Helene Dorothea von Kreytzen † 1677., die lutherisch war.

3) Bericht von Anfang Dezember 1666.

4) Bericht vom 16./26. Januar 67.

5) Bericht vom $\frac{27.\ \text{Febr.}}{9.\ \text{März}}$ 67.

6) Bericht vom 13./23. März 67.

7) Bericht vom 17./27. Juli 67.

8) Amtskammerpräsident und Oberhofmarschall Raban von Canstein.

9) Lorenz Christoph, kurfürstl. Geh. Rat und Kanzler.

welcher von diesem Vorhaben Wind bekommen, war einfach aufs Land gegangen. Auch der zweite Bürgermeister Zerlenden hatte wegbleiben wollen unter dem Vorwande, er müsse Arzneien gebrauchen, aber der Kurfürst ließ ihm sagen, die Arzneien könne er wohl auf den folgenden Tag lassen[1]). Da der neue Propst sich auf die kurfürstlichen Edikte verpflichtet hatte, so drohte der Diakon Lorenz, derselbe, der früher dem Gigas das Abendmahl verweigert, ihn von der Kommunion auszuschließen, falls er nicht vorher sich über gewisse Artikel zufriedenstellend geäußert. Schwerin, um seinen Rat angegangen, meinte, Müller solle es ruhig darauf ankommen lassen, ob man ihm das Abendmahl versagen werde[2]). Es kam in der That zu dieser Verweigerung. Der Hofprediger Vergius sprach daraufhin sein Bedauern aus, daß man nicht schon in jenem früheren Fall gegen Lorenz eingeschritten sei[3]). Auch benahm sich der Propst ziemlich schwächlich. Er hielt sich zu Hause, behauptete krank zu sein und bat, daß man seine streng lutherischen Amtsbrüder schonen solle[4]). Und doch hatte einer derselben, Lubath, in einer Predigt die Reformierten als falsche Propheten bezeichnet[5]). Über dieses Betragen erbittert, ließ der Kurfürst mehrere lutherische Konsistorialräte zu sich fordern und hielt ihnen in Gegenwart des Hofpredigers Stosch vor, wie er ihnen alle Gnade habe zu teil werden lassen, sie ihn aber mit Undank belohnt hätten[6]).

Der Widerstand der Lutheraner war so heftig und die Macht derselben, die im Beamtentum und Heer die wichtigsten Stellen inne hatten[7]), so groß, daß der Kurfürst sich zu einem gewissen Einlenken genötigt sah. Es ergingen neue Bestimmungen (am 6. Juni 1668), daß kein im Amt befindlicher Geistlicher mehr zur Unterzeichnung der Reverse veranlaßt werden sollte, dafür aber jeder neu zu Berufende sich mündlich auf sie verpflichten und daß bei seiner Bestätigung ausdrücklich hervorgehoben werden solle, diese erfolge nur unter der Voraussetzung, daß der Betreffende sich dem Edikte von 1664 gemäß verhalte. Trotz dem Widerspruch einiger

1) Bericht vom 13./23. März 67. Nach O. Schwebel, Geschichte der Stadt Berlin 1888 II heißt er Zarlang.

2) Bericht vom $\frac{30.\ \text{Oktober}}{9.\ \text{November}}$ 67.

3) Bericht vom 1./11. Januar 68.

4) Bericht vom 8./18. Januar 68. Zu dieser Haltung Müllers stimmt, was Hering, Neue Beiträge II. 258, obwohl selber zweifelnd, von ihm erzählt.

5) Bericht vom 21. Oktober 67.

6) Bericht vom 8./18. Januar 68.

7) Bericht vom $\frac{25.\ \text{Dezember 67.}}{4.\ \text{Januar 68.}}$

Zeloten gaben sich die Lutheraner damit zufrieden. Auch wurden sie ausdrücklich der Gnade des Kurfürsten versichert; es wurde ihnen versprochen, bei der Besetzung der Stellen solle zwischen ihnen und den Reformierten kein Unterschied gemacht werden, ja der Kurprinz und die andern Prinzen sollten mit ihrer Lehre bekannt gemacht werden[1]). Nur eine Schmähung seiner eigenen Konfession könne der Kurfürst sich nicht bieten lassen, wer davon nicht abstehen könne, solle sein Glück anderswo suchen[2]).

[Kirchliche Streitigkeiten in Königsberg.]

Auch aus Königsberg, wo Lincker von Ende 1668 bis Mitte 1669 mit dem Kurfürsten verweilte, hatte er von der Intoleranz der Lutheraner zu berichten. So hatte der Kurfürst befohlen, aus dem Gebetsformular die Worte „wider das calvinische Seelengift" auszulassen[3]). Das lutherische Konsistorium hatte sich dem nach einigem Sträuben gefügt und den Predigern freigestellt, anstatt dessen „wider die calvinische Lehre" zu sagen. Allein Magister Schröder, Prediger in der Altstadt, erklärte die Worte, da sie ihm von seinen Vorgängern überliefert worden seien, nicht auslassen oder verändern zu können, und wurde deshalb in seinem eigenen Hause in Arrest gehalten[4]). Dann wurde er freigelassen und übte während des Weihnachtsfestes sein Amt aus, enthielt sich jedoch sorgfältig des Gebetes[5]). Selbst das Königsberger Bürgerrecht erlangten die Reformierten erst in jenen Tagen und nur mit Mühe. Von den Zünften, die dabei die ausschlaggebende Stimme hatten, war ihnen die der Faßbinder am geneigtesten[6]).

[Tod der Kurfürstin.]

Einen Teil der Schuld daran, daß der Kurfürst die Calvinisten vor den Lutheranern begünstige, schrieb man dem Einfluß seiner ersten Gemahlin, Luise von Oranien, zu[7]). Sie soll auch außerdem nicht beliebt gewesen sein, weil man ihr nachsagte, daß sie für die märkischen Unterthanen kein Herz habe[8]). Als diese fromme Fürstin nun ihren

1) Lincker den $\frac{30.\ \text{Juni}}{20.\ \text{Juli}}$ 67. ad 3./13. Juli. Hering II. 249. Landwehr S. 227 giebt den Inhalt nicht genau wieder.

2) Bericht vom $\frac{30.\ \text{Juni}}{10.\ \text{Juli}}$ 67.

3) Landwehr S. 168.

4) Lincker am 4./14. Dezember 68.

5) Bericht vom 18./28. Dezember 68.

6) Bericht vom 11./21. Dezember 68.

7) Vgl. Landwehr S. 230.

8) Lincker am 17./27. Juli 67.

Leiden erlegen war (8./18. Juni 1667), und ihr Leichnam auf dem Paradebette ausgestellt wurde, ließ sich der lutherische Pöbel zu unziemlichen Reden hinreißen, so daß der Kurfürst — wie es hieß auf Anstiften der Oberhofmeisterin von Götzen — verbot, weiter irgend jemand zur Besichtigung zuzulassen[1]).

[Der Kurprinz Karl Ämil.]

War der Kurfürst ein so unumschränkter Gebieter in seinem Hause, wie er es in seinem Staate zu sein sich bemühte? Eine merkwürdige Äußerung des Kurprinzen Karl Aemil, die uns Lincker berichtet, könnte fast daran zweifeln lassen. Obwohl der Prinz (geb. 1655) sich damals in dem zarten Alter von 12 Jahren befand, wurde doch schon von verschiedenen Seiten an seine Verlobung gedacht. In Kopenhagen wurde wegen der Verbindung mit einer dänischen Prinzessin sondiert[2]), und der bekannte Staatsmann Ezechiel von Spanheim brachte eine solche mit einem pfälzischen Fräulein in Anregung[3]). Einige Zeit vor dem Tode der Mutter sprach der Prinz nun ganz ernsthaft darüber, wen er wohl zur Frau haben möchte und meinte, für ihn kämen nur zwei Prinzessinnen in Frage, die von Hessen[4]) und die von Kurland[5]), beides seine Cousinen. Die erstere sei noch zu jung — sie war 1661 geboren —, und er müsse in diesem Falle noch etwas warten, die andere ein paar Jahre älter als er, was nicht gut sei, doch habe er im Princip gegen sie nichts einzuwenden. Als ihn nun die holländisch Gesinnten auf eine dritte Cousine, die Prinzessin von Nassau[6]), hinwiesen, deren Alter zu dem seinen besser stimme, versetzte er lebhaft, er begehre keine Holländerin, sondern eine Teutsche, denn er müsse eine haben, die ihm Gehorsam leiste. Als man ihn nun ehrerbietigst darauf aufmerksam machte, wie

1) Bericht vom 12./22. Juni u. 17./27. Juli 67.

2) Lincker am $\frac{25.\ \text{September}}{5.\ \text{Oktober}}$ Nach den „Urkunden und Aktenstücken zur Geschichte des Churfürsten Friedrich Wilhelm", Bd. IX S. 855, war der Kurfürst 1663 gegen die dänische Heirat, weil die betreffende Prinzessin älter und die zweite Tochter war.

3) Bericht vom $\frac{25.\ \text{September}}{5.\ \text{Oktober}}$ 67.

4) Elisabeth Henriette, Tochter des Landgrafen Wilhelm VI. und der Hedwig Sophie von Brandenburg.

5) Wohl Charlotte Sophie, geb. 1652, Tochter des Herzogs Jakob und der Schwester des Kurfürsten.

6) Amalia, geb. 1654, Tochter des Herzogs Friedrich von Nassau-Dietz und der Albertine Agnes von Oranien, Schwester der Kurfürstin.

ja auch ſeine Frau Mutter eine Holländerin ſei, erwiderte er, er wolle nichts gegen ſeine Mutter geſagt haben, aber er müſſe eine teutſche und gehorſame Frau haben[1]).

Darauf, daß der Kurprinz ernſter angelegt war als ſein Bruder, der nachmalige König Friedrich I.[2]), ſcheint der nachfolgende Zug ſchließen zu laſſen. Der Präceptor der Prinzen, Dr. Meintzel, hatte eines Tages, wohl nicht ohne ihre Mitſchuld, im Vorgemach des Kurfürſten dem Trunk derartig zugeſprochen, daß er die Thür nicht finden konnte. Der Hofprediger Kunſch ſtellte den Prinzen vor, daß, wenn ein Menſch in derartiger Verfaſſung ſtürbe, derjenige, der ihn in eine ſolche gebracht, einem Totſchläger gleich zu achten ſei, und machte damit auf den Kurprinzen einen tiefen Eindruck. Prinz Friedrich aber ſprach dagegen und rief:

„Was? Das iſt ein Doktor, dem muß man's zum Poſſen thun, daß man ihn voll ſaufet; kann er mich und einen andern präceptorieren, wie mäßig wir leben ſollen, warum thut er's denn ſelbſt nicht[3]?"

[Plan einer zweiten (nicht ſtandesgemäßen) Vermählung des Kurfürſten].

Von großem Intereſſe, namentlich von kirchlichen Geſichtspunkten aus, war für Lincker die Frage, wen der Kurfürſt nach dem Tode ſeiner erſten Gemahlin heimführen werde. Schon bald nach dem eingetretenen Trauerfall, noch ehe die feierliche Beiſetzung ſtattgefunden, iſt von einer zweiten Vermählung die Rede. Aus dem Umſtande, daß der Kurfürſt von Sachſen zur Beerdigung zu kommen beabſichtigte, wollte man den Schluß ziehen, daß es auf die Stiftung einer lutheriſchen Heirat abgeſehen ſei[4]). Der Fürſt von Anhalt, des Kurfürſten Schwager, äußerte einem Kavalier gegenüber, der Kurfürſt werde entweder bloß nach Belieben oder nach großer avantageuſer Allianz freien. Einige meinten, der Anhalter wolle den Kurfürſten zu einer Heirat mit ſeiner Schweſtertochter, einem Fräulein von Brügs[5]) (Brieg)[6]), bereden. Lincker hielt

1) Bericht Linckers vom 16./26. Juni 67.

2) geb. 1657.

3) Lincker den $\frac{30.\ \text{Januar}}{9.\ \text{Februar}}$ 67.

4) Lincker am 17./27. Juli 67.

5) So iſt die Chiffre aufgelöſt.

6) Gemeint iſt Charlotte, Tochter des Herzogs Chriſtian von Liegnitz, Brieg und Wohlau und der Luiſe von Anhalt, geb. den 2. Dezember 1652, die letzte des Piaſtiſchen Stammes.

dies aber nicht für wahrscheinlich, weil dieses Fräulein von gebrechlicher Gesundheit sei —, sie gebrauche in Berlin jedes Jahr die Bastelin(?)-Kur[1]).

Inzwischen fand die Beisetzung statt (Anfang Dezember 1667), zu der sich auch die Landgräfin nach Berlin begab. Nach ihrer Wiederabreise wünschte der Hofprediger Bergius von Lincker zu erfahren, wie sie ihren Bruder gestimmt gefunden habe. Er selbst sprach den Wunsch aus, daß der Kurfürst die Prinzessin von Zweibrücken[2]) heimführen möchte, und meinte, wenn etwas Gutes in dieser Sache gethan werden sollte, so müsse es vor der Rückkehr des nach Paris geschickten Oberstallmeisters von Pöllnitz geschehen, da dieser dem Kurfürsten etwas Widriges über Zweibrücken ins Ohr gesetzt haben solle. Ferner war Bergius der Ansicht, daß, wenn die Frage so stehe, ob es besser sei, daß der Kurfürst eine lutherische Ehefrau oder eine reformierte „gleichsam Ehefrau" oder Nebenfrau[3]) habe, das erstere vorzuziehen sei, weil man dergestalt noch reformierte Prinzen zu hoffen habe und die Kur inskünftig in der reformierten Religion desto besser versichern könne[4]).

Andeutungen dahin, daß auch eine andere als standesgemäße Verbindung in Frage kommen könne, kehren in einem bald darauf folgenden Berichte Linckers[5]) wieder. Nach diesem hatte ihm der Amtskammerpräsident und Oberhofmarschall Raban von Canstein erzählt, die Hofmeisterin Frau von Götzen habe — in Widerlegung gewisser ihr gemachter Vorwürfe — ihm gegenüber sich den Anschein gegeben, als habe sie nichts anderes bezweckt, als dem Kurfürsten zur Beibehaltung des ledigen Standes zu raten. Er, Canstein, habe hiergegen eingewendet, daß sich dieses mit der Natur des Kurfürsten nicht vertrage, man mute ihm mit solchen Vorschlägen Dinge zu, die entweder sündlich oder schimpflich oder beides zugleich seien. Das Argument, daß das Land zu arm sei, mehr Prinzen zu ertragen, habe er zurückgewiesen mit der Bemerkung, was man denn hätte anfangen wollen, wenn die Kurfürstin am Leben geblieben wäre und dem Gatten noch mehr Kinder geschenkt hätte. Auch weitere Nachkommen des Kurfürsten könnten versorgt werden, wenn man ihnen dasjenige gebe, was jetzt die Fremden erhielten. Auch

1 Bericht vom $\frac{23. \text{ Oktober}}{2. \text{ November}}$ 67. Gemeint ist wohl die Chinarinde, die damals in Europa in Gebrauch kam.

2) Elisabeth, Tochter des Pfalzgrafen Friedrich und der Anna Juliane von Nassau-Saarbrücken, geb. den 1. April 1642.

3) Bericht vom 18./28. Dezember 67.

4) Bericht vom 11./21. Dezember 67.

5) Vom 18./28. Dezember 67.

ſei es gegen ihr, der Hofmeiſterin, Intereſſe, daß ſie, die einer Kurfürſtin gedienet, jetzt einer geringeren Perſon dienen ſolle. In dieſer letzten Bemerkung ſcheint eine deutliche Anſpielung auf eine morganatiſche Ehe zu liegen. Canſtein meinte ferner, die Oppoſition gegen eine ſtandesgemäße Vermählung gehe größtenteils von dem Oberpräſidenten Schwerin aus, der nicht hoffen dürfe, auf eine künftige Kurfürſtin Einfluß zu haben, ſich an dem Beiſpiel Burgsdorffs[1]) ſpiegeln und deshalb keine Luſt zu Heiratsconſiliis habe. Sodann rühmte er die Landgräfin, die bei ihrer neulichen Anweſenheit die Prediger beherzt gemacht habe, daß ſie gegen eine nicht ſtandesgemäße Heirat den Mund aufgethan. So habe der Hofprediger Bergius an dem Tage, da das Evangelium von Johannes dem Täufer Perikope geweſen, mit deutlicher Anſpielung davor gewarnt, ſein Herz an eine Herodias zu hängen[2]). Als Argument gegen eine ſtandesgemäße Verbindung werde, ſo berichtet Lincker ein anderes Mal[3]), auch angeführt, die verſtorbene Kurfürſtin habe ihrem Gatten in ihrem Teſtamente alles entzogen[4])(?), und bei einer ebenbürtigen Nachfolgerin müſſe man auf das Gleiche gefaßt ſein. Nach allen dieſen Andeutungen, wobei der Name der betreffenden Perſon leider niemals genannt wird, ſcheint es ſich um die morganatiſche Verbindung mit einer Reformierten gehandelt zu haben, wobei freilich ganz ungewiß bleibt, ob der Kurfürſt ſelber ſich jemals ernſtlich mit derartigen Plänen getragen hat. Der Hofprediger Bergius hielt, wie Lincker berichtet[5]), immer noch an der Prinzeſſin von Zweibrücken feſt, ſah aber Schwierigkeiten, da man — insbeſondere Pöllnitz — dieſer Fürſtin allerhand Übles nachſage. Auch Dohna — Graf Chriſtian Albert[6]), brandenburgiſcher Geheimer Rat —, der ſehr für eine ſtandesgemäße Vermählung ſei und die Pläne der Frau von Götzen, die ſich gänzlich gegen ihn bloßgegeben, mißbillige, halte dieſe Heirat für faisable. Bald darauf ſollte dann wieder Hofprediger Stoſch erzählt haben, er habe den Kur-

1) Konrad von Burgsdorff, bekannter Staatsmann unter dem Großen Kurfürſten, wurde 1652 entlaſſen, wie es heißt, infolge der Abneigung derſelben Kurfürſtin, deren Heirat er vermittelt hatte.

2) Bericht vom 18./28. Dezember 67. Am 3. Advent iſt die Perikope Matth. 11, 2: die Botſchaft des Johannes aus dem Gefängnis.

3) Am $\frac{26.\ \text{Februar}}{7.\ \text{März}}$ 68.

4) Wegen des Teſtaments der Kurfürſtin vgl. Droyſen, Geſchichte der preußiſchen Politik IV, 140 und Teſtament des Großen Kurfürſten S. 19.

5) Am 18./28. Dezember 67 und 20./30. Januar 68.

6) Nicht Chriſtoph, wie es in den Regiſtern zu den Urkunden und Aktenſtücken ꝛc. an manchen Stellen irrtümlicherweiſe heißt.

fürsten abgeneigt gefunden, eine Lutherische zu heiraten[1]). Auch von Frankreich her sondierte man, vermutlich auf Äußerungen von Pöllnitz hin, ob der Kurfürst geneigt sei, das Fräulein von Montpensier, eine Verwandte des Königs, heimzuführen[2]). Das Gerücht hiervon drang selbst über den Kanal, und König Karl II. von England ließ dem brandenburgischen Gesandten von Brandt gegenüber eine hierauf bezügliche Bemerkung fallen[3]). Der Kurfürst selber stellte sich, als ob an dieser Sache etwas sei, indem er die Äußerung hinwarf, in Frankreich wäre viel Geld zu bekommen, und amüsierte sich darüber, daß infolgedessen Bergius und die Hofmeisterin von Götzen Angst vor einer katholischen Heirat hatten[4]). Auch die Schwiegermutter des Kurfürsten, die Prinzessin-Witwe Amalie von Oranien, schrieb deswegen an ihn[5]).

[Zweite Ehe.]

Er hatte aber ganz jemand anders ins Auge gefaßt, nämlich die verwitwete Herzogin Dorothea von Braunschweig-Lüneburg, geborene Herzogin von Holstein-Glücksburg. Die Vermittlerin machte die Landgräfin, seine Schwester[6]). Die Erwählte war lutherisch, stellte jedoch einen Revers aus, durch den sie sich verpflichtete, ihre Kinder in der reformierten Religion zu erziehen[7]). Die Hochzeit fand am 14. Juni statt, im Oktober trat die Kurfürstin zur reformierten Konfession über. Dieser Übertritt wurde in geschickter Weise von dem Verfasser einer Flugschrift benutzt, welcher es sich zum Ziel gesetzt hatte, den Kurfürsten zur Annahme der polnischen Königskrone zu bewegen. Diese Flugschrift führte die Kurfürstin redend ein, wie sie ihrem Gatten Vorhaltungen darüber macht, daß nur er Bedenken trage, aus Scheu vor einer Religionsänderung sich um die polnische Krone zu bewerben und sie zur Königin zu machen, während sie doch ihm zu Liebe calvinisch geworden sei: da

1) Bericht vom 1./11. Januar 68.

2) Bericht vom 13./23. Mai 68.

3) Brand an den Kurfürsten den 10./20. Februar 68 in den Urkunden und Aktenstücken, Band XII S. 661. Pufendorf X S. 45. Orlich, Friedrich Wilhelm u. s. w. S. 51 legt diese Äußerung irrtümlicherweise der Mutter des Königs in den Mund, Pufendorf mißverstehend.

4) Urkunden und Aktenstücke Bd. XII S. 922 (Kurfürst an Schwerin den 7./17. April 68.

5) Ebendaselbst S. 921; Kurfürst an Schwerin den $\frac{\text{31. März.}}{\text{10. April.}}$

6) Ebendaselbst S. 922; Kurfürst an Schwerin den 7./17. April 68, S. 924. Kurfürst an Schwerin den 12./22. April.

7) Ebendaselbst S. 924, Anm. 2.

alle gemäßigten protestantischen Theologen darin übereinstimmten, daß man auch in der katholischen Kirche selig werden könne, diese letztere dies aber von andern Konfessionen nicht gelten lasse, so sei es für alle Fälle das Sicherste, katholisch zu werden [1]).

[Der Fürst von Anhalt.]

Eine gewisse Voreingenommenheit äußert Lincker gegen einen der angesehensten Staatsmänner des Großen Kurfürsten, den Fürsten Johann Georg II. von Anhalt. Dieser, lange Jahre hindurch Statthalter der Kurmark, hatte Henriette Katharina von Oranien, die Schwester der Kurfürstin Luise, zur Frau. Schon früher war bekannt, daß das Verhältnis der hohen Verwandten zum Kurfürsten nach dem Tode seiner Gemahlin eine Trübung erlitt infolge seiner Weigerung, den Fürsten bei der Eröffnung ihres Testamentes zugegen sein zu lassen [2]). Nach Linckers Berichten scheint es aber, als ob schon zu Lebzeiten der Kurfürstin gewisse Verstimmungen Platz gegriffen hätten. Am 26. Dezember 1666
5. Januar 1667
schreibt er folgendes: ein Kavalier sei dazu gekommen, als sich der Kurfürst mit dem Herzog von Holstein [3]) unterhielt, und habe aus dem Munde des Herrschers folgende Worte gehört:

Il ne m'a pas fait l'honneur de m'avoir écrit un seul mot de lettres depuis 15 jours, j'ai de ministres qui croyent que je suis obligé de les entretenir à quelque frais qui que soit, mais ils verront enfin qu'ils sont bien trompés. Der Kavalier, welcher glaubte, der Kurfürst habe den Herrn von Dohna [4]) gemeint, sprach nachher mit dem Herzog von Holstein in diesem Sinne über die Sache, und dieser äußerte sich dahin, der Fürst von Anhalt sei des Hoflebens müde und werde sich bald völlig zurückziehen. In der That, meinte Lincker, nähme es wunder, daß der Fürst so selten hinkomme, man wolle sogar wissen, daß er 40 000 Thaler Staatsgelder unterschlagen. Viele seien der Meinung, es sei unmöglich, daß der Staat auf diese Weise länger bestehen könne; vielleicht werde die Landgräfin im Interesse der kurfürstlichen Kinder bei der demnächstigen Zusammenkunft mit ihrem Bruder auf dem Sparenberg sich ins Mittel legen.

1) Lincker am 25. Dezember 68 / 4. Januar 69.

2) Urkunden und Aktenstücke Bd. XII S. 82 Anm. 2.

3) Herzog August von Holstein-Plön.

4) Graf Christian Albert, brandenburgischer Geheimer Rat, Statthalter zu Halberstadt.

Ein anderes Mal berichtet Lincker[1]), der Kurfürst solle ein Schreiben des Fürsten ungelesen ins Feuer geworfen haben. Der Grund der Verstimmung sei, daß die Fürstin sich mit der Kurfürstin wegen der Teilung der zu erwartenden mütterlichen Hinterlassenschaft brouilliert habe[2]). Während der fünfwöchigen Krankheit des Kurfürsten habe der Fürst sich nicht einmal nach seinem Befinden erkundigen lassen[3]). Doch sei nicht anzunehmen, daß die Prinzessin von Oranien sich einen solchen Stein, wie der Fürst sei, aus dem Brett nehmen lassen werde[4]). Solange der Fürst am Ruder, sei an eine Reduktion der Truppen nicht zu denken[5]).

Bald darauf meldet Lincker, daß der Fürst wieder in Berlin sei, dagegen habe die Fürstin geäußert, sie werde sich künftig mehr in Dessau aufhalten[6]). Kürzlich sei sie heimlich und verkleidet auf einem Bauernwagen, nur von zwei Mägden begleitet, in die Stadt gekommen, um ihren Mann zu besuchen, und habe sich ebenso wieder entfernt.

Als der Kurfürst am Podagra darnieder gelegen und der Fürst lächelnd dabei gestanden, habe jener mit saurem Angesicht geäußert, ihm sei bei Gott nicht lächerig zu Mute, und habe nach dem Weggange des Fürsten sehr bittere Bemerkungen über ihn fallen lassen[7]). Nach dem Tode der Kurfürstin sollte die Fürstin gesagt haben, sie sehe wohl, daß ihr in dieser Stadt niemand gewogen sei, sie werde ihr Kindbett in Dessau abhalten[8]).

[Dohna.]

Als eifriger Anhänger des Fürsten wird der oben erwähnte Graf Dohna[9]) bezeichnet[10]). Von ihm heißt es, daß unter der Abwesenheit der Kurfürstin — in der Zeit kurz vor ihrem Tode —, deren Verwandter und Günstling er war, sein Einfluß sehr leide. Kein Bürger

1) Den 2./12. Januar 67.
2) Ebendaselbst.
3) Bericht vom 9./19. Januar 67.
4) Ebendaselbst.
5) Ebendaselbst.
6) Bericht vom 13./23. Februar 67.
7) Bericht vom $\frac{20. \text{ Februar}}{2. \text{ März}}$ 67.
8) Bericht vom 17./27. Juli 67.
9) Vergleiche über ihn die „Aufzeichnungen über die Vergangenheit der Familie von Dohna", Teil II.
10) Bericht vom $\frac{26. \text{ Dezember } 66.}{2. \text{ Januar } 67.}$ Orlich (Geschichte des preußischen Staates S. 248) zählt freilich 1664 beide zu entgegengesetzten Parteien.

wolle ihm ſein Haus vermieten oder ihn aufnehmen[1]). Die Satiriker des Hofes ſpotteten, daß die Dohnaiſchen ins Lippiſche eingefallen ſeien wie die Türken in Neuhäuſel[2]).

Ferner berichtet Lincker[3]) von Dohna, er habe in der Nähe von Berlin[4]) ein Gut gekauft und à la moderne ein Haus dahin bauen laſſen, das er dem Kurfürſten aufſchwatzen und großen Gewinn daran machen wolle; Chaiſe[5]), der jenem verpflichtet war, habe die Sache bei dem Kurfürſten zur Sprache gebracht und gerühmt, eine wie große Menge Heu man jährlich daſelbſt machen könne. Hierauf verſetzte der Kurfürſt: „Ja, auf die Manier, wie es Donau machet, welcher den Bauern alles das Ihrige entzieht, daß ſie alle davonlaufen müſſen.“ Pöllnitz, der nach Verabredung dabeiſtand, wendete ein, die Bauern hätten in Friedenszeiten (?) die meiſten adeligen Äcker an ſich gezogen, weswegen ihnen dieſe wieder hätten abgenommen werden müſſen. Darauf der Kurfürſt, noch mehr irritiert: „Ei, das könnten die Saalbücher genugſam entſcheiden, aber ſo hält nur dieſer haus, daß alle Leute entlaufen müſſen.“

[Verhältnis zu Münſter.]

Auf das Gebiet der großen Politik fallen, wie ſchon bemerkt, aus Linckers Berichten nicht eben viel neue Streiflichter. Bemerkenswert iſt die Abneigung, die uns bei dem Kurfürſten und ſeiner Umgebung gegen den kriegeriſchen Biſchof Chriſtoph Bernhard von Münſter[6]), den unbequemen Nachbar und ewigen Friedensſtörer, entgegentritt.

Als Lincker zuerſt zu Beginn des Jahres 1666 an das kurfürſtliche Hoflager kam, befand ſich dieſes gerade zu Kleve, wo eifrig an der Her-

1) Im September 1665 geriet ſeine Wohnung über oder neben dem kurfürſtlichen Marſtall in Brand. Der Kurfürſt überwies ihm dann das Haus der „düchesse de Schöningen“ (?). Aber dort ſcheint ſeines Bleibens nicht lange geweſen zu ſein. Denn ſchon 1667 wurde ihm eine Wohnung im ehemaligen Gouvernementshauſe angewieſen. (Aufzeichnungen II Anm. 37 S. 152.)

2) Ebendaſ. Neuhäuſel wurde 1663 von den Türken erobert. Dohnas Tochter Amalie heiratete im September 66 einen Grafen zur Lippe. Seitdem ſuchten die Dohnas den Detmolder Hof häufig heim. Darauf bezieht ſich wohl die obige Bemerkung.

3) Bericht vom 2./12. Januar 67.

4) In Nieder-Schönhauſen (Aufzeichnungen u. ſ. w. Teil II S. 146).

5) Chieze, Quartiermeiſter beim Fortifikationsweſen (Aufzeichnungen II S. 155 Anm.).

6) Vergleiche über ihn die Aufſätze des Verfaſſers in dieſer Zeitſchrift Bd. VIII S. 151—168 und in der Zeitſchrift für vaterländiſche Geſchichte und Altertumskunde Weſtfalens Bd. 52.

stellung eines Friedens zwischen dem Bischof und den Generalstaaten gearbeitet wurde. Der Bischof, von Frankreich und Brandenburg zum Frieden gedrängt, wollte doch seine Ansprüche auf Borckeloe nicht fahren lassen und wurde von dem verbündeten England, das ihn freilich schlecht genug unterstützt hatte, zum Aushalten ermahnt[1]). In dieser Zeit gab der Geheimrat Raban von Canstein im Gespräch mit Lincker seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die deutschen Fürsten nicht zusammenhielten und den Bischof zum Frieden zwängen. Wenn einer solches für sich allein thäte, so wäre es den andern zwar ein angenehm Ding, aber keiner wollte etwas mit dabei thun. Die katholischen Fürsten würden eben nicht hoch danach fragen, daß sie des Bischofs los würden, aber sie würden nicht zugeben, daß das Bistum vom Reich demembrieret würde. Lincker versetzte darauf, die weltlichen Fürsten würden es vielleicht nicht eben ungern sehen, daß ein Glied vom Reich abkäme. Dies sagte er darum, weil die Holländer ausgesprengt hatten, sie würden dem Kurfürsten gern einen Teil der zu erobernden Länder überlassen. Canstein antwortete hierauf ausweichend, davon lasse sich noch nichts sagen[2]).

Als im Jahre 1667 Frankreich den sogenannten Devolutionskrieg um den Besitz der spanischen Niederlande begann, war in Berlin wie anderswo der Argwohn vorherrschend, daß der Bischof von Münster, von dem es hieß, daß er rüste, nur allzu geneigt sei, die französischen Aspirationen zum Schaden Spaniens und Hollands zu unterstützen. Der Geheime Rat Köppen äußerte damals zu Lincker: der Kurfürst und der Bischof würden sicherlich nicht Freunde bleiben. Der Bischof fürchte, daß dem Kurfürsten das Kreisoberstenamt des westfälischen Kreises werde aufgetragen werden, und suche daher auf alle Weise den Kreistag (zu Köln) zu zerstören. Er bestritte Dinge, die er mit Hand und Siegel bereits bekräftigt, was der Kurfürst als Affront aufnähme. Dies sei der Dank dafür, daß der Kurfürst durch einige Kapitularen, die seine Lehnsleute seien, den Bischof von Paderborn zum Koadjutor habe wählen lassen[4]). Es sei der katholischen und geistlichen Fürsten

1 Der englische Envoyé Chevalier Vane erhielt damals von dem Residenten Swan einen Brief des Inhalts, daß Mylord Carlingford (der damals in Deutschland herumreiste, um für England Bundesgenossen gegen Holland zu suchen) ihm aus Prag zugeschrieben, wenn der Bischof sich nur diesen Winter über halten könne, werde es ihm im künftigen Frühling an Assistenten nicht ermangeln. (Bericht vom 3./13. Januar aus Kleve.)

2 Bericht vom 5./15. Januar 1666.

3 Bericht vom 29. Mai und vom 17. Juli 1667.

4 Vergleiche darüber diese Zeitschrift Bd. VIII S. 157.

Wunſch, die rheiniſche Allianz mit Frankreich, die damals dem Ablaufen nahe war, zu verlängern. Hieran knüpfte Köppen eine gar nicht üble Erklärung der Münſterſchen Politik. Schon zur Zeit der weſtfäliſchen Friedenstraktate habe der brandenburgiſche Abgeſandte von Löben die ſehr richtige Bemerkung gemacht, daß die katholiſchen Fürſten nun, da ſich Spanien und Öſterreich zur Vertilgung der Ketzer als zu ſchwach erwieſen, ſich an Frankreich halten würden[1]). Bei einer derartigen Stimmung gegen Münſter konnte es den Kurfürſten nicht angenehm berühren, als verlautete, der König von Frankreich habe geäußert, kein Kurfürſt oder Fürſt des Reiches könne etwas Nachdrückliches unternehmen als der Biſchof von Münſter[2]).

[Verhältnis zu Frankreich.]

In demſelben Berichte, der dies mitteilt, ſteht ein ſcharfes Wort des Kurfürſten über den franzöſiſchen Geſandten Millet. Dieſer erzählte bei der kurfürſtlichen Tafel, Marquis Caſtel Rodrigo, der Statthalter der ſpaniſchen Niederlande, habe ſeinem König den Krieg erklärt, dieſer aber nicht gleiches mit gleichem vergolten. Der Kurfürſt lächelte damals dazu, äußerte aber nach Tiſch, die Franzoſen bildeten ſich ein, andere Leute wären Narren. Er wollte damit offenbar beſagen, es liege doch auf der Hand, daß, indem die Franzoſen in Flandern einrückten, ſie den Krieg bereits angefangen hätten[3]).

Die Frage, wie man ſich zu der unaufhaltſam vordringenden Macht, zu Frankreich, zu ſtellen habe, wurde von den Räten des Kurfürſten verſchieden beantwortet. Den Fürſten von Anhalt nennt Lincker als Anhänger der holländiſchen Partei[4]). Als der Kurfürſt im Dezember 1667 eine Schwenkung von Holland hinweg zu Frankreich hin vornahm[5]), hatte dies eine Annäherung zwiſchen dem Kanzler Jena und dem Oberpräſidenten von Schwerin zur Folge, die der Kurfürſt auf alle Weiſe beförderte[6]). Daß der Kurfürſt gegenüber der Tripelallianz zwiſchen Holland, England und Schweden, welche beſtimmt war, dem Vordringen Frankreichs Einhalt zu gebieten, ſich kühl verhielt, trug ihm das Lob des Biſchofs von Beziers, des franzöſiſchen Agenten in Polen, ein[7]).

1) Bericht vom 11. 21. September 67.
2) Bericht vom 17. 27. Juli 67.
3) Ebendaſelbſt.
4) Bericht vom 9. 19. Januar 67.
5) Droyſen, Geſchichte der preußiſchen Politik, Bd. III S. 219.
6) Bericht vom 11. 21. Dezember 67.
7) Bericht vom $\frac{19.\ \text{Februar}}{1.\ \text{März}}$ 69.

Als der pfalz-neuburgische Rat Strattmann Schwerin darauf hinwies, der Kurfürst habe ein Interesse an der Wohlfahrt der vereinigten Provinzen, besonders der klevischen Lande wegen, wollte dieser das nicht so ohne weiteres gelten lassen. Man hätte damals am brandenburgischen Hofe eine Demütigung Hollands, von dem man nur Undank erfahren, nicht ungern gesehen [1]).

Gegenüber dieser Hinwendung zu Frankreich, die doch etwas Unnatürliches hatte, berührt es dann wieder sympathisch, wenn berichtet wird [2]), der Kurfürst habe in Königsberg gegen den schwedischen Sekretär Dörffler seine Entrüstung geäußert über das Vorgehen gegen die Evangelischen in Frankreich und den Wunsch ausgesprochen, andere Evangelische möchten, wie die Notdurft erfordere, mit ihm in ein Bündnis treten, er seinesorts wolle gern alles, was er hätte, fürs Religionsinteresse aufsetzen.

Die Zeit, da derartige Erwägungen in der hohen Politik den Ausschlag gaben, war freilich vorüber. Höchstens der Bischof von Münster führte noch Religionskriege, aber auch dieser war nicht mächtig und nicht reich genug, das Prinzip in voller Reinheit durchzuführen. Als Jahrzehnte später die Verfolgungen der Hugenotten den höchsten Grad erreicht hatten, da konnte der Kurfürst ihnen nicht mit den Waffen beistehen, sondern ihnen nur eine Zuflucht in seinen Staaten gewähren.

1) Bericht vom $\frac{19. \text{ Februar}}{1. \text{ März}}$ 69.

2) Am $\frac{26. \text{ Februar}}{8. \text{ März}}$ 69.

IV.

Der Wendepunkt im zweiten schlesischen Kriege.

Mitteilungen zur Kaiserwahl Franz I. Die Lage Bayerns zur Zeit des Füssener Friedens. April 1745.

Von

Mathieu Schwann.

Der zu Frankfurt am 22. Mai 1744 abgeschlossene Traktat der konföderierten Union hatte die Streitkräfte der einen Partei zu einem Bunde zusammengeschlossen. Dieser Bund umfaßte Hessen, Kurpfalz, den Kaiser Karl VII. mit seinen bayerischen Erblanden, Friedrich II. von Preußen und Ludwig XV. von Frankreich. Das Ergebnis des auf diese Vereinigung hin unternommenen Feldzugs im Jahre 1744 aber war ein ungünstiges. Zwar wurde Österreich aus seiner in Lothringen unternommenen Offensive herausgeworfen, und Seckendorff führte den Kaiser in seine Residenzstadt München zurück. Allein Österreich war an keinem Punkte entscheidend getroffen worden. Es behielt die festen Plätze in Bayern teilweise besetzt, und der König von Preußen mußte Böhmen und die Hauptstadt Prag wieder aufgeben und sich nach Schlesien zurückziehen. Ein zweiter Feldzug war nötig geworden. Aber auch der Gedanke an Frieden wurde an manchen Höfen schon Ende 1744 erwogen.

Zu dem neuen Feldzuge nun schloß sich die andere Partei enger und fester zusammen, als es bisher der Fall war. Am 13. September 1743 war zu Worms ein definitiver Vertrag zwischen Österreich, England-Hannover und Sardinien gegen die Bourbonen von Spanien und Neapel abgeschlossen worden. Am 20. Dezember desselben Jahres folgte der Abschluß des Defensivbündnisses zwischen Österreich und Sachsen. Und nun am 8. Januar 1745 kam es zu Warschau zum Abschluß

einer Quadrupalallianz zwischen Österreich, Sachsen, England und Holland. Dieser Bund sollte eigentlich eine Vereinigung der vier Mächte zur Offensive gegen Preußen bedeuten, allein Sachsens Zusage, 30 000 Mann gegen Subsidien zur Verteidigung Böhmens stellen zu wollen, gab auch diesem Bunde wieder mehr den Charakter eines Defensivbündnisses[1]).

In der gleichen Zeit nun, da hier die Streitkräfte sich enger zusammenschlossen, lockerten sich die auf der Gegenseite mehr und mehr. Am 20. Januar 1745 starb Kaiser Karl VII., der für sein Haus den Kampf um die Erbfolge in Österreich gegen Maria Theresia aufgenommen hatte[2]). Nur Unglück und Leid hatte ihm und seinem Lande die Kaiserkrone gebracht, und die Ursache des Unglücks wird nicht nur von ihm und Friedrich dem Großen in erster Reihe Frankreich zugeschrieben, sondern auch die französischen Geschichtschreiber, so Pajol und Zevort, bestätigen die Vorwürfe, welche die Verbündeten Frankreichs gegen die Regierung Ludwigs XV. erhoben. Allerdings wird da zugleich das tiefe Mißtrauen bestätigt, welches die Franzosen gegen den kaiserlichen General-Feldmarschall Freiherrn von Seckendorff hegten.

Der Tod des Kaisers nun regte eine Menge alter und neuer Fragen wieder an. Unter ihnen traten namentlich hervor, ob Sachsen nun auch noch an seinem Bunde mit Österreich festhalten werde? Ob es nicht vielleicht selbst die Hand nach der Kaiserkrone ausstrecken möchte? Welche Partei wird der junge Kurfürst Maximilian III. Josef von Bayern ergreifen? Wird die Frankfurter Union bestehen bleiben? Welche Stellung werden Hannover und England jetzt einnehmen? Welche die geistlichen Kurfürsten des Reiches?

Nur ein Zusammenraffen aller Kräfte, ein rasches entschiedenes Handeln hätte Bayern retten können. Aber dazu hatte man weder den eigenen Mut, noch ermunterte Frankreich, das jetzt vor allem hätte einspringen müssen, dazu. Friedrich II. meldete Ludwig XV., von München komme ihm die Nachricht, die Kaiserin und alle Minister mit Ausnahme Törrings wollten den Frieden; die österreichischen Fortschritte in der Pfalz und in Baden drängten noch mehr dazu; von der Seite stünde das Schlimmste zu befürchten; der Tod des Kaisers habe die Verbündeten entmutigt . . . . Sollte Frankreich den Kurfürsten von Bayern nicht unterstützen, so werde der sich Österreich in die Arme werfen[3]). Das war im Januar 1745.

1) Arneth, Maria Theresia III, 3 ff.
2) Vgl. Heigel, Der österreichische Erbfolgestreit und die Kaiserwahl Karls VII.
3) Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen (P. K.) Bd. IV S. 31.

Aber alles Mahnen nützte nichts. Argenson, der französische Minister des Auswärtigen, glaubte nicht an den Abfall der Bayern, da diese hinreichende Gründe hätten, sich nicht mit dem Wiener Hofe zu verständigen[1]). Wie vor dem Tode des Kaisers ging es auch jetzt in Frankreich fort: „man wartet auf Vorschläge, die etwa der Feind machen könne; man entschließt sich weder zu ernstem Kriege, noch zu dem wahren Versuche, den Frieden zu erhalten — ewig das gleiche System des Aufschiebens und Abwartens, ewig dieselben Illusionen, die gleiche Unfruchtbarkeit der Gedanken und erwählten Mittel, das gleiche Strampeln auf einem Fleck“[2]).

Zu einer so dringend notwendigen Einheitlichkeit im Handeln vermochten die Verbündeten der Frankfurter Union nicht zu gelangen. Daß der junge Kurfürst von Bayern die Aussöhnungsversuche mit Österreich nicht fortsetzte, war eine irrige Meinung, veranlaßt durch die Thatsache, daß er bereits am 22. Januar den Titel eines Erzherzogs von Österreich annahm[3]). Mochte immerhin die Sehnsucht nach dem Frieden anfangs gedämpft worden sein durch den Gedanken des Kurfürsten an die Kaiserkrone[4]), so bedeutete das doch nur ein Stadium in dem Kampfe der Parteien am Münchener Hofe, an deren Spitze einerseits Graf Törring, der Kommandant der bayerischen Armee nach dem Abschiede Seckendorffs, der französische Gesandte Chavigny und Klinggräffen, der preußische Gesandte standen, andrerseits die vom Feldmarschall Seckendorff inspirierten Elemente. Seckendorff war nach Augsburg gegangen. Von dort aus arbeitete er für den Frieden zwischen München und Wien, und seine Schlauheit gewann den Sieg.

Wir stehen in der Mitte März 1745. Der französische General Maillebois begann am Rhein gegen die Österreicher vorzurücken. Die Franzosen hatten hier ihre Stellung von Friedberg bis Wiesbaden ausgedehnt. Ihr rechter Flügel lehnte sich an Friedberg, ihr linker stand

1) Zevort, Le marquis d'Argenson S. 120.

2) Ebenda S. 137.

3) Seeländer, Die Publizistik zum Füssener Frieden S. 45 f. u. Bayerisches geheimes Staatsarchiv (B. g. St.A. Baron von Wetzelsche Korrespondenz Max Josef an Wetzel, München, 6. Februar 1745: Sollte Sachsen zu gleichem Verständnis, wie mit dem verstorbenen Kaiser, zu bewegen sein, so wollte man sich nicht mißfallen lassen, den Weg noch einmal einzuschlagen.

4) Seeländer a. a. O. S. 47 u. B. g. St.A.: Praidlohn an Wetzel. München 10. Februar 1745. Looß werde wie ein angelus pacis angesehen und verehrt werden, wenn er etwas Gutes von Wien mitbringe: aber Wetzel ebenda an Praidlohn, Dresden, 13. Februar) glaubt nicht an die Möglichkeit des Friedens, da Sachsen zu sehr mit Österreich und England liiert sei.

von Obernrsel bis Wiesbaden, dazu ein besonderes Corps unter General Löwendal bei Hochheim. Daß man nun diese Armee zu verstärken suchte, indem man die französischen Truppen aus Schwaben heranzog, hatte selbstverständlich eine Schwächung der Armee in Bayern zur Folge. Ein Bericht Segurs an Argenson aus der Mitte des März giebt uns Aufschluß, wie es in Bayern aussah[1]). Segur, der Befehlshaber der französischen Hilfstruppen in Bayern, hatte mit Törring, dem Grafen Preysing und Chavigny am 7. März eine Konferenz abgehalten. Da habe er den Herrn auseinandergesetzt, daß er sich jetzt in der Mitte des März außer Stande sehe, die Armee zu versammeln, da die Subsistenzmittel fehlten; trotz der numerischen Überlegenheit werde man gezwungen sein, Bayern zu verlassen; alle Ausgaben des Königs wären verloren, alle guten Intentionen für den Kurfürsten umsonst; die gemeinsame Sache sei total vernichtet[2]). Dann habe er am andern Tage den Kurfürsten selbst gesehen und ihm das Gleiche gesagt. Max Josef habe erwidert, daß er wohl wisse, was der König für den Kaiser gethan; daß er auf die nämliche Unterstützung rechne; daß er alles anordnen werde, was zur Erfüllung des Engagements nötig sei; daß er aber auch den Zustand des Landes kenne; daß endlich der König ihn habe wissen lassen, es sei seine Absicht nicht, seine Völker von neuem in das äußerste Elend zu bringen, daß er thun werde, was nötig sei, damit das Land gebe, was es noch geben könne.

Ein persönliches Urteil Segurs über Max Josef wird als Gegenbild zu der Darstellung eines österreichischen Berichtes des Generals Thüngen nicht uninteressant sein. Während der Österreicher meldete, der junge Kurfürst sei so unwissend, daß er nicht einmal die Kleinigkeiten begreife, schrieb Segur wörtlich nach Paris: „Ich kann nicht sagen, wie sehr ich mit dem jungen Kurfürsten zufrieden bin: das ist ein Prinz, welcher aufmerksam zuhört, überlegt und alle Hoffnungen giebt, die man von einem reiferen Alter und größerer Erfahrung erwarten darf."

Es läßt sich denken, daß solche Nachrichten aus Bayern in Paris keine allzu große Freude erweckten, und wir können es wenigstens be-

1) Pajol, Les guerres sous Louis XV. II. 471.

2) Über diese Konferenz meldete der bayer. Vicekanzler Praidlohn an Seckendorff in Augsburg: (München, 7. März 1745) man habe die Mittel beraten, wie man die Armee unterhalten könne? Mit den Lieferungen für die Magazine nehme es immer mehr ab; schon gebrach es vielfach an dem täglichen Unterhalt, und die Frage war, wie man im kommenden Monat April werde bestehen können. B. g. St.A. Füssener Friedens-Acta Tom. I. Nr. 28.

greiflich finden, daß die schwache Regierung Frankreichs sich unter solchen Umständen nicht mehr zu einem „coup de vigueur", wie ihn Friedrich der Große forderte, aufzuraffen vermochte. Überhaupt schien man in Frankreich auf etwas anderes zu rechnen, als auf seine eigene Kraft. Valory, der französische Gesandte am Berliner Hofe, gab sich große Mühe, Sachsen zu gewinnen. Durfte doch Frankreich, so meinte man allenthalben, die Kaiserkrone nicht wieder an Österreich kommen lassen. Und am 3. März schrieb der Graf Moritz von Sachsen von Paris aus an den König August III. von Polen[1]: „Alle Wünsche dieses Landes vereinigen sich dahin, Euerer Majestät diese große Würde zu verschaffen, und man fürchtet nur, daß die Klugheit Eurer Majestät dieselbe ausschlage. Das ist indes ein Fall, Sire, wo es geboten ist, daß Euere Majestät sich einiger Mühe unterziehe, um so mehr, da es sich darum handelt, Europa den Frieden zu verschaffen und vielleicht seine eigene Ruhe zu sichern." Frankreich bleibe bei denselben gegnerischen Gesinnungen gegen das Haus Österreich und werde alle Kräfte anstrengen, einen andern Kandidaten für die Kaiserwürde zu gewinnen. Es scheine ihm, daß die Angelegenheit der Succession des Hauses Österreich nicht der Punkt sei, welcher jetzt die meiste Aufmerksamkeit verlange; aber wenn Österreich den Krieg von neuem beginne und seine Fortsetzung verursache, so könne es für den König nur vorteilhaft sein, wenn er dann auch noch Träger der kaiserlichen Krone wäre. Dann werden andere Vorteile vorgezogen, welche mit dem Besitz der Kaiserkrone für Sachsen-Polen verbunden seien, die Macht wird betont, welche diese Würde dem Könige gegen den König von Preußen verleihe, und zum Schlusse vergleicht Graf Moritz die Stärke Bourbons mit derjenigen Österreichs und kommt zu dem Ergebnis, daß die Bourbonen mit ihren Verbündeten mindestens 200 000, wenn nicht 300 000 Mann mehr ins Feld stellen könnten, als die Verbündeten Maria Theresias[2]).

1) Maurice comte de Saxe et Marie Josèphe de Saxe, Dauphine de France. Lettres et documents inédits des archives de Dresde, publiés par M. le comte C. F. Vitzthum d'Eckstädt. S. 478 ff.

2)

Franzosen	322 000	Mann.	Österreicher	120 000	Mann.
Spanier	80 000	„	Sachsen	40 000	„
Sicilier	30 000	„	Hannoveraner	30 000	„
Preußen	150 000	„	Holländer	80 000	„
Bayern	30 000	„	Engländer	20 000	„
Pfälzer	9 000	„	Piemontesen	40 000	„
Hessen	9 000	„		330 000	Mann.
	630 000	Mann.			

Im Februar hatte Brühl schon ein gleiches Anerbieten Argensons im Namen seines Königs ausgeschlagen. Am 26. März schrieb August III. selbst in gleichem Sinne an Moritz. Aber in Frankreich ließ man von dem Gedanken nicht ab. Erst Ende August, da die Wahl Franz Stephans von Lothringen bereits feststand, schrieb Moritz wieder an den Grafen Brühl[1]), Frankreich habe nie den formellen Ausschluß des Großherzogs verlangt; es verlange nur die Freiheit der Wahl. Die Bedingungen, auf die hin Frankreich sich zu einem Frieden verstehen würde, seien:

1. Freiheit der Wahl.
2. Aufrechterhaltung des Breslauer Friedens zu Gunsten des Königs von Preußen.
3. Sicherheiten für Frankreich in den Niederlanden.
4. Ein Etablissement für Don Philipp.

Die Absicht Sachsens auf die Kaiserkrone wurde also vom Dresdener Hofe geleugnet. Allein in Deutschland und den deutschen Gesandten gegenüber zeigte der Dresdener Hof ein sehr zweideutiges Gesicht[2]). Am 17. Februar sah Seckendorff sich bereits imstande, einen ganzen Plan vorzulegen: Sachsen wird Kaiser; eine doppelte Heirat zwischen den Häusern Bayern und Sachsen; die Wahl des bayerischen Kurfürsten zum römischen Könige, vermittelt durch den Kaiser, „den künftigen Herrn Schwiegervater," Vermittlung eines für Bayern vorteilhaften Friedens durch dieselbe Stelle[3]). Aber die Aussichten Österreichs wurden bald heller, und Seckendorff wandte sich der „neuaufgehenden" Sonne zu.

Der Mainzer Gesandte in München, Baron Kesselstatt, arbeitete im Interesse Österreichs. Aber der Mainzer Gesandte Baron Erthal hatte sich in den Kopf gesetzt, Kursachsen mit Wien zu vereinigen, so daß entweder Österreich die sächsische Stimme ungeheuer teuer erkaufen sollte, oder der König von Polen Kaiser, der älteste Erzherzog dagegen zum römischen Könige erwählt würde. Als Preis der sächsischen Stimme

1) Vitzthum d'Eckstädt S. 486 ff.

2 B. g. St.A. Wetzel an Praidlohn d. d. Dresden, 6. und 8. Februar: der König von Polen denke an Annahme der Kaiserkrone, und dem Dresdener Hofe seien die Verhandlungen betreffs der Doppelheirat (zwischen dem sächsischen Kurprinzen und der Prinzessin Charlotte von Lothringen, wie dem Prinzen Karl von Lothringen, dem Bruder Franz Stephans, und der kursächsischen Prinzessin Marianne) als verfrüht leid geworden. (Nicht auch die Allianz von Warschau ꝛc.? Vgl. u.) Man hoffe, daß der bayerische Kurfürst die Prinzessin Marianne heiraten werde.

3) B. g. St.A. Füssener Friedens-Acta I. Nr. 10. Augsburg, den 17. Febr.

bezeichnete Erthal dem österreichischen Staatskanzler Uhlefeld ein Stück von Schlesien, da Magdeburg unter der russischen Garantie begriffen, und man nur Ostfriesland, das Clevische und Schlesien dem Könige von Preußen abnehmen könne[1]). — Was wollte denn Erthal? Er hatte doch von dem Kurfürsten von Mainz am 9. März den Bescheid erhalten, daß er, wenn die Königin von Ungarn und deren Verbündete dem Dresdener Hofe die Absicht auf die Kaiserwürde mit allem Nachdruck widerrieten und benähmen, dem mit Glimpf beitreten könne[2]). Erthal trat eben für die Wünsche Sachsens ein, und Sachsen ging dafür wieder mit Erthal, indem es die Zulassung der böhmischen Stimme zur Wahl billigte. Der Gesandte versuchte auch sein Glück bei Wetzel, kam aber nicht an[3]).

In Wien wollte man die Kaiserkrone wohl. Dieselbe aber mit Länderabgaben zu erkaufen, hatte man nicht im Sinn, da dies dieselbe auf die Dauer nicht bei dem Erzhause befestigen, sondern die Stellung Österreichs schwächen würde. Auf die Haltung Sachsens kam es daher besonders an, und das wußte Graf Brühl sehr gut. Seine Aufgabe war es, zu sehen, auf welcher Seite er den größten Vorteil habe.

Vereinigung mit Preußen? — Es wird noch davon die Rede sein.

Vereinigung mit Bayern? — Wir hörten davon, daß Seckendorff für Sachsen am Münchener Hofe arbeitete. Aber in Wien suchte man diese Vereinigung zunächst zu verhindern, und in Sachsen selbst schien man nicht so versessen auf diesen Plan. Wetzel meinte, daß nur glückliche Erfolge im nächsten Feldzug eine Änderung in der Denkungsart des Dresdener Hofes bewirken könnten[4]). Und hier kommt uns eine Mitteilung Seckendorffs in dem angeführten Schreiben vom 17. Februar zu Hilfe. Die doppelte Heirat, welche schon der verstorbene Kaiser beschlossen habe, solle man nicht durch Wetzel betreiben lassen, der mit seinem Vertrauen dem preußischen Gesandten gegenüber fortfahren müsse, sondern durch einen Specialgesandten. Er schlägt Fürstenberg vor. Anfangs solle man das Werk mit der Königin von Polen und ihrem Beichtvater verabreden und womöglich sicher stellen, denn er fürchte, Graf Brühl und Guarini seien vom Wiener Hofe gewonnen. Sachsen habe sich allem Anschein nach mit Österreich zu weit eingelassen.

1) Wiener geheimes Staatsarchiv, Reskript an Palm d. d. 29. März. Beilage 1 zum Original-Reskript an Colloredo vom 29. März.

2) Kurfürst zu Mainz an Erthal in Dresden. Mainz, den 9. März. 3. Beilage z. Orig.-Reskr. an Colloredo.

3) B. g. St.A. Relation Wetzels d. d. Dresden, 8. März.

4) B. g. St.A. dechiffré ad Rel. d. d. 8. März.

Die Warschauer Allianz war eben abgeschlossen; da mußte die offizielle Politik Sachsens in österreichischem Fahrwasser bleiben. Und so riet Seckendorff zu geheimen Umwegen.

In Wien aber glaube man, daß es Sachsen mehr um teuern Verkauf seiner Wahlstimme, als um die Kaiserkrone zu thun sei[1]).

Nach alledem war die Lage Österreichs keineswegs so einfach, zumal auch England und Holland daran dachten, die Forderungen Sachsens und Bayerns zum Teil zu unterstützen[2]). Kurköln hegte ähnliche Pläne: Bayern sollte vergrößert werden, wenn auch auf Kosten Preußens. Und von Wien aus teilte man Colloredo, dem zur Unterhandlung mit Bayern bestimmten Friedenskommissar mit, daß Kurtrier sich „auf Irrwege" habe verleiten lassen.

Wollte man nun diese gefährliche Klippe umgehen, wollte man verhüten, daß dieses allseitige Denken an österreichische Landabtretungen zur wirklichen Forderung wurde, so mußte man möglichst schnell mit Bayern fertig zu werden suchen, denn schon hatte Burmannia, der außerordentliche Gesandte der Generalstaaten am Wiener Hofe, wie auch Robinson, der Gesandte Englands, Befehl erhalten, Bayerns Forderung einer mäßigen Landabtretung zu unterstützen[3]). Weiter hatte aber auch England erklärt, nicht abgeneigt zu sein, die bayerischen Truppen in seinen Sold zu nehmen, und darauf setzte man in Wien die schöne Hoffnung, den Geldpunkt bei den Verhandlungen mit Bayern auf eine für das österreichische Ärar ganz unnachteilige Weise heben zu können[4]).

Am 31. März nun erhielt Colloredo von Wien aus den Bericht über die Vorgänge an der Vils. Batthyany, der gegen Bayern kommandierende General, war am 21. März mit drei Kolonnen über den Inn gegangen und trieb nun die bayerische Armee vor sich her. Indessen saß Colloredo in Innsbruck und wartete auf den Paß, dessen er zu seiner Reise nach Bayern benötigte. Richtig rechnete man, daß das kriegerische Unglück Bayerns in Dresden anspornen würde, weil man

1) W. g. St.A. Reskript an Palm d. d. Wien, den 29. März. Zusatz.

2) Ebenda.

3) W. g. St. A. Extrait du Registre des Resolutions de LL. h.h. p. p. les Etats generaux des Provinces Unies. 12. März 1745. Nr. 6. Beilage zum Original-Reskript an Colloredo vom 29. März, und W. g. St.A. Verschiedene Fragmente das Friedensgeschäft von Füssen betreffend: Extrait de la lettre de M. le Baron de Hammerstein à S. E. Grand Maître en date la Haye le 2er avril 1745 (communiqué par M. de Droste, ministre de Cologne).

4) W. g. St.A. Original-Reskript an Colloredo, Wien, den 19. März.

sonst fürchten müsse, daß Bayern zuvorkomme. Und schon habe Erthal seine Sprache gänzlich geändert[1]).

Mit Bayern fertig zu werden: das war nun der drängende Gedanke der österreichischen Diplomaten. Denn dadurch bekam man hier freie Hand, man gewann drei Kurstimmen auf einmal; Bayern, Pfalz, Köln, die Stimmen der Wittelsbacher, und Sachsen mußte dann thun, was Österreich wollte. Sachsen habe früher schon manches Verlangen aufgegeben, meinte man lakonisch. Deshalb wollte man Sachsens Vermittlung in Bayern nicht, deshalb überhaupt keine Vermittlung. Der gerade Weg zum Ziel — der Erfolg gab der österreichischen Politik recht.

Nun aber Preußen! Am 27. Februar hatte der preußische Gesandte aus München berichtet, Baron Haßlang, der bayerische Gesandte, habe aus London gemeldet, der König von Preußen hätte dort seine Stimme für die Wahl des Großherzogs angeboten, worüber Graf Preysing sehr in Unruhe gekommen sei. Ein zweiter Bericht Haßlangs hätte den ersten widerrufen, jedoch habe Harrington dem bayerischen Gesandten erklärt, der König von Preußen sei bereit, sich mit dem Könige von England über den allgemeinen Plan eines Friedens und die künftige Kaiserwahl ins Benehmen zu setzen. Seit dem Tode des Kaisers allarmierten derartige Nachrichten, der König von Preußen suche den Frieden und unterhandle mit Wien, fort und fort den Münchener Hof. Vor allem benützte Seckendorff dieses unbestimmte Gerede von überallher, um den Münchener Hof zum Frieden mit Österreich zu bestimmen.

Friedrich II. aber faßte jene Handlungsweise für kein gutes Zeichen der Geradheit des englischen Ministeriums auf und warnte seinen Gesandten Andrié in London, er solle auf seiner Hut sein und sich von den englischen Ministern keine Flausen vormachen lassen. Klinggräffen in München erhielt den Bescheid, daß man in England das Terrain auf Anlaß des Königs von Frankreich und noch zu Lebzeiten des verstorbenen Kaisers habe sondieren lassen, daß Friedrich sich aber von dem Kurfürsten nimmermehr trennen würde[2]). Zu gleicher Zeit hatte auch Chambrier, der preußische Gesandte in Paris, ähnliches erfahren[3]). Am 13. März schrieb Friedrich II. dem Könige von Frankreich, England verwerfe die Vorschläge Ludwigs nicht ganz, müsse sie aber vor einer Beschlußnahme seinen Verbündeten mitteilen. Es sei sicher, daß man in London mit dem Gedanken umgehe, die Frankfurter Union zu sprengen,

1) W. g. St.A. Original-Reskript an Colloredo d. d. Wien, 31. März

2) Politische Korrespondenz (P. K.) Friedrichs des Großen IV. 76. Potsdam, 8. März.

3) P. K. IV. 79. An Podewils in Berlin. Berlin, 11. März.

daß die Höfe von London, Wien, Dresden, alle Anstrengungen machten, den Kurfürsten von Bayern und den Landgrafen von Hessen außer Aktivität zu setzen. Überdies würden die Rüstungen Rußlands ernster, und schon hätten die Österreicher 10 000 Mann aus der Oberpfalz nach Schlesien abkommandiert, so sicher rechne man auf den Kurfürsten von Bayern [1]).

Am 14. März kommt der König in einem längeren Schreiben wieder darauf zurück, daß nur große Erfolge das einzige Mittel seien, die Mehrheit im Kurfürstenkolleg zu gewinnen; mit einem Worte: „toutes les affaires dépendent du nerf, que l'armée du Rhin mettra dans ses opérations." Ludwig möge sich erinnern, daß der Fehler, den man in Bayern im Jahre 1741 machte, war, nicht direkt auf Wien marschiert zu sein: „c'est la seule opération décisive et qui nous mène à quelque chose [2])." An demselben Tage ging ein Ermunterungsschreiben an den Kurfürsten von Bayern ab [3]). Aber dasselbe konnte in München die ratlose Unentschiedenheit nur noch vermehren.

Der König hoffte immer noch, durch die äußersten Anstrengungen einen Frieden zu erzwingen. Er begriff es wohl, daß man sich, einmal im Kriege, zu einem guten Abkommen ebenso, vielleicht gewaltiger rüsten müsse, wie zu einer guten Campagne. Nur das eine oder das andere wollte er. Niemals dachte er daran, sich nach dem Wunsche seiner Gegner zu bequemen. Wie ernst er es nahm, ersieht man daraus, daß er wirklich in London seine Stimme für den Großherzog anbot. Welchen Gebrauch man aber da von seinem Anerbieten machte, sagten uns die Klagen Klinggräffens und Chambriers. Das mußte den König befremden, es mußte ihn zwingen, über die Absichten Englands Klarheit zu bekommen. Entweder die Hoffnung, Bayern zum Frieden zu bewegen, mit dem man in Unterhandlung sei, oder die mit seinen Vorschlägen unvereinbaren Engagements mit Sachsen, oder die Zugeständnisse, welche man Sachsen vielleicht sogar auf seine Kosten gemacht habe, hielt der König für den Grund, weshalb man in England so wenig Neigung zeige, auf seine Vorschläge einzugehen. So der König an Andrié [4]).

Aber so großmütig war man in England nicht Sachsen gegenüber. Da galt es zunächst, Frankreich niederzuringen. Dann aber war der

1) P. K. IV. 78. Berlin, 13. März.
2) Ebenda IV. 79. Berlin, 14. März.
3) Ebenda IV. 80. Berlin, 14. März.
4) Ebenda IV. 80. 81. Breslau, 19. März.

König von England auch Kurfürst von Hannover, und als solcher dachte er an Ostfriesland, Mecklenburg und Nassau. Schon waren mit dem Wiener Hofe diesbezügliche Urkunden ausgewechselt worden[1]). Bei der großen preußischen Teilung wollte auch Hannover sein gutes Stück. Ob aber der König von Preußen seine Länder wohl so gutwillig hergeben würde, als man sie zu nehmen beschloß, daran schien von diesen Bärentötern keiner mehr zu denken.

Valory, der französische Gesandte in Berlin, hatte indessen von seinem Hofe einen neuen Auftrag zu einer zweiten Reise nach Dresden erhalten. Mit welchen Lockungen er dort zu wirken suchte, sagte uns schon jener Brief des Grafen Moritz von Sachsen, der in die gleiche Zeit fällt. Friedrich II. zollte auch dieser zweiten Reise keinen Beifall[2]). Preußen hätte den Sachsen als Kaiser am wenigsten brauchen könnnen, und um Sachsens Freundschaft betteln könne er nicht, schrieb Friedrich selbst[3]).

Graf Beeß, der preußische Gesandte in Dresden, berichtete eben in damaliger Zeit sehr merkwürdige Dinge. Die Sachsen hätten ein großes Magazin bei Bautzen angelegt und wollten mit einem Heere von 30 000 Mann in Niederschlesien gegen den König agieren. Friedrich sah sich vor. Seine Instruktionen flogen nach allen Seiten. Er teilte Sachsens Pläne Ludwig XV. mit[4]) und drängte zum Vorgehen am Rhein und in Bayern. Die gleiche Nachricht über die Absichten des Dresdener Hofes ging an Mardefeld in Petersburg[5]). Den russischen Kanzlern ließ der König anbieten, jeder von ihnen solle 100 000 Thaler erhalten, wenn sie den Frieden mit ganz Oberschlesien und den Gebirgspässen für ihn zu stande brächten; 80 000 Thaler, wenn nur Oberschlesien mit den Enclaven; 50 000 Thaler, wenn nur mit der Bedingung, den Sachsen keine Entschädigung für den Durchmarsch seiner Truppen zahlen zu müssen. — Podewils wurde angewiesen, sofort die russische Mediation anzurufen, wenn es mit Andrés Bemühungen in London nichts wäre. Auch Spon und Klinggräffen sollten arbeiten, daß in Bayern die Operationen begännen. Und dazu berichtete nun Graf Beeß am 20. März aus Dresden[6]), daß ein Jude Baruch, Lieferant des Brühlschen Hauses, an Wallenrodt gewisse Eröffnungen gemacht

1) W. g. St.A. Original-Restript an Colloredo d. d. Wien, 31. März
2) P. K. IV. 86. Reiße, 26. März.
3) Ebenda IV. 102. Reiße, 3. April.
4) Ebenda IV. 90. Reiße, 26. März.
5) Ebenda IV. 88. Reiße, 26. März.
6) Ebenda IV. 93.

habe über die Vorteile, welche man sich für den Fall des Anschlusses an Bayern verspreche. Das sei offenbar in der wahrscheinlichen Absicht geschehen, den Wiener Hof willfähriger zu machen. Denn dieser gleiche Jude sei an ihn abgeschickt worden, um ihm beizubringen, daß Graf Brühl eigentlich ein guter Preuße sei. Der Warschauer Vertrag verpflichte zu nichts, und man sei nicht schlecht aufgelegt, den Teilungsplan, wie er mit dem verstorbenen Kaiser einst verabredet wurde, wieder aufzunehmen, wenn Frankreich und Preußen sich dazu verständen, die nämlichen Subsidien zu zahlen, welche man von England und Holland beziehe. Auf seine Frage, ob der Jude Auftrag vom Minister habe, sagte er, er sei von dem Generaladjutanten zu diesem Besuche engagiert worden. Brühl erwarte für sich die Erhebung in den Reichsfürstenstand mit ansehnlicher Grundlage. — Nach zwei Tagen kam der Kommissar wieder; Graf Beeß aber sagte ihm, Brühl solle sich direkt an ihn wenden.

Was soll man davon denken? Welche Absicht barg Brühl hinter dieser „feinen" Politik? Der Warschauer Vertrag war erst am 15. März ratifiziert worden. Da machte er es ähnlich. Er gab eine Verwahrungsurkunde an Esterhazy, Villiers und Calckoën, die Vertreter der paktierenden Mächte. Esterhazy aber verweigerte die Annahme[1]). Was sollte das alles? Nur zwei Deutungen scheinen möglich. Sachsen war gerüstet mit Hilfe der Seemächte. Es konnte sich, wie Barnch behauptete, stellen, wohin es wollte. Man bot sich — und daran werden Frankreichs Lockungen nicht das wenigste gethan haben — Preußen an, um durch Frankreich und Preußen zu einem größeren Gewinn zu kommen. Denn Graf Brühl war politischer Handelsjude. Die eigene Bereicherung und diejenige seines Hofes war sein Ziel. Oder aber er wollte durch solches Vorgehen Österreichs Willfährigkeit steigern und zugleich dem lauernden Preußenkönige Sand in die Augen streuen. Aus allem aber ist zu ersehen, daß Sachsen nur ein lauer Bundesgenosse Österreichs war. Versicherte doch Graf Brühl, daß der König von Polen an dem Kriege keinen direkten Anteil nehmen, sondern nur Hilfstruppen stellen, daß er nie selbst gegen Frankreich oder Bayern vorgehen wolle, und daß er auch glücklichen Erfolgen Bayerns und seiner Verbündeten mit Ruhe zusehen werde[2]). Jedenfalls hatte Brühl seinen ersten Zweck erreicht: Sachsen war gerüstet. Für wen? Das sollte sich jetzt erst entscheiden.

1) W. g. St.A. Reskript an Palm. Wien, 29. März.

2) B. g. St.A. Wetzels Relation vom 22. März. In diesem Bericht bittet Wetzel zugleich, der Minister möge ihm eine bayerische Köchin für die Oberhof-

Friedrich II. schrieb an seinen Gesandten in Dresden, die Nachricht habe ihn so überrascht, daß er nicht wisse, was er davon denken solle. Für den Fall, daß Brühl sich wirklich an ihn wende, solle der Gesandte ihm schmeicheln, ohne den König zu irgend etwas zu verpflichten, und alles anhören, was er sagen werde. Wie aber solle man die Nachricht vereinbaren mit der Absicht Sachsens, ihn anzugreifen? Graf Beeß solle aufmerksam sein auf alle militärischen Einrichtungen, Pläne und die geringsten Truppenbewegungen. Nach allen Seiten solle er auf der Hut sein und sich von Gaunern nicht duppieren lassen, die keine andere Profession hätten, als zu schwindeln[1]).

Die Episode ist damit beendet, daß wir nichts mehr hören. Und das mag seinen Grund darin haben, daß Brühl zu lange gewartet hatte. Österreich hatte seine erfolgreiche Aktion in Bayern begonnen und führte sie siegreich durch. Damit war Sachsen kalt gestellt. Aber weiter that man von Wien, London, Dresden aus alles mögliche, in Paris den Argwohn gegen Friedrich II. zu erwecken und zu vermehren[2]). Und diese Ergüsse der Feinde Friedrichs fanden an vielen Orten Glauben, um so mehr, als man in Frankreich gerade jetzt weniger denn je geneigt und in der Lage war, sich in so weit aussehende Operationen, wie Friedrich sie vorschlug, einzulassen.

Frankreich richtete seine Absichten darauf, Sachsen zu gewinnen. Allein dem Könige von Preußen war damit wenig gedient, obschon er sonst allen billigen Forderungen Frankreichs gern willfahrte. So schrieb er auf den Wunsch Valorys[3]) an den Prinzen Wilhelm von Hessen-

meisterin Gräfin Kollowrat besorgen. Sehr gemütlich! Ebenso charakteristisch ist folgendes: Wetzel erfuhr in Dresden, daß man von seinen Berichten genau unterrichtet werde und man sich rühme, von dem Münchener Hofe alles haben zu können. (Durch wen? War Seckendorff etwa auch hier der Vermittler? Wahrscheinlich bediente sich Wetzel deshalb einer andern Chiffre zu seinen Depeschen. Drauf aber schrieb ihm Praidlohn, der Vicekanzler, er habe das Chiffrierte nicht lesen können, da ihm die Chiffre fehle. Und doch hatte Wetzel diese Chiffre von Praidlohn selbst zugeschickt erhalten. Was nützen wohl Gesandtschaften, wenn man ihre Depeschen nicht enträtseln kann? Die Konfusion und Unordnung in München spiegelt sich auch in solchen Kleinigkeiten wieder. Dann brennt dem Gesandten in Dresden sein Kanzlist mit Sack und Pack und mit Hinterlassung etlicher 100 Gulden Schulden durch. Die Köchin ist auch noch nicht besorgt: sie erscheint noch wiederholt als Fragezeichen in den Berichten des Gesandten. Endlich am 5. Mai erhält Wetzel Nachricht über die Köchin und den mittlerweile abgeschlossenen Frieden.

1) P. K. IV. 93. Neiße, den 29. März.

2) P. K. IV. 94.

3) Ebenda IV. 102. Neiße, 3. April.

Kassel[1]), dessen General nach Klinggräffens Bericht seinen Truppen sollte verboten haben, gegen die Österreicher offensiv vorzugehen. Ein zweiter Brief des Königs an den Prinzen Wilhelm[2]) zeigt, daß dieser dann auch den Entschluß faßte, den Kurfürsten von Bayern nicht zu verlassen, und Friedrich hoffte, in München werde dies Eindruck machen, wenigstens soweit, daß man dort keinen erzwungenen Frieden mit Ausschluß der Verbündeten annehmen werde. Das war am 21. April. Am folgenden Tage schloß Bayern seinen Separatfrieden mit Österreich.

Bis zum letzten Augenblick blieb der König bemüht, die Frankfurter Union zusammenzuhalten. Immer wieder wies er darauf hin, daß es Frankreich nicht gelingen könne, Sachsen zu gewinnen, da dieses nach allen Seiten engagiert sei. So in einem gleichzeitigen Schreiben an Ludwig XV.[3]), und so in sehr scharfer Tonart in dem berühmt gewordenen Schreiben an Valory vom 9. April[4]). Es thue ihm leid, schreibt Friedrich da, den französischen Gesandten und seinen Hof als Narren der Sachsen zu sehen. Er wundere sich, ihn von Leuten dupiert zu sehen, die nur darauf ausgingen, ihn zu täuschen. Das Memoire, welches Valory überschickt habe, sei wenig exakt, denn die Sachsen hätten ihr Hilfscorps um 10000 Mann vermehrt, in der Gegend von Ratibor stünden 20000 ungarische Insurgenten u. s. w. „Ich weiß nicht, warum Ihr Hof es immer liebt, die Operationen seinen Verbündeten zu überlassen; wenn Sie in diesem Augenblick auch noch nicht an Bayern denken, setzen Sie mich in große Verlegenheit. Denn was nützt mir die Expedition in Flandern? Das ist etwas für den König von Frankreich, dem Könige von Preußen aber nützt sie nichts. Sie wünschen, daß ich offensiv agiere mit einer Armee vor mir, die ebenso stark ist, als die meinige, nach Abzug der 20000 Mann, welche zum Schutze von Schlesien und als Besatzung meiner Festungen dienen. Alles kommt Euch leicht vor für Eure Verbündeten und alles schwer für Euch selbst. Der Prinz Wilhelm, erschreckt durch die Ereignisse, welche dem verstorbenen Kaiser und dem Pfälzer zugestoßen, Euer Bundesgenosse, ist unentschieden; ich finde das nicht befremdend und denke auf Mittel, ihm Mut einzuflößen. Aber Eure Vorliebe für die Sachsen erscheint mir unbegreiflich. Ihr seid mit Blindheit geschlagen, und nichts ist im Stande, Euch die Augen zu öffnen; kurz, ich kenne Euch nicht mehr.

1) P. K. IV. 105. Neiße, 4. April.
2) Ebenda IV. 127. Neiße, 21. April.
3) Ebenda IV. 103. Neiße, 3. April.
4) Ebenda IV. 115. Neiße, 9. April.

Lesen Sie die Berichte des Herrn von Saint Severin, und wenn dieselben Ihren Schnupfen nicht lösen, sind Sie unheilbar. Dem, welcher angreift, liegt die Versöhnung mit dem Angegriffenen ob, aber nicht dem, der allen Grund hat, sich zu beklagen, sich um seine Feinde zu bemühen. Adieu, mein guter Valory, lassen Sie sich dreimal am Tage zur Ader und nehmen Sie noch mehr weißes Pulver, damit Sie von dem hitzigen Fieber genesen, das Sie sicherlich haben."

Schon im Februar hatte der König einmal seine Ansicht über Bündnisse klar dahin ausgesprochen, qu'il n'y a aucune alliance et lien dans le monde qui puisse être regardé valide, si les interêts communs et réciproques ne le forment: que, de même, dans tout contrat, dès que tout l'avantage est d'un côté, et rien de l'autre, cette disparate rompt l'engagement[1]). Seine lebendige Seele fühlte das Kommende voraus. Und doch, soweit auch die Interessen Frankreichs und Preußens auseinanderliegen, so wenig Vertrauen Friedrich II. auch haben mochte, mit diesem erschöpften Frankreich einheitliche Operationen im bevorstehenden Frühjahr erzielen zu können, er durfte Frankreich nicht ganz vor den Kopf stoßen, solange er nicht Nachrichten aus England hatte. Deshalb erhielt Podewils[2]) den Befehl, den Brief Friedrichs an Ludwig, in welchem dieser um Subsidien gebeten wurde[3]), solange zurückzuhalten, als man noch einige Hoffnung haben müsse, durch England zu einem Abkommen zu gelangen.

Andrié war wirklich mit Lord Harrington zur Feststellung von Grundzügen für einen Frieden gekommen. Am 19. März hatte er sie dem Könige übersendet[4]). Es galt Aufrechterhaltung und Wiederherstellung des Friedens von Breslau, Stimme des Königs für den Großherzog, Wiederherstellung von Bayern, Pfalz, Hessen und Einschluß derselben, gegenseitige Garantie ihrer Länder. Friedrich verlangte die Garantie Schlesiens durch alle Fürsten des Reiches und eine allgemeine Garantie des allgemeinen Friedens zum ersten Punkte, und zum zweiten Punkte wollte er seine Kapitulation mit dem letzten Kaiser als Grundlage für die Kapitulation des Großherzogs aufrecht erhalten wissen. Friedrich schrieb also an Podewils[5]), daß er den Frieden annehme, wie England ihn offeriere wegen der sehr weit aussehenden Konjunkturen

1) P. K. IV. 67 ff. Berlin, 28. Februar. An den g. Legationsrat Grafen Podewils im Haag.
2) Ebenda IV. 130. Neiße, 24. April.
3) Ebenda IV. 97. Neiße, 30. März.
4) Ebenda IV. 98. Neiße, 2. April.
5) Ebenda IV. 99. Neiße, 2. April.

und der critiquen Situation, worin er sich jetzt selbst befinde. Andrié solle alles zeichnen ohne Zeitverlust, und Podewils solle ihm schreiben, ob er es nicht für gut halte, dem Könige von Frankreich die reine Wahrheit zu sagen, wie und warum alles dies verhandelt worden sei.

An demselben Tage noch fügte er hinzu[1]), Podewils solle seine Worte betreffs der Garantie der Staaten der Königin von Ungarn und der Unterstützung des Großherzogs zur Erlangung der Kaiserwürde so setzen, daß er dadurch niemals in einen Krieg mit Frankreich könne verwickelt werden. Mit der Zeit werde er von dem Unglücke Frankreichs mitbetroffen, und um den König von Polen zu vergrößern, möge er sich auf den Krieg nicht steifen. Und als Nachschrift: der Minister möge sehen, einen Artikel zu Gunsten des Hessischen Hauses zu stipulieren.

Der König warf dem Minister seine Ansichten so hin. Dieser aber gedachte seiner Verantwortung und frug am 6. April wieder an. Am 9. erhielt er hierauf Bescheid vom Könige[2]). Und am 14. April schrieb Friedrich seinem Staatsminister[3]), Podewils werde Andriés Depesche eher empfangen. Sobald er sehe, daß sich entweder der Wiener Hof geradeheraus weigere, ein Abkommen auf die mit England vorläufig vereinbarten Bedingungen hin zu treffen, oder daß man die Unterhandlung hinzuziehen suche, indem man andere unannehmbare Forderungen stelle, oder daß man sich wohl zu einem Separatfrieden bereit erkläre mit Ausschluß Bayerns und des Königs anderer Verbündeten von Frankfurt, so sei die Unterhandlung als abgebrochen zu betrachten, und Podewils solle dann ohne Verzug den Brief um Subsidien an Chambrier absenden. Am 20. April ging eine gleiche Anweisung an Andrié[4]).

Die Situation ist klar. Wir stehen vor der Entscheidung. Der König fühlte ihr Nahen. Am 26. April sprach er sich hierüber seinem Minister gegenüber aus[5]). Und schon am folgenden Tage schickte ihm dieser als Bestätigung seiner Voraussicht die neuesten Berichte aus Bayern[6]). Klinggräffens Depesche vom 19. sagte an, daß der Friede zwischen den Höfen von München und Wien unmittelbar bevorstehe. Der König erwiderte ruhig: „Was hat kommen müssen, ist nun eingetroffen: also der einzige Entschluß, der zu fassen mir übrig bleibt, ist mein Unglück in Geduld zu tragen."

1) P. K. IV. 100. Neiße, 2. April.
2) Ebenda IV. 114. Neiße, 9. April.
3) Ebenda IV. 126. Neiße, 14. April.
4) Ebenda IV. 126. Neiße, 20. April.
5) Ebenda IV. 132. Neiße, 26. April.
6) Ebenda IV. 134. Pomsdorf, 27. April.

Ein schwacher Hoffnungsschimmer blieb ihm immer noch: die Vermittlung Englands. Aber wenn alles sich gegen ihn erklärt, will er lieber mit Ehre zu Grunde gehen, als sich für sein ganzes Leben um Ruhm und Ruf gebracht sehen. Und seine Seele flammte auf: „Ich habe mir eine Ehrensache daraus gemacht, mehr als je einer zur Vergrößerung meines Hauses beigetragen zu haben; ich habe eine vornehme Rolle unter den gekrönten Häuptern Europas gespielt: das sind ebenso viele persönliche Engagements, welche ich auf mich genommen, und die ich auf Kosten meines Glückes und meines Lebens aufrecht zu erhalten durchaus entschlossen bin. Wenn ich Podewils wäre, würde ich ebenso denken, wie Sie; aber ich habe den Rubikon überschritten, und entweder will ich meine Macht behaupten, oder ich will, daß alles zu Grunde gehe und bis auf den preußischen Namen mit mir begraben werde. . . . Wenn der Feind etwas unternimmt, werden wir ihn sicherlich besiegen, oder uns alle niedermetzeln lassen für das Wohl des Vaterlandes und den Ruhm des preußischen Hauses. Mein Entschluß ist gefaßt. . . . . Welcher Kapitän ist so feige, daß er nicht, wenn er bemerkt, wie er von Feinden umringt ist, wenn er alle Anstrengungen sich zu befreien gemacht, wenn er keinen Ausweg mehr sieht, hochherzig die Fackel ins Pulver schleuderte, um also den Feind um seine Erwartung zu täuschen? Bedenken Sie, daß die Königin von Ungarn, ein Weib, an ihrem Schicksal nicht verzweifelte, als ihre Feinde vor Wien standen und ihre schönsten Provinzen überfluteten, und Sie hätten nicht den Mut dieser Frau, da uns noch kein Verlust getroffen, und wir durch einen glücklichen Erfolg höher steigen können, als wir je gewesen?"

Das stolzeste, fast verwegene Selbstbewußtsein redete hier, jene Seelenmaterie, aus der die Geschichte ihre Helden formt. Des Königs Seele wurde endlich frei und unternahm ihren eigenen ungebundenen Flug. Und das ist der Augenblick, indem er seiner Feindin und — Rivalin das höchste Zugeständnis einer Verehrung und Bewunderung macht, wie sie nie größer dieser Fürstin gezollt worden sind. Friedrich der Große und Maria Theresia — die Gegensätze der deutschen Entwicklung stehen vor uns als höchste Verkörperung, und die Gestalt des einen wächst an derjenigen des andern.

Der König rüstete. Bis zum 28. April hoffte er die Armee beisammen zu haben. Ein österreichischer Oberst, Baron von Krummenau, hatte ihm die Absichten des Feindes angegeben. Friedrich erwartete den Anmarsch der großen österreichischen Armee auf Schweidnitz oder von Glatz her. Sowie sich dieselbe in Bewegung setzt, wird er marschieren

und sie bekämpfen. „Wir werden uns schlagen wie Verzweifelte“ [1]). Dem Fürsten von Anhalt-Dessau, dem alten Generalfeldmarschall, trug er das Oberkommando über die Truppen an, welche für den Einfall in Sachsen bestimmt waren und gab ihm plein pouvoir, seine Veranstaltungen zu treffen [2]). Auf die Klagen und Drohungen Sachsens hatte er den Bescheid für seinen Gesandten Beeß, daß er hoffe, wenn Brühls erster Zorn verraucht sei, werde derselbe einsehen, wie wenig Grund er habe, zu verlangen, der König müsse sich ungestraft von den sächsischen Truppen in seinem eigenen Lande überfallen lassen, ohne alle erlaubten Mittel zur Verteidigung zu ergreifen; 50 000 Mann ließen sich leichter auf dem Papier, als in Wirklichkeit bewaffnen [3]).

Natürlich, daß Brühl in Zorn geriet. Denn ihm war nun die Wahl genommen, sich entweder an Preußen und Frankreich oder an Österreich anzuschließen. Und wenn nun die Nachrichten aus Bayern eintrafen, die ja in diesen Tagen kommen mußten, stand es ihm frei, von neuem zornig zu werden. Das war ein ebenso verfehltes wie jämmerliches Spiel, nach allen Seiten von Mißerfolg gekrönt: denn als sich Brühl nun gezwungen an Österreich anschloß und glaubte, daß hier doch der Sachse wenigstens persönlich sicher sei, ward ihm auch noch der Traum, der letzte, zerstört. Die Batterien von Kesselsdorf, wo der „alte Dessauer“ noch einmal vor dem Sterben dirigierte, ließen die anmutigen Kartenhäuslein Seiner Excellenz in die Luft fliegen. Brühls „überfeine“ Politik brachte es dahin, daß gerade Sachsen den eigentlichen und größten Schaden in diesem Feldzuge erleiden mußte.

Bayern hatte die Partie aufgegeben. Anfangs April hatte König Friedrich noch gehofft, es könne ihm oder seinem Gesandten Klinggräffen in München gelingen, wenigstens den Einschluß der Verbündeten in das österreichisch-bayerische Abkommen durchzusetzen [4]). Aber gerade damals begannen sich die Verhältnisse für Preußen immer unfreundlicher zu gestalten. Wie Friedrich seinem Gesandten die Versicherung gab, er werde den Kurfürsten von Bayern nicht verlassen, so schrieb er auch an Seckendorff [5]). Er meinte, der alte Feldmarschall wäre nach seiner Ansicht, daß die Verbündeten von Frankfurt jetzt nichts besseres thun könnten, als zusammenzuhalten. Aber Seckendorff war andrer Ansicht:

1) P. K. IV. 122. Neiße, 19. April. An Podewils.
2) Ebenda IV. 125. Neiße, 20. April. An den Fürsten.
3) Ebenda IV. 129. Neiße, 23. April.
4) Ebenda IV. 106. Neiße, 4. April. An Klinggräffen.
5) Ebenda IV. 116. Neiße, 9. April. An Seckendorff.

Bayern sollte um jeden Preis nach dem Frieden mit Österreich streben, und diesen Frieden sollte man ihm in München und Wien verdanken. Wäre es möglich gewesen, auch Preußen in diesen Frieden einzuschließen, so wäre das Seckendorff um so lieber gewesen. Es hätte ihm einen dritten Hof verpflichtet. Da es aber nicht möglich war, sah er nur freundlich nach der Taube auf dem Dach und behielt den Sperling fest in seiner Hand. Auch Seckendorff gestand der König frei, daß er dem Frieden nicht abgeneigt sei, daß es aber nur ein solcher Friede sein dürfe, in den alle Verbündeten eingeschlossen wären, ohne irgend einen Verlust an dem Besitztum, welches ein jeder vor dem Kriege inne hatte.

Auf den Bericht Klinggräffens vom 5. April, in welchem die bayerischen Unglücksfälle an der Vils geschildert wurden, schrieb Friedrich am 14. zurück, daß man trotz aller Versicherungen der Kaiserin Witwe und des Marschalls von Törring sich nicht wundern dürfe, wenn der Kurfürst sich zuletzt zu einem Abkommen würde gezwungen sehen. Und wieder empfahl er dem Gesandten, auf den Einschluß der Verbündeten von Frankfurt zu dringen[1]). Und mit der ganzen Fassung, zu welcher sich der König bis zum 29. April durchgerungen, erteilte er alsdann seinem Gesandten in München seine Instruktionen. Wäre Preußen eingeschlossen in den Frieden, gut; wenn nicht, muß man schweigen und das Übel in Geduld ertragen[2]).

Wir sind zum Wendepunkte gelangt. Die Frankfurter Union war gesprengt. Bayern machte seinen Frieden mit Maria Theresia. Die Politik Preußens wurde eine selbständigere, freiere, mächtigere. In positivem Vorgehen fand die Natur des Königs sich wieder. Hohenfriedberg, Soor, Katholisch-Hennersdorf, Kesselsdorf — das sind die durch ihn zur Berühmtheit erhobenen Stationen zum Frieden von Dresden.

Die österreichische Diplomatie hatte während des Winters den jetzt in Bayern errungenen Sieg vorbereitet. Dem Könige ward hier das Heft aus den Händen gerungen, aber nicht zu seinem Schaden, denn nicht jeder Bundesgenosse stärkte seine Partei, sondern der Schwache hemmte ihn nur. Und darum sei hier noch versucht, die traurige Lage Bayerns etwas eingehender zu beleuchten.

„Bayern war der Wohnsitz des Elendes, das die Wut des Krieges umher pflanzte, der Geist der Nation ermattet; die Kassen waren ausgeleert; die Felder lagen teils ungebaut, teils verwüstet; die Nahrungsquellen waren versiegt; überall zeigten sich den Augen die traurigsten

1) P. K. IV. 118. Neiße, 14. April. An Klinggräffen.
2) Ebenda IV. 135. Nieder-Pomsdorf, 29. April. An denselben.

Spuren der Verheerung; die Unterthanen seufzten unter dem Druck der Armut, die Industrie erschlaffte, ein gräßlicher Schwarm physischer Übel bedeckte das Vaterland." So berichtet Rothammer in seiner Biographie des Kurfürsten Maximilian III.[1]) über die allgemeine Lage. Wie es im einzelnen aussah, darüber könnte erst eingehendere Forschung vollen Aufschluß geben. Ich begnüge mich, mitzuteilen, was mir auf meinem Wege sichtbar wurde.

„Zu den 30 Millionen Gulden, welche Kaiser Karl VII. von seinem Vater Maximilian Emanuel überkommen hatte, waren noch 10 Millionen hinzugekommen, so daß die ganze Schuldenlast bei 40 Millionen Gulden betrug. Das Ganze sämtlicher Roheinnahmen des Staates betrug nicht mehr als 5 300 000 Gulden, und nach Abzug der Perceptionsgelder blieben nur noch 2 600 000 Gulden. Da nun die Zinsen der Staatsschuld allein 2 Millionen wegnahmen, so blieben für den Hof und für den Staat (Militär- und Civilpersonal) nur 600 000 Gulden[2])."

Freyberg teilt mit, daß Seckendorff nach dem Abzug der Österreicher am 6. Oktober 1742 zwei Land- und zwei Standsteuern ausschrieb, da Rat geschafft werden mußte, wie man die Truppen den Winter über verpflegen wollte. „Ungeheuer war der Bedarf an Fourage und Getreide. Die Verordneten des Ober- und Unterlandes konferierten häufig mit dem Ministerium. Der Landschaftskanzler schrieb schon damals, „so tief sei ihm das Herz noch nie gesunken, als jetzt, selbst damals nicht, als die Feinde mit langen Messern sein Haus durchsucht, und als er neun Stunden lang auf dem Karren gesessen, um als Geisel weggeschleppt zu werden." Für die sechs Sommermonate waren 600 000 Gulden an den Feldmarschall zu entrichten. Die Landschaft sendete zwei Verordnete an den Feldmarschall mit dem Erbieten, monatlich 300 000 Gulden zu erlegen, dagegen wolle 1. das Eingreifen der Generalität und des Kriegszahlamtes in die ständischen Gefälle unterbleiben, 2. die Kriegsscharwerk gemindert werden, 3. die Einheischung der Anlagen durch die Landschaft geschehen. Es wurden bereits im Jahre 1742 für die kaiserliche und französische Armee auf 4 Monate lang, 143 821 Scheffel Hafer, 421 113 Centner Heu, 377 797 Centner Stroh gefordert. Dazu kam die Quartierlast, während alles schon am Hungertuche nagte. Die Aufschläge auf die gewöhnlichen Steuern hatten seit 1738, 1739 und 1740 zusammen 1 552 697 Gulden eingetragen.

1) Rothammer, Maximilian III. von Bayern. S. 54.
2) Buchner, Geschichte von Bayern IX 233.

Zu den monatlichen 80 000 Gulden von der Landschaft sollte jeder Hofreichen 3 Gulden Anlage = 54 000 Gulden; die Geistlichkeit 10 000 Gulden, der Adel 2000 Gulden, die Bürger 2000, die Collegia 1000 Gulden. Die Landschaft dazu noch 11 000 Gulden. Überdies wurden sämtliche Pfarreien in drei Klassen mit 12, 8 und 4 Gulden belegt. Von den Höfen waren noch in Feindesgewalt 7722, von den Franzosen besetzt 3576. Statt des Geldes forderte Seckendorff später eine Partie Getreide[1]).

So war der Stand der Dinge 1742. Weit über die Hälfte der steuertragenden Höfe war also noch im fremden Besitz. Am 14. Juni 1743 besetzten die Österreicher unter Bernklau und Palfy München wieder und verließen es erst im Oktober 1744. In dieser Zeit schaltete dort eine österreichische Administration. Wie — das ersehen wir am besten aus einer Erläuterung, welche Rat Thierböck zu den Verhandlungen, die nachmals in Salzburg betreffs Erleichterung des Landes und Befreiung von der Einzahlung der rückständigen Steuern mit Österreich stattfanden, schriftlich verfaßte[2]). Zuvor sei nur noch daran erinnert, daß der Abzug der Österreicher im Oktober 1744 dem Lande kaum Erleichterung brachte, da ja, als sie gingen, die bayrische und französische Armee wiederkam. Und sie mußte ebenso verpflegt werden. Ja, Seckendorff behauptete einmal, die verbündeten Franzosen hätten sich an Geld und Fourage in einem Monat soviel liefern lassen, als die feindlichen Österreicher nicht in zwei. Dazu rückte schon in den ersten Tagen des Januar 1745 der österreichische Feldmarschalllieutenant von Thüngen wieder in die Oberpfalz ein und begann die Belagerung Ambergs. Die Festung Ingolstadt blieb überhaupt von den Österreichern besetzt, und im März rückte Batthyany mit einem Corps von 11 000 Mann über den Inn und brachte alsbald eine große Strecke des niederbayerischen Landes wieder in seine Gewalt.

In jenem zu Salzburg benützten „kurbayerischen Promemoria" wird nun folgendes dargethan. Von 100 bayerischen und oberpfälzischen Unterthanen würden keine 10 anzutreffen sein, die in dieser Zeit nicht ein- oder zweimal ausgeplündert worden seien. Die Kontributionen wären ohne Maß und Ziel ausgeschrieben worden, die königliche — also österreichische — Administration habe im Rentamt Straubing verfügt, „daß von dasiger Regierung ein Kommissarius ex gremio mit Zu-

1) Freyberg, Pragmatische Geschichte der bayerischen Gesetzgebung und Staatsverwaltung I. 414 f.

2) B. g. St.A. Füssener Friedens-Acta — Sub Nr. 105. 3. Mai 1745.

ziehung des von Pachofen Obriſtwachtmeiſters unter dem Infanterie-regiment Merey nach Regen, einem in der waldt-Revier entlegenen Landgericht zu dem Endte abgehen möchte, damit eine vollſtändige Aus-kunfft von dem übergroßen Noth-Standt daſiger Gegend könnte erhohlet werden; die Unterſuchung wurde in Beyſeyn erſtbemelten Obriſtwachtmeiſters den 7. Jänner 1744 mit aller Integrität vorgenommen, und meiſtens nur dahin geſehen, wie viel denn dieſes in 314 Höf beſtehende kleine Gerichtl möchte betroffen haben; die zur königlichen Adminiſtration von der Regierung eingeſendete acta, daß von dem mitgeweſten Obriſt-wachtmeiſter eigenhändig unterſchriebene Protocol, der von dem Commiſſario erſtattete, jederzeit zu produzieren ſtehende Bericht, müſſen den wahren Unterricht dahin geben, daß alle erlittene Schäden, Geld, praestationes und andere zu Kriegszeiten übliche exactiones vom Jänner 1742 biß ohngefähr in Oktober 1743 ſo viel an Geld betroffen, alß ſonſten 70 ordinari Steuern abgeworffen hätten, eine Summa, ſo bey der Nach-welt nicht glauben fünden würde, wann ſolches nit theils per evidentiam facti, theils per jurata elogia testium beſtärcket wäre, dahero auch dieſe arme leuth in ſolchen Nothſtandt verfallen, daß deren Viele gedrungen worden, das S. R. gefallene Rindviehe für ihre Nahrung zu nehmen, und in Abgang des Mennaths (sic) mit ihren Weib und Kindern, Pflug und egen ſelbſt zu ziehen, umb gleichwohlen ſo viel, als möglich ware, ihre Felder anzubauen" . . . . Als dann die königliche Admini-ſtration „nach völlig evacuiertem Lande" die Regierung antrat, wurden anfänglich außer der Brandſchatzung keine „Geldpraestationes" gefordert; der ungemein häufige Durchmarſch und Vorſpann ſeien genug geweſen, dem Unterthan alle Erleichterung zu nehmen, bis endlich im November 1743 die Winterquartiere geregelt waren und in jedes Rentamt ſoviel Truppen gelegt wurden, daß auf den einzelnen Unterthan der Betrag „von etwa 12 oder 15 ordinari ganzen Steuern" gekommen ſei. Und ſolches mußten die Leute leiſten, die vorher Haus und Hof zu verlaſſen faſt gedrungen waren. Wie man Klöſtern, Rittern und Bürgern mit-geſpielt, ſei allgemein bekannt. Dann hoffte man im Jahre 1744 nach vollendetem Winterquartier, man werde den Landmann etwas aufatmen laſſen; aber da wurden Schanzarbeiter nach Ingolſtadt dem Tauſend nach oder anſtatt jedes Mannes 12, ſpäter 9 Kreuzer, und für einen Wagen 2 Gulden gefordert; nur im Rentamt Straubing hat die Poſt 15 000 Gulden getroffen. Im Mai mußten viele tauſend Fuhren zur Verlegung verſchiedener Magazine, aus Straubing allein 2055, geſtellt oder mit Geld, jede Fuhre zu 14—15 Gulden angeſchlagen, aufgewogen werden. Die Durchmärſche waren ohne Ende, wo die Truppen cam-

pierten, wurde souragiert, während die andern Orte zur Einrichtung der Magazine beitragen mußten. Dann brach im August oder September ein neues schweres Ungewitter über die armen Bewohner herein. Der zu Ingolstadt weilende Administrationsrat Neumeyr forderte „ex commissione administrationis regiae“ Geld, Getreide, Fourage, wovon mittelst schärfster Exekution vieles eingetrieben wurde. Für die in den Jahren 1742 und 43 hin und wieder ausgeschriebenen, aber wegen öfterer Veränderung des Kriegslaufes nicht einkassierten Kontributionen wurde neuerlich über eine Million gefordert. Das Land sollte weiter unter dem Namen eines Nachtrags zum Winterquartier 350 000 Gulden abführen; die Klöster im Rentamt Straubing zwang man mittelst militärischer Exekution dazu, für 5—600 Gulden, ja für 1000 Gulden Salz zu kaufen, wovon dann, ausgenommen das Kollegiatstift Straubing, die allerwenigsten eine Scheibe zu Gesicht bekamen. Dann folgten die vier ganzen Steuern, zu deren Eintreibung man in die einzelne Dorfschaft 30, 40, 50 und mehr Mann abschickte. Was davon eingetrieben wurde und was noch ausstehe, wisse man nicht, aber daß es durch die außerordentlichsten Exekutionen eingetrieben worden wäre, wenns möglich gewesen, sei man überzeugt. In den Waldrevieren hätten die königlichen Truppen nicht nur ihre Portionen an Geld und Fourage verlangt, sondern die angekommenen königlichen Offizianten suchten die alten Rückstände hervor, betrieben die vier alten und forderten vier neue Steuern, zusammen acht. Und als man alle Zwangsmittel erschöpft sah, weil nichts mehr zu holen war, „ergriffen einige (nit alle) eine ganz besondere executionsordnung, sie ließen den restanten so lang und viel mit Streich tractiren, biß er in Abgang eigenen Vermögens einen Borgen stellete, der gleiches tractament zu befahren hatte, wenn er oder der Principal-Debitor nit zuhalten kunte“. Durch alles das sei nur soviel erzwungen worden, daß die Unterthanen truppenweise von Haus und Hof gelaufen.

Die kleine Blumenlese genügt. Gewiß, der Friede war eine Notwendigkeit für Bayern, aber — ebenso notwendig wäre die vorherige Überlegung gewesen, ob das Land zur Durchführung dieses Krieges überhaupt stark genug war? Nicht nur dynastische Illusionen und diplomatische Launen hätten bei dieser Frage berücksichtigt werden dürfen. Dann aber drängen sich unsrer Betrachtung noch einige andere Punkte auf. Von einem aktiven Einfluß des Volkselendes auf die Verhandlungen des Friedens findet sich in der ganzen diplomatischen Korrespondenz, welche mir vorlag, vor dem Frieden kaum eine Spur. Einmal teilt der Mainzer Gesandte Kesselstatt mit, die Österreicher möchten mit

ihren Operationen einhalten, damit der arme Landmann nicht ganz ruiniret werde. Aber Kesselstatt nannte diese Begründung einen Vorwand und riet der österreichischen Regierung an, die Güter und Landhäuser der bayerischen Minister in etwa zu verschonen. Das Volk selbst zählte kaum mit, so wenig, wie es mitsprach. Denn auch von einer Bearbeitung der leitenden Kreise durch Flugschriften und Zeitungen etwa hören wir nichts. Vielleicht daß sich da bei weiterem Suchen manches noch finden würde, aber gleich betont sei es wieder hier, daß auch davon, wenn es geschah, in den Verhandlungen der Diplomaten nichts widerhallt. Nirgendwo ist da vor dem Frieden von einer Rücksicht auf das Volk die Rede, wohl das beste Zeichen, daß die Stimme des Volkes nicht bis in diese Kreise hineindrang. Zudem hat die breitere Öffentlichkeit von den thatsächlichen Verhandlungen erst sehr spät etwas vernommen, so daß auch schon aus diesem Grunde eine Beeinflussung nicht gut statthaben konnte. Berichten doch die Mémoires de nos jours [1]), das Werk sei so im geheimen vollendet worden, daß mehrere Minister zu träumen vermeinten, als sie davon erfuhren. Indes sei dem Frieden allenthalben Beifall gespendet worden, weil er für Bayern wie für das Reich von großem Nutzen gewesen. Die Freude am Hofe und in der Stadt München entzöge sich der Beschreibung, und für einen Augenblick habe man alle ausgestandenen Leiden vergessen.

Wir wollen die Wahrheit dieser letzten Nachricht nicht bestreiten, müssen aber bemerken, daß sie sich nur auf die Thatsache des Friedensschlusses beziehen kann, da über die Art und Weise, wie der Friede zustande kam, wie auch über das Ergebnis desselben die Meinungen sehr bald in starken Hader gerieten. Selbst der Kurfürst sprach sich später gegen diesen Frieden aus. Und ebensowenig möchte ich eine andere Meinung, „daß Karl Alberts Entschluß, inmitten so vieler Scheinansprüche Wittelbachs wichtige Rechte geltend zu machen, daß diesen Entschluß — trotz allem Unglück — kein Bayer mißbilligt noch bereut habe“ [2]), so unbesehen unterschreiben. Der geistige und materielle Zustand des bayerischen Volkes war nicht derart, daß da von Volksmeinung und bayerischem Patriotismus anders, als in den allergröbsten und unentwickelten Formen die Rede sein kann.

So bleibt für die historische Beurteilung nur ein bestimmtes Resultat übrig: Das Friedenswerk, wie es da in Füssen zustande kam, hing in erster Linie von dem Willen und der Willkür der Diplomaten

1) ou Reflexions politiques arrivées après la mort de l'empereur Charles VII. S. 93.

2) Anemonen aus dem Tagebuch eines alten Pilgermanns II. 198.

ab. Weder der Zustand des Landes noch der des Volkes ist da von direktem Einfluß gewesen, sondern Seckendorffs diplomatische Überlegenheit, welche alle Umstände und Begebenheiten für die Verwirklichung seiner Idee geschickt zu verwerten verstand, ist die Urheberin dieses Friedens. Denn Seckendorff war es, der diesen Frieden in erster Linie nötig hatte, er war es, dem dieser Friede auch allein Nutzen brachte. An das bayerische Land und Volk dachte er so wenig, daß er kaum vier Wochen nach dem Friedensschlusse schon versicherte, in vier Wochen könne ein Corps von 4000 Mann zu Pferde und 8000 Mann zu Fuß ausrücken; im künftigen Jahre könne das Corps ohne Mühe auf 20 000 Mann vermehrt werden, denn der Fuß hierzu sei da, und es komme nur darauf an, das man das oeconomicum und militare besser einrichte. Dazu war das französische Hilfscorps auf 30 000 Mann angewachsen, eine Macht, mehr als hinreichend, die Österreicher über die Grenze hinüberzuschaffen und sie dort zu halten.

Schlossen sich denn diese Hilfsquellen jetzt so plötzlich auf? So fragt man erstaunt. Oder waren sie auch früher da, und verstand man sie nur nicht zu benutzen? Seckendorff selbst bestätigte das letztere. Er aber wollte diese Hilfsquellen nicht im Bunde mit Frankreich und Preußen erschöpft sehen, sondern allein für Österreich. Was das Land für einen Vorteil davon hatte, daß seine Truppen nun auf einer andern Seite ausrückten, ist auch nicht einzusehen.

Seckendorff hatte sein Ziel erreicht: die Gnade und das Wohlwollen des Wiener Hofes. So verknüpfte sich sein Name, allerdings nicht in rühmlicher Weise, mit dem Kulminationspunkte des zweiten schlesischen Krieges. Die Sprengung der Frankfurter Union war das Werk der österreichischen Diplomatie, und dieser leistete Seckendorff in Bayern Handlangerdienste.

V.

Willibald Alexis als vaterländischer Dichter und Patriot.

Von

Otto Tschirch.

Nichts pflegt schneller zu veralten, als Romane. Wenn der begabte Erzähler auf die Mitwelt gewaltig wirkt, indem er die innersten Gedanken und Geistesströmungen der Gegenwart zu künstlerischem Ausdruck bringt, und in inniger Fühlung mit den Lesern das Glück kosten mag, von der Welle der Volksgunst auf die Höhe getragen zu werden, so wird er doch bald genug von andern Autoren abgelöst, und sein Ruhmeskranz welkt nur zu rasch. Das hat schon zu Lebzeiten der vaterländische Dichter erfahren, dessen Andenken die folgenden Zeilen gewidmet sind. Er klagt in der Vorrede seines bekanntesten Werks über die Infamie des deutschen Publikums, das heute die Götzen seiner Laune in den Himmel hebe und sie morgen vom Piedestal stürze. Er verlangt, die öffentliche Meinung solle auch denen dankbar bleiben, die irgend einmal ihrem Zeitalter genügt hätten, und dürfe nicht hohnlachend über die alternden Poeten zur Tagesordnung übergehen. Die Bitterkeit dieser Worte an der Spitze des gelungensten Romans Härings (Die Hosen des Herrn von Bredow) erklärt sich hinlänglich aus den seltsamen Erfahrungen, die der Dichter mit der öffentlichen Meinung gemacht hatte. Nur einmal waren ihm vielstimmiger Beifall und allgemeine Volksgunst zuteil geworden, als er den Roman Walladmor unter Scotts Namen geschrieben hatte. Das Publikum hob ihn damals auf den Schild für ein Werk, das er selbst nur als das Augenblicksprodukt einer kecken Laune ansah. Als er dann nach langen Irr- und Lehrjahren seiner Muse den rechten Boden, auf dem er wurzeln und sich selbst zur Freude wachsen konnte, gefunden hatte, sah er sich einsam und von der Masse,

wie von den Kunstrichtern, die er schätzte, verlassen. Nur wenige Erfolge waren ihm dann noch gegönnt. Das trübe Schicksal des preußischen Vaterlandes nach 1848 kam hinzu, um ihm, dem tief und leidenschaftlich für die nationale Sache empfindenden, den Blick zu verdüstern und die Dichterschwingen zu lähmen. Er verfiel schließlich dem traurigsten, geistigen Marasmus, und als er 1871 starb, war er schon fast verschollen. Julian Schmidt[1]) hat sich damals das Verdienst erworben, durch eine feinsinnige Analyse seiner vaterländischen Romane ein tieferes Verständnis des Dichters anzubahnen, Theodor Fontane widmete seinem Vorgänger auf dem Gebiete der märkischen Poesie einen glänzend geschriebenen Essay[2]), und Gustav Freytags schöner, warm empfundener Nachruf[3]) zeigte, wie hoch der Dichter in der Schätzung unserer Besten stand. Aber obgleich seitdem das Interesse für die brandenburgisch-preußische Vergangenheit, den Stoff der Erzählungen Härings, durch die große Wendung der deutschen Geschicke mächtig gewachsen ist, so wird doch der Sänger, der diese Geschichte zuerst in packender Lebenswahrheit verkörpert hat, dem jungen Geschlecht allmählich immer fremder. Und doch vermag er sich trotz seiner in die Augen fallenden Schwächen neben den Stimmen, die seitdem mit großem Pathos Brandenburgs Vergangenheit verherrlichen, in allen Ehren zu behaupten. Das Beste, was die modernen Schilderer des märkischen Landes und die vaterländischen Dramatiker bieten, verdanken sie meist dem Vorgange des feinen Natur- und Menschenbeobachters, der schärfer als alle dem Weben der märkischen Landschaft gelauscht und tiefer den Werdegang der märkischen Volksseele beobachtet hat; vor seinen Nachfolgern hat Willibald Alexis besonders den Reichtum der Phantasie, die Weite des historischen Blickes, meist auch ernsteren Wahrheitssinn und männlichen Freimut voraus. —

Mit paradoxer Übertreibung hat man ihn im vergangenen Jahre als den größten märkischen Historiker gefeiert[4]). Aber wahr bleibt daran, daß die Entwicklungsgeschichte der märkischen Volksseele, wie sie aus seinen Romanen zu schöpfen ist, auch für den Kenner der Geschichte eine Fülle des Lehrreichen bietet. In der Erkenntnis, daß sein Name eine dauernde Bedeutung hat, haben eine stattliche Reihe unserer ersten

1) Julian Schmidt, Neue Bilder aus dem geistigen Leben unserer Zeit. 1873. III. 76—148. (Zuerst in Westermanns Monatsheften.)

2) Th. Fontane, Willibald Alexis. Salon. Bd. X, 420—30. 603—614. 752—768.

3) Gustav Freytag in den Grenzboten 1872; auch in den ges. Werken.

4) Rich. M. Meyer, W. Alexis. Voss. Zeitung 1898, Sonntagsbeilage Nr. 26 (26. Juni).

Dichter und Gelehrten am hundertsten Geburtstage Härings (29. Juni 1898) einen Aufruf erlassen, ihm ein Denkmal an seiner letzten Wohnstätte in Arnstadt zu setzen. Freilich hat Julian Schmidt schon 1872 mit Recht gesagt, wenn irgend ein Dichter ein märkisches Denkmal verdient hat, so ist es Willibald Alexis gewesen. Denn er zuerst hat uns gelehrt, „Freude an dieser besondern provinziellen Existenz zu haben", und so mag die Hoffnung nicht aufgegeben werden, daß auch auf dem Boden der Mark sich ihm ein schlichtes Monument erhebe. Der Weg dazu aber ist, einem Geschlechte, das ganz andere politische Ideale hat und zudem von historischen Romanen übersättigt ist, den Dichter märkischer Geschichte persönlich näher zu bringen. Aus diesem Grunde mag auch an dieser Stelle, die der Pflege brandenburgischer Geschichte gewidmet ist, ein urkundlicher Beitrag zur Geschichte des Lebens und der Werke Härings freundliche Aufnahme finden.

Dem Historiker mag die Frage Teilnahme erregen, wie Willibald Alexis, Tiecks Schüler, zum märkischen Dichter ward. Im engsten Zusammenhange hiermit steht die Frage nach dem politischen Entwicklungsgang Härings, der auf seine schriftstellerische Laufbahn den größten Einfluß geübt hat. Endlich dürfen einige Mitteilungen über die Arbeitsweise und die Quellenbenutzung des Dichters Interesse beanspruchen. Die folgende Studie ruht auf umfassender Benutzung der Werke des Autors und der gedruckten Litteratur. Zum ersten Male sind zum Zwecke der Charakteristik die eignen Lebenserinnerungen des Dichters, die zwar gedruckt, aber in alten Taschenbüchern zerstreut und eigentlich verschollen sind[1]), ausgiebiger benutzt worden. Auch die bisher unbekannten politischen Artikel Härings in der Vossischen Zeitung vom Jahre 1843 und 1849 sind herangezogen worden, und durch umfassende Beachtung der Werke, auch der ganz vergessenen, habe ich das litterarische Charakterbild abzurunden versucht. Der handschriftliche Nachlaß des Dichters galt bisher als verschollen; er ist in der That in seinem wichtigsten Teile achtlos vernichtet worden[2]). Den Rest beabsichtigt Dr. Max Ewert zu einer ausführlichen Lebensbeschreibung zu verarbeiten.

Wilhelm Häring, am 29. Juni 1798 in Breslau geboren, war ein Schlesier aus hugenottischem Stamme. In der lebensvollen Schilderung der Berliner französischen Kolonie im Cabanis ist das Familieninteresse eines Abkömmlings der Refugiés nicht zu verkennen. Aber es

1) Penelope für 1837, 39. 40. 44—46.

2) Häring hatte seine Tagebücher und zahlreiche Briefe an seinen Freund Hermann von Raumer (Friedrichs Sohn) geschickt, der später — alles verbrannt hat, wie mir Dr. M. Ewert mitteilt.

fällt fast schwer, in seinem Wesen Spuren der romanischen Abstammung zu entdecken. Mag man seine heitere Liebenswürdigkeit, seine anmutige Plaudergabe, die er freilich nur mit der Feder bewies, seine merkwürdige Neigung, zweideutige und innerlich unwahre Charaktere zu schildern, als Erbteile des französischen Blutes ansehen, in allem übrigen erscheint sein Charakter echt deutsch, und jedenfalls erfolgte auch seine Erziehung in rein deutscher Umgebung. Er wurde nicht, wie Chamisso, in einen schmerzlichen Konflikt gestellt, als der Kampf zwischen Frankreich und Deutschland ausbrach, sondern war mit ganzem Herzen in der neuen Heimat seiner Familie festgewachsen. Sein Vater, ein ernster Beamter, starb schon vier Jahre nach der Geburt des Sohnes, und so fiel seine Erziehung ganz seiner Mutter, einer gütigen, feingebildeten Frau zu. In Wilhelms frühe Kinderjahre fiel der Todeskampf der preußischen Monarchie. Er schildert uns in seinen Erinnerungen mit Lebhaftigkeit das Entsetzen, die Ratlosigkeit und die Erbitterung, die die Bevölkerung von Breslau nach dem Tage von Jena ergriff. Der frühreife Knabe lernte alle Schrecken einer Belagerung kennen, als die schlesische Hauptstadt von den Franzosen eingeschlossen und bombardiert wurde. Um den Gefahren des Bombardements in einem leicht gebauten Holzhause zu entgehen, suchten und fanden Mutter und Kinder eine Zuflucht hinter den dicken Mauern und den Kreuzgewölben des Nonnenklosters zur heiligen Katharina [1]). Sehr anschaulich malt der Dichter das Leben seiner Familie in einer kleinen Zelle inmitten des Konvents alternder Nonnen, die zwischen frommer Andacht und weltlicher Neugier schwankten, die romantischen Eindrücke des öden Kreuzgangs, der feuchten Gewölbe, der zugemauerten Nischen. An aufregenden Nachtscenen fehlte es nicht. Niemals schwand aus dem Gedächtnisse des Knaben die Purpurröte einer schauerlichen Nacht, wo das ganze Firmament in Flammen zu stehen schien, und der blutrote Schimmer bis in die tiefsten Klostergänge drang. Viertausend Holzstöße vor dem Ohlauer Thore, die die Belagerten den Feinden nicht überlassen wollten, loderten in jener Stunde in Flammen auf. Die strengen Regeln des Klosters wurden durch die gemeinsame Gefahr über den Haufen geworfen. Zuletzt brachte man die Betten sämtlicher Nonnen in das große Refektorium im Erdgeschoß, wo das gemeinsame Nachtlager für mehr als fünfzig geistliche und weltliche Frauen eingerichtet wurde, in deren Mitte der achtjährige Knabe verweilte. Nach dem Friedensschlusse zog die Mutter, die Schwester des

1) W. A., Das Nonnenkloster zur heiligen Katharina in Breslau während der Belagerung 1806. Penelope f. 1837. S. 316—50.

Buchdruckers und Musikalienhändlers Rellstab, nach Berlin, das nun die zweite Heimat Wilhelms wurde. Im alten Bürgerhause der Familie Rellstab in der Jägerstraße, im Sommer in einem Gartenhause am Rande des damals von der Kultur noch nicht berührten Tiergartens wuchs der Knabe mit seinem Vetter L. Rellstab gemeinsam auf und besuchte wie dieser das Friedrichswerdersche Gymnasium. Er blieb infolge der vorwiegend weiblichen Erziehung lange frauenhaft zart, ein stiller, musterhaft fleißiger Knabe[1]).

Tief empfand er die Schande der Knechtschaft, die in den Jahren seiner Entwicklung auf Preußen lastete. Als werdender Mann erlebte er die Erhebung des Vaterlandes gegen Napoleon. 1813 beklagte er es, noch nicht in den Freiheitskampf ziehen zu dürfen. Als aber 1815 der Korse von Elba wiederkehrte und man in Preußen wiederum Freiwillige zum Kampfe aufrief, da litt es den Jüngling nicht in der Schulstube. Wer konnte, der sollte und mußte mit, darüber war keine Frage in der Prima der Berliner Gymnasien. Es war schon ein wonniges Gefühl, halb in militärischer Kleidung, mit rotgestreiften Beinkleidern oder gar mit der grünen, wohlkleidenden Jägeruniform in die Klasse zu gehen. Das zornige Wort Blüchers, daß die Federfuchser mit ihrem Geschmier das Werk des Schwertes verderben wollten, hallte in den begeisterten Seelen der Jugend fort. Die guten Jungen schwelgten in Fouqués reckenhaften Nordlandssagen und in seinem gründlichen Neufranzosenhaß. Die Ideen des Turnertums waren mächtig unter ihnen, Jahns deutsches Volkstum war ihr Losungswort; ihre Stimmung war ernst, religiös, christlich, romantisch. Der junge Krieger packte in sein Tornister eine Handausgabe der Nibelungen und ließ sich auf dem mühseligen Marsche von seinem belletristisch reiferen Nebenmanne in Schlegel-Tieckscher Romantik unterrichten. Das harte, anstrengende Marschieren und das Zusammenleben mit der bunt zusammengewürfelten Soldateska rief die jungen Idealisten bald auf die Erde zurück. Die Gebildeten aus der Kompanie versammelten sich unter ihrem Leutnant im Freien unter alten Bäumen, sangen vaterländische Lieder, deklamierten deutsche Klassiker, schwuren beim Scheine des Mondes mit gezückten Hirschfängern einander deutsche Treue und stifteten unter Bruderküssen einen Hermannsbund. Unklugerweise übertrug der Offizier seine Vorliebe für den Bund in den Dienst und bevorzugte die Genossen sichtlich, so daß es eine große Meuterei gab und der Bund aufgelöst wurde. Aber mußten derartige Auswüchse jugendlicher Begeisterung auch beschnitten werden, die vater-

1) Rellstab, Aus meinem Leben. Berlin 1861. 1. Bd.

ländische Gesinnung des Jünglings bewährte sich auch im Ernste militärischer Anstrengungen. Der zukünftige Meister des historischen Romans suchte überall die getürmten Mauern, die ehrwürdigen Giebelhäuser, die altertümlichen Dome auf. Selbst der Brandenburger Roland setzte ihn in helles Entzücken und pflanzte vielleicht den poetischen Keim zu einem seiner Hauptwerke in das junge Dichtergemüt. Freilich zu dem großen Kriegsdrama von Waterloo kam das Regiment Kolberg, dem Häring angehörte, zu spät. Vor Köln ereilte es die Siegesnachricht, und am 29. Juni, an seinem siebzehnten Geburtstage, stand der Jüngling auf dem Schlachtfelde von Belle-Alliance, beklagend, zehn Tage zu spät zu kommen[1]). Dann folgten mühselige Tage des Festungskrieges; vor Landrecy, vor Philippeville, vor Givet in den Ardennen lernte der junge Krieger das Lagerleben mit seinen Leiden und Freuden kennen. Am 4. Dezember wurde er auf dem Kasernenhofe zu Sedan in die Heimat entlassen. Unendliche Anstrengungen und schroffe Behandlung hatten das Kriegsfeuer der Freiwilligen so abgekühlt, daß Häring und drei Genossen den Entschluß faßten und trotz aller Schwierigkeiten durchführten, sich von den heimmarschierenden Jägern zu trennen und auf eigene Kosten zurückzukehren[2]). Er mußte nun wieder die Waffen mit den Büchern vertauschen und bestand etwa nach Jahresfrist Ostern 1817 das Abiturientenexamen, um sich alsdann dem Rechtsstudium in Berlin und Breslau zu widmen. Dann wurde er Kammergerichtsreferendar, aber bald zeigte sich, daß der phantasiereiche Geist des Jünglings nicht durch den juristischen Beruf gefesselt wurde. Er ging ganz in dem stark pulsierenden litterarischen Leben Berlins auf und wandte sich für immer der schriftstellerischen Thätigkeit zu. Für juristische und insbesondere kriminalistische Fragen hat er freilich immer das lebhafteste Interesse bewahrt. So gab er später mit J. E. Hitzig den „neuen Pitaval" heraus, worin er die merkwürdigsten Verbrechen der neuern Zeit psychologisch ergründete[3]).

Die litterarische Periode, in der der junge Dichter in die Öffentlichkeit trat, war die des Stilllebens nach den Befreiungskriegen, voll geistiger Anregung und freier Geselligkeit, voll Kunstliebe und Kunstverständnis. Aber es zeigte sich, daß auch unsere größten Dichter keinen nationalen Stil ausgebildet hatten. Es war, wie Goethe sagt, die

1) W. A., Blätter aus meinen Erinnerungen. Mein Marsch nach Frankreich. Penelope f. 1844—1845 S. 107—11.

2) W. Alexis, Blätter aus meinen Erinnerungen. Leben im Lager und vor den Festungen. Penelope f. 1845 S. 92—181, Mein Ardennenleben. Penelope f. 1846 S. 1—71.

3) Hitzig lieferte für das Sammelwerk nur das meiste Material, so daß die Ausarbeitung Häring allein zufiel.

Epoche der forcierten Talente, die sich ohne strenges Stilgefühl in gewaltsamen und willkürlichen Experimenten versuchten, gefährlich für weiblich anempfindende Seelen wie Häring, dessen Geburtsfehler nach seiner eignen Meinung war, sich leicht imponieren zu lassen[1]). Zwar die großen Sterne leuchteten auch für ihn. Dreimal ist er nach Weimar gepilgert, der heiligen Stadt der Litteratur, um dem Genius seine Anbetung zu weihen[2]). Aber die Bewunderung des universellen Genius, der längst aufgehört hatte, auf die zeitgenössische Litteratur direkt zu wirken, vermochte dem jungen Dichter keine bestimmte Richtung zu geben, wenn er auch seine edle, fein gebildete Sprache nach dem großen Muster geschult hatte. Ebensowenig der Einfluß Jean Pauls, dem er sein unbedeutendes Erstlingswerk, das komische Epos „Die Treibjagd", widmen wollte und wirklich zusandte, während er später die Schwärmerei der Berliner Damen für den sentimentalen Manieristen in „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" ergötzlich verspottet hat. Schon deutlicher läßt sich die Einwirkung Tiecks verfolgen, dessen Zauberblick aus dunkel feuchten Augen, dessen magisch fesselnde Unterhaltung ihm unvergeßlich war und dessen Märchen mit ihrer Mischung von süßer Schwärmerei und starrem Grausen ihm Vorbilder waren. Aber in viel höherem Grade zeigen seine ersten Werke den gefährlichen Einfluß der falschen Romantik, wie sie in der Schicksalstragödie und in den Capriccios Callot-Hoffmanns hervortritt.

Sein erster knabenhafter Bühnenversuch, den er als Quartaner wagte, war ein wildes Ritterstück, vom edlen Böhmenherzog Othelrich, gewesen, das er und sein Vetter Rellstab, in dessen Hause er wohnte, mit selbstgepappten Rüstungen aufführte. Seinen späteren Ritterstücken, wie dem nie gedruckten Konradin und Astolf, hauchte er einen fatalistischen Geist ein; er suchte darin den grausenhaften Erbfluch nach dem Rezepte Müllners darzustellen[3]). Ein wohlwollender Wink Tiecks machte ihn dann darauf aufmerksam, daß sein Talent mehr zum Epischen als zum Dramatischen zu neigen scheine, und so wandte er sich nunmehr der Novelle zu. Hierbei war ihm zunächst das barocke Genie Hoffmanns eine irreführende Leuchte. Dieser zwiespältige Geist, der den Tag über Delinquenten verhörte, die Nacht aber bei Lutter und Wegner mit ausgelassenen Freunden zechte und hier die Inspiration zu seinen phantastischen Gespenstergeschichten gewann, die die nüchterne Wirklichkeit und

1) Penelope f. 1839 S. 334.
2) W. A., Dreimal in Weimar. Penelope f. 1839 S. 324—43.
3) W. A., Einige Theatererinnerungen. Penelope f. 1842 S. 1ff., 42—4

grausigen Gespensterspuk unvermittelt nebeneinander stellte, übte auf Häring einen tiefgehenden Einfluß aus. Seine ersten Novellen, die schon eine hohe geistige Bildung und Gewandtheit der Darstellung verraten, bevorzugen vielfach das Wunderbare und Märchenhafte. So die besonders liebevoll behandelte Novelle „Venus in Rom", die uns die Herrlichkeit der italienischen Renaissance farbenprächtig schildert und von einem deutschen Ritter erzählt, der einem Liebeszauber erliegt, indem ein Nekromant dem Schlafenden das Schattenbild einer Römerin in einem Zauberspiegel zeigt und so seine Seele an sie festschmiedet [1]). Auch in seinen Balladen, in denen Willibald Alexis alten englischen Mustern nacheifert [2]), waltet das Übersinnliche und Düsterdämonische vor. Zwei von ihnen, „Walpurgisnacht" und „Der späte Gast", sind bekanntlich von Löwe mit gewaltiger dramatischer Kraft in Musik gesetzt worden.

Verfolgte Alexis in diesen Erstlingswerken noch ganz und gar die Irrgänge der Romantik, so wandte sich sein reiches Talent bald nach einer anderen Richtung, angeregt durch den Weltruhm Walter Scotts. Das Gestirn des großen schottischen Dichters stand damals auf der Höhe. Es bleibt sein weltgeschichtliches Verdienst, nicht seine Landsleute allein, sondern alle Nationen auf die poetischen Schätze aufmerksam gemacht zu haben, die in ihrer Geschichte schlummern, und indem er durch seine lebensvollen Gemälde die Thaten der Vorfahren ins Gedächtnis rief, das Bewußtsein des nationalen Volkstums allenthalben erweckt zu haben [3]). Auch Scott war ein Romantiker, dem Abenteuerlichen nicht abhold. Aber der englische Wirklichkeitssinn, die Naturbeobachtung des Landmanns und Sportsmanns bewahrt ihn davor, das Gespenstige der Schmuggler, Räuber, Zigeuner und Astrologen in seinen Erzählungen überwuchern zu lassen, und so schildert er vor allem derbes, wirkliches Volk, das er mit großer Menschenkenntis der Natur ablauschte und im Zusammenhange der historischen Vergangenheit darstellte. Der ungeheure Erfolg seiner Romane machte auch auf den jungen Berliner Romantiker Eindruck. Was dieses Vorbild im Ernste für ihn bedeuten sollte, davon hatte Willibald Alexis freilich noch keine Ahnung. Daß es seine Lebens-

1) Taschenbuch f. Damen 1828, auch im dritten Bande der gesammelten Novellen. Berlin 1830—31.

2) Balladen. Berlin 1836. Vgl. dazu Härings Aufsatz über Balladenpoesie im Hermes. St. 31, S. 1—114.

3) So brachte Walter Scotts „Ivanhoe" Augustin Thierry auf den Gedanken, hinter den Thaten Chlodwigs, Karls des Großen und Hugo Capets den Rassenkampf zwischen Normannen und Sachsen zu suchen. Brandes, Die Hauptströmungen der Litteratur des 19. Jhs. IV, 194.

aufgabe sein werde, mit dem Schotten in der dichterischen Verherrlichung der heimischen Vergangenheit zu wetteifern, lag dem umhertastenden Litteraten noch ganz fern. Häring liebte Scott, den alle bewunderten, aber nicht pietätvoll wie etwa Goethe und Tieck. Er war nicht blind für seine Schwächen, und seinem kecken Jugendübermut erschien es gar nicht schwer, ein Scottsches Werk zu schreiben, ohne Scott zu sein. Gälte es doch nur Stoffe, Farben, Effekte geschickt zu mischen, um es dem Vorbilde gleich zu thun. Als der Dichter im Jahre 1823 in Breslau einen Bekannten traf, dem eines Duells wegen ein sechsmonatlicher Festungsarrest in Glatz bevorstand und der sich deshalb mit Scottschen Romanen zur Lektüre versah, sagte er, er wisse, mit welchen Gestalten er die öden Räume des Gefängnisses bevölkern würde, wenn ihn ein solches Los träfe. Die Antwort eines befreundeten Barons: „Das können Sie ja, ohne in Glatz zu sitzen", rief in ihm den Entschluß hervor einen Walter Scottschen Roman zu schreiben, nicht um sich einen Namen zu machen, sondern lediglich um einer tollen Laune des Übermuts nachzugehn, die litterarische Welt zu foppen und zugleich „den großen Unbekannten", wie man den längst erratenen Verfasser der Waverley-Romane nannte, in seinen Schwächen zu parodieren[1]).

Ein junger Deutscher, der nach England reist, um zu einem britischen Roman in neuer Manier Stoff aufzufinden, leidet Schiffbruch an der Küste von Wales, rettet sich auf einer Tonne ans Land, gerät in die kompromittierende Gesellschaft von Schmugglern und Verbrechern, wird unter tausend Abenteuern und Gefahren als sehr verdächtiger Gefangener nach dem am Meere gelegenen Schlosse Walladmor gebracht, wo er bald die Freiheit, die Gunst des ritterlichen Schloßherrn und schließlich, als echter Sohn des Grafen erkannt, die Hand seiner schönen Nichte gewinnt. Diese ganze Erzählung mit ihren romantischen Naturscenen, wilden Nachtstücken und halsbrecherischen Abenteuern löst sich schließlich als ein parodistischer Scherz auf. Der Held der Erzählung, der, wie gesagt, Gestalten für einen Roman sammeln will, findet überall einen Unbekannten, der ihn stört, ungebeten lauscht und sich alle Ereignisse gleichfalls in seinem Tagebuche notiert. Schließlich kommt es zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen beiden, in der sich der Unbekannte als Walter Scott zu erkennen giebt und seinem Gegner den schon skizzierten Romanplan eskamotiert, indem er ihm dafür zur Entschädigung die Hand der holden Ginievra verschafft. Der Roman ist höchst lebendig geschrieben, offenbar mit jugendlicher Schaffenskraft

1) W. A., Drei Blätter aus meinen Erinnerungen. 1. Walladmor. Penelope f. 1839, S. 303—24, bes. S. 305.

atemlos hingeworfen. Was aber zuerst nur ein Spiel neckender Laune ist, wird im Verlaufe der Arbeit Ernst. Der Verfasser wird warm, begeistert sich für seine Figuren und macht durch packende Naturwahrheit und Anschaulichkeit auch das Unwahrscheinliche glaublich[1]). Alle Welt meinte im ersten Bande einen echten Scott vor sich zu haben; nur wenige Kritiker zweifelten sogleich, bis der dritte Band das Problem löste. Der persiflierte Schotte selbst kritisierte das Werk mit wohlwollendem Humor und erklärte den Walladmor für „den kühnsten Verirstreich unserer Zeiten". Das Buch wurde in das Englische, Französische, Schwedische, Holländische, Polnische u. s. w. übersetzt; die deutschen Gymnasiasten citierten Verse aus dem Walladmor, der deutsche Verfasser, der bei aller Neigung für kecke Persiflage doch ernste Strebsamkeit besaß, beobachtete diesen überraschenden Erfolg seines Jugendstreichs mit Befremden. Ihm war das Werk, wie er schreibt, nichts als eine Seifenblase gewesen, die er in übermütiger Laune von sich wegblies, und nun wurde es auf einmal ein Luftballon, der ihn selbst in die Höhe hob[2]).

Häring besaß seitdem Ruf und Ansehen in dem Kreise der Berliner Litteraten, die sich ein Jahr später auf Hitzigs Anregung zu der vielgenannten Mittwochsgesellschaft vereinigten[3]). Nach dem Gedanken des Stifters sollten hier neue Gedichte und Aufsätze ausschließlich von Nichtmitgliedern vorgetragen und bei einem einfachen Mahle vertraulich be-

1) Die Kreidefelsen von Stubbenkammer, in deren Nähe Häring den Roman schrieb, mußten als Vorbild der Walliser Scenerie dienen. Penelope f. 1839, S. 311.

2) Penelope f. 1839, S. 304.

3) Diese Mittwochsgesellschaft ist nicht zu verwechseln mit den beiden in Berlin früher bestehenden, deren eine die namhaftesten Männer der Aufklärungsperiode von 1783—1800 vereinigte, deren andere sich später um Henriette Herz sammelte. Vgl. Stölzes Aufsatz Forschungen II 201. — Über die 1824 gestiftete Mittwochsgesellschaft, die später regelmäßig Montags tagte, ist wenig gedruckt überliefert, da die Mitglieder statutenmäßig verpflichtet waren, nichts über den Verein in die Öffentlichkeit zu senden. Doch ist uns in dem ersten Liederbüchlein der Gesellschaft 1827 das Mitgliederverzeichnis und das Statut erhalten. (Exemplar in der Göritz-Lübeckstiftung.) Wertvolle Nachrichten über die Entwicklung der Mittwochsgesellschaft bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1856 giebt F. W. Gubitz in seinen Erlebnissen (3. Bd. Berlin 1869, S. 134—150 und weiterhin), der als letzter Vorsteher im Besitze des vollständigen schriftlichen Nachlasses der Gesellschaft sich befand. Dieser Nachlaß scheint verschollen zu sein, obwohl er noch nach Gubitz' Tode 1870 in R. Zeunes Katalog, Das berühmte Berlin in Porträts, Nr. 1285, zum Kauf ausgeboten worden ist. Vgl. übrigens auch Geiger, Berlin 1688—1840. II., 387. 448.

sprochen werden. Eine große Anzahl begabter und bedeutender Männer gehörten der Gesellschaft an, wie Chamisso, Fouqué, Gubitz, Hitzig, v. Holtei, Raupach, Simrock, v. Stägemann, Varnhagen v. Ense, von auswärtigen Eichendorff, Immermann, Houwald, Wilh. Müller.

Häring war einer der Sekretäre, die das Protokoll zu führen und den Lesestoff herbeizuschaffen hatten. Die Geburtstage der großen Dichter Shakespeare, Goethe, Schiller, Jean Paul wurden meist gefeiert, am höchsten begangen der Goethes, zu dessen Ehren auch wohl ein Liederbüchlein erschien und der der Gesellschaft seine Teilnahme brieflich erwies[1]). Auch Fremde, deutsche Schriftsteller wie Schlegel, Matthisson, Hauff u. a., ja Engländer und Franzosen erschienen im Verein als Gäste. Ein erster Riß kam in die Mittwochsgesellschaft, die später den Namen „Gesellschaft für in- und ausländische Litteratur" annahm, als ein Teil der Mitglieder, Berliner Bühnendichter, unter ihnen Häring, in litterarischen Hader mit dem witzigen, aber bestechlichen und gesinnungslosen Saphir geriet und diese Fehde in den Verein tragen wollte. Zwar wurde die Spaltung nach Jahresfrist ausgeglichen, aber der Verein kam nicht wieder zur alten Blüte und welkte langsam dahin[2]), wozu der große Riß, der seit 1830 durch die politische und die litterarische Welt ging, das seinige beitrug. In jener ersten Blüteperiode aber war Häring eines der regsamsten Mitglieder, das durch seine persönliche Liebenswürdigkeit der Sache viele Freunde gewann. Mit vielen jungen Schriftstellern stand er in herzlichen Beziehungen, was ihm als Redakteur des Berliner Konversationsblattes, das er seit 1827 redigierte und 1830 mit dem Freimütigen verschmolz, sehr zu statten kam. In einem anziehenden Aufsatze schildert uns W. Alexis diese Beziehungen zu dem liebenswürdigen Sänger der Griechenlieder, Wilhelm Müller, zu dem früh vollendeten Wilhelm Hauff, einem vielversprechenden Talent des historischen Romans, dem reichbegabten Wilhelm v. Normann, den Berliner Kritikern Wilhelm Neumann, Wilhelm Albrecht und andern und setzt seinen Jugendgenossen ein schönes Denkmal[3]).

Unter so mannigfachen Eindrücken, die durch Reisen vermehrt wurden, blieb Häring merkwürdig lange über die Richtung seines Talents im Unklaren. Durch den überraschenden Erfolg seines Walladmor geblendet, glaubte er wirklich eine Zeit lang, seine litterarische Aufgabe sei, die Manier nachzuahmen, die er keck parodiert hatte. Mit allem Ernste

1) Gubitz, Erlebnisse III, 140.
2) A. v. Sternberg, Erinnerungsblätter. Berlin 1855. I, 101.
3) Penelope f. 1839 S. 343—371. W. A., Meine Zeitgenossen.

vertiefte er sich in die englische Geschichte des 17. Jahrhunderts, und unternahm es 1827 in seinem „Schloß Avalon" ein farbenreiches Zeitgemälde aus der Periode der Vertreibung der Stuarts vom englischen Boden 1688 zu entwerfen, nicht ohne bedeutungsvolle politische Seitenblicke auf Frankreich, wo die älteren Bourbonen in ähnlicher Blindheit der Julirevolution entgegentrieben[1]). Das Zeitkolorit jener Periode der englischen Glaubenskämpfe zu zeichnen, gelang ihm überraschend gut, wenn er auch die englischen Sekten bisweilen arg karikiert, aber die Charakteristik der Hauptheldeu hatte nichts Überzeugendes, und so gewann das Werk nur einen matten Achtungserfolg. Erst in seinen späteren märkischen Romanen wurde Willibald Alexis aus einem unfreien Nachahmer ein selbständiger Nachschöpfer Scottscher Dichtungsart. In jenen Tagen tastete er noch nach den verschiedensten Seiten. Er schrieb Novellen in der Manier Hoffmanns und Tiecks, er versuchte sich auf der Bühne in Lustspielen, Melodramen und derben Schwänken, er lieferte ästhetische Recensionen für seine Zeitschriften und die Brockhausschen Blätter. Er beschrieb seine Reisen, die er nach Frankreich, Skandinavien, Wien, Süddeutschland und Oberitalien unternahm, und gewann auf diesem Wege reiche Menschenkenntnis, scharfen Blick für die Natur der Landschaft und politische Erfahrungen. Sein fast weiblich empfänglicher Sinn zeigt noch lange in seinen Werken die wechselnden geistigen Eindrücke seiner Umgebung. Sein Schaffen hat noch etwas spielendes. Die romantische Wertschätzung der überlegenen Ironie des Poeten beherrschte ihn ganz. Nichts bezeichnender für ihn, als eine Stelle in einem seiner Jugendbriefe (vom 9. August 1820): „Mein Grundsatz ist, daß man auch das Heiligste bespötteln kann, wenn man selbst innig von demselben durchdrungen ist, und daß jedes Ding, vor allem die Poesie, zwei Seiten, die tragische und die komische, haben müsse, welche beide Seiten schroff zu sondern ich für höchst unrecht halte[2])." Ein damaliger Freund, der Musiker Marx, sagt von ihm, es sei ihm mit keiner Stimmung seiner Figuren Ernst gewesen[3]). Als sein Prinz von Pisa, ein shakespearisierendes Lustspiel, aufgeführt wurde, blieb er unverstanden, weil man nicht wußte, ob er als Satire oder ernsthaft gemeint war. So mißverstand man auch seine Novelle: „Kollaborator Liborius oder der Braune", und hielt sie für eine Nachahmung der Hoffmannschen Geistergeschichten. Und doch war

1) Penelope f. 1839 S. 322.

2) G. Weißstein, Zur Erinnerung an Will. Alexis. Nationalzeitung 1898, Nr. 384 u. 388, S. 29. 6 u. 1. 7.

3) Marx, Erinnerungen aus meinem Leben. 1865

es ein höchst drolliger, satirischer Scherz, durch den sich Alexis von dem gefährlichen Einflusse seines Meisters zu befreien suchte. Hoffmann muß darin als Geist umgehen, wegen des Mißbrauches, den er mit der Geisterwelt getrieben hat. Walladmor trägt ja, wie oben gezeigt, die gleichen Züge.

Unzweifelhaft ist diese Ironie der Todfeind jeder gesunden Poesie, und nur indem sie Alexis allmählich verabschiedete, erhob er sich zu echten Dichterschöpfungen. Weit ist, wie es scheint, der Weg von dieser romantisch-ironischen Richtung zu seinem ersten vaterländischen Roman Cabanis, der das alte fridericianische Preußen in packender Naturwahrheit schildert. Freilich das Vaterländische hatte, wie wir sahen, schon früh auf des Dichters Leben gewirkt. Auch preußische Stoffe hatte er schon bearbeitet. Seine Feldzugserinnerungen von 1815 verwebte er mit einer düstern Verbrechergeschichte Iblon, in den Geächteten verarbeitete er den Schillschen Zug, den er herb verurteilt, in eigentümlicher Weise, indem er einen Teilnehmer des Abenteuers verzweifelnd auf eine abgelegene Insel der Ostsee flüchten und dort den Tag der Befreiung verträumen läßt. In der Schlacht von Torgau, einer seiner frühesten Novellen, liegt uns eine interessante Studie zum Cabanis (1832) vor, dessen Plan schon früh entworfen war. Sie ist bei allen Jugendschwächen ein kühner Griff ins fridericianische Leben. Hier findet sich dicht neben Traumromantik derb realistischer Humor. Eine romantische Engelserscheinung, die ein träumerischer Kandidat der Theologie im Walde bei Torgau erblickt, erweist sich als eine verkappte Agentin preußischer Werber, und so muß der unkriegerische Theologe wider Willen an dem wilden Kampfe der rohen Soldateska teilnehmen. Eine Scene, wo sich im Dunkel der Nacht Freund und Feind, Preußen, Österreicher, Franzosen um zwei alte Eichen sammeln, um ausgelassen zu zechen, bis die Trompeten zu neuer Blutarbeit rufen, ist besonders wirksam.

Aber das unreife Produkt steht weit ab von der Meisterschaft, mit der im Cabanis das Zeitkolorit der fridericianischen Epoche und der Monarch selbst geschildert ist. Der Gegenstand des Romans führt uns nach Preußen und Sachsen in der Zeit des siebenjährigen Krieges. Der Held des Stückes wächst in einer Familie der französischen Kolonie von Berlin um 1740 auf. Seine Mutter ist gegen die Sitte der exklusiven Refugiés an einen schlichten Berliner Bürger verheiratet, den Inspektor Bohm, der als ein ehrenfester, aber starrer Haustyrann aus der Schule Friedrich Wilhelms I. seine Kinder mit Schrecken und Prügeln erzieht. Der Knabe, von einem italienischen Sprachlehrer für Maria Theresia begeistert, entläuft aus Furcht vor Strafe aus dem väterlichen Hause,

um Dienste im österreichischen Heere zu nehmen. Der Marquis von Cabanis, ein vornehmer Sonderling, der schon bisher für ihn gesorgt hat und sich zuletzt als sein Vater entpuppt, läßt ihn in einer österreichischen Militärakademie erziehen, und so kämpft er unter der Kaiserin gegen Friedrich, fühlt aber bald sein preußisches Vaterlandsgefühl unwiderstehlich erwachen. Vergeblich fordert er wiederholt seine Entlassung; endlich, als er vernimmt, daß des großen Königs Leben durch Verrat bedroht ist, desertiert er aus dem österreichischen Heere, um den Helden des Jahrhunderts zu retten. Anfangs vom vergötterten Könige mit Gleichgiltigkeit und Mißtrauen angesehen, gelingt es ihm schließlich, durch ausharrende Treue des großen Friedrichs Gunst zu gewinnen und die Hand der geliebten Komtesse Eugenie zu erringen, die er nicht eher sein nennen wollte, bis er die Anerkennung seines Königs gefunden hatte.

Die Fabel des Romans verläuft schließlich gar sehr ins Breite. Die bizarre, gespenstige Gestalt des Marquis von Cabanis stammt offenbar aus der Schule Callot-Hoffmanns, und die Gespräche der sächsischen Komtesse und ihrer intriguanten Gesellschafterin erinnern allzusehr an den berühmten Berliner ästhetischen Thee, den Ludwig Robert so glücklich gegeißelt hat [1]). Aber daneben trägt das Werk das Gepräge echter Kunst. Die Jugendgeschichte des Helden, von ihm selbst erzählt, führt uns die Zustände der französischen Kolonie in Berlin mit einer packenden Lebendigkeit, mit so schalkhaftem Humor und so inniger Gemütswärme vor, daß das Buch noch heute wirkt wie am ersten Tage. Man möchte glauben, dem Dichter hätten handschriftliche Denkwürdigkeiten aus der Kolonie vorgelegen, wenn dies irgendwie bezeugt wäre und der reichen Einbildungskraft Härings nicht die Fähigkeit zuzutrauen wäre, das Erzählte aus dürftigen mündlichen Überlieferungen zu schöpfen [2]). Mit genialer Anschauungskraft ist die ganze Lebensatmosphäre der Berliner Welt um 1740 dargestellt. Besonders glücklich ist die Charakterentwicklung des ungeratenen Sohnes Gottlieb gezeichnet, der zur letzten Kur unter die Soldaten gesteckt, der ärgsten Verwilderung verfällt, aber sein wildes Leben durch einen tapfern Soldatentod sühnt. Ein realistisches Genrebild anmutigster Art ist die Scene, da der von den Feinden verfolgte Held über die Dächer weg in ein Schlafzimmer

1) Promenaden eines Berliners, in Roberts Gedichten. Mannheim 1838. II, 139 ff.

2) Nach freundlicher Ermittelung des Herrn Dr. W. Erman, Direktors der Universitätsbibliothek, giebt es in der Familie Erman keine Familiengeschichte aus jener Zeit, und die von Alexis geschilderten Schicksale des Kandidaten Meran (= Erman) sind freie Erfindung des Dichters.

dringt und dort seine Jugendgeliebte auf dem Kanapee aufrecht eingeschlafen findet, wo sie in vollem Putz und bereits beendeter Frisur ihren Hochzeitsmorgen erwartet. Im Hintergrunde der Geschichte aber steht die monumentale Gestalt des alten Fritz, begeistert verehrt von seinen Preußen, aber einsam und bitter, streng, kalt und selbstherrlich, von dem Dichter mit scheuer Bewunderung gezeichnet.

W. Alexis giebt uns selbst in einem seiner späteren Romane (Ruhe ist die erste Bürgerpflicht) ein Bild seiner politischen Entwicklung, wie er allmählich, in seinen politischen Anschauungen sich befreiend, zu einer tieferen Würdigung Friedrichs des Großen vordrang. Walter von Asten sitzt sinnend auf der Terrasse von Sanssouci, von sorgenvollen Gedanken um das Schicksal der preußischen Monarchie erfüllt. Da glaubt er plötzlich in seiner Nähe den alten Fritz sitzen zu sehen, erkennt aber in ihm schließlich einen alten Veteranen aus Friedrichs Epoche, Major Rittgarten, der die alte Zeit und den großen König gegen die pietätlose Jugend verteitigt. Walter von Asten ist wie Willibald Alexis Romantiker. Das Licht, das aus Friedrich leuchtet, ist ihm ein kalter Schein. Der greise Einsiedler ohne Liebe und Vertrauen, der französisch dachte und sprach, vermag sein Herz nicht zu erwärmen. Aber der alte Major zeigt ihm, wie der preußische König auch Deutschland Respekt verschafft hat, wie sein Auge als heller Stern den Armen und Unterdrückten leuchtete, seine milde Toleranz unvergeßlich bleibt und das Andenken seiner Größe den Nachkommen Mut giebt, eine Welt von Feinden zu bestehen. Offenbar schildert W. Alexis hier, wie er selbst vor dem alten schroffen Preußentum allmählich Respekt gewonnen und in Liebe sich ihm gebeugt hat.

Diese litterarische Verherrlichung des friedericianischen Preußentums war in der deutschen schönen Litteratur ein lange nicht gehörter Ton und stand zu den politischen Idealen jener ersten Jahre nach der Julirevolution im schärfsten Gegensatze. So erhält denn der Roman Cabanis seine tiefste Bedeutung erst vom nationalen Standpunkte aus betrachtet. In einer Zeit, in der die Geschichtsschreibung das Wesen Friedrichs des Großen erst ins Auge zu fassen begann, stellte ein Dichter diese Gestalt so gewaltig hin, daß sie wie unmittelbares Leben wirkte. Zwar ist das Charakterbild keineswegs von blinder Bewunderung eingegeben oder geschmeichelt. Wie W Alexis überhaupt viel eher die Neigung hat, die Fürsten mit all ihren Schwächen zu schildern und mit Vorliebe die sittlichen Gefahren des Herrscherberufes ausmalt, so hat er auch bei Friedrich dem Großen die Schattenseiten seiner einsamen Größe stark hervorgehoben. Aber eine Zeit, die wenig Sinn für Preußens stolzen Beruf hatte, die

Heines Witzeleien und Schmähungen gegen das „steife, heuchlerische und scheinheilige Preußen" beifällig las und das Schicksal des Vaterlandes allein von der Einflutung der französischen Freiheitsideen erwartete, berührte schon die preußische Tonart des Buches, der herbe Preußenstolz der geschilderten Helden fremdartig und neu. So wirkte das Werk wie eine politische That und bearbeitete den Boden für Preußens Zukunft in Deutschland.

Auch sonst machte der Dichter aus seinen gemäßigt liberalen, aber streng monarchischen und nationalen Gesinnungen kein Hehl. Als Börne seine Pariser Briefe schrieb und in einem französischen Blatte gestand: „Ich bin so viel Franzose als Deutscher und Gott sei Dank niemals ein Tölpel des Patriotismus gewesen", trat er mutig gegen ihn in die Schranken und lieh seinem Freunde, dem Berliner Schriftsteller Wilhelm Neumann, seinen Namen zu einem scharfen Artikel voll ehrlicher Entrüstung in Brockhaus' Blättern für litterarische Unterhaltung[1]). Börne antwortete darauf mit einem trotz alles starken Pfeffers recht geschmacklosen „Häringssalat", der mit einem Alphabet der plumpsten Schimpfwörter endigt und in dem er Alexis die feige Absicht unterschiebt, durch seinen Angriff auf ihn, dem er einst befreundet gewesen, sich vor der preußischen Polizei wegen des Verdachts demokratischer Gesinnung zu reinigen[2]). — Als Häring 1833 eine Reise nach Süddeutschland unternahm, beobachtete er das dortige laute politische Leben mit besonnener Kritik und dem richtigen durch das Leben in einem Großstaat geschulten politischen Augenmaß. Er verspottet die franzosenfreundlichen Rheinbayern, die sich in ihrer politischen Aufklärung hoch erhaben über die preußische Stupidität dünken. Auch die dröhnenden Kammerreden der badischen Volksvertreter, die da meinen, Europa lausche auf ihre Debatten, wecken seine Ironie; sehr fein bezeichnet er den kosmopolitischen französierenden Neuliberalismus Württembergs als ein fremdes Element im schwäbischen Charakter, der doch echt deutschen eingeborenen Freiheitssinn genug besäße[3]). Mit dem Weinsberger Magus Justinus Kerner weiß er sich darin ganz einig, daß sie die Politik nicht berühren, denn auch jenem erscheint Württemberg zu klein, um von da

1 Nur durch diese von mir gewagte Annahme ist der Widerspruch zu erklären, daß die betreffenden Artikel mit W. Alexis unterzeichnet sind, der Dichter selbst aber in seinen Erinnerungen (Penelope f. 1839 S. 366) ihre Autorschaft ablehnt und sie Neumann zuschiebt.

2 Börne, Briefe aus Paris 1831—32. 4. Teil. Paris 1833. S. 223—304.

3 Schattenrisse aus Süddeutschland. Berlin 1834; zuerst abgedruckt im Freimütigen von 1833.

aus Deutschland reformieren zu wollen[1]). Ein vollständiges politisches Glaubensbekenntnis legt Häring in seinen Wiener Bildern (1834) nieder, um den Angriffen von der rechten und der linken Seite zu begegnen, die ihm nicht erspart blieben. Er erklärt darin die Erbmonarchie für die allein angemessene Regierungsform für Europa und bezeichnet sich als einen überzeugten Royalisten. Er preist mit allem Ernst die Vorzüge des Königtums gegenüber der Republik, die nur möglich sein würde, wenn alle Menschen leidenschaftslos und tugendhaft wären. Das allgemeine Verlangen nach fixierten Verfassungen entspreche einem wahren Bedürfnisse, aber mehr als von solchen Verfassungen erwartet er von dem öffentlichen Geiste in Wissenschaft, Schulen, Handel und Beamtenschaft einen geregelten Fortschritt des politischen Lebens. Gegen die Fehler der Fürsten ist er nicht blind; er hält im Notfalle eine Revolution für gerechtfertigt, wie die Julirevolution eine heilige Sache verfocht. Aber trotz aller Fehlgriffe der Regierungen preist er Deutschland glücklich, weil in seinen Fürstengeschlechtern Habsburg und Hohenzollern noch das Mark des Lebens rinne und sie mit ihren Völkern noch gegenseitige Liebe verbinde. Den unseligen Zwiespalt zwischen Nord- und Süddeutschland beklagt er schmerzlich, ebenso die republikanischen Neigungen der Rheindeutschen. Aber wenn er es auch für möglich hält, daß die gute Sache der Könige zeitweilig sinke, weil die Herrscher das Vertrauen zu den Völkern verloren haben, im Herzen lebt ihm die freudige Zuversicht, daß die Völker einst zu den Monarchen zurückkehren werden[2]).

Es ist bezeichnend für die Berliner Censurverhältnisse, daß diese Schrift, die immerhin trotzige Freimütigkeiten enthält, aber besonnene Mäßigung atmete, verboten wurde. Kein Wunder, wenn der Verfasser einer Erbitterung anheimfiel, die noch durch persönlich schmerzliche Erfahrungen[3]) verstärkt wurde. Die gewaltige Gährung in der Litteratur jener Tage riß auch ihn in ihre Kreise. Der Geist der nervösen Unruhe, des düsteren Pessimismus, der in den Jungdeutschen wogte, war auch ihm nicht fremd. Der Zwiespalt zwischen der Wirklichkeit und den Gedanken, das politische Elend der Zeit legte sich wie eine Krankheit auf sein Gemüt. Sein für alle Zeitströmungen empfänglicher Geist fühlte die Zerrissenheit der Zeit mehr als andere. Aber sein politisch reifere

1) Der Freimütige, 1834, Nr. 34—37. W. Alexis, Der Kastellan von Weinsberg. S. 138.

2) W. A., Wiener Bilder. Leipzig 1833. Mein politisches Glaubensbekenntnis S. 425—53.

3) Ein dreijähriges Verlöbnis des Dichters mit der hochbegabten Schauspielerin Julie Gley löste sich ganz plötzlich auf. Nord und Süd. 1898. Sept.

Sinn wollte den Versuch nicht unterlassen, die Zeitprobleme versöhnend zu lösen[1]). So entstand sein „Haus Düsterweg", das er als Kunstwerk für seine schwächste Arbeit, aber gleichzeitig als Schöpfung für seine bedeutendste und tiefste erklärte[2]). Es ist eben eine politische und persönliche Konfession des Dichters, an der er zu sehr mit seinem Herzen beteiligt war, um die objektive Ruhe des Künstlers zu gewinnen. Ganz in der Art der jungdeutschen Dichter zerfließt die Form des Romans in Briefe, Tagebuchblätter, Aphorismen, Zeitungsartikel, die es recht schwer machen, den Faden der Erzählung festzuhalten. Allerdings hat der Verfasser dem Werke durch diese Form des Zwiegesprächs, durch den fein durchgeführten, individuellen Charakter der einzelnen Briefe einen gewissen dramatischen Reiz verliehen. Aber diese Art der Darstellung behält doch etwas zweideutig Schillerndes, da Personen und Handlungen nacheinander in der verschiedenartigsten Beleuchtung erscheinen. Der Kern der Geschichte ist das seltsame Schicksal zweier Söhne eines altadligen Geschlechts, deren Leben durch eine boshafte Laune ihres Erzeugers verdorben wird, nicht ohne grelle Effekte und arge Unwahrscheinlichkeiten erzählt. Ein steinreicher Freiherr, der für kinderlos gehalten worden ist, äfft seine erbschaftslüsterne Verwandtschaft durch ein seltsames Testament, wonach die Erbschaft von Vetter zu Vetter wandert, bis er schließlich einen auf dem Lande erzogenen Jüngling für seinen gesetzlichen Erben erklärt. Aber auch dieser, der als schriftstellernder Edelmann inzwischen eine angesehene Stellung gewinnt, wird genarrt, da er zehn Tage vor seiner Hochzeit ein Kodizill zu öffnen hat, das ihn enterbt, wenn er eine Gattin ohne 16 Ahnen wählt, und an seine Stelle einen ebenfalls bürgerlich erzogenen, legitimen älteren Bruder setzt. Der erstgenannte Erbe, der seinen Bruder durch einen öffentlichen Aufruf sucht, hat das tragische Geschick, diesen Unglücklichen, den verkehrte Erziehung und politische Verfolgung in den Wahnsinn getrieben, in einem Straßenkampfe ahnungslos zu erschlagen, lebt nun durch den Verdacht des Brudermordes entehrt auf dem öden Ahnenschlosse und giebt seinem verfehlten Leben Wert durch die Rettung einer durch Verführung in tiefes Elend geratenen früheren Geliebten. — Fast alle Gestalten des Romans

1) Der Jungdeutsche Wienbarg warnte in dem letzten Aufsatze der Thierkreiswanderungen (1835) die jungen Dichter davor, die verfallene, menschenleere Straße einer abgestorbenen Zeit zu wandeln, und forderte sie auf, in die Zeit und den eigenen Busen zu greifen, um einen zeitgeschichtlichen Roman mit Zeitgenossen als Helden zu schreiben. Diesem Rufe entsprach Alexis, wenn auch seine Antwort auf die ernsten Fragen der Zeit anders lautete, als die der Stürmer und Dränger.

2) Selbstanzeige des Werks im Freimütigen 1835, Nr. 173, S. 696.

leiden unter der Zeitkrankheit der Zerrissenheit. Radikaler Pessimismus spricht aus den Briefen und Tagebüchern Eberhards, der schließlich in offenen Wahnsinn übergeht. Daneben steht der gemäßigte Liberalismus des jungen Barons Landschaden, der aus einem aristokratischen Eiferer und Demagogenverfolger zu einem Vertreter freiheitlicher Grundsätze wird, aber aus Gram über die trostlosen politischen Zustände schließlich der Verzweiflung anheimfällt. Mit besonderer Liebe gezeichnet ist die episodische Figur des Prinzen Guido, der voll Feuereifer, sein Volk zu beglücken, durch den Widerstand der Bureaukratie und der verblendeten Liberalen in seinem Wirken gelähmt, ein Opfer des Tiefsinns wird und vor den Dämonen der Verneinung Grauen empfindet. So vergiftet die Zeitkrankheit alle Glieder des Volkskörpers. Am nächsten der Auffassung des Dichters steht das Stiftsfräulein Sophie, die in ihrer Einsamkeit frei von der Geistesverwirrung bleibt, das Schicksal des jungen Barons als guter Genius mit Teilnahme und Rat begleitet und ihn durch ihre Hoffnungspredigt aus dem Trübsinn erhebt. — Liebe zum „armen, zerrissenen und noch in seiner Zerrissenheit herrlichen Vaterlande" führt dem Dichter die Feder. Mit wie schneidender Satire er die Demagogenriecherei und das gehässige Mißtrauen der Regierungen gegen das Volk geißelt, Versöhnung zwischen Fürst und Volk ist doch das schöne Evangelium, das das Buch verkündet. Über dem Bette des Barons hängt das Bildnis des edlen George Canning, „des letzten Staatsmannes, der an die Versöhnung glaubte und diesem Gedanken sein Leben opferte" [1]). Mit edlem Freimut tritt der warmherzige Aristokrat, ein zweiter Marquis Posa, vor den alten Minister [2]), dessen Urbild wohl der Kanzler Hardenberg ist, und fordert mit flammenden Worten die Regierenden auf, mit großartigem Vertrauen dem Mißtrauen, mit ernsten, würdigen Thaten den Phrasen entgegenzutreten, den wilden Freiheitsmelodien gegenüber die deutsche Treue, für die die Germanen noch immer Haus und Hof verließen, aufzurufen. — Und in der Vision des Prinzen Guido warnt ein silberhaariger Greis Riesen und Zwerge (Edelleute und Bürger), die alte Zwietracht aufs neue anzuheben, die unser herrliches Volk in unnennbare Knechtschaft stürzte. „Fluch dem, der fragt: ward ein Vater ein Riese oder ein Zwerg? Gleichheit unter uns allen darin, daß wir unsere Unterdrücker hassen und wieder ein Volk werden wollen." In

1) Das Haus Düsterweg. 1835. II, 262.

2) Ebenda I, 366. Die Scene ist das Vorbild der ähnlichen in „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" gewesen, wo Walter von Aften den Minister für seine Ideen zu gewinnen sucht. Es ist das Kapitel: Gehn Sie nach Karlsbad. Bd. II Kapitel 15.

hehrem Traume erblickt der Fürstensohn den Ritter auf leuchtendem Rosse mit der Silberrüstung, den Doppelaar auf dem Helme, mit goldenem Schilde im Morgenrot, das Reichsbanner schwingend und aus den Grüften heraus vom Meer und den Bergen die alten Germanen zum Siegeszuge rufend [1]).

So ist Wilibald Alexis auch in diesem Werke ein Herold der deutschen Einigung in trüber Zeit. Aber das Werk blieb ohne Wirkung. Die krause Darstellung erschwerte das Verständnis. W. Alexis' mäßige Gestaltungskraft war einer Aufgabe, aus sich heraus ein packendes Zeitgemälde der Gegenwart zu entwerfen, nicht gewachsen, er bedurfte der Anlehnung an geschichtliche Vorgänge, um plastische Charakterbilder zu schaffen. Der Ruf nach Versöhnung verhallte ungehört in einer Zeit der schroffsten politischen Gegensätze.

Noch in einem Werke jener Jahre hat W. Alexis der jungdeutschen Zerrissenheit seinen Tribut gezahlt, in dem Roman „Zwölf Nächte" (1838). Es ist die Geschichte eines phantastischen Hausbaues, der im Auftrage eines geheimnisvollen Bauherrn geschieht und in den zwölf Nächten zwischen Weihnachten und dem Dreikönigsabend vollendet sein muß. So mystisch und symbolisch märchenhaft die Erzählung aber auch ist, so zeigt sich doch eine Gesundung der dichterischen Phantasie. Der Held ringt sich aus Selbstmordgedanken durch rüstige Arbeit zur Lebensfreude empor. Der Fortschritt in der Charakteristik der zum Teil derb volkstümlich gezeichneten Figuren ist unverkennbar. Die Politik tritt in dem Werke sehr zurück; nur gegen die gehässigen Glaubenseiferer wendet sich der Dichter; den unduldsamen Leineweber, der den lieben Gott stets im Munde führt und seine Nachbarn verlästert, wirft die resolute Mutter Martin am Ende aus dem neuen Hause hinaus.

Es scheint, als ob über dem Buche schon ein Abglanz des Glückes schwebe, das im Winter 1837—38 in die Seele des Dichters einzog. Eine schöne Engländerin, Lätitia Perceval, aus einer angesehenen, aber verarmten englischen Familie, damals Gesellschafterin im Hause einer Schwester des Kriegsministers von Boyen, gewann sein Herz und ward die Seine. Seitdem hat ihn das reinste eheliche Glück niemals verlassen, und auch auf seine dichterische Thätigkeit hat die geistvolle und feinsinnige Lebensgefährtin den segensreichsten Einfluß geübt. So

1) II, 147—55. — Tief sind auch Härings Bemerkungen über die Juden (II, 58—60), denen keine Emancipation etwas helfen werde. Er beklagt den entsetzlichen Fluch, der auf dem Geschlechte lastet, und daß ihre einzige Rettung in der völligen Verschmelzung bestehen muß, da doch eine zweitausendjährige Originalität verdiente bestehen zu bleiben.

begann denn für ihn eine Zeit fruchtbarsten und erfolgreichsten Schaffens[1]).

Im Jahre 1840 kam der zweite große vaterländische Roman Härings, Der Roland von Berlin, heraus. Fidicins Beiträge zur Geschichte der Stadt Berlin, die 1837 erschienen und reiches Material zur Geschichte der Unterwerfung Berlins und Kölns durch Friedrich Eisenzahn boten, haben ihm offenbar die Anregung dazu gegeben, weshalb er auch in seinem Werke den Berliner Stadtarchivar als Ratsschreiber Fidicinus verewigt hat. Es lockte den Dichter, der seit Jahren Bürger und Hausbesitzer in der preußischen Hauptstadt war, die Vergangenheit seiner zweiten Heimat dichterisch zu verherrlichen, und in der That hatte er in dem Konflikt zwischen Fürsten- und Städtemacht einen höchst dankbaren kulturgeschichtlichen Stoff erfaßt. Das Steinbild vor dem Rathause ist das stolze Symbol der Stadtfreiheit. Am Ende der Erzählung läßt der Kurfürst den Roland zertrümmern zum Zeichen seiner Hoheit über die Stadt. Hüter des Rolands, Verteidiger der Stadtfreiheit, ist der Bürgermeister Johannes Rathenow, der auf dem Rechte der Stadtgemeinde besteht, stolz seine Überzeugung vertritt und doch schließlich dem Kurfürsten unterliegt, der ohne ängstliche Scheu vor Herkommen und geschriebenem Rechte die notwendige Hoheit über die Städte aufrichtet. Bürger und Fürst endigen beide tragisch; der erste verläßt stolz die unfrei gewordene Stadt, der zweite siegt, aber erkennt doch schließlich kummervoll, daß es ihm nicht beschieden war, der Mark Glück und Frieden zu bringen. Mit diesem politischen Hergange ist eine anmutige Liebesgeschichte verflochten, die den schroffen Standesunterschied zwischen Patriziern und Zünften zeigt.

Die Handlung des Romans ist von kulturgeschichtlichen Arabesken wohl allzudicht umsponnen, aber die eigentliche Schönheit des Werkes liegt gerade in diesen köstlichen Einzelbildern mittelalterlicher Kultur. Es scheint sogar, als ob erst später in die schon vorliegenden Genrebilder der eigentliche Romanplan hineingearbeitet wäre; denn als eine der gelungensten Scenen des Werkes unter dem Titel: „Eine Exekution vor dem Spandauer Thore" im Preußischen Volksfreund 1839 im voraus gedruckt wird, trägt das Buch noch nicht den späteren Namen, sondern ist farblos „Berliner Lebensbilder" bezeichnet[2]). Wenn man die dürftigen Quellen zu der Geschichte dieser Zeit betrachtet, es kommen

1) Vgl. M. Ewert, Wil. Alexis. Nord u. Süd 1898, Septemberheft.

2) Preußischer Volksfreund, hrsg. von E. G. v. Puttkammer, 4. Jahrgang 1839, Nr. 106—108.

nur die städtischen Urkunden von Berlin und Köln in Betracht, die uns kaum den äußern Hergang, geschweige denn die handelnden Personen und ihre Triebfedern erkennen lassen, so erstaunt man, welch reiches Leben die dichterische Phantasie den lückenhaften Notizen der Zeitchroniken abgewonnen hat.

Das städtische Leben im Rathause und auf der Straße, in den Herbergen, Barbierstuben und in der Judengasse, im Patrizierhause und im Laden des Knochenhauers ist prachtvoll lebendig wiedergegeben. In der Scene, da auf des Rats Befehl die rote Hanne mit dem Glüheisen gebrannt und die schöne Salome ausgepeitscht wird, die ausgestoßenen Weiber den trunkenen Raubritter aus dem Schnee retten und unter ihre Botmäßigkeit bringen, liegt etwas von dem grausigen Humor Shakespeares.

W. Alexis fühlte selbst, daß er nun auf der rechten Bahn zur Meisterschaft war. Immer tiefer drang er ein in die Vergangenheit der Heimat. Bald fesselte ihn ein merkwürdiges Problem der märkischen Geschichte des Mittelalters und lockte ihn unwiderstehlich zu dichterischer Gestaltung. Es ist jenes Rätsel, das schon die Zeitgenossen nicht lösen konnten, und an dessen Entzifferung sich Geschichtsforscher und Dichter, wie Fouqué, Achim von Arnim, von Putlitz, Klöden, Schwebel u. a. immer wieder versucht haben: Die Wiederkehr des Markgrafen Woldemar in die Mark nach 30 Jahren. Klöden hat ihn als echt urkundlich erweisen wollen, und Gustav zu Putlitz hat in dieser Voraussetzung ein Drama geschaffen. Alexis hält den zurückgekehrten Woldemar für einen Betrüger und hat sich die Aufgabe gestellt, psychologisch zu begründen, wie ein solcher Betrüger auftreten, wie er Glauben finden und Anhang gewinnen konnte und was in seiner Seele vorging. In der That hat Alexis das Problem tiefer und feiner als alle anderen Bearbeiter dieses Stoffes gefaßt. Während in Schillers Demetrius, der einen ähnlichen Gegenstand behandelt, der Held in gutem Glauben, der echte Herrscher zu sein, die Krone ergreift, dann aber durch die furchtbare Entdeckung, er sei unecht, in innern Zwiespalt gerät, von Ehrgeiz ergriffen die Rolle fortspielt und so den tückischen Mächten der Erde erliegt, ist sich der falsche Woldemar von vornherein seines Betruges bewußt, glaubt aber aus innerem Berufe bei dieser Täuschung recht zu handeln.

Als die Mark durch die Mißregierung der bayerischen Fürsten in schwerer innerer und äußerer Bedrängnis schmachtet und das Volk sich nach der alten ruhmreichen Askanierherrschaft zurücksehnt, suchen die Feinde des wittelsbachischen Fürstenhauses, der märkische Klerus und habgierige Nachbarfürsten, nach einem gefügigen Werkzeuge, durch listiges Gaukel-

spiel das Volk zu täuschen und so die Bayern zu entthronen. Aber der Vertraute Woldemars, der sich zu diesem Betruge hergiebt, thut es nur um dem lange gequälten Lande ein Retter zu sein, und Friede und Ordnung zu bringen. Durch Gebet und ernste Selbstprüfung in der Einsamkeit einsamer Pilgerschaft bereitet er sich zu seinem Werke vor, und als er hervortritt, setzt er alle, selbst die Mitwisser des Gaukelspiels, durch seine fürstliche Hoheit, durch seine Herrscherweisheit, durch seine kraftvolle Selbständigkeit in Erstaunen. Es gelingt ihm in der That, das Volk zu gewinnen, und er waltet wie ein echter Herr über dem unglücklichen Lande, das er gegen die Ränkespinner, die ihn benutzen wollten, machtvoll schützt. So darf er sich echt fühlen, weil seine echte Herrschernatur der Not des Landes ein Ziel zu setzen vermag, wie es der echte Woldemar verstanden hätte. Mit großer Wirkung hat es der Dichter geschildert, wie der Markgraf seine Sendung erfüllt und selbst die Anerkennung des Kaisers gewinnt. Aber er bleibt nicht derselbe. Es kommt eine Zeit, wo ihn das Vertrauen des Volkes nicht mehr stützt, weil er in verblendeter Selbstüberhebung als ein auserwähltes Rüstzeug Gottes allzeit die Hilfe der himmlischen Heerscharen erwartet. Er hält sich für einen Propheten, aber seine Weissagungen gehen nicht in Erfüllung, und so schwindet seine Macht, und er verzichtet schließlich auf sein Markgrafentum, besiegt, aber ungebeugt, und auch nur deshalb, weil er in dem neuen bayrischen Markgrafen Ludwig dem Römer einen Überlegenen, einen strengen und gerechten Richter der Friedebrecher erkennt.

Wilibald Alexis hat den falschen Woldemar immer für seinen gelungensten Roman gehalten, und man fühlt, er hat jede Zeile mit seinem Herzen geschrieben. Man kann darüber streiten, ob es ihm gelungen ist, das schwierige psychologische Problem, das er sich selbst gestellt hat, rein aufzulösen. Gewiß ist es, das uns auch in diesem Werk wahre Kabinettstücke historischer Genremalerei erfreuen. Wie prächtig sind die Eingangskapitel gelungen: die bunte Reisegesellschaft, die sich zur Wanderung durch das unsichere Land zusammengethan hat, vergeblich allenthalben im Waldkruge, auf der Burg, im Dorf, in der Stadt eine nächtliche Unterkunft sucht und schließlich in den Mauern einer zerstörten Mühle lagert, macht uns sogleich mit allen Schrecken der Friedlosigkeit in der Mark vertraut. Auch das freie Leben im Walde bei den Stellmeisern ist voll reizenden, romantischen Zaubers. Am packendsten aber, echt niederländische Gemälde, sind die Scenen bei der Warte von Gransee, wo die tapferen Frauen der Stadt ein Weib auf den Wartturm setzen, weil der rechte Wächter den Angriff des Raubritters trunken verschlafen hat und der Rat dann den gefangenen Raubritter und den pflicht-

vergessenen Türmer waffenlos auf die Warte sperrt, damit der eine am andern das Henkeramt übe, bis Woldemar erscheint, der unwürdigen Scene ein Ende macht, den Raubritter unter sein gerechtes Gericht zwingt, ihn begnadigt und den wilden Gesellen zu seinem treuesten Diener gewinnt. Man kann sagen, im falschen Woldemar hat Wilibald Alexis nach der höchsten Palme der Kunst gerungen, und er ist nicht allzuweit hinter seinem Ziele zurückgeblieben. Aber der Erfolg beim großen Publikum blieb aus, und selbst urteilsfähige Kunstrichter wie Tieck und Friedrich von Raumer konnten sich nicht entschließen, seiner Dichtung in die wüsten, für sie unerquicklichen Gebiete des märkischen Mittelalters zu folgen.

Der Mangel an jeder Aufmunterung auch von seiten der Regierung ward von dem Autor tief empfunden, um so mehr, als er durch seine Darstellung märkisch-preußischer Geschichte für die große Aufgabe Preußens in Deutschland Freunde werben und Verständnis wecken wollte. Der Preußenstolz Härings, sein maßvoller Freisinn und seine deutschnationale Gesinnung stehen, wie leicht zu sehen, in innerem Zusammenhange miteinander. Er ist stolz auf die norddeutsche Intelligenz, kräftig protestantisch und antirömisch[1]), der fridericianischen Traditionen sich wohl bewußt; darum führt ihn gerade sein preußischer Patriotismus zur Forderung, Preußen solle in gemäßigtem Fortschritte den andern Staaten voranschreiten und sich so würdig erweisen, die Führung Deutschlands zu übernehmen.

Mit Jubel begrüßte er, der so manchmal unter der Censur hatte leiden müssen, den kurzen Honigmond preußischer Preßfreiheit im Jahre 1842, als Friedrich Wilhelm IV., bereit, der neuen Zeit entgegenzukommen, den Censoren vorschrieb, einen freimütigen, wenn nur wohlwollenden und anständigen Tadel des Bestehenden zuzulassen, die Bildercensur gänzlich aufhob, die Censur der Bücher über 20 Bogen gänzlich abschaffte und den Entstellungen der Presse nur durch Berichtigungen zu begegnen befahl. Als die Regierung dann aber durch die oppositionelle Haltung der Zeitungen erschreckt Ende 1842 und Anfang 1843 ihre Haltung änderte, zum Verbote der Allgemeinen Leipziger Zeitung und zur Unterdrückung der Rheinischen Zeitung schritt (25. Januar 1843) und die Vernichtung der Deutschen Jahrbücher durch die sächsische Regierung veranlaßte, vermochte Häring nicht stumm zu bleiben. Er erhob schon nach dem ersten Verbote seine Stimme in der Vossischen

1) Vgl. zum Beispiel das prächtige Volkslied: Schwerins Tod.

Zeitung[1]). Man solle der Lüge in der Presse, wie es der König befohlen habe, durch Berichtigungen entgegentreten, aber sich nicht durch sie zu Preßbeschränkungen treiben lassen. In England, wo die größte Preßfreiheit herrsche, habe die Lüge die wenigste Macht. Verbote und Konfiskationen seien unnötig; in Preußen habe ein hundertjähriger Bildungsprozeß der Preßfreiheit so vorgearbeitet, daß die noch bestehenden Schranken doch nur noch den Ruinen alter Schanzmauern glichen, die den ehrlichen Kaufmann auf offener Straße einen halben Tag aufhielten, aber von den Schleichhändlern ungestraft verlacht würden. Er weist nach, daß vollkommene Freiheit der Presse für die bürgerlichen Zustände heilsam wirken werde, wie ein windiges Klima, das die Luft reinigt und hindert, daß feuchte und giftige Dünste stehen bleiben und die Gesundheit untergraben. Er beklagt offen das Verbot von drei der namhaftesten Zeitungen Deutschlands, wenn er auch anerkennt, daß mit dem Verbote der Leipziger und Rheinischen Zeitung eine Rechtsform nicht verletzt worden sei. Man solle der Frondier- und Räsonnierlust ihre Kanäle lassen, da es gefährlicher sei ihr den Mund zu schließen.

Mit diesen Ausführungen will er aber französischer Zügellosigkeit nicht das Wort reden. Die germanische Natur sei eine andere als die romanische. Die vorhandene französische Preßfreiheit gebe Freiheit für die Parteien, aber nicht für das Individuum. Schon jetzt herrsche in Deutschland bei allen Hemmnissen und Schranken mehr geistige Freiheit als in Frankreich. Die Ausschreitungen der französischen Presse aber seien nicht eine Folge der fehlenden gesetzlichen Schranken, sondern der französischen Natur, die allzeit lügenhaften Gerüchten und schmachvollen Verdrehungen zugeneigt gewesen sei. In England und Holland setze sich die freie Presse durch die Achtung vor der Wahrheit, die Sitte und das Nationalgefühl selber Schranken.

Während Häring so aus innerster Überzeugung im Interesse einer gedeihlichen politischen Entwicklung Preußens für das Recht maßvoller

1) Die Verfasserschaft Härings steht für die im folgenden benannten Artikel auf Grund der nachstehenden Erklärung (in der Voss. Zeitung vom 17. März 1843 Nr. 65) fest: Wiederholten Mißverständnissen zu begegnen, finde ich mich zu der Erklärung veranlaßt, daß von den leitenden Artikeln in dieser Zeitung nur die sieben in Nr. 3, 6, 12, 18, 24, 27 u. 43 von mir herrühren, daß seit dem 23. Februar d. J. keiner von meiner Feder abgedruckt ist und ich die bereits abgefaßten seitdem zurückgenommen habe. Berlin, den 15. März 1843. Dr. W. Häring. — Übrigens waren erst seit 1842 einige Leitartikel an die Spitze des Blattes gesetzt worden. Unter der Herrschaft der Censur war dergleichen nicht gewagt worden.

politischer Meinungsäußerung eintrat, wurde er selbst von der Censur bedroht, die er bekämpfte. Mehrere seiner Artikel für die Vossische Zeitung wurden vom Censor beanstandet und ihr Druck verboten. Da er sich in keiner Weise schuldig fühlte, wandte er sich direkt an den König, um sich über die Censurbehörde zu beschweren. Der Monarch antwortete ihm im März 1843 in dem bekannten ungnädigen Handschreiben, das die Beschwerde gegen die Censoren zurückweist, die übrigens an den Minister des Innern zu richten gewesen wäre, und mit der harten Abfertigung schließt: „Mit Widerwillen habe ich einen Mann von Ihrer Bildung und litterarischen Bekanntheit durch jenen Artikel unter der Klasse derer gefunden, die es sich zum Geschäfte machen, die Verwaltung des Landes durch hohle Beurteilung ihres nicht von ihnen begriffenen Geistes vor der großen meist urteilslosen Menge herabzusetzen und dadurch ihren schweren Beruf noch schwerer zu machen. Von Ihrer Einsicht wie von Ihrem Talent hätte ich anderes erwartet und sehe Mich ungern getäuscht."

Dieser Brief[1]), wie Treitschke bitter bemerkt, „das einzige Zeichen der Teilnahme, das der Dichter des „Rolands von Berlin" und der „Hosen des Herrn von Bredow" von seinem kunstsinnigen Könige erhielt", wurde bald, anscheinend ohne Zuthun Härings, öffentlich bekannt und in allen namhaften Zeitungen Deutschlands abgedruckt[2]). Selbst ein so königstreuer Mann wie Gerlach meinte, man hätte dem treuen, von den Demokraten oft servil gescholtenen Dichter der Mark nicht eben so begegnen sollen, und Herwegh spottete: „Unser genädigster Herr, seht, welch ein Freund des Pikanten. Mit Höchsteigener Hand salzt er die Häringe ein[3])."

Tief verstimmt, aber unbeirrt durch Tadel und Verkennung, schritt Alexis auf der Bahn vaterländischer Dichtung weiter fort, immer fester überzeugt, daß es seine Lebensaufgabe sei, durch dichterische Verklärung der märkischen Heimatsgeschichte sein Volk über die trübe Gegenwart zu erheben und die Hoffnung auf eine stolze Zukunft zu nähren. Er wollte nicht mehr den Vorwurf von den Freunden hören, daß er umhersuche und sein Eigues aufginge in fremder Weise. Er sagte es frei heraus in der schönen Vorrede seines nächsten Werkes: „Ich suche nicht mehr, weil ich gefunden habe. Ich glaube, daß ich die Weise anschlug, die mein eigen

1 Nach dem Abdruck in der Augsburger Allgem. Zeitung 1843 Nr. 100 10. April.

2) F. Brunold berichtet in seinen litterarischen Erinnerungen (2. Aufl. 1881) I, 140: Alexis soll diesen Brief im Lesekabinett verloren haben.

3) Herwegh, Gedichte eines Lebendigen. 2. Bd.

ist, und nun will ich auf dem Wege gehen, den ich mir bahnte[1]). Dies Werk waren „Die Hosen des Herrn von Bredow" (1846—48). Schon lange hatte er sich mit dem seinem protestantischen Sinne so verlockenden Gedanken getragen, das Reformationszeitalter in der Mark Brandenburg zu schildern. Jetzt entstand das Buch, das seinen Schöpfer am meisten populär gemacht hat, und das in glücklichster Mischung gemütvollen Humor und tragischen Ernst, märkische Burgidylle und Haupt- und Staatsaktionen verbindet. Das Schicksal der Bredowhosen, des uralten, heilig gehaltenen Familienerbstücks, ist in drolligster Weise in den Mittelpunkt der Handlung gestellt. Der Dämon steckt in ihnen und sie spielen bei dem Überfall der Edelleute auf den Krämer, bei der Anklage gegen Götz von Bredow als Raubritter, bei der Verschwörung der Adligen gegen den Kurfürsten Joachim eine entscheidende und sehr ergötzliche Rolle. In der Fortsetzung des Romans, dem Werwolf, tritt dieses komische Motiv mehr zurück hinter den ernsten Schicksalen Joachims I., der hochgestimmt und geistesstolz an eine große Mission seines Lebens glaubt, aber durch seine Überhebung und seinen rücksichtslosen Eigenwillen allmählich immer mehr vereinsamt. In der großen Angelegenheit der Zeit stemmt er dem einmütigen Verlangen seines Volkes entgegen, fällt darüber thörichtem Aberglauben und habsüchtigem Betruge zum Opfer und zerstört sein häusliches Leben durch das starre Festhalten am alten Glauben. So endet der hochbegabte Fürst in tiefem Schmerze, für eine verlorene Sache gekämpft zu haben.

Einen eignen Reiz gewährt es, die Quellenbenutzung und Arbeitsweise Härings in diesen Romanen zu studieren. Für die Reformationszeit flossen ihm die Quellen schon reichlicher, als für das 14. und 15. Jahrhundert. Hier hat er die Chroniken von Hafftiz und Creusing ausgiebig benutzen können und daneben aus Kulturschilderungen der alten Zeit, wie des Ritters von Schweinichen, ein lebendiges Bild der Epoche gewonnen. Seine dichterische Einbildungskraft bewegt sich nicht in so engen Schranken, wie z. B. Scheffel in seinem Ekkehard, der fast jede Zeile mit einem mittelalterlichen Zitat belegt. Leichte Anachronismen und Abweichungen von der historischen Überlieferung vermeidet er nicht ängstlich. So setzt er den Prediger Musculus, der gegen den Hosenteufel predigt, um mindestens ein Menschenalter früher. Aus dem derben, schwäbischen Astrologen Carion am Hofe Joachims, von dem Hafftiz manch saftiges Stücklein berichtet, ist bei Alexis ein mißgestalteter, bos-

1) Hans Jürgen und Hans Jochen. Vaterländischer Roman. Berlin 1846. Vorrede XII.

hafter Zwerg jüdischer Abkunft geworden. Joachim I. ist höchst interessant, aber wohl etwas zu modern philosophisch gezeichnet. Für die Charakteristik des geistreichen Fürsten, der sich in verhängnisvoller Überhebung dem Zeitgeist entgegenwirft, scheint Friedrich Wilhelm IV. manche Züge hergeliehen zu haben. Die übrigen Gestalten des Romans, die resolute Brigitte, der wackere Götz mit dem ferngesunden Appetit und der Angst vor dem Denken, der unbeholfene, aber kreuzbrave Hans Jürgen, sind freie Schöpfungen der dichterischen Einbildungskraft und doch Lieblinge des märkischen Volks geworden. Der wilde Pfaffenfeind Hake von Stülpe verdient wohl unter ihnen die Krone. Nirgends auch hat sich unser Dichter zu so köstlichen Naturschilderungen der einfachen märkischen Landschaft erhoben als in diesem Werke. Sie sind denn auch aus unmittelbarer Anschauung hervorgegangen. Der größte Teil des Werks ist in der Oberförsterei zu Lehnin entstanden, wo Häring als Gast seines Schwagers Scheffler weilte und das östliche Giebelzimmer monatelang bewohnte[1]). Schuf in jenen Jahren sein häusliches Glück die rechte Stimmung für die reichste Entfaltung seiner Produktion, so waren die herrlichen Tage in der Wald- und Seenlandschaft in der Nähe des alten Klosters die glückliche Geburtsstunde dieses Romans. Auf den Spaziergängen in der anmutigen Umgebung der Oberförsterei erschienen ihm die Gestalten seines Werkes zuerst, und es ergiebt sich aus dem Buche unfraglich, daß er im Gegensatz zu unbestimmter gehaltenen Ortsbeschreibungen in anderen Romanen bei der Schilderung der Bredowburg eine bestimmte Lokalität in der Nähe Lehnins im Auge gehabt hat. Zwar findet sich kein Sitz der Bredows in dieser Gegend, aber ein alter Burgwall zwischen Mittel- und Gohlitzsee (südlich von Lehnin) ist mit ziemlicher Sicherheit als die Burg Hohenziatz, welche Alexis schildert, anzusprechen. — Trefflich ist auch der dramatische Aufbau in dem Romane, der trotz mancher Längen das Interesse des Lesers bis zuletzt fesselt.

Die außerordentlich fruchtbare Thätigkeit der letzten Jahre machte ihm eine größere Erholungsreise erwünscht. Mit seiner Gattin ging er Ende 1847 über die Schweiz nach Italien, wo er sich in Florenz, Rom und Neapel längere Zeit aufhielt. Hier traf er mit bedeutenden Schriftstellern, wie Friedrich Bodenstedt, Levin Schücking, Fanny Lewald, zusammen. Vor allem lebte er mit dem märkischen Edelmann und Dichter Gustav zu Putlitz und seiner Gemahlin Monate hindurch in anregendem und freundschaftlichem Verkehre, aus dem eine jahrelange,

1) Nach freundlicher Mitteilung des Herrn Major a. D. Scheffler in Düsseldorf und des Herrn Oberförster von Doehn in Lehnin.

herzliche Freundschaft hervorging. Sie standen seitdem in brieflichem Verkehre und vereinigten sich im Sommer 1848 sogar zu gemeinsamer Arbeit an kleinen politisch-satirischen Lustspielen. Aus diesem römischen Dichterkreis haben wir einige sehr lebendige Schilderungen der Persönlichkeit Härings, während uns solche Nachrichten von seinem Berliner Leben, das wohl geringe Beziehungen zu den schriftstellerischen Kreisen hatte, fast ganz fehlen[1]). Sein gedrungener, kräftiger, mehr in die Breite als in die Höhe gehender Körperbau schien in einem Gegensatze zu stehen mit dem milden, friedfertigen Ausdrucke seines durchgeistigten Gesichts. Er war eine tief angelegte, grüblerische Natur, voll frischer Empfänglichkeit und feiner Beobachtungsgabe, jedoch mehr geneigt, seine Eindrücke und Betrachtungen durch die Feder als durch das gesprochene Wort wiederzugeben. In größerer Gesellschaft verhielt er sich meist auffallend still und verhielt sich als schweigsamer, kritischer Beobachter, dessen Anteil an Gesprächen nur an dem ausdrucksvollen, oft schelmischen Augenspiel zu erkennen war. Seine noch sehr jugendliche Gattin, eine englische Schönheit von feinem Schnitte, hatte großen Einfluß auf ihn. Wie sie schon als Braut seine unerquickliche Neigung zur Ironie, die ihm manchen Freund entfremdet hatte, mit einigem Erfolge bekämpft hatte, so verstand sie es vortrefflich, in kleinerem Kreise den Gatten anzuregen und aus seiner bescheidenen Zurückhaltung hervorzuziehen, wo sich dann reizende Erörterungen und Plänkeleien entspannen, in denen sie ihn gewöhnlich zu ihrer Ansicht bekehrte. Denn sie war eine jener glücklichen Frauennaturen, die die Dinge in voller Unbefangenheit auf sich wirken ließ, während der Gatte in der Gründlichkeit seiner weitschichtigen Studien bisweilen den Überblick verlor. So wirkte das liebenswürdige Paar auf seine Umgebung in hohem Grade belebend und wohlthuend, und war bald allenthalben der Mittelpunkt eines anziehenden Kreises. Ein Denkmal jener glücklichen Tage ist Härings Märchen, der Zauberer Virgilius, ein übermütiges, geistreiches Capriccio, das uns aus der schönen Wirklichkeit italienischer Landschaft und südlichen Lebens unmerklich in das Zauberland des Märchens hinüberführt. Das Ganze ist eine phantastische Wanderung im Fiebertraume, in dem dem Dichter der alte Virgilius als Cicerone dient, wie einst dem großen Dante durch die Hölle. Auch ernste politische Gedanken spielen in das phantastische Traumspiel hinein, aber die wilden Kämpfe der Zeit er-

1) Friedr. Bodenstedt, Erinnerungen aus meinem Leben. 2. Aufl. 1890. II. passim. — Lewin Schücking, Lebenserinnerungen. 1886. II, 340. — Putlitz, Theatererinnerungen.

scheinen dem Seherblicke des Dichters in der Zukunft versöhnt. Der Dichter sieht am Schlusse des Traumes die untergehende Sonne von der Höhe von Camaldoli und hört den Choral der Mönche: „Alle sie irrten, Herden und Hirten! Ach den verirrten, Wahnverwirrten Herden und Hirten Wer bringet Heil?" Virgil aber steht unten in der Barke und singt die Antwort: „Nimmer wird die Barbarei wieder über die Welt hereinbrechen. Die Dämonen von links und rechts sind ohnmächtig gegen den Schöpfer und Herrn des Lichts. Er ist in der Natur und in der Natur seine Harmonie[1])."

Die Dämonen von links und rechts, vor denen der Dichter in das Märchenland entfloh, sollten ihm im tollen Jahre noch arg genug mitspielen. Im Frühjahr 1848, als in der Heimat die Stürme der Revolution immer bedrohlicher wurden, kehrte Häring nach Deutschland zurück. In Frankfurt a. M. hatte er Gelegenheit, das deutsche Parlament in der Paulskirche in voller Thätigkeit zu sehen, faßte für den Präsidenten von Gagern, der durch sein machtvolles Wesen die auseinanderstrebende Versammlung disciplinierte, das herzlichste Vertrauen, gewann aber, wie Bodenstedt, von der Bildung der Parteien und Fraktionen ein geradezu trostloses Bild deutscher Uneinigkeit[2]). Was er dann auf der Reise und zu Hause sah, mußte ihn aufs tiefste niederdrücken. Gewiß ist ihm die entmutigende Unpopularität des preußischen Königs in ganz Deutschland nicht entgangen. Er traf gerade in den Tagen in der Heimat ein, als der Zeughaussturm in Berlin stattfand und die Anarchie auf ihrem Gipfel war, und mußte daher, um seine Frau nicht in den hellen Straßenkampf zu führen, noch einige Tage bei seinem Schwager in Lehnin verweilen. Als er dann am 16. Juni in der Hauptstadt eintraf, machte die revolutionäre Erhitzung des Pöbels und die Schwäche der Regierung auf ihn einen höchst niederschlagenden Eindruck. Er hörte, daß es nicht ratsam sei, konservative Meinungen auszusprechen, da der demokratische Terrorismus herrsche.

Den Druck der Zeitverhältnisse empfand er auch in seinen Vermögensumständen. Sonst wohlhabend, war er durch allerlei Verluste eine Zeitlang ganz auf den Erwerb seiner Feder angewiesen, und da die Verleger sich scheuten, größere litterarische Werke herauszugeben, so war er genötigt, unter die politischen Publicisten zu gehen, wozu ihn ohnedies das Verlangen trieb, in diesen Tagen der Verwirrung handelnd einzugreifen. Er wurde im Januar 1849 Mitredakteur der Vossischen

1) Der Zauberer Virgilius. Ein Märchen aus der Gegenwart. Berlin 1851.

2) Bodenstedt, Erinnerungen. II, 251 u. 254. Vgl. auch Voss. Zeitung vom 29. März 1849.

Zeitung, die damals eine gemäßigt konservative Richtung verfolgte. Außer der täglichen angestrengten Redaktionsthätigkeit äußert er auch in den mit besonderer Chiffre (□)[1]) bezeichneten, bisher unbeachteten Leitartikeln seine politische Ansicht, die bald mit der der übrigen Herausgeber, namentlich seines Vetters Rellstab, in offenen Zwiespalt geriet. Er, der Herold des Preußentums, war von der Überzeugung im innersten erfüllt, daß jetzt oder nie der Augenblick gekommen sei, wo der Hohenzollernstaat an die Spitze des deutschen Vaterlandes treten müsse. Hinter dieser größten Frage verschwanden ihm alle anderen Interessen, und so sind fast alle seine Artikel jenes halben Jahres diesem Gegenstande gewidmet. Als unter den größten Schwierigkeiten die Idee des preußischen Erbkaisertums im Frankfurter Parlament allmählich Boden gewann, kämpfte er für sie immer wieder in seiner Zeitung. Da er jetzt den großen Schicksalstag gekommen wähnte, verteidigte er die Frankfurter Versammlung warm gegen die roten Demokraten und die Stockpreußen, die die deutsche Krone nicht aus den Händen der Volksvertreter annehmen wollten. Er giebt ihnen den Vorwurf des träumenden Idealismus, den sie den Frankfurtern machen, zurück, da sie glaubten, das alte Preußen, das unwiederbringlich dahin sei, könne noch ferner bestehen, ohne mit Deutschland zu verschmelzen. Die preußischen Kammern ruft er auf, die Stimme der Krone in diesem Augenblicke durch die ihre zu unterstützen, daß sie klinge wie ein voller Glockenlaut. Seine Rufe offenbaren bald frohe Hoffnung, bald Enttäuschung, aber immer hochgespannte nationale Empfindung. Endlich am 28. März erfolgt die Kaiserwahl, die Frankfurter Deputation erscheint in Berlin und empfängt am 3. April die Antwort Friedrich Wilhelms IV., er sei vor dem Könige der Könige mit seinem Gewissen zu Rate gegangen und könne nicht mit einer Verletzung heiliger Rechte und ohne das freie Einverständnis der Fürsten eine entscheidende Entschließung fassen, müsse es vielmehr der Beratung der deutschen Regierungen vorbehalten, ob die Verfassung den Einzelnen wie dem Ganzen frommen werde.

Am Tage darauf finden wir an der Spitze der Zeitung einen von

1) Es wird uns leicht, den Anteil Härings an dem Inhalt der Zeitung — abgesehen von kleineren Redaktionsnotizen — festzustellen, da am 21. Januar 1849 die Redaktion ausdrücklich erklärt, daß unter den leitenden Artikeln von dem Mitredakteur Häring nur die mit einem vorangestellten □ Zeichen herrühren. Zu den so bezeichneten gesellen sich nur noch einige, die mit W. H—g unterschrieben sind. Es sind im ganzen etwa 16 an der Zahl. Sie stammen aus der Zeit vom 24. Januar bis Mitte Mai 1849. Doch ergreift er noch einmal am 30. Dezember 1849 das Wort.

flammender Erregung erfüllten, atemlos niedergeschriebenen Erguß des Dichters, der sich unerbittlich richtend unmittelbar gegen die Worte des Monarchen wendet: „Wo der „König der Könige" seinen Sturm wehen ließ über die Erde, fielen auch Kronen wie Spreu im Winde. Nicht das Alter, nicht das heiligste Salböl auf der Stirn schützte. Der Geist des angerufenen Königs war nicht bei den frommen Männern, welche die heiligen und unantastbaren Pflichten und Rechte der Einzelnen sorgfältiger achteten als das große Gemeinwohl, sondern bei denen, welche, die Zeit und ihre Not erkennend, das thaten, was für alle Not war, und nach dem Schwert, dem Scepter, der Krone griffen, die allein Schutz vor dem Wüten, Ordnung in dem Chaos versprach, die da nicht fragten, ob dieses oder jenes Recht dadurch gekränkt wurde, denn vor dem heiligsten Rechte der Selbstrettung eines großen Volkes verschwindet das verbriefte und versiegelte Recht der Gewaltigen wie der Kleinen, wie Spreu im Winde. Wie man ihre Wunden heilt, ihre Verluste entschädigt, ist nachher Frage. Diese großen Männer sind die Leuchtpunkte in der Geschichte des Menschengeschlechts. Ohne sie wäre die Welt in Verdummung oder Barbarei versunken; darum, selbst wo ihre Hände von Blut gefärbt sind, waren sie die Wohlthäter der Völker. Sie sind es, die unsre Geschichte gemacht, die mit der Kraft, die ihnen Gott gegeben, den Wagen fortrissen aus den alten Geleisen, trotz des Angstschreies, trotz der Gespenster, die man beschwor, sie von ihrer Vermessenheit zurückzuschrecken, und ihre Thaten sind der Quell unsrer Geschichte, sie sind unsre Geschichte selbst, von dem König der Könige gemacht, zugelassen; oder die hätten Recht, die da behaupten, es wäre unsre Geschichte, unsre Welt und wir alle ohne Gott!" Wie mit des Dichters Herzblut geschrieben klingen diese dem empörten Innern entströmten Worte. Später wird er wieder ruhiger, bleibt aber immer bitter und schmerzvoll bewegt. Er meint, die Partei werde sich täuschen, die da glaube, die deutsche Nation sei nun über ihre wichtigste Angelegenheit zum Schweigen gebracht. Und als Graf Brandenburg in des Königs Auftrage vor den preußischen Kammern der öffentlichen Meinung Deutschlands sein „Niemals! Niemals" entgegensetzt, beklagt er das Wort als eine unwiderrufliche Absage an das deutsche Volk. Die stolzen Preußen, die das nicht als ein Geschenk annehmen wollten, was ihnen ohnehin dereinst zufallen müsse, schilt er Egoisten. Käme es wirklich einmal zur Einheit, so werde unfreiwillig und mit grollendem Herzen erfolgen, was jetzt mit Freuden möglich war. Die Entgegnung, daß ein Steuermann gefehlt habe, der das Schiff in den Hafen führte, läßt er nicht gelten. Er klagt den Berliner Hof an, daß er den

treuen, klaren, mutigen Heinrich von Gagern, der Deutschland retten konnte, von sich gestoßen und zu Falle gebracht habe. Dann schweigt er wohl wochenlang und erklärt sein Verstummen aus Ekel und Schmerz über den herzzerreißenden Ausgang der nationalen Hoffnungen, und weil er mit denen kämpfen müßte, die er ehre und liebe. Er verteidigt sich gegen den Vorwurf der demokratischen Gesinnung. Er nimmt es als sein gutes Recht in Anspruch, als preußischer Schriftsteller, der ein Leben dichterischer Thätigkeit den Großthaten der Hohenzollern geweiht, so zu reden. Er habe die großen Männer gepriesen, die mit Charakterstärke und eisernem Willem rücksichtslos thaten, was ihre Zeit forderte. Wenn sie ein Volk nach ihrem Bilde schufen und ein stolzes Volksbewußtsein hervorriefen, so verlange nun das mündige Volk von ihnen die Befriedigung seiner nationalen Hoffnungen. In der That war es ein merkwürdiges Schicksal Härings, daß, wie er am 19. April 1849 an seinen Freund Putlitz schreibt, „er, der bis dahin als Dichter, in der Idee des Preußentums, der Hohenzollernschen Mission mit allen Kräften aus vollster Überzeugung gelebt, sich nun gedrungen fühlte, gegen dieses specifische Preußentum mit allem, was ihm an Kraft blieb, zu kämpfen [1])." Es ist überflüssig, an den Gedanken des Dichters Kritik zu üben. Wir segnen jetzt das Geschick, daß die Frucht der deutschen Einheit nicht vor der Reife vom Baume fiel. Aber trotz alledem wirkt imponierend und ergreifend auf uns, die die Erfüllung gesehen haben, des Mannes mächtige Sehnsucht nach dem rettenden Manne und seine klare Erkenntnis, daß „nur eiserner Wille und kräftige That Deutschland aus seiner Fäulnis und Erstarrung reißen könne" [2]).

Bald verstummte er ganz als Publizist. Sein Herz war zu leidenschaftlich, sein Gemüt zu weich und empfindsam, als daß er in dem Tagesstreit der politischen Meinungen dauernd hätte leben können. Tief verwundet zog er sich zurück. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß die herben, politischen Erfahrungen dieses Jahres die Schwungkraft seines Geistes gelähmt haben und dem Gleichgewicht seines Dichtergeistes verhängnisvoll gewesen sind. Steht er vor 1848 auf der Höhe heiterer, lebensfrischer Schöpferkraft, so konnte nun das Gemüt des Dichters dem niederschlagenden Eindrucke der Reaktionsjahre nicht entfliehen, in denen Preußen seiner deutschen Aufgabe ganz vergaß. In der Verstimmung jener hoffnungslosen Periode versenkte er sich in die Zustände des preußischen Staates vor 1806 und schrieb 1852 den Roman: Ruhe ist

1) E. zu Putlitz, Gustav zu Putlitz. Ein Lebensbild. Berlin 1894. I, 67 ff.
2) Voss. Zeitung v. 30. Dezember 1849.

die erste Bürgerpflicht, der jene berüchtigte Mahnung des Gouverneurs Schulenburg nach der Schlacht bei Jena als Titel führt, weil der Autor diesen Ausspruch gewissermaßen als die Devise der verhängnisvollen Zeit vor Preußens Fall betrachtet. Indem er die verweichlichte geistreichelnde Generation vor der Katastrophe von Jena schildert, hält er seiner Zeit einen Spiegel vor. Die düsteren Bilder, die er entwarf, sollten seinem Volke die ernste Mahnung zurufen, den Staat nicht wieder in verhängnisvolle Lethargie versinken zu lassen, sondern dafür zu sorgen, daß die hohen Opfer der Freiheitskriege nicht vergeblich gebracht seien. Wie die großen Geschichtsschreiber Droysen und Häusser, die in jenen trüben Tagen die Werke entwarfen, die Preußens deutschen Beruf erweisen sollten, will der Dichter mit seinem Romane der großen nationalen Sache dienen und die preußisch-deutsche Zukunft vorbereiten helfen. — Vielleicht ist dieser Roman das geistreichste Buch Härings. Mit erstaunlicher Kunst werden uns alle Stände der Berliner Gesellschaft um die Wende des Jahrhunderts (von 1803—1806) vorgeführt, die regierenden Kreise in der politischen Auffassung gezeichnet, wie sich Steins berühmtes Memoire äußert. Der Dichter verzichtet mit Recht meist darauf, uns die führenden Personen selbst darzustellen; aber er stellt an ihrer Stelle ihnen ähnliche typische Gestalten in den Vordergrund, die sie gewissermaßen vertreten. So erscheint nicht Lombard selbst, sondern der geheime Rat Bovillard, der mit seiner Vorliebe für französische Dichtung, — er schickt anonyme Poeme in die Vossische Zeitung — seiner Frivolität, seinem Verkehr in unwürdiger Gesellschaft, seiner niedrigen Herkunft wie ein Abbild Lombards erscheint. Neben dem im Hintergrunde bleibenden Rüchel tritt ein General auf, der wie Rüchel mit dem bekannten, von Clausewitz stammenden Worte: „eine aus lauter Preußentum konzentrierte Säure" charakterisiert wird[1]). Endlich ist der junge Bovillard, der sich aus einer wüsten Jugend zu männlicher Vaterlandsliebe erhebt und seine Verfehlungen durch einen Heldentod sühnt, der Gestalt des Prinzen Louis Ferdinand nachgebildet. So viele meisterhafte Einzelheiten das Werk zeigt, so wirkt es doch im ganzen unerfreulich. Im Mittelpunkte stehen zwei Verbrecher, die Geheimrätin Lupinus, eine vornehme Giftmischerin wie die historische Ursinus, in allen Einzelheiten dem geschichtlichen Urbilde nachgezeichnet, und der Legationsrat Wandel, der ebenfalls fast in allen Zügen einem verbrecherischen Abenteurer jener Zeit (Wilster, genannt Baron von Essen) gleicht, dessen Prozeß Häring im neuen Pitaval

1 Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. 1852. 2. Bd. S. 90.

erzählt hatte[1]). Der Dichter will in diesen Verbrechersexistenzen offenbar Giftpflanzen schildern, die mit Naturnotwendigkeit auf dem Sumpfboden der raffinierten Kultur des damaligen Berlins aufwachsen mußten. Aber es ist offenbar sehr bedenklich, durch eigentliche Kriminalverbrechen eine Zeit charakterisieren zu wollen, zumal durch solche, welche auf geistige Abnormität hindeuten[2]). Überhaupt kommt in dem Buche zu wenig zur Anschauung, daß bei alledem ein tüchtiger Kern im Volke und in den gebildeten Klassen steckte. W. Alexis selbst nahm den Stimmen gegenüber, die da meinten, er habe hier das Gemälde der Sünde und der Erniedrigung mit zu brennenden Farben gemalt, für dieses Werk andere Gesetze in Anspruch als die Vorschriften Scottischer Dichtung, die mit elegischer Ruhe die Zustände eines gewesenen Volkes schilderte; ihm hätte der brennende Schmerz noch blutender Wunden seines Volkes die Farben und Tinten zu einem Gemälde eingegeben, das ein Teil seiner selbst geworden sei[3]). Die Fortsetzung des Romans, Der Isegrim, spielt in der Zeit der Franzosenherrschaft und führt uns auf das märkische Land. Prachtvolle Kernfiguren realistischer Menschen sind der Schulze Köpke, der Kutscher Lamprecht und die derbe, rüstige Martha. Wie in diesen trägen, meist nur auf den nächsten Vorteil bedachten, schwerfälligen Bauernnaturen unter dem Druck und Schimpf der Fremdenherrschaft allmählich Trotz und Haß erwachen, wie sie zu Schill gehen, um auf eigne Hand gegen die Franzosen zu kämpfen, ist meisterlich dargestellt. Aber in der Ausführung der Hauptfigur, des bärbeißigen Junkers Major von Quarwitz auf Jlitz[4]), zeigt sich schon das Ermatten des reichen Dichtergeistes. Ursprünglich als ein Urbild starr aristokratischen, aber patriotischen Sinnes entworfen, handelt der Held durchaus unwahrscheinlich und seinem innern Wesen widersprechend[5]). Am Schlusse skizziert der Dichter nur ganz kurz die Tage der Befreiung. Es hatte ursprünglich in seiner Absicht gelegen, den beiden genannten düsteren Romanen durch einen dritten: Großbeeren, einen versöhnlichen Abschluß

1) Die Ursinus hat Häring im 2. Bande des neuen Pitaval (1842) behandelt, Wilster im 9. Bande (1846) S. 387–488. Der Giftmord in der Restauration von Dallach mit allen Nebenumständen ist der Prozeßgeschichte genau nachgebildet. Hierauf bin ich von Herrn Amtsgerichtsrat Dr. Holtze freundlichst aufmerksam gemacht worden.

2) Jul. Schmidt, Will. Alexis a. a. O. S. 139.

3) Isegrim. Schluß. III, 359.

4) Bekanntlich hat v. d. Marwitz dazu Modell gestanden.

5) Vergleiche hierzu die Besprechung des Romans durch G. Freytag in seinen Werken.

zu geben. Daß dies unterblieb, ist bezeichnend für die Stimmung des Autors, der seine herbe Verurteilung der Zustände der Gegenwart nicht verhehlte. Seine innerste politische Meinung über jene Tage ruht wohl in der ergreifenden Leichenrede auf den alten Isegrim. Am Sarge des schroffen altpreußischen Junkers und des tapferen Helden der Befreiungskriege preist sein Schwiegersohn, der auch schon hochbetagte Pastor Mauritz, mit Sehermunde die großen, schöpferischen Geister der Vergangenheit, die oft gewaltsam und rücksichtslos, aber Gott im Auge nur für ihre Nachkommen gedacht und gewirkt hätten, und klagt die schlechte Gegenwart an, in der nur falsche Propheten in Stahl und Feuer gerüstet erscheinen, aber keine wahrhaft freien und großen Geister, um die Welt zu retten und zu erlösen aus den Ketten des Egoismus [1]).

In dem letzten Romane des Autors, Dorothe, worin die zweite Gemahlin des Großen Kurfürsten als eine mattere Wiederholung der Geheimrätin Lupinus erscheint, die freilich nur bis zur Gedankensünde kommt, wiegt bei aller Meisterschaft in der Landschaftsmalerei das Unerquickliche noch mehr als früher vor. Schon breitete eine verhängnisvolle Krankheit ihre dunklen Fittiche über des Dichters Geist. Ein wiederholter Schlaganfall zwang ihn seit 1856, seine litterarische Thätigkeit ganz aufzugeben und nur seiner Gesundheit zu leben. Er zog nach Arnstadt, wo er ein Haus mit schönem Garten erworben hatte, verfiel aber immer mehr in unheilbares Siechtum. Die rechte Hand und der rechte Fuß waren gelähmt, das Sprachvermögen hatte gelitten. Er konnte sich nicht mehr verständlich ausdrücken. So brachte er über ein Jahrzehnt in hilflosem Zustande zu, von seiner Gattin in treuester Liebe gepflegt. Zuerst gingen noch alte und neue Freunde im gastfreien Hause ein und aus, aber allmählich wurde es doch immer einsamer um den stillen Dulder.

Als letztes großes Ereignis seines Lebens drangen im Jahre 1871 noch die Siegesbotschaften unserer Heere, die Kunde von dem neugegründeten Reiche deutscher Nation durch den dunkeln Flor, den sein Leiden ihm um Haupt und Sinne gelegt hatte. Mit Worten konnte er nicht mehr aussprechen, wie hoch es ihn beglückte, daß sein Jugendtraum zu herrlichster Erfüllung kam. Aber in seinen freudig glänzenden Augen sah man die tiefe Glücksempfindung, wie Moses sterbend noch in das Land der nationalen Verheißung zu schauen. Als ihm auf Antrag des Kronprinzen im Jahre 1867 der König Wilhelm den Hohenzollernschen Hausorden verlieh und damit eine Ehrenschuld der Dank-

1) Isegrim. 1854. III, 353—57.

barkeit gegen den hochverdienten vaterländischen Dichter abzahlte, war der Greis freudig bewegt darüber, daß sich der Monarch seiner erinnert hatte.

Am 16. Dezember 1871 starb er. Als zum ersten Male im neuen Deutschen Reiche die Weihnachtsglocken läuteten und die Lichterbäume durch die Winternacht glänzten, hatte der müde Pilger, der Sänger brandenburgischer Geschicke, die letzte Ruhestätte erreicht.

Niemand bezweifelt, daß vieles von den Schöpfungen des Dichters der Vergessenheit anheimfallen wird. Ja auch in seinen besseren Werken finden sich leicht in die Augen springende Mängel. Was die meisten Leser zuerst abschreckt, ist die Breite der Darstellung, die Undurchsichtigkeit der Komposition und die ungleichartige Durchführung des Ganzen. Oft ermattet der Dichter weit vor dem Schlusse, und es gelingt ihm nicht immer, seine großen poetischen Gedanken rein durchzuführen. Und dennoch stellen ihn seine einzigartigen Vorzüge auch heute noch in die erste Reihe der Verfasser historischer Romane.

Man hat Willibald Alexis den märkischen Walter Scott genannt, und man wiederholt heute bisweilen das Wort mit einem Anfluge von mitleidigem Lächeln, indem man denkt, beider Periode sei dahin. Unser Dichter gab zu diesem Vergleiche selbst den Anlaß, indem er durch eine persiflierende und eine ernsthaft gemeinte Nachahmung des schottischen Dichters seine Laufbahn begann. Aber so gewiß Scott dem jüngeren Dichter die Rennbahn des historischen Romans gezeigt hat, so wenig ist die Bedeutung Härings mit dem Worte eines Nachahmers des Schotten erschöpft. Auf steilerem Wege hat, wie wir meinen, Alexis eine größere Höhe künstlerischer Charakteristik erklommen. Wie viel leichter wurde es dem schottischen Edelmann, den Weg zu seinem Schaffensgebiet zu finden, als dem hugenottisch-schlesischen Beamtensohn, der in die Mark verpflanzt wurde. Einem uralten schottischen Clan entsprossen, nach dessen verfallener Stammburg Scott als Knabe alljährlich wallfahrtete, dessen Glieder seit Jahrhunderten mit der Sage und Geschichte der schottischen Marken aufs innigste verwachsen waren, dessen Familienzusammenhang noch lebendig fortbestand, begann Scott damit, die Ruhmesthaten seines Geschlechts zu verherrlichen und umfaßte allmählich das größere Vaterland. Stolz, in dem Felsboden, der ihn erzeugt hatte, festzuwurzeln, verjüngte er seine Dichterkraft immer wieder durch die Berührung mit der mütterlichen Erde. Glücklich, einem großen Volke anzugehören, das in ungebrochener Entwicklung durch romantische Kämpfe mit Achtung des Alten zu einem modernen Einheitsstaate erwachsen ist,

durfte er sich nur unbefangen in die Überlieferung seines Geschlechts vertiefen, um allen Volksgenossen zum Herzen zu sprechen.

Wie anders bei Häring. Er mußte mit unsäglicher Mühe die Trümmer ausgraben, unter denen die verschütteten Quellen der vaterländischen Geschichte verborgen waren. Eine natürliche Vorliebe führte ihn schon früh zu vaterländischen Stoffen. Aber den rechten Weg, diese Gegenstände künstlerisch zu beleben, entdeckte er erst ganz allmählich. Die Beobachtung alter Soldatenoriginale des fridericianischen Heeres, wie er deren eins im Korporal Lungenbrand in der „Schlacht von Torgau" schildert, die Überlieferungen der hugenottischen Kolonie, der er entstammte, öffneten ihm erst das Auge für packendes Zeitkolorit, und der Erfolg zeigte ihm, was er vermochte. Von hier aus führte ihn tiefes Studium und kulturgeschichtliche Divinationsgabe in das märkische Mittelalter zurück, und aus den trockenen Urkundenregesten Fidicins, aus den fragmentarischen Chroniken des Hafftitz und Creusing las er ergreifende Menschenschicksale und die ganze Lebensfülle einer längst vergangenen Kultur heraus. Indem er mit tiefem Naturgefühl dem märkischen Sandboden, seiner dürren Heide, seinen einsamen Seenspiegeln poetisches Leben verlieh, hörte er, unter der Zaubereiche der Heimatsliebe träumend, in der Äolsharfe ihrer Zweige die Stimmen von Jahrhunderten wieder. Und wie er uns die einfachen Reize der märkischen Natur, das äußere Leben der Vergangenheit nahe bringt, so ist ihm weiter die köstliche Gabe verliehen, das rätselhafte Weben der Volksseele vergangener Tage zu belauschen. Etwa nur Gustav Freytag hat es in gleichem Maße wie Willibald Alexis verstanden, die Stimmungen und Ahnungen des Volkes unter der Einwirkung der Zeiten bloßzulegen. Im Cabanis tritt uns das Fühlen der fridericianischen Soldaten nahe, im Roland die trotzigen Gedanken der ansässigen Handwerker, im Werwolf sind die Ideen der Reformation im Gemüte der Ritter, der Knechte und der Frauen meisterlich gespiegelt. Ein besonders feiner Zug ist in „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" das sentimentale Fest der Hausvoigteigefangenen mit dampfender Punschbowle unter ihrem Kerkermeister zu Ehren der hingerichteten Kindesmörderin, höchst charakteristisch für die schwächliche Humanität des Zeitalters. Und wie bezeichnend für die Zeit des konfessionellen Gezänks ist in der Dorothe die Scene, wo der alte lutherische Übelthäter auf der Galgenleiter mit seinem calvinistischen Beichtvater in einen Disput über die guten Werke gerät.

Mit der Feinheit kulturhistorischer Seelenmalerei hängt die Kunst traitvoller Charakteristik eng zusammen. Auf dem Höhepunkt seines Schaffens hat Willibald Alexis darin Großes geleistet. Am besten

gelingen ihm derbe, männliche Gestalten aus dem Volke oder dem Volksempfinden nahestehende Charaktere wie die Junker des 16. Jahrhunderts, im Roland von Berlin Bartz Kuhlemey, der Ratsherr Niklas Perwenitz und andere, im Cabanis der verlorene Sohn Gottlieb. Freilich stellt er sich öfter verwickelte Seelenprobleme, und dann gelingt ihm nicht immer die reine Ausgestaltung seiner Ideen. Eine merkwürdige Vorliebe hat er, wohl aus der Zeit seiner romantisch-ironischen Periode, aber auch von Natur, für Charaktere, die ein zwiespältiges Doppelleben führen, die etwas anderes sind, als sie scheinen, und mit einer großen Lüge durch die Welt gehen. Die Ironie spielt schon eine große Rolle bei den harmlosen Schelmen, die er mit vieler Liebe schildert, wie dem in mutwilligen Streichen unerschöpflichen Raschmacher Henning Molner und dem Barbier Hans Ferbitz. Ins Dämonische spielt dann der wilde Hake von Stülpe, ein prachtvoller märkischer Mephisto. Am tiefsten — bis zur ergreifenden Tragik — ist das Problem eines solchen Doppellebens in der Gestalt des falschen Woldemars gefaßt; aber es scheint, als ob der Dichter selbst ein Vergnügen daran fände, den Leser geschickt zu äffen und ihn absichtlich in Unklarheit über die Echtheit des Mannes zu lassen. Ein höchst interessantes Gegenstück zum falschen Woldemar ist die Gestalt des tief verschlagenen Karl IV., das beste historische Charakterbild, das Alexis je gelungen ist. Auch sonst finden sich in des Dichters Werken überall derartige zweideutig schillernde Gestalten von der düstern Novelle Acerbi an, die der Dichter für sein bestes Jugendwerk hielt[1]), bis zu der Geheimrätin Lupinus und dem Legationsrat Wandel in „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" und der Kurfürstin Dorothea im Roman[2]). Die seltsamste Schelmenfigur in dieser Reihe ist der französische Oberst Espignac im Isegrim, der, einstmals Konditorssohn, Kellner, Komödiant und Kunstreiter in buntem Wechsel, jetzt als Kavallerieoffizier die krankhafte Manie hat, sich in eine altadelige Existenz hineinzulügen und den ehrenfesten, märkischen Edelmann zu täuschen versteht. Derartigen Schemen stehen aber die derben Kern-

1) In dem Helden dieser Novelle soll Alexis den Baron von Vacst, den Leiter der Breslauer Zeitung, gezeichnet haben. Kossuth, Mar Ring. Nord und Süd. März 1898. Über diesen schlesischen Sonderling vgl. auch J. Proelß Das junge Deutschland. 1892. S. 207.

2) Auch der nordische Graf im Hause Düsterweg, der den Geisterseher spielt um interessant zu erscheinen, und die Frauenseelen mit großem Raffinement verlockt, in den Zwölf Nächten der intriguante Streber Dr. Simon Strahlheim und Madame Löwlein, die femme incomprise, eine Vorstudie zur Lupinus und Dorothea, gehören zu dieser Gruppe.

gestalten aus märkischem Holze, an denen des Dichters Romane so reich sind, nur um so wirksamer gegenüber.

Schließlich kann man die Werke des märkischen Dichters nicht anders als mit dem liebenden Auge des Patrioten betrachten. Seine preußische Vaterlandsliebe, sein nationaler Stolz hat ihn in der That erst herausgehoben über die Novellisten gewöhnlichen Schlages. Indem es ihn drängte, in den trüben, thatenarmen Jahrzehnten des Vaterlandes das Heimatsgefühl der Zeitgenossen zu beleben und zu erwärmen, gelang es ihm, die ungesunden Einflüsse seiner Jugendbildung zu überwinden und die romantischen Spukgestalten, die ihn bisher begleiteten, zu verjagen. So gesundete seine Muse, indem sie national wurde und sich mit dem festen Glauben an die hohe Bestimmung der Hohenzollern und ihres Staats erfüllte. Sein Patriotismus war nicht beschaulich, wie der Walter Scotts, er war ein Patriotismus der Sehnsucht und des Kampfes, und darum soll das Andenken an diesen Dichterkämpfer in den Annalen unserer nationalen Geschichte unter uns nicht erlöschen, die die Erfüllung seines Sehnens, den Sieg nach dem Kampf erlebt haben.

Das Jahr 1898 hat neben seine Gestalt, die, schon fast vergessen, die Centenarfeier in Erinnerung brachte, die Theodor Fontanes gestellt, der im höchsten Alter noch rüstig wirkend uns entrissen wurde. Beide stammen aus Familien der französischen Kolonie, die auf preußischem Boden festgewachsen sind, und vereinigen mit deutschem Ernst französischen Esprit. Beider Schaffensgebiet war die poetische Erzählung, Ballade und Roman, während lyrische Stimmung und dramatische Effekte ihnen fern geblieben sind. Beide behandeln mit Vorliebe, ja fast ausschließlich, märkische und berliner Stoffe. Willibald Alexis hat dieses Gebiet für die Litteratur entdeckt, und Fontane wandelt in seinen Preußenliedern, seinen märkischen Wanderungen denselben Weg, den Häring mit seinen Romanen und seinem köstlichen, zum Volksliede gewordenen Fridericus Rex vorangegangen war. Häring wie Fontane begannen beide damit, wie Scott, altenglische Volkslieder nachzudichten, schottisch-englische Landschaften zu schildern und die britische Vergangenheit zu verherrlichen. Aber wie Fontane auf dem Loch leven mit seinen stolzschmerzlichen Erinnerungen sich des Rheinberger Sees erinnerte, den die Gegenwart eines königlichen Genius geweiht hat, so war Alexis bald genug von der Walliser Felsklippe auf die märkische Heide zurückgekehrt.

Doch bei aller Verwandtschaft, wie verschieden sind Charakter und Werke beider Männer. Man kann keineswegs, wie es zunächst nahe läge, Fontane einfach als Schüler Härings bezeichnen; denn so wenig

der Einfluß wegzuleugnen ist, den der Vorgang des ersten specifisch märkischen Dichters auf Fontane gehabt haben muß, so hat doch dieser selbst erklärt, daß er Häring niemals im Verkehr nahe gestanden und auch seine Werke erst im späteren Alter (näher) kennen gelernt habe. Jedenfalls liegt die eigentliche Größe Fontanes doch nicht vorzugsweise in seinen märkischen Wanderungen, die bei allem Reiz in Inhalt und Form nicht über den Wert einer flüchtigen Feuilletonplauderei hinausgehen, ebensowenig in seinen keineswegs mustergiltigen historischen Romanen oder in seinen markigen, aber zu wenig volkstümlichen Preußenliedern, sondern er erreicht die Höhe seiner Kunst am Anfang und am Schlusse seiner Thätigkeit in den schottischen Balladen und dem modernen Berliner Sittenroman. Dem gegenüber lebt Alexis lediglich durch seine historischen Romane und seine vaterländischen Volkslieder im Andenken seiner Nation fort, und man möchte sagen, mit der Entfernung von der Gegenwart wachsen ihm die Flügel. Vergleicht man nun die wenigen historischen Romane und Geschichten Fontanes mit denen Härings, so sind sie wie diese an köstlichen Genre scenen, an treu gezeichneten Landschaftsbildern reich, aber während der ältere immer darauf ausgeht, die großen, politischen Gegensätze der Zeit, die im Volke herrschenden Geistesströmungen, die staatlichen Kämpfe zu schildern, interessiert sich Fontane vor allem für die ergreifenden Schicksale der Einzelmenschen, ja er giebt mit Vorliebe idyllisches Stillleben wieder. Selbst in dem Romane „Vor dem Sturme", der die Zeit von dem Untergange der großen Armee in Rußland bis zum Ausbruch des Freiheitskrieges schildert, fällt es auf, wie wenig von der Gärung und Begeisterung der großen Zeit zu spüren ist, wie gerade die Jugend rein litterarischen Interessen hingegeben und der nationalen Sache gegenüber kühl gezeichnet ist. Es hängt dies offenbar mit dem innersten Wesen Fontanes zusammen. Er ist im Grunde, obwohl ihn das Schicksal wiederholt in enge Berührung mit den Organen der Tagesmeinung gebracht hat, ganz und gar unpolitisch gewesen und hat von jenem flammenden, patriotisch-politischen Pathos, das Willibald Alexis durchglühte, keine Spur. Der märkische Junker, den er so meisterhaft und liebevoll geschildert hat, erregt als Menschenspecies sein ästhetisch-künstlerisches Wohlgefallen, während er ihm politisch keineswegs nahesteht. Der ältere ist dem jüngeren unzweifelhaft an Reichtum und Tiefe des historischen Wissens überlegen. Auf der andern Seite erscheint dieser aber als der größere Künstler, insofern er seinen Gestalten objektiv gegenübersteht und sie als Menschen mit ihren Tugenden und Schwächen meisterhaft schildert, während Alexis den Wust der Arbeit nicht immer

ganz abgeschüttelt hat, oft mitten unter seinen Gestalten stehen bleibt und den freien Blick vermissen läßt, auch wohl namentlich gegen den Schluß der Schablone verfällt. Fontane weiß genau, was und wieviel er vermag, während sich jener unendlich oft über seine Fähigkeiten getäuscht hat. Daher bleibt dieser absichtlich gern in der Niederung der Poesie und hält sich meist in knappen, übersichtlichen Formen, während Willibald Alexis, von Begeisterung fortgerissen, einen hohen und weiten Flug nimmt, der nicht immer gelingt.

Vor allem war Fontane der Glücklichere und Gesundere. Körper- und Geistesspannkraft war ihm verliehen bis zum höchsten Greisenalter. In einer Zeit, wo sich andere zur Ruhe setzen, hat er Werke geschaffen, die seinen Dichterruhm gewaltig erhoben und durch seine virtuose Behandlung des modernen Lebens bis zuletzt eine führende Stellung unter der jungen Generation behauptet. Alexis hat sich durch seine heiße Leidenschaft früh aufgezehrt und ein unendlich trauriges Alter gehabt, elend dahinsiechend und von der Mitwelt fast vergessen. Aber auch in seinen früheren Tagen hat sein Schaffen allzuoft die ungesunde Neigung, geistige Krankheitszustände auszumalen, während Fontanes Gestalten umgekehrt meist des Feuers der Leidenschaft entbehren und allzuviel nüchternberechnenden Verstand zeigen.

Ist also der jüngere der feine, kühle Menschenbeobachter ohne fortreißende Leidenschaft, so der ältere ein Mann pathetischer Empfindung, der in der That seiner edelsten Gemütskraft, der mächtigen märkischen Heimatsliebe seine Dichtergröße und seinen Dichterruhm verdankt. Es ist der geniale Schöpfer des vaterländischen Genres, in dessen Behandlung er sich mit seinem Nachfolger glücklich ergänzt. Freue man sich also beider Männer und vergesse über dem jüngeren glücklichen modernen Dichter nicht den älteren Romantiker, der in dunkler Zeit für seine nationalen Ideale mit dem Herzblut zahlte, der sein Dichteramt stets in den Dienst des Vaterlandes stellte und in unerschrockenem Freimut auch vor dem Königsthrone, voll vaterländischen Stolzes dem Preußenaar den steilen Sonnenflug wies, der ihn seitdem auf herrliche Ruhmesbahnen geführt hat.

Kleine Mitteilungen.

Ein unbekannter Brief des Kurfürsten Joachim aus der Zeit der Kaiserwahl 1519.

Mitgeteilt von Dr. Adolf Wrede.

Im Mai 1519 nahmen Reiter Heinrichs des Jüngeren von Braunschweig-Wolfenbüttel einem Diener des Ritters Joachim von Moltzan, der damals als französischer Agent für die Wahl Franz I. in Deutschland thätig war, ein Packet Briefe ab, meistens Briefe hochstehender Persönlichkeiten an den Ritter. Sie wurden trotz aller Bitten und Klagen ihm auch später nicht zurückgegeben und befinden sich noch jetzt in dem Archiv zu Wolfenbüttel. Lisch hat sie zum größten Teil im fünften Bande seiner Urkundensammlung zur Geschichte des Geschlechts von Moltzan zum ersten Male veröffentlicht. Aber die Briefe sind nicht mehr vollständig vorhanden, es fehlen gerade die, welche uns für die Geschichte der Wahl am interessantesten wären, die Briefe des Kurfürsten Joachim, der mit Moltzan einen regen Briefwechsel unterhalten haben muß. Der Kurfürst forderte diese Briefe wieder zurück und sie sind ihm auch 1526 ausgehändigt worden (Lisch V 351). Seither sind sie nicht wieder an das Licht gekommen; auch im Berliner Hausarchiv habe ich vergeblich danach geforscht.

Vor einiger Zeit bin ich zufällig auf einen dieser Briefe aufmerksam gemacht worden; er findet sich (nicht im Original, sondern in einer sehr verderbten Abschrift des ausgehenden 16. oder des 17. Jahrhunderts) im Staatsarchiv zu Hannover (Verz. d. Mj. F. 6). Die Abschrift geht jedenfalls auf eine vor der Rücklieferung von braunschweigischer Seite genommene Kopie zurück. Weitere Spuren der Briefe vermochte ich nicht zu entdecken.

Der Brief, datiert vom 20. Februar, versetzt uns in die erste Zeit des Wahlkampfes; er ist sehr instruktiv, namentlich für das anfängliche Verhalten von Kurmainz, und bietet so eine wertvolle Ergänzung zu dem späteren Briefe des Kurfürsten Joachim an seinen Bruder Albrecht vom 20. April (Reichstagsakten I 576 ff.).

Ich lasse das Schreiben im Wortlaut folgen:

Lieber herr Jochim. Diessen morgen, als ich noch im bedde gelegen, ist mir [in] meines herrn und bruders handschrift ein brief zugekomen, darinne mir S. L. under andern angezeigt, dass [der] Konig von Frankreich ime auch ein post geschickt[1]) mit anzeigunge, dafs ein botschaft hernach kahme und hat S. L. Ko. W. darauf geantwortet, das S. L. mir in diesen sachen folmacht geben habe zu handeln und [zu] beschliessen, darum bat[2]) S. L. ihne mit der botschaft verschonen [zu] wolle[n] aus velen ursachen und sunderlich diefsen, dafs sich S. L. besorgt, es werde seinen leuten im stichte[3]) zu Meintz dermafsen wisgemacht werden, das man bishero in diesen sachen verborgen hette. S. L. sei aber doch geneigt seine verschribunge zu folgen und noch zu thun; darumb wollest[4]) [du] mit disser[5]) post euern [Konige[6])] och anzeigen, dafs solches geschehen möge, dann ich bitt es und rath es, es soll auch[7]) dem handel mehr zudreglich sein. Item in meines bruders artickel sold ir noch mit einsetzen, dafs im das segel und dye[9]) canzeleie schal seinem ampte noch zu diensten vorbehalten sein[10]). Item vorgefset auch nit der pension und vorerunge[11]) meiner rethe und diener, als von Brandenborck[12]), Melchior Pfuhl[13]), ern Bernd von Saltz und des Drohers; und ob der pot weg wer, so schicket im elende noch; daranne dod ihr mir sunderlich gefallen, in gnaden zu erkennen. Wan ich weder zu euch kome, will ich euch wol seltzamer neue zeitung vermelden. Datum elende Spanch[14]) sontag septuagesima, mein hand. 1519.

1) Der Erzbischof von Mainz hatte davon schon am 7. Februar dem Kurfürsten von Sachsen Mitteilung gemacht, s. RTA. I 198 Nr. 32.
2) Hs. hat.
3) Sic! Hs. es werden seine leute und stichte.
4) Hs. willet.
5) Hs. düssen.
6) Hs. R, wohl ursprünglich eine Chiffre.
7) Hs. eich.
8) Hs. den.
9) Hs. de.
10) Vgl. RTA. I 409 Nr. 3.
11) Hs. vrehrige.
12) Hieronymus Schulz, Bischof von Brandenburg. Es sind wohl dieselben Räte, für die auch 1518 Pensionen ausgesetzt waren (RTA. I 107), statt Bernd von Saltz ist wohl zu lesen Bernd von Zedwitz, statt des Drohers jedenfalls Thomas Krull, vgl. auch RTA. I 529.
13) Hs. Phal.
14) Spanch ist jedenfalls verderbt, und, da Kurfürst Joachim damals in Berlin gewesen zu sein scheint, wohin Moltzan bald darauf zurückkehrte, wohl aus Coln an der Sprew. Vielleicht steckt auch das Coln an der im elende, obwohl „eilendē" bei der Datierung ja nicht ungewöhnlich ist; man würde sich dann eher die Entstehung von Spanch aus Sprew erklären können.

Reskript des Großen Kurfürsten über die Ansiedelung clevischer Landwirte im Herzogtum Preußen vom 8. Mai 1642.

Mitgeteilt von Otto Meinardus.

Es ist bekannt, daß der Große Kurfürst seit dem Jahre 1648 holländische Kolonisten in die Kurmark zog, um die Domanenwirtschaft zu verbessern. Dieser Versuch ist, wie Breysig in seiner Geschichte der Finanzen geschildert hat, im wesentlichen mislungen. Aus dem hierbei abgedruckten Reskript erfahren wir, daß der junge Fürst kurz nach Antritt seiner Regierung clevische Landwirte in das Herzogtum Preußen berufen wollte. Damals war die von seinem Vater begonnene Reform der Domänenverwaltung oder vielmehr der ganzen Finanzen[1] im wesentlichen abgeschlossen, es galt nun, erfahrene Landwirte aus den westlichen Gegenden zu gewinnen, um eine reifere wirtschaftliche Kultur in Preußen einzuführen und die Erträge der Domanen zu steigern. In dieser Absicht erließ der Kurfürst das Reskript an die clevische Landesregierung zu Emmerich, welches über die Ertragsfähigkeit des Landes und über alle die Privilegien und Freiheiten Aufschluß giebt, welche den Leuten aus Cleve zuteil werden sollten, mit dem Befehl, es in Cleve öffentlich bekannt machen zu lassen. Durch die eingehende Behandlung des Gegenstandes wird diese Verfügung, welche die Aufbesserung der bedrängten Lage des clevischen Landes zum Anlaß nimmt, gewiß besonderes Interesse erregen. Indem ich auf sie selbst verweise, bemerke ich nur noch, daß ich über deren Erfolg nichts ermittelt habe.

Kurfürst Friedrich Wilhelm an die clevische Landesregierung zu Emmerich. Königsberg, 8. Mai 1642.

Präsent. Embr. am 5. Juni 1642.

Ausfertigung aus dem landständischen Archiv von Cleve-Mark im Staatarchiv Münster Nr. 26.

Nachdem Wir von Tage zu Tage mehr als Uns lieb in Erfahrung bringen, wie auch in den clevischen Landen Unsere Unterthanen dergestalt ruiniret worden und noch ferner ruiniret werden, daß sie guten Theils sich schon in die benachbarte Örter haben begeben, ihrer Viele denselben auch noch werden folgen müssen; und aber dieselbe auch bei itzigem Zustande die gesuchte Sicherheit in den benachbarten Orten nicht werden haben können, als geben Wir euch hiermit in Gnaden zu vernehmen, welchergestalt Wir aus landesfürstlicher vaterlicher Vorsorge Uns derselben so hoch bedrängten Unterthanen anzunehmen und denselben alhier in Unserm Herzogthumb Preußen gewisse gut nutzbare Huben, deren annoch eine große Anzahl unbesetzet sein, zu überlassen und einzuraumen entschlossen sein, deren sie sich dann in gutem gewünschten Frieden zu ihrem und der Ihrigen Unterhalt zu gebrauchen haben werden. Ob nun wol die endliche Berechnung und Vergleich dieses Orts mit den Unterthanen

1) Vgl. hierzu besonders J. Triebel, Die Finanzverwaltung des Herzogtums Preußen von 1640—1646. Leipzig 1897.

zu treffen sein wird, so haben Wir euch dennoch umb mehrer Gewisheit willen, und damit die Leute umb so viel ehe Lust und Begierde sich anhero zu begeben gewinnen, Unsere gnädigste Willensmeinung, wie die Leute anhero zu bringen und ohngefährlich mit denselben zu tractiren und zu schließen sein möchte, hiermit gnädigst entdecken wollen und zwarten

Anfangs, so ist Unsere Meinung, daß die Leute auf Unsere Kosten, darzu dann aus einem jeden Ambt, darunter die Leute gehören, leichtlich Rath wird geschaffet werden können, sambt Weibern und Kindern nach Ambsterdamb an Unsern Factorn Johann Bohmen geliefert werden sollen, welcher von Uns befehliget ist, dieselbe darauf ferner frei und auf Unsere Unkosten anherozuschaffen;

und soll ihnen, nachdem das Land gut ist, die Hube zu zwölf, funfzehn oder zwanzig Rthl. jährlich verpachtet werden. Der Scheffel Roggen bringet das siebende und achte Korn, wie auch ebenmäßig der Weizen; die Gerste und Haber aber das zehende und zwölfte Korn; wann der Acker öfter dann zweimal gepflüget wird, kann es auch wol ein Mehrers tragen. Eine Hube Landes hat dreißig Morgen in sich; darauf können dreißig Kühe geweidet werden. Weidland und Wiesenwachs wird alles mit unter die Huben und Acker gerechnet; den Brand kann ein jeder vor sich und seine Haushaltung vor zween Reichsthaler haben und bekommen.

So sollen den Unterthanen auch wol zu ihrem bessern Aufkommen anfangs nötige Pferde und Bestialen, als Kühe und Schweine, vor einem erträglichen Stücke Geldes zugestellet und ihnen dieselbe allgemach aus den Kornfrüchten zu bezahlen gelassen werden. Nicht weniger soll ihnen auch wohl anfangs zu Erkaufung einiger Mobilien ein Stücke Geldes vorgeschossen werden. Contributiones dürfen die Unterthanen nicht geben, es würden dann selbige auf öffentlichem Landtage, welches doch gar selten geschieht, sich auch nicht auf ein Hohes belaufen pfleget, landiret und bewilliget. So sollen sie auch aller und jeden Diensten ganz befreiet sein.

Es sollen auch diese Leute keineswegs als Leibeigene, sondern als Freie dergestalt gehalten werden, daß, wenn sie ihre Pachtjahre, so etwa zu 6, 9, 12, 18 oder 24 conditioniret werden können, ausgehalten und alle versprochene Schuldigkeit der Gebühr abgetragn, sie ihres Gefallens mit Weib und Kindern, Hab und Gütern von dem Gute wieder ab zum Lande hinaus ziehen oder auch im Lande bleiben, aus dem einem Ambt ins andere und von des einen Herren Gut auf des andern nach Belieben unbekümmert sich begeben können; da sie auch auf dem erst bestandenen Gut länger bleiben, neue Pachtung machen und, was Andere vor dem Gut zur Pacht versprechen möchten, geben wollten, so soll ihnen in regard, daß sie auf dem Gute sitzen, auch das Gut in gutem Bau gebracht, vor allen Andern die Praeferentz gegönnet werden. Da aber nach Verlauf der erst bedungenen Jahre sich der Grundherr und Pächter oder Baumann scheiden wollten, so soll ihnen die erweißliche Besserung gewiß und unfeilbar erstattet werden, wie man sich deshalb auch bei der Verpachtung wird zu vergleichen haben. Und im Fall sich ein Bürgersmann fände, der ein guter Oeconomus wäre, die Bauerei wol verstände und einige Bauren dero Orten annehmen, herausbringen, dabei

bleiben, die Ländereien vor sich pachten und dann den Bauern in anderwärter Verpachtung wieder über oder umb der Garbe bauen lassen wollte, so soll demselben auf den verpachten Ländereien eine gute Wohnung verschaffet werden, und muß er das Haus in baulichen Würden erhalten.

Und dieses ist, was Wir noch zur Zeit hierbei haben bedenken können. Damit aber dieses Unser gnädigst wolgemeintes Vorhaben zu männiglichen Wissenschaft gebracht werden möge, so wollet ihr dasselbe an Unsere gesambte clevische Beamte gelangen lassen und ihnen zu mehrer Nachricht copiam dieses Unsers gnädigsten Reicripts mit zuschicken damit sie solches ferner an die notleidende Unterthanen bringen; da deren einige sich anhero zu begeben Lust haben, dieselbe auf Amsterdamb an Unsern Factorn Johann Bohnen schicken und bis dahin mit nötiger Zehrung versehen mögen. Welchen Johann Bohnen wir schon gemessenen Befehl gegeben, wie die Ankommende weiter anhero zu schicken und zu bringen.

Vorschläge zu einem europäischen Friedensbunde im Jahre 1807.

Von Friedrich Holtze.

Die kürzlich in Haag versammelt gewesene Friedenskonferenz erinnert an einen kurz nach dem Frieden von Tilsit gemachten Vorschlag, einen dauerhafteren Frieden herzustellen, der allerdings nur ein frommer Wunsch geblieben ist. In den Nummern 18—21 des Intelligenzblattes zu den vom bekannten Kriegsrate von Gölln herausgegebenen Neuen Feuerbränden machte nämlich ein Anonymus, angeblich ein großer erfahrener pensionierter Staatsmann, „dessen Namen Ehrfurcht erwecken würde", in Wahrheit dagegen offenbar v. Gölln selbst, eine Reihe sorgfältig entwickelter, wenn auch praktisch kaum durchführbarer Vorschläge, um durch ein Bündnis der europäischen Mächte (ohne die Türkei) die Gefahren einer kriegerischen Verwickelung unter ihnen zu beschränken.

Man befand sich damals (Herbst 1807) zur Zeit der höchsten Erfolge Napoleons: neben Frankreich hatten nur das seit kurzem mit ihm eng verbündete Rußland und England ihre Großmachtstellung zu erhalten vermocht; alle übrigen Staaten waren darauf angewiesen, ihre Existenz durch den Anschluß an eine dieser Mächte zu bewahren, ein großer Teil stand bereits zu Frankreich im Vasallenverhältnisse. Die Vorschläge des Verfassers sind nun vom Wunsche geleitet, die Stellung der kleinen und kleinsten Staaten gegenüber diesen drei Großmächten zu einer stärkeren und selbständigeren zu machen und er sieht das Mittel hierzu in einem allgemeinen Bündnisse der sämtlichen europäischen Mächte. Er schlägt deshalb vor, daß bei dem alsbald zu erwartenden allgemeinen Friedensschlusse (mit England) unter Beitritt aller Mächte ein Bündnis errichtet werde, in dem sich jeder der Beitretenden verpflichten sollte, bei etwa entstehenden Mißhelligkeiten nicht eher zu den Waffen zu greifen, bevor er die Meinung der Bundesgenossen vernommen hätte. Zunächst sollte durch einen Beschluß der verbündeten Staaten festgestellt werden, wieviel

Kriegsschiffe und Soldaten jeder Staat mit Rücksicht auf seinen Gebietsumfang, seine Volkszahl und seinen Handel halten dürfe, und eine Abweichung von der ermittelten Zahl sollte ebenfalls nur auf Grund eines Bundesbeschlusses zulässig sein. Für je 20 000 Soldaten sollte dann jeder Staat eine Stimme erhalten und 10 Kriegsschiffe gleich 30 000 Soldaten gerechnet werden. Diejenigen Staaten, die keine 20 000 Soldaten hielten, sollten sich mit kleineren Nachbarländern besonders verbinden, und sollte in diesem engeren Bunde nach Mehrheitsbeschluß die zustehende Stimme abgegeben werden. Es werden hiernach die den einzelnen Staaten zu gewährenden Stimmen ermittelt. An der Spitze steht Großbritannien, dem 80 000 Soldaten und 100 Kriegsschiffe das Anrecht auf 19 Stimmen geben, es folgen Rußland mit 17, Frankreich mit 16, Österreich mit 10, Spanien mit 7 Stimmen; je 3 Stimmen werden für Schweden, Neapel (nach Vereinigung mit Sicilien), Preußen und Sachsen (mit Warschau), je 2 für Dänemark, Portugal, Italien, Bayern und Holland ermittelt; je eine Stimme sollen Sardinien (nach Zutritt von Malta, Ragusa und Marino), Württemberg (mit Baden, Darmstadt und Nassau), Westphalen, Mecklenburg, Oldenburg (mit den Hansastädten, dem Reste von Hannover, Fulda, Münster u. s. w.) und die Schweiz erhalten. Hiernach werden im Ganzen 97 Stimmen berechnet. Würde nun eine Mißhelligkeit zwischen zwei Bundesstaaten entstehen, so sollten diese kein Stimmrecht haben, von den übrigen aber ein Beschluß nach Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit nach Mehrheit der stimmenden Staaten gefaßt werden, dem sich die Streitenden zu unterwerfen hätten. Würde von einer Seite diesem Beschlusse nicht gewillfahrt, so sollte durch Exekution, deren Kosten der Ungehorsame zu tragen hätte, dieser Widerstand gebrochen werden.

Als recht unglückliches Beispiel fingiert hier der Verfasser einen Streit zwischen England und Rußland einerseits und dem Freistaate Ragusa andererseits in einer Handelsfrage. Es würden nach Abzug der Stimmen dieser Staaten noch 60 Stimmen übrig bleiben, die Majorität also 31 betragen. Es ist nun richtig, daß bei einem solchen Verfahren das machtlose Ragusa jenen beiden Großmächten völlig gleichberechtigt gestellt wäre; aber es ist schwer zu ersehen, wie die Mehrheit ihren Beschluß gegen Englands Flotten und Rußlands Landmacht hätte zur Geltung bringen können. Die Fehler liegen auf der Hand: 20 000 Soldaten bedeuten für jedes Land ein ganz verschiedenes Machtmittel; zehn Mächte mit je 20 000 Soldaten haben in ihrer Vereinigung noch lange nicht die Stärke der einen Macht, die über 200 000 Soldaten verfügt; eine Seemacht, der 20 Kriegsschiffe drei Stimmen geben, ist mit einer Landmacht, die für 60 000 Soldaten ebenfalls drei Stimmen hat, gar nicht in Parallele zu stellen, und es ist — um bei obigem Beispiele zu bleiben — etwas sehr verschiedenes, in einer so gleichgiltigen Sache, wie es jener Handelsstreit mit Ragusa für Europa gewesen wäre, mitzustimmen, als nachher dem Votum durch Waffengewalt Geltung zu verschaffen. Es ist daher anzunehmen, daß der Bundesbeschluß in dieser Sache nur dahin ergangen wäre, den streitenden Parteien die Austragung ihrer Mißhelligkeit selbst zu überlassen; man wäre also ohne Bundes-

beschluß auf demselben Punkte wie ohne einen solchen gewesen. Weiter übersieht der Verfasser bei der von ihm vorgenommenen Bewertung der Machtverhältnisse der einzelnen Staaten, daß damals (1807) ein großer Teil derselben, so Sachsen und Neapel mit je 3, Italien, Bayern und Holland mit je 2, die kleineren Rheinbundstaaten mit 4 und die Schweiz mit einer Stimme lediglich französische Vasallenstaaten waren, daß also Frankreich nicht über 16, sondern thatsächlich über 33 Stimmen verfügt hätte.

Sieht man von diesen großen Mängeln bei der Evolution ab, so muß man anerkennen, daß der Verfasser seine Vorschläge im Einzelnen recht sorgfältig ausgearbeitet hat: Stimmberechtigt sollten auch in konstitutionellen Staaten lediglich die Souveräne sein; ein Bundeskanzler mit sechs Assessoren und drei Sekretären, von denen je einer der deutschen, der französischen und der lateinischen Sprache mächtig wäre, sollten die Büreaugeschäfte des Bundes besorgen, in Streitfällen Beweiserhebungen vornehmen und über das Ergebnis den Bundesmitgliedern in Druckschriften Bericht erstatten. Aber diese Vorschläge sind nicht nur bis ins Kleinste ausgeführt, sondern der Verfasser bemüht sich auch, alle möglichen Einwendungen gegen seinen Friedensbund von vornherein zu widerlegen.

Schwierigkeiten würde es namentlich machen, wenn ein Staat seine Kriegsmacht über das ihm bewilligte Maß vermehren würde; in solchem Falle solle dann der Bund durch sein vorbereitendes Organ, den Kanzler und seine Assessoren untersuchen lassen, ob diese Verstärkung für jenen Staat notwendig wäre (etwa wegen Räuberbanden), oder ob sie durch Eroberungslust vernrsacht wäre. Würde letzteres festgestellt, sei durch Bundesbeschluß die Herabminderung anzuordnen und zu erzwingen. Eine solche Vermehrung der Truppen sei aber unwahrscheinlich — so fügt der Verfasser hinzu — viel eher sei anzunehmen, daß jeder Souverän im Vertrauen auf den Bund seine Kriegsmacht auf das äußerste Maß (Polizeitruppen) herabmindern werde, um so seinem Lande Kosten zu ersparen. Die Übelstände in einem Bundesheere, das zur Erzwingung der Bundesbeschlüsse auftreten müßte, würden grundlos überschätzt, habe doch Leonidas bei den Thermopylen für Verbündete gefochten und das große Genie (Napoleon) die meisten Staaten Europas mit Truppen aus aller Herren Länder überwunden. Die Gefahr endlich, daß die Kriege ganz beseitigt und damit der kriegerischen Tugend der Völker Abbruch geschehen werde, liege recht fern, da auch in jenem Bunde Kriege genug entstehen würden, namentlich solche, die der Bund selbst beschlösse, um ungehorsamen Mitgliedern seinen Willen aufzuzwingen; aber diese Kriege würden dann nur gerechte sein.

Die Geschichte der nächsten Jahre hat den Beweis für die völlige Unausführbarkeit der gutgemeinten Vorschläge erbracht: durch den Tilsiter Frieden hatte Napoleon gewissermaßen ein Mandat des ganzen europäischen Festlandes erlangt, England zum Frieden und zur Anerkennung der politischen Veränderungen in Europa zu zwingen. Dennoch konnte er dieses Mandat gegen England, das sich seit der Fortnahme der dänischen Kriegsflotte fast unverwundbar gemacht hatte, nicht zur Aus-

führung bringen und im Jahre 1812 erlag er, obwohl er mit dem ganzen Festlande Europas verbündet war, den Schwierigkeiten des russischen Kriegsschauplatzes.

Die Macht eines Staates und die Bedeutung seiner Stimme im Völkerrate hängt eben nicht nur von der Zahl seiner Soldaten ab; er muß auch in der Lage sein, durch eine ausreichende Kriegsflotte seine Interessen zu wahren und zu verteidigen.

Eine Denkschrift Wilhelms v. Humboldt über die Stellung und die Befugnisse der Oberpräsidenten (1817).

Mitgeteilt von Ernst Berner.

Die nachfolgende Denkschrift stammt aus dem Humboldtschen Nachlaß, in dem sich außer einer vollständigen, von Humboldt selbst korrigierten Abschrift noch ein Teil des eigenhändigen Konzepts befindet (von Anfang bis zu den Worten: „so ist er nicht mehr", unter den Gründen Nr. 1). Sie ist veranlaßt durch die Absicht der Regierung, für die durch die Verordnung vom 30. April wieder eingeführten Oberpräsidenten eine neue Instruktion zu erlassen, die dann unterm 13. Oktober 1817 erschienen ist.

Die Ausführungen Humboldts bedürfen im Übrigen keiner weiteren Erläuterung. Es mag außer dem Abschnitt über die Oberpräsidenten bei E. Meier (Die Reform der Verwaltungsorganisation unter Stein und Hardenberg (S. 197 ff.), der in der Hauptsache mit dem Jahre 1810 abschließt, nur noch auf Treitschkes Deutsche Gesch. II, 202 und auf meine Ausführungen B.P.F. 6, 606 ff. und 7, 567 ff. verwiesen werden[1]).

Wenn man den Oberpräsidenten eine wirklich zweckmäßige Stellung geben will, muß man, meinem Ermessen nach, gänzlich von dem bisher eingeschlagenen Wege abgehen. Den Hauptbegriff, den man bisher sowohl den ergangenen Verfügungen zufolge, als in der Wirklichkeit mit ihnen verband, war der von beständigen Commissarien der Minister in den Provinzen. Außerdem haben sie wohl eine Controlle über die Verwaltung, sind aber schlechterdings nicht in die wahre Lage gesetzt, um sie wirklich auszuüben. Endlich sind sie Präsidenten einer einzelnen Regierung und Chefs der Consistorien und Medizinalbehörden. Besonders ausgesprochen war in dem bisherigen Gesetz[2]), daß sie keine Zwischeninstanz bilden sollten. Diesen Allem liegt, wie man leicht sieht, kein fester und bestimmter Begriff zu Grunde; die Oberpräsidenten besitzen

1) Die dort benutzten Denkschriften von Motz und Humboldt aus den Jahren 1818 und 1819 werden im nächsten Hefte der „Forschungen" mitgeteilt werden.

2) Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzialbehörden vom 30. April 1815, § 4.

nicht das gehörige Ansehen und den gehörigen Wirkungskreis, um der Provinz im ganzen und wahrhaft nützlich zu sein, und doch können die Provinzen dagegen auch nicht in den Regierungen oder den Ministerien ihren wahren Schutz und ihre Zuflucht erkennen, da die Oberpräsidenten sich zwischen beiden befinden. So leidet offenbar die Einheit der Geschäfte, die Verantwortlichkeit der Behörden und das Vertrauen des Volks. Kein Verhältnis ist recht geschieden, welches unstreitig der größeste Vorwurf ist, den man einer Verwaltungsform machen kann.

Um einen richtigen Begriff aufzustellen, muß man zuerst die Frage beantworten, wie die Provinzen verwaltet werden sollen? Erst nachher kann sich zeigen, ob und wie es Oberpräsidenten geben muß, oder nicht? Wie die Sache jetzt liegt, so geschieht die Verwaltung der Provinzen bis in ein großes Detail hin von dem Ministerium und dessen Generalverwaltungen aus. Die Regierungen berichten über die speciellsten Gegenstände, die Ministerien geben ihnen gleiche Befehle und gehen durchaus in dies Detail ein; die Oberpräsidenten können keines von beiden hindern, sondern werden vielmehr selbst in den gleichen Geschäftsgang mit fortgezogen. Alles dies erscheint mir fehlerhaft.

Das Ministerium regiert im eigentlichen Sinne des Worts, im Namen des Königs, das Ganze des Staats. Die Minister sollten sich daher auch nur mit dem Ganzen beschäftigen, und mit den Teilen nur insofern, als sie zum Ganzen gehören, nicht insofern sie abgesondert sind. Die Verwaltung der Teile, als solche der Provinzen, muß in den Provinzen selbst durch die Provinzialbehörden geschehen. Hieraus ergiebt sich das richtige Verhältnis sehr natürlich und einfach: das Ministerium bestimmt nicht nur die allgemeinen Grundsätze der Verwaltung, sondern auch die für die einzelnen Provinzen daraus herfließenden besonderen Maßregeln, und zwar letztere, soviel es geschehen kann, im Voraus in jährlichen Festsetzungen oder, jedoch nur da, wo eintretende Umstände es nötig machen, augenblicklich. Die Provinzialbehörde verwaltet die Provinz nach diesen Grundsätzen und mit genauer Ausführung dieser Maßregeln. Sie legt darüber dem Ministerium Rechenschaft ab, und dieses führt die Kontrolle über sie, aber nur dergestalt im ganzen und großen, daß es bloß bei offenbaren oder vermuteten Mangeln oder Fehlern ins einzelne eingeht. Bei der Verwaltung ist die Provinzialbehörde, wenn sie nur den ihr vorgeschriebenen Zweck erfüllt, durchaus frei, und läßt ebenso wieder dem Ministerium die nötige Muße, seinen noch[1]) wichtigeren Geschäften nachzugehen. Wenn die Provinzialbehörde zu verwalten bestimmt ist, so heißt das aber nicht, daß sie bloß die ihr ein für allemal, oder einzeln zukommenden Weisungen befolgen, und die einzelnen Geschäfte, wie sie entstehen, abwickeln soll, sondern Verwalter, als Behörde einer Provinz hat einen ganz andern Begriff. Es heißt unablässig mit Gedanken und That bemüht sein, von der genauen Kenntnis der natürlichen und Kulturkräfte ausgehend, dieselbe in beständiger Beziehung auf den ganzen Staat dergestalt zu erhalten und zu verbessern, daß ihr Zustand mehr befriedigend und der Zusammen-

1) So von Humboldt selbst statt des ursprünglichen „viel" verbessert.

hang mit dem Ganzen fester und enger werde. Von dieser Seite tritt die Provinzialbehörde mit der Centralbehörde, dem Ministerium, in die genaueste Berührung, indem sie derselben Vorschläge macht, und durch sie die Bedürfnisse und Zwecke des Ganzen, welchem sie den Teil anpassen soll, kennen lernt. Beide Behörden kommen in dem gleichen Bestreben, nur von verschiedenen Punkten aus, zusammen, und das Resultat wird dadurch vollständig, daß nur die Provinzialbehörde den Teil gründlich und genau kennen, nur die Centralbehörde die Übersicht des Ganzen besitzen kann.

Um nun auf die Oberpräsidenten zurückzukommen, ist es nur nötig zu fragen, wie die Provinzialbehörde organisiert sein soll? Die Verwaltung der Provinzen ist offenbar bei den Regierungen, und die Leitung dieser Verwaltung führen die Präsidenten derselben. Es fragt sich also nur, ob von dieser Regierung und ihrem Präsidenten dasjenige gelten soll, was soeben von den Provinzialbehörden gesagt worden ist, oder ob mehrere Regierungen unter einem Oberpräsidenten vereinigt werden sollen, sodaß jenes Gesagte nunmehr von diesem gilt?

Ehe ich zur Beantwortung dieser Frage übergehe, muß ich aber feststellen, daß ein Drittes nicht möglich ist. Wenn die Verwaltung der einzelnen Provinzen mit der Regierung des Staats gehörig zusammenpassen soll, so muß das oben auseinandergesetzte Verhältnis nicht an seiner Reinheit und Einfachheit leiden. Die Provinzialbehörde muß eine sein und in unmittelbarer Berührung mit der Centralbehörde stehen. Sobald dies Verhältnis verletzt wird, sobald man zwischen den Regierungen und das Ministerium eine andere Behörde hineinschiebt, welche in die erstere eingreift, ohne ihr ganz vorzustehen und sie eigentlich als Haupt auszumachen, so ist es um reine Verantwortlichkeit und reines Vertrauen geschehen, so giebt es keine Einheit mehr in der Sorge für das Wohl der Provinz, und so ist auch ihr Zusammenhang mit dem ganzen Staat verletzt, weil auch die Einwirkung des Ministeriums auf sie sich in verschiedenen Richtungen teilt. Gerade aber dies, was sie nicht sein sollten, sind die Oberpräsidenten jetzt, Verwalter der gesamten Provinz für gewisse, gewaltsam von den übrigen abgerissene Gegenstände, Commissarien der Minister für einzelne Aufträge, ohne daß ein einziger Grundsatz darüber feststeht, welche Aufträge allein die Minister den Provinzialbehörden geben sollten? Ist dagegen das obige Raisonnement richtig, so ist es klar, daß der Oberpräsident die obere Leitung der Gesamtverwaltung der Provinz haben muß.

Wer diese ausübt ist, wie er immer heißen möge, der That und dem Wirken nach Oberpräsident.

Ob dies nun, wie vorhin gefragt wurde, eine eigene Person oder der Oberpräsident jeder Regierung sein soll, hängt erstlich davon ab, ob man so viele unmittelbar mit der Centralbehörde zusammenwirkende Behörden haben will, als es Regierungsdepartements giebt? Gewiß wäre es besser dies anzunehmen und die Oberpräsidenten aufzuheben, als die letzteren in der unangemessensten aller Stellungen zu lassen. Allein es giebt, wie es mir scheint, sehr wichtige Gründe, den anderen Weg eigener Oberpräsidenten vorzuziehen. Denn

1) ist der Präsident einer Regierung zu sehr in der Verwaltung befangen, um mit einer solchen Freiheit über ihr zu stehen, daß er das Wohl der Provinz und ihre Stellung zum Ganzen recht vollständig beurteilen und in Rücksicht auf beides recht zweckmäßige Vorschläge machen könnte. Er hat dazu selbst zu viele materielle Geschäfte, und sollte man einwenden, daß er sich diese nötige Freiheit durch Hilfe seiner Dirketoren verschaffen kann, so ist er nicht mehr Präsident im jetzigen Sinne des Ausdrucks, und so streitet man nur um Worte. Es versteht sich daher auch von selbst, daß die Oberpräsidenten nicht mehr Präsidenten einzelner Regierungen sein dürfen.

2) der Regierungspräsident ist immer Chef eines Collegii und an collegialische Formen gebunden. Das Geschäft eines Leiters der Gesamtverwaltung, der die Provinz einem höheren Ziele zuführen, außerdem aber bei besonderen Gelegenheiten vertreten, sie schützen und für sie sorgen soll, verträgt sich mit einer solchen Form nicht.

3) der Regierungspräsident kann nur selten und kurz von seiner Stelle abwesend sein. Wer aber an der Spitze einer Provinzialbehörde im oben festgesetzten Sinne des Worts steht, müßte notwendig in jedem Jahre eine bestimmte Zeit zur Seite des Ministeriums zubringen. In dieser Zeit müßten die Etats reguliert oder durchgesehen, die neu zu nehmenden Maßregeln verabredet und dahin gestrebt werden, daß die Ministerien im Laufe des übrigen Jahres so wenig als möglich einzelne Verfügungen machten. Ob diese vom Gesamtministerium ausgehen müßten oder von dem einzelnen Minister? ist eine höchst wichtige Frage, läßt sich aber hier nicht bestimmen, weil erst höher hinauf festgesetzt werden müßte, was es jetzt gar nicht ist, was ein einzelner Minister für sich, was nur mit dem ganzen Ministerium thun kann.

4) es wird immer zweckmäßig sein, nur eine kleine Anzahl solcher obersten Provinzialbehörden zu haben, auf welche die Ministerien unmittelbar einwirken, und daher werden immer ihre Distrikte zu groß sein, um von einer und derselben Regierung verwaltet zu werden.

Die Vorteile einer solchen Stellung der Oberpräsidenten gehen aus dem Obigen von selbst hervor. Die Verantwortlichkeit, worauf bei der Verwaltung des Staats Alles ankommt, ist voll, rein und stufenweis geschieden, nicht wie jetzt bunt durcheinandergreifend, da wirklich Minister Oberpräsidenten und Regierungen jetzt nur immer für einzelne Maßregeln, nie für einen ganzen Wirkungskreis verantwortlich sein können. Der Zusammenhang der Provinzial- und Centralverwaltung ist so eng, als er sein muß und sein kann und die Sorge für den Teil und das Ganze ist den Händen anvertraut, welche sich derselben am besten unterziehen können. Die Bewohner der Provinzen haben einen Mann, auf den sie sehen, der sie vertritt, und doch auf der einen Seite von dem festen gesetzmäßigen Gange der Regierungen, in den er nicht eigenmächtig eingreifen darf, auf der andern von der Gewalt der Minister gehalten, sie nie willkürlich behandeln kann. Eine Zwischenbehörde würden die Oberpräsidenten nun allerdings bilden. Allein erstlich keine eigentliche Behörde, da jedem ein einziger vortragender Rat vollkommen genügte, sondern nur eine Zwischenautorität, und dann sehe ich nicht ab, wie

nicht in der Stufenfolge der Staatsgewalten überall Zwischenbehörden sein müssen. Jede ist notwendig, eine solche zwischen der ihr untergeordneten und derjenigen, von der sie selbst abhängt, und es ist davon kein möglicher Nachteil, sondern nur Vorteil in der vermehrten Controlle, der stufenweisen Beratung der Gegenstände und der Vereinfachung der Geschäfte gegen die Spitze hin abzusehen. Daß endlich durch diese Einrichtung des Schreibens unendlich weniger werden würde, und es nicht leicht bei der Civilverwaltung ein wirksameres Mittel der Ersparung geben könnte, leuchtet von selbst ein.

Die Haupteinwendungen, die man dagegen erheben wird, sind unstreitig die, daß man bei diesem Plan Provinzialminister schafft und dadurch auf der einen Seite das Ansehen der Minister schwächt, auf der anderen den Regierungen Freiheit und Kraft nimmt. Diese Besorgnisse sind aber gewiß nicht mit dem Plane selbst verbunden, sondern könnten nur durch die Schuld der Minister selbst, durch Mangel an Controlle oder Charakterschwäche entstehen. Der Oberpräsident bleibt immer dem Ministerium geradezu untergeordnet, er empfängt die von demselben, jedoch in der Regel so, daß er dabei gehört worden ist, gemachten Anordnungen und muß ihm Rechenschaft ablegen. Wie könnte er aus diesem Gleise herausweichen, ohne daß die Minister selbst es verstatteten? Sie haben, jeder in seiner Partei, und alle zusammen über sein Betragen überhaupt, die Controlle über ihn und seine Geschäftsführung, und können ihn in jedem Augenblick auffordern, ihm Rede und Antwort zu stehen. Ein solches Verhältnis läßt sich wohl nicht mit dem eines Provinzialministers, der seine Provinz abgesondert für sich, und unabhängig vom Ministerium, bloß unter Verantwortung gegen den König verwaltet, in Vergleichung bringen. Nur ein solcher Provinzialminister aber wäre schädlich; in allem Übrigen streitet man bloß über Worte. Die Regierungen könnten sich ebensowenig in ihren Funktionen gehemmt fühlen. Der Oberpräsident soll die Verwaltung leiten, allein nicht in sie eingreifen, nicht selbst verwalten. Hier lassen sich nun durch die Instruktionen die Grenzen leicht ziehen. Überschreitet sie der Oberpräsident, so steht die Beschwerde bei dem Ministerium frei, ja die Controlle des Ministeriums selbst würde ohne Beschwerde die nötige Abhülfe gewähren, wenn der Mißbrauch irgend groß oder fortgesetzt wäre. Es ist hier schlechterdings kein anderer Fall und keine andere Gefahr, als bei jeder Oberbehörde, die wie die ihr untergeordnete unterdrückte, ihr immer in der ihr untergeordneten Sphäre die nötige Freiheit lassen muß. Man kann endlich noch einwenden, daß die Ministerien und die Oberpräsidenten viel weniger zu thun haben werden. Allein die höchsten Staatsbeamten müssen nicht in einer Last von einzelnen Geschäften untergehen; Freiheit und Muße sind unerläßliche Bedingungen einer Wirksamkeit, wie der Staat sie mit Recht von ihnen verlangen kann und sie thun sehr wenig, wenn sie bloß ewig fort das Rad der Geschäfte umwälzen, wie ihnen dieselben von Tag zu Tag vorgelegt werden.

Dies ist meine, nicht bloß aus dem Nachdenken, sondern auch aus der Beobachtung des jetzigen Zustandes geschöpfte Meinung über diese

Materie. Es ist möglich, daß ich mich darin irre, daß ich den Oberpräsidenten eine solche Stellung anweisen will. Allein das halte ich für unumstößlich gewiß, daß, wenn ihre nun nicht eine solche sein, sondern sich auch wieder auf den Begriff beständiger Commissarien sogar der einzelnen Minister (woraus dann selbst in demselben Ministerium widersprechende Aufträge entspringen) und auf die Scheu vor Bildung einer Zwischenbehörde gründen soll, es bei weitem ratsamer ist, sie gänzlich aufzuheben.

Ich habe in diesem ganzen Aufsatz des Staatskanzlers nicht besonders erwähnt, weil ich ihn, als den Chef des Ministeriums und der ganzen Staatsverwaltung mit dem Ministerium zusammenbegreife.

Berlin, den 4. Juni 1817.

Ein Beitrag zum Rücktritt des Grafen Hans von Bülow vom Finanzministerium im Jahre 1817.

Von Gustav Schmoller.

Als ich im Sommer 1898 eine Reihe von Archivstudien über die Entstehung des preußischen Zollgesetzes von 1818 und die Finanzreformen jener Zeit überhaupt machte, suchte ich mir auch über den Rücktritt des damaligen Finanzministers Bülow und seine Ersetzung durch Klewitz (Ende des Jahres 1817) klar zu werden. Ich fand weder in der Litteratur (z. B. bei Treitschke oder Caro in der Allgemeinen Deutschen Biographie Bd. 3 S. 533–8, oder bei R. Dieterici, Zur Geschichte der preußischen Steuerreform 1810—20, 1875) eine irgendwie befriedigende Aufhellung, noch ergaben die Akten, soweit sie mir zugänglich waren, eine solche. In den summarisch gehaltenen handschriftlichen Staatsratsprotokollen sieht man wohl noch deutlicher, als in den bisher schon publizierten Denkschriften, daß W. von Humboldt ein schroffer Gegner der Bülowschen Finanzvorschläge (abgesehen von dem Projekt des Zollgesetzes und -Tarifes) war. Aber diese Opposition bewegt sich doch mehr in allgemeinen Vorwürfen: Humboldt vermißt das planmäßig Systematische an den Bülowschen Vorschlagen; man sieht, daß er von seinem idealistischen Standpunkt aus Bülow für einen Routinier hält. Aber man sollte meinen, zwischen zwei solchen Männern wäre bei einigem guten Willen doch eine Verständigung möglich gewesen.

Zuletzt fand ich nun doch einige sehr interessante, Licht auf den Rücktritt Bülows werfende Aktenstücke, die ich hier folgen lasse: ein Schreiben Humboldts an den Staatskanzler Hardenberg vom 14. Juli 1817 über die ganze Stellung des Finanzministers und ein Votum Boyens vom 10. August 1817 über dasselbe Thema. Um sie verständlich zu machen, erinnere ich daran, daß die Bülowschen Finanzprojekte im Laufe des Jahres 1816 fertig geworden waren, vom Januar bis Anfang Juli 1817 im Staatsrat beraten und hier (von dem Zoll

gesetz abgesehen) verworfen wurden, daß daran sich dann im Juli 1817 vor einer besonderen Kommission die Beratungen über den Gesamtbedarf des Staatshaushalts knüpften. Bülow wurde dabei heftig angegriffen; er weiß sich nicht anders zu helfen, als durch einen Angriff auf den Staatskanzler, auf den er den Vorwurf einer ungeordneten Finanzverwaltung abzulenken sucht. Dieser, tief gekränkt, läßt die sofortige briefliche Entschuldigung seines Neffen nicht gelten, weigert sich wenigstens ihn vor seiner Abreise nach Karlsbad, wo auch der König weilte, zu empfangen; er sei gesundheitlich zu angegriffen, um sich neuen Alterationen auszusetzen.

Die zwei Schriftstücke, die ich mitteile, suchen das Eisen zu schmieden, so lange es heiß war; sie wollen offenbar auf Hardenberg im Sinne eines Sturzes von Bülow einwirken. Die beiden Angreifer scheinen mir zu übertreiben; sie betonen richtig die Schwäche Bülows, die Finanzen eines großen Staates cavalierement aus dem Handgelenk zu führen, in der Erwartung, der Findigkeit des Ministers öffne sich immer wieder ein Ausweg; aber im übrigen wissen sie doch keine durchschlagenden Belege für ihre Vorwürfe vorzulegen und verkennen die Vorzüge Bülows und seiner Gehilfen.

Als ich die Aktenstücke in einer Sitzung des Vereins für brandenburgische Geschichte vorlegte, setzte Dr. Meinecke, der dieselben Vorgänge im Zusammenhang mit seiner Biographie Boyens untersucht hat, auseinander, daß Bülow von der Partei der militärischen, die Reform von 1813—15 bekämpfenden Reaktion (Karl von Mecklenburg ꝛc.) gewonnen gewesen sei, und daß er so als Finanzminister von Boyen und Humboldt hätte bekämpft werden müssen. Wir werden also im zweiten Bande Meineckes wohl das Nähere über diese Zusammenhänge erfahren [1]). Jedenfalls wird der Kampf der beiden Staatsmänner gegen Bülow nur unter diesem Gesichtspunkt recht verständlich.

Unter allen Umständen aber sind die beiden folgenden Schriftstücke interessante Beiträge über das Verhältnis der leitenden Persönlichkeiten zu einander im Jahre 1817, über die Kämpfe der Minister unter sich in der Zeit Hardenbergs und über dessen Stellung. Daß der Brief Humboldts an den Staatskanzler wohl nicht ganz die innerste Überzeugung desselben über diesen ausdrückt, braucht für keinen Kenner der Geschichte jener Tage hinzugefügt zu werden. Wie weit er aber Hardenberg nur im Moment gewinnen wollte, wie weit er ihn damals wirklich so hoch schätzte, wage ich nicht zu entscheiden.

Wie es im einzelnen dann kam, daß Graf Bülow zwar das Finanzministerium genommen, aber das neue Handelsministerium übertragen wurde, darüber enthalten die Akten, die ich einsehen konnte, nichts.

1) Vgl. S. 299 ff. des inzwischen erschienenen Buches. (Das Leben des Generalfeldmarschalls Hermann v. Boyen. Zweiter Band. Stuttgart 1899.)

1.

Brief Wilhelms von Humboldt an den Staatskanzler.

Berlin, den 14. Juli 1817.

B. G. St.A. Rep. 92, Hardenberg H. 14, B. 1817—20. Original.

Ew. Durchlaucht haben mir während der Monate meines hiesigen Aufenthalts aufs neue die überzeugendsten Beweise Ihres gütigen Wohlwollens, und ich kann es sagen, Ihrer festen und unverbrüchlichen Freundschaft gegeben; wir haben uns in dieser Zeit in sehr unangenehmen und wahrhaft traurigen Geschäften befunden, aber es gereicht mir zu einer größeren Befriedigung, als ich es ausdrücken kann, daß wir, ob wir gleich jeder dem einfachen Weg unserer Ueberzeugung folgten gleich enge verbunden geblieben sind. Meine innige Dankbarkeit dafür, meine unveränderliche Anhänglichkeit an Ew. Durchlaucht, mein stetes Bemühen, Ihnen mit Freimüthigkeit zu sagen, was ich zur Erhaltung Ihrer Ruhe und Ihres so wohlerworbenen Ruhms für nothwendig halte, und zu diesem Allen mitzuwirken, werden ohne Unterschied immer dieselben bleiben. Erlauben Sie mir aber, diesen Versicherungen noch in dem Augenblicke, wo wir einer längeren Trennung entgegengehen, einige Eröffnungen hinzuzufügen, welche zwar unangenehme Verhältnisse berühren, allein nothwendig und unvermeidlich sind.

Ew. Durchlaucht haben mich während meines Hierseyns in Geschäfte gesetzt, die mir eine vollständige Kenntniß der äußeren und inneren Lage des Staats verschafft haben. Zu nichts ist mir der Zugang versagt, nichts ist mir geheim gehalten worden; wenn ich mir also überhaupt ein Urtheil zutrauen darf, so kann ich ein richtiges und vollständiges über diese Lage fällen.

Ich kann mir nun nicht verhehlen, und Ew. Durchlaucht fühlen es selbst, daß sie, im Innern wenigstens, nicht befriedigend genannt werden kann. Der Zustand der Finanzen ist zwar, meiner Ueberzeugung nach, nicht an sich schlecht, aber doch unsicher und precaire, und durch die bisherige Verwaltung, wenn nicht schleunig geholfen wird, sogar höchst gefährlich geworden; die Kräfte der Nation sind angespannt und werden doch bloß zur einfachen Erhaltung des Vorhandenen verwendet, ohne daß große wohlthätige Landesanstalten gemacht, oder Hülfsmittel für außerordentliche Ereignisse gesammelt werden; eine Menge von Verhältnissen sind und bleiben unbestimmt; in der Nation herrscht in mehreren Orten Unzufriedenheit, und nirgend, und am wenigsten im Ganzen die lebendige Bereitwilligkeit, mit der ein Volk, nach so glorreichen Begebenheiten, seiner Regierung folgen, und mit ihr fortschreiten müßte. Man hat deshalb neue Einrichtungen gemacht, und bereitet andere vor; der Staatsrath ist gestiftet, Stände sollen versammelt, den Provinzen eine zweckmäßigere Verwaltung gegeben, eine neue Steuerverfassung angeordnet werden. Allein alle diese Mittel können nicht wirken, diese Einrichtungen selbst müssen gelähmt werden, ja sogar eine schiefe

und nachtheilige Richtung nehmen, wenn nicht das Grundübel geheilt wird, und dieses Grundübel ist nach meiner festen Ueberzeugung:

daß die Verwaltung in fast allen ihren Theilen fehlerhaft ist.

Dies ist nicht Ew. Durchlaucht Schuld. Vielmehr, was noch an Geist, an liberalen Grundsätzen, an edlen Gesinnungen in der Verwaltung einzeln sich findet, gehört einzig und allein Ihnen an, und wenn der König und der Staat einmal das Unglück haben, Ew. Durchlaucht zu verlieren, und das Uebrige bleibt, wie es ist, so ist aller dieser Geist, diese Liberalität, diese Gesinnung für den Augenblick, und vielleicht für lange dahin.

Die Schuld liegt in den Ministerien, unter denen ich nur das Kriegsministerium, aber dies auf alle Weise ausnehme, da es mit Ernst, Ordnung, Zweckmäßigkeit und mit Streben nach Erhaltung lebendig vaterländischer und energischer Gesinnung geführt wird. In den Ministerien der Justiz und des Innern sind bloßer und reiner Mechanismus und Ertödtung alles Geistes an der Tagesordnung; in dem wichtigen geistlichen Departement ist, wie die eigenen Räthe leicht bezeugen würden, seit dem Abgange des Grafen Dohna, außer der sehr überflüssigen Stiftung der Universität zu Breslau, nichts geschehen, was nur einigermaßen der Reihe der seitdem verflossenen Jahre und dem Wiederaufblühen des Staats entspräche, dagegen manches untergegangen. Das Finanzministerium ist Ew. Durchlaucht und allen Mitgliedern der Commission über den Haushalt in seiner Führung bekannt; ich darf mich bloß auf Ew. Durchlaucht beziehen, ob Sie richtige Uebersicht, solide und feste Grundsätze, sichere Geschäftsleitung (um gar nicht die höheren Forderungen zu erwähnen, die man an einen Financier machen kann) darin angetroffen haben, ob Sie nicht über die Dreistigkeit in gewagten Operationen, die Kühnheit ganz unrichtiger, oder halb wahrer Darstellungen erstaunt sind, und ob man es nicht schwer zu entschuldigende Anmaßung nennen muß, daß alle Schriften, die jetzt von da ausgegangen sind, das Bestreben in sich tragen, zu zeigen, daß alles Gute und Richtige nur dort vorhanden ist, alle Fehler aber auf fremde Rechnung kommen. Von dem Polizeiministerium bin ich nicht im Stande etwas zu sagen; es ist im Frieden zu unbedeutend, und wäre viel besser ein bloßer Theil des Ministeriums des Innern. Die traurige aber natürliche Folge hiervon ist nun, daß dies gesammte Ministerium (immer das des Krieges ausgenommen) schlechterdings keines Vertrauens weder in den Provinzen, noch bei den Regierungen, noch endlich bei den Centralbehörden der Hauptstadt genießt.

Hiervon liegen Ew. Durchlaucht, dasjenige ungerechnet, was Sie auch hier von den Provinzen erfahren, die unwiderleglichsten Beweise in den Erklärungen der Ober-Präsidenten, den Verhandlungen der Steuer-Commission, den Abstimmungen des Staatsraths vor. In der letzten hat sich, wenn es auch nicht in Worten gesagt wurde, deutlich die Ueberzeugung ausgesprochen, daß von einem Finanzministerium ohne Vertrauen keine Reform der Abgabengesetze ausgehen, und eine

dennoch mit einem solchen Ministerio vorgenommene nicht wohlthätig bleiben kann.

Ew. Durchlaucht haben mir manchmal geschienen zu glauben, daß man diesen Uebeln durch geschärfte Controlle, durch andere Abtheilung und Stellung der Ministerien, oder der Minister abhelfen könne. Ich vermag diese Meynung nicht zu theilen, und halte eine Verbesserung nur durch eine gänzliche Veränderung in den Personen für möglich. Diese aber kann, wenn sie glücklich ist, Alles und leicht wiederherstellen. Denn, wenn ich vorher die innere Lage des Staats wenig beruhigend nannte, so ist doch noch vollkommene Zeit zu helfen, die Sache befindet sich noch gleichsam auf dem Scheidewege; es ist noch ein entscheidendes Vertrauen zu Ew. Durchlaucht vorhanden; treten andere zweckmäßig gewählte Minister in enger Verbindung mit Ew. Durchlaucht auf, so erwacht wieder das Vertrauen und mit ihm alles Gute.

Es gehört aber allerdings dazu, daß das Ministerium einig unter sich, und einig mit Ew. Durchlaucht sey. Beides ist jetzt nicht der Fall. Die Minister untereinander stimmen zwar wohl gewissermaßen überein, allein es ist nicht die belebende Einigkeit, vermöge deren jeder zu bewirken strebt, daß sein Departement harmonisch mit den übrigen zum Ganzen passe. Von der Einigkeit mit Ew. Durchlaucht würde es mir bescheiden von mir seyn reden zu wollen; Ew. Durchlaucht können dies am besten selbst.

Ich kann mich aber nicht enthalten, hierbei auf eine Idee zurückzukommen, die ich mir die Freiheit nahm, Ew. Durchlaucht schon öfter zu äußern. Ich glaube nicht, daß Ew. Durchlaucht jetzige Stellung und die Ihres Bureau die richtige ist; ich kann sogar nicht läugnen daß dieselbe den Ministern oft sehr schembaren Vorwand, manchmal vielleicht wahren Grund zu Beschwerden giebt. Die Wirkungskreise sind nicht bestimmt genug geschieden, und es kann damit keine reine und volle Verantwortlichkeit, welche die einzige Gewährleistung und die Seele aller guten Verwaltung ist, bestehen. Ich halte für die einzig angemessene Stellung eines Staatskanzlers die eines Präsidenten des Ministeriums und Staatsraths. Das entschiedene Uebergewicht, die zum selbstständige und nur von dem Könige allein abhängige Leitung der gesammten Regierungsgeschäfte behalten Ew. Durchlaucht immer dadurch daß Sie Präsident mit dem Recht, ohne alle Rücksicht auf die Stimmenmehrheit im Ministerio zu entscheiden sind, und allein den Vortrag bei Sr. Majestät haben. Ihre Räthe bereiten Ihnen die Sachen vor und sind als vortragende Räthe bei den Ministerial-Conferenzen zugegen. Ich kann mich irren, allein ich glaube, daß Ew. Durchlaucht allein bei dieser Einrichtung die Muße, Ruhe und Vertheidigung finden werden, die Sie jetzt, zum tiefen Schmerz aller derer, die Ihnen anhangen, doch nicht selten in Ihrer mühevollen Geschäftsführung entbehren.

Dies ist meine Meynung über die höchsten Beziehungen unserer jetzigen Verwaltung, und diese meyne Meynung schließt sich inzwischen an mein in der Steuer-Commission, und mein in der Commission über den Haushalt abgelegtes Gutachten an. Ich würde es, ohne einen besou-

deren Grund, nicht gewagt haben, Ew. Durchlaucht diese vielleicht zu freimüthig geäußerte Meynung zu sagen; aber die besondere Beziehung, in der ich das Gesagte Ew. Durchlaucht vorzutragen für meine Pflicht hielt, ist folgende:

Ew. Durchlaucht haben die Güte gehabt, mir zu äußern, daß Sie dem Könige vorschlagen wollten, mich in einiger Zeit zum zweiten Cabinetsminister zu machen. Ew. Durchlaucht fühlten, daß ich dies nur annehmen könnte, wenn ich zugleich Mitglied des gesammten Staatsministeriums wäre; es war also meine Pflicht, mich zu prüfen, ob ich in das Staatsministerium, wie es jetzt ist, eintreten könnte, oder nicht? und ich bitte Ew. Durchlaucht, in dem vorhin gesagten die Resultate dieser Prüfung zu finden. Wo ich einen eigenen Entschluß nehmen soll, da kann ich nur meiner eigenen, wenn gleich vielleicht, wie ich mich gern bescheide, irrigen Ueberzeugung folgen; und ich muß daher Ew. Durchlaucht, damit ich auf keine Weise falsche Erwartungen in Ihnen errege, bestimmt erklären, daß ich, so lange der jetzige Finanzminister und Minister des Innern Mitglieder des Ministeriums sind, nicht jenen sonst so gütigen Antrag annehmen, und nicht in das Ministerium eintreten könnte. Es ist meine tiefe Ueberzeugung, daß durch den einen die materiellen, durch den andern die moralischen Kräfte des Staates gefährdet werden, und daß, wenn die Verwaltung, wie jetzt, fortgeht, das Verderben des Staates unvermeidlich ist; ich weiß auf das Bestimmteste, daß ich mit diesen beiden Männern niemals in Grundsätzen, Gesinnungen und Geschäftsführung übereinstimmen, ja mich nicht einmal mit ihnen darüber verständigen kann, und es liegt am Tage; daß es den Geschäften und dem Dienste des Königs nur nachtheilig seyn müßte, einen solchen Widerstreit der Meynungen und Ueberzeugungen in dem Ministerium einheimisch zu machen. Um vor Ew. Durchlaucht diese meine Erklärung zu rechtfertigen, war es nothwendig, in meine Ansichten des Ministeriums überhaupt einzugehen, und sie Ew. Durchlaucht freimüthig darzulegen.

Ich halte meine Sendung nach London für nicht unwichtig, theils weil sehr lange keine eigentlich thätige Gesandtschaft von unserer Seite dort gewesen ist, theils weil man auf den Englischen Hof auf eine, unserem Interesse gemäße Weise in Absicht aller großen politischen Combinationen, die jetzt zur Sprache kommen, einwirken kann. Ich werde in dieser doppelten Rücksicht alle meine Kräfte anstrengen, um des Königs und Ew. Durchlaucht Erwartungen zu entsprechen. Ich würde indeß auch in jedem Augenblick mit Freuden zurückkommen, um, wie Herr von Altenstein und Herr von Beyme, bloß Mitglied des Staatsraths zu seyn.

Ich bitte jetzt Ew. Durchlaucht inständigst, diese meine offene Erklärung gütigst aufzunehmen. Es liegt ihr schlechterdings nichts Persönliches zum Grunde. Persönlich kann ich nur verlieren, wenn ich an einem theuren Ort, in der Entfernung von meinem Vaterlande, von einem Theil meiner Familie, und von meinem Vermögen, in einer Stadt

lebe, die denjenigen der Meinigen, die mir dahin folgen, gewiß nicht zusagt; wenn ich die Hoffnung des Verhältnisses aufgebe, das Ew. Durchlaucht mir immer so angenehm gemacht haben, neben Ihnen zu arbeiten; es ist endlich ein natürliches Streben, das Ziel seiner Laufbahn, was für einen Gesandten immer die Rückkehr ins Vaterland ist, nicht zu spät zu erreichen. Allein da ich ohne Amt meinen Bedürfnissen angemessen leben kann, und da ich selbstgewählte Studien bei weiten den Geschäften vorziehe, so habe ich bei dem Königlichen Dienste keine andere Befriedigung, als die, nützlich zu seyn, meine Kräfte auf eine mir selbst genügende Weise zu entwickeln, und die Meynung der Bessern, die jedem Staatsdiener zur Richtschnur dienen muß, mir zu gewinnen, oder zu erhalten; und diese Rücksichten sind es, die mich bei meiner gegenwärtigen Erklärung entschieden geleitet haben. Ew. Durchlaucht beobachten zu sehr dieselben Grundsätze, um mich hierin zu misbilligen. Wenn Sie in dem Fall, von dem hier die Rede ist, verschiedener Meynung sind, so kann es nur daher rühren, daß Sie andere Ansichten über die Personen und Verhältnisse haben. Ich bin weit entfernt, die meinigen diesen vorziehen zu wollen, aber Ew. Durchlaucht fühlen, daß ich dennoch nur den meinigen zu folgen vermag.

Ich brauche Ew. Durchlaucht nicht zu sagen, daß ich diesen Brief niemanden, ohne Ausnahme, gezeigt habe, noch zeigen werde. Nur wenn Se. Majestät der König meine Meynung über diesen Gegenstand einfordern, oder mir zu irgend einer Zeit, wo dieselben Umstände obwalteten, den Eintritt ins Ministerium anzutragen geruhen sollten, würde ich von meiner darin ausgesprochenen Ansicht des jetzigen Ministeriums bei Sr. Königlichen Majestät Gebrauch machen, und bloß zu diesem Zwecke habe ich eine Abschrift dieses Schreibens behalten.

Humboldt.

2.

Votum Boyens für den Staatskanzler über die Finanzverwaltung Bülows.

Karlsbad, den 10. August 1817.

B. G. St.A. Rep. 92, Hardenberg H. 14, B. 1817—20. Original

Wenn ich nach genommener Durchsicht der mir mitgetheilten Akten, über die Regulierung unseres Staatshaushalts, mich nach meinem Gewissen und meiner Einsicht, nur mit strengem Tadel über die Verwaltung des Finanz-Ministeriums aussprechen konnte; so wird es mir in jeder Hinsicht hier noch Pflicht, einige Motive, welche mein Urtheil leiteten, hier noch näher zu entwickeln, als ich dieses in meinem Gutachten, welches in mehrere Hände kömt, thun mochte.

Wer die Akten in dieser so merkwürdigen Streitsache mit Aufmerksamkeit durchließt, wird mit Staunen ein fortlaufendes Gewebe von kaum begreiflichen Widersprüchen und ungewöhnlicher Unordnung in der

Verwaltung des Finanzministeriums entdecken. Nirgends findet sich eine Spur, ein der Ordnung angemessenes System einzuführen oder durch zweckmäßig vorbereitende Maaßregeln, den Verlegenheiten die hier oder dort entstehen konnten, durch angemessene Anordnungen vorzubeugen. Alles wird dem Zufall überlassen, und wenn in dem Augenblick sich die Noth zusammendrängt, dan werden gute und schlechte Maaßregeln, selbst bis zum schwindelnden Borgen, zusammengerafft, um der Noth des Augenblicks so gut wie es geht zu begegnen. Eine solche Verwaltung, ein solcher Mann kann bey längerer Fortdauer, nur dem Vaterlande nahmenloses Verderben bereiten. Zu einer jeden Zeit ist es für einen Staat höchst wichtig, einen Finanzminister zu haben, dessen Ordnungsliebe und Umsicht der Nation Vertrauen einflößt, aber dreyfach wichtig ist es in dem gegenwärtigen Augenblick, wo alle Finanzverhältnisse des Staats sich neu ordnen müssen und wo in einer schlechten Finanzverwaltung der gährende Geist der Unzufriedenheit nur zu leicht gerechten Stoff zu weitgreifenden Klagen findet. Rechnet man hinzu noch die, mit dem gelindesten Ausdruck belegt, so leichtsinnig und unbesonnen geleitete Unternehmung wegen des Korn-Ankaufs für die Rhein-Provinzen, so kann ich nach meinem Gewissen meine Meinung nur dahin abgeben:

daß ich den Finanzminister weder geeignet halte unsere Finanzen in Ordnung zu bringen, noch wenn dies geschehen wäre, sie weiter fortzuführen.

Das was bis jetzt nur in den Akten, und in einem kleinen Kreise über die Verwaltung des Finanzministeriums bekannt ist, muß nach dem Laufe aller menschlichen Dinge, bald auch im Publiko bekannt werden, und es wäre wirklich ein Unglück, wenn man warten wollte, bis die Nation auf Gründe gestützt, eine Minister-Veränderung forderte.

Der Zeitgeist, den eine Regierung nie unbeachtet lassen darf, fordert in den höheren Posten Männer des Vertrauens, die mit ihrer Ehre für den Erfolg ihrer Verwaltung verhaftet sind.

Eben aber aus dieser Rücksicht kann ich mich auch nicht für die in dem Gutachten des Königlichen wirklichen Geheimen Raths Sack Excellenz angedeutete Idee, das Finanzministerium durch Kommissionen zu beschränken, erklären. Von allen Verwaltungen ist die einer Kommission die schlechteste, weil jedes Mitglied dem andern die Verantwortung zuschiebt, und der König sich an keinen halten kann. Einen Minister aber durch eine Kommission bewachen zu lassen, ist das größte Unglück was man sich nur denken kann, denn nun löst sich das ganze Regieren in kleinliche Kabalen auf, und das Publikum ist zu dem Glauben berechtigt, daß man nicht rücksichtslos zu der Wahl des Mannes kommen kann, der dem Posten gewachsen ist, von allen Staatsbeamten müssen die Minister doch wohl am ersten als Mündige angesehen werden. Ich bin weit entfernt mir ohnaufgefordert ein Urtheil über zu treffende Wahlen zu erlauben, aber es fordert mich Pflicht und Gewissen auf, Ew. Durchlaucht zu beschwören, nur einen Mann für die Finanzen Sr. Majestät in Vorschlag zu bringen, der seinem schwierigen Geschäft auch ganz gewachsen ist. Für diese Ansicht müssen bey dem heutigen,

nicht gefahrlosen Standpunkte von Europa alle übrigen Rücksichten schweigen, wenn wir nicht einer großen Krisis entgegengehen wollen: es ist viel besser, einen sich nicht ganz richtig entwickelnden Minister nach einiger Zeit fortzuschicken, als nicht kräftig und mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung zu wahlen. Blos schon die Institution des Staatsraths macht es nothwendig, daß ein Minister nicht allein seinen Zweig ganz inne haben, sondern auch so viel persönliche Eigenschaften haben muß, daß er sich bei den gerechten oder ungerechten Angriffen einer solchen Versammlung die nöthige Autorität erhält: ist dieß nicht der Fall, so leidet das ganze Ministerium und geräth durch einen Einzelnen in ein nachtheiliges Schwanken.

Bopen.

Sitzungsberichte des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg.

Sitzung vom 12. Oktober 1898.

Die erste Sitzung nach den Sommerferien eröffnete Herr Professor Dr. Schmoller mit einer Ansprache zum Gedächtnis des verewigten Vereinsmitgliedes Fürsten Bismarck. Im Dezember 1866 huldigte der Verein dem Grafen Bismarck durch die Dedikation einer vom ersten Vorsitzenden Geh. Archivrat Riedel verfaßten Druckschrift: „Geschichte des schloßgesessenen adligen Geschlechtes von Bismarck bis zur Erwerbung von Crevesa und Schönhausen" (Märkische Forschungen XI S. 1—244). Der Graf antwortete am 7. Januar 1867: „Der Vorstand des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg hat mir mittelst gefälliger Zuschrift vom 20. December v. J. eine Geschichte des Geschlechtes von Bismarck übersandt, welche auf den Beschluß des verehrlichen Vereins abgefaßt und publicirt ist. Der Vorstand wolle Sich überzeugt halten, daß ich in vollem Maaße die Ehre zu schätzen weiß, welche mir der um die vaterländische Geschichte hochverdiente Verein durch jenen Beschluß und dessen ebenso eingehende, wie geistvolle Ausführung erwiesen hat. Es ist mir aber Bedürfniß, zugleich auszusprechen, wie herzlich mich der Ausdruck theilnehmender Gesinnung erfreut, mit welchem der Vorstand die Vereinsgabe begleitet hat. Es knüpft sich hieran unwillkührlich der Wunsch, auch fernerhin mit einem Kreise von Männern in Verbindung zu bleiben, welche der Geschichte meiner Vorfahren eine so ausdauernde Hingebung zugewendet haben. Indem ich daher den geehrten Vorstand um die gefällige Aufnahme in den Verein ergebenst ersuche, bitte ich Wohldenselben zugleich den Herren Mitgliedern des Vereins für die mir erwiesene Aufmerksamkeit meinen ebenso aufrichtigen, als verbindlichen Dank gefälligst aussprechen zu wollen. Bismarck."

Seitdem ist der Fürst bis an sein Ende dem Verein treu geblieben, und zwar, da die Statuten vom Jahre 1837 eine Ehrenmitgliedschaft nicht vorgesehen haben, als ordentliches, zahlendes Mitglied.

Herr Archivrat Dr. Keller berichtete über die diesjährige, in Münster abgehaltene Versammlung des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine, welcher er als Delegierter des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg beigewohnt hat.

Herr Archivrat Dr. Bailleu gedachte des schweren und schmerzlichen Verlustes, den der Verein durch das Ableben eines seiner ältesten und treuesten Mitglieder, des am 6. August d. J. verstorbenen Geh. Archivrates B. Reuter erlitten habe. Nach dem Tode Riedels war es Reuter, der mit Prof. Holtze und Rektor Budczies den Verein lebensfähig erhielt. Besondere Verdienste erwarb er sich um den Verein durch die Verwaltung der Kasse, die er lange Jahre hindurch mit peinlicher Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit verwaltet hat. War er auch selbst nicht sehr produktiv, so sind doch seine archivalischen Kenntnisse dem Verein vielfach zu gute gekommen und es wird wenige Vereinsmitglieder geben, die ihm nicht in dieser Hinsicht zu Dank verpflichtet sind. Der Verein wird dem Verstorbenen ein treues und ehrendes Andenken dankbar bewahren

Der Direktor der Staatsarchive, Geh. Ober.-Reg.-Rat Herr Dr. Koser, knüpfte an das binnen kurzem bevorstehende Erscheinen der von ihm vorbereiteten Ausgabe des Briefwechsels Friedrichs des Großen mit dem General v. Grumbkow und dem Akademiepräsidenten Maupertuis einige Bemerkungen zur persönlichen Charakteristik Grumbkows und zur Kennzeichnung seiner in den Jahren 1730 und 1731 während der Küstriner Festungszeit mit dem bis dahin ihm entfremdeten Kronprinzen Friedrich eingegangenen Interessenallianz und erörterte dann an der Hand des Briefwechsels den Anteil Grumbkows an der dem Kronprinzen aufgezwungenen Vermählung mit Elisabeth Christine von Braunschweig, sowie die Stellung Friedrichs zu den Vorgängen der europäischen Politik seit 1735. Die programmatischen Äußerungen seiner Briefe erinnern an die berühmten Frankfurter Depeschen des Bundestagsgesandten v. Bismarck, in denen nach mehr als 100 Jahren ein zweites Mal in unsrer Geschichte ein kommender Staatsmann die kommende Stunde vorausgesehen und verkündet hat. Die Briefe an Grumbkow zeigen uns den künftigen Friedrich in mehr als einer Beziehung: den Staatsmann von 1740, der zwischen Österreich und Frankreich, den beiden Mächten, welche seinem Vorgänger ihr Gebot hatten aufzwingen wollen, den Ausschlag giebt: den Mann der kühnen That, der den vorausgeschauten Augenblick entschlossen und mit fester Hand ergreift, und den Mann der mißtrauischen Vorsicht, die den um sein Bündnis werbenden Franzosen, an ihrer politischen Zuverlässigkeit vordem irre geworden, die Hand langsam reicht und schnell wieder entzieht. Aber auch der Held des siebenjährigen Krieges steht bereits vor uns, der Fürst, der im Kampfe gegen eine Welt in Waffen der Losung treu bleibt, welche er als Kronprinz ausgegeben hat: „Der König von Preußen ist dem edlen Palmbaum gleich: je tiefer Ihr ihn beugt, um so höher schnellt er seinen stolzen Wipfel."

Zuletzt gedachte Herr Amtsgerichtsrat Dr. Holtze der Verdienste Theodor Fontanes, der dem Verein zwar niemals angehört, die Zwecke desselben aber gefördert hat, wie seit Wilibald Alexis kein Zweiter.

Sitzung vom 9. November 1898.

Herr Archivrat Dr. Baillen sprach über die politische Haltung König Friedrich Wilhelms III. vor Ausbruch des Krieges von 1806. Gegenüber der Ansicht, daß der König bis zuletzt an die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens geglaubt habe, wies der Vortragende nach, daß der König allerdings bis weit in den September 1806 hinein die Annahme der preußischen Forderungen (Rückzug der französischen Truppen über den Rhein und Anerkennung des norddeutschen Bundes) durch Napoleon für möglich gehalten hat. Aber selbst im Falle dieser Annahme war der König noch keineswegs zur Erhaltung des Friedens entschlossen. Vielmehr suchte er eben im September 1806 durch seine Tante, die Prinzessin von Oranien, mit England eine geheime Verhandlung über ein gemeinsames Vorgehen gegen Frankreich anzuknüpfen. Wie ein ganz eigenhändiges Schreiben des Königs vom 12. September 1806 beweist, war er bereit, dann neue Forderungen an Napoleon zu stellen und selbst einen Angriffskrieg zu unternehmen, falls England ihm das zur Verbindung der preußischen Landesteile unentbehrliche Hannover überlasse. Der Vortragende betonte, daß die Kenntnis dieser geheimen Verhandlung die Beurteilung der damaligen politischen Haltung König Friedrich Wilhelms III. wesentlich modifizieren müsse.

Herr Prof. Dr. Schiemann legte eine Reihe von Briefen vor, die zwischen dem General Grafen Wittgenstein und Kaiser Alexander I. in der Yorckschen Angelegenheit Ende 1828 und Februar 1813 gewechselt wurden. Sie ergaben, daß Yorck am 12. Februar 1813 oder unmittelbar vorher, dem Grafen Wittgenstein mitgeteilt hatte, daß König Friedrich Wilhelm III. ihn, Yorck, nach Breslau vor ein Kriegsgericht zu rufen beabsichtige. Wittgenstein stattete darüber dem Kaiser seinen Bericht ab und Alexander ließ Yorck raten, die Fahrt nach Breslau aufzuschieben und versprach, für Yorck beim Könige einzutreten. Während der Abfassung dieses vom 15. Februar datierten Schreibens erhielt der Kaiser durch Anstett die Nachricht vom Abschluß der Allianz mit Preußen, und beauftragte nun

Wittgenstein, Yorck davon Mitteilung zu machen, das werde genügen, um ihn über seine persönliche Lage zu beruhigen".

Herr Oberlehrer Dr. Tschirch aus Brandenburg a. H. widmete dem märkischen Dichter Wilibald Alexis (W. Häring) zur 100. Wiederkehr seines Geburtstages Worte des Gedächtnisses. Er verfolgte insbesondere die künstlerische Entwicklung des Dichters, besprach seine politischen Ansichten und deren Einfluß auf seine vaterländischen Dichtungen und gab schließlich ein Bild der Arbeitsweise und der Quellenbenutzung Härings. — W. Alexis ist ein Kind der Romantik und stand anfänglich ganz unter der Einwirkung Tiecks, Müllners und E. T. A. Hoffmanns. Daneben wirkte auf ihn das Vorbild des großen schottischen Romandichters Walter Scott, aber er behielt ihm gegenüber Kritik genug, um seine Manier geschickt nachzuahmen und dabei übermütig zu persiflieren. Die Ironie, die diesen Erstlingsroman Walladmor an ernsterer Wirkung schädigt, ist auch seinen Erstlingswerken nicht zu ihrem Vorteil eigen. Erst indem er sie allmählich verabschiedete, erhob er sich zu echten Dichterschöpfungen. Schon früh lockten ihn vaterländische Stoffe, wie er denn unter den mächtigen Eindrücken der Not und der Erhebung Preußens aufgewachsen an den Schicksalen des Vaterlandes allezeit den lebendigsten Anteil nahm. Wie der Romantiker Walter von Aston in seinem Roman „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht", erfüllte er sich allmählich mit Begeisterung für Friedrich den Großen, dessen nüchterne, verstandesklare Gestalt der schwärmende Romantik so fern stand, und gewann Sinn für die schlichte märkische Landschaft, die ihre Reize nur dem liebevollen Blicke erschließt. So zeigt sein erster vaterländischer Roman Cabanis schon alle charakteristischen Züge, die seine Werke den Märkern teuer machen, aber bei den Zeitgenossen wenig Anklang fanden, die die französischen Zeitideen gegen die Verherrlichung des Preußentums unempfindlich machten. Trotz vielfacher Angriffe von beiden Seiten hat W. Alexis auch weiterhin seinen gemäßigt freisinnigen, monarchisch national-preußischen Standpunkt und die großen friedericianischen Traditionen der preußischen Politik tapfer vertreten, in dem Preßstreit von 1843, der ihm eine ungnädige Zurechtweisung Friedrich Wilhelms IV. eintrug, wie im Frühjahr 1849, wo er vergeblich als Publizist der Vossischen Zeitung leidenschaftlich für die Annahme der deutschen Kaiserkrone durch den preußischen König eintrat. In seinen vaterländischen Dichtungen aber hat er mit wachsender Meisterschaft die Vergangenheit des märkischen Volkes dichterisch zu beleben verstanden. Seit 1840 hat er die Hauptepochen der brandenburgisch-preußischen Geschichte in lebensvollen Romanen behandelt, deren Wert sich vom Roland von Berlin bis zu dem großen Roman aus der Reformationszeit, den Hosen des Herrn von Bredow, steigerte. Er selbst hielt den falschen Woldemar für sein gelungenstes Werk, und gewiß ist, daß er die schwierige Aufgabe, das Auftreten des edlen Betrügers Rehbock als Markgraf wahrscheinlich zu machen und für ihn zu interessieren, mit großer Virtuosität gelöst hat. Das Jahr 1848, in dem vieles seinen Preußensinn empörte, führte ihn noch einmal in die politische Arena, aus der er sich aber nach dem Scheitern des deutschen Kaisertraumes tief verstimmt zurückzog. Die geistreichen Romane, die er seitdem schrieb und die das Preußen vor und nach Jena mit großer Kunst behandeln, zeigen bei aller vaterländischen Gesinnung zu dustere Farben und verraten ermattende Kraft. Bald darauf verfiel der Dichter in unheilbares Siechtum, das seine letzten Jahre, die die Erfüllung seiner nationalen Träume brachten, zu einer harten Leidenszeit machte. — Der Vortragende schloß an diese Darstellung der politischen Anschauungen des vaterländischen Dichters eine Schilderung seiner Arbeitsweise und wies insbesondere nach, daß bei aller Gründlichkeit der wissenschaftlichen Vorarbeiten der Dichter nach den Geboten der künstlerischen Ökonomie frei mit seinen Gestalten schaltet. Am Schlusse wurde Häring mit dem jüngst verstorbenen märkischen Dichter Fontane verglichen. Unzweifelhaft ist Fontane, der Wilibald Alexis sehr viel verdankt, der größere Künstler, weil er niemals mehr zu leisten versucht, als er vermag und seinen Gestalten objektiv gegenübersteht, während Alexis bisweilen etwas über seine Kräfte wagt und sich nicht immer über die Figuren seiner Phantasie erhebt. Aber neben dem leidenschaftslosen, glücklicheren Nachfolger, dem es beschieden war noch als Greis in Schaffenskraft über sich hinauszuwachsen, mag der heißer empfindende Vorgänger, der in

politischem Kampfe mit seinem Herzblute zahlte und in einigen seiner Werke auf das Volksgemüt tiefer wirkte, eine ehrenvolle Stelle im Gedächtnis des märkischen Stammes behaupten.

Sitzung vom 14. Dezember 1898.

Unter den Druckschriften der Universität Upsala, die mit dem Verein in Schriftentausch steht, erregte die Arbeit Emil Olmers über den Streit zwischen Dänemark und dem Hause Gottorp (1695—1697) besondere Aufmerksamkeit. Herr Amtsgerichtsrat Dr. Holtze spendete nicht nur den eingehenden archivalischen Forschungen des Verfassers, durch die er unsere Kenntnis von der damaligen brandenburgischen Politik vertieft hat, sondern auch der Vorurteilsfreiheit, mit welcher der schwedische Gelehrte diese Staatskunst würdigt, die verdiente Anerkennung.

Herr Archivar Privatdozent Dr. Meinecke sprach über die „Gedanken und Erinnerungen" Bismarcks. Er charakterisierte die historiographischen Eigentümlichkeiten des Werkes und hob dabei hervor, in wie hohem Grade der Zweck die Auswahl und Auffassung des Stoffes beherrscht, so daß auch Beimischungen späterer Erwägungen zu den ursprünglichen Motiven häufig vorkommen. Der einzige Mensch, der mit allen Fasern seines Wesens erfaßt ist, ist Kaiser Wilhelm I., ein wunderbar ausgeführtes Charakterbild. Sodann behandelte der Vortragende die Frage, wie Bismarck selbst sein Verhältnis zu den geistigen politischen und socialen Strömungen seiner Zeit darstelle und wies darauf hin, wie einsam und wie einzigartig Bismarck aus denselben hervorrage und wie einfach und elementar die Impulse seines Handelns waren. — Bismarck ist, wie im Verein kürzlich noch hervorgehoben wurde, über drei Jahrzehnte hindurch ordentliches Mitglied des Vereins gewesen.

Herr Archivrat Dr. Bailleu machte im Anschluß an die in der letzten Sitzung von Prof. Schiemann vorgelegten Korrespondenzen Mitteilung von einigen Aktenstücken russischen Ursprungs zur Geschichte der Kapitulation von Tauroggen. Aus den Schreiben Kaiser Alexanders an seinen Kanzler Rumiantzow scheint hervorgehen, daß der russische Kaiser selbst den Entschluß Yorcks für eine Folge der aus Berlin erhaltenen Weisungen angesehen hat. Die Berichte Dolgorukis ferner vom Januar 1813 aus Königsberg zeigen, daß York durch König Friedrich Wilhelm III. selbst von den gegen ihn ergriffenen Maßregeln, Verhaftung, Absetzung u. s. w. im geheimen unterrichtet wurde und den Wink erhielt, sich nötigenfalls unter russischen Schutz zu stellen.

Herr Professor Schmoller erörtert die Ursachen der Ersetzung des Finanzministers Grafen v. Bülow im Jahre 1817 durch Klewitz; er legt einige neue Aktenstücke vor, welche aus den höchsten Kreisen des Beamtentums gegen Bülow gerichtet, unzweifelhaft zu seinem Sturze beitrugen, ihn aber doch noch nicht eigentlich erklären. Herr Staatsarchivar Dr. Meinecke teilte hierauf aus seinen Untersuchungen über Boyens Leben mit, daß wahrscheinlich die Gefügigkeit Bülows gegenüber den Feinden der neuen Armeeverfassung dazu beigetragen habe, die Zahl seiner Gegner zu vermehren. Daß Bülow dieser Gruppe von Staatsmännern, welche die Rückkehr zu dem Heeressystem von 1806 predigten, beitrat, erklärt sich dadurch, daß er glaubte, hiermit wesentliche Summen im Etat zu sparen.

Sitzung vom 11. Januar 1899.

Den ersten Vortrag hielt Herr Stadtbaumeister O. Stiehl über die Einführung des Backsteinbaues in die Mark Brandenburg.

Die bisherige Ansicht, daß der Backsteinbau durch Niederländer in die Mark eingeführt sei, erscheint unhaltbar, da die Beteiligung der Niederländer an der Siedelung gerade für die Mark nicht in umfangreicher Weise festzustellen ist, da die sicheren Kolonien der Holländer diese Bauweise nicht gebraucht haben, auch

ihre Kenntnis in den Niederlanden zu frühromanischer Zeit nicht nachzuweisen ist. Dafür ist mit großer Sicherheit Oberitalien als Ursprungsland der romanischen Backsteinbaukunst anzunehmen. Dort hat der Vortragende eine ganze Reihe romanische Backsteinbauwerke aufgefunden, welche die Entwickelung des Stiles aus den ersten Anfängen und die größte formale Übereinstimmung mit unseren Bauten erkennen lassen. Dies führt dazu, den Beginn der Backsteinbaukunst in unseren Landen später als bisher anzusetzen; es wird für die maßgebenden Kirchen zu Jerichow und Brandenburg die Entstehungszeit auf den Beginn des 13. Jahrhunderts festgesetzt.

Herr Privatdozent Dr. Wilhelm Naudé teilte aus seiner demnächst in den „Acta Borussica" erscheinenden Darstellung der „Getreidehandelspolitik und Getreidemagazinverwaltung Friedrich Wilhelms I." die Abschnitte mit, die sich auf „die Anfänge der agrarischen Schutzzollpolitik in Preußen" beziehen. Von den europäischen Staaten der neueren Zeit hat am frühesten England agrarische Schutzzölle eingeführt: bereits 1463, dann von neuem 1660—1816 ihm sind etwa gleichzeitig Preußen (1721) und Holland (1725 gefolgt, in allen anderen Ländern gehört das agrarische Schutzzollsystem einer erheblich späteren Zeit an. In Preußen entspringt die agrarische Schutzzollpolitik der Domänenpolitik. Der große staatliche Domänenbesitz, der im 18. Jahrhundert einen starken Bruchteil der gesamten Bodenfläche ausmachte, war hoch verpachtet; die Pachtsumme wurde mit Hilfe der sog. Kammertaxe bemessen, d. h. einer Berechnung des Staates, die nach dem Durchschnitt einer längeren Reihe von Jahren formiert war und in ihren einzelnen, nach den verschiedenen Provinzen und den verschiedenen Getreidesorten variierenden Sätzen zum Ausdruck bringen wollte, wie hoch der Pächter das von ihm geerntete Korn im Lande werde absetzen können. Die Kammertaxe entsprach den Produktionskosten des Getreides einschließlich eines Gewinnes für den Produzenten. Der König wünschte nicht, daß die Getreidepreise in wohlfeilen Jahren dauernd unter die Sätze der Kammertaxe sanken, da er voraussah, daß die Landwirtschaft dann nur noch mit Verlust werde produzieren können. Als diese Gefahr den preußischen Domänenpächtern von Polen her drohte, dessen Landwirtschaft unter ungleich günstigeren Produktionsbedingungen, auf reicherem Boden, mit unentgeltlichen Arbeitskräften wirtschaftete, führte Friedrich Wilhelm 1721 zunächst in den mittleren Provinzen Einfuhrzölle auf polnisches Getreide ein und steigerte seine Prohibitivpolitik 1722 zum Einfuhrverbot. 1723 wurde auf Vorschlag des Fürsten Leopold von Anhalt in Ostpreußen eine strenge Scheidung des polnischen und des inländischen Getreides vorgenommen, der Konsum polnischen Getreides im Inland verboten, dem polnischen Getreide nur noch der Transit und die Ausfuhr über See gelassen. Dieser Grundsatz ist dann auch auf die mittleren Provinzen und überhaupt auf die Einfuhr alles fremden Getreides ausgedehnt worden, sodaß nicht ein Scheffel ausländischen Korns in Preußen verzehrt werden durfte, sondern alles fremde Korn wieder ausgeführt werden mußte. Friedrich der Große brachte das agrarische Schutzzollsystem zur stärksten Konsequenz durch eine völlige Grenzsperre gegen Polen und eine staatliche Monopolisierung der fremden Einfuhr.

Sitzung vom 8. Februar 1899.

Die Generalversammlung ernannte den langjährigen Vorsitzenden des Vereins Wirkl. Geh. Rat Dr. v. Levetzow, den Landesdirektor der Provinz Brandenburg v. Manteuffel und den nach fast 40jähriger Amtsführung zurückgetretenen Generalsekretär Professor Holtze zu Ehren Vorsitzenden des Vereins und wählte den Professor Dr. Schmoller zum Vorsitzenden, Dr. Fr. Holtze zum Generalsekretär, Archivar Dr. Erhardt zum Bibliothekar, Geh. Archivrat Dr. Hegert zum Schatzmeister, sowie Archivrat Dr. Bailleu, Dr. Hintze und Oberlehrer Dr. Tschirch zu Beisitzern des Vereins.

Es wurde darauf in die Beratung der Satzungen des Vereins eingetreten, die am 1. Januar 1900 in Kraft treten sollen und im Entwurfe einstimmig genehmigt wurden. Nach diesen neuen Satzungen ist für die wissenschaftliche Thätig-

keit des Vereins der breiteste Raum geschaffen und die Hoffnung wohl berechtigt, daß die Städte und Kreise der Provinz diese Thätigkeit des Vereins unterstützen werden. Es ist zunächst die weitere Bearbeitung der Grundkarten, die Herausgabe der Landtagsakten, die Sammlung der in Stadtarchiven, Kirchenbibliotheken, Schlössern u. s. w. zerstreuten Archivalien in Aussicht genommen und bürgt die gesicherte Mitarbeit des Archivars Dr. Meinecke, der Professoren Dr. Brecher und Dr. Breysig, vorab aber die des Direktors der Staatsarchive Geh. Ober-Regierungsrats Dr. Koser für den erstrebten Erfolg.

Herr Dr. Freiherr v. Schroetter gab nunmehr eine kurze Darstellung der Entwickelung des Begriffes „Servis“ in der preußischen Militärverwaltung. Er suchte besonders zu zeigen, wie der Große Kurfürst die „Servitien“ beschränkte, Friedrich Wilhelm I. sie bis auf das Naturalquartier oder dessen Ablösungssumme in Geld beseitigte, wie der seit dem 7jährigen Kriege geförderte Kasernenbau die Stellung von Naturalquartier immer seltener machte und endlich im Lauf des darauffolgenden Jahrhunderts auch das alte Charakteristikum einer unentgeltlichen Leistung der Quartierstellung oder Serviszahlung genommen wurde.

Herr Oberstlieutenant Schnackenburg machte folgende von ihm in den „Annales Berolino Marchicae“ (Manuscr. boruss. in fol. 29) der Königl. Bibliothek gefundene Mitteilung aus dem Jahre 1526:

„In diesem Jahre (1526) starb zu Valencia der Spanische Gouverneur Markgraf Johannes von Brandenburg Friderici Sohn, welcher sich bei Kaiser Carolo V. sonderbare Gnade verdienet. Darüber neideten ihm die Spanier, durften sichs doch nicht öffentlich merken lassen, bis einer sonderlich mit großen Injurien herausfuhr. Als ihn nun Markgraf Johannes deswegen herausforderte und ihm eine „schwere Lanze“ zuschickte, erschrak der Spanier dergestalt, daß er sich entschuldigte, er hätte vor dieses Mal nicht Zeit, ein ander Mal wolle er erscheinen. Aber er suchte nur Gelegenheit, sich fort zu machen. Indeß erschien Markgraf Johannes auf dem Platze und hielt mit seiner Lanze, daß sich alle darüber verwunderten. Endlich sprach er in Gegenwart vieler Leute, er sei da, seine Sache auszufechten, aber der Spanier scheue das Licht, man sollte urtheilen, was von ihm zu halten. Da Solches der Kaiser erfahren, hat er den Spanier am Hofe verstoßen.“ —

Besagter Markgraf Johann war ein Sohn des Markgrafen Friedrich des Älteren von Anspach, der wiederum der zweite von den hinterbliebenen Söhnen des Kurfürsten Albrecht Achilles war; von den 17 Kindern seines Vaters war er das 10. Er war geboren am 2. Januar 1493, vermählt seit 1522 mit Germaine de Foix, der Witwe des Königs Ferdinand des Katholischen von Spanien und starb am 5. Juli 1526 als Vizekönig von Valencia an Gift.

Herr Oberlehrer Dr. Tschirch aus Brandenburg a. H. teilte ein von Herrn Oberpfarrer Timann in dem Pfarrarchiv von St. Catharinen ebendaselbst aufgefundenes, merkwürdiges Schriftstück mystischen Inhalts mit, das nach der Unterschrift aus den handschriftlichen Sammlungen des bekannten Martin Friedr. Seidel stammt. Es enthält neben einem Teufelsspuk, der Moritz v. Sachsen und Albrecht Alcibiades bei einem Trinkgelage in Dresden erscheint, ein vollständiges Pactum Joachims II. mit einem Geiste, der sich in der Schwurformel einen Sonnenengel nennt. Er verspricht dem Kurfürsten während seines ganzen Lebens treuen Gehorsam, will auf verabredeten Anruf eines göttlichen Namens allzeit erscheinen und seinem Herrn zu Diensten sein, der christlichen Religion ihn nicht entfremden, ihn auch niemals im Traum schrecken und, wenn nicht früher verabschiedet, 30 Tage vor seinem Tode den Abschied fordern. Das seltsame Schriftstück bezieht sich jedenfalls nicht auf Joachim II., sondern dies ist ein Irrtum des Abschreibers, da am Ende des Textes angeführt wird, dieser Fürst habe die Magie von dem Abt Tritheim gelernt, der doch nur in Beziehungen mit dem ersten Joachim stand. Übrigens ist der Pakt wohl ein Phantasieprodukt aus späterer Zeit und verfolgt die Tendenz, die Geisterbannerei des Kurfürsten als eine zwar unheimliche, aber harmlose Beschäftigung darzustellen, die sich mit dem Christentum wohl verträgt. Daher ist der Satan in einen Sonnenengel verwandelt. Aber es scheint ihm doch nicht ganz zu trauen zu sein; denn er muß versprechen, die Träume seines Herrn nicht zu ängstigen und seinem Totenbette fern zu bleiben.

Herr Professor Dr. Brecher machte auf verwandte Archivalien im Königl. Hausarchiv aufmerksam, die Joachims I. magische und astrologische Neigungen und

seinen Verkehr mit Tritheim und Carion betreffen. In Bezug auf den letzteren der damals als Hofastrolog in Berlin eine einflußreiche Rolle spielte bemerkte Dr. Tschirch, daß er wahrscheinlich auf der Universität Tübingen, die seiner Heimat nahe lag, studiert und dort die Unterweisung des berühmten Astronomen Stoffler genossen habe. Der Nachweis in der Tübinger Matrikel ist dadurch erschwert, daß der uns bekannte Name Carion offenbar eine Übersetzung des ursprünglichen ins Griechische ist. Doch ist unter den zahlreichen Namen aus Bietigheim, seinem Geburtsorte, vielleicht Johann Näglein unser Carion, da Carnophyllon die schon damals aus dem Plinius bekannte wissenschaftliche Bezeichnung für das Gewürznäglein war.

Sitzung vom 5. März 1910.

Herr Dr. Hintze erörterte auf Grund archivalischer Forschungen die bisher noch ungelöste Frage nach dem Ursprung des Ober-Revisionskollegiums, jener Behörde die im 18. Jahrhundert als Oberinstanz der Verwaltungsgerichtsbarkeit funktionierte, wie sie in erster Instanz anfangs durch die Kriegs- und Domänenkammern, später durch die Kammer-Justizdeputationen ausgeübt wurde. Als Ausgangspunkt ist eine Kommission von Kammergerichtsräten zu betrachten, die im Jahre 1724 zur Bearbeitung der Revisionen niedergesetzt wurde, die von dem Königsberger Tribunal nach Berlin „an den Hof" gelangten. Diese Kommission ist 1742 auf Cocceji's Antrag auch mit der Revision von Erkenntnissen des Königsbergischen Kommerzienkollegiums, das als Handels- und Schiffahrtsgericht diente, beauftragt worden. Dadurch kam sie in dauernde Beziehungen zum Generaldirektorium, da die von ihr in diesen kommerziellen Angelegenheiten erstatteten Rechtsgutachten nicht (wie die in den eigentlichen, vom Königsberger Tribunal kommenden Justizsachen) an den Justiz-Staatsrat, sondern eben an das Generaldirektorium als oberste Behörde in allen Kommerzialsachen, zur Bestätigung gingen. An diesen Specialauftrag haben sich im Laufe der Zeit noch eine größere Reihe von anderen Aufträgen geschlossen, die in der Hauptsache das ganze Gebiet der administrativen Justiz umfaßten. Der Vortragende wollte den Anstoß zu dieser Ausdehnung in einer bisher unbekannten königlichen Entscheidung aus dem Jahre 1741 erkennen, die eine ganze Reihe von Gegenständen der administrativen Justiz der kurialen Bearbeitung der Geh. Finanzräte im Generaldirektorium entzieht und dem „Kammergericht" überträgt. Er ging dabei von der Voraussetzung aus, daß das Kammergericht mit diesen seinem ordentlichen Kompetenzkreise meist ganz fremden Sachen nur „modo commissionis" habe befaßt werden können und daß diese Sachen der bereits für ähnliche Zwecke bestehenden Kommission von Kammergerichtsräten gewissermaßen von selbst zufallen müßten. Der starken Vermehrung der Geschäftslast, die den Mitgliedern der Kommission damit aufgebürdet wurde, würde es entsprechen, daß bald darauf die „Königsbergischen Revisionssachen", die Revisionen vom Königsbergischen Tribunal, die den Ausgangspunkt ihrer Tätigkeit gebildet hatten, dem Ober-Appellationsgericht in Berlin zur Erledigung überwiesen wurden. 1772 ist dann aus der Kommission ein „Kollegium" formiert worden.

In der sich daran schließenden Diskussion wurde namentlich die von Herrn Geh. Ober-Regierungsrat Dr. E. v. Meier aufgeworfene Frage behandelt, ob und inwiefern die administrative Justiz des 18. Jahrhunderts als eine Verwaltungsgerichtsbarkeit im neuern Sinne d. h. als eine Gerichtsbarkeit des öffentlichen Rechts betrachtet werden darf.

Sitzung vom 12. April 1910.

Herr Geh. Ober-Regierungsrat Dr. v. Meier sprach über die in einigen Teilen Hannovers, namentlich im Fürstentum Lüneburg seit dem 17. Jahrhundert neben den landesherrlichen Ämtern als Organe der Kriegs- und Steuerverwaltung entstandenen ritterschaftlichen Landkommissarien, über deren Verwandtschaft mit den preußischen Landräten und über die Frage, wie es zu erklären sei, daß die preußische Ämterverfassung immer mehr vor der Landratsverfassung zurückgetreten

sei, während die für eine solche in Hannover vorhandenen Keime sich nicht weiter entwickelt hätten.

Dem Vortrage, der sich eingehend mit der historischen Entwicklung und der socialen Stellung dieser Verwaltungsorgane beschäftigte, folgte eine eingehende Debatte, an der sich besonders die Herren Professoren Dr. Schmoller und Dr. Breysig beteiligten.

Herr Archivrat Dr. Baillen verbreitete sich über die unter dem Titel „69 Jahre am Preußischen Hofe" veröffentlichten Auszüge aus den Tagebüchern der Gräfin Voß und gab dazu einige Ergänzungen und Berichtigungen.

Herr Professor Dr. Schiemann prüfte an der Hand des neuen urkundlichen Materials, das seit 1887 an die Öffentlichkeit getreten ist, den bekannten Aufsatz H v. Sybels über den Grafen Brandenburg und dessen tragischen Ausgang am 6. November 1850. Sybel gelangte zum Schluß, daß es eine Legende sei, wenn man den Tod Brandenburgs in Verbindung setze mit den Demütigungen, welche Preußen in der kurhessischen Angelegenheit hinnehmen mußte. Als Resultat der Schiemann'schen Ausführungen ergab sich, daß Brandenburg von Schwarzenberg Versprechungen erhalten hatte, die ihn mit Bestimmtheit annehmen ließen, daß in der hessischen Angelegenheit nichts geschehen werde, ehe in Aussicht genommene Ministerkonferenzen die schwebenden Differenzen geregelt hätten. Auf diese Versprechungen bauend, bestimmte Brandenburg die Majorität des preußischen Ministeriums den österreichischen Forderungen nachzugeben und nicht zu mobilisieren. Der König schloß sich diesem Votum an. In der Nacht vom 2. auf den 3. November traf jedoch das Telegramm ein, durch welches Brandenburg erfuhr, daß auf Schwarzenbergs Befehl die bayrischen Truppen in Hessen einmarschiert seien. Am Morgen des 3. konnte Brandenburg, der sich am 2. abends gesund zu Bett gelegt hatte, bereits das Bett nicht mehr verlassen, am 6. starb er. Man wird demnach bis auf weiteres, trotz Sybel an der „Legende" festhalten dürfen, daß allerdings die Politik es war, die dem stolzen und tapferen Grafen das Herz gebrochen hat.

Sitzung vom 10. Mai 1899.

Der dem Vereine leider bereits am 16. Mai durch den Tod entrissene Geh. Regierungsrat Dr. W. Schwartz hatte ein von ihm entdecktes Buch, enthaltend chronistische Aufzeichnungen eines Berliners aus den Jahren 1704—1758 zur Ansicht übersandt. Besonderes Interesse erregten die in den ersten Jahren des dritten schlesischen Krieges gemachten Bemerkungen über den Ausmarsch der Berliner Garnison, über das im Juni 1757 verbreitete Gerücht, daß Prag sich mit dem seit dem Mai eingeschlossenen Heere ergeben habe und über die kurze Besetzung Berlins durch den kühnen österreichischen General Grafen Haddik im Oktober 1757. Das Buch besteht — deutlich erkennbar — aus zwei in ihrem Werte verschiedenen Teilen. Die Aufzeichnungen bis zum Jahre 1752 sind sauber geschrieben, vielleicht eine Abschrift eines vorhandenen Originals. In diesem Teile werden, abgesehen von einzelnen für die Lokalgeschichte Berlins bemerkenswerten Notizen, nur kurze Mitteilungen über Thatsachen gebracht, die auch sonst bekannt sind. Wichtiger ist dagegen der mit dem Jahre 1753 beginnende zweite Teil. In diesem, weit flüchtiger geschriebenen Teile legt ein offenbar gebildeter, mit einem scharfen Blick versehener Mann die Eindrücke nieder, die auf ihn die Ereignisse von 1753 bis 1758 gemacht haben. In den ersten Jahren handelt es sich dabei allerdings vorwiegend um Unglücksfälle, Exekutionen und Hofnachrichten; in den drei letzten dagegen um die Kriegsthaten und Siege Friedrichs in ihrer Rückwirkung auf seine Hauptstadt. Man erstaunt, wie gewaltig auch der Bürger durch jene Thaten aus dem kleinlichen Einerlei seiner Anschauungen und Interessen aufgerüttelt und zur Teilnahme am Schicksale seines Vaterlandes erweckt wurde.

Herr Universitäts-Professor Dr. Breysig beleuchtete den wegen Hochverrats geführten Prozeß gegen den Königsberger Schöppenmeister Roth, welcher an der Spitze der städtischen Agitation der Einfügung des Herzogtums Preußen in den Staat des großen Kurfürsten widerstrebt hatte.

Herr Graf Lippe-Weißenfeld teilte mit, anläßlich des nahbevorstehenden Zietengedenktages: König Friedrich Wilhelm IV. habe dem weltberühmten Husarengeneral eine äußerst ehrende Erinnerung gewidmet durch die Worte „dem besten Namen der Mark", welche dieser souveräne Ordensmeister an Hans Joachim v. Zietens greisen Sohn richtete bei dessen Einkleidung als Ritter des hochsten preußischen Ordens, den 18. 1. 1852. Ein besonderer Ruhmeskranz gebührt dem „Zietenritt" (20. Mai 1745). Schließlich bleibt erwähnenswert, daß ganz gegen den Wunsch des damaligen Zietenhusaren-Offiziercorps die Statue auf dem Berliner Wilhelmsplatz einen langsamen Grübler darstellt, statt des stets flinken „Zieten aus dem Busch!".

Sitzung vom 14. Juni 1899.

Der erste Teil der Sitzung galt dem Andenken des am 16. Mai 1899 verstorbenen Mitgliedes, Geh. Regierungsrates Dr. Wilhelm Schwartz, der dem Vereine 38 Jahre angehört und bis in seine letzten Lebenstage die regste Teilnahme an dessen Arbeiten bewiesen hat. Gestützt auf eigene, sorgfältige und umfangreiche Untersuchungen hat Schwartz bahnbrechend für die Erforschung der vorgeschichtlichen Zustände der Mark gewirkt und eine Reihe von Werken geschaffen, die sein Andenken, das bei denen, die ihn gekannt, unvergeßlich sein wird, auch bei den Späteren in Dankbarkeit fortleben lassen werden.

Herr Oberlehrer Dr. Tschirch aus Brandenburg a. H. sprach über das politische System des Berliner Publizisten Friedrich Buchholz, der in der Zeit vor und nach Jena in der Schriftstellerwelt Berlins das größte Ansehen genoß und der Hauptwortführer der franzosenfreundlichen Partei war. Das Studium der modernen Litteratur hatte ihn zu einem überzeugten Anhänger der politischen Ansichten eines Machiavelli und Hobbes gemacht, und dem radikalen Absolutisten mußte dann Bonaparte als der politische Messias erscheinen, der bestimmt sei, Frankreich und ganz Europa mit den Segnungen der Kultur und des Friedens zu überschütten. Er stützte die Auffassung vor allem durch die starke Betonung des damals weit verbreiteten Dogmas von der britischen Handelsdespotie, die den Kontinent mit ihrer Knechtschaft bedrohe. Die erwähnten Ansichten des Publizisten finden sich namentlich in seinen Hauptschriften: Der neue Leviathan, in der er an die gleichnamige politische Schrift des Hobbes anknüpfte, und: Rom und London, worin er Napoleon als den Gründer einer neuen Weltherrschaft pries, die bestimmt sei, die Universalmonarchie des Papismus und des britischen Handels abzulösen. In den politischen Werken, die Buchholz nach dem Zusammensturz des preußischen Staates herausgab, beschäftigte er sich vor allem mit den innern Reformen Preußens und erwartete auch hier das Heil für den Staat von einer sklavischen Nachahmung der französischen Einrichtungen. Am meisten Aufsehen machte die anonyme Schrift: Gallerie preußischer Charaktere, die aller Wahrscheinlichkeit ein gemeinsames Werk Massenbachs und Buchholz' ist und eine schneidende und gehässige Kritik der preußischen Feldherrn und Staatsmänner enthält. Später trat Buchholz auf Hardenbergs Veranlassung in den Dienst der preußischen Regierung und erscheint seitdem in seiner politischen Schriftstellerei ziemlich farblos.

An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion, an der sich die Herren Prof. Schmoller, Privatdozent Dr. Hintze, Dr. Meloff und Dr. Naudé beteiligten. Die drei erstgenannten hoben hervor, daß der politische Standpunkt des genannten Publizisten vor 1806 keine unbedingte Verurteilung verdiene, da der britische Handelsdespotismus in der That allgemeine Entrüstung erregt habe und eine Hinneigung zu Frankreich daher natürlich gewesen sei; der letztgenannte aber machte geltend, daß auch schon 1805 und 1806 gewiß die schlimmere Gefahr für Preußen von Napoleon gedroht habe. Der Vortragende betonte zum Schlusse, daß Buchholz bei seinen politischen Ideen weniger von praktischer Erkenntnis der preußischen Handelsverhältnisse, als vielmehr von philosophischen Hirngespinnsten und blinder Vorliebe für Napoleon ausgegangen sei.

Neue Erscheinungen.

I. Zeitschriftenschau 1899[1].

(1. Januar bis 1. Juli.)

Altpreußische Monatsschrift. Herausgegeben von Rud. Reicke und Ernst Wichert. XXXVI. Band. Heft 1—4 (Januar bis Juni). Königsberg i. Pr. 1899.

S. 1—73: Georg Hollmann, Prolegomena zur Genesis der Religionsphilosophie Kants.

S. 74—107: C. L. Fischer (Pfarrer em.), Das samländische Bauerndorf, insonderheit das Bauernhaus und das Leben darin. Vortrag. [Soweit der Vortragende sein eigentliches Thema behandelt, soweit er Selbsterlebtes darstellt und schildert, kann man ihm, wie der Berichterstatter aus eigener Kenntnis gern bezeugt, vollen Glauben schenken, weniger da, wo auf Entfernteres zurückgegriffen wird, wie z. B. auf Entstehung und Entwicklung der Leibeigenschaft, die der Verfasser bis auf die Ordenszeit zurückführen will.]

S. 108—122: A. Gundel (Pfarrer), Noch einmal die Wege Adalberts von Prag im Preußenlande. [Bereits im Jahrgang 1897 der Monatsschrift hatte derselbe Verfasser die Wege des heiligen Adalbert im Preußenlande einer näheren Untersuchung unterzogen. Da aber H. G. Voigt in seinem inzwischen erschienenen Buche über den ersten preußischen Glaubensboten auf diese Ergebnisse nicht eingegangen war, so hat jetzt G. dieselben auch gegen ihn noch einmal verteidigen zu müssen geglaubt. Trotz der drei fast gleichzeitigen Berichte über das Martyrium des Prager Bischofs, die doch wenigstens zu einem gewissen Teile sogar auf Berichten von Augenzeugen beruhen, wird heute schwerlich jemand, der mittelalterliche Quellen zu lesen versteht, mit Bestimmtheit die Stellen bezeichnen wollen, an denen Adalbert im Samland gelandet ist und geendet hat; über ein „es kann wohl sein" kommt man da bei richtiger Kritik eben nicht hinaus.]

S. 123—128: Gründungs-Urkunde des Dorfes Conradswalde (Kreis Stuhm). Mitgeteilt von R. Töppen. [Diese Urkunde, vom 18. Dezember 1284, die zweite Handfeste, welche der Orden in Preußen für ein deutsches Dorf erteilt hat, war bisher nur in fehlerhaften Auszügen bekannt.]

S. 145—222: Curt Dewischeit, Der Deutsche Orden in Preußen als Bauherr. [Von dieser Abhandlung, einer philosophischen Doktor-Dissertation, kann ich nach bestem Wissen und Gewissen nur sagen, daß

1) Von Herrn Prof. Lohmeyer, Herrn Dr. Victor Loewe und dem Herausgeber zusammengestellt.

ich sie in Bezug auf ihren sachlichen Inhalt nach allen Richtungen hin für durch und durch verfehlt halte. Dieses harte Urteil auch nur durch einzelne Beispiele zu belegen, würde hier einen zu großen Raum in Anspruch nehmen, so daß ich bitten muß mich auf folgende allgemeine Auslassungen beschränken zu dürfen. Gern aber bin ich natürlich bereit, wie ich es schon dem jungen Herrn Verfasser selbst gegenüber gethan habe, jedem der es verlangt ausreichende Nachweise zu geben. Wer sich auf das Gebiet der altpreußischen „Kulturgeschichte" begiebt, darf sich selbstverständlich, will er nicht immerfort strancheln, die Mühe nicht ersparen, sich vorher genau auch mit der politischen Geschichte des Landes und mit seinen Zuständen und Verhältnissen der betreffenden Zeit, hier also des Mittelalters, bekannt zu machen; es ist aber kaum zu sagen, wie fern diese Dinge dem Verfasser liegen. Die Hauptquellen weiter, auf welche der Verfasser allein seine Arbeit aufbauen konnte, sind das Marienburger Treßlerbuch und fast in noch höherem Maße Urkunden, aber wie geht der Verfasser mit diesen Quellen um! was liest er aus seinen Vorlagen heraus, und was alles legt er hinein! Wer sich die Mühe geben wollte, die zahlreichen Citate zu prüfen, würde weitaus in den meisten Fällen die Beobachtung machen, daß der Verfasser doch, um es milde auszudrücken, gar zu willkürlich damit umgegangen ist.]

S. 223–273: Das Elbinger Kriegsbuch. Bearbeitet von Max Töppen. [Die schon längst, auch bereits Joh. Voigt bekannte und vielfach benutzte, den obigen Namen führende Handschrift des Elbinger Stadtarchivs wird hier, mit einer kurzen Einleitung und mit Anmerkungen versehen, wieder aus dem schier unerschöpflich erscheinenden Schatze des Max Töppenschen Nachlasses von dem Sohne veröffentlicht. Die Jahre 1383 bis 1409 umfassend, giebt das Buch ein Verzeichnis aller Leistungen an Mannschaft, welche die Stadt zu den Kriegsfahrten jener Jahre gestellt hat. Weit umfangreicher aber als dieser Hauptteil ist, was Töppen aus anderen Kämmereibüchern an Kriegsausgaben auch über jenen Zeitraum hinaus, und nicht bloß für das Unglücksjahr 1410, sondern bis 1417 hin entnommen hat. Es waren doch gewaltig schwere Lasten, welche den Ordensunterthanen, zumal den Städten, oblagen.]

S. 287—304: G. Sommerfeldt, Über die ältesten preußischen Stammsitze des Geschlechts der Reichsgrafen von Lehndorff. [Auch diese urkundlichen Mitteilungen können als ein Beweis für die Richtigkeit der Behauptung v. Mülverstedts dienen, daß die heutigen Grafen Lehndorff altpreußischen Ursprungs und mit den älteren, schon im 15. Jahrhundert erscheinenden v. Legendorf (Logendorf) und v. Maulen identisch sind. Auch ihre heutigen Hauptgüter, Steinort u. s. w. am Mauersee, haben ihnen wohl schon im 15. Jahrhundert, vor dem großen Kriege, angehört.] K. Lohmeyer.

Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins. Heft 39. Danzig 1899, Th. Bertling (2,50 Mk.).

S. 3–98: Fr. Schultz, Das Deutsch-Kroner Land im 14. Jahrhunderte. [Die, wie alle ähnlichen Arbeiten des auf verwandtem Gebiete schon lange thätigen Verfassers, musterhaft fleißige und ins kleinste Detail gehende Abhandlung beruht wieder ausschließlich auf urkundlichem Material. Sie behandelt die äußere Geschichte sowie die innere Entwicklung des äußersten westlichen Zipfels der heutigen Provinz Westpreußen. Unter der Bezeichnung Deutsch-Kroner Land versteht der Verfasser zwar das ganze Gebiet zwischen den Flüssen Küddow, Netze und Drage und will dieses auch zum Gegenstande der Fortsetzung der hier vorliegenden Arbeit machen, hier aber, für die älteste Zeit, kommt nur erst die östliche Hälfte desselben, zwischen Küddow und Döberitz, in Betracht. Der überaus reichhaltige thatsächliche Inhalt, den der Verfasser aus seinen urkundlichen Vorlagen zu ziehen weiß, dürfte wohl, soweit man ohne

eigene Kontrolle zu urteilen vermag, im ganzen richtig sein, nur sehr wenige Stellen geben an sich selbst Anlaß zu Bedenken. Aber in Bezug auf die verschiedenartigen allgemeinen Verhältnisse, die hier in Betracht kommen, bei den Deutschen wie bei den Polen, stehen dem Verfasser offenbar nicht immer die zu solchen Untersuchungen nötigen Kenntnisse voll zur Verfügung, und hier darf zu größerer Vorsicht gemahnt werden.

S. 101—130: H. Freytag (Pfarrer), Zwei Danziger Armenordnungen des 16. Jhdt. [Der Verf. bringt die beiden Danziger Armenordnungen von 1525 und 1551 zum Abdruck und behandelt in einer Einleitung (bis S. 119) den Inhalt derselben, namentlich im Vergleich mit ähnlichen Maßregeln und Verordnungen anderer protestantischen Stadt und Landesregierungen.]

S. 133—146: R. F. Arnold (Beamter der Hofbibliothek in Wien), Drei politische Gedichte aus der Zeit des polnischen Erbfolgekrieges. [Drei nach Form und Inhalt interessanten Gedichte, von denen das erste gegen Stanislaus Leszczinski, die beiden anderen gegen seinen sächsischen Mitbewerber oder vielmehr gegen dessen russische Verbündete und ihren Anführer Münnich gerichtet sind, hat der Herausgeber einem Berliner Sammelbande entnommen, von dessen reichem, fast ausnahmslos auf die polnischen Thronwirren von 1733 ff. bezüglichem Inhalt er zugleich Mitteilung macht.]

S. 147—158: Festmahle und Ehrungen den Hochmeistern von der Stadt Elbing gegeben. Mitgeteilt von Max Töppen. [Wieder aus den Kämmereibüchern entnommene Notizen für die Jahre 1407—1411 und 1412].

K. Lohmeyer.

— — Heft 40. 1899 (2 Mk.).

S. 3—105: K. Benrath, Die Ansiedlung der Jesuiten in Braunsberg 1565 ff. Nach den Originalberichten des Braunsberger Jesuiten-Kollegiums dargestellt. [Es ist ja nun längst allgemein bekannt daß allen Missionen der Jesuiten, besonders den Kollegien, aufgegeben war in ganz bestimmten, kürzeren und längeren Zeiträumen an ihre Oberen Berichte über ihre eigene Thätigkeit abzustatten, und daß aus diesen Berichten Auszüge angefertigt, durch den Druck vervielfältigt und in dieser Zusammenfassung allen Ordensanstalten mitgeteilt wurden. Solche Berichte sind, seitdem man erst auf sie aufmerksam geworden ist, an sehr vielen Orten zu Tage gekommen, für das ermländische Braunsberg z. B. aus der Zeit von 1584—1602 auf der öffentlichen Bibliothek zu St. Petersburg. Für dasselbe Kolleg sind aber in letzter Zeit gerade auch aus seinen ersten Jahren solche Berichte, wenn auch wieder nicht in zusammenhängender Reihe, in Köln aufgefunden worden, und aus ihnen giebt der genannte Königsberger Professor der Kirchengeschichte, noch einige andere Akten heranziehend, zuerst bis S. 61 eine eingehende und fesselnde, dabei sehr lehrreiche Darstellung der Gründung der Anstalt und der ersten sechs Jahre ihrer schon recht sehr erfolgreichen gegenreformatorischen Thätigkeit, die sich weit über die Grenzen Ermlands hinaus erstreckt hat, nicht bloß nach Westpreußen und Polen, sondern auch in das Herzogtum Preußen, nach Litauen und ganz besonders nach Schweden. Dann folgen die noch vorhandenen sechs Berichte selbst aus den Jahren 1565—1571 und ein Stück aus den Akten der ermländischen Generalvisitation von 1572.]

S. 107—115 sucht H. Freytag wahrscheinlich zu machen, daß ein im kgl. Museum zu Berlin vorhandenes, aus England stammendes Porträt von Hans Holbein dem Jüngern einen dem Londoner Stahlhofe angehörigen jungen Kaufmann aus der Danziger Familie Giese, einen Verwandten also des ermländischen Bischofs Thiedemann Giese, darstellt.

S. 116—120 giebt Dr. Paul Simson einige sehr beherzigenswerte „Beobachtungen über das Wertverhältnis verschiedener Münzsorten im 16. und 17. Jahrhundert".

K. Lohmeyer

Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands. Im Namen des historischen Vereins für Ermland herausgeg. von Franz Dittrich. Jahrgang 1898 (XII, 2). Braunsberg 1898.

S. 217—266: B. Röhrich), Die Teilung der Diöcese Ermland zwischen dem Deutschen Orden und dem ermländischen Bischofe. [Zu so schweren Ausstellungen, wie sie leider gegen die letzte große Abhandlung des Braunsberger Lyceal-professors über den dreizehnjährigen Krieg erhoben werden mußten, ist hier, was mit Freuden anerkannt werden soll, keine Veranlassung gegeben, aber von aller Einseitigkeit der Auffassung und des Standpunktes hat sich der Verfasser doch nicht freimachen können. Wenn er z. B. schon bei der ersten Teilung von 1251/4 beim Orden nichts als schlaue Vorspiegelungen und kluge Überredungskünste, nur Überlistung und Berückung findet, so legt er doch in die Urkunden, die als alleinige Quelle vorliegen, etwas hinein, was der unbefangene Leser unmöglich darin finden kann: selbst nach der klar in die Augen springenden Auffassung des Bischofs ist da noch alles in gutem Glauben geschehen und aufgenommen. Wenn dann freilich bei der weiteren Entwicklung der Sache auch auf der Ordensseite manches Menschliche vorgekommen ist, so muß man nicht vergessen, daß für jedes Staatengebilde, welches diesen Namen ernstlich verdient, alle Politik nur Realpolitik sein darf, weil eine Hauptpflicht desselben doch einmal die der Selbsterhaltung ist. Hätte auch nach dem ursprünglichen Teilungsprincip wirklich das zwischen der heutigen Südgrenze des Bistums und der polnischen Grenze gelegene ganze Gebiet mit größerm Rechte unter die Landeshoheit von Bischof und Kapitel fallen sollen, so wird wohl niemand dem Orden zumuten wollen, daß er ein Jahrhundert später gutwillig auf die völlige Zerreißung seines Landes in zwei ganz und gar getrennte Gebiete hätte eingehen sollen. Auch die Anwendung der Titel Fürstbischof und Fürstentum, von denen es immerhin doch fraglich sein dürfte, ob sie bei Ermland überhaupt zutreffen, sogar bis in das 13. Jahrhdt. hinauf, muß als unhistorisch bezeichnet werden und verrät ein wenig die Absicht. — Wenn man von solchen nun einmal unvermeidlich erscheinenden Irrwegen absieht, so wird man den sachlichen Ergebnissen der Untersuchung des Verfassers gern und mit Dank zustimmen.]

S. 267—322: A. Kolberg, Historische Bedeutung der Passio S. Adalberti. Hier zunächst einige Proben von der Methode des Verfassers, S. 298 ff.: Da mare nicht immer das Meer bedeuten muß, sondern bisweilen auch jedes beliebige Gewässer bedeuten kann, so muß das Wort sich, wo es bei Gelegenheit der Schiffsreise Adalberts gebraucht wird, für jeden „Unbefangenen" auf die Weichsel beziehen. S. 309: der sicco, der dem Bischof den Todesstoß versetzt, ist kein Heidenpriester, sondern ein einfacher „Mordgeselle", denn sicco = siccarius! S. 314: urbanus custos . . . respondere fertur heißt nicht „der Wächter soll geantwortet haben", sondern „er stürzt schnell herbei um zu antworten". S. 317: caput de sude oracula aeternae eructuabat vitae will K. nicht „das (abgeschlagene) Haupt ließ vom Pfahl herab noch Sprüche des ewigen Lebens ertönen" übersetzen, sondern „es hauchte vom Pfahl herab aus in das Allerheiligste oder die Zelte des ewigen Lebens". S. 318: nachdem der Leichnam des Erschlagenen sechs Tage im Flusse geruht hatte, „septimo (die) piscino more defluit ad ripam"; das heißt nicht „am siebenten Tage kam er wie ein Fisch an das Ufer", sondern „am siebenten Tage des Aufenthalts im Wasser kam der Leib ans Ufer", denn — more ist Genitiv von mora und statt piscino ist piscine zu lesen!! S. 297 wird der Versuch gemacht, das bekannte altpreußische Wort witing mit guido, wido (Führer, Leitsmann) und durch dieses gar mit gyddanyzc (etwa = guidaneus) zusammenzubringen. — Wenn in der Weise mit Sprache und Text umgesprungen wird, dann mag das für manchen ja geistreich erscheinen, aber ich für

meine Person bin der Ansicht, daß dem gegenüber jede ernste Kritik ihr Recht verloren hat.]

S. 323—358: A. Kolberg, Über den Verfasser des Lobgedichts auf den hl. Adalbert. [Gegen den Widerspruch des neuesten Adalbertbiographen Voigt bemüht sich der Verfasser, seine Hypothese, daß die versifizierte Vita des Märtyrers nicht erst dem 13. Jahrhundert angehöre, sondern niemand anders als den berühmten Gerbert, den nachmaligen Papst Sylvester II., zum Verfasser hätte, durch immer neue Gründe zu bekräftigen. Es wäre also nicht die sogenannte Vita I Canaparius, die so viele Übereinstimmungen mit dem Poem zeigt, die Grundlage desselben, sondern das Verhältnis wäre geradezu umgekehrt. Auch diese neuen Gründe, nach dem eigenen Zugeständnis des Verfassers mehr äußere, wollen mir nicht stichhaltiger erscheinen. In einer Anmerkung (S. 347) wird sogar die Behauptung aufgestellt, auch jene Vita I rührte, wie die Vita II, von Bischof Bruno her, der sie, eben „auf Grund des Poems", als „seine Erstlingsschrift" verfaßt hätte.]

S. 359—382: „Nicolai Coppernici de hypothesibus motuum coelestium a se constitutis commentariolus", übersetzt und durch Anmerkungen erläutert von P. Adolf Müller, S. J. [dessen kleine Lebensbeschreibung des Frauenburger Astronomen im vorigen Jahrgange S. 571 angezeigt ist. Die Schrift, deren in Wien gefundenes Original bereits seit 20 Jahren gedruckt vorliegt, ist „nicht eine populär gehaltene Darlegung des coppernikanischen Systems", sondern „offenbar eine für astronomisch geschulte Freunde bestimmte Einführung in die Hauptlehren" desselben.]

S. 383—427: Fr. Dittrich, Dr. Franz Hipler, Domkapitular in Frauenburg [† 22. Dezember 1898]. Skizze eines Gelehrtenlebens.

K. Lohmeyer

Mitteilungen der Litterarischen Gesellschaft Masovia (des früheren Vereins für Kunde Masurens). Herausgeg. von Dr. R. Ed. Schmidt. 4. Heft. Lötzen 1898.

S. 9—53: Die Tagebücher des Grafen Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorf. Mitgeteilt von R. E. Schmidt. 1. Fortsetzung.

S. 54—70: M. Gerß' Geschichte und Chronik von Rydzewen. 3. Teil (Fortsetzung und Schluß), bearbeitet von Karl Haugwitz. [Über beide Mitteilungen vgl. oben S. 281.]

S. 71—130: Urkunden über die Güter Borken und Symkau im Kreise Johannisburg. Mitgeteilt von Rechtsanwalt R. A. Maczkowski.

K. Lohmeyer.

Oberländische Geschichtsblätter. Im Auftrage des Oberländischen Geschichtsvereins herausgeg. von Georg Conrad. Heft 1. Königsberg in Pr. 1899.

S. 1—13: Conrad (Amtsrichter), Über die Gründung des Oberländischen Geschichtsvereins. [Dieser neue Verein, der sich die Erforschung des ehemaligen „Oberländischen Kreises", d. h. der heutigen Landkreise Pr.-Holland, Mohrungen, Osterode, Neidenburg, Ortelsburg in Ostpreußen und Rosenberg in Westpreußen zur Aufgabe gestellt hat, ist erst zu Ende des vorigen Jahres, am 22. Dezember, begründet worden.]

Den weiteren Hauptinhalt dieses Heftes (S. 23—107) bilden urkundliche Mitteilungen, die sämtlich auch von dem eben genannten Vorsitzenden des Vereins herrühren. K. Lohmeyer.

Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken, herausgeg. vom Königl. Preuß. Historischen Institut in Rom. Band II, Heft 1. Rom 1898.

S. 116—139: G. Kupke, Beiträge zur Geschichte der katholischen Mission in Tilsit im vorigen Jahrhundert. [Auf Grund einiger Akten des vatikanischen Archivs, von denen im Anhang (S. 124—139) 13 abgedruckt werden, und der bereits von Lehmann mitgeteilten Urkunden, schildert der Verfasser, ein Mitarbeiter des Instituts, die schweren Kämpfe, welche die kleine katholische Gemeinschaft in und um Tilsit, die einzige, die sich nach der Reformation im östlichen Preußen zu erhalten gewußt hatte, während des vorigen Jahrhunderts um ihre Existenz hat führen müssen.] K. Lohmeyer.

Ostpreußische Zeitung. Königsberg 1899.

Nr. 171. 177: G. Sommerfeldt, Die zweite preußische Dragonerbrigade, nachmals Brigade von Langen, im Kriegsjahre 1807. [Nach Akten des Magistrats zu Osterode.]

Archiv der „Brandenburgia", Gesellschaft für Heimatkunde der Provinz Brandenburg. Bd. 4. Berlin 1898.

S. 1—84: A. Reckling, Geschichte der Stadt Driesen. [Der Aufsatz ist von Bürgermeister Reckling für den Grundstein des Kaiser Wilhelmdenkmals zu Driesen niedergeschrieben. Ausführlicher ist nur das 19. Jahrhundert behandelt.]

S. 85—97: K. Altrichter, Die Wandgemälde in der Kapelle St. Spiritus zu Wusterhausen an der Dosse. [Die von einem böhmischen Künstler aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts herstammenden Malereien sind durch den jüngst erfolgten Abbruch der Kapelle vernichtet worden].

S. 98—104: R. Mielke, Die Blockhauskirche in Burschen. [Die Kirche zu Burschen bei Liebenau ist wohl das einzige erhaltene Beispiel des Blockbaus bei märkischen Kirchen.]

S. 121—132: W. Zincke, Über die historischen Beziehungen der alten Stadt Jüterbog zu Berlin.

Historische Zeitschrift. Hrsgb. von Fr. Meinecke. München und Leipzig 1899.

Bd. 82. S. 282—295: Fr. Meinecke, Die Gedanken und Erinnerungen Bismarcks. [Eine tief und stark empfundene Würdigung des Werkes und der Persönlichkeit des Verfassers, wie sie darin hervortritt. Die Beherrschung der Darstellung durch den politischen Zweckgedanken wird nachdrücklich, vielleicht etwas zu stark, oder wenigstens zu einseitig hervorgehoben. Die Charakteristik des Verhältnisses Bismarcks zum Adel und zur Monarchie und seiner Eigenart überhaupt ist reich an bedeutenden Gesichtspunkten; die Bemerkung über die Berechtigung der Kondensierung politischer Verhandlungen, ihrer „Sublimierung zu einem geistigen Prozeß" enthält einen für die Kritik der Memoiren höchst fruchtbaren Gedanken, auf den wir die künftigen Kritiker noch besonders hinweisen möchten.] O. H.

Bd. 83. S. 43—84: R. Koser, Friedrich Wilhelm IV. am Vorabend der Märzrevolution. [Der inhaltreiche Aufsatz verfolgt — gewissermaßen in Ergänzung des für die Märztage versagenden Gerlachschen Tagebuchs — auf Grund der Akten des Geh. Staatsarchivs die Entwickelung der Verhältnisse am preußischen Hofe bis zum 18. März und suchte ein Bild zu geben von dem Reifen der Entschlüsse und den Einwirkungen,

unter denen sie entstanden sind. Viele interessante Details, die sich dabei ergeben, können in diesem kurzen Referat nicht berührt werden; das Wesentlichste ist, daß die der königlichen Politik zu Grunde liegende nationale Tendenz, die Rücksicht auf die deutsche Bewegung, in schärferer und nachdrücklicherer Form, als es bisher, namentlich auch durch Sybel geschehen ist, als die Quelle aufgezeigt wird, aus der der Entschluß zur Anerkennung des konstitutionellen Systems, wie er in dem Patent vom 18. März zu Tage tritt, abzuleiten ist. Bemerkenswert ist noch, daß unter den Räten des Königs neben Bodelschwingh namentlich der Bundestagsgesandte Graf Dönhoff als Vertreter der konstitutionellen Idee, und zwar ausdrücklich vom Standpunkt der deutschen Frage aus, erscheint. „Mit der Anerkennung des konstitutionellen Systems — urteilt der Verfasser — hatte der König die Führung der deutschen Reformbewegung, das Vertrauen der nationalen Reformpartei gewinnen wollen. Das Ergebnis des 19. März war, daß er das, was er als Mittel zum Zwecke nur mit hat hinnehmen wollen, als alleinigen Gewinn behielt, den großen Zweck aber verfehlte". Hätte der König die Kraft besessen, die ja erst nach der Bewilligung der Konstitution ausbrechende Empörung mit Waffengewalt zu ersticken, so wurde — meint der Verfasser — die Durchführung des königlichen Programms verhältnismäßig leicht gewesen sein. Ob aber dann nicht die reaktionären Strömungen die Oberhand bekommen hätten, die die Lösung der deutschen Frage um den Preis des Konstitutionalismus verabscheuten, scheint uns eine erwägenswerte Frage.] O. H.

Schriften des Vereins für Geschichte der Neumark. Heft 7. Landsberg a. d. Warthe 1898.

S. 1—18: G. Berg, Der Wiederaufbau Küstrins nach dem russischen Bombardement.

S. 19—28: F. Charitius, Die Schicksale der Stadt Landsberg während der Invasion des Jahres 1758.

S. 29—50: G. Berg, Die Garnison der Festung Küstrin bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts. [Der aus den Akten des Geheimen Staatsarchivs geschöpfte Aufsatz teilt u. a. einen Artikelsbrief von 1571 und ferner die Kriegsartikel mit, auf die die Küstriner Garnison im Jahre 1641 vereidigt wurde.]

S. 51—189: E. Mucke, Die slavischen Ortsnamen der Neumark.

S. 191—192: L. Erhardt, Ein Brief des Markgrafen Johann von Küstrin [Der, Ulm 23. Mai 1547 datierte, an den Kurfürsten Joachim gerichtete Brief betrifft die brandenburgische Exekution gegen Pommern nach der Schlacht bei Mühlberg.]

S. 203—206: Bluth, Mittelalterliche Wandgemälde in der Kirche zu Quartschen, Kreis Königsberg N. M.

Baltische Studien. Hrsgb. von der Gesellschaft für Pommersche Geschichte und Altertumskunde. N. F. Bd. 2. Stettin 1898.

S. 1—20: Hans Prutz, Die Eroberung von Stralsund durch den Großen Kurfürsten, Oktober 1678. [Mitteilungen aus den Berichten Rebenacs über seinen Anteil an den schwedischen Operationen vor der Einschließung Stralsunds bis zum Falle der Stadt. Aus den Berichten ergiebt sich, daß das Schicksal Stralsunds bereits als entschieden gelten konnte, bevor noch der Kurfürst die Stadt ernstlich angegriffen hatte. — Vergl. Forsch. 12, 202 ff.]

Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Altertum Schlesiens hrsgb. von C. Grünhagen. Bd. 33. Breslau 1899.

S. 67–108: F. Priebatsch, Der Glogauer Erbfolgestreit. [Barbara, die Tochter Kurfürst Albrechts von Brandenburg, war mit dem Herzog Heinrich von Glogau und Krossen vermählt, der im Jahre 1476 ohne Nachkommen zu hinterlassen starb. Barbara heiratete darauf Wladislaw, den einen der böhmischen Könige, dem somit die Glogau-Krossener Lande zufallen mußten. Demgegenüber begünstigte nun der andere König von Böhmen, Mathias Corvinus, die Ansprüche Hans von Sagans, eines entfernten Verwandten des verstorbenen Herzogs. — P. schildert ausführlich die daraus sich entspinnenden Kämpfe zwischen Herzog Hans und Johann, dem Verwalter des Kurstaats Brandenburg. Die Namenzer Abmachungen von 1482 beendeten schließlich den Streit: sie waren der erste Frieden, der dem Hause Hohenzollern schlesisches Gebiet zubrachte.]

S. 187–208: O. Linke, Schlesiens Wünsche bei den Friedensverhandlungen 1814. [Auf Anregung Hardenbergs und Sacks, des Chefs des Gewerbedepartements, reichten der schlesische Militärgouverneur v. Gaudi und der Civilgouverneur Merkel im April 1814 eine Denkschrift ein, die namentlich die Grundlinien einer mit dem Friedensschluß einzuschlagenden Handelspolitik im Hinblick auf die Interessen Schlesiens darlegte. Trotzdem die Denkschrift den Gedanken voranstellt, daß die freie Konkurrenz für Gewerbe und Handel unbedingt erforderlich sei, mahnt sie doch besonders vor dem Egoismus Englands auf der Hut zu sein, das namentlich die schlesische Leinwand von seinen Märkten ganz verdrängt habe. Im Übrigen giebt die Denkschrift lehrreiche Rückblicke und Ausblicke auf den Handelsverkehr der europäischen Staaten mit Schlesien. Sie regt auch die Erwerbung eines Stapelplatzes in Westindien von Portugal oder Spanien an.]

S. 239–268: C. Grünhagen, Schlesische Beziehungen zur Carmerschen Justizreform und der Entstehung des Landrechts. [Schilderung des Anteils Carmers und Svarezs an der Justizreform auf Grund des bekannten Materials.]

S. 355–368: C. Grünhagen, Schlesien im Jahre 1797. Bericht des Ministers Grafen Hoym. [Das hier mitgeteilte, am 29. Januar 1797 eingesandte Schriftstück ist der letzte Jahresbericht den Hoym an Friedrich Wilhelm II. abstattete. Der Bericht giebt statistische Notizen über die Bevölkerungsbewegung und den Zustand von Gewerbe und Handel.]

Zeitschrift der Historischen Gesellschaft der Provinz Posen. Jahrg. 13. Heft 3 u. 4. Posen 1898.

S. 243–339: Franz Guradze, Der Bauer in Posen. Beiträge zur Geschichte der rechtlichen und wirtschaftlichen Hebung des Bauernstandes der jetzigen Provinz Posen durch den preußischen Staat von 1772–1805. [Die auf umfangreiches Aktenmaterial gegründete Abhandlung ist in folgende Kapitel eingeteilt: 1) Bäuerliche Verhältnisse der jetzt die Provinz Posen bildenden Gebiete in der letzten Zeit des polnischen Reiches. 2) Die bäuerliche Gesetzgebung für den Netzedistrikt von 1772–1806. 3) Die persönlichen und Prästationsverhältnisse der Bauern des Netzedistrikts. 4) Die bäuerliche Gesetzgebung für Südpreußen von 1793–1806. 5) Die Prästationsverhältnisse der Bauern Südpreußens. 6) Die Zeit des Großherzogtums Warschau 1807–1815. — Der Verfasser polemisiert scharf gegen die Auffassung Knapps von der Gesetzgebung Friedrichs II. im Netzedistrikt und gegen seine düstere Schilderung des bäuerlichen Lebens.]

Jahrgang 14. Heft 1 u. 2. Posen 1899.

S. 1–66: R. Bartolomäus, Die Provinz Posen auf dem Frankfurter Parlament.

S. 161—166: K. Schottmüller, Zwei brandenburgische Erlasse für Großpolen aus dem schwedisch-polnischen Kriege. [1. Der große Kurfürst fordert, 8. Juli 1656, die Großpolen zu Treue und Gehorsam auf und verspricht seinen Schutz. 2. Lieferungsordre für die Unterhaltung der brandenburgischen Garnisonen.]

Archiv für Geschichte und Altertumskunde von Oberfranken. Bd. 20. Heft 3. Bayreuth 1898.

S. 65—95: K. H. Zwanziger, Das fränkische Element in der Mark Brandenburg im 15. Jahrhundert. Ein Vortrag. [Die neuere Litteratur ist nicht vollständig benutzt].

Bismarck-Jahrbuch. Hrsgb. von Horst Kohl. Bd. 6, Lief. 3 u. 4. Leipzig 1899.

S. 243—290: Fr. Neubauer, Stein und Bismarck. [Eine vergleichende Charakteristik.]

S. 271—308: v. Petersdorff, Fürst Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" und Treitschkes „Politik." [Ein Vergleich.]

S. 335—410: Chronik vom 1. Januar bis 31. Dezember 1898.

Dresdner Geschichtsblätter, hrsgb. vom Verein für Geschichte Dresdens. Jahrgang 8. 1899.

Nr. 1. S. 137—146: Fr. Aster, Journal über die Anwesenheit des Königs von Preußen zu Dresden im Jahre 1728. [Mitgeteilt aus den Papieren des Feldmarschalls Grafen Flemming im Dresdener Hauptstaatsarchiv. — Vgl. Forsch. IX, 589 f.]

Nr. 2. S. 153—164: Otto Richter, Ereignisse in Dresden vor und nach der Schlacht bei Kesselsdorf. Nach einem gleichzeitigen Tagebuch. [Das hier mitgeteilte Tagebuch ist nur in einer jetzt im Dresdener Ratsarchiv befindlichen Abschrift bekannt. Es stammt wahrscheinlich von einem Hofbeamten, da es über alle Vorgänge im Residenzschlosse aufs genaueste unterrichtet ist: seine Mitteilungen über die Schlacht haben keinen eigenen Wert.]

Wissenschaftliche Beilage der Leipziger Zeitung. 1899.

Nr. 70: G. Sommerfeldt, Preußen und das „Reich" zur Zeit des siebenjährigen Krieges. Der Kriegszug nach Franken im April—Juni 1758. [Für die Schilderung der Ereignisse in Bamberg sind im Bamberger Kreisarchiv befindliche Aufzeichnungen benutzt.]

Zeitschrift des Vereins für die Geschichte Mährens und Schlesiens. Brünn 1899.

S. 1—50: H. Schulz, Neue Briefe Karls von Zierotin an Hartwich von Stitten aus den Jahren 1610—1612. [Die hier mitgeteilten im Berliner Geheimen Staatsarchiv befindlichen 30 Briefe sind von dem mährischen Landeshauptmann Karl von Zierotin an Hartwich von Stitten, brandenburgischen Geheimen Rat und Landeshauptmann des Herzogtums Jägerndorf gerichtet. Die Briefe behandeln hauptsächlich den damals schwebenden Bruderstreit im Hause Habsburg. — Vgl. bei den Büchern: Schulz, Markgraf Johann Georg von Brandenburg-Jägerndorf.]

Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine. Jahrgang 47. Berlin 1899. Nr. 4.

S. 53—56: Schuster, Zur Genealogie der Hohenzollern. [Warnt vor Gritzners 1897 erschienenem „Stammbaum des Preußischen Königshauses". Vergl. Forschungen XI, 609.]

Historische Vierteljahrsschrift. Hrsgb. von G. Seeliger. Jahrgang 2. Leipzig 1899.

S. 189—210: J. v. Pflugk-Harttung, Die Anfänge des Johanniter-Herrenmeistertums [Die Errichtung des Herrenmeistertums in der Mark im Jahre 1327 war in erster Linie ein politischer Akt, dessen Urheber Berthold von Henneberg der Verweser der Mark war. Der Johanniterorden trat jetzt für den Nordosten in seinem ersten Herrenmeister Gebhard v. Bortfelde aus der neutralen Haltung heraus auf die bayerische Seite. — Vgl. Zeitschrift für Kirchengeschichte.]

Revue Historique. tome 70. Paris 1899.

S. 1—52: A. Pingaud, Le congrès de Vienne et la politique de Talleyrand. [Eine Verteidigung der Politik Talleyrands.]

Zeitschrift für Kirchengeschichte. Bd. 19 u. 20. Gotha 1899.

Bd. 19. S. 398—430, Bd. 20. S. 159—185: F. Priebatsch, Staat und Kirche in der Mark Brandenburg am Ende des Mittelalters. [Der bisher vorliegende Teil dieser Arbeit erörtert zuerst Umfang und Bedeutung des deutschen Staatskirchenrechts des 15. Jahrhunderts, schildert dann eingehend die Stellung Friedrichs II. zur Kirche, dessen Regiment bereits die Züge des summus episcopus der Reformationsepoche zeigt. Dann werden die kirchlichen Anschauungen Albrechts dargelegt, der im Gegensatz zu seinem Bruder religiösen Fragen gleichgültig und kirchlichen Einrichtungen ohne wirkliche Ehrfurcht gegenübersteht. Weiterhin werden die Bischofswahlen, die Beziehungen zu den Nachbarbischöfen und die eigene Politik der märkischen Bischöfe geschildert.]

Bd. 20. S. 1—18, 132—158: J. v. Pflugk-Harttung, Die inneren Verhältnisse des Johanniterordens in Deutschland, besonders im östlichen Niederdeutschland (bis zum Beginne der Herrenmeisterwürde). [Vgl. bei den Büchern und Histor. Vierteljahrsschrift, ferner Forsch. XI, 301 ff.]

Zeitschrift für Bücherfreunde. Hrsg. von F. v. Zobeltitz. Jahrgang 3. Heft 2 u. 3. 1899.

S. 105—108: F. Priebatsch, Märkische Bibliotheken im Mittelalter. [Stellt zum erstenmal die Notizen über märkische Bibliotheken aus Quellen und Litteratur zusammen.]

Vierteljahrsschrift für Wappen-, Siegel- und Familienkunde, hrsgb. vom Verein „Herold" in Berlin. Berlin 1899, C. Heymann. Jahrgang 27. Heft 1.

S. 1—158: Frhr. v. d. Horst, Nachtrag zu den [1894 erschienenen] „Rittersitzen der Grafschaft Ravensberg und des Fürstentums Minden".

Euphorion. Zeitschrift für Litteraturgeschichte, hrsgb. von A. Sauer. Ergänzungsheft 4. Leipzig u. Wien 1899.

S. 132—140: Th. Distel, Unbekannte Gedichte aus den schlesischen Kriegen: 1. Eine in Kursachsen konfiszierte Arie auf den Einmarsch der preußischen Truppen in Schlesien, gedruckt 1741; 2. Verse auf Preußens Sieg bei Mollwitz. [Aus dem Dresdener Hauptstaatsarchiv.]

S. 142 f.: A. Sauer, Ein Gedicht auf Friedrich den Großen: „An Friedrich den Grauen", von dem deutsch-ungarischen Dichter J. M. Telkisch aus dem Jahre 1785.

Goethe-Jahrbuch. Hrsgb. von L. Geiger. Bd. 20. Frankfurt a. M. 1899.

S. 144—152: P. Bailleu, Herzog Karl August, Goethe und die ungarische Königskrone. [Als im Jahre 1789 ein Krieg zwischen Österreich und Preußen auszubrechen drohte, ist in Berlin der Plan erörtert worden, Karl August von Weimar zum Könige von Ungarn zu machen. B. teilt hier die von Goethe entworfenen und von Karl August nach Berlin gerichteten Schreiben mit; sie zeigen, daß der Herzog dem abenteuerlichen Plane wenigstens eine Zeit lang nicht unbedingt ablehnend gegenüber stand.]

Militär-Wochenblatt. Hrsgb. von v. Estorff. Berlin 1899, E. S. Mittler u. Sohn.

Nr. 34. 36: v. Scherff, Fritz Hoenigs „Wahrheit". [Vgl. bei den Büchern. — Die Ansichten Hoenigs, der sich gegen die Darstellung des Forsch. XII, 311 besprochenen Heftes 25 der kriegsgeschichtlichen Einzelschriften ausspricht, bekämpft neben v. Scherff auch F. v. Bernhardi in Nr. 41. 42 ff. des Militärwochenblattes. — Vgl. Deutsche Heereszeitung und Jahrbücher für Armee und Marine.]

Beihefte zum Militär-Wochenblatt. Hrsgb. von v. Estorff. Berlin 1899. Heft 4.

S. 139—152: Balck, Die Schlacht von Soor am 30. September 1745. Ein Vortrag, gehalten in der Militärischen Gesellschaft zu Berlin.

Jahrbücher für Armee und Marine. Hrsgb. von F. Schnackenburg. Berlin 1899.

Bd. 110. S. 1—34: G. Geest, Zum Friedrichstage. Friedrich der Große und Lessing. Vortrag, gehalten im Kgl. Invalidenhause am 5. April 1898. [Der Verf. bespricht die Berührungspunkte Friedrichs und Lessings und giebt dann, angeregt durch die Figur Tellheims in „Minna von Barnhelm" neue Nachrichten über die preußischen Freicorps im siebenjährigen Kriege aus dem Archiv des Generalstabs und dem Breslauer Staatsarchiv. Im Anhang sind abgedruckt: „Capitulatio des Major Schönyschen Corps" vom 3. Juni 1760 und die „Liste der Officiere von Freicorps anno 1763".

S. 35—56: A. Dittrich, Schwarzenbergs Marsch auf Wolkowysk. Ein Beitrag zur Geschichte des Feldzuges 1812.

S. 306—312: Lge, Der Kampf der 38. Infanteriebrigade und des linken deutschen Flügels in der Schlacht bei Vionville Mars la Tour am 16. August 1870. [Vgl. Militärwochenblatt und Deutsche Heereszeitung.]

Bd. 111. S. 1—20. 129—154. 257—281: Borisjow, Die Thätigkeit Moltkes als Chef des Generalstabes. Vorträge, gehalten in der Versammlung der Generalstabsoffiziere des Militärbezirks Warschau. [Wird fortgesetzt.]

Deutsche Heereszeitung. Hrsgb. von F. Hoenig. Berlin 1899.

Nr. 46—48. 54—57: Hoenig, Zur Beurteilung der kritischen Thätigkeit des Obersten F. v. Bernhardi. [Vgl. Militärwochenblatt.]

Neue Militärische Blätter. Hrsgb. von v. Glasenapp. Bd. 54. Berlin 1899.

S. 417—429: v. Graevenitz, Ein Parolebuch des von Schillschen leichten Infanteriebataillons aus den Jahren 1807—1809.

Sitzungsberichte der Kgl. Preußischen Akademie der Wissenschaften. Berlin 1899. Nr. 4.

S. 49—71: J. Vahlen, Friedrich der Große und d'Alembert. [Festrede, gehalten am 27. Januar 1899. — Verfolgt an der Hand des Briefwechsels die Beziehungen d'Alemberts zu Friedrich und seinen Einfluß auf die Geschicke der Akademie.]

Preußische Jahrbücher. Hrsgb. von H. Delbrück. Bd. 95. Berlin 1899.

S. 264—275: B. Landsberg, Geschichte des Bernsteins und seiner Gewinnung. [Bei diesem im übrigen sehr lehrreichen Aufsatz hätte wohl auch für die historische Einleitung, zumal soweit sie das Altertum betrifft, etwas mehr Sorgfalt verwendet werden können. Warum mögen da die zusammenfassenden Abhandlungen des Referenten nicht herangezogen, warum für das weitere gar die größere Arbeit Tesdorpfs unberücksichtigt geblieben sein?] K. Lohmeyer.

S. 461—480: H Delbrück, Bismarck-Historiographie. [Bekämpft namentlich die Darstellung Buschs in seinen Tagebuchblättern von der Belagerung von Paris und von den Gründen, die die Verzögerung der Beschießung herbeiführten. — Vgl. bei den Büchern: v. Blume.]

Deutsche Revue. Hrsgb. von R. Fleischer. Jahrgang 24. Stuttgart u. Leipzig 1899.

Bd. 2. S. 44—57, 196—210, 337—353. Bd. 3. S. 92—107: Wilhelm Oncken, Die Sendung des Fürsten Hatzfeld nach Paris, Januar—März 1813. Urkundliche Mitteilungen. [Wird fortgesetzt.]

Deutsche Rundschau. Hrsgb. von J. Rodenberg. Bd. 99 u. 100. Berlin 1899.

Bd. 99. S. 37—65, 242—279: Erich Marcks, Bismarck und die Bismarcklitteratur des letzten Jahres. Eine kritische Betrachtung. [Die beiden ziemlich umfangreichen Artikel, die, wie wir hören, in wenig veränderter Gestalt demnächst als besonderes Büchlein erscheinen werden[1]), haben es ganz vornehmlich mit Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" selbst zu thun. Voraus geht eine feine kritische Würdigung der Bücher von Busch (Tagebuchblätter) und Abeken (Lebensbild aus den Briefen). Die persönliche Art ihrer Verfasser, als das subjektive Medium der Überlieferung, wird sorgsam charakterisiert, der Wert ihrer Aufzeichnungen parteilos und gewissenhaft abgeschätzt; zumal die quellenmäßige Bedeutung der Tagebücher von Busch wird trotz der menschlichen Schwächen ihres Verfassers sehr hoch angeschlagen. Dann geht die Untersuchung auf die Bismarckschen Memoiren selbst über, bei aller Pietät und allem Bemühen liebevoll eindringenden Verständnisses doch ganz und gar in der Haltung unabhängiger historischer Kritik, hie und da mit den Wahrnehmungen von Meinecke sich berührend und auseinandersetzend. Auch hier wird

1) Soeben geht der Redaktion die Ausgabe in Buchform zu. — Vgl. unter den Büchern. — Auch die Lenzschen Artikel, über die unten gesprochenen wird, sind in Buchform erschienen (Berlin, Gebr. Paetel).

keine systematische Analyse des Werkes geboten, keine kritische Einzeluntersuchung angestellt. Die Studie folgt den Abschnitten der Denkwürdigkeiten: sie sucht für jede Epoche und Gruppe das wesentliche ihres Inhalts und seiner Auffassung herauszuheben und zu prüfen und schreitet so zu einer Gesamtcharakteristik des Buches und der Persönlichkeit seines Verfassers fort. Die Entstehungsweise, der schriftstellerische Eindruck des Buches nach der formellen wie der sachlichen Seite hin wird erörtert, dann folgen Bemerkungen über die Jugenderinnerungen, über das Verhältnis zum Adel und zur Monarchie, zu Preußen und Deutschtum: die Mitteilungen über die Politik von 1864 u. 66, 70, über das Verhältnis zum Kaiser, über den Kulturkampf, über die Ausgestaltung des Reiches werden kritisch beleuchtet; daran schließt sich eine zusammenfassende Charakteristik der Urteilsweise gegenüber den handelnden Persönlichkeiten und Parteien: die Einseitigkeit der Auswahl des Stoffes, der Mangel an Mitteilungen über die wichtige innere Politik der 70er und 80er Jahre wird hervorgehoben; eine Charakteristik der politischen Gesamtauffassung der letzten Jahre macht den Schluß. Das Ganze — so etwa resümiert der Verfasser — bietet an thatsächlichem Stoff im wesentlichen nichts Neues. Die Erinnerungen sind in Bericht und Auffassung nicht einfach zuverlässig: für den Historiker bedarf es, wie bei Memoiren überhaupt, durchweg der kritischen Behandlung. Der größte und unzweifelhafte Wert des Buches beruht in den „Gedanken", in dem politischen System des alten Bismarck, das es darstellt in den praktischen Lehren, die es erteilt, und schließlich und vor allem in dem lebendigen Eindruck von der großen Persönlichkeit, den es hinterläßt.

Bd. 99. S. 405—427, Bd. 100. S. 109—140: Max Lenz, Zur Kritik der „Gedanken und Erinnerungen" des Fürsten Bismarck. Die beiden Abhandlungen sind der erste bedeutende Versuch einer umständlichen Detailkritik gegenüber den Bismarckschen Memoiren. Man könnte die Betrachtungsweise von Marcks eine makroskopische, die von Lenz eine mikroskopische nennen. Natürlich kann es sich dabei zunächst nur um einzelne Beispiele handeln. Lenz will „ein paar erste, tiefer greifende Spatenstiche" thun „in einen Acker, der sicherlich noch von der Kritik in seiner Länge und Breite durchgepflügt werden wird". Er wählt dazu zwei Stellen, auf die schon früher, auch von Marcks hingewiesen worden war, die Verhältnisse während des Krimkrieges und die Affäre Lahrer Krisis. Die Resultate seiner eindringenden Kritik sind recht bemerkenswert.

Er geht aus von einem Gespräch mit dem Prinzen von Preußen, über das Bismarck I, 113 berichtet. Er datiert es auf Grund der beiderseitigen Itinerarien und anderer Erwägungen auf den 4. März 1854. Auf Grund dieser Datierung bezweifelt er dann den von Bismarck mitgeteilten Inhalt des Gespräches, da darin die Rede von den Schlachten vor Sebastopol ist, die erst in den Herbst fallen; er bringt aus Gerlachs Tagebuch ein paar echte Bestandteile des Gespräches bei; sie zeigen keine wesentliche Verschiedenheit in der politischen Auffassungen und ihrer Gegensätze. Beeinflussung durch die Westmächte beim Prinzen, selbständige Großmachtspolitik bei Bismarck, aber im einzelnen andere Wendungen[1]. — Im Anschluß daran wird der weitere Verlauf

1) Gegen diesen allerdings nicht ganz unbedenklichen Punkt der Lenzschen Argumentation (der indessen mit Unrecht als der Hauptangriff bezeichnet wird) richtet sich ein in dem soeben erschienenen Heft der Hist. Zeitschrift (S. 97 ff.) veröffentlichter Aufsatz von Prof. Schiemann, der das Verfahren von Lenz als methodisch falsch zu erweisen sucht und zu dem Ergebnis gelangt, daß das Gespräch vielmehr in den Januar 1855 zu verlegen sei, wo der Prinz und Bismarck sich beide in Berlin befanden, wenn auch eine Audienz nicht direkt bezeugt ist. Damit schießt meines Erachtens der Verfasser doch über das Ziel hinaus. Die Möglichkeit, daß die Worte des Prinzen in einem späteren Gespräch etwa im

der Dinge namentlich an der Hand des Gerlachschen Tagebuches und des Briefwechsels zwischen Gerlach und Bismarck näher verfolgt: das Zustandekommen des Bündnisses mit Österreich vom 20. April (statt der geplanten Konvention mit den Westmächten), dann der Umschwung, der sich Ende April und Anfang Mai vollzog, die Zurückdrängung des Einflusses der Bethmann-Hollwegschen Partei durch die Abberufung Bunsens von London und die Entlassung Bonins aus dem Kriegsministerium, ein Umschwung, dem der Bruch des Prinzen mit dem König und seine Abreise von Berlin auf dem Fuße folgte. In demselben Moment tritt Bismarck wieder auf den Plan. Aber seine Erzählung fügt sich auch für diese Phase nicht widerspruchslos in den Zusammenhang der Ereignisse. Der Rat, den er dem König im Mai 1854 gegeben haben will (starke Aufstellung gegen Österreich wie gegen Rußland) kann, wie L. zeigt, in der angegebenen Fassung und Motivierung nicht erteilt worden sein, da er die Situation des Krieges in der Krim, also die Situation vom Herbst, anticipiert. Auch die an den Schluß des Berliner Aufenthalts im Winter 53/54 angeknüpfte Erzählung von dem eigenhändigen Brief des Königs an Franz Josef, den Bismarck entwerfen mußte, läßt sich mit dem sonst bekannten nicht recht in Übereinstimmung bringen; sie ist, nach dem Urteil von Lenz, „so wie sie dasteht, verwischt und historisch unbrauchbar". Die ganze Lage und das Verhältnis zu den maßgebenden Personen hat sich für diese Zeit dem Verfasser der Memoiren in der Erinnerung verschoben. Nach seiner Erzählung wird Bismarck damals immer vom König herbeigeholt, „zur Territion des Ministers" (Manteuffels), als Schiedsrichter gegenüber den sich bekämpfenden Meinungen, in einem gewissen Gegensatz auch zu der Kamarilla, deren Mitglieder (Gerlach, Niebuhr, Münster) nicht geneigt sind, ihren Einfluß auf den König mit dem jüngeren Manne zu teilen, der gegen den Doktrinarismus Ludwig v. Gerlachs und Stahls in der konservativen Fraktion mehrmals aufgetreten war. Seine Ministerkandidatur, die der König seit dem Anfang des Jahres 1854 schärfer ins Auge gefaßt hat, paßt ihnen keineswegs; und dabei hat Bismarck selbst eine ganz entschiedene Abneigung vor der Übernahme eines Ministerpostens, wie er namentlich bei der Berufung nach Putbus im August 1854 hervorhebt, wo er sich durch seine verfrühte Abreise die ernstliche Ungnade des Königs zugezogen haben will. Dieser Darstellung gegenüber weist Lenz an der Hand von Briefen und Tagebüchern nach, daß Bismarck damals keineswegs so ungern an den Hof kam, wie er später in der Erinnerung glaubte, daß seine Berufungen teils von ihm selbst bestellt, teils von Gerlach aus eigenem Antriebe veranlaßt worden sind, daß er in der That nicht vom König als Schiedsrichter berufen wurde, sondern als Vorkämpfer der Kamarilla, um deren wankende Phalanx zu stärken, nicht bloß zur Territion des Ministers, sondern auch des Königs selbst, daß endlich nicht der König selbst, sondern der der Kamarilla nahestehende Senft v. Pilsach den Gedanken seiner Ministerkandidatur zuerst ausgesprochen hat. — Zu minder festen Ergebnissen gelangt der zweite Aufsatz, der sich mit dem Bismarckschen Kapitel „Nikolsburg" beschäftigt. L. weist nach, daß die Einmischung Bismarcks in die militärischen Fragen in

Januar 1855) gefallen sein mögen, leugnet Lenz ja nicht (Referent möchte diese Möglichkeit nur stärker betont oder vielmehr zu einer Wahrscheinlichkeit erhoben wünschen); und andererseits muß auch Schiemann zugeben, daß die Einkleidung des Gesprächs mehr auf die Situation des 4. März weist. Das wesentliche scheint doch zu sein, daß Bismarck offenbar zwei Gespräche in der Erinnerung vermischt und in eins zusammengezogen hat — ein in der Memoirenlitteratur gar nicht ungewöhnlicher Fall; dies Gespräch, wie er es sich so zurecht gemacht hat, für das eine oder das andere Datum reklamieren zu wollen, dürfte vergebliche Mühe sein. — Übrigens wird man die Erwiderung von Prof. Lenz abzuwarten haben.

ihrer Bedeutung hier doch wohl überschätzt ist, daß namentlich der Rat zu der Schwenkung auf Preßburg in dem Kriegsrat zu Gernahora schwerlich erteilt sein kann und jedenfalls so nicht zur Ausführung gekommen ist (eine Ansicht, die L. mit v. Lettow, Krieg von 1866 II. teilt). Er sieht in der Art, wie der Gegensatz zwischen Bismarck und dem Könige bei den Friedensverhandlungen in den Memoiren formuliert wird, nämlich als der Gegensatz einer deutsch-nationalen Politik gegen die dynastisch-partikularistischen Vergrößerungsbestrebungen des Königs, den verändernden Einfluß einer rückschauenden Betrachtungsweise, in der die Motive der jüngsten Vergangenheit vorwalten. Er weist eine Reihe von thatsächlichen Irrtümern und Ungenauigkeiten nach, er zeigt an der Hand der französischen Veröffentlichungen und der Sybelschen Darstellung, in der die Korrespondenzen mit dem Pariser Botschafter benutzt sind, daß auch Bismarck die Frage der Annexionen wesentlich vom preußischen Interessenstandpunkt aus und mit selbständigem Eifer erfaßte: er kommt zu der — allerdings auch in Bismarcks Darstellung schon durchschimmernden — Auffassung, daß der Gegensatz in den Fragen der Friedensbedingungen doch mehr der des weitblickenden, die Gesamtlage Europas im Auge behaltenden Staatsmannes zu dem vom Erfolg der Waffen fortgerissenen königlichen Feldherrn gewesen sei. Die dramatisch zugespitzte Erzählung von dem Konflikt mit dem König, in dem der Kronprinz vermittelt, bietet Anlaß zu kritischen Erörterungen die zu keinem positiven Resultat führen, wohl aber den Zweifel begründen, ob sich nicht auch hier manches in der Erinnerung verschoben habe. Ein wesentlicher Punkt ist noch, daß in Ergänzung der Bismarckschen Darstellung nach den französischen Quellen betont wird, einen wie bedeutenden Anteil an dem glücklichen und verhältnismäßig glatten Verlauf der Verhandlungen mit Frankreich die von den Gegnern in ihrer ganzen Bedeutung nicht geahnte Verwirrung und Schwäche der kaiserlichen Politik gehabt hat, die nicht sowohl in der Krankheit Napoleons, als vielmehr in seinem ganzen politischen System lag, das durch den rapiden Fortschritt der deutschen Einheitsbestrebungen eine verhängnisvolle Erschütterung erfuhr. Der Verf. schließt seine Ausführungen mit einer lebhaften — namentlich wohl gegen den verdienstvollen, aber etwas zu unbedingt bismarckgläubigen Horst Kohl gerichteten — Apologie der Freiheit historisch-kritischer Forschung auch gegenüber dem Genius, der ihm trotzdem ein Gegenstand begeisterter Verehrung bleibt. O. H.

---

1) **Friedrich Tewes, „Numismatischer Anzeiger".** Hannover, Februar 1899.

2) **Frankfurter Zeitung Nr. 56** vom 25. Februar 1899. „Die Numismatik im Dienst der Politik."

3) **Rostocker Anzeiger.** Drittes Beiblatt zu Nr. 117 vom 21. Mai 1899. A. H. „Das Märchen vom mecklenburgischen Angstthaler."

In dem kleinen Aufsatz, „Die deutschen Thaler als Marksteine der Entwicklung Deutschlands von 1815—1871", im 11. Bande dieser Zeitschrift S. 543—546, war ausgeführt, daß sich auch auf diesem kleinen Gebiete der Münzkunde der Weg verfolgen läßt, auf dem Preußen zur Vorherrschaft in Deutschland gelangte und sich die Hindernisse zeigen, die es bis zur Begründung des neuen Deutschen Reiches zu überwinden hatte. Da die seit 1866 und 1870 überwundenen Zustände noch jetzt Anhänger haben, so darf es als bestes Zeugnis für die Richtigkeit des Gesagten erachtet werden, daß in Hannover die an den Waterloothaler und an die beiden auf die Vereinigung Ostfrieslands geprägten Gedenkthaler geknüpften Bemerkungen Mißbehagen erregt haben, das dann in der Frankfurter Zeitung kräftigen Beifall gefunden hat. Ein anderer Angriff geht von Mecklenburg aus, ist aber wohl nur von dem

Bestreben geleitet, den in Mecklenburg wie überall in Deutschland mit vollem Rechte hochgeehrten Großherzog Friedrich Franz II. wegen des fehlenden „von Gottes Gnaden" auf dem Thaler von 1848 zu rechtfertigen.

Dem Unterzeichneten war es, da er das von ihm besprochene Buch von Kittelmann auch gelesen, selbstverständlich bekannt, daß die im Jahre 1865 geschlagenen sog. Waterloothaler an bedürftige Mitkämpfer des 18. Juni 1815 verteilt werden sollten. Unerfindlich ist aber, wie hierdurch irgend etwas an den Bemerkungen S. 545 f. geändert werden sollte. Wenn Herr Tewes und sein Nachfolger in der Frankfurter Zeitung diese Bemerkungen aufmerksam lesen, werden sie erkennen, daß darin nicht ein Wort gegen die Tapferkeit der am 18. Juni 1815 im englischen Heere mitkämpfenden Hannoveraner gesagt ist. Dieser Thaten sich zu freuen, war voll berechtigt, bedürftige Mitkämpfer zu beschenken, nur eine Ehrenpflicht; aber die Inschrift des Thalers: „Den Siegern von Waterloo", zeigt genau denselben welfischen Großmachtsstandpunkt, den König Georg V. im selben Jahre bei verschiedenen Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht hat. Hannover mit seinem Tochterlande England sollte bei Waterloo gesiegt haben, während Wellington doch ohne die Preußen, welche die Entscheidung brachten, unterlegen wäre. Gegen diese einseitige Inanspruchnahme des Sieges vom 18. Juni 1815, als eines hannöverisch-englischen Sieges, gegen diese partikularistische Geschichtsauffassung richteten sich jene Bemerkungen, von denen nichts entkräftet worden ist.

Daß die 50jährige Vereinigung von Ostfriesland mit Hannover durch zwei Gedenkthaler verherrlicht wurde, bleibt verwunderlich, wenn auch das ostfriesische Landratskollegium dies gewünscht hat. Man braucht eben nicht alle Wünsche zu erfüllen, und ein Versagen wäre um so leichter gewesen, als in den übrigen Annexionen des Königreichs vom Jahre 1815 keine solchen Gedenkthaler gewünscht oder gewährt wurden. Gerade diese Feier in Ostfriesland, das so lange unter preußischem Scepter glücklich gewesen war, mußte in Preußen das Gedächtnis an den mit schwerem Herzen dereinst erlittenen Verlust erneuern. Dies zu bewirken war weniger politisch als partikularisch.

Der „A. H." unterzeichnete Aufsatz im Rostocker Anzeiger nimmt daran Anstoß, daß vom Großherzog Friedrich Franz II. gesagt ist, er habe — wie König Ernst August von Hannover — das „V. G. G." auf den Thalern von 1848 der Zeitströmung geopfert, und führt aus, daß sich dieser Zusatz auch auf anderen Münzen dieses Fürsten seit 1842 und seines Vaters Paul Friedrich nicht findet, dagegen auf kleineren Münzen schon seit 1848. Hieraus folgt allerdings, daß nicht erst 1848 jenes Opfer der Zeitströmung gebracht worden ist; man sieht daraus aber zugleich auch, daß der in ganz Deutschland kursierende Konventionsthaler anders behandelt wurde als die lediglich in Mecklenburg kursierenden Schillinge. Ganz gewiß ist es ein charakteristisches Zeichen der Zeit und ihrer Unklarheit, wenn der Großherzog sich auf dem in ganz Deutschland kursierenden Thaler damals anders zeigte als auf den kleinen Münzen im eigenen Lande. Deshalb dem Fürsten, der, wie aus seiner bekannten Rede im Schweriner Dome bei Eröffnung der verfassungsgebenden Abgeordnetenkammer hervorgeht, bereit gewesen wäre, weit mehr der Zeitströmung zu opfern, einen Vorwurf zu machen, wäre ungerecht, und den Ausdruck „Augstthaler" für die mecklenburger Thaler von 1848 wird jeder Einsichtige mit Herrn A. H. für taktlos und unangebracht halten. Aber zu verkennen, daß die mecklenburgischen Thaler von 1848 ohne „V. G. G." und die späteren mit diesem Zusatze auch für den Historiker lehrreich sind, da sie zeigen, daß inzwischen eine Reaktion stattgefunden, wäre unrichtig.

In Mecklenburg im Jahre 1848 und in Hannover 1865 herrschten eigentümliche Zustände, wie sie seitdem, Gott sei Dank, überwunden sind.

Friedrich Holtze.

II. Schulprogramme und Universitätsschriften 1898[1].

G. Bauch, Aktenstücke zur Geschichte des Breslauer Schulwesens im XVI. Jahrhundert. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht der evangelischen Realschule II zu Breslau 1898 (48 S. 8°).

E. Brake, Die Reduktion des brandenburgischen Heeres im Sommer 1641. Bonner Diss. 1898 (67 S. 8°).

W. Brandt, Der Märkische Krieg gegen Sagan und Pommern 1476—1479. Greifswalder Diss. 1898 (IX, 96 S. 8°).

K. Brunner, Die steinzeitliche Keramik in der Mark Brandenburg. (Sonderabdruck aus dem „Archiv für Anthropologie" Band XXV.) Münchener Diss. Braunschweig 1898 (56 S. u. 1 Bl. 4°).

F. Darpe, Coesfelder Urkundenbuch. I. Teil Fortsetzung. Beilage zu dem Jahresberichte des kgl. Gymnasiums zu Coesfeld 1898. 1 Bl. u. S. 49—96. 8°.

P. Diebow, Zur Geschichte des Schulwesens Oscherslebens. Jahresbericht der in der Entwicklung begriffenen Realschule zu Oschersleben 1898. 18 S. 4°.

R. Franz, Das Wandsbecker Gymnasium mit Realanstalt in den ersten 25 Jahren. Programm (Festschrift) des Matthias Claudius-Gymnasiums mit Realschule und Vorschule in Wandsbeck 1898 (32 S. 4°).

J. Gebauer, Zur Geschichte der Reformation im Bistum Brandenburg. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresprogramm der Ritterakademie zu Brandenburg a. H. 1898 (1 Bl. u. 43 S. 4°).

E. Glatzel, Geschichte und Organisation der Königlichen Fachschule für technische Chemie und Hüttenkunde in Breslau. Zweite wissenschaftliche Beilage zum Programm der kgl. Oberrealschule in Breslau 1898 (XL S. 4°).

A. Gronau, Das Gymnasium und die Pott-Cowleiche Stiftung in Elbing. Programm des kgl. Gymnasiums zu Elbing 1898 (19 S. 4°).

F. Guradze, Der Bauer in Posen. Beiträge zur Geschichte der rechtlichen und wirtschaftlichen Hebung des Bauernstandes der jetzigen Provinz Posen durch den preußischen Staat (seit 1772). I. Teil (1772—1815). Hallische Diss. 1898 (97 S. 8°).

A. Gurnik, Die Urkunden des Stadtarchivs zu Frankfurt a. O. IV. (Schluß) 1602(1604)—1722. Jahresbericht über die Oberschule (Realgymnasium) zu Frankfurt a. O. 1898 (1 Bl. u. 28 S. 4°).

J. Hermes, Die Schlacht bei St. Quentin, den 19. Januar 1871. Rede gehalten am 27. Januar 1896, im Gymnasium zu Lingen a. d. Ems. Beilage zum Programm des Gymnasiums Georgianum 1898. 11 S. 4°.

G. Hertel, Rückblick auf die Entwicklung des Klosters U. L. Fr. Jubelband des Pädagogiums zum Kloster Unser Lieben Frauen in Magdeburg 1898. 60 S. 4°.

F. Hirsch, Brandenburg und England 1671—1679. I. Teil. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht des Königstädtischen Realgymnasiums zu Berlin 1898 [und im Buchhandel: Berlin, R. Gaertner. 71 S. 4°.

W. Hofmann, Die Ansiedlung nassauischer Kolonisten auf den brandenburgischen Gütern des Erbprinzen Wilhelm von Oranien im Jahre 1709. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht des Realprogymnasiums zu Gr... 1898. (47 S. 4°).

1) Zusammengestellt durch Hrn. Dr. Kurg, kgl. Universitäts-Bibliothekar zu Greifswald.

E. Huckert, Zur Statistik der preußischen Studenten. Wissenschaftliche Beilage zum Programm des Realgymnasiums zu Neisse 1898 [und im Buchhandel: Neisse, F. Huch] (32 S. 8°).

G. Korneck, Geschichte der höheren Unterrichtsanstalt zu Kempen in Posen. 1. Teil: Vorgeschichte 1837—1865. Beilage zum XXIV. (33.) Jahresbericht des Progymnasiums Kempen i. P. 1898 (15 S. 4°).

G. Krause, Der preußische Provinzialminister Freiherr von Schroetter und sein Anteil an der Steinschen Reformgesetzgebung. Teil I. Beilage zum Programm des Kneiphöfischen Stadtgymnasiums in Königsberg i. Pr. 1898 (79 S. 8°). [Vgl. Forsch. XI, 284.]

O. Krause, Die ältesten Zunftrollen der Stadt Greifswald. Jahresbericht über das städtische Gymnasium und die mit demselben verbundenen Realklassen zu Greifswald 1898 (72 S. 4°).

J. Langer, Die altmärkischen Ortsnamen auf —ingen und —leben. Jahresbericht des kgl. Stiftsgymnasiums in Zeitz 1898 (25 S. 4°).

M. Leitzke, Neue Beiträge zur Geschichte der preußischen Politik und Kriegführung im Jahre 1744. Heidelberger Diss. Berlin 1898 (48 S. u 1 Bl. 8°). [Vgl. Forsch. XII, 300.]

J. Lübbert, Der Seidenbau in den Franckeschen Stiftungen. In: Festschrift zur zweihundertjährigen Jubelfeier der Franckeschen Stiftungen und der Lateinischen Hauptschule am 30. Juni und 1. Juli 1898 dargebracht von dem Kollegium der Lateinischen Hauptschule. Beilage zum Programm der Lateinischen Hauptschule zu Halle a./S. 1898 (23. S.) [und im Buchhandel: Halle, Buchhandlung des Waisenhauses (25 S. 4°)].

A. Moich, Die socialen Verhältnisse der Malteserkommende Gröbnig zu Anfang des 19. Jahrhunderts. Jahresbericht des kgl. katholischen Gymnasiums zu Leobschütz 1898 (XVI S. 4°).

F. Mohnau, Beiträge zur Geschichte des Krieges der Hanse wider Dänemark 1509—12. Jahresbericht des Gymnasiums zu Stralsund 1898 (26 S. 4°).

A. Müller, Frankenstein im dreißigjährigen Kriege. I. Teil: Vom Dresdner Akkord bis zum Prager Frieden. 1621—1635. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht des städtischen katholischen Progymnasiums zu Frankenstein i. Schl. 1898 (31 S. 4°).

J. Müller, Zur Geschichte der Provinzialschule in Saalfeld, Ostpreußen. Beilage zum Jahresbericht des in der Umwandelung zum Gymnasium begriffenen Realgymnasiums in Osterode 1898 (50 S. 8°).

F. Neubauer, Stein und Bismarck. In: Festschrift zur zweihundertjährigen Jubelfeier der Franckeschen Stiftungen und der Lateinischen Hauptschule am 30. Juni und 1. Juli 1898 dargebracht von dem Kollegium der Lateinischen Hauptschule. Beilage zum Programm der Lateinischen Hauptschule zu Halle a. S. 1898 (14 S. 4°).

H. Pieper, Der märkische Chronist Zacharias Garcaeus (Gartz). II. Teil: Nachträgliches zu Garcaeus' Leben. Seine litterarische Thätigkeit als Historiker. Handschriften seiner historischen Schriften. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht der 2. städtischen Realschule zu Berlin [und im Buchhandel: Berlin, R. Gaertner] (25 S. 4°).

Rademacher, Die urbs Merseburg im X. Jahrhundert. Beilage zum Jahrestage des Domgymnasiums zu Merseburg 1898 (31, 1 S. 8°).

E. Rasmus, Beiträge zur Geschichte des Vereinigten Alt- und Neustädtischen Gymnasiums zu Brandenburg a./H. II. Das Gymnasium (1797—1897). Beilage zum Jahresbericht über das Vereinigte Alt- und Neustädtische Gymnasium zu Brandenburg a./H. 1898 (31 S. 8°).

R. Reiche, Bausteine zur Geschichte der Stadt Königsberg in der Neumark während des Mittelalters. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums zu Königsberg Nm. 1898 (159 S. 8°).

K. Ribbeck, Geschichte des Essener Gymnasiums. Zweiter Teil. Die lutherische Stadtschule 1564—1611. Beilage zum Jahresbericht des kgl. Gymnasiums zu Essen 1898 (73 S. 8°).

Riehm, Inwiefern hat die Einigung Deutschlands der Wohlfahrt des Einzelnen gedient? Jahresbericht über das Herzogl. Ernst-Realgymnasium zu Altenburg 1898 (10 S. 4°).

P. Ritter, Die Konvention von Reichenbach (27. Juli 1790. [Teil einer größeren Arbeit.] Berliner Diss. 1898 (34 S. u. 1 Bl. 8°).

C. Rodenberg, Gedächtnisrede auf den Fürsten Bismarck, gehalten am 5. August 1898 in der Aula der Universität Kiel (17 S. 8°).

E. Schanmkell, Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Magdeburger Centurien. Beilage zum Programm des großherzoglichen Realgymnasiums zu Ludwigslust 1898 [und im Buchhandel: Ludwigslust, Hinstorff] (IV, 58 S. 8°).

B. Schirrmacher, Drei unbekannte Streitschriften aus der Zeit des Jülich-Clevischen Erbfolgekrieges mit einem Anhang: Zwei neue Handschriften des „Strahlendorfschen Gutachtens". Rostocker Diss. 1898 (127 S. 8°).

Schmidt, 1871—1888: Die Friedensjahre Kaiser Wilhelms I. Jahresbericht des Gymnasiums zu Seehausen i. d. A. 1898 (15 S. 4°).

A. Schmidt, Über das geschichtliche Wachstum der deutschen Vaterlandsliebe. Programm des kgl. Gymnasiums zu Schleusingen 1898 (14 S. 4°).

G. Schmoller, Das preußische Handels- und Zollgesetz vom 21. Mai 1818 im Zusammenhang mit der Geschichte der Zeit, ihrer Kämpfe und Ideen. Rede zur Gedächtnisfeier des Stifters der Berliner Universität König Friedrich Wilhelm III. in der Aula am 3. August 1898 (53 S. 4°). Vgl. Forsch. XII, 287.

R. Schulze, Das Projekt der Vermählung Friedrich Wilhelms von Brandenburg mit Christina von Schweden. Hallische Diss. 1898. 2 Bl. u. 31 S. [Vollständig in: Hallesche Abhandlungen zur neueren Geschichte, hrsgb. von G. Droysen. Heft 36. Halle, M. Niemeyer 1898 (VIII, 80 S. 8°).] (Vgl. Forsch. XI, 574.)

H. Siebert, Zwei Festreden. I. Rede zur hundertjährigen Gedenkfeier des Geburtstages Kaiser Wilhelms des Großen. II. Rede zur Sedanfeier am 2. September 1897. Beilage zum Jahresbericht des Realgymnasiums zu Cassel 1898 (19 S. 4°).

R. Toeppen, Des Bürgermeisters Samuel Wilhelmi Marienburgische Chronik 1696—1726. II. Teil. Beilage zum Programm des kgl. Gymnasiums zu Marienburg 1898 (1 Bl. u. S. 71—148 8°).

R. Trapp, Kriegführung und Diplomatie der Verbündeten vom 1. Februar bis zum 25. März 1814. I. Teil. Göttinger Diss. 1898. 2 Bl. u. 48, 1 S. [und vollständig im Buchhandel: Gießen 1899, A. Freis (178 S. 8°).]

S. Tschirschky, Das Schlesische Kommerz-Kolleg. Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte des XVIII. Jahrhunderts. Breslauer Diss. Naumburg a. S. 1898. 3 Bl. u. 39, 1 S. u. 1 Bl. 8°). [Erscheint vollständig in: Staatswissenschaftliche Studien, hrsgb. von L. Elster.]

M. Türk, Friedrichs des Großen Dichtungen im Urteile des achtzehnten Jahrhunderts. Zweiter Teil. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht der achten städtischen Realschule zu Berlin 1898 [und im Buchhandel: Berlin, R. Gaertner] (29 S. 4°).

H. Ullmann, Kaiser Wilhelm der Alte. Festrede gehalten am 22. März 1897 in der Aula der Universität Greifswald. (Festreden der Universität Greifswald Nr. 6). Greifswald 1898 (20 S. 8°). [Vgl. Forsch. XII, 315].

O. Vogel, Zur Geschichte des Perleberger Schuhmacher- und Lohgerbergewerks. Wissenschaftliche Beilage zum XXXVI. Jahresbericht des Kgl. Realgymnasiums zu Perleberg 1898 (1 Bl. u. 25 S. 4°).

(J. Wahle,) Die ersten 25 Jahre des Kaiser Wilhelms-Gymnasiums zu Montabaur. Jahresbericht des Kaiser Wilhelms-Gymnasiums in Montabaur 1898. (11 S. 4°.)

W. Waldeyer, Über Aufgaben und Stellung unserer Universitäten seit der Neugründung des Deutschen Reiches. Rede zum Antritt des Rektorates der kgl. Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin, gehalten in der Aula am 15. Oktober 1898 [und im Buchhandel: Berlin, A. Hirschwald] (31 S. 8°).

P. Wehrmann, Friedrich der Große als Kolonisator in Pommern. 2. Teil. Beilage zum Programm des kgl. Bismarck-Gymnasiums zu Pyritz 1898 (1 Bl. u. 17 S. 4°).

A. Wetzold, Beiträge zur Geschichte der Stadt Görlitz im 1. und 2. Schlesischen Kriege. Wissenschaftliche Beilage zu dem Programm des städtischen Gymnasiums zu Görlitz 1898 (25 S. 4°).

Th. Besch, Friedrich von Heydeck, ein Beitrag zur Geschichte der Reformation und Säkularisation Preußens. Königsberger Diss. 1897 (2 Bl. u. 63, 1 S. u. 1 Bl.).

H. Freymark, Zur preußischen Handels- und Zollpolitik von 1648—1818. Hallesche Diss. 1897 (2 Bl. u. 59, 1 S.). [Vollständig unter dem Titel: „Die Reform der preußischen Handels- und Zollpolitik von 1800—1821 und ihre Bedeutung" in: Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a. d. S. Hrsgb. von Joh. Conrad. Bd. 17. Jena, G. Fischer (VII, 103 S. 8°)]. (Vgl. Forsch. XII, 305.)

F. Luckwaldt, Österreichs Friedensverwendung zu Beginn des Befreiungskrieges von 1813. Göttinger Diss. Berlin 1897 (2 Bl. u. 36 S. u. 1 Bl.) [Vollständig unter dem Titel: Österreich und die Anfänge des Befreiungskrieges von 1813. Vom Abschluß der Allianz mit Frankreich bis zum Eintritt in die Koalition" in: Historische Studien. Veröffentlicht von E. Ebering. Heft 10. Berlin, E. Ebering 1898 (XVI, 407 S. 8°)]. (Vgl. Forsch. XI, 587.)

III. Bücher.

W. Pierson: Preußische Geschichte. Siebente, verbesserte und vermehrte Auflage. Herausg. von John Pierson. 2 Bde. Berlin 1898, Gebr. Paetel (VIII u. 553; VI u. 613 S.; 10 Mk.).

Ein untrügliches Zeichen für die Beliebtheit, deren sich Piersons Preußische Geschichte in weiten Kreisen erfreut, liegt in der schnellen Folge der einzelnen Auflagen. Erst vier Jahre sind seit dem Erscheinen der sechsten Ausgabe verflossen, und schon ist wieder eine neue notwendig geworden, die diesmal der Sohn des erkrankten Verfassers besorgt hat. Mit Genugthuung kann Referent feststellen, daß P. alle an der vorigen Auflage gemachten Ausstellungen (vgl. Forsch. VIII, 279) berücksichtigt und an der Hand dieser Zeitschrift die neueren Forschungsergebnisse in die ältere Darstellung hineingearbeitet hat; freilich hätte das manchmal in weniger äußer-

licher Weise geschehen können. Nicht ganz verständlich ist es, weshalb P. die Speciallitteratur der letzten Jahre in den Anmerkungen verzeichnet. Diese gehört doch schwerlich in eine populäre Geschichtserzählung und ich bezweifle, ob irgend einem Leser mit dem Citieren des Pastoralblattes für die Diöcese Ermland oder der Denkwürdigkeiten der Krakauer Akademie und ähnlicher Schriften wirklich gedient ist. Sollen überhaupt Litteraturnachweise gegeben werden, so dürfte es sich empfehlen, in besonderem Überblick auf die grundlegenden Werke und Publikationen aufmerksam zu machen, einzelner Arbeiten im Rahmen der Darstellung aber nur zu gedenken, wenn es sich um wichtige neue Resultate oder interessante Streitfragen handelt. Die starke Kürzung, welche P. an dem letzten Abschnitt vorgenommen hat, wird überall Zustimmung finden. M. Immich.

Emil Wolff, Prof., Gymnasialdirektor (Schleswig): **Grundriß der preußisch-deutschen socialpolitischen und Volkswirtschaftsgeschichte vom Ende des 30jährigen Krieges bis zur Gegenwart (1640—1898).** Berlin 1899, Weidmannsche Buchhandlung (232 S.; geb. 3,60 Mk.).

Das sauber und gefällig ausgestattete Büchlein hat den Charakter eines Leitfadens für den Schul- und Selbstunterricht. Es sucht in knapper, klarer Darstellung zusammenzufassen, was die Wissenschaft bisher im Gebiete der preußischen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte an hauptsächlichen und allgemein wissenswürdigen Resultaten erarbeitet hat, mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen und socialpolitischen Seite; daran knüpft sich eine gedrängte Übersicht unserer gegenwärtigen öffentlichen Verhältnisse, die in den Abschnitten über sociale Gesetzgebung und christliche Liebesthätigkeit gipfelt.

Es ist ein ungeheurer Stoff, den der Verf. zu bewältigen unternommen hat. Ref. möchte nicht behaupten, daß ihm das ganz in dem wünschenswerten Maße gelungen sei — Aufbau und Gliederung lassen im einzelnen die beherrschenden Gesichtspunkte nicht deutlich genug hervortreten, die Hauptsachen hätten kräftiger hervorgehoben und eingehender behandelt werden können, manches Nebensächliche konnte wegbleiben oder kürzer abgethan werden, namentlich der letzte Hauptabschnitt macht einen unruhigen Eindruck durch das allzubunte Vielerlei —, aber es darf anerkannt werden, daß das Buch doch im großen und ganzen ein brauchbares Hilfsmittel zur Orientierung über den Gegenstand für alle die ist, denen es an Zeit oder Neigung fehlt, sich aus einer zerstreuten, umfangreichen und doch noch keineswegs erschöpfenden Litteratur zu informieren. Ein befriedigendes, einigermaßen abschließendes Werk über preußische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte besitzen wir ja noch nicht, und von den Büchern über preußische Geschichte, die beim Schulunterricht gebraucht zu werden pflegen, hat namentlich das beliebte zweibändige Werk von Pierson in dieser Hinsicht auffallende Lücken. Hier könnte der Wolffsche Grundriß immerhin helfend eintreten. Der Verf. hat offenbar die Litteratur fleißig studiert, und wenn es ihm bisher noch nicht gelungen ist, seine Darstellung von Irrtümern und schiefen Auffassungen freizuhalten, so ist das eben bei der Beschaffenheit der einschlägigen Litteratur namentlich für jemand, der nicht von Haus aus juristisch und staatswissenschaftlich geschult ist, keine so leichte Sache, und es ist wohl zu hoffen, daß bei einer neuen Auflage noch manches gebessert werden wird. — Ref. hat das Buch nicht systematisch auf etwaige Fehler hin untersucht; es soll hier nur einiges, was bei der Lektüre auffällt, angemerkt werden. — Es fällt z. B. auf, daß der wichtige kurmärkische Receß von 1653 nicht erwähnt wird, der doch die Grundlage für den miles perpetuus gebildet hat. — Die Kommissariatsbehörden sind gar zu kurz behandelt, und was darüber gesagt wird, ist in dieser Fassung nicht ganz zutreffend. Es giebt eine falsche Anschauung, wenn man die Kriegskommissarien kurzweg als die ersten staatlichen Steuerbeamten bezeichnet. Die Steuerverwaltung blieb noch längere Zeit halbständisch. Die Umwand

lung zu einer staatlichen fällt zusammen mit der Einrichtung der Provinzialkommissariate, über die der I. Band der Acta Borussica, Behördenorganisation, viel neues Material enthält. — Die Regierung aus dem Kabinett, wie sie allerdings in der Geheimratsordnung von 1651 ins Auge gefaßt wird, ist nach allem, was wir davon wissen, unter dem Großen Kurfürsten noch nicht realisiert worden. Er hat noch in und mit dem Staatsrat regiert, in dem er oft persönlich den Vorsitz führte. Dagegen sehen wir Friedrich Wilhelm I. schon bald nach seinem Regierungsantritt vom Kabinett aus mit den Behörden korrespondieren. Es trifft nicht zu, wenn der Verf. sagt, er habe persönlich den Vorsitz in den Plenarsitzungen des Generaldirektoriums geführt; das Präsidium, das er sich — wie übrigens auch Friedrich der Große — vorbehielt, war nur eine Fiktion. Zwischen der Regierung Friedrichs d. Gr. und Friedrich Wilhelms I. besteht also in dieser Beziehung kein Gegensatz; Friedrich d. Gr. ist nicht, wie noch Stein glaubte, der erste preußische König, der aus dem Kabinett die Regierung geführt hat; er hat nur seine Kabinettssekretäre nicht mehr, wie Friedrich Wilhelm I., zu Ministern aufrücken lassen. — Beim Generaldirektorium ist dem Verf. entgangen, daß das Justizdepartement schon vor dem Regierungsantritt Friedrichs II. eingegangen ist. Das von ihm als VI. Departement bezeichnete ist vielmehr das fünfte (für Handel und Gewerbe); es ist nicht erst 1748, sondern gleich nach dem Regierungsantritt 1740 begründet worden. Auch das VI. (nicht VII.!) Departement, dessen Bezeichnung als Departement für „Generalverwaltungs- und Servissachen" natürlich unrichtig ist, datiert nicht erst von 1748, sondern von 1746. Von 1748 ist die erneuerte Instruktion für das Generaldirektorium; besondere Instruktionen für die einzelnen Departements hat es nicht gegeben; die Absonderung einzelner Departements war nur eine unbeabsichtigte Nebenwirkung der Regierungsweise Friedrichs d. Gr. — Daß er die Jägerei und die Oberrechenkammer unter seine unmittelbare Leitung genommen habe, ist nicht richtig. Die Oberrechenkammer unterstand damals dem Generaldirektorium; sie ist erst unter Friedrich Wilhelm III. eine Immediatbehörde geworden; sie hatte früher nur die Provinzialrechnungen zu prüfen. — Nicht richtig ist es auch, daß Friedrich d. Gr. gleich nach seinem Regierungsantritt die Rekrutenkasse aufgehoben und die Chargenkasse neu begründet habe. — In dem 1748 von Cocceji eingerichteten „Friedrichskollegium" war die erste Instanz nicht der Geh. Justizrat, sondern das Kriegs- und Hofgericht. — Der Inhalt des Ressortreglements von 1749 ist nicht ganz zutreffend wiedergegeben. — Die kurze Bemerkung über die justizpolitische Bedeutung der Arnoldschen Prozeßsache ist schief; ebenso die über den Adel und das Civilbeamtentum unter Friedrich d. Gr.: die Präsidenten der Provinzialbehörden wurden doch grundsätzlich aus dem Adel genommen. — Von einem „Kantonreglement vom 15. Sept. 1733" sollte nach Lehmanns bekanntem Aufsatz nicht mehr geredet werden. — Die „Freiwächter" unterscheidet der Verf. nicht genügend von den übrigen, einländischen „Beurlaubten". — Er wiederholt die Legende von der Einrichtung der Regie, gegen die Schmoller in einer Akademieabhandlung (1888) aufgetreten ist. — Die von Stadelmann angegebene Zahl 17 000 Pfd. Seide habe ich früher schon als einen Irrtum erwiesen (für 7000 Pfd.). — Bei der Stein-Hardenbergschen Reform tritt die grundsätzliche Verschiedenheit des Staatsrats, wie ihn Stein 1808 plante und wie ihn Hardenberg 1810 (bezw. 1817) eingeführt hat, gar nicht hervor; ebensowenig die Verschiedenheit in der Stellung der früheren und der späteren Oberpräsidenten. — Viel zu kurz ist m. E. die Frage der preußischen Verfassung behandelt. — Der Provinzialrat ist nicht die dritte Instanz im Verwaltungsstreitverfahren. — Die Kreisordnung ist nicht von 1874, sondern vom 13. Dez. 1872; das Gerichtsverfassungsgesetz nicht von 1875, sondern vom 27. Januar 1877. — Es ist nicht richtig, zu sagen: „Die Städte handhaben die Polizei durch ihre eigenen Organe"; die Bürgermeister haben die Polizei nicht als Kommunalbeamte, sondern kraft königlichen Auftrags. —

Das sind, wie gesagt, einzelne mehr zufällige Bemerkungen, die den Wert des Büchleins nicht herabsetzen, sondern Fingerzeige für Verbesserungen geben wollen. Zum Schluß mag noch hervorgehoben werden, daß der Verf. sich durchweg eines maßvollen, verständigen Urteils befleißigt und bei aller patriotischen Wärme die Phrase, wie billig, verschmäht hat. O. H.

Theo Sommerlad (Privatdocent an der Universität Halle): **Die sociale Wirksamkeit der Hohenzollern.** Leipzig 1899, J. J. Weber (120 S.)

Der Verf. erzählt in der Vorrede, er habe über das Thema dieses Buches zweimal Vorlesungen an der Universität Halle gehalten, das letzte Mal „vor einem großen studentischen Zuhörerkreis“; er habe dann die Grundgedanken dieser Vorlesungen viermal in Vorträgen für kaufmännische und landwirtschaftliche Vereine weiter zu entwickeln Gelegenheit gehabt. Aus diesen Zuhörerkreisen seien ihm so oft Bitten um Veröffentlichung dieser Grundgedanken zugegangen, daß er sich endlich dazu entschließen habe.

Danach wird man berechtigt sein, etwas Tüchtiges oder wenigstens Interessantes zu erwarten. Aber diese Erwartung wird arg getäuscht. Trotz der hervorragend glänzenden Ausstattung, die der Verleger dem Werkchen hat angedeihen lassen, können wir ihm kein Wort der Empfehlung mit auf den Weg geben. Viel allgemeine Redensarten und wenig greifbarer Inhalt! Ausdauernder panegyrischer Schwung, salbungsvolle Gemeinplätze, breit ausgeführte poetische Gleichnisse, „geistreiche“ Seitenblicke auf alle möglichen Geistesheroen bis auf Gerh. Hauptmann und Fr. Nietzsche, aber — sehr geringe Sachkenntnis. „Das redliche Streben, den Dingen auf den Grund zu gehen“, von dem die Vorrede spricht, hat Ref. nur zu sehr vermißt. Die Berufung auf „Schmollers gediegene Forschungen zur preußischen Verwaltungsgeschichte“ setzt ihn in eine gewisse Verwunderung; in dem Buche selbst ist von dem Studium Schmollerscher Arbeiten kaum etwas zu spüren. — Es ist überflüssig, auf Einzelheiten einzugehen, da der Inhalt meist zu dürftig ist und der Verf. sich dazu noch oft in Allgemeinheiten bewegt, die eine Diskussion ausschließen. Nur auf einen Punkt mag hingewiesen werden, auf die Behandlung der Frage der Bauernbefreiung, die doch gewiß für dieses Thema eine besondere Bedeutung beanspruchen darf. Was erfährt der Leser da? Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große haben die Leibeigenschaft in den Amtsdörfern aufgehoben. Von dem großen Ablösungswerk seit 1799, mit dem doch erst an vielen Stellen die persönliche Befreiung der Bauern verbunden war, kein Wort. Die Erbunterthänigkeit bei den Privatbauern bestand fort. Ihren Inhalt charakterisiert der folgende Satz: „Als Nutznießer des diesem (dem Gutsherrn gehörigen Landes that er (der Bauer) seine Arbeit, ihm entrichtete er Geld oder die Früchte des Feldes als Erbzins, seiner Genehmigung bedurfte er, wenn er umziehen oder heiraten wollte.“ Von den Frondiensten sagt der Verf. nichts. Eine eigentümliche Vorstellung ist es, die er von den Wirkungen des Edikts vom 9. Oktober 1807 hat. Es hat den Bauern nicht bloß die persönliche Freiheit gegeben — nein: „mit einem Schlage sind dadurch 47 000 Bauernhöfe frei geworden.“ Der Verf. widmet denn auch diesem Edikt eine begeisterte Tirade und schließt: „Durch das Memeler Edikt sind die beiden Grundlagen des modernen landwirtschaftlichen Betriebes in Preußen gelegt worden: persönliche Freiheit und freies Eigentum!“ Von der Regulierungsgesetzgebung sagt der Verf. nichts. Von den „Septemberedikten von 1811“ redet er einmal beiläufig; sie hätten, sagt er, „jedem Bauer den Erwerb adliger Güter, jedem Edelmann den bürgerlichen Gewerbebetrieb eröffnet und jedem Grundbesitzer die freie Veräußerung seines Grund und Bodens gestattet“. Wir verweisen den Verf. auf §§ 1 und 2 des von ihm so hochgepriesenen Memeler Edikts vom 9. Oktober 1807; sie scheinen ihm gänzlich entgangen zu sein.

Dies Beispiel wird genügen. Auf weitere Einzelheiten gehe ich nicht ein; nur kuriositätshalber mag noch auf den tiefsinnigen Ausspruch S. 71

verwiesen werden, wo von der Miquelschen Steuerreform gerühmt wird, sie habe „die Steuern auf die Schultern derjenigen gelegt, die sie zahlen".

O. H.

Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft. Dritte Abteilung (Fortsetzung zu der Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft, I. und II. Abt., von R. Stintzing). Von Ernst Landsberg. Erster Halbband, Text 552 S. (Mk. 8,75), Noten 326 S. (Mk. 5,25). München u. Leipzig, R. Oldenbourg.

Verfasser, der sich um die Stintzingsche „Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft bereits dadurch hochverdient gemacht hat, daß er nach dem plötzlichen Tode Stintzings sich der Mühe unterzog, den von dem Verstorbenen im wesentlichen noch fertig gearbeiteten zweiten Band des großen Werkes herauszugeben, erscheint nunmehr als der wissenschaftliche und litterarische Nachfolger Stintzings auf dem Plan, als ein Nachfolger, der berufen ist, den Torso aus Eigenem zu ergänzen, die Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft zu Ende zu schreiben. — Während dem noch ausstehenden zweiten Halbbande dieser „dritten Abteilung" die Entwicklung der deutschen Jurisprudenz im 19. Jahrhundert vorbehalten bleiben soll, giebt der vorliegende, von einem besonderen Bande „Noten und Exkurse" begleitete Halbband eine „Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft im Zeitalter des Naturrechts" (Vorwort S. VI). Das Wort „Naturrecht" ist hier in einem, auch sonst vielfach gebräuchlichen, engeren Sinne genommen, d. h. als Bezeichnung für die vorherrschende Gedankenrichtung der Rechtswissenschaft in der Zeit von Grotius bis auf Kant. Thema der Darstellung ist, um wiederum mit dem Verf. zu reden (a. a. O. S. VI), die Geschichte der Wissenschaft zu schildern „für die civilrechtlichen Dinge bis an die Schwelle der historischen Schule, für die strafrechtlichen Dinge bis zu Beginn der spekulativ-philosophischen Richtung und für die staatlichen Dinge bis an das Ende des alten deutschen Reichs". Also die eigentliche Blüte und Vorherrschaftszeit naturrechtlichen Denkens ist zum Gegenstand genommen, nicht aber die gesamte Lebenszeit des Naturrechts, d. h. nicht alle Epochen der juristischen Dogmengeschichte, in denen „vom Rechte, das mit uns geboren ist", schon oder noch „die Frage ist"; andernfalls hätte ja die Schilderung der Anfänge des Naturrechts im Mittelalter (vgl. Gierke, Joh. Althusius) und die seiner Epigonie im 19. Jahrhundert nicht unterbleiben dürfen. Übrigens ergab sich für den Verf. die Notwendigkeit einer Erweiterung seines Darstellungsgebietes über die hiermit gesteckten Grenzen hinaus insofern, als in der vorliegenden dritten Abteilung mancherlei nachzuholen war, was an sich nicht eigentlich der naturrechtlichen Entwicklung im engeren Sinne, wohl aber zeitlich dem 17. Jahrhundert angehört und daher strenggenommen bereits in der zweiten Abteilung zu schildern gewesen wäre. Letztere schließt nämlich mit dem Jahre 1700 ab, wobei die das 17. Jahrh. durchziehende naturrechtliche Richtung absichtlich bei Seite gelassen und ad separatum verwiesen, im übrigen aber von Stintzing das eigentümliche Princip befolgt worden ist, die Gedanken und Schriften nur solcher Rechtsgelehrten zu berücksichtigen, die bis 1700 gestorben sind. In Konsequenz dieses Princips mußte Stintzings Fortsetzer nun außer den Naturrechten des 17. Jahrhunderts auch noch diejenigen positivrechtlichen (d. h. nicht-naturrechtlichen) Schriften u. s. w. des 17. Jahrhunderts schildern, deren Verfasser nach 1700 noch gelebt haben.

Kaum des Hinweises bedarf es, daß diese „Fortsetzung" ganz im geistigen Eigentum des Verf. steht. Irgend welche Vorarbeiten oder auch nur Notizen Stintzings für diejenigen Teile seines Werkes, die zu schreiben ihm nicht mehr vergönnt war, sind, wie im Vorwort bemerkt wird, nicht bekannt geworden. Verf. war daher in der gewiß preisenswerten Lage, die vorliegende „Fortsetzung" als ein eigenes Buch aus Eigenem schaffen zu

müssen, dafür aber auch das wissenschaftliche Verdienst allein beanspruchen zu dürfen.

Daß dieses Verdienst ein hohes ist, darin freut sich Ref. mit vielen anderen Beurteilern übereinzustimmen. Der Verf. hat uns ein gehaltreiches, ein tiefes Buch und zugleich, daß ich so sage, ein Lesebuch in des Wortes bester Bedeutung gegeben: ein Buch, das man nicht nur nachschlägt, sondern gern und mit Genuß liest.

Den Leserkreis dieser Zeitschrift werden insbesondere diejenigen Partieen des Buches interessieren, welche sich auf die Entwicklung der preußischen Jurisprudenz und Gesetzgebung beziehen; es mag genügen, hier auf die Überschriften dieser Abschnitte hinzuweisen: Die Publizisten und die hallische Schule (Heinrich Cocceji, Ludewig, Gundling, Stryk, J. H. Böhmer u. a.). S. 112 ff.; Wolf, S. 198 ff.; Samuel v. Cocceji, S. 215 ff.; Friedrich II, S. 221 ff.: Die preußische Gesetzgebung, S. 465 ff.

Zu dem Abschnitt über J. J. Moser (S. 315 ff.) sind jetzt die Ergebnisse der Untersuchungen nachzutragen, welche Bornhak in dem laufenden Bande dieser Zeitschrift (S. 329 ff.) über Mosers Thätigkeit in Frankfurt a. O. veröffentlicht hat. Die bisher herrschende und auch vom Verf. (S. 317) vertretene Meinung, daß Mosers Entlassung aus dem preußischen Staatsdienst auf einen „persönlichen Zusammenstoß" mit König Friedrich Wilhelm I. zurückzuführen sei, wird nicht mehr aufrecht zu erhalten sein. Die Gründe, welche Mosers Stellung als Professor in Frankfurt a. O. unhaltbar gemacht haben, waren, wie Bornhak aktenmäßig darlegt, durchaus nicht persönlicher, sondern durchaus sachlicher Natur. König Friedrich Wilhelm I. hat in die Moserische Angelegenheit überhaupt nicht persönlich eingegriffen; die Entlassung Mosers hat er verfügt in Genehmigung des Vorschlags seiner Räte, welche die begründete Ansicht hatten (Bornhak a. a. O. S. 334), „daß J. Moser nicht imstande sei, weder der Universität noch der Fakultät einige Dienste zu thun". G. Anschütz.

Kurt von Rohrscheidt (Regierungsrat): **Vom Zunftzwange zur Gewerbefreiheit.** Berlin 1898, Carl Heymanns Verlag (668 S.; 12 Mk.).

Während die Reformen der Stein-Hardenbergschen Zeit nach der Seite der Verwaltungsorganisation, der Heeresverfassung, des Steuerwesens, der Handels- und Zollgesetzgebung der Agrarverhältnisse, längst aktenmäßig bearbeitet sind, fehlte es bisher noch immer an einer derartigen Darstellung der Reform im Gewerbewesen. Die Schriften von J. G. Hoffmann und anderen boten einen gewissen Ersatz dafür, aber doch ohne das historische Bedürfnis voll zu befriedigen. Man kann also wirklich sagen, daß das vorliegende Buch, das vornehmlich aus den Akten der Archive von Berlin und Königsberg, sowie aus Akten verschiedener Ministerien gearbeitet ist, eine vorhandene Lücke ausfüllt. Absicht und Interesse des Verf. ist allerdings wohl mehr als auf eine Vervollständigung historischer Kenntnisse, auf die historische Fundierung und Vertiefung des Studiums der praktischen Probleme gerichtet gewesen, die unsere Gewerbegesetzgebung mit dem Reichsgesetz vom 26. Juli 1897 zu lösen versucht hat. Er schreibt mehr in der Weise eines Verwaltungsbeamten, der aus den Akten referiert, als in der eines Gelehrten, der die Einzelheiten in einen allgemeinen Zusammenhang einzuordnen unternimmt. Sein Buch ist nicht eine zusammenfassende historische Darstellung aus einem Guß und von strenger Komposition und Gedankenführung, sondern eine mehr lockere Zusammenstellung von Untersuchungen über einzelne Gesetzesakte, eine Mischung von Materialiensammlung und Raisonnement, aber auch in dieser — übrigens eine bequeme Benutzung gestattenden — Form sehr lehrreich und dankenswert, da überall gründliches Aktenstudium und eine breite Belesenheit in der Litteratur obwaltet. Die specifisch-historischen Abschnitte, wie z. B. die Bemerkungen zur Charakteristik der führenden Männer, sind interessant zu lesen wegen der geschickten und eindrucksvollen Zusammenstellung von Zeugnissen aus der

Litteratur, werden aber kritisch-historischen Ansprüchen nicht überall gerecht. Immerhin zeigen sie, daß der Verf. ein feines Gefühl für den Zusammenhang des Persönlich-Psychologischen mit dem sachlichen Gange der Gesetzgebung hat.

Das erste Buch des Werkes schildert die Organisation der Zünfte samt den Zunftmißbräuchen und ihre Bekämpfung im 18. Jahrhundert, hauptsächlich in Anlehnung an die alte kameralistische Litteratur, in breiter, anschaulicher Weise. Eine Benutzung der Aufsätze Schmollers über das brandenburgisch-preußische Innungswesen und die Gewerbepolitik überhaupt von 1640–1806 (B.-P. F. I.) hätte diesem Teil des Werkes wohl manche neuen und fruchtbaren Gesichtspunkte dargeboten.

In dem zweiten Buch untersucht der Verf. die gesamte einschlägige Gesetzgebung von 1806—1810 unter dem Gesichtspunkt der allmählichen Annäherung an den Grundsatz der Gewerbefreiheit; das dritte Buch behandelt dann den Ausbau des neuen gewerbepolizeilichen Systems und insonderheit die Genesis des Gesetzes vom 7. September 1811, alles in breiter Ausführlichkeit und stellenweise fast in Art einer Aktenpublikation, unter Einfügung allgemeiner historischer Zwischenbetrachtungen. Damit ist das eigentliche Hauptthema erschöpft. Im vierten Buche folgen noch einige Vor- und Rückblicke; die Gegenströmungen gegen die neue Gesetzgebung werden charakterisiert (wobei die schon 1894 von Berner in den Schriften des Vereins für Berliner Geschichte veröffentlichte Drackesche Denkschrift nochmals abgedruckt wird); die Verhältnisse bis 1840 hin und die auf eine modifizierte allgemeine Gesetzgebung gerichteten Bestrebungen werden namentlich an der Hand des Hoffmannschen Buches über die Befugnis zum Gewerbebetrieb verfolgt. Das Gesetz von 1845 und die weitere Entwicklung der Gewerbegesetzgebung hat der Verf. nicht mehr in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen; nur auf das neueste Gesetz von 1897, das ja in gewissem Sinne als eine Wiederaufnahme der Bestrebungen der 40er Jahre betrachtet werden kann, wirft er zum Schluß noch einen Blick: er ist mit dessen Bestimmungen durchaus einverstanden und erhofft auf deren Grundlage eine Konsolidation des Innungswesens, wobei er namentlich die idealen Aufgaben der gewerblichen Genossenschaften betont. O. H.

Heinrich Ulmann: Über die Memoiren des Fürsten Adam Czartoryski. Wissenschaftliche Beilage zum Vorlesungsverzeichnis der Universität Greifswald. Michaelis 1898. Greifswald 1898, Druck von J. Abel (48 S. 8°).

Mit großem Interesse wird man die sorgfältige Untersuchung Ulmanns über die Czartoryskischen Memoiren lesen. Eine Kritik dieser Arbeit zu schreiben ist aber beinahe unmöglich, da Ulmann sich ausdrücklich vorbehält, über denjenigen Teil der Memoiren, der als die eigentliche pièce de resistance zu betrachten ist, eine zweite eingehende Untersuchung zu veröffentlichen. „Ich werde", sagt er, „an anderer Stelle in der Lage sein, die gegen Frankreich gerichtete, bald bestimmt den Krieg ins Auge fassende Politik des Ministers in der Zeit vor 1805 näher im einzelnen zu begründen" (S. 25). Und S. 30: „die Geschichte des Gedankens „de forcer la main à la Prusse" ist mit Gegenstand einer Arbeit, die ich über die Beziehungen Rußlands und Preußens seit der Thronbesteigung Alexanders I. bis 1806 unter der Feder habe." S. 34 aber heißt es: „eine Würdigung der gesamten Politik Alexanders ... die für einen anderen Ort vorbehalten bleiben muß." Wir können deshalb auf seine Kontroverse mit Lenz und Onken nicht eingehen und müssen auch sonst ausscheiden, was in den Rahmen der Grenzen fällt, die Ulmann sich reserviert hat. Damit scheidet freilich der Schluß des ersten Bandes (Kap. X—XIV) und fast der ganze zweite Band, der die Korrespondenz Czartoryskis enthält, aus. Immerhin bleibt noch viel Interessantes übrig. Ulmann formuliert das Ziel, das er sich bei Prüfung der Memoiren setzt, folgendermaßen: „Dürfen wir nun in

ihnen (den Memoiren) eine Art Schlüssel erkennen für die immer noch geheimnisvolle Herzensschrift des Selbstherrschers? Es fragt sich, ob Czartoryski der Mann gewesen ist, dieselbe bei der durch das Leben zeitig ausgebildeten Verstellungskunst Alexanders richtig zu entziffern. Ferner ob er gewillt gewesen ist, bei seinen Mitteilungen über seine und des Zaren politische Grundtendenzen und Pläne die ganze Wahrheit treu und zuverlässig, ohne Beschönigung und Selbstverherrlichung zu enthüllen. Unter diesen Gesichtspunkten möchte ich den Memoiren, die zwar mannigfach verwertet, aber noch kaum kritisch geprüft sind, eine schärfere Aufmerksamkeit zuwenden." An die so gefaßten Aufgaben der Ulmannschen Studien werden wir uns zu halten haben.

Ich schicke dabei voraus, daß Ulmann glücklicherweise irrt, wenn er sagt, daß Alexander I. „Aufzeichnungen biographischer Natur bekanntlich nicht hinterlassen habe". Solche Aufzeichnungen existieren in einer Reihe von Heften, die in der kaiserlichen Privatbibliothek im Original erhalten sind. Sie reichen bis 1812 und sind mit Bleistift, wie der Kaiser es liebte, geschrieben. Zugänglich aber sind sie bis heute nicht, und erst wenn wir sie kennen, wird es möglich sein, einen tieferen Blick in die Seele dieses wunderbar begabten, von Widersprüchen hin und hergezerrten, zugleich erhabenen und kleinlichen, hingebenden und verschlossenen Mannes zu werfen. Doch wir kehren zu Ulmanns Untersuchung zurück. Er beginnt mit einer kurzen Biographie Czartoryskis, bei der ich die Betonung der wichtigen Thatsache vermisse, daß Czartoryski durch seine Schwester mit der Kaiserin Maria Feodorowna verschwägert war. Marianne Czartoryska, nicht Maria, wie der Herausgeber der Memoiren, Mazade, sagt, war mit Ludwig Friedrich Alexander Herzog von Württemberg vermählt. Czartoryski erwähnt gelegentlich, Konstantin habe sie „ma tante" genannt. Diese verwandtschaftlichen Beziehungen sind aber unzweifelhaft, obgleich Fürst Adam ihrer nur später gedenkt, der erste und naheliegende Grund zu seiner Freundschaft mit Alexander gewesen. Ulmann wird sich freuen, in den jetzt im Istoritscheski Wjestnik erscheinenden Memoiren der Gräfin Golowin ein vorzügliches Kontrollmaterial für die Geschichte und den Verlauf dieser Freundschaft zu finden. Es ist dieselbe Gräfin Golowin, deren Czartoryski I S. 45 flüchtig gedenkt, ohne darauf hinzuweisen, welche wichtige Rolle sie, und welche wichtigere Rolle noch die Kaiserin Elisabeth, deren Herzensfreundin die Gräfin war, in seinem Leben gespielt hat. Ich kann hier nur andeuten, was mir aus anderen Quellen, namentlich aber aus der Korrespondenz des Kaisers Nikolaus mit dem Großfürsten Konstantin bekannt ist, daß nämlich über der Ehe Alexanders ein dunkles Geheimnis schwebt und daß Fürst Adam Czartoryski in diesem Mysterium mitspielt. Wie viel er hier verschwiegen hat, geht aus den Golowinschen Memoiren klärlich hervor und wirft nachträglich ein Licht auf die Partieen der Czartoryskischen Darstellung, in denen von der Kaiserin Elisabeth die Rede ist. Die Beziehungen Alexanders zu Czartoryski aber lassen sich ohne Kenntnis dieser Dinge überhaupt nicht verstehen. Noch auf eine andere Lücke bei Ulmann muß hingewiesen werden. Das sind die Beziehungen Alexanders zu dem Grafen Michel Oginski (cf. dessen Memoires sur la Pologne et les Polonais 1788—1815. Paris 1826—27. 4 Bde.), die ein Gegenstück zu der Polenpolitik darstellen, die er mit Czartoryski führte. Daß Czartoryski dieser Dinge nicht gedenkt, ist aber um so auffallender, als er die Oginskischen Memoiren kannte. Gleich auffallend aber dürfte es erscheinen, daß er, dessen Portraitgallerie sonst so reich ist, nicht Maria Narvschkins, geborener Fürstin Czetvertinska, Erwähnung thut, obgleich gerade sie die polnische Sache bei Alexander am nachhaltigsten und wirksamsten vertrat. Schon hieraus ergiebt sich, daß Fürst Adam sehr viel mehr wußte als er mitzuteilen für gut fand, und daß er tendenziös schwieg, wo es ihm — gleichviel aus welchen Gründen — notwendig erschien. In den Memoiren erscheint Fürst Adam neben Alexander als der einzige Vertreter der polnischen Idee, in Wirklichkeit ist dies keineswegs der Fall gewesen.

Was Ulmann über die Abfassungszeit der Memoiren sagt, wird man ohne Widerspruch unterschreiben, und ebenso hat er zweifellos recht, wo er sachliche Irrtümer Czartoryskis aufzählt. Nur ließe sich die Liste erklecklich vermehren. Wenn z. B. Czartoryski I 273 von der ersten Gemahlin Pauls sagt, sie sei gestorben „regrettée de l'impératrice Catherine", so ist genau das Gegenteil richtig. Katherina hat niemanden so gefürchtet wie diese Schwiegertochter, die sich sehr ernstlich mit der Absicht trug, die von Rechts wegen Paul gebührende Krone der Schwiegermutter zu entreißen. Schon Kobeko, Der Cäsarewitsch Paul Petrowitsch (Berlin 1886, S. 98 ff.), hat darüber das Richtige festgestellt. Weit wichtiger ist nun aber die Frage, ob, wie Ulmann es Czartoryski aufs Wort glaubt, dieser wirklich keinen Ehrgeiz gehabt und keine leitende Stellung in Rußland ambiert hat. Ich bin der Meinung nicht und möchte, da zur Zeit intimere Quellen für das Jahr 1804 noch fehlen, auf die Rolle hinweisen, die Czartoryski 1815 spielte, da seine Absicht, Vicekönig zu werden, ohne allen Zweifel feststeht, und die Ernennungen von Zajaczek ihm eine bittere Enttäuschung war. Damals, als der Ehrgeiz Czartoryskis unverkennbar zu Tage trat, ist er gescheitert, eben weil Alexander den Ehrgeiz des „Freundes" erkannte und fürchtete. Czartoryskis ablehnende Haltung war, bei der eigentümlichen Natur Alexanders, das einzige Mittel, zu Macht und Stellung zu gelangen. Das wußte Czartoryski, der das Mißtrauen, das den Kern der Natur Alexanders bildete, sehr fein durchschaute, und danach hat er gehandelt, um ein ersehntes Ziel zu erreichen. Zwei große Schauspieler standen sich gegenüber: war Czartoryski zunächst der feinere, so hat sich später das Verhältnis in das Gegenteil verkehrt. Auch das vielberufene Memoire vom 5. April 1806 ist ein Musterstück berechneter psychologischer Behandlung des Zaren. Ulmann schätzt die Umsicht des „verschlagenen Ministers" sehr hoch, aber sie ist trotzdem noch weit größer gewesen, als er annimmt. Daß Czartoryski, wie Tatischtschew 1804 sagt, jemals „ein so guter Russe, wie man es nur sein kann", gewesen oder gar, wie er ein andermal sagt, Russe geworden sei, wird durch das ganze Leben des Fürsten widerlegt und zeigt nur, wie sehr auch die nächststehenden Personen sich über sein innerstes Wesen tänschten. Die „folie de la paix et de la justice" aber, die Czartoryski als Mittel für seine antipreußische, auf die Herstellung Polens zielende Politik benutzte, ist als schimmernder Untergrund für Alexander nicht erst von dem polnischen Staatsmann und seinen Genossen hergestellt worden, sondern war der von La Harpe übernommene Fond, den Alexander während der Dauer seiner Regierung niemals aufgegeben hat.

Für durchaus treffend halte ich dagegen die Ausführungen Ulmanns, die gegen Bernhardi die antifranzösische Politik Czartoryskis für echt erklären. Es gab für den polnischen Patrioten nur zwei Möglichkeiten, die zur Herstellung Polens führen konnten: mit Rußland gegen Frankreich oder mit Frankreich gegen Rußland. Die Kombination einer russisch-französischen Freundschaft war für die Polen allezeit, bis auf den heutigen Tag die hoffnungsloseste. So ist denn Czartoryski von 1801 bis 1807 russisch gewesen, von 1807 bis 1810 verstimmter Zuschauer der alliance Franco-Russe, danach französisch vor und während des russisch-französischen Krieges und wiederum russisch, als Napoleons Stern sank. Diese russische Haltung dauerte dann bis gegen die Mitte der zwanziger Jahre und bricht während der Revolution von 1830/31 endgültig zusammen, um nie mehr lebendig zu werden. Im Hotel Lambert galt die Parole Frankreich. Ich finde kein Anzeichen im ganzen Lauf der offiziellen wie der privaten politischen Thätigkeit Czartoryskis, daß er jemals andere als polnische Ziele verfolgt hätte; Rußland und später Frankreich sollten seine Werkzeuge sein, und wenn er dem Kaiser Alexander die Versicherung giebt, daß er nur das Beste Rußlands im Auge habe, so spricht er eben zum Kaiser von Rußland. Noch 1823 beschönigt er mit diesem Argument sein Verhalten als Kurator von Wilna: „je quitte ma place avec la conviction d'avoir servi votre Majesté de tous mes moyens avec un zèle sincère et bien dirigé" . . . . . Man braucht nur einen Blick in die Berichte und

in die Korrespondenz Nowosilzews zu werfen, der in Polen ein Polenfreund wurde, um sich von der berechneten Unwahrheit dieser Behauptung zu überzeugen. Doch das führt über die Ullmannsche Untersuchung hinaus. Ich bemerke nur noch zum Schluß, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die „Memoiren", so wie sie uns vorliegen, aus gleichzeitigen Aufzeichnungen Czartoryskis entstanden sind, die ihm bei seinem Diktat vorlagen. Die oft überraschende, auch bei einem umfassenden Gedächtnis kaum zu erreichende Zuverlässigkeit bei Wiedergabe langer Gespräche, sowie die Sicherheit der Datierungen, weist darauf hin. Dazu kommt, daß uns im 2. Bande für die Jahre 1809 und 1810, gleichsam als Muster, derartige Aufzeichnungen von Gesprächen erhalten sind. Ich bewundere zumal an den Memoiren die Porträtgallerie, die Czartoryski entworfen hat. In betreff Alexanders ist die Zeichnung bei aller Feinheit doch nur halb wahr. Auch Fürst Adam hat das Rätsel dieser Sphinx nicht gelöst.

Theodor Schiemann

Friederich Pieth: Die Mission Justus von Gruners in der Schweiz 1816—1819. (Nach seinen Berichten im Kgl. Preuß. Geheimen Staatsarchiv in Berlin.) Chur, Hitz; Berlin, Skopnik (192, III S. 8°; 2,50 Mk.).

Vorliegendes Werk beruht so gut wie ausschließlich auf den Gesandtschaftsberichten Gruners; nur ganz gelegentlich ist andere Litteratur herangezogen worden. Gruner war vom 1. April 1816 bis kurz vor seinem am 8. Februar 1820 erfolgten Tod als preußischer Gesandter in der Schweiz thätig; seine sehr ausführlichen, von guter Beobachtungsgabe und Auffassungskraft Zeugnis ablegenden Berichte beschränken sich nicht auf die eigentlich politischen Dinge, sondern geben auch eingehende Schilderungen der inneren Angelegenheiten der Schweiz. Pieth bietet uns den wesentlichen Inhalt dieser Berichte, nach sachlichen Gesichtspunkten gruppiert, wobei er in reichem Maße auch Gruner selbst zu Worte kommen läßt. Wieweit diese aktenmäßigen Mitteilungen eine Bereicherung unserer Kenntnisse über die damaligen Zustände der Schweiz darstellen, und wieweit es möglich gewesen wäre, Gruners Angaben aus anderen Quellen zu ergänzen und zu prüfen, das zu beurteilen fühle ich mich nicht kompetent. Für die preußische Politik, auf die es dem Leserkreis dieser Zeitschrift allein ankommt, fällt aus Pieths Werk kaum etwas ab. Zu erwähnen wäre etwa der freilich mehr von Rußland als von Preußen veranlaßte Eintritt der Schweiz in die Heilige Allianz, die Einmischung Preußens zu Gunsten der Schweiz in deren finanziellen und territorialen Handeln mit Baden, die preußische Anerkennung der schweizer Ansprüche auf das von Frankreich bestrittene Tappenthal; endlich sei noch angeführt, daß Gruner beim Zustandekommen eines Handelsvertrags zwischen Frankreich und der Schweiz mit Erfolg entgegenarbeitete. Den Bemühungen Gruners, den preußischen Einfluß in der Schweiz zu steigern, die Beziehungen [illegible] der Schweiz freundschaftlicher und intimer zu gestalten, steht man in Berlin sehr kühl gegenüber: man ist zufrieden, wenn sich die Schweiz nicht direkt in die Arme Österreichs oder Frankreichs wirft, aber einen maßgebenden Einfluß dort auszuüben ist man nicht gewillt; [illegible] den Glauben zu erwecken, daß Preußen der [illegible] schließliche Protektor der Schweiz sei.

Walther Schultze

A. Ritter von Arneth: Johann Freiherr von Wessenberg. Ein österreichischer Staatsmann des neunzehnten Jahrhunderts. [illegible], XIII, 292 und 337 S. Wien 1898, W. Braumüller.

Schon vor diesem seinem letzten Werk hatte Arneth von Wessenberg und dem Lebenslauf Wessenbergs in der Allgemeinen Deutschen Biographie ein Bild entworfen, das sich zu obigem Buch verhält, wie die sorgfältige Skizze

zum Gemälde. Das war nicht anders zu erwarten, da der Skizze bereits die reichen Materialien zu gute gekommen waren, die Arneth aus dem Wiener Staatsarchiv sowie aus dem Besitz des Grafen von Meran u. s. w. zur Verfügung standen. Auch die Auffassung ist in beiden Arbeiten die gleiche überzeugt-wohlwollende. Und nicht unverdient — denn dieser Diplomat der Metternichschen Schule ist nicht ein bloßer Handlanger der Stabilitätskünstler gewesen, hat auch nicht etwa bloß in der Tasche eine Faust gemacht. Z. B. zeigt seine Wirksamkeit als zweiter österreichischer Bevollmächtigter auf der Londoner Konferenz von 1831—34, daß er sich nicht von engherzig-legitimistischen Gesichtspunkten ganz gefangen nehmen läßt, so daß er ob seiner Unabhängigkeit die dienstlich berechtigte Unzufriedenheit seines Meisters zu erfahren hat. Man kann auch kaum zweifeln, daß derselbe Gesichtspunkt die Ursache seiner wiederholten Kaltstellung gewesen ist. Aber trotz der Wärme des Geschichtsschreibers läßt sich auch nicht verkennen, daß dieser ehrlich dynastisch und deutsch gerichtete Groß-österreicher nicht zu den hervorragenden Staatsmännern gerechnet werden kann. Es fehlt ihm die Kunst, die Dinge geduldig an sich herankommen zu lassen, er ist zu vielgeschäftig. Und dazu gebricht ihm nicht nur die Kraft, sondern oft genug auch die rechte Einsicht. Daß er als geistiger Vater der Bundesverfassung von 1814 auch in der Folge kein Verständnis für ihre Grundfehler gewonnen, sondern die offensichtige Mangelhaftigkeit nur dem üblen Gebrauch der schönen Gabe zugeschrieben hat, möchte menschlicherweise noch hingehen. Aber tieferen Einblick verstattet es, wie oft angesichts wichtigster Wendepunkte vorausschauende Klarheit des Urteils sich vermissen läßt. Nur zwei Fälle seien hervorgehoben: seine gleichzeitige und seine nachherige Beurteilung der österreichischen Schilderhebung von 1805 sowie sein unmittelbares und sein späteres Urteil über die Karlsbader Beschlüsse I 72 f. und II 83 ff. Beiläufig bemerkt scheint es mir nach den mitgeteilten Proben nicht sicher, daß Seite 85 der Sinn der Wessenbergschen Denkschrift der Auslegung Arneths entspricht. Weniger die Richtigkeit der Voraussetzungen der großen Höfe scheint die Denkschrift zu bezweifeln, als die Vollständigkeit ihrer Bekanntgebung: W. meint Wissen von umfassenderen revolutionären Umtrieben als das über die Attentate von 1819 bei den Regierungen voraussetzen zu dürfen. —

Übrigens kommt die Frucht dieser zum Buch erweiterten Darstellung Arneths fast mehr noch als Wessenberg der österreichischen Gesamtpolitik zu gute. Sie bringt wichtige Beiträge zur Geschichte des Kaisers Franz und Metternichs. Ich weise der Kürze halber nur auf das 1815 von Metternich dem Kaiser überreichte Programm mit der Perspektive einer zukünftigen habsburgischen Kaiserwürde über Deutschland hin (II 36). So dankbar man dem fast stets maßvollen (doch s. I S. 243) und kenntnisreichen Forscher auch gerade für diese Partien seines interessanten Werkes sein muß, so wird man sich doch nicht selten zum Widerspruch herausgefordert fühlen. So hinsichtlich der Darstellung der polnisch-sächsischen Frage auf dem Wiener Kongreß, wo mir z. B. die Sätze über die Polenpolitik des Zaren teilweis unverständlich sind (I 223). Was ferner in Wessenbergs Aufzeichnung von 1820 über den Widerstand der preußischen Regierung bei Begründung des Bundes gegen Beschlüsse per majora hingestellt ist (II 87), widerspricht schon dem, was I 279 aktenmäßig dargethan ist. Und weiter, der Biograph, der es I 277 als Gewaltmaßregel brandmarkt, wenn Preußen im Mai 1814 vorschlug, durch ein Ultimatum die übrigen Staaten zum Beitritt zu drängen, hätte von seinem Helden lernen können, der 1820 retrospektiv erklärt hat: „in dieser besten aller Welten ist es nur das Übergewicht, d. h. die Macht, welche die Einheit herbeiführen kann" (II 87). Die Benutzung der allgemeingeschichtlichen Litteratur scheint mir eine ungleiche, hie und da unzureichende, was vielleicht mit der biographischen Absicht zusammenhängt. Das führt zurück auf die Notwendigkeit zur Orientierung wenigstens hinzuweisen auf einige noch unerwähnte biographische Einzelheiten. Dazu möchte ich zählen die Berichte Wessen-

bergs als Gesandter in Kassel 1806 und Berlin 1809, sowie seine Unterredung mit Napoleon im März 1814 und endlich als Höhepunkt seine opfervolle Wirksamkeit als Ministerpräsident im Sommer und Herbst 1848. Ausgesprochenermaßen verdankt die Wissenschaft dem sympathischen Eindruck gerade des damaligen Auftretens die Errichtung dieses letzten litterarischen Denkmals durch die Hand des leider inzwischen uns entrissenen Verfassers.

H. Ulmann.

Fedor von Demelitsch: Metternich und seine Politik. Erster Band. Stuttgart 1898, Cottasche Buchhandlung Nachfolger (XVIII und 692 S.).

In den vier Büchern dieses starken Bandes folgt der Verfasser, der in zwei weiteren Bänden eine Fortsetzung bis 1830 verheißt, nach einem kurzen Rückblick auf das Jahr 1809 den Verflechtungen der durch Metternich geleiteten Politik der habsburgischen „Monarchie" bis Ende 1812. Die Grundlage für seine Arbeit hat er in den Beständen des österreichischen Haus-, Hof- und Staatsarchivs sowie denen des Kriegsarchivs und des Hof- und Kammerarchivs gefunden. In der Verwertung dieser bisher zum großen Teil ungehobenen Schätze ruht die bleibende Bedeutung des Ganzen.

Sicherlich ist der Plan, die Gesamtpolitik Metternichs, der bisher, wie sich nicht leugnen läßt, nicht immer Gerechtigkeit widerfahren ist, zur Darstellung zu bringen, ein anerkennenswerter. Aber in vorliegendem Buch ist der Wissenschaft nicht ein standard work geschenkt, wie sie dessen benötigt war, sondern nur eine Vorarbeit. Das Ganze ist wesentlich ein Resumé des diplomatischen Gedankenaustauschs zwischen der Centralstelle in Wien und ihren Agenten in Paris, Petersburg, London, Berlin, Kopenhagen, Stockholm, Konstantinopel u. s. w. Gewiß erblickt man so den österreichischen Staatsmann an der Arbeit auf allen in Betracht kommenden Stellen. Aber eine Geschichte der Metternichschen Politik ist nicht gegeben, so lange die verschiedenen Fäden nicht fester zusammengefaßt und vor allem so lange nicht die Neufunde des Verfassers durchgehend angepaßt sind an die sonstige Überlieferung der Zeitgeschichte. Es ist trotz gelegentlicher Berufung auf die Arbeiten von Vorgängern, wie Wertheimer, Beer, Oncken, Vandal, nicht zu verkennen, daß der Verfasser es nicht für erforderlich erachtet hat, die wissenschaftliche Litteratur gebührend auszubeuten. — Das ist der große Mangel, dem es zuzuschreiben ist, daß die hauptsächlichen Probleme trotz alles Hin- und Herredens unmittelbar nicht gerade sehr gefördert erscheinen. Es ist dem künftigen Benutzer überlassen, aus den sehr schätzenswerten Materialien die Ernte einzusammeln.

Unter diesen Umständen darf eine kurze Anzeige darauf verzichten, den vom Verfasser angelegten Maßstab des Urteils, der kein unbilliger zu sein scheint, im einzelnen nachzuprüfen. Dem Referenten wurde dadurch die vom Verfasser versäumte Arbeit zugemutet sein.

Wichtig ist die Frage nach der Genauigkeit der Analysen, die definitiv nur von jemand beantwortet werden kann, der gleichfalls das Material durchmustert hat. Mir ist aufgefallen, daß gelegentlich die auffallendsten Angaben gesandtschaftlicher Depeschen, ja offenbare Versehen, ohne jeden Versuch der Prüfung oder Richtigstellung wiedergegeben werden. So das von Wessenberg im Herbst 1811 eingesandte Schreiben Napoleons nach Stockholm, in dem er sich als Kaiser des Kontinents bezeichnet und erklärt, daß er, sobald er 200 Linienschiffe besitze, den Engländern den Krieg erklären werde (S. 501). Außer in einer Denkschrift desselben Wessenberg von 1812 (Arneth, Wessenberg I 154) findet sich meines Wissens sonst keine Spur eines so wichtigen Briefs. Dem Verfasser ist auch die für Metternich wohl nicht unwichtige Thatsache entgangen, daß Metternichs Mitteilung an Stackelberg über einen Brief Gneisenaus aus Rußland an seinen König im Sommer 1812 sich mit den sonstigen Berichten des Generals aus dieser Zeitspanne nicht vereinigen läßt. Vgl. S. 603 und

Pertz, Gneisenau II 315, 332, sowie Historische Zeitschrift, Neue Folge 26, S. 482. Was Bignon und Oncken längst ermittelt haben über die österreichischerseits aufgefangenen Verhandlungen der Warschauer Regierung mit dem Czaren im Jahre 1812 hätte auf die Darstellung S. 611 Einfluß haben müssen. Wenn ferner in einer Depesche Zichys vom 3. Februar 1813 (S. 620 ff.) ausführlich berichtet ist über eine Unterredung Napoleons mit Krusemark, so führt das geradezu irre, da nirgends gesagt wird, daß Zichy von der erst jetzt in seinen Besitz gekommenen Relation Krusemarks vom 17. Dezember 1812 redet, die der Wissenschaft durch Duncker und Ranke längst zugänglich war. Wie soll man es verstehen, wenn gemäß einem Bericht Zichys vom August 1812 (S. 627) eine Rede Napoleons in Warschau in Berlin die Befürchtung hervorgerufen haben soll, der französische Kaiser wolle Preußen seiner polnischen Provinzen berauben! Nach der Analyse S. 485 müßte Zichy Kolberg zu den von französischen Truppen besetzten Festungen gerechnet haben. Auch Gedrucktes wird wohl flüchtig wiedergegeben. Graf Lieven hat nicht namens des Czaren im Oktober 1812 in Berlin weitgehende Vollmachten für York vorgeschlagen, weil ihm die nachdrücklichsten Operationen bevorstünden (S. 630), sondern weil ihm gegenüber die nachdrücklichsten Operationen bevorstünden (Oncken, Österreich und Preußen I 27).

Von kleineren Versehen seien erwähnt Herzog von Oranien (S. 12), Graf Hardenberg für den preußischen Minister (310 und öfters); Insel Morea (257). Von sinnstörenden Druckfehlern notiere ich S. 402 Z. 9 v. u. der preußische Staat statt der polnische Staat. H. Ulmann.

Aus dem Nachlaß von Karl Mathy. Briefe aus den Jahren 1846 bis 1848, mit Erläuterungen herausgegeben von Ludwig Mathy. Leipzig 1898, S. Hirzel (9 Mk.).

Der ganze litterarische Nachlaß Karl Mathys kam nach dem Tode seiner Witwe in den Besitz der Kinder seines vor ihm gestorbenen Bruders, des Kaufmanns Heinrich Mathy, und dessen Sohn Ludwig, jetzt Gymnasialdirektor in Konstanz, hat es für seine Pflicht gehalten, einen Teil der Schriftstücke der Öffentlichkeit zu übergeben, nämlich den, der sich wesentlich auf das Jahr 1848 bezieht. Es ist über diesen Band von einer Seite ziemlich abschätzig geurteilt worden, da er genau besehen wenig Neues und Interessantes biete. Wir können dieser Ansicht doch nicht beitreten. Es ist ja wohl wahr, daß Gustav Freytag in seinem Buch „Karl Mathy“ (vielleicht dem schönsten Buch, das er überhaupt geschrieben hat) das Wesentliche aus Mathys Papieren schon längst mitgeteilt, bezw. verwertet hat, und daß gerade über die wichtigsten Ereignisse, an denen sich Mathy beteiligte und die sich in Frankfurt und Karlsruhe abspielen, keine Briefe vorhanden sind, weil Mathy da mit seinen Freunden örtlich zusammen war und der ganze Verkehr von Person zu Person sich vollzog. Aber gleichwohl haben wir die mannigfachen Schreiben von und an Mathy, namentlich die Briefe an seine Frau, mit Vergnügen und Interesse gelesen und sind der Meinung, daß sie ein anschauliches Bild der Ereignisse vor uns entrollen und zahlreiche charakteristische Züge zur Erfassung Mathys und seiner Zeitgenossen liefern. Auch die wichtigen Artikel aus der „Deutschen Zeitung“, die Stücke aus dem Tagebuch Dr. Ladenburgs u. dgl. hat man gern gedruckt vor sich. Der Herausgeber hat durch ein Verzeichnis der Briefsteller und ein Register über die in dem Bande vorkommenden Personen, wobei über diese kurze Notizen gegeben sind, die Brauchbarkeit des Buches erhöht; nur ist irreführend, daß Erzherzog Johann nicht unter „Johann“, sondern erst unter „Reichsverweser“ behandelt ist. Wir stehen nicht an, das Werk als eine willkommene Gabe zur Geschichte des Jahres 1848 — der letzte mitgeteilte Brief ist vom 30. Dezember — zu bezeichnen. Unter den Urteilen greifen wir nur zwei zur Probe heraus. S. 311 (26. Juni) heißt es: „Die Haltung Lichnowskys und Blums war fest, aber würdig, und nach seiner

Richtung verletzend. Nicht in gleicher Weise sprach Vogt aus Gießen, was auch nicht von ihm verlangt werden kann." S. 380 7. Sept.: „Der Reichsverweser benimmt sich sehr ruhig und sehr verständig. Er hat eine gute Lebensschule durchgemacht und verliert den Kopf nicht."

G. Egelhaaf.

Fritz Hoenig: 1) Die Wahrheit über die Schlacht von Vionville-Mars la Tour auf dem linken Flügel. Mit 1 Übersichtskarte, 5 Plänen und 4 Skizzen (X und 159 S.; 5 Mk.). **2) Beiträge zur Schlacht von Vionville-Mars la Tour** (88 S.). Berlin 1899, Militär-Verlagsanstalt.

Das im vorigen Halbbande der „Forschungen" S. 311/312 erwähnte 25. Heft der „Kriegsgeschichtlichen Einzelschriften" hat die schon vordem viel erörterte Frage nach den Ursachen des Scheiterns des Angriffes der Brigade Wedell bei Mars la Tour in neuen Fluß gebracht, aus dessen Treiben wir die oben genannten Schriften Hoenigs hervorheben. Sie sind bestimmt, gegenüber der „Einzelschrift" Hoenigs Anschauungen und Ergebnisse über jene Katastrophe in der Hauptsache festzuhalten, wie er sie zuerst in seiner epochemachenden Schrift: „Zwei Brigaden" bereits 1882 niedergelegt hatte.

Die „Wahrheit" hat eine scharfe Entgegnung erfahren im Militär-Wochenblatte 1899 Nr. 41 u. 42 durch den Obersten von Bernhardi, sowie in einer „Erklärung" des Generals v. Voigts-Rhetz, des Generalstabschefs des III. Corps im Feldzuge, ebenda Nr. 37, und eben tritt auch der General von Scherff wiederum auf den Plan in einer Schrift: „Generalleutnant von Schwarzkoppen am 16. August 1870", München 1899 Lindauer, 131 S.; 2,40 Mk.), in der der damalige Generalstabsoffizier seinen Divisionskommandeur gegen die Angriffe in der „Wahrheit" in Schutz nimmt. Die Antwort wird Hoenig wohl nicht schuldig bleiben, und so ist der Abschluß der Diskussion noch nicht abzusehen, bei der wir nur dringend wünschen wollen, daß die sehr bedauerlichen persönlichen Schärfen, die namentlich in den Hoenig feindlichen Schriften hervorgetreten sind, wieder vor dem allgemeinen Interesse der Kriegswissenschaft sich abstumpfen möchten.

Die Differenzen drehen sich im wesentlichen einmal um die strategische Frage, inwieweit das Generalkommando des X. Corps die Sachlage beim Feinde richtiger erkannt hatte, als das Oberkommando der II. Armee, wobei Hoenig namentlich dem Generalstabschef Caprivi das entscheidende Verdienst zuweist, durch die Fassung des Befehls für den 16. August das Eingreifen des X. Corps in die Schlacht ermöglicht und damit die Niederlage abgewendet zu haben. Zweitens um die taktische Frage, ob es die Schuld der Führung war, daß die Brigade Wedell statt auf die Flanke des Feindes, auf die Front eines sich entwickelnden Armeecorps stieß und damit dem Zusammenbruche überliefert ward. Wir dürfen hier, noch dazu im Rahmen einer kurzen Anzeige, mit unserm Urteile noch zurückhalten, wollen nur feststellen, daß thatsächlich das X. Corps am 16 August vollzählig das Schlachtfeld erreichte, und thatsächlich die Brigade Wedell so angesetzt war, daß in ihrer linken Flanke eine volle feindliche Brigade stand, während in ihre Front eine frische feindliche Division hineinbrach. Zugleich aber möchten wir betonen, daß die Aufgabe der Halbdivision Schwarzkoppen durch den Gang der Ereignisse strategisch zu einer der schwierigsten geworden war, und taktisch die Brigade Wedell ihre Aufgabe mit unübertrefflichem Heldenmute auf sich genommen hat. Bei diesem zweiten Punkte müssen wir noch ausdrücklich hervorheben, daß dem Heldenmute der Truppen grade Hoenigs Schriften das schönste Denkmal gesetzt haben, und daß es nicht zulässig ist, ihn hierin des Mangels an patriotischer Pietät zu zeihen — ein Kriterium, mit dem man auf dem Gebiete der Geschichtsschreibung überhaupt recht vorsichtig sein sollte. Herman Granier.

v. **Blume**, General der Infanterie z. D.: **Die Beschießung von Paris von 1870/71 und die Ursachen ihrer Verzögerung.** Berlin 1899, E. S. Mittler u. Sohn (82 S.).

Die vorliegende Schrift des verdienten Generals, der im Feldzuge als Generalstabsoffizier dem Großen Hauptquartiere angehörte, hat den Zweck, nachzuweisen, daß es lediglich militärische und technische Gründe und Schwierigkeiten waren, die die Beschießung von Paris in so unerwarteter Weise hinausgeschoben haben. Vielleicht ist diese Darlegung durch die „Tagebuchblätter" von Moritz Busch mit veranlaßt worden, da aus ihnen, wie freilich auch sonst schon längst bekannt, Bismarcks Überzeugung neu hervortrat, unberechtigte Einflüsse hoher Damen, d. h. vor allem der Königin und der Kronprinzessin, hätten aus übel angewandter Humanität das militärisch Notwendige zu verzögern gewußt. Nun waren unzweifelhaft bei einem Teile der hierbei hauptsächlich in Frage kommenden Männer rein militärische Überlegungen in ausreichendem Maße vorhanden, die sie der Beschießung und damit ihren Vorbereitungen abgeneigt sein ließen. Dem gegenüber aber standen die nicht umzudeutenden Befehle des Königs — dem, wie Blume entgegengehalten werden muß, so weit ich sehe, noch kein „Schießer" aus seiner Haltung in dieser Frage einen Vorwurf zu machen unternommen hat.

Was aber befohlen war, hätte auch mit Energie ausgeführt werden müssen, und grade Blume zeigt, daß und an welcher Stelle dies nicht geschah. Das aber war es, was Bismarck erbitterte und Roon krank machte, und sie darauf führen mußte, den hinter den Coulissen thatsächlich bohrenden Einflüssen eine Wirkung zuzuschreiben, die sie, ohne die Grundlage jener militärischen Beweggründe, für sich allein wohl nicht hätten erreichen können.

Bei den Darlegungen über den Unterschied zwischen „Bombardement" und „Gewaltsamem Angriff" möchte ich darauf hinweisen, daß für Bismarck und Roon es sich lediglich darum handelte, daß *geschossen* wurde, — wie und wo das geschah, das waren Erwägungen, die für sie in den Hintergrund traten. Aber die Stockung der Operationen, die auf der Unterschätzung der Widerstandskraft von Paris an maßgebender Stelle beruhte, war politisch nicht ohne Bedenken und militärisch unerwünscht, und diese Erkenntnis bei Bismarck und Roon war es, die die Gegensätze immer mehr verschärfte.

Wenn Blume mehrfach hervorhebt, Roon habe der endlich von Moltke selbst beantragten Neuaufstellung von Transportmitteln finanzielle Bedenken entgegengehalten, so bin ich überrascht, daß ihm in dem im Anhange wieder abgedruckten Schreiben Roons der sarkastische Ingrimm entgangen zu sein scheint, mit dem der alte Kämpe darauf hinweist, wie er bisher alle Mittel umsonst aufgewandt sähe, und ohne *bestimmte* Aussicht auf ihre Verwendung die neuen Aufwendungen nicht verantworten könne.

Will Blume das Gewicht der Ansicht von Bismarck und Roon damit entkräften, daß er jenen wegen zu geringer Beschäftigung für mißgestimmt, diesen aber für krank und kriegsmüde erklärt, so wird er hiermit kaum Glauben finden. Nie war Bismarck frischer, als in den ersten, für ihn politisch verhältnismäßig ruhigen Wochen, und von Sedan an hat es ihm an „Beschäftigung" wahrlich nicht gefehlt; und bei Roon ist wohl Ursache und Wirkung verwechselt. Ist es wirklich noch nötig, als Beleg anzuführen, daß Roon u. a. am 4. Dezember 1870 schreibt: „Mit meiner Gesundheit geht es recht leidlich, seitdem ich wieder gut schlafe, was seit einigen Tagen, d. h. seitdem die Beschießungsfrage endlich einen meinen Intentionen entsprechenden Gang anzunehmen scheint, wieder der Fall ist."

Herman Granier.

v. **Pflugk-Harttung**: **Die Anfänge des Johanniter-Ordens in Deutschland, besonders in der Mark Brandenburg und in Mecklenburg.** Berlin 1899, J. M. Spaeths Verlag (5 Mk.)

Ausgehend von Studien zur Geschichte der deutschen Johanniter, vornehmlich ihrer Haltung in den kirchlichen Kämpfen Kaiser Ludwigs des Bayern, hat sich Pflugk-Harttung in die Anfänge des märkischen Zweiges dieses Ordens vertieft und schildert nun in einem knappen, aber stoff- und inhaltreichen Buche die Entstehung und Entwicklung der brandenburgischen Balei. Es ist bei derartigen Untersuchungen natürlich viel Konstruktion, und es würde sich über die Bedeutung mancher Persönlichkeit, die er für einen Träger dieser Entwicklung hält, wie über manche andere Einzelheit rechten lassen. Im allgemeinen hat aber der Gang der Ereignisse, den er annimmt, viel Wahrscheinlichkeit für sich.

Später als in den romanischen Ländern hat sich innerhalb des die ganze Christenheit umfassenden Ordens für Deutschland ein besonderes Großpriorat ausgebildet. Es reichte über die deutschen Grenzen hinaus und umfaßte die Nachbarländer slawischer Nationalität im Osten. Diese slawischen Außenposten lösen sich indes ziemlich früh los und werden zu selbständigen Großprioraten. Der verbleibende Rest teilt sich in ein ober- und ein niederdeutsches Vicepriorat, von welchem letzteren sich allmählich, etwa um 1300, wiederum die nordöstlichen Bezirke, das deutsche Kolonialgebiet, abzweigen. Maßgebend für diese Trennung ist einerseits der große Machtzuwachs, den die Aufhebung des Templerordens den Johannitern gerade in diesen Landschaften bringt, ferner das Erstarken der dortigen Territorialstaaten, der Ehrgeiz und die Rivalität einiger hochstrebenden Komture und die Begünstigung ihrer centrifugalen Tendenzen durch Ludwig den Bayern, dessen eigentümliche Haltung und nahe Beziehungen zu diesen Kreisen wirksam beleuchtet werden. Aus gelegentlichen Aufträgen und Vertretungen des fernen deutschen Großpriors oder seines norddeutschen Statthalters, dann aber auch aus dem Bedürfnisse der einzelnen norddeutschen Komtureien, die hegemonischen Gelüste der mächtigsten ihrer Genossen, des altmärkischen Werben, durch eine in diesen Gegenden amtierende starke Gewalt im Zaume zu halten, erwächst ein selbstbewußtes Herrenmeistertum im Wendland und der Mark, dem Kaiser Ludwig die Reichsunmittelbarkeit verlieh. Seinen Stützpunkt findet es zunächst in den Rivalinnen Werbens, das infolge dieser Wandlungen rasch herabsinkt, den Komtureien Braunschweig und Nemerow. Indes auch diese Orte behaupten den Vorrang nicht. Das Herrenmeistertum erstrebt eine alle ihm untergebenen Komtureien überragende Stellung, vermeidet, schon weil es in Mecklenburg und Pommern nicht minder als in der Mark Geltung haben will, sich mit einer einzelnen zu identifizieren und siedelt — was Pfl allerdings unerwähnt läßt — aus dem Umkreise der hadernden Komtureien an Elbe und Oder in ein eignes unabhängiges Besitztum im Südosten seines Gebietes über.

Bis hierher ungefähr führt Pflugk-Harttung seine wertvollen Untersuchungen. Er fügt der Schrift außer einigen Dokumenten einen ausführlichen Anhang über die Urkunden des Ordens und das in den verschiedensten Archiven über ihn zu findende Material bei und fordert dringend zu seiner Verwertung auf; er scheint also von diesem Arbeitsgebiete Abschied zu nehmen. Die interessantesten Partien in der Geschichte der Balei liegen übrigens erst in der späteren Zeit. An großen Momenten ist sie allerdings arm; zwei Punkte kennzeichnen sie: Das Großpriorat von Deutschland vermag sich mit der Neubildung vorerst nicht zu befreunden. Zwei Jahrhunderte währen seine Versuche, sich hier bei jeder Gelegenheit einzumischen und Einfluß zu üben; auch der Heimbacher Vertrag, zu dem es noch in den 80er Jahren des 14. Jahrhunderts herbeiließ, ändert dies nicht auf die Dauer. Ferner vermögen die Herrenmeister ihre Selbständigkeit weder gegen die Markgrafen noch gegen die minder mächtigen Nachbarfürsten zu behaupten und sinken zu zwar angesehenen, aber auch viel geplagten, belasteten Vasallen zahlreicher Herren herab.

---

1) Dieser Titel war früh in Deutschland zur Aufnahme gekommen.

Eigenartig gestaltet sich auch das Schicksal der Besitzungen des Ordens innerhalb der Mauern mächtiger Städte. Der Verf. schildert das Ergehen des Braunschweiger Hofes; bekannt sind auch die Irrungen zwischen den Johannitern und Berlin, ferner die widerwärtigen Zänkereien zwischen der Bürgerschaft von Werben und der dortigen Komturei. Pflugk-Harttung deutet diese Dinge an, ohne auf die Kontroverse zwischen Ledebur und Riedel hierüber zurückzukommen. Hinsichtlich der Streitfrage, ob es dort auch bürgerliche Komture gegeben habe, scheint er der bejahenden Meinung des letzteren beizupflichten.

Ein eigenes Kapitel beschäftigt sich mit den inneren, rechtlichen Zuständen, nützliche Seitenblicke auf die andern ritterlichen Orden fehlen nicht. Man vermißt einen Nachweis über die mehrfach gerühmte caritative Thätigkeit. Von den wirtschaftlichen Leistungen des Ordens wird oft, aber nur in ganz allgemeinen Ausdrücken gesprochen. Gar nichts erfahren wir über die Zusammensetzung der einzelnen Komtureien in Bezug auf die Herkunft ihrer Mitglieder; und doch sind die Beziehungen einzelner Geschlechter zu einzelnen Komtureien, die sie geradezu beherrschten, wie z. B. die Schlieben Lietzen, von erheblicher Bedeutung für die Geschichte des Ordens geworden. Ferner erführe man gern, wieso und wann eigentlich der Name brandenburgisch sich an diesen Zweig des Ordens heftete.

Von kleineren Versehen möge nur notiert werden, daß P.-H. den unglücklichen Sohn Kaiser Friedrichs II., Heinrich, der 1227 zu Gunsten des Ordens urkundet, irrtümlich Kaiser nennt.

Eine hübsche Beigabe des Buches ist eine gute Reproduktion des Grabsteins des bekannten deutschen Großpriors und Rats Ludwigs des Bayern, des Grafen Berthold von Henneberg, der auch in den brandenburgischen Verhältnissen eine große Rolle spielt. Das Bild gewährt auch manchen Fingerzeig bezüglich der Tracht des Ordens. Auffallen muß, daß der Verfasser, so oft er von den Besitzungen der Balei redet, seinen Blick immer nur auf den Winkel an der Elbe, auf Werben, Mirow und Nemerow, außerdem auf Goslar und Braunschweig richtet, das weite Besitztum im Stromgebiet der Oder, das bekannte Kernland des Ordens, ganz außer acht läßt. Und doch lag hier der wesentlichste Teil seines und des ehemals templerischen Eigentums, dem die Herrenmeister schon im 14. Jahrhundert ihre Hauptthätigkeit zuwandten und wohin sie ihre Residenz verlegt haben. Hier befanden sich die Grundlagen ihrer politischen Macht; auf diesen Landesteilen beruhte auch die leider verabsäumte Gelegenheit, durch rechtzeitige Verbindung mit dem bedrängten deutschen Orden den Geschicken des deutschen Ostens eine andere Wendung zu geben und dem vordringenden Polentum Halt zu gebieten. Die Johanniter haben sich dieser ihnen wiederholt nahe gelegten Aufgabe entzogen und sich aus Eifersucht gegen die Deutschherren freundlich zu den Polen gestellt. Sie haben ihre reichen, musterhaft verwalteten Besitzungen im Lande Sternberg, in der Neumark, im südlichen Pommern nur dazu benutzt, ein behagliches Wohlleben zu führen, über dessen Üppigkeit sich selbst im späten Mittelalter, dem doch prunkende Prälaten keine ungewohnte Erscheinung waren, Staunen erhob. Auch Begünstigung oder gar Beteiligung an mancher häßlichen Raubthat, was sich für einzelne Fälle nachweisen läßt, bilden ein dunkles Blatt in ihrer Geschichte, an dem indes ein Geschichtsschreiber, der nicht lediglich panegyrische Zwecke im Auge hat, nicht vorbeigehen dürfte.

Bedeutende Männer haben die märkischen Johanniter nicht hervorgebracht. In der langen Reihe ihrer Würdenträger findet sich höchst selten einmal ein namhafter Staatsmann oder ein bekannter Heerführer. Sie gleichem dem Durchschnitt des märkischen, pommerschen und mecklenburgischen Adels, aus dem sie hervorgehen und unter dem sie leben; sie sind in ihrer Mehrzahl nüchterne, tapfere, wirtschaftlich tüchtige Männer, aber von engem Gesichtskreise. Die paar begüterten Komture am Ende des Mittelalters, die gelehrten Studien Interesse entgegenbringen und sogar die Mäcene spielen, bestätigen als vielgepriesene Ausnahme nur die Regel.

Die Berührungen mit dem ruhmreichen Gesamtorden sind flüchtig und beschränken sich auf karge Geldzahlungen und die Abordnungen zu den Kapitelstagen. Von dem Schwunge, der den Orden auch in den Tagen des Scheiterns seiner Mission beseelt, zeigt sich hier nichts. Es scheint, als ob die Abzweigung einer besonderen märkischen Balei diese Kreise auch innerlich von der großen Gemeinschaft schied, zu der sie sich noch immer rechneten. Die brandenburgische Balei ist nichts als die bequeme Versorgungsstätte der jüngeren Söhne des Adels dieser Gebiete. Ihrer schlichten wirtschaftlichen Arbeit dankt die Mark und ihre Nachbarschaft mancherlei; es wäre aber eine große Übertreibung, wollte man ihr bescheidenes Wirken — wie Pflugk-Harttung durchblicken läßt — irgendwie in Parallele stellen mit der wilthistorischen Thätigkeit des deutschen Ordens im Preußenlande.

Felix Priebatsch

O. Wiedfeldt: Statistische Studien zur Entwicklungsgeschichte der Berliner Industrie von 1720 bis 1890. (Staats- u. socialwissenschaftliche Forschungen hrsgb. von G. Schmoller XVI, 2.) Leipzig 1898, Duncker & Humblot (XI u. 411 S.; 9,60 Mk.).

Für Berlin besitzen wir ein ausgezeichnetes gewerbestatistisches Material aus den beiden letzten Jahrhunderten, ohne daß doch bisher ein umfassender Versuch zu dessen wissenschaftlicher Verarbeitung gemacht worden wäre. In der vorliegenden Arbeit, die auf eine Anregung von Prof. Schmoller zurückgeht, ist diese Aufgabe mit Fleiß und Geschick gelöst worden, und die Resultate, die sich dabei ergeben haben, sind zum Teil recht interessant. Wir dürfen hier auf das verweisen, was Schmoller früher in einer Sitzung des Vereins f. Gesch. d. M. B. darüber ausgeführt hat (vgl. den Sitzungsbericht vom 14. April 1897 F. B.P.G. X, 376 f. und beschränken uns im übrigen auf eine kurze Charakteristik des Werkes. Es ist, wie der Titel sagt, eine statistische Studie: das Zahlenmaterial, seine kritische Sichtung und Durcharbeitung bildet den Kern der Arbeit: der Text dient hauptsächlich zur Erläuterung der Tabellen und zur Zusammenfassung der Resultate. Er zeigt durchweg eben so gute wirtschaftsgeschichtliche wie technische Kenntnisse des Verfassers, ohne die auch die Lösung der Aufgabe schwerlich hätte gelingen können. Die Methode zur Verwertung des gewerbestatistischen Materials wird in einem einleitenden Abschnitt über Geschichte und Kritik der Berliner Gewerbezählungen von 1720 bis 1890 erörtert; die statistische Erfaßbarkeit der Unterschiede zwischen Handwerk und Großbetrieb bildet den Gegenstand besonderer methodologischer Vorbemerkungen. Die Hauptmasse des Werkes besteht in der gruppenweis spezialisierten Betrachtung der einzelnen Industriezweige. Der Historiker wird dem Verfasser besonders dankbar sein für einen Abschnitt, der die Entwicklung der Berliner Industrie im allgemeinen behandelt, vom Ende des 30jährigen Krieges bis auf die Gegenwart. Der Haupteindruck, den man von der Lektüre dieses Abschnittes mitnimmt, ist die statistisch präzisierte Erkenntnis, daß die Berliner Industrie, in der sich die preußische überhaupt spiegelt, zwei Höhepunkte gehabt hat, einmal gegen Ende des vorigen Jahrhunderts, namentlich von 1801—1804; und dann in der Gegenwart. Erst in den letzten Jahrzehnten ist Berlin wieder in dem Maße Industriestadt (und wir können hinzufügen: Preußens Industriestaat) geworden, wie vor 1806. Die erste Blütezeit war mehr ein Erfolg des konsequent angewandten Systems merkantilistischer Wirtschaftspolitik, die zweite mehr eine von selbst reifende Frucht der Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnisse, wie sie sich seit der Mitte des Jahrhunderts, namentlich auch unter dem Einfluß der großen politischen Ereignisse gestaltet haben. Man empfängt bei der Betrachtung dieses Entwicklungsganges den lebhaften Eindruck, daß im großen und ganzen industrieller Aufschwung und politische Macht eng unter einander zusammenhängen. In der neueren Zeit ist der erstere mehr eine ohne aktives Eingreifen des

Staates sich einstellende Folgeerscheinung des Wachstums der politischen Macht gewesen: im 18. Jahrhundert war die merkantilistische Wirtschafts- und Gewerbepolitik der in dem politischen Gesamtsystem jener Zeit begründete Versuch, die politisch-militärische Machtstellung Preußens, die durch seine großen Könige weit über die schmale Grundlage seiner natürlichen Machtmittel hinaus vorgeschoben worden war, durch eine beschleunigte Entwicklung der produktiven Kräfte und insonderheit der Industrie zu stützen und breiter zu fundieren. Mit dem Staate Friedrichs d. Gr. brach 1806 auch sein Industriesystem zusammen. Beide waren damals im Grunde noch etwas Künstliches, über die natürlichen Bedingungen hinaus durch einen starken und zähen Willen zur Macht zu abnormer Höhe Gesteigertes. Aber die moralischen Kräfte, die in diesem großartigen Versuch geweckt und erzogen worden sind, haben dann doch die politische wie die wirtschaftliche Entwicklung Preußens und Deutschlands in die Bahnen gelenkt, in denen sich die Gegenwart bewegt. O. H.

Beiträge zur Kulturgeschichte von Berlin. Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens der Korporation der Berliner Buchhändler (1. November 1898). Berlin 1898, Verlag der Korporation der Berliner Buchhändler (303 S.).

Aus dem bunten Inhalt der hübsch ausgestatteten Festschrift, die an ihrem Teile den Zusammenhang des Berliner Buchhandels mit dem geistigen Leben der Stadt aufweisen will, sei in diesen Blättern namentlich ein Aufsatz des Stadtbibliothekars Dr. Buchholtz genannt, der die städtischen wissenschaftlichen Bibliotheken der Reichshauptstadt behandelt. Wir erfahren daraus, daß die Magistratsbibliothek wohl die vollständigste Sammlung für die Geschichte und Landeskunde der Mark Brandenburg und Berlins enthält — wünschen wir daher, daß der schwebende Plan, die nicht für die Zwecke der Verwaltung nötigen Bestände aus der Magistratsbibliothek auszuscheiden und aus ihnen den Grundstock einer Stadtbibliothek zu bilden, recht bald verwirklicht werden möge! Von den Lehrerbibliotheken zeichnen sich zwei durch besonders wertvollen Besitz aus: die im Jahre 1714 begründete Bibliothek des Grauen Klosters mit ihrer großen Sammlung von Leichenpredigten des 17. und 18. Jahrhunderts und die Bücherei des Friedrichwerderschen Gymnasiums, die im Jahre 1753 aus dem Vermächtnis von Christoph Heinrich Buchholtz entstanden ist.

Ein Aufsatz von Dr. Brendicke über die Flugschriftenlitteratur des Jahres 1848 bringt für das in letzter Zeit mehrfach behandelte Thema nichts Neues bei. V. Loewe.

R. Armstedt: Geschichte der Königl. Haupt- und Residenzstadt Königsberg in Preußen. Mit 2 Stadtplänen, 2 Siegeltafeln und 32 Abbildungen. Stuttgart 1899, Hobbing u. Büchle (X S., 1 Bl., 354 S. 8°, 8 Mk.; geb. 9,50 Mk.). [A. u. d. Titel: Deutsches Land und Leben in Einzelschilderungen. Landschaftskunden und Städtegeschichten. II. Städtegeschichten.]

Eine ausführliche, den Anforderungen der heutigen Wissenschaft und der heutigen Leser, auch derjenigen eines weiteren Kreises, genügende „Geschichte" der preußischen Hauptstadt Königsberg ist ohne alle Frage schon seit lange ein wirklich tiefgefühltes Bedürfnis gewesen. Selbst das Buch Baczkos aus dem Anfange dieses Jahrhunderts und die über zwei Menschenalter zurückliegenden Bücher Fabers waren doch weniger eine Geschichte als vielmehr nur eine Beschreibung der Stadt, und auch die von dem Verfasser des oben angeführten Buches zusammen mit Rich. Fischer bearbeitete Heimatkunde von Königsberg (1895) ist nichts wesentlich anderes und will kaum etwas anderes sein. Eine solche wirkliche Geschichte der Stadt kann nun

aber, wie natürlich jedes andere Geschichtswerk, entweder ganz und gar auf eigenen Quellen- und Aktenstudien des Verfassers beruhen, höchstens unter Heranziehung der für richtig erkannten Ergebnisse anderer, älterer und neuerer Forscher, oder sie will nur eine Zusammenstellung dieser Forschungsergebnisse Anderer sein, höchstens hier und da, mehr oder weniger ergänzt durch eigene Quellenstudien des Verfassers. Bei dem vorhandenen weitschichtigen und vielseitigen Material, dessen wissenschaftliche Durcharbeitung eine volle Lebensarbeit gewesen wäre, hat sich der Verfasser selbst die Beschränkung aufgelegt, nur ein Werk der zweiten Art, eine wissenschaftlich populäre Darstellung der Stadtgeschichte zu geben und auch damit eine überaus dankenswerte Arbeit auf sich genommen. Daß der Verfasser dabei die vorhandene Litteratur, Bücher und kleinere Abhandlungen und Mitteilungen der verschiedensten Art, möglichst vollständig herangezogen und gewissenhaft ausgenutzt hat, kann der Kenner auf jeder Seite wahrnehmen, und ebenso sieht man, daß er für diesen oder jenen Punkt auch aus Urkunden und Akten Ergänzungen und Verbesserungen zu entnehmen gewußt hat. Daß aber der Verfasser nicht bloß mit Umsicht und Scharfsinn zu forschen versteht, sondern auch das nötige Geschick besitzt, den Stoff übersichtlich zu ordnen und ihm eine nicht unebene Darstellung zu geben, hat mancher öffentliche Vortrag und manche Abhandlung bewiesen; und doch, es muß mit Bedauern ausgesprochen werden, will das vorliegende Buch den Eindruck machen, als ob es viel schneller hätte fertig werden müssen, als zu seinem Gedeihen gut war, und zwar in dem sachlichen Inhalt wie in der äußeren Form. Mit solchen Bedenken gegen das Buch bin ich aber weit davon entfernt etwa gar sagen zu wollen, daß es in Anlage und Ausführung verfehlt, oder daß das Gebotene durchweg unzuverlässig wäre; ich meine eben nur, daß wie für die Jugend, so auch für das „Volk" das Beste gerade gut genug ist. Bei der Darstellung der Geschichte einzelner Orte, sowie einzelner Personen, liegt für den Verfasser, zumal wenn er an größere Zeiträume kommt, wo jene keine besondere Rolle gespielt haben, wo die Blätter ihrer eigentlichen Geschichte selbst weiß geblieben sind, die Versuchung nur zu nahe, die Lücke durch unverhältnismäßiges Hereinziehen des Allgemeinen auszufüllen. Königsberg tritt aus dem stillen Dunkel einer kleinen Landstadt erst hervor, als volle zwei Jahrhunderte an ihm vorübergegangen sind, als es durch den unglücklichen dreizehnjährigen Krieg die Residenz der Hochmeister und die Hauptstadt des arg verstümmelten Ordensstaates wird, und auch darnach hat es doch immer nur zur vorübergehende Zeiträume, meist für kürzere, die allgemeinen Blicke bald mehr, bald weniger auf sich zu lenken vermocht oder Gelegenheit gewonnen, sei es in der Politik oder in Litteratur und Wissenschaft oder durch seinen Handel. Wenn da der Verfasser, zumal auf den ersten 200 Seiten, in den ersten drei Kapiteln, also bis 1688, wie mich dunkt, aber leider der Raum verbietet hier zu erweisen, viel mehr als es nötig wäre, die allgemeine Entwicklung des Landes und seiner Verhältnisse eingehend schildert, so dürfte doch der Einwand, der gegen meine Ausstellung erhoben werden könnte, daß damit ja auch die inneren und äußeren Verhältnisse Königsbergs selbst zur Darstellung gekommen wären, nichts weniger als stichhaltig sein. Für den Rest, die letzten zwei Jahrhunderte (bis 1890), ist dieses Mißverhältnis besser vermieden. Hier zunächst einige Beispiele dafür, daß durch schärferes Zusehen, durch etwas größere Achtsamkeit so manches Versehen leicht hätte vermieden werden können. Das der Kirche zugewiesene Drittel des ganzen Ordensgebietes war den vier Bischöfen und ihren Kapiteln nicht bloß „mit aller Gerichtsbarkeit zugefallen" (S. 10), sondern mit voller Landeshoheit. Als die Altstadt am 28. Februar 1724 ihr Stadtrecht urkundlich verbrieft erhielt, war dieses durchaus nicht eine Belohnung für die Treue während des Aufstandes (S. 22), sondern die Beurkundung ist hier, wie so häufig, erst geraume Zeit nach der thatsächlichen Begründung der Stadt geschehen, so daß auch die Einsetzung des Rates nicht erst (S. 24) in den zwei Wochen zwischen dem 28. Februar und dem

12. März 1286, sondern schon lange vorher vor sich gegangen war. „Danziger Keller" ist nicht die Bezeichnung für einen Teil der heutigen Kantstraße (S. 43), sondern es hat so eine ehemals dem hinteren Schloßportal gegenüber, in der Nähe des alten Schloß-Danzk gelegene, jetzt längst abgebrochene Restauration geheißen. Die (in der Regel) nächst höhere Instanz über den städtischen Schöffengerichten lag nach S. 53 beim Orden, nach S. 104 richtig beim Rate von Kulm, seit 1455 bei dem der Altstadt-Königsberg. Daß Winrich v. Kniprode das Armbrustschießen bei den Stadtbürgern eingeführt hätte (S. 64), ist ebenso eine unerwiesene Fabel, wie die immer wiederholte Erzählung, Hochmeister Konrad v. Jungingen hätte auf dem Sterbebette vor der Wahl seines eigenen Bruders zum Nachfolger gewarnt (S. 80). Im 13. und 14. Jahrhundert darf doch noch niemand von „Kolonialwaren" reden (S. 66), wie denn auch in der Vorlage für diese Stelle erst vom 16. Jahrhundert die Rede ist. Die Nachricht Grunaus von der Verteilung des Ordenslandes samt Polen und Littauen unter drei preußische Stapelorte hätte (S. 66) auch nicht einmal erwähnt werden dürfen, ebensowenig wie (S. 93) sein Gerede von einer Mauer des Schlosses, die (1454) „auf 300 Ellen Länge mit vier Türmen niedergebrochen" sei. S. 148 wird die Chronik des Balthasar Gans (von dem wohl hätte gesagt werden müssen, welche bedeutende Stellung er einnahm) richtig als vorhanden erwähnt, während es auf der folgenden Seite nur heißt, er hätte „die Absicht gehabt eine solche zu schreiben". „Der Groll Friedrichs des Großen gegen Ostpreußen und besonders gegen Königsberg" war nicht erst, wie es nach S. 242 scheinen könnte, seit dem siebenjährigen Kriege her vorhanden, als hätte man hier der russischen Herrschaft besser widerstehen können und müssen, diese Mißstimmung war doch schon, wie der Verfasser wohl weiß, viel älter, und der König hatte zudem ja selbst Preußen im Kriege aufgegeben. Holländer Baum wird nicht (S. 73) „noch heute das rechte Ufer des aus der Stadt heraustretenden Pregels genannt", sondern es war das, gleich wie am obern, östlichen Ende der Littauer Baum, am untern westlichen Ende eine aus gekoppelten starken Bolken gebildete Vorrichtung, um den Schiffen während der Nacht (hauptsächlich aus Zollrücksichten) Eingang und Ausgang zu sperren. Die drei Fließstraßen (S. 329) haben ihren Namen nicht von verschiedenen Fließen, welche jede derselben durchzogen, sondern von dem einzigen „Fließ", das eine von ihnen durchzieht, und auf welches jene an einer und derselben Stelle münden. Doch genug der sachlichen Beispiele, die sich leicht vermehren ließen: man sieht, wie meine Ausstellung zu verstehen ist. Für sehr eilige Darstellung zeugt es andererseits auch, wenn S. 79 bereits von „dem Bunde" gesprochen wird, den Hochmeister Konrad v. Erlichshausen vergebens aufzulösen bemüht ist, während erst S. 84 die Schaffung des preußischen Bundes erzählt wird, wenn S. 155 gesagt wird, daß (1566) statt der „abhängigeren Präsidenten" wieder Bischöfe gewählt werden sollten, obgleich von jenen Vorstehern der Konsistorien vorher nichts berichtet ist u. dgl., oder wenn S. 75 ff. die Darstellung so wenig durchsichtig ist, weil die Thatsachen sehr stark durcheinander geworfen werden. Wenn S. 151 oben von einem Siege der „städtischen Gewalt" im Jahre 1566 gesprochen wird, so ist darin doch wohl nur ein Druckfehler (für ständische Gewalt) zu erkennen, ebenso wenn S. 164 zum Jahre 1576 Herzog Albrecht erwähnt, oder wenn S. 228 unter König Friedrich Wilhelm I. noch von einem Herzogtum Preußen gesprochen wird. — Für meine weitere Behauptung, daß auch die äußere Form der Darstellung, also Stil und Ausdrucksweise, mehr, als gerade hier zu wünschen wäre, die letzte Feile vermissen ließe, wird man mir vielleicht gestatten, von einer Anführung beweisender Beispiele abzustehen: wir dürfen hoffen, daß von dem trotz dieser Ausstellungen sehr brauchbaren Werke bald eine neue Auflage nötig werden wird, und dann bin ich zu Nachweisen gern bereit. — Von sachlichen Punkten ferner, bei denen der Verfasser zu neuen Ergebnissen und Auffassungen gekommen ist, denen ich nicht zustimmen kann, möchte ich hier zwei zur Sprache bringen. Zu dem

Berge und der alten Heidenburg Twangste am rechten Pregelufer, auf welcher die Deutschordensritter ihre Burg Königsberg angelegt haben, kann man unmöglich, wie nach der gewöhnlichen Auffassung auch der Verfasser S. 6 meint, von Natangen, vom linken Ufer her gelangt sein, das machten die breiten sumpfigen Ufergelände und an dieser Stelle gerade die den Strom teilende und ganz und gar von tiefen Sumpfwiesen bedeckte Insel der spätere Kneiphof zur vollen Unmöglichkeit. Man kann nur an der Nordküste des Haffes also weiter westlich von der Pregelmündung, an irgend einer Stelle, wo festeres Land bis an das Wasser reicht, gelandet und dann auf der Uferhöhe ostwärts in das Land hineingegangen sein: auf diesem Wege trat man auf mehrere Burgwälle, so auf die gewaltige Doppelanlage von Juditten (Park Lomtenthal und Kirchenberg), aber sie lagen alle zu weit vom Flußufer ab, und erst jenes Twangste konnte den nötigen Anforderungen für eine dauernde Niederlassung entsprechen. Was dann weiter den ersten, den späteren Gesamtnamen Königsberg betrifft, so stimme ich dem Verfasser, der die Beziehung auf König Ottokar aufrecht erhalten will, vollkommen bei, nicht so aber seiner Herleitung für die Namen der beiden Neustädte Lebenicht und Kneiphof. Bei dem ersteren Namen kann ich durchaus nicht an ein Dorf glauben, welches noch 1322 oberhalb der altstädtischen Dom- und Kapitelsgebäude am Pregelufer, also südlich der Stadt Lebenicht gelegen haben soll, und vollends der Dorfname Lipa in der Urkunde von 1338 bezieht sich auf das weit oberhalb gelegene Dorf Liep — für Weiteres dürfte hier kein Raum sein. Der Name Kneiphof ferner ist schon aus einem dem slavischen Ortsnamen Kniebau verwandten prußischen Namen entstanden, sicher aber steckt darin nicht — diese Ableitung wäre rein sprachlich unmöglich und für jene Zeit vollends zu künstlich — das hier und anderwärts oft gehörte „Kneipab". — Dem mühevollen, verdienstlichen und dankenswerten Werke sollen meine Ausstellungen, die ich zum Beweise meines Urteils beibringen mußte, keinen ernstlichen Abbruch thun: sie werden sich leicht ausmerzen lassen. Sollte jemand finden, daß die äußere Entwicklung der Stadt etwas zu kurz gekommen wäre, so mag daran erinnert werden, daß die Eingangs erwähnte Heimatkunde von Königsberg eben diese Lücke ausfüllt. — Die Ausstattung des Buches in Druck und Abbildungen verdient alles Lob; nur von einem Kompler alter Gebäude habe ich mit Bedauern ein Bild vermißt — von der alten Albertina.

K. Lohmeyer.

Emil Hollack und Friedrich Tromnau: Geschichte des Schulwesens der Königlichen Haupt- und Residenzstadt Königsberg i. Pr. mit besonderer Berücksichtigung der niederen Schulen. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte Altpreußens. Königsberg i. Preußen 1899, J. H. Bon (XIV u. 740 S. 8°; 20 Mk.).

Seine volle Würdigung kann dieses hochbedeutsame und wahrhaft gelungene Werk, eine Arbeit zweier Männer vom Fach, zweier in ihrer Amtsthätigkeit anerkannten Volksschullehrer, eine Festschrift zur Feier des 200jährigen Bestehens der Königsberger „Volksschulen, ehemaligen Armenschulen", an dieser Stelle natürlich nicht finden. Da es aber ein hervorragendes Gebiet der Kulturgeschichte Altpreußens behandelt, diese hohe Aufgabe auch schon auf dem Titel zum Ausdruck bringt, so darf es andererseits hier auch nicht mit Stillschweigen übergangen, es soll den Lesern der Forschungen wenigstens ein Bild von seinem reichen Inhalt dargeboten werden, und dieses dürfte in gebotener Kürze wohl am besten dadurch geschehen, daß die Überschriften der 23 Kapitel des Buches hier wiedergegeben werden. Nachdem in der Einleitung (wohl aus der Feder des mit der älteren heimischen Geschichte und ihren Quellen recht sehr vertrauten E. Hollack) die vorreformatorische Zeit in Preußen mit ihren Ansätzen zum höheren und niederen Jugendunterricht zur Darstellung gebracht ist, folgen: die Schulen im Jahrhundert der Reformation: Schul-

leben und Schuleinrichtungen im 16. und 17. Jahrhundert; die kleinen lateinischen Kirchschulen (die polnisch-evangelische Schule und die Schule der Jesuiten, die evangelisch-lutherischen Schulen auf den Freiheiten); die deutsch-reformierte Schule bis zum Ausgange des 18. Jahrhunderts; die Winkelschulen (S. 171—209); der Anfang des Friedrichs-Kollegiums und der (mit ihm ursprünglich verbundenen) königlichen Armenschulen; die Armenschulen im 18. Jahrhundert; äußere und innere Verhältnisse der Armenschulen bis zu ihrer Umgestaltung im Jahre 1814 (S. 277—329); die Lehrer bis zum Jahre 1810; Unterricht und Methode in den großen lateinischen Schulen bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts (S. 391 bis 421); das Schulwesen am Anfange des 19. Jahrhunderts; die große Schulreform von 1809—1814; die niederen Schulen von 1814—1828; die Gründung besonderer städtischen Armenschulen im Jahre 1828; die Armenschulen in der Zeit von 1828—1850; die Armenschulen (Volksschulen) von 1850 bis 1880; die Volksschulen von 1880—1898; die Bürgerschulen (vormals Elementarschulen) von 1828—1898; Mittelschulen, Fortbildungsschulen, Hülfsschulen; Besoldung der Lehrer (an Volksschulen und Bürgerschulen) im 19. Jahrhundert; die Schulaufsicht im 19. Jahrhundert; Lehrgegenstände moderner pädagogischen Richtung (Turnunterricht, Unterricht in weiblichen Handarbeiten, in Knaben-Handarbeit, in Hauswirtschaft für Mädchen); endlich Wohlfahrtseinrichtungen für die Schuljugend (Schulärzte, Jugendspielplätze, Ferienkolonien, Bespeisung armer Schulkinder, Baden und Schwimmen der Schulkinder, Schulbrausebäder). Man sieht: ein erstaunlich reicher, seinen Gegenstand voll erschöpfender Inhalt, den die Verfasser, soweit ein Laie es zu übersehen im stande ist, trefflich verarbeitet haben, selbst auf dem ihnen wohl etwas weniger geläufigen Gebiete der höheren Schulen. — Zum Schlusse werden 17 Beilagen mitgeteilt (S. 709—740), von der Landesordnung von 1526 („von erhaltung der schulen und derselben Vorsteher") ab bis zur Dienstanweisung für die Lehrer und Lehrerinnen an den Volks- und Bürgerschulen vom Juni 1898 und einer Übersicht über die Frequenz dieser Schulen 1880—1898. K. Lohmeyer.

A. Boetticher: Die Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Ostpreußen. Im Auftrage des Ostpreußischen Provinzial-Landtages dargestellt. Heft IX. Namens- und Ortsverzeichnis aufgestellt von v. Schimmelpfennig, Rechtsanwalt. Königsberg 1899, B. Teichert (99 S. 4°).

Diese sehr erwünschte und dankenswerte, aber auch im höchsten Maße mühsame Ergänzungsarbeit des Boettcherschen Monumentalwerkes hat doch sehr in ihrem Werte leiden müssen, da dem Verfasser die richtige Methode nicht ganz geläufig war und dadurch die Benutzung des Verzeichnisses sehr erschwert wird. Allein richtig wäre doch gewesen alle Stellen des Werkes, in denen ein Name vorkommt, zu vereinigen, und zwar unter der heute gebräuchlichen Form desselben, bei den abweichenden Formen aber nur „Nachweise" beizubringen. Wenn nun etwa für Littauen vier Namensformen (Litauen, Littauen, Lithauen, Litthauen) nachzusehen und so erst alle Stellen seiner Erwähnung zusammenzubringen sind, so wäre ja hier die Sache nicht gar so schlimm, weil diese Formen im Verzeichnis so gut wie unmittelbar aufeinander folgen. Wer will aber wissen, daß er z. B. das Schloß Lochstedt auch noch unter den weit abstehenden Formen Lauchstädt, Louchsted und Louchstedt zu suchen hat? oder gar Königsberg außer dieser Hauptform noch an nicht weniger als 27 Stellen? Daß diese Zerreißung der Stellen, an welchen eine Person oder ein Ort in dem weitschichtigen Werke erwähnt werden, zu den größesten Schwierigkeiten, selbst zu Fehlern führen muß, liegt doch wohl auf der Hand. — Eine neue Auflage wird diese Anordnung gründlich abthun müssen.

Dasselbe. Heft I. Das Samland, Heft II. Natangen, Heft III. Das Oberland. Zweite, durchgesehene und erweiterte Auflage. Königs-

berg 1898, B. Teichert (5 Bl. u. 170 S.; 4 Bl. u. 209 S.; 4 Bl. u. 135 S. 4°; 9 Mk.).

Schon die beträchtlich stärkere Seitenzahl, die bei den neuen Heften an je 15—30 mehr beträgt als bei der ersten Auflage, zeigt zur Genüge, daß wir es in der That mit einer stark „erweiterten" Auflage der altpreußischen Baudenkmäler zu thun haben. Bei einer auch nur oberflächlichen Vergleichung bemerkt man sofort, daß der Verfasser es nicht blos im Sinne gehabt hat, einen neuen Abdruck seines verdienten und allseitig anerkannten, darum auch so schnell vergriffenen Werkes zu veranstalten; vielmehr hat er sich ernstlich darum bemüht, wo nur immer, sei es von ihm selbst oder von anderen neue Entdeckungen gemacht, neue Aufklärungen zu Tage gefördert sind, alles Neue heranzuziehen. Um wenigstens einen Begriff von der Wichtigkeit einzelner Neuerungen zu geben, sei nur an die inzwischen aufgefundenen und herausgegebenen Zeichnungen von samländischen Ordensschlössern, welche der Baumeister John v. Collas (Anfang des 15. Jahrhunderts) hinterlassen hat, und an die umfangreichen mittelalterlichen Wandmalereien im Schlosse Lochstädt erinnert (die Phototypien der letzteren hätten doch viel deutlicher, klarer und heller ausfallen können und müssen). Auch von den hergebrachten Fabeleien und Faseleien aus dem Gebiete unserer Vorzeit, welche die erste Auflage so sehr verunziert haben, ist hier Vieles, freilich noch immer nicht genug, gestrichen. So kann man den Verfasser zu der bedeutenden Förderung seines schönen Werkes nur aufrichtig beglückwünschen. K. Lohmeyer.

Volkmer, Schulrat Dr.: **Geschichte der Stadt Habelschwerdt in der Grafschaft Glatz.** Mit einem Bilde von Habelschwerdt und einem lithographierten Stadtplan. Habelschwerdt 1897, Franke (3 Mk.).

Die Stadt Habelschwerdt, der natürliche Mittelpunkt des oberen Teiles der Grafschaft Glatz, giebt in ihrer äußeren Geschichte ein Spiegelbild der Geschicke dieses Grenz- und Übergangslandes zwischen Böhmen und Schlesien. Sie entsteht als reindeutsche Gründung in der Mitte des 13. Jahrhunderts, leidet in den Hussitenkämpfen und dem böhmischen Thronstreite, nimmt in der Reformationszeit erst wiederlutherische und Schwenkfelder Lehren, dann seit 1560 das lutherische Bekenntnis an, wird aber in den Zeiten der „Seligmacher", 1629—1639, durch brutale Gewalt zur alten Kirche zurückgeführt. Die Verwüstungen des dreißigjährigen Krieges werden ziemlich schnell verschmerzt, so daß die Stadt 1651 für 21000 Gulden Landbesitz erwerben kann. In den schlesischen Kriegen wird Habelschwerdt bei den Kämpfen um Glatz in Mitleidenschaft gezogen, kommt 1760—63 ganz unter österreichische Herrschaft und wird von den im ganzen geringen Kriegsereignissen des bayrischen Erbfolgekrieges verhältnismäßig stark berührt. Die auch in Troyens Leben Yorks übergegangene Erzählung, daß bei dem Überfalle Habelschwerdts durch die Oesterreicher am 18. Januar 1779 Verrat mitgewirkt hätte, hält näherer Prüfung nicht Stand. Der ansprechenden Darstellung, welche der um die Glatzer Geschichtsforschung längst wohlverdiente Verfasser von dieser äußeren Geschichte Habelschwerdts entwirft, tritt die innere Entwicklung der Stadt in gleich anschaulicher Schilderung zur Seite. Statt des in Büchern dieser Art nur zu häufigen wirren Notizenwustes, finden wir hier das reiche Material gut gesichtet und das rechts-, wirtschafts- und kulturgeschichtlich Interessante meist ausreichend hervorgehoben. Das Streben des Verfassers, statt einer „bloßen Stadtchronik" wenigstens „die Grundlinien einer wirklichen Stadtgeschichte" zu liefern, hat gute Frucht getragen. H. Wendt.

Hugo Reinhold, Oberlehrer: **Die Hauptereignisse der Geschichte Bartensteins.** Bartenstein 1899 (27 S. 8°).

Dieses Schriftchen, das als Beilage zu einer Bartensteiner Lokalzeitung ausgegeben ist, enthält nichts weiter als einen sehr gedrängten Auszug aus der 1832 erschienenen Geschichte der Stadt von Pfarrer Behnisch. Wie die letzten zwei Menschenalter mit zwei kurzen Anmerkungen (auf S. 1 und am Ende) abgefunden sind, so fehlt auch jede Spur davon, daß die Kenntnis unserer früheren Geschichte seit dem Erscheinen der Vorlage irgend einen Fortschritt gemacht hätte. L.

G. Schmoller, M. Lenz, E. Marcks: Zu Bismarcks Gedächtnis. 1—3 Auflage. Leipzig 1899, Duncker u. Humblot (V u. 174 S.; 3,60 Mk.).

In vornehmer Ausstattung vereinigt dies Bändchen eine Reihe von Bismarck-Artikeln, die bisher an sehr verschiedenen Stellen zerstreut waren und die sich gegenseitig ergänzend und verschiedenstimmig zusammenklingend einen vollen Akkord zum Gedächtnis Bismarcks bilden. Den Grundstock bilden die Schmollerschen Artikel, die im vorigen Hefte dieser Zeitschrift zum Abdruck gelangt sind und denen der Verfasser ein paar Anmerkungen und ein namentlich für seine Auffassung der Entlassung Bismarcks bezeichnendes Vorwort zugefügt hat. Es schließen sich daran ein Kosmopolis-Artikel und eine Universitätsrede von Max Lenz, eine Trauer- und eine Gedächtnisrede von Erich Marcks und ein Artikel desselben Verfassers aus dem Hohenzollern-Jahrbuch. O. H.

Erich Marcks: Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen. Versuch einer kritischen Würdigung. Berlin 1899, Gebr. Paetel.

Max Lenz: Zur Kritik der „Gedanken und Erinnerungen" des Fürsten Bismarck. Berlin 1899, Gebr. Paetel.

Die beiden hübsch ausgestatteten Bändchen sind im wesentlichen ein Wiederabdruck der Rundschau-Artikel, über die wir bereits oben (S. 594 f.) ausführlich berichtet haben. Marcks hat noch manches hinzugefügt und verändert und namentlich auch zu den allerneuesten Erscheinungen Stellung genommen; in einem Vorwort giebt er selbst näher Rechenschaft darüber. Die Schrift tritt in der neuen Gestalt auch äußerlich in übersichtlicher Gliederung auf; ein ausführliches Inhaltsverzeichnis und ein umsichtig angelegtes Register erleichtern das Auffinden von Einzelheiten. — Die Schrift von Lenz ist im wesentlichen unverändert geblieben; nur eine Anmerkung, die die Möglichkeiten hinsichtlich der Audienz Bismarcks beim Prinzen von Preußen in der Krimkrieg-Angelegenheit näher erörtert, ist, wie in Voraussicht des Schiemannsches Angriffes, hinzugefügt worden. O. H.

E. Dewischeit: Der deutsche Orden in Preußen als Bauherr. Dissert. Königsberg 1899, Gräfe u. Unzer (78 S.; 2 Mk.). [S. Zeitschriftenschau S. 584.]

Herm. Ehrenberg: Die Kunst am Hofe der Herzöge von Preußen. (Mit 2 Heliograv., 10 Tafeln u. 51 Illustr. im Text.) Imp. 4°. Leipzig 1899, Giesecke und Devrient (VIII u. 287 S.; 27 Mk.).

Fr. Meine: Die vermittelnde Stellung Joachims II. von Brandenburg zu den politischen und religiösen Parteien seiner Zeit. Dissertation Lüneburg 1899, Herold u. Wahlstab (52 S.; 1 Mk.).

J. H. Gebauer: Kurbrandenburg und das Restitutionsedikt von 1629. Halle 1899, M. Niemeyer (VIII u. 255 S.; 7 Mk.). A. u. d. T.:

Hallesche Abhandlungen zur neueren Geschichte, herausgegeben von G. Droysen. Heft 38.

Ferd. Hirsch: **Brandenburg und England 1674—1679.** II. Teil. (Schluß). Progr. 4°. Berlin 1899, R. Gärtner (28 S.; 1 Mk.).

G. Bulard: **Les traités de Saint-Germain, signés en 1679 entre l'électeur de Brandebourg et Louis XIV.** Essai sur l'alliance étroite de Louis XIV et du Grand Électeur après la guerre de Hollande. Paris 1898, A. Picard et fils (160 S.).

R. Waddington: **La guerre de sept ans** I. Paris 1899, Firmin-Didot (III u. 753 S.; 7,50 Fr.).

S. Fitte: **Religion und Politik vor und während des siebenjährigen Krieges.** Progr. 4°. Berlin 1899, R. Gärtner (34 S.; 1 Mk.)

P. Wittichen: **Die polnische Politik Preußens 1788—1790.** Göttingen 1899, Vandenhoeck u. Ruprecht (VII u. 110 S.; 2,60 Mk.).

R. Trapp: **Kriegführung und Diplomatie der Verbündeten vom 1. Februar bis 25. März 1814.** Gießen 1899, A. Frees (178 S.; 2 Mk.).

K. Th. Heigel: **Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Auflösung des alten Reichs.** Bd. 1: Bis zum Feldzug in der Champagne (1786—1792). Stuttgart 1899, J. G. Cotta Nachf. (X u. 574 S.; 8 Mk.). [Bibliothek deutscher Geschichte.]

H. Ulmann: **Russisch-preußische Politik unter Alexander I. und Friedrich Wilhelm III. bis 1806.** Urkundlich dargestellt. Leipzig 1899. Duncker & Humblot (XII u. 318 S.; 7 Mk.).

W. v. Hassell: **Geschichte des Königreichs Hannover.** Unter Benutzung bisher unbekannter Aktenstücke. 2. Teil. 1. Abteil.: Von 1849 bis 1862. Leipzig 1899, M. Heinsius Nachfolger (IV, XVII u. 13 S.; 9 Mk.).

E. v. Meier: **Hannoversche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte 1680—1866.** Band 2: Die Verwaltungsgeschichte. Leipzig 1899, Duncker u. Humblot (VIII u. 647 S.; 13,40 Mk.).

O. Pfleiderer: **Zu Bismarcks Gedächtnis.** Rede. Berlin 1899, G. Reimer (24 S.; 40 Pf.)

Ph. Zorn: **Bismarck.** Rede. Berlin 1899, C. Heymann (38 S.; 80 Pf.).

Magnus Biermer: **Fürst Bismarck als Volkswirt.** Gedenkrede. Greifswald 1899, J. Abel (43 S.; 1 Mk.),

Ch. Andler: **Le Prince de Bismarck.** Paris 1899, G. Bellais (X. u. 402 S.; 3,50 Fr.).

Horst Kohl: Wegweiser durch Bismarcks Gedanken und Erinnerungen. Leipzig 1899, G. J. Göschen (VIII u. 227 S.; 4 Mk.).

E. Schweninger: Dem Andenken Bismarcks. Zum 1. April 1899, S. Hirzel (47 S.; 1 Mk.).

H. v. Poschinger: Bismarck-Portefeuille. Band 4. Stuttgart 1899. Deutsche Verlagsanstalt (209 S.; 3 Mk.).

W. v. Scherff: Die Division v. Beyer im Mainfeldzuge 1866. Mit 1 Übersichtskarte und 2 Skizzen. Berlin 1898, E. S. Mittler u. Sohn (V u. 133 S.; 3,50 Mk.).

v. Pelet-Narbonne: Die Reiterei der ersten und zweiten deutschen Armee in den Tagen vom 7.—15. August 1870 dargestellt nach den Kriegsakten und anderen Quellen. Mit 10 Karten, Skizzen 2c. Berlin 1899, E. S. Mittler u. Sohn (XIV u. 217 S.; 6 Mk.).

v. Blume, Die Grundlagen unserer Wehrkraft. Berlin 1899, E. S. Leipzig 1899. Mittler u. Sohn (177 S.).

Friedrich Meinecke: Das Leben des Generalfeldmarschalls Hermann v. Boyen. Zweiter Band. 1814—1848. Stuttgart 1899. J. G. Cottasche Buchhandlung Nachfolger (600 S.).

Berichtigungen.

Bd. XII S. 270 Z. 23 ist zu lesen:
Geh. Archivrat Dr. Hegert.
S. 272 Z. 12 von unten: f—g (statt f—i).
S. 275, im Mitgliederverzeichnis unter Nr. 46:
v. Lindenau, Legationsrat a. D.
S. 279 Z. 21: Domnau (statt Dannau).
S. 281 Z. 5: Pelleninker (statt Pellenikau).
S. 283 Z. 17: Trommau (statt Trannau).

Zugleich mag hier noch zur Ergänzung des Registers über die „Märkischen Forschungen", Bd. X S. 494 1. Spalte, am Ende nachgetragen werden:

v. Lindenau (V), Über die „Erinnerungen" des kgl. sächs. Staatsministers Frhrn. v. Friesen 18, 292.

Derselbe (V), Über Poschingers „Preußen am Bundestage" 18, 306.

BINDING SECT. JAN 31 1957

DD
491
B81F8
Bd.12
pt.2

Forschungen zur
brandenburgischen und
preussischen Geschichte

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY